I. Die Verwaltung der Stadt Wien im Jahre 1961

Nachdruck nur mit Quellenangabe

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Statistik als Verwaltungszweig 9

Verfassung und Verwaltungsorganisation 13
Veränderungen in den Vertretungskörpern 13
Die Magistratsdirektion 14
Empfänge und Ehrungen 19

Personalangelegenheiten 22

Finanzwesen 30
Der Stadthaushalt 31
Städtische Steuern und Abgaben 35
Rechnungsamt 37

Kultur und Volksbildung 42
Kunstförderung und Wissenschaftspflege 42
Begabtenförderung 45
Musikleben 45
Musiklehranstalten der Stadt Wien 46
Modeschule der Stadt Wien 46
Ausstellungen 46
Festwochen 47
Theater- und Kinoangelegenheiten 47
Fremdenverkehr 48
Sportförderung 49
Landesjugendreferat 50
Heimatpflege 50
Denkmalpflege 50
Naturschutz 50
Benennung von Verkehrsflächen 51
Landesbildstelle 53
Städtische Büchereien 53
Stadtbibliothek 54
Archiv 56
Museen der Stadt Wien 56

Schulwesen 59
Volks-, Haupt- und Sonderschulen 59
Pädagogisches Institut und Pädagogische Zentralbücherei 61
Berufsschulen 64
Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe und Vorschule für soziale Frauenberufe 66

Wohlfahrtswesen 69
Jugendfürsorge 69
Schulen des Jugendamtes der Stadt Wien 69
Vormundschaften, Rechtsfürsorge 69
Schwangeren- und Säuglingsfürsorge 69
Mutterberatung, Mütterschulen 70
Kinderübernahmsstelle 71
Gefährdete Kinder 71
Pflegekinder in Familien, Pflegeaufsicht 71
Pflegegroßfamilien, Elternrunden 72
Adoptionsstelle 73
Fürsorgeerziehung 73
Institut für Erziehungshilfe 73
Vertiefte Einzelhilfe 74
Patenschaften 74
Jugendberufsfürsorge 74
Kindertagesheime 75
Kindergarten- und Schülerausspeisung 76

Seite

Heime für Kinder und Jugendliche ... 76
Mutter- und Kind-Heim ... 76
Erholungsfürsorge ... 77
Erwachsenen- und Familienfürsorge ... 77
Organisation ... 77
Allgemeine Fürsorge ... 78
Aufnahme in Altersheime ... 81
Heimkehrerfürsorge ... 81
Zusätzliche Fürsorge ... 81
Opferfürsorge ... 85
Flüchtlingsfürsorge ... 86
Fürsorgeverbandskosten ... 86
Sozialversicherung ... 89

Städtische Kranken- und Wohlfahrtsanstalten ... 91
Krankenanstalten ... 91
Altersheime ... 95
Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke ... 95
Lehrlings-, Lehrmädchen- und Durchzugsheime ... 95
Sanitätsrechtsangelegenheiten ... 96

Gesundheitswesen ... 98
Anzeigepflichtige übertragbare Krankheiten ... 98
Impfungen ... 99
Desinfektionsanstalten ... 100
Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt ... 100
Leichen- und Bestattungswesen ... 101
Hygiene und Behebung sanitärer Übelstände ... 101
Krankenpflegeschulen und Hebammenlehranstalten ... 101
Gesundheitsfürsorge ... 102
Fürsorge für Mutter und Kind ... 102
Schulärztlicher Dienst ... 103
Schulzahnkliniken ... 103
Tuberkulosenfürsorge ... 103
Geschlechtskrankenfürsorge ... 105
Fürsorge für Nerven- und Gemütskranke ... 105
Körperbehindertenfürsorge ... 106
Sportärztliche Untersuchungs- und Beratungsstelle ... 106
Krebsbekämpfung-Gesundenuntersuchung ... 106
Amts- und vertrauensärztliche Untersuchungen ... 107
Apothekenangelegenheiten ... 107
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst ... 107

Bauwesen und öffentliche Einrichtungen ... 108
Die Stadtbauamtsdirektion ... 108
Stadtregulierung ... 120
Stadtvermessung ... 121
Plan- und Schriftenkammer ... 123
Architektur ... 124
Künstlerische Ausschmückung städtischer Bauten ... 127
Technische Grundangelegenheiten ... 128
Baustoffbeschaffung ... 129
Städtische Wohnhausneubauten ... 129
Wiederaufbau und Instandsetzung ... 138
Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten ... 140
Technische Baupolizei ... 143
Städtische Prüf- und Versuchsanstalt ... 145
Heizungs- und Maschinenbau ... 146
Installationen und elektrische Anlagen ... 147
Technisch-behördliche Angelegenheiten des Gas- und Elektrizitätswesens 148
Öffentliche Beleuchtung, Uhren ... 149

Seite

Technische Verkehrsangelegenheiten ... 149
Landesprüfstelle für das Kraftfahrwesen ... 151
Städtischer Fuhrpark ... 152
Straßenpflege und Stadtreinigung ... 152
Schneesäuberung und Glatteisbekämpfung ... 154
Müllabfuhr ... 155
Straßenbau und Straßenerhaltung ... 156
Brücken- und Wasserbau ... 161
Planungsarbeiten ... 161
Bau und Erhaltung der Brücken, Stege und Verkehrsbauwerke ... 161
Schutzwasserbauten ... 164
Überschwemmungsangelegenheiten ... 165
Verkehrswasserbau, Hafen- und Schiffahrtsangelegenheiten ... 166
Bodentechnik ... 168
Wasserwerke ... 169
Wassergewinnung ... 169
Wasserwerke, Ausbau ... 171
Wasserleitungskraftwerke ... 171
Wasserverteilung ... 171
Wasserverbrauch ... 173
Städtische Bäder ... 173
Öffentliche städtische Bäder ... 173
Bäder in städtischen Wohnhausanlagen ... 175
Wäschereien ... 175
Kanalisationswesen ... 177
Kanalneubauten ... 177
Kanalumbauten ... 179
Kanalerhaltung ... 179
Kanalräumung und Unratabfuhr ... 180
Bedürfnisanstalten ... 181
Städtische Gärten ... 181
Städtische Friedhöfe ... 184
Instandhaltung und Ausgestaltung der Friedhöfe ... 185
Städtische Friedhofsgärtnerei ... 187
Städtische Steinmetzwerkstätte ... 188
Ehrengräber und Widmungen ... 188
Städtische Forste ... 189

Wohnungs- und Siedlungswesen ... 190
Wohnungsbewirtschaftung ... 190
Siedlungs- und Kleingartenwesen ... 193
Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtshäuser ... 194
Wohnhäuser ... 195
Amtshäuser ... 200
Hausbesorger ... 200

Wirtschaftsangelegenheiten ... 201
Marktwesen ... 201
Lebensmittelpolizei und Importkontrolle ... 201
Preiskontrolle und Preisbildung ... 203
Marktbeobachtung und Versorgungsangelegenheiten ... 204
Gewerbepolizeiliche Angelegenheiten ... 204
Eichwesen ... 205
Straßenstände ... 205
Marktverwaltung ... 206
Veterinärwesen ... 208
Schlachtungen, Vieh- und Fleischbeschau ... 209
Tierseuchen ... 210
Landwirtschaft, Tierzucht ... 211
Land- und Forstwirtschaftsinspektion ... 211
Pflanzenschutz ... 211

Seite

Wasser- und Schiffahrtswesen ... 212
Beschaffungsamt ... 212
Lebensmittel ... 213
Textilien und Lederwaren ... 214
Wirtschaftswaren, Bereifung und Transporte ... 215
Papier, Kanzleierfordernisse ... 215
Brennstoffe ... 216
Möbel, Altmaterialverwertung ... 216
Schulerfordernisse ... 217
Zentrallager ... 217
Liegenschaftswesen ... 217

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ... 219
Die Wiener Wählerevidenz ... 219
Polizeiwesen ... 219
Vermögenssicherung ... 219
Kultuswesen, Stiftungen und Sammlungen ... 219
Bevölkerungswesen ... 220
Statistischer Dienst ... 220
Die Bevölkerungsvorgänge im Jahre 1961 ... 220
Sondererhebungen ... 222
Statistische Veröffentlichungen und Fachbibliothek ... 223
Ordentliche Volkszählung 1961 ... 223
Zivilrechtsangelegenheiten ... 225
Gewerbewesen ... 226
Verkehrsrechtsangelegenheiten ... 227
Administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtsangelegenheiten ... 229
Grundtransaktionen ... 230

Feuerwehr der Stadt Wien ... 233
Organisation ... 233
Brandverhütung ... 233
Feuerwehrdienst ... 234
Fahrpark und Ausrüstung ... 234
Fahr- und Maschinendienst ... 235
Nachrichtenanlagen ... 235
Gebäudeerhaltung ... 236
Bemerkenswerte Aktionen der Feuerwehr ... 236

Städtische Unternehmungen ... 239
Wiener Stadtwerke ... 239
Gaswerke ... 242
Elektrizitätswerke ... 248
Verkehrsbetriebe ... 253
Bahnbau und Bahnerhaltung ... 253
Elektrische Anlagen ... 255
Hochbauten ... 256
Fahrbetriebsmittel ... 257
Hauptwerkstätte ... 257
Betrieb und Verkehr ... 258
Tarife ... 259
Autobusverkehr ... 260
Beschwerdestelle ... 262
Unfälle ... 262
Städtische Bestattung ... 262
Städtische Ankündigungsunternehmung Gewista ... 263
Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien ... 266

Chronik 1961 ... 268
Tagungen ... 269
Todesfälle ... 271

STATISTIK ALS VERWALTUNGSZWEIG

Die Anfänge der Statistik reichen weit in die Geschichte des Altertums zurück. Die statistischen Bestandsaufnahmen der vorchristlichen Frühepoche dienten vor allem der staatlichen Verwaltung. So bildete die zahlenmäßige Erfassung der Bevölkerung eine wichtige Grundlage zur Feststellung der Wehr- und Steuerkraft der Bevölkerung. Innerhalb des straff organisierten Römischen Imperiums wurden im römischen Zensus regelmäßig Bürgerrollen und Steuerlisten angelegt, die manche Ähnlichkeit mit den Formularen der Jetztzeit aufweisen: unter Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung waren von den Befragten genaue Angaben zu machen über Namen, Wohngemeinde, Heimatgemeinde und Alter, jedoch nicht nur des Auskunftspflichtigen allein, sondern darüber hinaus auch über die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen, da z. B. aus der Zahl der Sklaven Rückschlüsse auf die Vermögensverhältnisse des Auskunftspflichtigen gezogen werden konnten; dazu kamen aber auch noch Fragen über die Höhe des Einkommens und sogar des Vermögens. Dieser unter Servius Tullius (578 bis 535 v. Chr.) eingeführte Zensus wurde dann in der republikanischen Zeit verfassungsmäßig alle fünf Jahre abgehalten. Er war Volkszählung und Vermögensermittlung zugleich.

Das Mittelalter mit seiner staatlichen Zersplitterung und Auflösung eines festen staatlichen Gefüges konnte für die amtliche Statistik nur Rückschritte bringen, so daß die Leistungen der amtlichen Statistik dieser Zeitepoche mehr oder weniger Gelegenheitserhebungen blieben. Berühmt wurden die „Inventarien" Karls des Großen und das „Domesday-Book" Wilhelms des Eroberers.

Erst im Zeitalter des Absolutismus schuf die Neuzeit auch die Voraussetzungen für eine Renaissance der amtlichen Verwaltungsstatistik. Mit der Ausrichtung der merkantilistischen Wirtschaftspolitik auf eine Intensivierung der Erzeugung und des internationalen Warenaustausches erfuhr insbesondere die Statistik der Produktion und des Außenhandels neben anderen wirtschaftsstatistischen Daten (Viehbestand, Aussaat, Getreidepreise, aber auch gewerbliche Betriebszählungen in Form der General-Fabrikstabellen u. a.) eine systematische Ausgestaltung. So wurde im Jahre 1665 in Frankreich durch Colbert der Grundstein zu einer amtlichen Handelsstatistik gelegt, die bald auch von den anderen europäischen Ländern übernommen wurde. Zu einem allgemeinen statistischen Dienst kam es erst unter dem Konsulate Napoleons im Jahre 1800. Durch die Ansammlung statistischer Beobachtungen über die staatlichen Zustände und durch die Wohlfahrtspolitik des Polizeistaates, der alles für das Volk und nichts durch das Volk unternahm, erwuchs auch in den anderen Staaten das Bedürfnis nach der Organisation eines statistischen Verwaltungsdienstes, der schließlich zu einer umfassenden methodischen, zahlenmäßigen Erfassung auf den verschiedensten Gebieten des staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens wurde. Fast zu gleicher Zeit wurden in Frankreich, Preußen und Bayern statistische Büros errichtet und nicht viel später folgte Österreich, das — nach den ersten Volkszählungen unter Maria Theresia und Josef II. — im Jahre 1829 im Generalrechnungsdirektorium ein statistisch-administratives Organ schuf.

Mit der Zunahme der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Bedeutung der Städte wuchsen auch die städtischen Verwaltungsaufgaben. Aus dem Bedürfnis

der Stadtverwaltungen nach zuverlässigen zahlenmäßigen Unterlagen für Verwaltungsmaßnahmen, die zur Bewältigung der vielen neuen und schwierigen Aufgaben erforderlich waren, denen sich die Städte im Laufe des 19. Jahrhunderts gegenübersahen, erwuchs die Kommunalstatistik, die heute in den Städten Berlin, Rom und Wien als offiziell anerkannter und in Form eines eigenen statistischen Büros organisierter Zweig der Kommunalverwaltung auf einen einhundertjährigen Bestand zurückblicken kann.

So entstand die Kommunalstatistik vorwiegend in den größeren Städten und hat sich mit den wachsenden Bevölkerungszahlen und der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung der Städte rasch entwickelt und entfaltet.

Ihre Aufgabe besteht in erster Linie darin, der eigenen Verwaltung zahlenmäßige Unterlagen über das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben ihrer Stadt zu liefern. Diese Zahlen werden jedoch nicht nur zur Planung und Vorbereitung erforderlich werdender Verwaltungsmaßnahmen benötigt, sondern auch zur Beobachtung der Auswirkung bereits durchgeführter Maßnahmen und darüber hinaus zur Kontrolle der gesamten Verwaltungstätigkeit, insbesondere bei Rationalisierungsmaßnahmen.

Eine Eigenart unterscheidet die Kommunalstatistik von der übrigen Regionalstatistik: es ist ein nicht zu unterschätzender Vorzug, daß die Organe der Kommunalstatistik den tatsächlichen Gegebenheiten, dem wirklichen Leben viel näher stehen als Organe der übrigen Regionalstatistik, die deshalb auch nicht in der Lage ist, eine so genaue und erschöpfende Beschreibung der städtischen Zustände und Vorgänge mit den für die städtische Verwaltung erforderlichen, mit Hilfe besonders subtiler Methoden bis in die kleinsten, aber immer noch relevanten Einzelheiten gehenden Untergliederungen zu liefern.

Aus dieser Loslösung des statistischen Dienstes von der allgemeinen Verwaltung erwuchs für die statistischen Ämter jene Verbindung verwaltungsmäßiger und wissenschaftlicher Funktionen, die ihrer Entwicklung und Tätigkeit das Gepräge gab und bis auf den heutigen Tag noch immer gibt. Gleichzeitig entstanden auch die ersten Anfänge der Statistik als wissenschaftliche Disziplin. Im Ausbau der kameralistischen Staatenkunde aus einer Beschreibung der sich zahlenmäßiger Angaben bedienenden „Staatsmerkwürdigkeiten" zu einer Massenbeobachtung der Sozialgebilde ruhen die Wurzeln moderner Sozialstatistik. Daneben bahnte sich von den naturwissenschaftlichen Disziplinen und wahrscheinlichkeitstheoretischen Forschungen her die Entwicklung der modernen mathematischen Statistik an, die — teilweise auf frühe Ansätze zurückgehend — besonders nach ihrem Ausbau durch anglo-amerikanische Wissenschafter heute in der Statistik eine bedeutende Rolle spielt, vor allem gefördert durch die Meinungsforschung, die technische Statistik und die industrielle Qualitätskontrolle; insbesondere dringt das auf modernen, mathematisch-statistischen Erkenntnissen beruhende zufallsgesteuerte Stichprobenverfahren in die verschiedensten bevölkerungs-, wirtschafts- und sozialstatistischen Gebiete ein. Heute haben praktisch nahezu alle Länder der Erde amtliche statistische Büros oder Ämter eingerichtet, die mit modernen Erhebungsverfahren und modernsten Maschinenaggregaten ihre Arbeit bewältigen. Ihre Ergebnisse dienen nicht nur der Verwaltung, sondern finden in der breiten Öffentlichkeit Interesse und werden von zahlreichen Stellen, insbesondere der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft und -praxis, benützt.

Wenn die Statistik kein taugliches Werkzeug für Wissenschaft und Praxis wäre, so würde die öffentliche Hand nicht Mittel für die Durchführung von statistischen Erhebungen und Untersuchungen in immer größerem Umfang zur Verfügung stellen. Daß die Statistik aber in der Gegenwart eine wachsende Pflege erfährt, ist kein Zufall, denn aus der historischen Betrachtung läßt sich

ohne weiteres die Tatsache entnehmen, daß mit einer Zunahme der Verwaltungsfunktionen auch die statistische Betätigung zunimmt, denn: Politik und Verwaltung sind undenkbar geworden ohne Statistik!

Wenn die Verwaltungsfunktionen allzu kompliziert werden, dann genügt das allgemeine Wissen von den Dingen auf Grund der Erfahrung oder das Fingerspitzengefühl, so wertvoll beide auch sind, nicht mehr. In immer größerem Umfang werden exakte Zahlen verlangt, die der Politiker benötigt, wenn er ein Gebiet des öffentlichen Lebens ordnen will. Wenn er z. B. Maßnahmen der Verbrauchsregelung treffen will, so muß er wissen, wie groß die Erzeugung der einzelnen Verbrauchsgüter in den letzten Jahren und wie groß innerhalb derselben Zeit die Einfuhr und vielleicht auch die Ausfuhr war. Wenn es sich um Güter des täglichen Verbrauchs handelt, wird es vielfach auch nützlich sein, zu wissen, wie sich der Verbrauch in den einzelnen sozialen Schichten gestaltet; denn hinter einem an und für sich nicht ungünstigen Durchschnittsverbrauch kann sich ein sehr bedenklicher Unterverbrauch einzelner Schichten verbergen.

Und wieder braucht die Verwaltung Statistik, wenn sie den Erfolg oder Mißerfolg von ergriffenen Maßnahmen wissen will.

Mit Ende des zweiten Weltkrieges haben sich mit den neuen Aufgaben der staatlichen und städtischen Verwaltung auch die Anforderungen an die Statistik sehr geändert. Parlament, Regierung, Verwaltung und Wirtschaft verlangen mehr Statistik als früher und wollen außerdem dieses „Mehr" rascher geboten erhalten. Genau wie der Straßenverkehr oder etwa die Publizistik mußte sich auch die Statistik umstellen, wenn ihre Arbeit dem rascheren Fluß unseres politischen und sozialen Lebens genügen soll.

Statistik ist heute eines der wichtigsten Instrumente im Kampf um politische, wirtschaftliche und soziale Rechte. Je komplizierter die Getriebe von Wirtschaft, Sozialstruktur, sozialer Sicherheit und Politik werden, je verflochtener die Gebiete von wirtschaftlicher, sozialer und politischer Betätigung werden, desto größer wird das Gewicht der Statistik. Der Wirtschaftsfachmann, der Sozialpolitiker, der Soziologe, der Gewerkschafter und vor allem der Politiker vermag ohne statistische Unterlagen heute nicht mehr auszukommen. Um Zusammenhänge, Struktur und Entwicklung zu sehen und zu analysieren, bedarf es statistischer Unterlagen, vor allem deswegen, weil sie allein die Möglichkeit bieten, subjektive Entschlüsse an objektiven Merkmalen zu orientieren, denn die Statistik ist eine der wichtigsten Möglichkeiten, von subjektivem Meinen zur objektiven Kenntnis von Tatsachen zu gelangen.

Wir leben nicht nur im Zeitalter der Technik, sondern auch im Zeitalter der Statistik, und es ist durchaus kein Zufall, daß gerade die am stärksten technisierten Länder auch jene sind, in denen die Statistik im besonderen Maße entwickelt ist.

Zu den mannigfachen Erscheinungsformen des öffentlichen Lebens und der neuzeitlichen Gesellschaftsentwicklung gehört heute aber auch das Problem der sogenannten „Verstädterung" mit allen seinen Folgen und Auswirkungen. Überall in der Welt und insbesondere in den Industrieländern findet dieser Prozeß seinen Niederschlag in den städtischen Konzentrationen von menschlicher Arbeitskraft und Produktionsstätten.

Verlassen wir das städtische Gebiet, die sogenannte „Kernstadt", so gelangen wir in eine Zone, welche ähnliche Merkmale aufweist wie die Kernstadt selbst. Wir gelangen in ein Gebiet, das der Einflußsphäre der betreffenden Stadt unterliegt, in die sogenannte „Stadtregion".

Als „Stadtregion" wird jener Bereich einer Stadt bezeichnet, in welchem die Sozialstruktur und das Wirtschaftsleben maßgeblich von der betreffenden

Stadt als Verwaltungseinheit (Kernstadt) bestimmt wird. Die Einwohner der Stadtregion üben überwiegend nichtlandwirtschaftliche Berufe aus und finden ihre Existenzgrundlage zu einem großen Teil in den Arbeitsstätten der Kernstadt.

Und hier erwächst der Statistik eine neue Aufgabe, es genügt nämlich heute nicht mehr, den Blick nur auf die eigene Stadt zu richten, so daß der Blickhorizont mit den administrativen Stadtgrenzen zusammenfällt, sondern heute muß die Statistik über den „Zaun" ins Land schauen und beobachten, was rings um die Stadt, in der „Region" vor sich geht, denn nur so wird sie in einer Zeit, in der nicht die Bevölkerungszahl allein, sondern vor allem die Funktionsfülle und Wirkungsweite Gradmesser für die Lebenskraft einer Stadt sind, ihrer hohen Aufgabe als Verwaltungszweig gerecht werden!

VERFASSUNG UND VERWALTUNGSORGANISATION

VERÄNDERUNGEN IN DEN VERTRETUNGSKÖRPERN

Am 28. Jänner 1961 legte Gemeinderat Josef *Pleyl* (SPÖ) sein Mandat als Mitglied des Gemeinderates zurück; am 2. März 1961 legte Gemeinderat Robert *Erber* (SPÖ) sein Mandat zurück.

Am 17. März 1961 starb Gemeinderat Lois *Weinberger,* Vizebürgermeister und Stadtrat a. D. (ÖVP), am 1. August 1961 Gemeinderat Dr. Konrad *Eberle* (ÖVP) und am 29. August 1961 Gemeinderat Stefanie *Peschl* (SPÖ).

Als Ersatzmänner wurden berufen und angelobt: Franz *Ascherl* (angelobt am 10. Februar 1961) für Josef *Pleyl,* Rudolf *Bednar* (angelobt am 10. März 1961) für Robert *Erber,* Josef *Bauer* (angelobt am 21. April 1961) für Lois *Weinberger,* Dipl.-Ing. Walter *Blaschka* (angelobt am 22. September 1961) für Dr. Konrad *Eberle,* Karl *Pellet* (angelobt am 22. September 1961) für Stefanie *Peschl.*

Mit Schreiben vom 11. November 1961 legte Bundesrat Josef *Kratky* (SPÖ) im Hinblick auf seine Berufung in den Nationalrat sein Mandat als Mitglied des Bundesrates zurück. An seine Stelle wurde in der Sitzung des Landtages vom 17. November 1961 Friedrich *Karrer* gewählt. In der Reihung der Vertreter Wiens im Bundesrat trat durch diesen Wechsel keine Änderung ein.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 17. November 1961 wurde die Anzahl der Schriftführer mit neun bestimmt; folgende Mitglieder des Gemeinderates wurden zu Schriftführern gewählt: Josef *Bauer* (ÖVP), Franz *Graczoll* (SPÖ), Maria *Hirschler* (SPÖ), Maria *Hlawka* (SPÖ), Heinrich *Kowarsch* (ÖVP), Leopold *Mistinger* (SPÖ), Gertrude *Sandner* (SPÖ), Franz *Walzer* (ÖVP) und Josef *Windisch* (SPÖ).

In den Gemeinderatsausschüssen und im Disziplinarkollegium traten folgende Änderungen ein:

Gemeinderatsausschuß III — Gemeinderat Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang *Strunz* (ÖVP) am 21. April 1961 an Stelle des verstorbenen Gemeinderates Lois *Weinberger,* Vizebürgermeister und Stadtrat a. D.

Gemeinderatsausschuß V — die Gemeinderäte Erwin *Lanc* (SPÖ) und Franz *Ascherl* (SPÖ) am 10. Februar 1961 an Stelle der Gemeinderäte Emil *Fucik* und Emmerich *Sailer,*

Gemeinderat Josef *Bauer (ÖVP)* am 21. April 1961 an Stelle des verstorbenen Gemeinderates Lois *Weinberger,* Vizebürgermeister und Stadtrat a. D.,

die Gemeinderäte Dipl.-Ing. Walter *Blaschka* (ÖVP) und Karl *Pellet* (SPÖ) am 22. September 1961 an Stelle der verstorbenen Gemeinderäte Dr. Konrad *Eberle* und Stefanie *Peschl.*

Gemeinderatsausschuß VII — Gemeinderat Emil *Fucik* (SPÖ) am 10. Februar bruar 1961 an Stelle des ausgeschiedenen Gemeinderates Josef *Pleyl.*

Gemeinderatsausschuß VIII — Gemeinderat Emmerich *Sailer* (SPÖ) am 10. Februar 1961 an Stelle des ausgeschiedenen Gemeinderates Franz *Heigelmayr* und Gemeinderat Rudolf *Bednar* (SPÖ) am 10. März 1961 an Stelle des ausgeschiedenen Gemeinderates Robert *Erber.*

Gemeinderatsausschuß X — Gemeinderat Franz *Ascherl* (SPÖ) am 10. Februar 1961 an Stelle des ausgeschiedenen Gemeinderates Josef *Pleyl*.

Gemeinderatsausschuß XI — Gemeinderat Robert *Weisz* (SPÖ) am 10. Februar 1961 an Stelle des Gemeinderates Hans *Bock* und Gemeinderat Herbert *Mayr* (SPÖ) am 22. September 1961 an Stelle des verstorbenen Gemeinderates Stefanie *Peschl*.

Gemeinderatsausschuß XII — Gemeinderat Erwin *Lanc* (SPÖ) am 10. Februar 1961 an Stelle des Gemeinderates Dipl.-Ing. Franz *Witzmann*.

Disziplinarkollegium — Gemeinderat Rudolf *Bednar* (SPÖ) am 10. März 1961 an Stelle des aus dem Gemeinderat ausgeschiedenen Ersatzmitgliedes Robert *Erber*.

Der Gemeinderat trat zu elf öffentlichen und neun nichtöffentlichen Sitzungen, der Landtag zu sieben und das Immunitätskollegium zu fünf Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 51, die Landesregierung 46 und der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß fünf Sitzungen ab.

Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 722 Geschäftsstücke, der Landtag 15, das Immunitätskollegium fünf, der Stadtsenat 2.827, die Landesregierung 221 und der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß zehn.

DIE MAGISTRATSDIREKTION

Im Zentralexpedit der Magistratsdirektion betrug der Ein- und Ausgang von Geschäftsstücken rund zehn Millionen Dienststücke, von denen etwa drei Millionen durch die Post und die übrigen durch den Abhol- und Zustelldienst weitergeleitet wurden.

Das Büro der Magistratsdirektion erstattete im Jahre 1961 Gutachten zu 31 Gesetzentwürfen und zu neun Verordnungsentwürfen des Bundes sowie zu 21 Gesetz- und Verordnungsentwürfen anderer Bundesländer und leistete Vorarbeiten zu neun Wiener Landesgesetzen, einer Verordnung der Landesregierung, sechs Verordnungen des Landeshauptmannes und 80 Kundmachungen. Daneben waren 335 von der Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer eingelangte Geschäftsstücke zu behandeln.

Zur Regelung organisatorischer und rechtlicher Fragen wurden vom Büro der Magistratsdirektion 64 Runderlässe herausgegeben, darunter über folgende Angelegenheiten:

Ordentliche Volkszählung 1961, Arbeitsanweisung; Bundesgesetz über die Hemmung des Fristenablaufes durch Samstage und den Karfreitag; Häuser- und Wohnungszählung 1961, Abgabe der Erhebungsbogen; Vereinte Nationen, Personalanforderungen für Entwicklungsländer; Wohnbauprogramm 1962/1963; Bezirksvorsteher, Wirkungsbereich; Voranschlag 1962; Erziehungsheim der Stadt Wien — Eggenburg, Umbenennung; Blutspenderaktion; Weingartenerhebung; Gewerbeausübung durch Ausländer, Bedachtnahme auf fremdenpolizeiliche Bestimmungen; Personenstands- und Betriebsaufnahme 1961, Ausschreibung der Lohnsteuerkarten 1962/63/64; Postzustellung am Wochenende, Beschränkung; Allgemeine Viehzählung mit Stichtag 3. Dezember 1961; Rechnungsabschluß 1961.

Ansprüche nach dem Amtshaftungsgesetz wurden in sechs Fällen gegen die Stadt Wien geltend gemacht. Von der Disziplinarkommission wurden 97 Fälle behandelt, dem Berufungssenat 25 Berufungen zur Entscheidung vorgelegt. Auf Verleihung von Berufstiteln als Auszeichnung und von staatlichen Auszeichnungen langten 144 Anträge ein. Von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsgeheimnisses wurden 390 städtische Bedienstete entbunden. In 41 Fällen waren Aufsichtsbeschwerden zu behandeln.

Der praktisch-politischen Prüfung unterzogen sich 27 rechtskundige Beamte, hievon 15 Polizeibeamte. 24 Kandidaten bestanden die Prüfung. Die einheitliche Prüfung aus dem allgemeinen Verwaltungsdienst legten 103 Kandidaten ab, davon 77 Kandidaten mit Erfolg. Zur besonderen Fachprüfung der Fachbeamten des Verwaltungsdienstes traten 106 Kandidaten an, von denen 100 die Prüfung bestanden. Von den zur Fachprüfung aus dem Kanzleidienst angetretenen 135 Bediensteten legten 123 die Prüfung mit Erfolg ab.

Im Jahre 1961 wurden zweimal Beflaggungen der städtischen Amtshäuser und Objekte angeordnet.

Das *Präsidialbüro* hatte infolge des seit Jahren kontinuierlichen Anstieges der Zahl der Kongresse, Tagungen und sonstigen Anlässe (s. d. am Schluß des Verwaltungsberichtes) neuerlich in erhöhtem Ausmaß Repräsentationspflichten zu erfüllen. Daneben wurden feierliche Eröffnungen von städtischen Bauten wie auch von Ausstellungen durchgeführt; Einzelheiten hierüber sind in den Berichten der zuständigen Abteilungen enthalten.

Der Dolmetscher- und Übersetzungsdienst wies folgende Leistungen auf:

	Geschäftsstücke
Englisch	649
Französisch	466
Italienisch	122
Tschechisch	358
Dänisch, Esperanto, Flämisch, Holländisch, Japanisch, Kroatisch, Neugriechisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Serbisch beziehungsweise Serbokroatisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Schwedisch, Ungarisch	149

Die *Amtsinspektion* führte im Jahre 1961 insgesamt 15 Revisionen von Dienststellen an Ort und Stelle durch, davon neun in Magistratsabteilungen und sechs in Magistratischen Bezirksämtern. Auf Grund dieser Überprüfungen konnten 45 Dienstposten erspart werden. In den Räumen der Amtsinspektion wurden außer den Besprechungen im Rahmen der Budgetperlustrierungen 36 Bürobesprechungen durchgeführt, die Organisations-, Rationalisierungs- und Personalmaßnahmen betrafen.

Zu 22 Kontrollamtsberichten an den Bürgermeister wurden Stellungnahmen der betroffenen Dienststellen eingeholt und danach die entsprechenden Maßnahmen getroffen. Wie in den vergangenen Jahren wurden allmonatlich Bezirksamtsleiterbesprechungen, fallweise unter Zuziehung der Leiter von Fachabteilungen, durchgeführt. Diese Besprechungen dienten der einheitlichen Gebarung der dezentralisierten Magistratsverwaltung und der Lösung von Problemen aus dem Wirkungsbereich der Magistratischen Bezirksämter; insgesamt wurden zehn Besprechungen abgehalten.

Anläßlich der Erstellung des Budgets 1962 wurden die von den einzelnen Dienststellen des Magistrates verfaßten Personalstandsausweise unter Beiziehung der Dienststellenleiter, des Personaleinsatzes, der Magistratabteilung für allgemeine Personalangelegenheiten — Stellenplan, der Magistratsabteilung für Finanzwirtschaft und Haushaltswesen und — soweit es sich um Dienststellen des Stadtbauamtes handelte — des Technischen Personaleinsatzes eingehend geprüft. Nach dem Wunsche der Dienststellen war der Gesamtpostenstand des Magistrates für 1962 mit 36.012 Posten in Aussicht genommen; das wären dem Dienstpostenplan 1961 gegenüber um 950 mehr gewesen. In den Überprüfungsverhandlungen konnte das Begehren der Dienststellen auf insgesamt 34.972 Posten (32.058 ständig Vollbeschäftigte, 1.002 nicht ständig Voll-

beschäftigte und 1.912 nicht Vollbeschäftigte) reduziert werden. Demnach umfaßt der Dienstpostenplan 1962 um insgesamt 90 Dienstposten weniger als der für das Jahr 1961. Im Zuge dieser Dienstpostenerstellung wurden erstmals die Ansätze der nicht vollbeschäftigten Posten in Jahresposten umgerechnet, das heißt, daß zum Beispiel zwei Halbtagsbedienstete einem Jahresposten entsprechen.

Im Jahre 1961 wurden wieder zahlreiche Anträge auf Dienstreisen gestellt; 5.304 Dienstreisen, davon 147 ins Ausland gehende, wurden genehmigt. Für 239 Personenkraftwagen und 20 Krafträder wurden Kilometergeldvergütungen bewilligt. In 278 Fällen wurden Änderungen von Personalzulagen, in 168 Fällen Änderungen von ständigen Sonderzulagen bewilligt.

Die Verrechnung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Pensionsparteien wird bereits zur Gänze von der Elektronenanlage besorgt und konnte somit auch nach Erhöhung der Monatsbezüge ab 1. März 1961 innerhalb des knappen Zeitraumes von zwei Wochen unter Aufwendung von wenigen Überstunden bewältigt werden.

In der probeweise mit Lochkarten durchgeführten Liquidierung von Bezügen für 550 Aktivbedienstete wurden weitere Erfahrungen gesammelt. In der Mitte des Jahres wurden die Umstellungsarbeiten auf Lochkartenverrechnung der Wassergebühren abgeschlossen. Im Zusammenhang damit wurden in der Finanzverwaltung vier Bedienstete erspart.

Neben der Lochkartenverrechnung der Wassergebühren wurden die Vorarbeiten für die Erstellung der Wählerevidenz weitergeführt. So konnten von den rund 2.500 Wahlsprengeln bis Jahresende 372 Sprengel abgelocht und geprüft werden. Nach dem bisherigen Stand der Arbeiten ist damit zu rechnen, daß die gesamte Wählerevidenz bis ungefähr März 1963 auf Lochkartenbetrieb umgestellt sein wird. Auch auf diesem Gebiet ist mit einer Personalersparung zu rechnen. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Lochkartenanlage wurde der Maschinenpark erweitert.

Im Kursjahr 1960/1961 der Verwaltungsakademie hielten 18 Vortragende in 51 Doppelstunden vor 132 Frauen und 492 Männern 14 Kurse ab. Da die im vergangenen Jahr ins Kursprogramm aufgenommene Vortragsreihe mit aktuellen Themen über die Wiener Stadtwerke Anklang gefunden hatte, wurde diese Reihe mit Vorträgen über die Elektrizitätswerke fortgesetzt.

Für das Jahr 1961 wurde die Genehmigung zur Beschaffung von rund 8.000 Stempeln und Siegeln erteilt, wobei die Texte der Stampiglien auch im Hinblick auf die Geschäftseinteilung des Magistrates geprüft wurden. Auch Drucksorten wurden vor Neuauflagen eingehend geprüft. 7.110 Bücher und 450 Zeitschriften und Gesetzblätter wurden den Dienststellen zum Gebrauch zugewiesen.

Die Amtsinspektion führte zur Amtsraumlenkung insgesamt rund 900 Erhebungen durch, auf Grund deren 64 Raumzuweisungen erfolgten. Die Suche nach geeigneten Lagerräumen zur Unterbringung von Delogierungsgut wurde fortgesetzt.

Das *Rekursbüro* behandelte im Jahre 1961 79 Entscheidungen über Berufungen, 23 Berichte und Äußerungen sowie 7.656 Einsichtsakten einschließlich der vom Rekursbüro auf ihre Rechtssätze durchzuarbeitenden Berufungsentscheidungen und Erkenntnisse.

Der leichte Rückgang der Einsichtsakten dem Jahre 1960 gegenüber ist offenbar darauf zurückzuführen, daß in den ersten Wochen nach der am 1. Jänner 1961 in Kraft getretenen Straßenverkehrsordnung von den Straßenaufsichtsorganen besondere Nachsicht geübt wurde.

Dem *Personaleinsatz* unterstanden am 31. Dezember 1961 1.940 Fachbeamte



Bürgermeister Jonas geleitet den schwedischen König in den Stadtsenatssitzungssaal

Magistratsdirektion



Der finnische Staatspräsident Doktor Kekkonen besucht das Wiener Rathaus



Anläßlich des Gipfeltreffens der Staatsoberhäupter der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Wien, besucht Frau Chruschtschew die Cézanne-Ausstellung im Oberen Belvedere

Magistratsdirektion

Die Gattin des amerikanischen Präsidenten Kennedy besucht die Porzellanmanufaktur Augarten



des Verwaltungsdienstes, 2.652 Kanzleibeamte, 171 jugendliche Bedienstete und 601 Amtsgehilfen.

In Ausübung der Dienstaufsicht ergab sich im Jahre 1961 die Notwendigkeit, 1.319 Bedienstete innerhalb der Abteilungen und Betriebe zu versetzen und insgesamt 36.639 Dienststücke zu behandeln. Die Überprüfung von Arbeitsplätzen wurde fortgesetzt, bei Revisionen von Dienststellen wirkte die Amtsinspektion mit. Die Einhaltung der Dienststunden wurde regelmäßig kontrolliert. Bei der Auswahl von Erziehern war der Personaleinsatz mit verantwortlich. Zum Ausgleich für den Ausfall durch Pensionierung oder Dienstesentsagung wurden 83 Maturanten, 88 Kanzleibedienstete und 82 jugendliche Stenotypisten aufgenommen.

Bei der Ordentlichen Volkszählung 1961 wurden die Zählermeldungen der Dienststellen auf ihre Vollständigkeit überprüft und die Ansuchen von Bediensteten um Ausnahme von der für die Zeit der Volkszählung angeordneten Urlaubssperre erledigt.

Der Stand der Fachbeamten des Verwaltungsdienstes hat sich im Jahre 1961 durch die Einbeziehung der Fürsorgerinnen, deren Dienstposten mit Verwendungsgruppe B bewertet ist, erweitert. Diese Bediensteten wurden der Dienstaufsicht des Personaleinsatzes unterstellt.

Der Personalstand der Personalausgleichstelle I hat sich von 222 auf 199 Bedienstete verringert. Der Stand der Personalausgleichstelle II ist von 58 auf 55 Bedienstete gesunken. Die im Stande der beiden Personalausgleichstellen geführten Bediensteten wurden im Jahre 1961 zu größeren Aushilfsarbeiten herangezogen, u. zw. zehn Bedienstete zur Wassergebührenverrechnung, sieben Bedienstete zu den mit der Umstellung auf die Automation verbundenen Mehrarbeiten, fünf Bedienstete zu den für die Vordienstzeitenanrechnungen entstandenen Mehrarbeiten, vier Bedienstete für Archivarbeiten und 18 Bedienstete als Gebäudewächter. Darüber hinaus war es möglich, einzelnen Dienststellen für vorübergehend anfallende Mehrarbeiten und als Ersatz für Eingerückte, Karenzurlauber und für lange Krankenstände Personal unter Belassung im Stande der Personalausgleichstelle zuzuteilen.

Für umfangreiche Mehrarbeiten wurden überdies Aushilfskräfte mit Tagesentschädigung aufgenommen, und zwar für die Personenstands- und Betriebsaufnahme 450, für die Stimmlistenarbeiten 35 und für statistische Arbeiten fünf Aushilfsbedienstete.

Der Personaleinsatz arbeitete an der Erstellung von Reformvorschlägen für das Allgemeine Krankenhaus in den von der Amtsinspektion gebildeten Arbeitsgemeinschaften „Formulargebarung" und „Kanzleitechnische Vereinfachungen" mit. Die von den Arbeitsgemeinschaften angeregten Vereinfachungen (zum Beispiel Änderung des Aktenlaufes in der Pflegegebührenstelle und Anschaffung moderner Maschinen) ermöglichten im Allgemeinen Krankenhaus die Ersparung von Dienstposten.

Zur besseren Überprüfung von Krankheitsfällen hat sich im Jahre 1961 die Einrichtung einer Krankenkontrolle durch den Personaleinsatz als notwendig erwiesen.

Von 112 Maturanten, die sich um Aufnahme beim Magistrat und bei den Stadtwerken bewarben, bestanden 92 die Vorprüfung. 185 Bewerber legten die Prüfung über die mindesterforderlichen Kenntnisse im Kanzleidienst und die Stenographie- und Maschinschreibprüfung für Fachbeamte ab, zum überwiegenden Teil erfolgreich. Zu den Aufnahmsprüfungen für jugendliche Stenotypisten meldeten sich 163 Jugendliche, von denen 104 die Prüfung bestanden. Bei den Aufnahmsprüfungen für Kanzleibeamte (über 18 Jahre) legten von 179 Kandidaten 107 die Prüfung erfolgreich ab.

Zur Vorbereitung für die einheitliche Prüfung aus dem allgemeinen Verwaltungsdienst wurden zwei Kurse mit insgesamt 65 Teilnehmern, für die besondere Fachprüfung aus dem allgemeinen Verwaltungsdienst drei Kurse mit 103 Teilnehmern und für die Fachprüfung aus dem Kanzleidienst drei Kurse mit 111 Teilnehmern abgehalten. Die Teilnehmer an den Vorbereitungskursen für die besondere Fachprüfung waren einen Monat hindurch dreimal wöchentlich nachmittags den Magistratischen Bezirksämtern zugeteilt und hatten so Gelegenheit, ihre theoretisch erworbenen Kenntnisse durch praktische Arbeit zu vervollkommnen.

Zur Betreuung junger Bediensteter der Stadt Wien wurden 29 Einzelvorträge gehalten, an denen 1.081 jugendliche Bedienstete teilnahmen. Zu einem Tagesausflug mit dem Schiff in die Wachau wurden 605, zu der Autobusrundfahrt „Neues Wien" 307 Bedienstete eingeladen. Ferner wurden zwei Filmvorträge mit dem Thema „Probleme unserer Stadt und wir" veranstaltet. Bei diesen Filmvorträgen waren 326 junge Bedienstete anwesend. Zur Veranschaulichung demokratischer Einrichtungen der Stadt Wien wurde 127 Jugendlichen Gelegenheit gegeben, der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderates beizuwohnen. Im März 1961 wurden 114, im September 129 Jugendliche zur kontrollärztlichen Untersuchung berufen.

Die *Pressestelle* gab 3.048 Blätter der „Rathaus-Korrespondenz" heraus. Das „Amtsblatt der Stadt Wien", das einen größeren Umfang und eine bessere Ausstattung bekommen hat, erschien in 104 Nummern mit einem durchschnittlichen Umfang von 20 Seiten und einer Auflage von rund 4.600 Stück pro Nummer. Die Zahl der Abonnenten ist auf 2.450 gestiegen. 2.015 Stellen erhielten Freiexemplare.

Im „Landesgesetzblatt für Wien" erschienen in 15 Stück neun Gesetze, sieben Verordnungen und zwei Kundmachungen. Die Auflage betrug durchschnittlich 1.800 Stück. Das Landesgesetzblatt zählte 586 Abonnenten; 255 Freiexemplare wurden ausgegeben.

Der „Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger" erschien mit acht Nummern in einer Auflage von durchschnittlich 4.000 Stück.

Der Bilderdienst stellte 4.776 Schwarzweiß-Aufnahmen her und fertigte 32.754 Kopien an. 13.633 Photos wurden verkauft, 19.121 kostenlos abgegeben. Die inländische Presse erhielt 2.571, die ausländische 734 Bilder zur Veröffentlichung. Der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien wurden 490 Bilder zur Verfügung gestellt, in den Bilderkasten des Magistrates 10.557 Bilder ausgestellt, im Amtsblatt der Stadt Wien 572 veröffentlicht.

Das *Stenographenbüro* besorgte im Jahre 1961 die stenographische Aufnahme von sieben Sitzungen des Landtages in einer Gesamtdauer von sieben Stunden 15 Minuten sowie von elf Sitzungen des Gemeinderates, die insgesamt 103 Stunden 30 Minuten dauerten. Von den Gemeinderatssitzungen entfielen 58 Stunden 10 Minuten auf die Beratung des Voranschlages 1962 und 13 Stunden 40 Minuten auf die Debatte über das vom Stadtplaner vorgelegte städtebauliche Grundkonzept für Wien. Außerdem besorgte das Stenographenbüro, meist im Zusammenwirken mit der Pressestelle, verschiedene Sonderaufnahmen bei festlichen Veranstaltungen der Stadtverwaltung, zum Beispiel bei der feierlichen Überreichung der Ehrenbürgerurkunde der Stadt Wien an den Bürgermeister.

Einen Überblick über die in den Landtags- und Gemeinderatssitzungen eingebrachten schriftlichen Anträge und Anfragen, deren Wortlaut vom Stenographenbüro in das Beschlußprotokoll aufzunehmen war, gibt die folgende Zusammenstellung.

	Landtag		Gemeinderat	
	Anträge	Anfragen	Anträge	Anfragen
SPÖ	—	—	3	—
ÖVP	3	4	70	15
FPÖ	3	—	13	13
KLS	6	—	32	24
Bezirksvertretungen	—	—	3	—
	12	4	121	52

Der *Personenkraftwagenbetrieb* verfügte im Jahre 1961 über 64 Fahrzeuge. Die Fahrleistung des Personenkraftwagenbetriebes hat sich dem Jahre 1960 gegenüber mit 952.242 km um rund 20.000 km vermindert; dies ist darauf zurückzuführen, daß bei den Festwochen für Führungen ausländischer Gäste weniger Personenkraftwagen beansprucht wurden. Dagegen ist ein Ansteigen bei den amtseigenen Fahrzeugen um rund 62.000 km und bei den beamteneigenen Fahrzeugen, deren Besitzer Kilometergeld erhalten, um fast 39.000 km zu verzeichnen.

Trotz des stets ansteigenden Straßenverkehrs gab es nur einige kleine Verkehrsunfälle mit geringem Blechschaden.

Für Repräsentationszwecke, für die Abholung oder Überstellung von Kindern und Jugendlichen des Jugendamtes sowie für den Permanenzingenieur der Stadtbauamtsdirektion mußten öfter Privatfahrzeuge herangezogen werden.

EMPFÄNGE UND EHRUNGEN

Im Jahre 1961 fanden bei Kongressen 27, bei internationalen Tagungen 28 und aus sonstigen Anlässen 103 Empfänge statt, an denen 24.721 Personen teilnahmen, darunter 17.650 Ausländer. An Führungen, Pressekonferenzen, Exkursionen usw. nahmen 1.698 Personen teil.

Anläßlich von Staatsbesuchen wurden der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen, Adam *Rapacki*, am 9. März, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten des Großherzogtums Luxemburg, Eugène *Schaus*, am 23. März, König *Gustav VI. Adolf* von Schweden am 26. April, der Staatspräsident der Republik Finnland, Dr. Urho *Kekkonen*, am 30. Mai, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der französischen Republik, Maurice *Couve de Murville*, am 30. Juni, der Lordsiegelbewahrer Ihrer Britannischen Majestät, The Right Honourable Edward *Heath*, M. B. E., M. P., am 13. Juli, der Präsident der Griechischen Nationalversammlung, Constantin *Rodopoulos*, am 14. Juli, der Ministerpräsident der Republik Senegal, Mamadou *Dia*, am 7. Oktober und der Königlich Dänische Außenminister Jens Otto *Krag* am 11. November vom Bürgermeister im Beisein der Mitglieder des Stadtsenates im Wiener Rathaus empfangen.

Anläßlich ihres Aufenthaltes in Wien wurden folgende Persönlichkeiten und Delegationen vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter empfangen: Doktor Paul *Meierhans*, Regierungspräsident des Kantons Zürich; Angelos *Tsoukalas*, Bürgermeister von Athen; Veceslav *Holjevac*, Stadtpräsident von Zagreb; elf Stadträte aus Tokio; Brigadegeneral Soemarno *Sosroatmodjo*, Bürgermeister von Djakarta; eine Delegation des Obersten Sowjets; Dumitru *Diaconescu*, Präsident des Exekutivkomitees des Volksrates der Stadt Bukarest; Stadtrat Elli *Horeni* aus Frankfurt; eine schwedische Delegation unter Führung von Helge *Berglund; Antoine Spinoy*, Minister aus Brüssel; D. *Melamdovicz*, Bürgermeister-Stellvertreter von Ramat-Gan; Oberbürgermeister Dr. *Saur* und eine Delegation aus Ludwigsburg bei Stuttgart.

Ein besonderes Ereignis war die Ausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses „Stockholm — Stadt auf dem Wasser — Stadt der tausend Inseln", die rund 16.000 Besucher aufwies. Aus diesem Anlaß weilte der Stadtpräsident von Stockholm, Carl Albert *Anderson*, mit einer Delegation in unserer Stadt. Zu Ehren der schwedischen Gäste gab der Bürgermeister am 26. Oktober einen Empfang in den Repräsentationsräumen.

Der Staatspräsident von Ghana, Dr. Kwame *Nkrumah* und seine Begleiter besichtigten in einer Rundfahrt am 8. August die neuesten Schöpfungen der Stadtverwaltung.

Dem Bürgermeister statteten im Wiener Rathaus verschiedene Persönlichkeiten einen Besuch ab, u. a.: Mgr. Dr. Giovanni *Dellepiane*, Apostolischer Nuntius, Bürgermeister *Khoushi* und M. *Surkis*, Haifa, Karol *Kraczkiewicz*, Generaldirektor-Stellvertreter der IAEO, Vizebürgermeister *Suzuki*, Tokio, Oberbürgermeister Dr. *Pfizer*, Ulm, Oberbürgermeister Theo *Burauen*, Köln, Bürgermeister Max *Wartemann*, Lübeck, Christopher *Fry*, Dramaturg, Großbritannien, Bürgermeister *Sham Nath*, Neu Delhi, Dr. *Sterling Cole*, Generaldirektor der IAEO, Ministerpräsident Georg Kurt *Kiesinger*, Baden-Württemberg, Universitätsprofessor Dr. Sigvard *Eklund*, Generaldirektor der IAEO, Erzbischof Opilio *Rosse*, Apostolischer Nuntius.

Anläßlich des in Wien abgehaltenen Gipfeltreffens wurde die Gattin des Präsidenten der USA, Jacqueline *Kennedy*, am 3. Juni in der Porzellanmanufaktur Augarten durch den Bürgermeister und die Gattin des Ministerpräsidenten der UdSSR, Nina *Chruschtschewa*, am gleichen Tage in der Paul Cézanne-Ausstellung im Schloß Belvedere durch Vizebürgermeister *Mandl* begrüßt.

55 Gruppen in- und ausländischer Sportler, Studenten, Wissenschafter usw., insgesamt 3.532 Personen, wurden im Rathaus vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter begrüßt. Auf Autobusrundfahrten besichtigten 3.948 Personen die neuesten Schöpfungen der Stadtverwaltung.

Die Aktion „Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt Wien kennen" führte 27.484 Jugendliche auf Rundfahrten durch das neue Wien. In 1.135 Führungen besichtigten 27.697 Personen das Wiener Rathaus, darunter 5.887 Ausländer und 17.250 Schüler.

Wie alljährlich wurden in besonderen Veranstaltungen Persönlichkeiten geehrt, die sich Verdienste um die Stadt erworben hatten.

Am 18. März wurde Oskar *Kokoschka* die Urkunde anläßlich der Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Wien überreicht.

In Anwesenheit des Bundespräsidenten sowie einiger Mitglieder der Bundesregierung und Vertreter des öffentlichen Lebens fand am 25. März im Stadtsenats-Sitzungssaal die Überreichung der Urkunde an Bundeskanzler DDr. h. c. Ing. Julius *Raab* anläßlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Wien statt.

Am 22. Juni jährte sich zum zehnten Male der Tag, an dem Franz *Jonas* zum Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien gewählt worden war. Aus diesem Anlaß wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt. In Anwesenheit des Bundespräsidenten, des Bundes- und des Vizekanzlers, einiger Mitglieder der Bundesregierung, National- und Bundesräte, der Mitglieder des Gemeinderates und vieler Vertreter des öffentlichen Lebens überreichte Vizebürgermeister *Slavik* die Ehrenbürgerurkunde.

Am 17. März wurde Bundesminister für Inneres Josef *Afritsch* die Urkunde anläßlich seiner Ernennung zum Bürger der Stadt Wien überreicht.

Am 6. Juni erhielt Kammerschauspieler Attila *Hörbiger* den Ehrenring der Stadt Wien.



Drei Ehrenbürger von Wien: Bürgermeister Jonas, Bundespräsident Doktor Schärf, Bundeskanzler a. D. DDr. h. c. Ing. Raab

Magistratsdirektion



Innenminister Afritsch wird Bürger der Bundeshauptstadt Wien



Bürgermeister Jonas überreicht den Stadträten Glaserer, Bauer und Riemer das ihnen vom Bundespräsidenten verliehene Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich

Magistratsdirektion

Eine Dudelsackpfeiferinnen-Kapelle aus Aberdeen bringt im Arkadenhof ein Ständchen



Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien nahmen Prof. Walther *Schneiderhan*, Schauspielerin Louise *Kartousch*, Kammerschauspieler Emmerich *Reimers*, Komponist Heinrich *Schöny* und Burgschauspieler Ferdinand *Onno* aus der Hand des Bürgermeisters in Empfang.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber wurde Hofschauspielerin Prof. Else *Wohlgemuth*, Oberregisseur Prof. Josef *Gielen*, Universitätsprofessor Dr. Michael *Pfliegler*, Hochschulprofessor Dipl.-Ing. Dr. techn. Robert *Strebinger*, Prof. Dr. Robert *Kolisko*, Hochschulprofessor i. R. DDr. h. c. Karl *Oberparleiter* und Domkapitular Prälat Dr. Karl *Rudolf* überreicht.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold erhielten Universitätsprofessor Dr. Gottfried *Holler* und Prof. Ludwig Heinrich *Jungnickel*.

Die Josef Kainz-Medaille wurde Schauspieler Hans *Moser*, Schauspielerin Heidemarie *Hatheyer* und Oberregisseur Prof. Josef *Gielen* überreicht.

Acht Fürsorgeräten wurde die Prof. Dr. Julius Tandler-Medaille überreicht; Fürsorgerat Maria *Pokorny* und Obermedizinalrat Dr. Nikolaus *Damianos* erhielten die Medaille in Silber.

Das Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen wurde acht Personen für 40jährige Dienstleistung und 72 Personen für 25jährige Dienstleistung überreicht.

Die Goldene Ehrenplakette für verdienstvolle Leistungen auf dem Gebiete des Wiener Siedlungswesens erhielten fünf Personen. Das Sportehrenzeichen wurde Robert *Glücksmann*, Hermine *Krall*, Hans *Kratky* und Käthe *Wiesenberger* überreicht.

In einer feierlichen Veranstaltung wurden 18 Hausgehilfinnen, und zwar 13 mit einer 25jährigen Dienstzeit, eine mit einer 26jährigen Dienstzeit, eine mit einer 30jährigen Dienstzeit, eine mit einer 39jährigen Dienstzeit, eine mit einer 44jährigen Dienstzeit und eine mit einer 50jährigen Dienstzeit, durch Überreichung eines Diplomes und einer Ehrengabe geehrt.

Elfmal fanden Ehrungen anläßlich des 40jährigen Dienstjubiläums, weiters 11 Angelobungen und 5 Verabschiedungen städtischer Bediensteter statt, außerdem noch eine Verabschiedung von Lehrpersonen und eine Angelobung neuernannter Leiter von Wiener Volks-, Haupt- und Sonderschulen.

Anläßlich einer Gnadenhochzeit, einer steinernen, vier eisernen, 71 Diamantener und 934 goldener Hochzeiten wurden 1.011 Jubelpaare geehrt; unter ihnen befand sich das 13.000ste Paar seit 1945.

Die Ehrung von Neunzig- und Hundertjährigen erfuhr im Jahre 1961 eine bedeutende Steigerung. Es wurden 13 Hundertjährige (gegenüber fünf im Jahre 1960) und 435 Neunzigjährige (gegenüber 324 im Jahre 1960) durch Überreichung einer Ehrengabe und eines Glückwunschschreibens des Bürgermeisters geehrt.

Am 22. März fand vor dem Rathaus die Trauerfeier für Gemeinderat Lois *Weinberger*, Vizebürgermeister und Stadtrat a. D., statt.

Die Trauerfeier für Stadtbaudirektor Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Aladar *Pecht* fand am 25. Mai, für Gemeinderat Obermedizinalrat Primarius Dr. Konrad *Eberle* am 5. August und für Gemeinderat Stefanie *Peschl* am 4. September statt.

PERSONALANGELEGENHEITEN

Die Personalabteilungen hatten auch im Jahre 1961 umfangreiche Aufgaben zu besorgen, die sich insbesondere aus der Durchführung der nachstehend angeführten Gesetze ergaben.

Dem Wiener Landtag wurden zwei Gesetzentwürfe — die 19. und die 20. Novelle — betreffend die Änderung des Dienstrechtes der Beamten der Stadt Wien, weiters ein Gesetzentwurf über Ersatzleistungen an öffentlichrechtliche Bedienstete der Stadt Wien während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft und schließlich ein Gesetzentwurf über die Gewährung von Entschädigungen wegen politischer Maßregelung im öffentlichen Dienst (Wiener Beamtenentschädigungsgesetz) zur Beschlußfassung vorgelegt.

Die 19. Novelle zum Gesetz betreffend das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien wurde vom Wiener Landtag in seiner Sitzung vom 10. März 1961 beschlossen (LGBl. für Wien Nr. 6/1961). Sie sieht vor allem eine Erhöhung der Monatsbezüge der städtischen Beamten um durchschnittlich acht Prozent im Schema II und um zehn Prozent im Schema I mit Wirksamkeit vom 1. März 1961 vor. Die bis zu diesem Zeitpunkt in Geltung gestandenen Bestimmungen über die Höhe der Monatsbezüge gehen im wesentlichen auf eine Regelung aus dem Jahre 1956 zurück. Bekanntlich wurden damals die Bezüge der Bundesbeamten mit Wirksamkeit vom 1. Februar 1956 neu festgesetzt, wobei diese Regelung auch von den meisten Gebietskörperschaften übernommen wurde. Auch für die Beamten der Stadt Wien, und zwar für die Beamten des Schemas II — das sind jene Beamte, die vorwiegend Angestelltentätigkeiten verrichten — wurde die Bundesregelung zur Gänze übernommen; für die Beamten des Schemas I — also jene Beamten, die vorwiegend Arbeitertätigkeiten verrichten — wurde dem bisherigen Aufbau dieses Schemas entsprechend eine abweichende Regelung getroffen, wobei vom Verhältnis der Bezüge eines Facharbeiters zu den Bezügen eines Kanzleibeamten ausgegangen wurde.

Verhandlungen über eine generelle Erhöhung der Monatsbezüge wurden schon seit längerer Zeit geführt. Von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wurde hiebei immer darauf hingewiesen, daß das Gehaltssystem der öffentlich Bediensteten auf der Basis der Verhältnisse des Jahres 1955 beruht, seither jedoch die meisten Kollektivverträge, wie sie für die in der Privatwirtschaft beschäftigten verschiedenen Dienstnehmergruppen gelten, entsprechend den geänderten Verhältnissen oft schon mehrmals abgeändert worden sind. Während so das Lohnniveau der in der Privatwirtschaft tätigen Bediensteten den geänderten Verhältnissen jeweils angeglichen worden ist, seien die Monatsbezüge der öffentlich Bediensteten unverändert geblieben. Darüber hinaus haben die Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß insbesondere die verhältnismäßig geringen Anfangsbezüge des Gehaltsschemas der öffentlich Bediensteten keinen Anreiz für den Eintritt in den öffentlichen Dienst bieten. Da sich die Verwaltungen diesen Argumenten nicht verschließen konnten, wurden zunächst die Anfangsbezüge, die Bezüge der ersten fünf Gehaltsstufen, neu geregelt. Diese Neuregelung ist für die Bundesbediensteten und die Bediensteten eines Großteiles der Gebietskörperschaften mit 1. Jänner 1961, für die Bediensteten der Stadt Wien schon mit 1. November 1960 wirksam geworden.

Die weiteren Verhandlungen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dien-

stes wurden schließlich mit dem Ergebnis zum Abschluß gebracht, die Monatsbezüge der öffentlich Bediensteten mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1962 um durchschnittlich neun Prozent gegenüber den Ansätzen des Jahres 1956 zu erhöhen. Für die Zeit vom 1. Juli 1961 bis zum 31. Dezember 1961 wurde eine Erhöhung im Ausmaß von vier Prozent der Ansätze des Jahres 1956 vereinbart: Diese Regelung, die in erster Linie für den Bereich des Bundes getroffen wurde, ist von den meisten Gebietskörperschaften übernommen worden, die auch die Anfangsbezüge so wie der Bund geregelt haben.

Für die Bediensteten der Stadt Wien wurde abweichend von der Bundesregelung durch die bereits erwähnte 19. Novelle eine generelle Erhöhung der Gehaltsansätze um durchschnittlich acht oder zehn Prozent mit Wirksamkeit vom 1. März 1961 verfügt. Dieser Regelung haben sich die Gebietskörperschaften angeschlossen, die bereits anläßlich der Neuregelung der Anfangsbezüge die Wiener Regelung übernommen haben. Die unterschiedliche Erhöhung von acht Prozent und zehn Prozent ist durch die Wiederherstellung der durch die Neuregelung der Anfangsbezüge verschobenen Relation zwischen den Gehältern des Schemas I und des Schemas II bedingt.

Mit der 20. Novelle zum Gesetz betreffend das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien, die der Wiener Landtag in seiner Sitzung vom 17. November 1961 beschlossen hat (LGBl. für Wien Nr. 1/1962), werden die Gehaltsansätze mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1962 im Durchschnitt um ein weiteres Prozent erhöht. Ab 1. Jänner 1962 erhalten demnach die Beamten der Stadt Wien so wie alle übrigen öffentlich Bediensteten die Bezüge in einem durchschnittlich um neun Prozent (die Beamten des Schemas I in einem um durchschnittlich elf Prozent erhöhten Ausmaß, verglichen mit den Ansätzen des Jahres 1956. Damit ist auch die schon früher immer bestandene Gleichheit der Entlohnung aller öffentlich Bediensteten wiederhergestellt.

Zugleich mit der Erhöhung der Gehaltsansätze wurden auch die für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen entsprechend erhöht.

Die Neuregelung der Bezüge und der für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen hat sich auf Grund der im § 32 der Besoldungsordnung verankerten Pensionsautomatik auch auf die Empfänger von Ruhe-(Versorgungs)genüssen voll ausgewirkt. Schließlich wurden auch die Bezüge der in einem vertraglichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien stehenden Bediensteten entsprechend erhöht. Die erforderlichen Maßnahmen wurden vom Wiener Gemeinderat in seinen Sitzungen vom 10. März und 17. November 1961 beschlossen. Hiebei wurde der schon bisher bestandene Grundsatz, daß die Vertragsbediensteten annähernd die gleichen Nettobezüge wie die Beamten erhalten sollen, beibehalten.

Durch die 19. Novelle wurden auch die Bestimmungen über das Ausmaß des Erholungsurlaubes beim Zusammentreffen mit einem Urlaub ohne Bezüge abgeändert. Da es nicht gerechtfertigt erscheint, daß Beamte, die während eines Kalenderjahres einen Urlaub ohne Bezüge konsumieren, den Anspruch auf den vollen Erholungsurlaub behalten, wurde § 60 Abs. 3 der Dienstordnung dahin geändert, daß in solchen Fällen der Erholungsurlaub nur im aliquoten Ausmaß gebührt. Eine gleichartige Regelung wurde für die Vertragsbediensteten mit Beschluß des Gemeinderates vom 10. März 1961 getroffen.

Die 20. Novelle zum Gesetz betreffend das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien sieht neben der bereits erwähnten weiteren Erhöhung der Bezüge eine Erhöhung der Ruhegenußbemessungsgrundlage von 78,3 Prozent auf 80 Prozent sowie eine Erhöhung des Pensionsbeitrages von vier auf fünf Prozent vor. Beide Bestimmungen werden mit 1. Jänner 1962 wirksam. Die Erhöhung der Ruhegenußbemessungsgrundlage auf 80 Prozent wirkt sich auf

Grund der bestehenden Pensionsautomatik in gleicher Weise auf die bereits im Ruhestand befindlichen Beamten und deren Hinterbliebenen aus.

Durch die 20. Novelle wurden überdies die Bestimmungen über die Höhe der Geldbußen und über die Gewährung von Abfertigungen an weibliche Beamte geändert. Die Erhöhung der Höchstgrenzen für Geldbußen von 1.200 S auf 1.300 S ist durch die generelle Erhöhung der Gehaltsansätze gerechtfertigt. Die Neuregelung der Bestimmungen über die Gewährung von Abfertigungen an weibliche Beamte war notwendig geworden, weil die Praxis ergeben hat, daß aus dem Dienst der Stadt Wien vielfach solche weibliche Beamte ausgeschieden sind, die einen Mangelberuf ausübten und daher nur sehr schwer ersetzt werden konnten. Andererseits hat sich gezeigt, daß gerade diese sehr schwer ersetzbaren Beamten unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Dienst der Stadt Wien in ein Arbeitsverhältnis zu einem anderen Dienstgeber getreten sind. Das ist insbesondere beim schulmäßig ausgebildeten Krankenpflegepersonal und beim qualifizierten Kanzleipersonal der Fall. Die günstigen Abfertigungsbestimmungen, die die Dienstordnung in ihrem § 71 Abs. 5 vorsieht und die ursprünglich sowohl aus familienfördernden Gründen als auch aus Gründen des leichteren Abbaues des Personalüberstandes geschaffen worden sind, haben immer mehr und mehr zu rein finanziellen Spekulationen geführt: Auf der einen Seite wurde das Dienstverhältnis zur Stadt Wien unter Anspruch auf die hohe Abfertigung gelöst, andererseits wurde aber entgegen allen familienfördernden Interessen das Beschäftigungsverhältnis bei einem anderen Dienstgeber fortgesetzt. Der Anspruch auf die begünstigte Abfertigung konnte nämlich nicht nur von jenen Beamten weiblichen Geschlechts geltend gemacht werden, die innerhalb von zwei Jahren nach ihrer Verehelichung aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden sind, sondern auch von solchen, die innerhalb von 18 Jahren nach der Geburt eines eigenen Kindes, das im Zeitpunkt des Ausscheidens noch lebt, des Dienstes entsagen. Die Abfertigung beträgt zum Beispiel bei einer 25jährigen Dienstzeit das 37fache des Monatsbezuges. Diese günstigen Bestimmungen wurden unter Wahrung des Ausmaßes der Abfertigung durch die 20. Novelle, jedoch erst mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1962, dahin geändert, daß der Anspruch auf die begünstigte Abfertigung nur dann geltend gemacht werden kann, wenn das Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis zur Stadt Wien innerhalb von zwei Jahren nach der Geburt eines eigenen Kindes, das im Zeitpunkt des Ausscheidens noch lebt, erfolgt. Diese einschränkende Bestimmung gilt für die Zeit bis zum 31. Dezember 1965. Sie stellt eine echte familienfördernde Maßnahme dar, weil das Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis gerade in jenen Zeitraum fällt, in dem sich die Mutter ganz der Pflege ihres Kleinkindes widmen soll. Die Erfahrung hat gezeigt, daß jene Mütter, die ihr Dienstverhältnis aus den Gründen der Geburt eines eigenen Kindes lösen, sich zu diesem Schritt meist noch innerhalb eines Jahres nach der Geburt des Kindes entschließen. Diese Änderung der Dienstordnung steht nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem Gesetzesbeschluß des Wiener Landtages vom 30. Juni 1961, LGBl. für Wien Nr. 9/1961, betreffend die Gewährung von Ersatzleistungen an öffentlich-rechtlichen Bedienstete der Stadt Wien während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft.

Durch die Novelle, BGBl. Nr. 242/1960, zum Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958, wurde für Dienstnehmerinnen, die dem Arbeitslosenversicherungsgesetz unterliegen, das „Karenzurlaubsgeld" eingeführt. Durch diese Regelung wurde weiblichen Dienstnehmern, die aus Anlaß der Geburt eines Kindes einen Karenzurlaub im Sinne der Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes in Anspruch nehmen, ein Rechtsanspruch auf finanzielle Unterstützung eingeräumt. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf Dienstnehmer,



Stadtrat Riemer überreicht einer Angestellten der Pressestelle das Diplom vom Stenotypistenwettbewerb

Personalwesen

232 neuaufgenommene Bedienstete der Stadt Wien werden im Stadtsenatssitzungssaal angelobt





Bürgermeister Jonas überreicht städtischen Bediensteten Auszeichnungen für Verdienste um die Republik Österreich

Personalwesen

Der Stadtrat für das Personalwesen im Gespräch mit jugendlichen Gemeindebediensteten



die von der Arbeitslosenversicherungspflicht ausgeschlossen sind, das ist der im § 1 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1958 angeführte Personenkreis. Hiezu gehören u. a. Dienstnehmer, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund, zu einem Bundesland oder zu einer Gemeinde stehen, sowie Dienstnehmer, die in einem unkündbaren privatrechtlichen Dienstverhältnis zu einer dieser Körperschaften stehen, wenn ihnen aus diesem Dienstverhältnis Anwartschaft auf Ruhegenuß (Provision) zusteht.

Damit nun die weiblichen Bediensteten des öffentlichen Dienstes, die nicht unter die Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes fallen, nicht schlechter gestellt werden, wurde für jene, für die dem Bund das Gesetzgebungsrecht zukommt, mit Gesetz vom 22. März 1961, BGBl. Nr. 98/1961, eine gleichartige Regelung getroffen. Zum Unterschied vom „Karenzurlaubsgeld" im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird die Entschädigung in diesem Bundesgesetz als „Ersatzleistung" bezeichnet.

Da die Vorschriften des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und des vorher erwähnten Gesetzes auf die öffentlich-rechtlichen Bediensteten der Stadt Wien keine Anwendung finden, war es im Interesse einer möglichst gleichen Behandlung aller weiblichen Dienstnehmer erforderlich, für die weiblichen öffentlich-rechtlichen Bediensteten der Stadt Wien eine gleichartige Regelung zu treffen. Diese Regelung ist durch das Landesgesetz vom 30. Juni 1961 erfolgt.

Dienstnehmer, auf die die Bestimmungen der Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 242/1960, oder die Bestimmungen des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 98/1961, Anwendung finden, sind auf die Dauer des Bezuges der Ersatzleistung weiter krankenversichert. Die Beiträge sind zur Gänze vom Dienstgeber zu entrichten. Für die öffentlich-rechtlichen Bediensteten der Stadt Wien, die Miglieder der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien sind, wurde durch eine Änderung der Satzungen dieser Anstalt (Gemeinderatsbeschluß vom 17. November 1961) eine gleichartige Regelung getroffen.

Der Zweck der gesetzlichen Regelung über Karenzurlaubsgeld oder Ersatzleistung liegt darin, der Mutter die Pflege des neugeborenen Kindes zu ermöglichen. Für das Entstehen des Rechtsanspruches auf Karenzurlaubsgeld oder Ersatzleistung ist Voraussetzung, daß das Kind mit der Mutter in demselben Haushalt lebt und von ihr überwiegend selbst gepflegt wird. Der Anspruch erlischt, wenn die Mutter ihr Kind Verwandten oder fremden Personen mit oder ohne Bezahlung gänzlich zur Pflege überläßt oder wenn das Kind stirbt.

Die Ersatzleistung ist je nach dem zuletzt bezogenen Monatsgehalt gestaffelt und beträgt:

in der Stufe	bei einem letzten Monatsgehalt	im Grundbezug monatlich
1	bis 1.300 S	550 S
2	über 1.300 S bis 1.430 S	575 S
3	über 1.430 S bis 1.560 S	600 S
4	über 1.560 S bis 1.690 S	640 S
5	über 1.690 S bis 1.840 S	680 S
6	über 1.840 S	730 S

Bei der Feststellung der Ersatzleistungsstufe sind dem letzten Monatsgehalt Dienstzulagen und Ergänzungszulagen hinzuzurechnen. Kommt die Mutter für den Unterhalt des Kindes nicht überwiegend selbst auf, so beträgt die Ersatzleistung monatlich 400 S. Zu der Ersatzleistung tritt für jedes Kind, für das der Mutter eine Kinderzulage gemäß § 4 der Besoldungsordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien gebühren würde, wenn sie nicht gegen Karenz der Bezüge beurlaubt wäre, ein Zuschlag von 100 S monatlich.

Das Gesetz enthält auch Bestimmungen darüber, inwieweit anderweitige Einkommen auf die Ersatzleistung angerechnet werden. Soweit das Einkommen der Mutter und ihres Ehemannes den Betrag von 2.500 S monatlich übersteigt, ist der übersteigende Betrag auf die Ersatzleistung anzurechnen. Der Betrag von 2.500 S monatlich erhöht sich bei 2 Kindern auf 3.000 S und für jedes weitere Kind, für das die Mutter oder ihr Ehemann eine Kinderbeihilfe nach dem Kinderbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 31/1950, oder eine Familienbeihilfe nach dem Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 18/1955, bekommt, um 500 S.

Als Einkommen im Sinne des Gesetzes gelten die in den §§ 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 1/1954, angeführten Einkünfte mit der Maßgabe, daß bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit in jedem Falle der bei monatlicher Lohnauszahlung vorgesehene Pauschbetrag an Werbungskosten abzusetzen ist; Geldleistungen aus der Kriegsopferversorgung und aus der Opferfürsorge sind hiebei wie Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit zu behandeln, Wohnungsbeihilfen nach dem Bundesgesetz vom 21. September 1951, BGBl. Nr. 229/1951, über Wohnungsbeihilfen, Beihilfen nach dem Kinderbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 31/1950, und nach dem Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 18/1955, sind nicht als Einkommen im Sinne des Gesetzes anzusehen. Vom Einkommen des Ehemannes ist ein Freibetrag von 720 S monatlich (24 S täglich) abzusetzen, Abfertigungen, die anläßlich des Ausscheidens wegen Geburt eines Kindes gebühren, gelten nicht als Einkommen im Sinne dieses Gesetzes.

Die Ersatzleistung gebührt längstens auf die Dauer eines Jahres vom Tage der Geburt des Kindes an gerechnet.

In seiner Sitzung vom 17. November 1961 hat der Wiener Landtag auch den vom Magistrat vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Entschädigungen wegen politischer Maßregelung im öffentlichen Dienst (Wiener Beamtenentschädigungsgesetz) zum Beschluß erhoben.

Mit Bundesgesetz vom 18. Juli 1952, BGBl. Nr. 181/1952, wurden Bestimmungen über die Gewährung von Entschädigungen wegen politischer Maßregelung im öffentlichen Dienst (Beamtenentschädigungsgesetz) geschaffen. Mit dem Bundesverfassungsgesetz vom 18. Juli 1952, BGBl. Nr. 182/1952, wurden die Bestimmungen des Beamtenentschädigungsgesetzes auch auf Personen anwendbar erklärt, für die die gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit nach den allgemeinen Zuständigkeitsbestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes in die Zuständigkeit der Länder gefallen wäre. Was die Stadt Wien betrifft, handelt es sich um folgende Gruppen:

a) um die öffentlich-rechtlichen Bediensteten der Stadt Wien;
b) um die mit der Besorgung behördlicher Aufgaben betrauten, in einem vertraglichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien stehenden Bediensteten;
c) um die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter der Stadt Wien sowie der Stiftungen, Fonds und Anstalten, die von Organen des Bundes oder Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen des Bundes bestellt sind, und anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Anstalten.

Das Beamtenentschädigungsgesetz sieht vor, daß zu den angeführten Entschädigungsbeträgen (sogenannte Grundbeträge) der im Zeitpunkt der Flüssigmachung jeweils geltende, zu den Bezügen der Bundesbediensteten gewährte prozentuelle Teuerungszuschlag tritt. Dieses Berechnungssystem der Beamtenentschädigung blieb solange unangefochten, als die Bezüge der Bundesbediensteten noch auf dem Gehaltsüberleitungsgesetz oder auf dem Vertragsbedienstetengesetz 1948 beruhten und der Steigerung der Lebenshaltungskosten durch Teuerungszuschläge und Bezugszuschläge Rechnung getragen worden war. Nach dem Inkrafttreten des Gehaltsgesetzes 1956, das im Durchschnitt

eine Valorisierung der Gehaltsüberleitungsgesetz-Bezüge auf das Sechsfache brachte, wurde das Ausmaß der Entschädigungen nach dem Beamtenentschädigungsgesetz, die auf Grund der verschiedenen Zuschlagsverordnungen mit niedrigeren Valorisierungsfaktoren flüssig gemacht worden waren, als ungerechtfertigt empfunden.

Mit Bundesgesetz vom 21. April 1961, BGBl. Nr. 117/1961, wurde nunmehr das Beamtenentschädigungsgesetz abgeändert und ergänzt. Die Änderung trägt der durch das Gehaltsgesetz 1956 eingetretenen Valorisierung der Bezüge der Bundesbediensteten dadurch voll Rechnung, daß die tatsächlich voll ausbezahlten Beträge auf das Ausmaß ergänzt werden, das sich bei einer Valorisierung der Grundbeträge auf das Sechsfache ergibt.

Es ist weiters als Härte empfunden worden, daß nach dem Beamtenentschädigungsgesetz den Vertragsbediensteten eine Entschädigung für höchstens 24 Maßregelungsmonate gewährt wurde, weshalb die Höchstdauer für den Bezug der Entschädigung auf 48 Monate erweitert worden ist.

Ferner wurde die Anrechnung der Entschädigung nach § 13 a des Opferfürsorgegesetzes, BGBl. Nr. 183/1947, in der Fassung der Novelle, BGBl. Nr. 180/1952, auf die Beamtenentschädigung als ungerechtfertigt empfunden. Die Änderung des Beamtenentschädigungsgesetzes sieht daher die Streichung der diesbezüglichen Bestimmung vor.

Die Höhe der Beamtenentschädigung richtet sich nach dem Ausmaß der Verminderung, die das Einkommen des Bediensteten gegenüber den Bezügen vor der Maßregelung erfahren hatte. Da in verschiedenen Fällen durch eine nach der Maßregelung eingetretene Änderung des Familienstandes eine Erhöhung des „Maßregelungseinkommens", insbesondere durch Kinderzulagen, erfolgte, ergab sich daraus — vom Gesetzgeber unbeabsichtigt — für die Zeit nach dieser Änderung eine geringe Einkommensverminderung und damit auch eine niedrigere Beamtenentschädigung. Diese Härte wird durch die Novelle dadurch beseitigt, daß Verbesserungen des Einkommens während der Zeit der Maßregelung, die auf einer Änderung des Familienstandes beruhen, bei der Bemessung der Entschädigung außer Betracht bleiben.

Wie bereits erwähnt, fanden die Bestimmungen des Beamtenentschädigungsgesetzes erst auf Grund des Bundesverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 182/1952, auf den eingangs angeführten Personenkreis, insbesondere auf die Bediensteten der Stadt Wien Anwendung. Das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 117/1961, enthält nunmehr eine Verfassungsbestimmung, wonach die Regelung durch das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 182/1952, der nunmehrigen Regelung dieser Angelegenheit durch Landesgesetz nicht entgegensteht.

Es ist gerechtfertigt, daß eine gleichartige Behandlung aller öffentlich Bediensteten hinsichtlich der Beamtenentschädigung beibehalten wird; dies umsomehr, als die Vertragsbediensteten der Länder und Gemeinden, die keine behördlichen Aufgaben zu besorgen haben, sowie, was insbesondere das Land Wien anlangt, auch die Lehrer und Kindergärtnerinnen bereits durch die bundesgesetzliche Regelung erfaßt sind. Der vorgelegte Entwurf des Magistrates sah daher die sinngemäße Anwendung der für die Bundesbediensteten geltenden Vorschriften auf dem Gebiet der Beamtenentschädigung auf den oben angeführten Personenkreis vor.

Im Jahre 1961 war die Geschäftsgruppe für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform im Zusammenhang mit der Neuregelung der Gehälter im vermehrten Ausmaß mit der Erhöhung von Nebengebühren befaßt.

Die Entschädigungen für Mehrdienstleistungen sind grundsätzlich auf den Normalstundensätzen aufgebaut. Die Normalstundensätze der Schemata I bis

IV stellen das arithmetische Mittel der entsprechenden Verwendungsgruppen oder ab der Dienstklasse IV der jeweiligen Dienstklasse dar. Da sich durch die Neuregelung der Anfangsbezüge die jeweiligen Berechnungsgrundlagen geändert haben, war es erforderlich geworden, auch die Normalstundensätze und damit die Zuschläge neu zu ermitteln. Die Neuregelung der Überstundensätze, und zwar mit Wirksamkeit vom 1. November 1960, wurde vom Stadtsenat in seiner Sitzung vom 3. Jänner 1961 beschlossen. Eine weitere Erhöhung ergab sich aus der generellen Erhöhung der Gehaltsansätze mit Wirksamkeit vom 1. März 1961 (Stadtsenatsbeschluß vom 14. März 1961).

Neben den in der Besoldungsordnung vorgesehenen Gehältern und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen werden verschiedenen Bediensteten der Stadt Wien Nebengebühren gewährt. Die Höhe dieser Nebengebühren richtet sich im wesentlichen nach dem Valorisierungsfaktor der Gehälter im Vergleich zu den im Jahre 1946 gewährten Gehältern. Eine allgemeine Erhöhung der Nebengebühren wurde letztmalig vom Stadtsenat in seiner Sitzung vom 6. September 1960 beschlossen. Anläßlich dieser Neuregelung wurden die Ansätze der Nebengebühren auf das rund 6,4fache der Ansätze des Jahres 1946 erhöht oder festgestellt, daß alle mit 6. September 1960 gebührenden Nebengebühren das 6,4fache eines bestimmten Ansatzes darstellen.

Mit Rücksicht darauf, daß jene Nebengebühren, die zur Abgeltung von Mehrdienstleistungen gewährt werden, wegen ihres Zusammenhanges mit den Überstundenansätzen automatisch von dieser Erhöhung erfaßt waren, war es unter Bedachtnahme auf die bisherige Praxis gerechtfertigt, auch die übrigen Nebengebühren neu zu regeln. Die Erhöhung der Gehälter um rund acht Prozent hätte einer Erhöhung der Nebengebühren auf das 6,912fache der Ansätze 1946 entsprochen. Mit der Gewerkschaft wurde jedoch vereinbart, die Nebengebühren auf das Siebenfache der Ansätze 1946 zu erhöhen, doch wurde hiebei festgelegt, daß bei künftigen Erhöhungen der Gehälter die bereits überhöhte Erhöhung der Nebengebühren zu berücksichtigen ist.

Abweichend von dieser allgemeinen Regelung wurden die Nachtschicht- oder Nachtdienstzulagen sowie die Vortragshonorare behandelt. Die Nachtschicht- und Nachtdienstzulagen wurden, wie beim Bund und bei anderen Gebietskörperschaften, auf 20 S erhöht. Die Vortragshonorare haben keine Erhöhung erfahren.

Die Ergänzung der dienst- und besoldungsrechtlichen Vorschriften wirkte sich auf die Tätigkeit des Gemeinderatsausschusses I und der Gemeinderätlichen Personalkommission entsprechend aus. Von den in insgesamt 17 Sitzungen behandelten 511 Vorlagen an den Gemeinderatsausschuß I waren 29 allgemeiner Art. 122 Vorlagen haben Anrechnungen von Vordienstzeiten für insgesamt 4.399 Bedienstete betroffen, in acht Vorlagen wurde die Zuerkennung von Dienst- oder Arbeitskleidung behandelt, 352 Akten betrafen verschiedene andere Angelegenheiten, wie Frachtkostenersätze, Zuerkennung von Todfalls- und Sterbekostenbeiträgen, Genehmigung von Dienstverträgen usw. Darüber hinaus wurden für verschiedene nach den Grundsätzen der Privatwirtschaft entlohnte Bedienstetengruppen die in der Privatwirtschaft durchgeführten Änderungen der einzelnen Kollektivverträge übernommen oder den nach der Verfassung der Stadt Wien zuständigen Organen zur Beschlußfassung vorgelegt.

Die Gemeinderätliche Personalkommission beschäftigte sich im Jahre 1961 in 15 Sitzungen mit 1.292 Vorlagen. Unter diesen waren 46 allgemeiner Art, von denen sich 34 mit der Erhöhung von Nebengebühren befaßten. Außerdem wurden 1.100 Ruhestandsversetzungen und 146 sonstige Angelegenheiten beraten.

Die Magistratsabteilung für Gehalts- und Lohnverrechnung liquidiert die

Haupt- und Nebenbezüge der aktiven Bediensteten der Hoheitsverwaltung der Gemeinde Wien, ausgenommen die Löhne für etwa 200 Forst- und Saisonarbeiter in Niederösterreich und in der Steiermark. Die Berechnung und Anweisung der 16.406 Pensionsempfänger erfolgt durch die Elektronenanlage der Magistratsdirektion-Amtsinspektion. Die Führung der Konten und die Aktenbearbeitung wird weiterhin durch die Pensionsgruppe besorgt.

Die Gruppe „Sozialversicherung" der Magistratsabteilung für Gehalts- und Lohnverrechnung hat 12.350 An- und Abmeldungen von Vertragsbediensteten bei den verschiedenen Gebietskrankenkassen sowie 700 An- und Abmeldungen von krankenversicherungsfreien Bediensteten bei der Unfallversicherungsanstalt durchgeführt. Außerdem mußten 13.403 Krank- und Gesundmeldungen von Vertragsangestellten und 17.680 Meldungen von Vertragsarbeitern auf Weiterzahlung der Bezüge oder Differenzzahlung bearbeitet werden.

Gemäß § 311 ASVG wurden 174 Überweisungsbeträge an die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten oder Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter geleistet und 43 Nachversicherungen gemäß § 531 ASVG durchgeführt. Hiezu kamen 123 von den Pensionsversicherungsanstalten geleistete Überweisungsbeträge nach § 308 ASVG, deren Eingänge von der Magistratsabteilung für Gehalts- und Lohnverrechnung überwacht wurden.

Infolge Berücksichtigung des Werbekostenpauschales von 273 S beim Einkommen des Ehegatten und der damit erhöhten Einkommensgrenze auf 733 S und ab 1. Oktober 1959 auf 823 S mußten Haushaltszulagen in 271 Fällen nachgezahlt werden.

Die Änderung des Lohnpfändungsgesetzes durch das Bundesgesetz vom 21. April 1961, BGBl. Nr. 118/1961, erforderte die Neuberechnung der pfändungsfreien Bezüge.

Aus Anlaß der 25-, 35- und 40jährigen Dienstjubiläen sind an 1.158 Bedienstete Remunerationen in der Höhe von 2,494.718 S zur Auszahlung gekommen.

Nach Anrechnung von Vordienst- und Behinderungszeiten wurden in 8.423 Fällen Bezugsnachzahlungen flüssiggemacht.

FINANZWESEN

Auch im Jahre 1961 stand die österreichische Wirtschaft im Zeichen einer Konjunktur. Der hohe Stand der Beschäftigten und die weitgehende Auslastung der Produktionskapazität führten in der öffentlichen Wirtschaft zu einer günstigen Entwicklung der Einnahmen an Steuern und Abgaben. Dadurch wurde die Stadt Wien in die Lage versetzt, ihre Bemühungen zur Sicherung der Arbeitsplätze vieler Tausender Wiener fortzusetzen.

Ein markantes Ereignis für die Stadtverwaltung war die Aufnahme der siebenprozentigen Investitionsanleihe der Bundeshauptstadt Wien 1961 im Nennwert von 500 Millionen Schilling. Diese Anleihe wurde zur Finanzierung des Ausbaues und zur Modernisierung der Wiener Stadtwerke (Elektrizitätswerke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe) und für die beschleunigte Fertigstellung der Wiener Schnellbahn auf Grund der Gemeinderatsbeschlüsse vom 25. April 1958 und vom 27. Juni 1958 mit Genehmigung des Bundesministeriums für Finanzen in der Zeit vom 15. bis 28. Februar 1961 zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Der Zeichnungspreis betrug 980 S je 1.000 S Nennbetrag. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 20 Jahren und endet am 28. Februar 1981. Der Anspruch aus den Zinsscheinen verjährt 6 Jahre, der Anspruch auf das Kapital 30 Jahre nach Fälligkeit. Die Tilgung der Anleihe erfolgt ausschließlich durch Verlosung zum Nennbetrag. Die an der Wiener Börse zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassene Anleihe ist mündelsicher, lombardfähig und genießt die Begünstigungen nach der Einkommensteuernovelle 1958, BGBl. Nr. 147/1958. Die Stadt Wien haftet für die Anleihe mit ihrem gesamten Vermögen.

Die Stadt Wien hat auch im Jahre 1961 zur Schaffung neuen Wohnraumes und zur Instandhaltung alter Mietwohnhäuser beigetragen. So wurde im Rahmen der Neuen Wiener Wohnbauaktion der Bau von 4.564 Wohnungen gefördert, womit die vom Gemeinderat festgesetzte Grenze von 10.000 Wohnungen erreicht war. Damit konnte die Neue Wiener Wohnbauaktion abgeschlossen werden.

Auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 wurde der Bau von 1.212 Wohnungen mit einem Darlehensbetrag von 157,783.000 S gefördert. Zu den Darlehen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds wurden Zusatzdarlehen von 70,725.000 S gewährt und damit der Bau von 1.965 Wohnungen gefördert.

Der Kreditrahmen für die Gewährung zinsenfreier Darlehen zur Instandsetzung von Mietwohnhäusern auf Grund von Entscheidungen gemäß § 7 des Mietengesetzes und zur Herstellung von Kanalanschlüssen wurde von 400 Millionen Schilling auf 500 Millionen Schilling erhöht.

Das Gewerbe und die Industrie wurden durch zahlreiche Aktionen unterstützt. Im Jahre 1961 wurde gemeinsam mit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien eine Kreditaktion geschaffen, die den Wiener Beherbergungsbetrieben die Möglichkeit bietet, ihre Einrichtungen zu modernisieren. Diese neue Aktion ergänzt eine bereits bestehende, bei der jedoch nur Kredite bis höchstens 100.000 S mit einer zehnjährigen Laufzeit gewährt werden. Um auch die Durchführung größerer Investitionen zu ermöglichen, gewährt die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Einzeldarlehen zwischen 100.000 S und zwei Millionen Schilling, die mit sechseinhalb Prozent jährlich zu verzinsen und innerhalb von zehn Jahren

rückzahlbar sind. Damit die Zinsenbelastung für den Kreditnehmer möglichst niedrig ist, hat der Wiener Gemeinderat beschlossen, daß die Stadt Wien für derartige Kredite einen Zinsenzuschuß in gleicher Höhe wie die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, nämlich jährlich eindreiviertel Prozent leistet. Der Kreditnehmer hat dadurch nur drei Prozent Zinsen jährlich zu zahlen. Diese Aktion ist mit 30 Millionen Schilling begrenzt. Der Stadt Wien erwachsen aus den Zinsenzuschüssen Kosten im Gesamtbetrag von rund 2,9 Millionen Schilling.

DER STADTHAUSHALT

Der Voranschlag für das Jahr 1961 sieht Einnahmen von 5.857,6 Millionen Schilling und Ausgaben von 6.032,5 Millionen Schilling vor. Der Gebarungsabgang von 174,9 Millionen Schilling ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, aus der Allgemeinen Rücklage zu decken. Gegenüber dem Jahre 1960 wurden die Einnahmen um 6,5 Prozent, die Ausgaben um 6,2 Prozent höher angenommen. Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung auf die einzelnen Geschäftsgruppen:

		Einnahmen in Mill. S	Ausgaben S
I	Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform	164,0	551,6
II	Finanzwesen	4.176,1	1.036,1
III	Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung	11,8	334,1
IV	Wohlfahrtswesen	169,2	614,1
V	Gesundheitswesen	538,7	936,4
VI	Bauangelegenheiten	133,9	1.073,7
VII	Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten	66,6	135,5
VIII	Öffentliche Einrichtungen	284,4	669,8
IX	Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen	208,7	266,7
X	Wirtschaftsangelegenheiten	79,0	148,3
XI	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	25,2	266,2
		5.857,6	6.032,5

Die Unterteilung nach den wichtigsten Einnahmearten zeigt auch deren prozentuellen Anteil an den um die weiterzugebenden Darlehen an die Wiener Stadtwerke und an die Österreichischen Bundesbahnen verminderten Einnahmensummen:

Einnahmen	Millionen S	Anteil in Prozent
Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben	1.940,0	35,7
Städtische Steuern und Abgaben	1.184,1	21,8
Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren und Gebühren für die Benützung städtischer Einrichtungen	817,0	15,0
Verschiedene Einnahmen	942,1	17,3
Leistungen der städtischen Verwaltungszweige untereinander	554,4	10,2
	5.437,6	100,0
Darlehen für die Wiener Stadtwerke und die Österreichischen Bundesbahnen	420,0	
Summe der Einnahmen	5.857,6	

In den prozentuellen Anteilen der Einnahmegruppen an den Gesamteinnahmen sind gegenüber dem Jahre 1960 keine wesentlichen Verschiebungen eingetreten. Unter den verschiedenen Einnahmen sind die Beiträge und Ersätze im Betrag von 360,1 Millionen Schilling, die Einnahmen aus dem Immobiliarbesitz von 219,1 Millionen Schilling und die Einnahmen aus dem beweglichen Vermögen von 289,5 Millionen Schilling hervorzuheben. In der Übersicht sind 420 Millionen Schilling weiterzugebende Darlehen als durchlaufende Post gesondert dargestellt. Davon entfallen auf die Wiener Stadtwerke 270 Millionen Schilling für Investitionen und auf die Österreichischen Bundesbahnen 150 Millionen Schilling für den Ausbau der Schnellbahn.

Auch in der Darstellung der veranschlagten Ausgaben nach Aufwandgruppen sind zur Errechnung vergleichbarer Anteilzahlen die weitergegebenen Darlehen herausgenommen.

Ausgaben	Millionen S	Anteil in Prozent
Personalaufwand	1.777,1	31,7
Sachaufwand	1.971,6	35,1
Investitionen	1.519,3	27,1
Darlehen	344,5	6,1
	5.612,5	100,0
Weitergegebene Darlehen	420,0	
Summe der Ausgaben	6.032,5	

Dem Personalaufwand ist ein Stand von 35.062 aktiven Bediensteten und von 15.915 Pensionisten zugrunde gelegt. Der laufende Sachaufwand sinkt von 35,9 Prozent im Vorjahr auf 35,1 Prozent, der Investitionsaufwand steigt von 26,2 Prozent auf 27,1 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben.

Die Ausgaben der Geschäftsgruppe II, Finanzwesen, erreichen eine Höhe von 1.036 Millionen Schilling. Die mit 344,5 Millionen Schilling veranschlagten Darlehen enthalten:

40 Millionen Schilling Darlehen und Betriebskredite,

50 Millionen Schilling zinsenfreie Darlehen für die Instandhaltung von Althäusern,

159,5 Millionen Schilling Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954,

93 Millionen Schilling Zusatzdarlehen zu Darlehen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und

2 Millionen Schilling für die Neue Wiener Wohnbauaktion.

Für unvorhergesehene Ausgaben ist eine Reserve von 100 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, sieht für Kultur und Volksbildung 140,3 Millionen Schilling und für die Schulen 193,8 Millionen Schilling, zusammen also 334,1 Millionen Schilling vor.

Es entfallen auf die Fremdenverkehrsförderung 6,9 Millionen Schilling, auf die Förderung von Wissenschaft, Kunst und Volksbildung 26,2 Millionen Schilling, auf die Wiener Festwochen 4 Millionen Schilling, auf die Musiklehranstalten 10 Millionen Schilling, auf die Modeschule 2,3 Millionen Schilling, auf die Büchereien 11,8 Millionen Schilling und auf die Museen 8,1 Millionen Schilling. Für den Bau eines internationalen Studentenhauses in Döbling werden 10 Millionen Schilling, für den Umbau des Theaters an der Wien 15 Millionen Schilling und für einen Beitrag an den Bund zur Renovierung der Volksoper 5 Millionen Schilling aufgewendet. Auf den Gebieten des Körpersports werden 1,6 Millionen Schilling für Förderungsbeiträge aus dem Sportgroschenerträgnis



Vizebürgermeister Slavik spricht im Pressekiub „Concordia" zu zahlreichen Journalisten



Finanzwesen

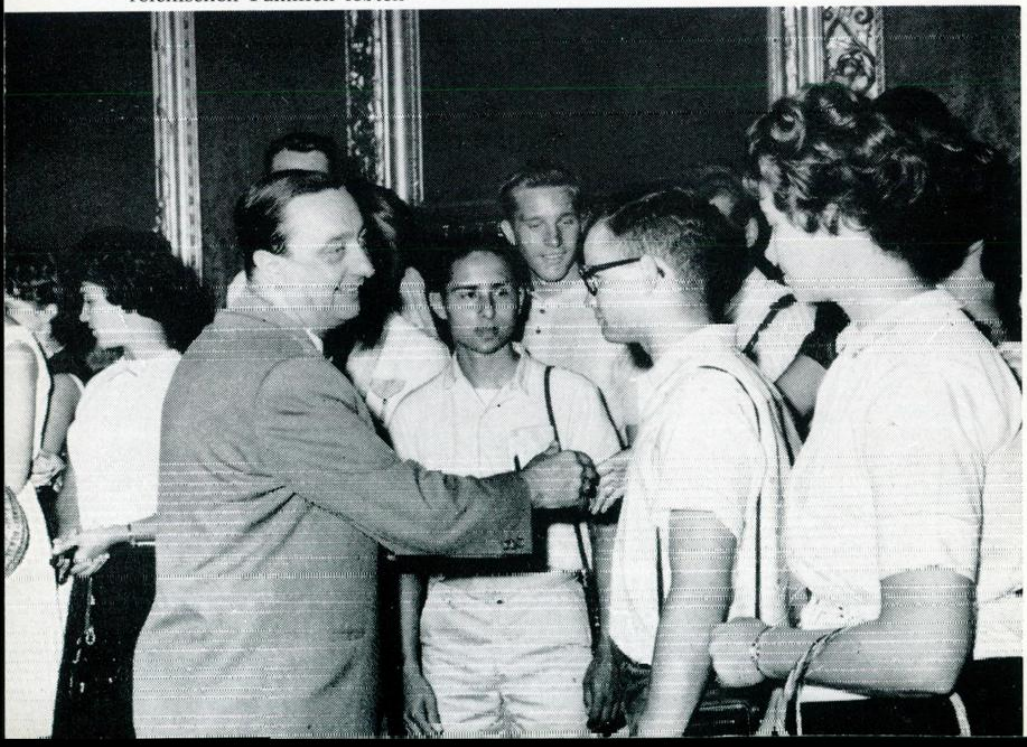
Im großen Festsaal des Wiener Rathauses fand die Eröffnung des V. Internationalen Kongresses der Gemeinwirtschaft statt



Der städtische Finanzreferent erläutert das Budget der Stadt Wien im Wiener Gemeinderat

Finanzwesen

Vizebürgermeister Slavik verabschiedet junge Amerikaner, die zwei Monate bei österreichischen Familien lebten



und 16,4 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen bereitgestellt. Das Modernisierungsprogramm der Volks-, Haupt- und Sonderschulen wird mit 26 Millionen Schilling für bauliche Erhaltung und 23,6 Millionen Schilling für Neubauten fortgesetzt. Der Bauaufwand für die Berufsschulen beträgt 12 Millionen Schilling.

Der Aufwand der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, wird mit 458,4 Millionen Schilling angenommen. Die steigende Geburtenzahl macht die Bereitstellung von 4,3 Millionen Schilling für 18.000 Säuglingswäschepakete notwendig. Die Jugendfürsorgeanstalten und Erziehungsheime werden 66,4 Millionen Schilling, die Kindergärten, Tageserholungsstätten und Horte 102,5 Millionen Schilling benötigen. Trotz der sinkenden Zahl der Dauerbefürsorgten steigt der Aufwand der Erwachsenenfürsorge durch die Verbesserung der Fürsorgeleistungen auf 121,9 Millionen Schilling. 2.500 Dauerbefürsorgten soll wieder ein vierzehntägiger Landaufenthalt geboten werden. 77 Tagesheimstätten für alte Leute werden in Betrieb sein. Die Blindenbeihilfen werden 12,9 Millionen Schilling erfordern.

Die in den Geschäftsgruppen IV und V geführten Wohlfahrts- und Krankenanstalten rechnen mit Einnahmen von 621,4 Millionen Schilling und mit Ausgaben von 1.085,3 Millionen Schilling. Somit ergibt sich ein Abgang von 463,9 Millionen Schilling, der sich noch um die auf den eigenen Fürsorgeverband entfallenden Pflegegebühren von 88,4 Millionen Schilling erhöht.

Für die Instandhaltung der zum Teil sehr alten Gebäude sind 29,9 Millionen Schilling, für Brennstoffe, Lebensmittel, Arzneien und Verbandstoffe 195,3 Millionen Schilling und für bauliche Herstellungen 133 Millionen Schilling vorgesehen. Für Inventaranschaffungen werden 13,3 Millionen Schilling ausgegeben. Die Investitionen (bauliche Herstellungen und Inventaranschaffungen) verteilen sich folgendermaßen: Lehrlingsheime 1,7 Millionen Schilling, Altersheime 11,8 Millionen Schilling, Krankenanstalten 99,5 Millionen Schilling (davon 38 Millionen Schilling für die Erweiterung des Wilhelminenspitals), Allgemeines Krankenhaus 16,5 Millionen Schilling (davon 12,5 Millionen Schilling für den Neubau), Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke 15,6 Millionen Schilling und Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst 1,1 Millionen Schilling. In den Wohlfahrtsanstalten werden 14.400 Spitalsbetten, 6.190 Altersheimbetten, 435 Betten in den Lehrlingsheimen, zusammen also 21.025 Betten bereitgestellt.

Die Ausgabensumme der Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten, steigt von 1.008,2 Millionen Schilling um sechseinhalb Prozent auf 1.073,8 Millionen Schilling.

Es sind vorgesehen: für den Bau des Volksrestaurants Bellevue eine Baurate von 6 Millionen Schilling, für die Neuerrichtung der Heizwerkstätte 12 Millionen Schilling, für die Erhaltung der Amtshäuser 38,5 Millionen Schilling, für den Wohnhausneubau 580 Millionen Schilling, für Straßenbau und Verkehrssanierung 185,3 Millionen Schilling, für Brücken- und Wasserbau 111,5 Millionen Schilling und für die Ausgestaltung der Gärten 75,1 Millionen Schilling.

Der Voranschlag stellt Mittel für den Bau von rund 10.200 Wohnungen bereit: 4.500 im eigenen Wohnbauprogramm, 1.300 im Rahmen des Wohnbauförderungsgesetzes 1954, 2.400 durch Zusatzdarlehen zu den Darlehen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und 2.000 durch die Neue Wiener Wohnbauaktion.

Unter den größeren Straßenbauvorhaben sind die Fertigstellungsarbeiten beim Schottentor, bei der Bellaria- und Babenbergerstraße, der Umbau des Währinger Gürtels, der Prager Straße, der Floridsdorfer Hauptstraße und der Umgebung der Hietzinger Brücke, unter den Brückenbauten die Heiligen-

städter, Stadion- und Salztorbrücke, der Umbau der Nordwestbahnbrücke als Straßenbrücke und der Hietzinger Brücke zu erwähnen.

Der Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, werden 135,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Der Umbau und Neubau der öffentlichen Beleuchtung erfordert 12,5 Millionen Schilling, der Umbau der Gasbeleuchtung auf elektrisches Licht 6 Millionen Schilling, die Ausgestaltung der Friedhofsanlagen 4,2 Millionen Schilling und der Neubau und die Ergänzung von Verkehrslichtsignalanlagen 6,6 Millionen Schilling.

Die Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, wird über 669,8 Millionen Schilling, also um 57,7 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1960, verfügen.

Der Kanalisationsbetrieb benötigt für Erhaltungsarbeiten 10 Millionen Schilling und für Kanalneubauten 31 Millionen Schilling. Die Verwaltung der Wasserwerke gibt insgesamt 252,5 Millionen Schilling aus, davon 46 Millionen Schilling für Erhaltung der baulichen Anlagen und 63 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen. Die Bäderverwaltung wird allein 10 Millionen Schilling für den Neubau des Strandbades Alte Donau ausgeben. Stadtreinigung und Fuhrpark wenden für die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage 60,2 Millionen Schilling auf.

Die Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, rechnet mit Gesamtausgaben von 266,7 Millionen Schilling, wovon 241,7 Millionen Schilling auf die städtischen Wohnhäuser entfallen. Der Erhaltungsaufwand beträgt 58,5 Millionen Schilling. Die Mechanisierung der Kleinwaschküchen wird mit einem Betrag von 2 Millionen Schilling fortgesetzt. So wie im Vorjahr sind im Rahmen des Siedlungs- und Kleingartenwesens wieder billige Kredite an Siedler- und Kleingartenvereine vorgesehen.

In der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, werden Ausgaben in der Höhe von 148,3 Millionen Schilling erwartet. Der Sachaufwand der nicht betriebsmäßig veranschlagenden Dienststellen ist durch höhere Miete für die Lochkartenanlage und durch erhöhte Ausgaben für Inventaranschaffungen leicht gestiegen. Das Beschaffungsamt, das alle Dienststellen mit ihren sachlichen Erfordernissen versorgt, wird durch Vermeidung einer überflüssigen Vorratshaltung den Wert der Lagerbestände von 16 auf 12 Millionen Schilling senken. Im Marktwesen wurde mit einem Kostenaufwand von 4,5 Millionen Schilling mit der Verlegung und dem Umbau des Vorgartenmarktes begonnen. Die Schlachthöfe werden größere bauliche Herstellungen im Rinder-, Schweine- und Auslandsschlachthof mit Kosten von 4 Millionen Schilling durchführen.

In der Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, wird mit Ausgaben von 266,2 Millionen Schilling gerechnet. Die große Anzahl der für 1961 vorgesehenen Kongresse und Empfänge wird größere Ausgaben notwendig machen. Für die vorgesehene Volkszählung wurde ein Betrag von 600.000 Schilling veranschlagt. Die Ausgaben der Feuerwehr werden sich auf 89,6 Millionen Schilling stellen. Für größere bauliche Herstellungen sind 6,8 Millionen Schilling bestimmt, davon je 2 Millionen Schilling für die Neubauten der Feuerwachen Rudolfshügel und Stadlau. Wie im Vorjahr wurden 70 Millionen Schilling für Grundankäufe zur Sicherung des Wohnbauprogramms und für die Schaffung von Grünflächen veranschlagt. Der Beitrag für die Kosten der Bundespolizei ist wieder mit 97 Millionen Schilling angenommen.

Am 20. Oktober 1961 wurde der Rechnungsabschluß 1960 vom Gemeinderat genehmigt. Gegenüber dem im Dezember 1959 genehmigten Voranschlag, der mit Einnahmen von 5.501,4 Millionen Schilling und Ausgaben von 5.678,3 Millionen Schilling, somit mit einem Abgang von 176,9 Millionen Schilling rechnete,

ergaben sich tatsächliche Einnahmen von 5.578,3 Millionen Schilling und Ausgaben von 5.582,2 Millionen Schilling, daher eine Gesamtverbesserung von 173 Millionen Schilling, so daß lediglich der unbedeutende Betrag von 3,9 Millionen Schilling oder 0,07 Prozent der Ausgabensumme der Allgemeinen Rücklage zum Ausgleich der Jahresrechnung entnommen werden mußte. Die Allgemeine Rücklage ist durch die Zuführung der Zinsen im Betrage von 22,4 Millionen Schilling auf 834,5 Millionen Schilling am Jahresende gestiegen.

Die andauernd günstige Wirtschaftslage ermöglichte durch erhöhte Steuereingänge trotz vermehrter Aufwendungen den fast vollständigen Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben. Die Landes- und Gemeindeabgaben erbrachten Mehreinnahmen von 139,8 Millionen Schilling, die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von 161,8 Millionen Schilling und die Verminderung der Rückstellung für uneinbringliche Forderungen von 52 Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag sind die Einnahmen ohne Abschlußbuchung um 1,4 Prozent gestiegen, die Ausgaben um 1,7 Prozent gesunken.

Die Jahresrechnung 1960 wurde dem Rechnungshof gemäß § 15 Abs. 6 des Rechnungshofgesetzes 1948 zur Überprüfung vorgelegt.

STÄDTISCHE STEUERN UND ABGABEN

Unter den Änderungen in der Gesetzgebung und deren Auswirkungen auf die Tätigkeit der städtischen Finanzverwaltung sind einige Gesetze besonders zu erwähnen:

Das Bundesgesetz vom 14. Juni 1961, BGBl. Nr. 159/1961 (2. Novelle zur Abgabenexekutionsordnung), am 1. Juli 1961 in Wirksamkeit getreten, brachte eine Erhöhung des unpfändbaren Teiles des Arbeitseinkommens. Diese gesetzliche Änderung muß bei der Vornahme von Einbringungsschritten berücksichtigt werden. Das Bundesgesetz vom 28. Juni 1961, BGBl. Nr. 194/1961, betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung), ist am 1. Jänner 1962 in Kraft getreten und brachte für die Abgabenverwaltung des Bundes neues Verfahrensrecht. Gleichzeitig wurden durch die Bundesabgabenordnung die noch in Geltung stehenden ehemaligen reichsrechtlichen Vorschriften (Reichsabgabenordnung, Steueranpassungsgesetz) sowie jene österreichischen Abgabenverfahrensgesetze, die als Teilregelungen des Abgabenverfahrensrechtes in Ausnützung der Bedarfsgesetzgebung des Bundes für den gesamten Abgabenbereich des Bundes, der Länder und der Gemeinden erlassen wurden, außer Kraft gesetzt. Damit ergab sich die Notwendigkeit, für die durch die Bundesabgabenordnung außer Kraft gesetzten und bisher auch für die Abgabenverwaltung der Stadt Wien geltenden Vorschriften eine Ersatzregelung vorzusehen. Da wegen der kurzen bis zum Inkrafttreten der Bundesabgabenordnung zur Verfügung stehenden Zeitspanne eine der Bundesabgabenordnung nachgebildete Landesabgabenordnung nicht erlassen werden konnte, wurden mit dem Gesetz vom 20. Oktober 1961, LGBl. für Wien Nr. 13/1961, vorläufig für das Jahr 1962 die bisher geltenden Vorschriften, und zwar die Abgabenordnung vom 22. Mai 1931, DRGBl. I S. 161, das Steueranpassungsgesetz vom 6. Oktober 1934, DRGBl. I S. 925, die §§ 1 bis 10 des Bundesgesetzes vom 9. Februar 1949, BGBl. Nr. 59/1949 betreffend Zustellungen im Bereich der Abgabenverwaltung, die §§ 1 bis 68 des Abgabenrechtsmittelgesetzes, BGBl. Nr. 60/1949, die §§ 1 bis 17 des Abgabeneinhebungsgesetzes, BGBl. Nr. 87/1951, in Angelegenheiten der Abgaben der Stadt Wien, soweit nicht Abgabenbehörden des Bundes einzuschreiten haben, als landesgesetzliche Bestimmungen in Kraft gesetzt. Mit der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes war die Magistrats-

abteilung für Allgemeine Finanzverwaltung, Steuern und Abgaben im Zusammenwirken mit anderen Dienststellen beauftragt. Gleichzeitig wurde auch mit den Arbeiten an einer Landesabgabenordnung, die die vorläufig für das Jahr 1962 geltende Regelung ersetzen soll, begonnen.

Mit der Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 31. Dezember 1960, BGBl. Nr. 11/1961, wurde die Aufhebung der Bestimmung des § 7 Z. 5 des Gewerbesteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 2/1954, durch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 16. Dezember 1960 bekanntgegeben. Gegenüber der bisherigen Rechtslage sind nun Gehälter und sonstige Vergütungen an Ehegatten eines zu nicht mehr als 25 Prozent beteiligten Mitunternehmers lohnsummensteuerpflichtig. Diese Änderung der Rechtslage führte zu einer vorübergehenden Mehrbelastung.

Das Gesetz vom 20. Oktober 1961, LGBl. für Wien Nr. 17/1961, über die Einhebung von Gebühren für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen trat am 1. Jänner 1962 in Kraft und ersetzte das Gesetz vom 20. Jänner 1923, LGBl. für Wien Nr. 31/1923, das nur unzulängliche Bestimmungen, gegen die überdies verfassungsrechtliche Bedenken bestanden, enthielt. Das neue Gesetz geht von der Zahl der auf einem Grundstück vorhandenen Sitzaborte als Bemessungsgrundlage aus. Das Ausmaß der Gebühr wurde durch Gemeinderatsbeschluß vom 20. Dezember 1961, verlautbart im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 103/104, festgesetzt. Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes und der Gebührenordnung sowie umfangreiche Vorarbeiten für eine reibungslose Neubemessung aller Unratsanlagen wurden von der Magistratsabteilung für Allgemeine Finanzverwaltung, Steuern und Abgaben schon im Laufe des Jahres 1961 vorgenommen. Um alle Unratsanlagen im Wiener Gebiet zu erfassen, wurden auf Grund der bestehenden Konten für Grundbesitzabgaben an alle Kontoinhaber einheitliche Drucksorten ausgesendet, die den Zweck verfolgen, die Gebührenschuldner auf die gesetzlichen Verpflichtungen aufmerksam zu machen und die Selbstbemessung sowie die vorgeschriebenen Anzeigen mittels dieser Drucksorte zu erleichtern. So wurden rund 480.000 Drucksorten kuvertiert und zum Versand gebracht.

Von den im Jahre 1961 in der Magistratsabteilung für Allgemeine Finanzverwaltung, Steuern und Abgaben eingeführten Neuerungen bei der Arbeitsverrichtung sind folgende hervorzuheben:

Die bisher in getrennten Gruppen behandelten Getränke- und Vergnügungssteuer-Dauerveranstaltungen wurden zusammengelegt. Da die der Vergnügungssteuer unterliegenden Abgabepflichtigen in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle auch getränkesteuerpflichtig sind, hat die gleichzeitige Behandlung der Akten zu einer spürbaren Verwaltungsvereinfachung geführt.

Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Überführung der Verrechnung der Wassergebühren in das Lochkartensystem, die bereits im Jahre 1960 begonnen wurden, sind im Jahre 1961 im wesentlichen abgeschlossen worden. Seit 1. Juli 1961 werden nunmehr alle Wassergebühren, ausgenommen jene für Kleingartenbezüge, jene für Wasserlieferungen an Wasserabnehmer außerhalb Wiens sowie für einige tarifliche Sonderfälle mittels Lochkarten ermittelt und vorgeschrieben. Es handelt sich hiebei um insgesamt 80.614 Bezugskonten, bei denen viermal jährlich in der Reihenfolge der Bezirke zu den vorgeschriebenen Terminen maschinelle Gebührenerstellung zu erfolgen hat.

Im Jahre 1961 wurden in der Magistratsabteilung für Allgemeine Finanzverwaltung, Steuern und Abgaben eine Reihe von Überprüfungsaktionen zur genauen Erfassung der Abgabenschuldner durchgeführt, die zu einer beträchtlichen Mehrbelastung der einzelnen Referate führten. So wurden zur lückenlosen Erfassung der getränkesteuerpflichtigen Betriebe im Jahre 1961 die Unter-

lagen der Personenstands- und Betriebsaufnahmen 1959 ausgewertet. Im Bereiche der Grundsteuer wurden die noch in den Stadtkassen geführten sogenannten „Alten Blattnummern", auf denen Steuern alten Rechtes für in der Regel unbedeutende Objekte vorgeschrieben waren, dahingehend überprüft, ob die Objekte, für die diese Steuern seinerzeit vorgeschrieben worden waren, von den Finanzämtern schon als steuerpflichtige wirtschaftliche Einheiten erfaßt wurden oder ob sie neu zu erfassen sind. Eine weitere Überprüfungsaktion bezog sich auf jene in den Stadtkassen geführten Konten, auf denen nur Gebühren für Hauskehrichtabfuhr, Kanal- oder Wasserbezug aufscheinen. In diesen Fällen war zu prüfen, ob es sich hiebei um Objekte handelt, die auch grundsteuerpflichtig sind.

Die Umstellung der Hauskehrichtseinsammlungen in Wien auf einheitliche wöchentliche Entleerung wurde fortgesetzt. Neben den laufenden Agenden wurden als Folge dieser Umstellung zusätzlich 25.540 neue Gebührenbescheide erlassen.

Auf Grund der §§ 165, 165 a und 165 b der Abgabenordnung vom 22. Mai 1931, DRGBl. I S. 161, wurde mit Stichtag 10. Oktober 1961 die Personenstands- und Betriebsaufnahme 1961 durchgeführt. Mit der Durchführung war die Magistratsabteilung für Allgemeine Finanzverwaltung, Steuern und Abgaben beauftragt. Die Vorarbeiten begannen bereits im August 1961. Um die gesetzten Termine einhalten zu können, mußten trotz größter Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen zeitweilig bis zu 450 zusätzliche Hilfskräfte eingesetzt werden. Der große Umfang der Aktion ergibt sich auch daraus, daß rund 30 Tonnen Drucksorten aufgewendet wurden. Die Durchführung der Arbeiten gestaltete sich schwierig, da viele Grundstückseigentümer den wiederholten Aufrufen in Presse und Rundfunk zur Abholung der Listen keine Folge leisteten. Auch der Umstand, daß die Bevölkerung immer mehr vom Recht, die Haushaltslisten persönlich im Amt abzugeben, Gebrauch macht, hat die Arbeiten erheblich erschwert.

Es wurden insgesamt 93.485 Objekte mit 693.037 Haushalten und 89.780 Betrieben erfaßt.

Auf Grund des Ergebnisses der Personenstands- und Betriebsaufnahme wurden bis 1. Jänner 1962 1,110.541 Lohnsteuerkarten ausgeschrieben, das sind um 53.102 Steuerkarten mehr als im Jahre 1959.

Gleichzeitig mit der Personenstands- und Betriebsaufnahme wurde auch eine Erfassung der in Wien gehaltenen Hunde durchgeführt. Durch die gleichzeitige Ausgabe und Einsammlung der Anmeldeblätter für die Hunde mit den Drucksorten der Personenstands- und Betriebsaufnahme konnten namhafte Beträge an Postgebühren eingespart werden.

RECHNUNGSAMT

Im Jahre 1961 wurde die Ausstattung des Buchhaltungsdienstes mit modernen Buchungsautomaten fortgesetzt. In der Buchhaltungsabteilung Wasserwerke und Quellenschutzforste wurde ab 1. Juli 1961 ein Buchungsautomat für die Verrechnung nach dem System der Doppik und zur Führung der Einnahmen- und Kreditevidenzen in Betrieb genommen. Je zwei nicht mehr leistungsfähige, veraltete Buchungsmaschinen in den Buchhaltungsabteilungen für Gebäudeerhaltung sowie für Stadtreinigung und Fuhrpark wurden durch moderne, allen Ansprüchen genügende Buchungsautomaten ersetzt. In der Buchhaltungsabteilung für die Wohnhäuserverwaltung mußte infolge des verstärkten Arbeitsanfalles durch zusätzliche Objekte sowie für die Abrechnung der Beiträge für die Sozialversicherung und der sonstigen Abzüge der städtischen

Hauswarte eine weitere Buchungsmaschine angeschafft werden. Ferner wurden in der Buchhaltungsabteilung für Kultur, Volksbildung und allgemeine Verwaltung die organisatorischen Vorarbeiten begonnen, um im Jahre 1962 auch diese Abteilung auf Maschinbuchführung umstellen zu können.

Durch die Begebung der siebenprozentigen Investitionsanleihe der Bundeshauptstadt Wien 1961 im Betrage von 500 Millionen Schilling entstand in der Buchhaltungsabteilung für Finanzwesen ein bedeutender Arbeitszuwachs. Es sind künftig zum 1. März und 1. September jedes Jahres je 160.000 eingelöste Zinsscheine dieser Anleihe zu prüfen, evident zu halten und mit den dazugehörigen Abrechnungen der Einlösestellen zu verrechnen. Erstmals war diese Arbeit am 1. September 1961 durchzuführen.

Durch die weitere Vergabe von Baudarlehen, Wohnbauförderungsdarlehen, Instandsetzungsdarlehen sowie Annuitätenzuschüssen aus der Neuen Wiener Wohnbauaktion hat sich der Kontenstand für Darlehen in der Buchhaltung für Finanzwesen im Jahre 1961 um weitere 844 Konten erhöht. Die Laufzeit für diese neu vergebenen Darlehen bewegt sich zwischen 5 und 80 Jahren.

In der Buchhaltungsabteilung für Wohlfahrtswesen waren im Jahre 1961 wieder eine Reihe von Neuerungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Fürsorgeleistungen rechnungsmäßig durchzuführen. So wurden die Verpflegskostensätze für 27 private Kinderheime rückwirkend erhöht. Ferner wurden die Pflegegelder für die in Niederösterreich, im Burgenland, in Oberösterreich und in der Steiermark untergebrachten Pflegekinder an die in diesen Bundesländern erhöhten Richtsätze angeglichen. Das 13. Pflegegeld wurde nunmehr auch allen jenen Pflegegroßfamilien außerhalb Wiens zuerkannt, die Wiener Pflegekinder betreuen. Außerdem wird bei Gründung von neuen Großfamilien ein einmaliger Ausstattungsbetrag von 400 S für jedes Pflegekind gewährt.

In Auswirkung der bisher erschienenen zwei Gesetzesnovellen zum Blindenbeihilfengesetz stieg die Anzahl der Empfänger von Blindenbeihilfen, die von der Buchhaltungsabteilung für Wohlfahrtswesen laufend anzuweisen und zu verrechnen sind, im Jahre 1961 um weitere 285 Personen. Der Mehraufwand für Blindenbeihilfen gegenüber dem Vorjahr betrug rund 2,6 Millionen Schilling.

Im Bundesgesetz Nr. 101/1961 vom 22. März 1961 erschien die 12. Opferfürsorgegesetznovelle. Durch diese Novelle werden nicht nur bereits zuerkannte Haftentschädigungen wesentlich erhöht, sondern es wird auch der Kreis der Opfer politischer Verfolgung, denen in Hinkunft eine Entschädigung gebührt, bedeutend erweitert. Dadurch wird der Buchhaltungsabteilung für Wohlfahrtswesen, der die Überprüfung aller diesbezüglichen Bescheide vor ihrem Vollzug obliegt, für längere Zeit eine beträchtliche Arbeitsvermehrung erwachsen. Obwohl der Wirksamkeitsbeginn dieser Novelle erst durch ein kommendes Bundesgesetz festgelegt wird, hat die Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge bereits mit der Bearbeitung der Anträge begonnen. Die Buchhaltungsabteilung für Wohlfahrtswesen hat auf Grund der 12. Novelle im Jahre 1961 221 Bescheide überprüft. Insgesamt wurden in diesem Jahre 664 Bescheide mit zuerkannten Haftentschädigungsbeträgen von zusammen rund 5,530.000 S behandelt.

In der Buchhaltungsabteilung für die städtischen Bäder wurde eine neue Wertabschreibungskartei angelegt, die eine wesentliche Vereinfachung und bessere Übersichtlichkeit gegenüber den bisherigen Aufzeichnungen bietet. Für die Überwachung der Bestände an Badekarten und Badeartikeln des Bäderbetriebes wurde ein neues Kontrollsystem eingeführt, so daß die Führung einer eigenen Evidenz in der Buchhaltungsabteilung aufgelassen werden konnte. Über Vorschlag der Buchhaltungsabteilung wurde von der Bäderverwaltung

die Anzahl der Badekartengattungen wesentlich verringert, wodurch Arbeitsersparungen bei der Lagerverwaltung, bei den Abrechnungen der Badekarten und bei Kassenskontrierungen erzielt wurden. Nach einer Neukalkulation der Verkaufspreise verschiedener Badeartikel treten ab 1. Jänner 1962 neue Preise in Kraft, so daß sich ein jährlicher Mehrerlös von rund 30.000 S ergeben wird.

Für die Buchhaltungsabteilung der Wohnhäuserverwaltung wirkte sich die im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 15/1960 verlautbarte Verordnung des Landeshauptmannes, mit welcher die Sätze der Hausbesorgerentgelte und Zuschläge neu festgesetzt wurden, auch noch im Jahre 1961 durch sehr umfangreiche Mehrarbeiten aus. Es mußten für die rund 135.000 Mieter städtischer Wohnhäuser neue Zinslisten angelegt und die Erhöhungen ab 1. November 1960 vorgeschrieben werden. Ebenso mußten Zusatzzinslisten für die ab 1. Juli 1961 neu festgesetzten Betriebskostenpauschalien für den Großteil der städtischen Mieter angefertigt werden. Durch die bereits erwähnte Inbetriebnahme einer zusätzlichen Buchungsmaschine und Vereinfachungen in der Verrechnung konnte der zusätzliche Arbeitsanfall mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden.

In der Buchhaltungsabteilung für Amtshäuser und Liegenschaftswesen nahm der Arbeitsumfang infolge des Erwerbes von weiteren Grundflächen für das soziale Wohnbauprogramm, für Schaffung von Verkehrs- und Grünflächen usw., ferner durch die gesteigerte Vergebung von Baurechten an Genossenschaften und Einzelwerber, schließlich durch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Unfallversicherungsbeiträge (rund 3.000 Konten) beträchtlich zu. Auch in dieser Abteilung konnte der vermehrte Arbeitsanfall durch organisatorische Maßnahmen aufgefangen werden.

Nach Inkrafttreten des Gewerbesteueränderungsgesetzes 1959 mußten in den Stadtkassen und der Zentralsteuerkasse die Auswirkungen der neuen Bestimmungen abgewartet werden, nach denen die Lohnsummensteuer nach wie vor monatlich fällig ist, jedoch an Stelle der monatlichen Erklärungen nach Jahresende Jahreserklärungen über die Lohnsummensteuer abzugeben sind. Es wurden vorerst die monatlichen Zahlungen auf den Lohnsummensteuerkonten nur als Abstattungen behandelt, die Gebührstellung auf den Konten erfolgte erst mit Einlangen der Jahreserklärung. Dadurch litt jedoch die Übersichtlichkeit der Konten und es war schwierig, die echten Rückstände der einzelnen Lohnsummensteuerpflichtigen festzustellen. Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, wird die Verrechnung der Lohnsummensteuer ab 1. Jänner 1962 über je ein Haupt- und ein Subkonto durchgeführt, wobei die Verrechnung der Rückstandsgebarung auf dem Hauptkonto und der Gebarung des laufenden Jahres auf dem Subkonto erfolgt. Die Gebarungen des laufenden Jahres auf dem Subkonto werden als Gebühr und Abstattung behandelt.

Bei der Auszahlung von Daueruntersttzungen durch die Stadtkassen ist insofern eine neuerliche Änderung eingetreten, als mit Bundesgesetz vom 28. November 1960, BGBl. Nr. 239/1960, eine Mütterbeihilfe eingeführt und für alle Beihilfen (Kinderbeihilfen, Familienbeihilfen, Mütterbeihilfen) die Auszahlung eines 13. und 14. Monatsbezuges, auszahlbar in vier Teilbeträgen, angeordnet wurde.

Auf Grund des Arbeitsnachweises für 1961 ergeben sich folgende Gesamtleistungen des Buchhaltungsdienstes:

Eingangsrechnungen	315.942
Ausgangsrechnungen	179.690
Gebarungsevidenzposten	
Einnahme- und Ausgabeposten	423.688
Interimsposten	27.118

Buchungsposten	
Buchungsmaschinen	1,533.430
Abstattungsposten bei den kameralen Einnahmen	249.120
Doppische Journalposten	96.253
Prüfung von Abrechnungen und Barverlägen; Prüfung von Ruhe- und Versorgungsgenußberechnungen; Prüfung der Vergebührung von Lenker- und Fahrzeugprüfungen und von Pflanzenschutzkontrollen des Stadtgartenamtes; rechnerische Behandlung von Mietzinseinzahlungen, Prüfung und Verrechnung von Materialausfolgescheinen, Arbeitsscheinen und Fahrtausweisen; Aufstellung von Tilgungsplänen und Zinsstaffeln; Zählung und numerische Reihung von fällig gewordenen Wertpapierzinsscheinen u. dgl.	5,441.640
Behandelte Dienststücke	165.564

Den Umfang der Gebarungen in der Stadthauptkasse zeigt die nachstehende Übersicht über den Zahlungsverkehr und den Bargeldumsatz:

Ausgezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen	338.157
Ausgefertigte Bar-Empfangsanweisungen	28.567
Verrechnete Posterlagscheine	148.594
Ausgefertigte und verrechnete Schecks und Banküberweisungen	70.807
Bearbeitete Verbote	33.384
Bargeldumsatz in der Kassenstelle	
Einnahmen	55,916.778 S
Ausgaben	1.242,793.581 S
Wertmarkenverkauf	6,806.803 S
Drucksortenverkauf an Parteien	277.570 S
Gebarung der Drucksortenstelle	
An Dienststellen ausgegebene Verwaltungsabgabemarken im Werte von	10,944.695 S
Straßenbahnfahrscheine an Ämter im Werte von	3,879.929 S
Zahl der ausgegebenen allgemeinen Drucksorten	8,151.000

Die Arbeitsstatistik der Stadtkassen und der Zentralsteuerkasse zeigt folgende Ergebnisse:

Kontenanzahl	399.518
Buchungsposten	2,688.696
Mahnungen	142.250
Vollstreckungsaufträge	37.873
Aktenstücke	614.538
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen für die Gefrorenes- und Getränkesteuer sowie wegen Nichtzahlung der Lohnsummensteuer	45.912
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen	7.039
Strafanträge wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	1.425

Die Buchhaltung für Landes- und Gemeindeabgaben bearbeitete im Jahre 1961 insgesamt 427.879 Geschäftsfälle. Die Vermehrung der Anzahl der Geschäftsfälle gegenüber dem Jahre 1960 ist vorwiegend bei der Vergnügungssteuer und der Ankündigungsabgabe eingetreten. Als Vorarbeit für die zu erwartende Grundsteuer-Hauptveranlagung 1962 wurde eine Abstimmung der Meßbetragsevidenz mit den entsprechenden Bemessungsblättern durchgeführt (128.833 Posten).

Stadtrat Mandl begrüßt den 10.000. Besucher der Cézanne-Ausstellung im Oberen Belvedere

Kultur und Volksbildung

Die Stadt Stockholm veranstaltet in der Volkshalle des Rathauses eine Austellung





Aus der Kokoschka-Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz

Kultur und Volksbildung

Ausstellung von Graphiken und Kleinplastiken im Ausstellungsraum des Kulturamtes



In der Auszahlungsstelle für Arbeitslosenunterstützung ist infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung die Anzahl der Auszahlungsfälle an Arbeitslosengeld und Notstandshilfe weiterhin zurückgegangen. Dagegen werden von dieser Auszahlungsstelle ab 1. Jänner 1961 auch die Karenzurlaubsgelder an Mütter mit Kleinkindern (bis zum vollendeten 1. Lebensjahr) auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen (Bundesgesetz vom 28. November 1960, BGBl. Nr. 240/1960) ausbezahlt.

Im Erhebungs- und Vollstreckungsdienst wurden im Jahre 1961 insgesamt 154.834 Akten erledigt. Die Einhebungen ergaben einen Betrag von 26,819.679 S.

Infolge der fortschreitenden Mechanisierung der Verrechnung sowie verschiedener anderer organisatorischer Maßnahmen konnten im Jahre 1961 im Rechnungsamt weitere 21 Dienstposten eingespart werden.

KULTUR UND VOLKSBILDUNG

KUNSTFÖRDERUNG UND WISSENSCHAFTSPFLEGE

Die *bildende Kunst* wurde im Jahre 1961 durch die Vergebung von Aufträgen an bildende Künstler im Zusammenhang mit dem Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien gefördert. Hiebei wurden für Plastiken, Reliefs, Mosaike, Sgraffiti und ähnliches 60 Aufträge an 59 Künstler bei einem Gesamtaufwand von rund 3,5 Millionen Schilling vergeben. An Bildern und Kleinplastiken wurden 534 Arbeiten bildender Künstler angekauft. Mit ihnen wurden drei Schulgalerien neu eingerichtet und fünf Galerien mit neuem Bildmaterial versehen.

Um dem bestehenden Mangel an als Bildhauerwerkstätten geeigneten Räumen abzuhelfen, hat die Stadt Wien Künstlerateliers in Simmering errichtet.

Die Plakatwertungsaktion wurde zum elftenmal durchgeführt. Die Entwerfer der besten drei Plakate des Jahres erhielten Geldpreise in der Höhe von je 5.000 S. Als Rechenschaftsbericht erschien im Verlag für Jugend und Volk eine Publikation mit dem Titel „Zehn Jahre Plakatwertungsaktion".

Im Rahmen der *Literaturförderung* wurden 253.139 S für den Ankauf von Büchern, für Dichterlesungen in Schulen und Städtischen Büchereien sowie für die Aktion zur Förderung des Schaffens österreichischer, hauptsächlich Wiener Autoren bewilligt. Hiedurch konnten im Jahre 1961 insgesamt 3.415 Bücher angekauft werden.

Für die Herausgabe des 8. Bandes des Almanachs der Stadt Wien „Lebendige Stadt" wurden 65.000 S zur Verfügung gestellt. Der Almanach enthält Beiträge prominenter Schriftsteller, bildender Künstler, Wissenschaftler u. a. Dem Werk sind Kunstblätter beigegeben.

Der Herausgabe der „Österreichischen Bibliographie", eines Gesamtverzeichnisses aller in Österreich erscheinenden Druckschriften, wurden 10.000 S gewidmet. Den gleichen Betrag erhielt der Österreichische PEN-Club für die Durchführung repräsentativer literarischer Veranstaltungen.

Für die Übernahme von 1.000 Jugendbuchabonnements der Büchergilde Gutenberg wurden 72.000 S aufgewendet. Die für verschiedene Altersstufen bestimmten Bücher wurden an städtische Kinderheime, Kinderspitäler, Heime für Jugendliche, Horte, Schwesternschulen, Kinderdörfer usw. verteilt.

Der „Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien" wurde zur Förderung wertvoller Jugendliteratur als wirksames Mittel gegen Schmutz und Schund zum achtenmal verliehen. Die preisgekrönten Bücher müssen in ihrer geistigen Konzeption und künstlerischen Gestaltung dem Auffassungsvermögen der Kinder vom 6. bis zum 14. und der Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr entsprechen. Der Kinderbuchpreis fiel an Mira *Lobe* für ihr Werk „Hannes und sein Bumpan" (Verlag für Jugend und Volk). Den Jugendbuchpreis erhielten Fritz *Habeck* für das Werk „Die Stadt der grauen Gesichter" (Verlag für Jugend und Volk) und Karl *Bruckner* für das Werk „Sadako will leben" (Verlag für Jugend und Volk). Den Illustrationspreis erhielt Susi *Weigl* für die Bilder zu dem Buch „Hannes und sein Bumpan". Für den Ankauf der preisgekrönten Bücher wurden 15.000 S bestimmt.

Die Veröffentlichung von rund 400 Notizen über Persönlichkeiten und

Ereignisse des Wiener Kulturlebens in der Rathauskorrespondenz und im Amtsblatt der Stadt Wien diente dazu, verschiedene Jubiläen und Denkwürdigkeiten im Bewußtsein der Wiener Bevölkerung lebendig zu erhalten.

Der *Wissenschaftsförderung* wurde im Jahre 1961 rund eine Million Schilling zugewendet. Unter den Wiener wissenschaftlichen Vereinigungen, die Subventionen erhielten, ist vor allem der Notring der wissenschaftlichen Verbände Österreichs mit 280.000 S zu nennen; ferner erhielten das Institut für Wissenschaft und Kunst insgesamt 65.000 S, darunter 30.000 S für die Fortführung der Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft „Großstadtprobleme Wien", die Biologische Station Wilhelminenberg 140.000 S, der Verein „Internationale Hochschulkurse" 10.000 S, das Österreichische College für das Europäische Forum in Alpach 19.000 S und die Internationale Stiftung Mozarteum 30.000 S zur Fortführung der Herausgabe des Gesamtwerkes von Wolfgang Amadeus *Mozart*. Der Notring gab mit Hilfe der ihm gewährten Subvention 60 wissenschaftliche Publikationen heraus oder unterstützte sie und führte 50 Gastvorträge ausländischer Gelehrter in Wien durch. Zur Wissenschaftsförderung zählen auch die Unterstützungen, die Wiener Gelehrten für Forschungsfahrten gewährt wurden. Solcherart erhielten acht Wissenschaftler Subventionen von insgesamt 62.800 S für Forschungsreisen in folgende Gebiete: Himalaja, Rotes Meer, Karakorum, Persepolis, British-Guayana, Marokko, Guinea, Thailand. Weitere Zuwendungen erfolgten an eine größere Zahl wissenschaftlicher Vereinigungen zur Durchführung ihrer Vorhaben. Die Gastvortragenden des Notringes sowie die Leiter von Forschungsexpeditionen stellten sich den Wiener Volkshochschulen und verschiedenen wissenschaftlichen Vereinigungen zur Verfügung.

Die *Wiener Volksbildung* wird vor allem durch die 13 Volkshochschulvereine repräsentiert, die im Verband Wiener Volksbildung als Dachorganisation zusammengefaßt sind. Im Jahre 1961 wurden dem Verband Wiener Volksbildung insgesamt 2,1 Millionen Schilling zugewendet. Von besonderer Bedeutung war hier die beginnende Realisierung des großen Bau- und Raumsanierungsprogramms der Stadt Wien zugunsten der Wiener Volkshochschulen. Im Jahre 1961 wurden vier Projekte fertiggestellt: der Bau eines fünften Wiener Volkshochschulgebäudes auf dem Arthaberplatz in Favoriten, das bereits eröffnete Volksheim, XIX., Heiligenstädter Straße 155, die Renovierung der Wiener Urania und des Volksheimes Ottakring. Das Freizeitheim in Wien-Floridsdorf wurde fertiggestellt und der Volksbildung übergeben. Im Arbeitsjahr 1960/61 fanden 3.950 Kurse mit rund 93.300 Besuchern sowie 7.900 Einzelveranstaltungen mit rund 800.000 Teilnehmern statt. Die sechs Büchereien der Volkshochschulen verzeichneten 2.000 eingeschriebene Leser und über 100.000 Entlehnungen. Die Volkshochschulen bemühten sich um eine weitere Verbesserung des Niveaus der Veranstaltungen und um eine Reorganistation ihres Aufbaues. Die bewährten Sondereinrichtungen, wie das „Forum der Wiener Volksbildung" (35. Diskussionsreihe), die Aktion „Volksbildung auf Rädern", die Filmstelle des Verbandes, die Pädagogische Studienstelle mit zehn Fachgruppen und der systematischen Kursleiterfortbildung, die Wiener Lebensschulen und die Klubarbeit für Jugendliche und ältere Menschen sowie die Führungs- und Studienreisetätigkeit wurden aufrecht erhalten und ausgebaut. Die mit Unterstützung des Kulturamtes abgehaltenen Konzerte in Volkshochschulen des Stadtrandes wurden ein großer Erfolg. Die Teilnahme von Jugendabonnenten an Volkshochschulveranstaltungen blieb unverändert stark.

Im Jahre 1961 besuchten 18 Volkshochschulgruppen aus England, der Deutschen Bundesrepublik, Frankreich, Schweden, Holland und der Schweiz die

Wiener Einrichtungen korrespondierender Art und vertieften damit die bereits in den Vorjahren angebahnte Zusammenarbeit.

Im Zuge der 1957 begonnenen *Europaaktion der Stadt Wien* fand das „Europa-Gespräch 1961" mit 18 Teilnehmern aus fünf Ländern statt, zu dem unter anderen Vertreter des Bundesministeriums für Unterricht, des Stadtschulrates für Wien, des Bundesjugendringes und der Liga für die Vereinten Nationen erschienen waren. Die Eröffnung der Veranstaltung, der das Thema „Die voraussehbare Zukunft" zugrunde lag, erfolgte durch Bundespräsident Dr. *Schärf*. Zahlreiche der dort gehaltenen Referate wurden durch den Österreichischen, den Bayrischen, den Südwest- und den Belgischen Rundfunk sowie von der „Stimme Amerikas" übernommen; ebenso erfolgte eine Aufzeichnung im Österreichischen Fernsehen.

Der gleichen Zielsetzung diente das „Europäische Rundfunkseminar der Stadt Wien" mit 17 Teilnehmern aus sechs Ländern. Eine Europavortragsreise des Verbandes Wiener Volksbildung behandelte an acht Abenden das Thema „Die Entwicklungsländer und wir".

Der Werbung für die Europaaktion der Stadt Wien im Jahre 1961 dienten 10.000 Prospekte und 2.000 Plakate; die Referate des Europagesprächs 1961 wurden in Druck gelegt.

Im Jahre 1961 wurden zum 15. Male seit Kriegsende Preise für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft und Volksbildung mit einem Gesamtbetrag von 150.000 S verliehen. Die Preisträger waren: Professor Alfred *Uhl* (Musik), Architekt Ernst *Plischke* (Architektur), Prof. Hans *Fabigan* (Angewandte Kunst), Dr. Heimito *Doderer* (Dichtkunst), Prof. Georg *Ehrlich* (Bildhauerei), akademischer Maler Prof. Georg *Merkel* (Malerei), Univ.-Prof. DDr. Karl *Bühler* (Geisteswissenschaft), Univ.-Prof. Dr. Alois *Kieslinger* (Naturwissenschaft), Rudolf *Neuhaus* (Volksbildung), Prof. Vinzenz Ludwig *Ostry* (Publizistik).

Die „Förderungspreise der Stadt Wien" wurden je zwei Schriftstellern, Komponisten und bildenden Künstlern sowie vier Wissenschaftlern in der Höhe von je 5.000 S zuerkannt. Die Preisträger sind Jeannie *Ebner* (Erzählerin), Doris *Mühringer* (Lyrikerin), Prof. Karl *Etti* (Chor- und Instrumentalkomponist), Erwin *Miggl* (Orchester-, Kammer-, Orgel- und Chormusik), Johannes *Avramidis* (Bildhauer), Grete *Yppen* (Malerin), Prof. Dr. Kurt *Adel* (Germanist), Univ.-Doz. Dr. Gerhard *Billek* (anorganische Chemie), Univ.-Ass. Dr. Kurt *Marko* (Historiker), Univ.-Doz. Dr. Walter *Spiel* (Psychiater).

Aus der Dr. Karl Renner-Stiftung 1961 wurden folgende Preise verliehen: Josef *Hanns* (Chauffeur), Johann *Heilmann* (Bundesbahnrevident), Univ.Prof. i. R. Dr. Stefan *Jellinek* (Elektropathologe), Facharzt Dr. Erwin *Ringel* (Lebensmüdenfürsorge), Facharzt Dr. Hans *Rotter* (Alkoholbekämpfung), Gesellschaft der Musikfreunde.

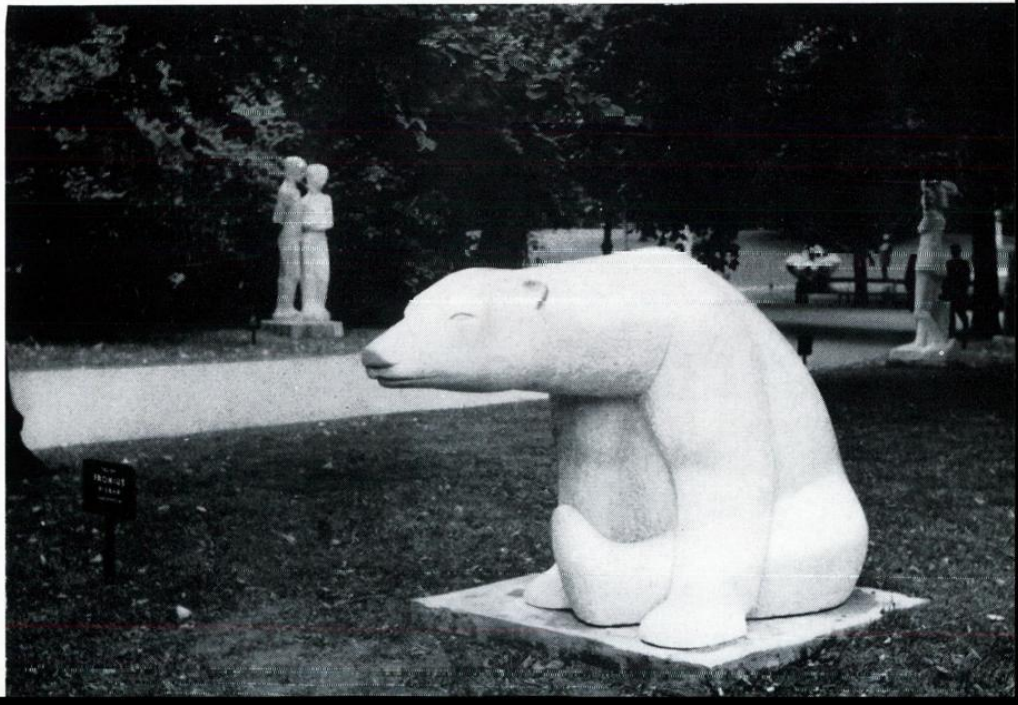
Aus den für Ehrungen bereitgestellten Mitteln erhielten 120 alte bedürftige Personen für ihr verdienstvolles Wirken eine laufende außerordentliche Zuwendung mit einem Gesamterfordernis von 1,793.300 S. Sie umfaßte 14 Monatsbezüge; zu Weihnachten wurde ein Lebensmittelpaket ausgefolgt. Durch eine Neuregelung dieser Aktion erfuhren die Richtsätze der Zuwendungen eine bedeutende Erhöhung; ihre oberste Sparte ist als eine Ehrenpension der Stadt Wien anzusprechen. Im Jahre 1961 wurden bereits drei dieser Ehrenpensionen verliehen. Ferner wurde bestimmt, daß auch an die Witwe der durch eine außerordentliche Zuwendung oder Ehrenpension geehrten Persönlichkeiten eine Beitragsleistung erfolgt. 175 bedürftigen Künstlern wurde eine einmalige Beihilfe mit einem Gesamtaufwand von rund 180.000 S gewährt.



Geldpreise und Diplome werden an die Entwerfer der besten Plakate überreicht

Kultur und Volksbildung

Eine Schöpfung von Gertrude Fronius ist der Eisbär in der „Grünen Galerie" im Stadtpark





Ein neues Volksheim wurde in Heiligenstadt eröffnet

Kultur und Volksbildung

Die Stadt Wien errichtete in Simmering Werkstätten für die Wiener Bildhauer



BEGABTENFÖRDERUNG

Im Budgetjahr 1961 war für die Studienförderungen (Stipendien, einmalige Studienbeihilfen usw.) der Betrag von 2,7 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon wurden für 200 Hochschulstipendien, 80 Fachschulstipendien und 75 Mittelschulstipendien 2,271.700 S und für Studienbeihilfen, Schulgeldermäßigungen usw. 422.300 S ausgegeben.

MUSIKLEBEN

Das Kulturamt veranstaltete zur musikalischen Jugenderziehung im Schuljahr 1960/61 elf Aufführungen für Schüler der zweiten Haupt- und Mittelschulklassen, 13 Orchesterkonzerte der Wiener Symphoniker für die Schüler der dritten Klassen und 13 Orchesterkonzerte für die Schüler der vierten Haupt- und Mittelschulklassen.

Die 16 Konzerte im Arkadenhof des Wiener Rathauses wiesen 38.681 Besucher auf; es gab symphonische und Opernmusik sowie zwei Strauß-Konzerte und ein Operettenkonzert. Die Programme der neun frei zugänglichen Konzerte im Oberen Belvedere-Garten enthielten vornehmlich Werke der gehobenen Unterhaltungsmusik; in jedem Konzert kam ein Werk eines lebenden österreichischen Komponisten zu Gehör. Die 56 Parkkonzerte wurden wieder von den städtischen Blasmusikkapellen des Elektrizitätswerkes, des Gaswerkes, der Verkehrsbetriebe und der Polizeimusik Wien durchgeführt. Es wurde in Parkanlagen und auf Plätzen der äußeren Bezirke gespielt.

Die 23 Palaiskonzerte hatten durchwegs hohes Niveau, eine Tatsache, die in deren außerordentlich günstiger Beurteilung in der Presse ihren Niederschlag fand.

Nach dem gelungenen Beginn der Burggarten-Konzerte im Sommer 1960 wurde die Konzertreihe im Juli und August 1961 fortgesetzt. Diese frei zugänglichen Konzerte, deren Programme betont wienerisch gehalten sind, erfreuen sich bereits allgemeiner Beliebtheit. Während im Sommer 1960 ein kleineres Orchester (35 Mann) zur Verfügung stand, wurde die Orchesterstärke des Wiener Konzertorchesters im Sommer 1961 auf 50 Mann (so wie im Belvedere-Garten) erhöht, wodurch die Möglichkeit zur Ausweitung der Programme gegeben war.

Die im Kalenderjahr 1960 begonnene Veranstaltungsreihe „Konzerte in Wiener Volkshochschulen" wurde fortgesetzt und auf zehn Konzerte erweitert. Durch den Umstand, daß sich prominente Künstler für den angestrebten Zweck zur Verfügung stellten, war es möglich, gute Musik auch in jene Bevölkerungskreise zu tragen, die bisher keinen oder nur geringen Kontakt mit dem Musikleben der Stadt hatten.

Die Darbietungen des Rathaus-Glockenspieles (Carillon) wurden fortgesetzt. Das Silvester-Turmblasen von der Loggia des Rathausturmes wurde vom Trompeterchor der Stadt Wien ausgeführt. Musikalisch umrahmt wurde ferner die Übergabe des von Oberösterreich gespendeten Weihnachtsbaumes im Dezember 1961.

Das am 17. November im Großen Musikvereinssaal unter Patronanz des Bürgermeisters von Wien und des japanischen Botschafters in Österreich abgehaltene „Austauschkonzert Wien—Tokio" erwies sich als eine kulturpolitisch bedeutsame Veranstaltung.

Die im Vorjahr begonnene Förderung der Wiener Unterhaltungsmusik in Kaffeehäusern und Restaurants wurde weitergeführt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Aktion bei den in Wien weilenden Fremden mehr Anklang

findet als bei der Wiener Bevölkerung, die nach wie vor dem üblichen Kaffeehausbetrieb den Vorzug gibt.

MUSIKLEHRANSTALTEN DER STADT WIEN

Im Konservatorium fanden fünf Konzerte und 26 Vortragsabende, in den Musikschulen 25 Vortragsabende statt. Außerdem veranstaltete die Opernklasse sechs Opernabende, darunter zwei Aufführungen von „Don Giovanni" mit Orchester sowie viermal Opernfragmente mit Klavierbegleitung. Ebenso wurden zwei Aufführungen der „Fledermaus" mit zwei Klavieren veranstaltet. Im Palffysaal wirkten Lehrer und Schüler des Konservatoriums bei dem Konzert „Premiere der Jugend" mit. Im Konzertsaal des Konservatoriums fand überdies ein Konzert anläßlich des 60. Geburtstages des Komponisten *Jellinek* statt, wobei dessen Werke aufgeführt wurden. Wie in den Vorjahren gestalteten Schüler der Musiklehranstalten den Hausmusikabend beim Bürgermeister.

Die Kindersingschule nahm mit 1.000 Kindern am „Festlichen Singen" im Großen Konzerthaussaal in zwei Aufführungen teil. Bei einem in der Stadthalle der Stadt Wien veranstalteten Weihnachtssingen wirkte ein Chor der Kindersingschule (300 Kinder) mit.

Im Jahre 1961 wurden für die Ergänzung und Instandhaltung des Inventars der Musiklehranstalten rund 200.000 S aufgewendet, darunter für den Ankauf von drei Klavieren.

MODESCHULE DER STADT WIEN

Von 34 Lehrern unterrichtet, besuchten 97 Schülerinnen die Schneiderklasse, 7 die Modistenklasse, 22 die Strick- und Wirkklasse, 12 die Lederklasse, 14 die Klasse Textilentwurf und Druck sowie 83 Schülerinnen die Vorbereitungsklassen. 183 der Schülerinnen stammen aus Wien, 15 aus Niederösterreich fünf aus Oberösterreich, eine aus Salzburg, neun aus der Steiermark, vier aus Kärnten, sechs aus Tirol und eine aus Vorarlberg, die übrigen aus dem Ausland.

Am Ende des Schuljahres 1960/61 traten 51 Mädchen zur Schlußprüfung an, die sie mit Erfolg ablegten.

Im Jahre 1961 wurde der Abteilung für Strick- und Wirkmode der Modeschule das Öffentlichkeitsrecht und die gewerberechtliche Begünstigung gemäß § 14 a der Gewerbeordnung zuerkannt; die Schule ist dadurch mit allen für sie in Betracht kommenden Berechtigungen ausgestattet.

Die Schlußausstellung des Schuljahres 1960/61, die am 14. Juni eröffnet wurde, sowie die zu diesem Zeitpunkt durchgeführten acht Modeschauen fanden das rege Interesse der rund 4.400 Besucher. Weitere Modevorführungen wurden auf Wunsch der Teilnehmer einschlägiger in Wien tagender Kongresse veranstaltet. Ein Kurs für Schaufenstergestaltung wurde mit 34 Teilnehmerinnen abgehalten.

AUSSTELLUNGEN

Im Oberen Belvedere wurde in der Zeit vom 14. April bis zum 18. Juni 1961 in Fortsetzung der Ausstellungsserie des Kulturamtes der Stadt Wien „Bahnbrecher der modernen Malerei" die Ausstellung „Paul *Cézanne*" veranstaltet. Diese Ausstellung zählte zu einem der bedeutendsten kulturellen Ereignisse des Jahres und wurde in 66 Tagen von 121.358 Personen besucht.

Von den jährlich wiederkehrenden Ausstellungen seien „Die besten Plakate des Jahres 1961", „Plastiken im Stadtpark", als Grüne Galerie an der Wientalpromenade bekannt, und „Das gute Bild für jeden" (Dezember 1961 in der

Secession) erwähnt. Diese Ausstellung hatte rund 33.400 Besucher, wobei 739 Arbeiten im Betrag von rund 285.448 S verkauft wurden. Die Plakatausstellung 1961 — unter dem Titel „Galerie der Straße" im Park des Palais Schwarzenberg veranstaltet — gab zugleich Rechenschaft über die Ergebnisse dieser Aktion in den letzten zehn Jahren.

Im Ausstellungsraum des Kulturamtes wurden folgende sieben Ausstellungen veranstaltet: „Reiseerinnerungen — Reiseskizzen", „Das menschliche Antlitz — Kleinplastiken und Graphiken", „15 Jahre Landesbildstelle Wien, Niederösterreich und Burgenland", „Ölbilder-Neuerwerbungen", „Das reine Aquarell", „100 Jahre Rathauskorrespondenz", „Figurale Graphik".

Das Wiener Ausstellungswesen fand auch im Jahre 1961 durch die Ausleihe von 445 stadteigenen Stellwänden und 2.775 Bilderrahmen eine beachtliche materielle Förderung.

FESTWOCHEN

In der Zeit vom 27. Mai bis zum 25. Juni 1961 wurden die elften Wiener Festwochen abgehalten. Die Verlängerung deren Dauer von drei auf vier Wochen wurde beibehalten. Das Programm umfaßte 452 Theatervorstellungen mit 272.587 Besuchern, 76 Konzerte mit 89.623 Besuchern, 396 Bezirksveranstaltungen mit 204.832 Besuchern und 50 Ausstellungen mit 292.242 Besuchern. Der Eröffnungsfeier wohnten rund 60.000, dem Schlußkonzert 6.000 Personen bei. Die Zahl der auswärtigen Festgäste wurde mit 81.080 Fremden bei 233.471 Übernachtungen angegeben.

Von den Darbietungen der Wiener Festwochen 1961 sind eine Aufführung der Gurre-Lieder von Arnold *Schönberg,* eine solenne Burgenlandfeier, eine Freilichtaufführung vor der Jesuitenkirche mit „Der arme Heinrich" von Gerhart *Hauptmann* sowie eine Leseaufführung des „Rosenkavalier" von Hugo von *Hofmannsthal* im Schönbrunner Schloßtheater besonders hervorzuheben. Für das internationale Interesse zeugen die Aufführungen folgender Gastensembles: Düsseldorfer Schauspielhaus mit „Der seidene Schuh" von Paul *Claudel* (Regie: Karl Heinz *Stroux)* im Burgtheater, Compagnie du Théatre Roger Planchon aus Lyon mit „Die drei Musketiere" von Alexander *Dumas* im Theater in der Josefstadt, Théatre de l'Atelier Paris mit „Antigone" von *Anouilh,* ebenfalls im Theater in der Josefstadt, sowie Zürcher Schauspielhaus mit der „Maikäferkomödie" von J. V. *Widmann* und Griechisches Tragödientheater mit „Die Grabspenderinnen" und „Die Eumeniden" von *Aischylos* im Volkstheater.

THEATER- UND KINOANGELEGENHEITEN

Die Wiener Theater wurden auch im Jahre 1961 durch Zuwendungen aus dem Kulturgroschen gefördert. Die drei großen Wiener Privattheater, das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und das Raimundtheater, ferner das Volkstheater für die Gastspiele in den Außenbezirken, erhielten von der Stadt Wien zusammen 7,430.000 S. Vier Wiener Kleinbühnen, das Theater der Courage, die Tribüne, das Ateliertheater am Naschmarkt und das Experiment am Lichtenwerd, erhielten Aufführungsprämien. Weitere Zuwendungen erhielten das Theater der Courage, das Theater im Zentrum und die Wiener Kammeroper.

Im Oktober 1961 begann das siebente Spieljahr des Jugendabonnements der Stadt Wien, für das vom Kulturamt ein Betrag von 1,250.000 S zur Verfügung gestellt wurde. Ausgegeben wurden 15.000 Abonnements; das Programm enthielt je eine Aufführung im Burgtheater, in der Staatsoper, in der Volksoper

und im Theater in der Josefstadt, zwei Aufführungen im Volkstheater, ein Orchesterkonzert der Wiener Symphoniker und eine Dichterlesung. Der Besitzer eines solchen Abonnements kann außerdem Kurse und Vorträge an Wiener Volkshochschulen, die Schule für gutes Benehmen, das Theater der Courage und einige Ausstellungen zu stark ermäßigten Preisen besuchen. Die 15.000 Abonnements wurden wie folgt aufgeteilt: 5.900 an Berufsschüler, 1.300 an die Gewerkschaftsjugend, 1.200 an Volkshochschulen, 500 an die Sozialistische Jugend, 6.000 an technische, kaufmännische und Mittelschulen, der Rest als Einzelabonnements.

Im Jahre 1961 wurden folgende Filme (Kultur- und Dokumentarfilme) als Auftragsproduktionen der Stadt Wien hergestellt: „Wiener Festwochen 1961" (mit Kennedy-Chruschtschow-Besuch), „Ein Weihnachtsbaum für Wien" (Salzburger Weihnachtsbaum für den Rathausplatz), „Langeweilt am längsten" (Freizeitgestaltung), „Und das alles für mein Geld" (15 Kurzfilme über die Verwendung der Steuergelder), „Wasser für Wien" (Schmalfilm für das Fernsehen über die Wiener Wasserversorgung).

Subventioniert wurden folgende Filmvorhaben: Dr. Mandorff-Film über eine Forschungsreise durch Thailand; Max Lersch-Film über eine Guinea-Expedition; Biologische Station Wilhelminenberg-Forschungsfilme; Hoela-Filmproduktion-Film „Und ewig rauschet der Wald"; Peter *Kodera* — Tonfassung des Films „Benin".

Förderungspreise erhielten die Katholische Filmkommission für die Durchführung der VII. Internationalen Festwoche des religiösen Films, der Verband der österreichischen Filmjournalisten für die Durchführung einer Filmfestwoche, die Gesellschaft der Filmfreunde und die Gesellschaft für Filmwissenschaft und Filmwirtschaft für die Durchführung der IV. Internationalen filmwissenschaftlichen Woche.

Mit der Ausarbeitung weiterer Filmprojekte wurde begonnen. Die Vorarbeiten für die gemeinsame Filmprädikatisierung der österreichischen Bundesländer wurden — soweit sie das Land Wien betrafen — zu Ende geführt. Das Wiener Kulturfilmverzeichnis, in dem sämtliche Kulturfilme aufgenommen sind, die Wien zum Thema haben, wurde auf den neuesten Stand gebracht. Seit 1945 wurden bis Ende 1961 71 solcher Filme gedreht.

Der Filmstelle wurden 1.824, in Anwesenheit des Filmbeirates 1.233 Filme vorgeführt, von denen 987 unbeschränkt, 88 zur Vorführung mit Beschränkung auf bestimmte Altersstufen, 158 jedoch für die Jugend nicht zugelassen wurden.

Im Jahre 1961 wurden 15 Theaterkonzessionen, 41 Varieté-, 6 Zirkus- und 44 Kinokonzessionen, drei Konzessionen für Modeschauen, 144 für Ausstellungen, 132 Publikumstanz- und 7 Feuerwerkskonzessionen verliehen.

FREMDENVERKEHR

Dem Fremdenverkehrsverband für Wien stand im Jahre 1961 das Erträgnis der Ortstaxe in der vorläufigen Höhe von 7,467.392 S zur Verfügung. Der Stand der Fremdenführer in Wien hat sich um 46 Hilfsfremdenführer, darunter 29 Frauen, auf 115 erhöht. Wieder gelangten keine ERP-Kredite zur Vergebung; diese Aktion ist nun schon das vierte Jahr stillgelegt.

Das Fremdenverkehrsjahr 1960/61 erbrachte trotz verschiedener ungünstiger Umstände in der Hochsaison neue Rekordziffern. Dasselbe gilt auch für die Frequenzen der Campingplätze der Stadt Wien, deren Inanspruchnahme im Jahre 1961 einem ganzjährig vollbesetzten Hotel mit 173 Betten gleichzusetzen ist. Ähnlich verhält es sich mit den Jugendgästehäusern der Stadt

Festbeleuchtung des Rathauses bei der Eröffnung der Wiener Festwochen



Kultur und Volksbildung

Wiener und Ausländer finden sich bei den Arkadenhofkonzerten ein





Die Modeschule der Stadt Wien führt einfallsreiche Modelle vor

Kultur und Volksbildung

Ein Jahrgang der Vorschule für soziale Frauenberufe wird mit einer Abschlußfeier beendet



Wien, deren Frequenz einem ganzjährig ausverkauften Hotel mit 377 Betten entsprechen würde.

Auch im Jahre 1961 wurden die Rundfahrten „Neues Wien" durchgeführt, deren Frequenz sich in der folgenden Übersicht darstellt.

Jahr	Wagen	Personen
1957	659	16.774
1958	1.331	38.964
1959	1.466	44.725
1960	1.650	52.313
1961	1.631	49.958

SPORTFÖRDERUNG

Die Beendigung der Arbeiten für die beiden großen Sportbauten Wiener Stadthalle und Wiener Stadion findet ihren Ausdruck in der Verringerung der Budgetausgabenseite der Sportstelle um rund 9,66 Millionen Schilling.

Neben den Aufwendungen für den Betrieb und die Erhaltung, Verbesserung oder Erneuerung der verwalteten Liegenschaften und Objekte wurde eine Reihe von neuen Projekten geplant, begonnen oder fertiggestellt. Während die Planungsarbeiten für drei Sportplatzneubauten (X., Nothnagelplatz, XIV., Achtundvierzigerplatz, XXI., Schwarzlackenau) den Baubeginn im Jahre 1962 ermöglichten, konnte der Sportplatz XIX., Krottenbachstraße, noch im Herbst 1961 angelegt werden. Der Sportplatz XVII., Lidlgasse, und zwei Spielplätze (XIV., Hadersdorf, XXII., Kaisermühlen) wurden fertiggestellt und eröffnet.

Die Stadthallenbetriebsgesellschaft errichtete auf Rechnung der Stadtverwaltung eine amerikanische Kegelbahn mit zwölf Bahnen und nahm sie in Betrieb. Im Wiener Stadion wurde mit dem Bau einer Fernseh- und Rundfunkanlage begonnen, ebenso mit der Erweiterung des Campingplatzes Wien-West in der Hüttelbergstraße; verschiedene kleinere Sportplatzobjekte wurden hergestellt.

Die Zahl der verpachteten Liegenschaften verringerte sich dem Vorjahr gegenüber von 83 auf 81 Plätze; hingegen konnten mehrere neue Bestandverträge abgeschlossen werden, wodurch sich die Zahl der von der Sportstelle verwalteten Spielplätze auf 58 erhöhte.

Der Besuch auf den 15 städtischen Jugendspielplätzen stieg dem Vorjahr gegenüber um 20.000 auf 165.118 Personen, während auf den 32 öffentlich benützbaren Ballspielplätzen insgesamt 392.162 Besucher gezählt wurden, dies ist um rund 55.000 Personen mehr als im Jahre 1960. Der Besuch auf den sechs städtischen Eislaufplätzen im Winter 1960/61 stieg ebenfalls trotz Verminderung der Zahl der Schleiftage auf 17 um fast 5.000 auf 63.729 Personen.

Im Zusammenhang mit der Renovierung der Wiener Pflichtschulen richtete die Sportstelle 36 Schulturnsäle ganz oder teilweise neu ein; hiefür wurde rund eine Million Schilling aufgewendet. Die Sportstelle kommt wie bisher auch für die Kosten des Schülerschwimmunterrichtes und für das orthopädische Turnen der in ihrer körperlichen Haltung gefährdeten Schulkinder auf. Im Schuljahr 1960/61 erhielten 12.498 Schüler Schwimmunterricht, von den 1.222 haltungsgefährdeten Kindern wurden 912 Kinder in 38 Turnkursen in ein Spezialturnen eingewiesen.

Als Geschäftsstelle des Sportbeirates hat die Sportstelle die Beschlüsse dieses Unterausschusse des Gemeinderatsausschusses III zu bearbeiten. Ihr obliegt unter anderem auch die Behandlung der beantragten Subventionen des Wiener Sportfonds an Wiener Sportvereine. Hiebei wurden 395 Anträge dem Gemeinderatsausschuß III zur Beschlußfassung vorgelegt. Der angewiesene Betrag von 2,859.000 S ist um rund 400.000 S höher als im Jahre 1960.

Das Restvermögen des ehemaligen Deutschen Alpenvereines wurde dem Verband alpiner Vereine (VAVÖ) übergeben, ebenso das Vereinsvermögen des ehemaligen Deutschen Turnerbundes bis auf einige wenige Fälle den Nachfolgevereinen dieser Institution.

LANDESJUGENDREFERAT

Gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien führte das Landesjugendreferat im Pädagogischen Institut der Stadt Wien eine Vortragsreihe „Filmerziehung" durch. Diese Veranstaltung steht im Zusammenhang mit den ständigen Filmdiskussionen des Referates, deren Besucherzahl sich auf 18.000 erhöhte.

Für Lehrer aller Schultypen und Jugendfunktionäre wurde, erstmals für Wien und Österreich, eine Tagung „Audio-visuelle Hilfsmittel für die staatsbürgerliche Erziehung" abgehalten. Eine Ausstellung von Büchern und Schallplatten verdeutlichte die in diesem Zusammenhang gegebene Möglichkeit.

Die Zahl der Modellbau- und Handfertigkeitskurse, die sich der Zustimmung der Schulbehörden erfreuen, wurde auf 90 erhöht. Die Ausstellung der Arbeiten am Ende des Kursjahres wies mehr als 1.000 Besucher auf. Das Landesjugendreferat hielt weiters zwei Spielleiterkurse für Jugendgruppenleiter, ein Seminar für allgemeinen Jugendsport und einen Aus- und Fortbildungslehrgang für Kursleiter und Skilehrer ab.

Das alljährlich abgehaltene Österreichische Jugendsingen wies im Jahre 1961 rund 21.600 Mitwirkende auf. Vor dem Schloß Schönbrunn wurde wieder das Wiener Volkstanzfest abgehalten.

Am Turner See und ebenso am Wörther See wurden zwei Bungalow-Lager errichtet, die in den Sommerferien voll belegt waren.

Das Jugendfilm-Abonnement des Landesjugendreferates wurde auch den Mittelschülern zugänglich gemacht. Die Anzahl von 1.704 ausgegebenen Abonnements zeigt das Interesse der Mittelschuljugend für diese Maßnahme. An Pflichtschüler wurden im Jahre 1961 rund 13.000 dieser Abonnements verteilt.

HEIMATPFLEGE

DENKMALPFLEGE

Die Wiener Heimatmuseen, die sich in zunehmendem Maße des Interesses der Bevölkerung erfreuen, erhielten eine Subvention in der Höhe von 70.000 S. Fünf neue Gedenktafeln wurden in die Obhut der Stadt Wien übernommen.

Folgende größere Arbeiten wurden geleistet: Restaurierung des Isisbrunnens, Weiterführung der Erneuerung der Mauer des St.-Marxer Friedhofes, Wiedererrichtung der Tabor-Kapelle im 2. Bezik, Neufundierung des Georg Coch-Denkmales im 1. Bezirk, Wiederherstellung des Republikdenkmales nach seiner Beschädigung, Instandsetzung von Ehrengräbern auf dem Wiener Zentralfriedhof, Restaurierung mehrerer Kriegerdenkmäler im 23. Bezirk, Versetzung des Kriegerdenkmales auf dem Hauptplatz in Mauer und Restaurierung des Obelisken vor der Servitenkirche.

Als achte Rate für den Wiederaufbau des Stephansdomes wurden 300.000 S, als fünfte Rate für den Wiederaufbau der evangelischen Schule 50.000 S gegeben. 70.000 S wurden im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt als Unterstützung für die Restaurierung von zehn kleineren Objekten verwendet.

NATURSCHUTZ

Im Jahre 1961 trat im Bestand an Naturdenkmälern keine wesentliche Änderung dem Jahre 1960 gegenüber ein. Wohl ist im zweiten Hof des Hauses III., Am Heumarkt 7, eine Platane hinzugekommen, dafür mußte für einige

alte Naturdenkmäler das Löschungsverfahren eingeleitet werden. In fast allen Bezirken konnten jedoch neue schutzwürdige Objekte erfaßt werden für die das Naturschutzverfahren noch in Schwebe ist. Der Magistrat betreut als Naturschutzbehörde derzeit 330 Naturdenkmäler mit etwa 1.500 Bäumen, die sich auf rund 50 Arten verteilen.

Im Jahre 1961 wurde die Kennzeichnung der Naturdenkmäler durch Plaketten sowie der Landschafts- und Naturschutzgebiete durch emaillierte Tafeln fortgesetzt; schadhafte Plaketten und Tafeln wurden durch neue ersetzt. Des weiteren wurden Naturschutzplakate und Verzeichnisse der Wiener Naturdenkmäler an Dienststellen, Schulen, Vereine usw. verteilt. Hiezu gehören auch die im Jahre 1960 herausgebrachten Plakate über die vollkommen geschützten Pflanzen. Die Herausgabe einer Broschüre über die teilweise und vollkommen geschützten Pflanzen wurde vorbereitet.

Der Wiener Naturwacht gehören 42 ehrenamtliche Naturschutzorgane an, die mit dem Kulturamt als Naturschutzbehörde in ständigem Kontakt standen.

BENENNUNG VON VERKEHRSFLÄCHEN

Im Jahre 1961 wurden folgende Namen von Verkehrsflächen, Wohnhausanlagen, Verkehrsbauwerken und Parkanlagen amtlich festgesetzt oder gelöscht:

Neubenennungen

1. Bezirk: Verkehrsbauwerk Schottenkreuzung: Schottenpassage.

4. Bezirk: Teilstück der Technikerstraße von der Kreuzung Technikerstraße-Maderstraße-Brucknerstraße zum Karlsplatz: Symphonikerstraße.

10. Bezirk: Verkehrsfläche an der Ostseite des Jean Jaurés-Hofes zwischen Migerkastraße und Raxstraße: Rudolfshügelgasse.

11. Bezirk: Verkehrsfläche von der Kreuzung Am Kanal und Wilhelm Kreß-Platz gegen Zentralfriedhof: Pretschgasse; Verkehrsfläche zwischen Pretschgasse und Petzoldgasse: Haschgasse.

13. Bezirk: Verlängerung der Seuttergasse durch Einbeziehung eines neu geschaffenen Straßenstückes und eines Teiles der Vinzenz Heß-Gasse.

17. Bezirk: Verkehrsfläche zwischen Exelbergstraße und Gasthaus Rohrerhütte: Rohrerhüttenweg; Verkehrsfläche nördlich der großen Stockwiese von der Exelbergstraße zur Stadtgrenze: Stockwiesenweg.

19. Bezirk: Verkehrsfläche zwischen Krottenbachstraße und Hutweidengasse: Kratzlgasse; Verkehrsfläche zwischen Sulzweg und Keylwerthgasse: Maulbertschgasse; Verkehrsfläche zwischen Kaasgrabengasse und Paul Ehrlich-Gasse: Chmelgasse; Verkehrsfläche in Verlängerung der Eichelhofstraße: Unterer Weisleitenweg (bisher nichtamtlich so benannt); Verkehrsfläche vom Ende der Eichelhofstraße zur Kahlenberger Straße: Eichelhofweg (bisher nichtamtlich so benannt); Verkehrsfläche zwischen Grinzinger Allee und Ettinghausengasse: Aslangasse; Verkehrsfläche zwischen Aslangasse und An den langen Lüssen: Dr. Eduard Heinl-Gasse.

21. Bezirk: Verkehrsfläche zwischen Koschakergasse und Pastorstraße: Sankt Michael-Gasse; Verkehrsfläche zwischen Strebersdorfer Straße und der verlängerten Hasswellgasse: Babitschgasse; Nahe der Arbeiterstrandbadstraße: Kugelfanggasse, Rehgasse, Wildbadgasse, Birneckergasse, Sportweg (alle bisher nichtamtlich so benannt); Sandrockgasse (bisher nichtamtlich Sonnengasse); Königsteingasse (bisher nichtamtlich Fliedergasse); Verkehrsfläche südlich der Johann Weber-Straße zwischen Jedlersdorfer Straße und Herrenholzgasse: Gregor Ulbrich-Gasse; Parkanlage Demmergasse—Immengasse—Bahnsteggasse—Kuenburggasse: Marie Schuller-Park.

22. Bezirk: Verkehrsfläche in Verlängerung der Benjowskigasse zwischen Lobaugasse und Groß-Enzersdorfer Straße: Benjowskigasse; Verkehrsfläche zwischen der verlängerten Lannesstraße und der verlängerten Weibelstraße: Rosthorngasse; Verkehrsfläche zwischen Löwensteinstraße und Kirschenallee: Mannaberggasse; Verkehrsfläche zwischen Lannesstraße und Raphael Donner-Alle: Reinholdgasse; Verkehrsfläche (Platz) zwischen Haffnergasse und Tauschinskygasse: Schönthanplatz; Verkehrsfläche entlang der Ostbahn von der Lannesstraße zum Telephonweg: Röbbelinggasse; nördlichste Gasse zwischen Wehrbrücklstraße und Schafflerhofstraße: Teiläckergasse. Verkehrsfläche von der Einmündung der Benjowskigasse in die Groß-Enzersdorfer Straße nach Süden: Flugfeldstraße (bisher nichtamtlich so benannt); Verkehrsfläche in Verlängerung der Heustadelgasse bis zur Lannesstraße: Heustadelgasse; Verkehrsfläche von der Groß-Enzersdorfer Straße nach Süden: Saltenstraße (bisher nichtamtlich Lobaustraße).

23. Bezirk: Inzersdorf, Verkehrsfläche, die als erste östlich der Triester Straße parallel zu dieser nach Nordosten verläuft: Breuninggasse; Erlaa, Verkehrsfläche zwischen Josef Österreicher-Gasse und Reklewskigasse: Podhorezkygasse; Inzersdorf, Verkehrsfläche zwischen Brandströmgasse und Bahntrasse der Pottendorfer Linie: Gutheil-Schoder-Gasse; Inzersdorf, Verkehrsfläche zwischen Draschestraße und Liesingbach: Lipinergasse; Rodaun, Fortsetzung des Promenadeweges am Ufer der Liesing von der Haselbrunnerstraße bis zur Willergasse: Promenadeweg; Mauer, zwei Verkehrsflächen von der Lindgrabengasse zur Niederauergasse: Grauertgasse und Aschbachgasse; Inzersdorf, Verkehrsfläche zwischen Triester Straße und Hungereckstraße: Granergasse; Inzersdorf, Verkehrsfläche zwischen Granergasse und Böheimgasse: Zellwekergasse; Atzgersdorf und Mauer, Gasse A: Krehangasse, Gasse B: Rudolf Zeller-Gasse (Verlängerung der bestehenden Rudolf Zeller-Gasse), Gasse C: Pölleritzergasse, Gasse F: Edlmosergasse.

Streichungen

11. Bezirk: Glockengießergasse.
13. Bezirk: Quergasse, Raschstiege, Aichbühelgasse (jetzt Lilienberggasse).
22. Bezirk: Neefegasse, Pendlgasse.

Umbenennungen

13. Bezirk: Einbeziehung eines Teiles der Vinzenz Heß-Gasse in die Himelhofgasse; Einbeziehung der Aichbühelgasse und der Raschstiege in die Lilienberggasse; Quergasse und deren Verlängerung: Aichbühelgasse.
17. Bezirk: Tullner Straße: Exelbergstraße.
21. Bezirk: Einbeziehung eines Teiles der Lang-Enzersdorfer Straße zwischen Landstraße und Hagenbrunner Straße in den Steinbügelweg; Teil der Lang-Enzersdorfer Straße zwischen Landstraße und dem neu verlängerten Steinbügelweg: Am Bisamberg; Strebersdorfer Straße zwischen Anton Böck-Gasse und Krottenhofgasse in Strebersdorf und Pfarrer Matz-Gasse in Stammersdorf: Dr. Nekowitsch-Straße.

22. Bezirk: Nördlicher Teil der Lannesstraße: Cassinonestraße; Verkehrsfläche in Verlängerung der Lannesstraße bis zur Rosthorngasse in die Rosthorngasse einbezogen; Süßenbrunn, Gerichtsgasse: Larischgasse.

23. Bezirk: Inzersdorf, Grenzgasse (an der Grenze gegen Vösendorf): Böheimgasse; Inzersdorf, Mozartgasse: Paminagasse.

Benennungen von städtischen Wohnhausanlagen

10. Bezirk: Gußriegelstraße 42-50: Schrödingerhof.

21. Bezirk: An der oberen alten Donau 3-13: Dag Hammarskjöld-Hof.
22. Bezirk: Am Kaisermühlendamm (3 Hochhäuser): Marshallhof.

LANDESBILDSTELLE

Die audio-visuellen Lehrmittel dienen zur Verlebendigung des Unterrichtes in Schule und Erwachsenenbildung. Besonders die Unterrichts-Lichtbilder und -Filme sind den österreichischen Lehrplänen angeglichen und bereits unentbehrliche Hilfsmittel für den Unterricht geworden. Die Tatsache, daß alle Pflichtschulen Wiens nunmehr eigene Filmprojektoren und Kleinbildwerfer besitzen, ermöglicht die planmäßige Verwendung dieser technischen Lehrbehelfe im Klassenunterricht.

An Projektionsmitteln und Bildmaterial waren am 31. Dezember 1961 vorhanden:

Stummfilmgeräte	1.087
Tonfilmmaschinen	2
Kleinbildwerfer	737
Episkope	419
Großbildwerfer	24
Magnetophon	1
Stummfilmrollen	17.498
Tonfilmrollen	179
Kleinbildgruppen	10.702
Großbildreihen	3.000
Einzeldias (groß)	40.000

Außerdem verwaltete die Landesbildstelle 1.730 Schallplatten, davon 1.525 leihweise aus dem Besitze des Bundesministeriums für Unterricht übernommene (für drei Außenstellen zur Entlehnung an Mittelschulen) und 205 eigene Schallplatten.

Die Zahlen der Entlehnungen im Jahre 1961 sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Schmalfilmprojektoren, stumm	163
Tonfilmgeräte	80
Großbildprojektoren	191
Kleinbildwerfer	532
Filmrollen	53.281
Kleinbildgruppen	17.787
Schallplatten	2.446

Im Laboratorium wurden 2.759 photographische Aufnahmen und Reproduktionen, 9.918 Vergrößerungen, 3.585 Kopien, 3.287 Diapositive auf Platten, 4.200 Flugaufnahmen und 70.100 Diapositive auf Filmen hergestellt.

An den Ausbildungskursen für Stumm- und Tonfilmvorführung nahmen 537 Lehrpersonen aus Pflicht-, Mittel- und Berufsschulen teil. Der technische Dienst führte an 624 Geräten Reparaturen durch.

STÄDTISCHE BÜCHEREIEN

Im Jahre 1961 wurde die fünfte Bibliothekarsprüfung abgehalten. Die 23 Teilnehmer verfügten durchwegs über gute Fachkenntnisse. Der Prüfung unterzogen sich auch auswärtige Bibliothekare. Eine englische Bibliothekarin und ein jugoslawischer Bibliothekar wurden als Hospitanten im Rahmen der städtischen Büchereien verwendet. Überdies wurden zahlreiche ausländische

Bibliothekare anläßlich ihres Besuches der Wiener Büchereien mit deren Einrichtung vertraut gemacht.

Im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen des Stadtschulrates bemühte sich die Leitung der städtischen Büchereien um einen möglichst engen Kontakt mit den Pflichtschulen. Dies geschah durch Informationsgespräche mit den Lehrern, durch klassenweise unternommenen Besuch der Büchereien, Autorenlesungen und andere Werbemaßnahmen. Über diese Zielsetzung hinaus dienten die Autorenlesungen, die weiter ausgebaut wurden, der Belebung des Interesses für das gute Buch; 3.355 Besucher dieser Lesungen wurden solcherart bei 66 Veranstaltungen in 43 Büchereien mit 20 Autoren bekanntgemacht. Durch Vorlesungen über Literatur für Hörer der Volkshochschule Brigittenau wurde erstmals mit der Wiener Volksbildung Kontakt aufgenommen.

Im Jahre 1961 wurde ein neuer Katalog „Länder, Völker, Reisen" aufgelegt. Abgeschlossen wurden die Vorarbeiten für einen neuen Kinderbuch-Katalog, einen Katalog für die „Schöne Literatur" und ein Verzeichnis der vorhandenen naturwissenschaftlichen Bücher.

Um möglichst exakte Aufschlüsse über die Einstellung der Leser zu ihren Bibliotheken zu erhalten, um ihre Wünsche und auch ihre Kritik zu erfahren, führten die städtischen Büchereien eine große Fragebogenaktion durch, die interessante und für die Betriebsführung aufschlußreiche Ergebnisse zeitigte.

Die städtische Bücherei XIX., Heiligenstädter Straße, bezog neue Räume im Volksheim Heiligenstadt. Sie wurde als Freihandbücherei eingerichtet, ein System, das als beste Lösung einschlägiger Art gilt. Völlig umgebaut wurde ferner die städtische Bücherei IV., Kolschitzkygasse 9-13; Adaptierungen erfuhren zwei weitere städtische Büchereien im 19. Bezirk, in einer dieser Zweigstellen wurde eine Kinderfreihandbücherei mit neuem Leseraum errichtet.

STADTBIBLIOTHEK

Die Sammlungen der Stadtbibliothek wurden durch Kauf, Spenden und Aufarbeitung älterer Bestände erweitert. Am 31. Dezember 1961 waren 152.684 Druckwerke (rund 290.000 Bände), 149.654 Handschriften der Literatur, 11.380 Handschriften der Musik und 49.000 Notendrucke vorhanden. Für diese Bestandsvermehrung und für Buchbinderarbeiten wurde ein Betrag von 280.000 S aufgewendet.

Im Lesesaal der Stadtbibliothek wurden folgende Kleinausstellungen gezeigt: *Juarez* und *Maximilian* in Geschichte und Dichtung; Karl *Kraus* und *Offenbach;* Charles *Weinberger* zum 100. Geburtstag; Preisträger der Stadt Wien 1961; Franz *Haydinger*, der Wirt von Margareten — ein Leben für Bücher; Oskar *Ewald;* Franz *Liszt* und Wien; die Anfänge des Kupferstiches (Buchillustrationen 3. Teil).

Neben den eigenen Ausstellungen wurden auch fremde Ausstellungen mit Leihgaben beschickt. Dazu kam die Ausgestaltung der Sparten Musik, Kultur, Theater, Wissenschaft und Volksbildung der bisher in Kopenhagen und Stuttgart gezeigten Wanderausstellung „Wien — Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst".

In der Handschriftensammlung der Stadtbibliothek nahmen 236 Personen in 6.307 Autographe von 557 Autoren Einsicht, in 814 Fällen wurden Beratungen erteilt. Als wichtigste Erwerbungen wurden nachstehende größere Ankäufe getätigt: ein Konvolut von Briefen *Egger-Lienz, Kriehuber, Makart* und *Klimt;* aus dem Nachlaß des Komponisten Julius *Bittner* zwölf Textbände mit Operntexten; ein Konvolut Korrespondenzstücke von Wiener Persönlichkeiten (Alfred von *Arneth, Hoernes, Glöckel,* Johann Gabriel *Seidl,* Bertha *Suttner);* 17 Autographe von Graphikern und Architekten, darunter *Myrbach, Thuna-*

Eisgrub u. a.; vier Briefe eines Österreichers in der mexikanischen Armee zur Zeit Kaiser Maximilians; sieben Briefe des Bundespräsidenten Dr. h. c. Theodor *Körner;* 26 Briefe von Wiener Dichtern und Malern, darunter *Danhauser, Anschütz, Seidl* und *Dingelstedt;* ein Konvolut von Briefen und Autographen von Künstlern und Wissenschaftlern, darunter Rudolf von *Alt, Kienzl,* Ida *Pfeiffer* und *Haizinger;* schließlich als schönsten Gewinn für die Nestroy-Sammlung das eigenhändige Manuskript Johann *Nestroys* „Der Zerrissene".

Als neue Aufgabe der Handschriftensammlung wurde die Herstellung einer Druckvorlage für den Handschriftenkatalog vorbereitet: im Jahre 1961 wurden 276 Katalogladen überprüft und namentlich aufgenommen sowie 2.263 Namen identifiziert oder aufgeschlüsselt.

In der Musiksammlung benützten 822 Personen 4.894 Werke in 5.765 Bänden. Forschenden wurden in 538 Fällen Beratungen erteilt. Ein Vorraum wurde als Depot für Musikhandschriften mit sieben neu angefertigten feuersicheren Stahlschränken und einem Schallplattenschrank eingerichtet. Der wertvollere Teil der autographischen Notenbestände wurde hieher verlegt. Voraus ging eine zweckmäßige Neuaufstellung der Zettelkataloge der Musiksammlung.

Unter den Neuzugängen der Musikhandschriften waren die bemerkenswertesten Einzelstücke eine eigenhändig geschriebene Singstimme Franz *Schuberts,* von dem verstorbenen Hofrat Prof. Viktor *Keldorfer* testamentarisch der Stadt Wien vermacht, ferner je ein Liedmanuskript von Gustav *Mahler* und Alban *Berg,* mehrere Notenautographe Julius *Bittners,* eine bisher unbekannte Tanzkomposition von Eduard *Strauß* sowie Operettenskizzen von Emmerich *Kalman* („Gräfin Mariza") und Paul *Abraham.* Hinzu kommen die zahlenmäßig und inhaltlich bedeutsamen künstlerischen Nachlässe der angesehenen österreichischen Komponisten Marco *Frank* und Emil *Petschnig.* Die Erwerbungen von Musikdrucken betreffen zu annähernd gleichen Teilen neuere Erscheinungen *(Schönberg, Krenek, Einem* u. a.), antiquarische Werke (Frühdrucke insbesondere von *Mozart, Schubert, Brahms, Lanner* usw.) und regelmäßig erscheinende Fortsetzungswerke (Gesamtausgaben *Bach, Fux, Gluck, Haydn, Mozart* und *Beethoven*).

Das Tonbandarchiv wurde um zehn Aufnahmen bedeutender Schriftsteller und Sänger erweitert. Der Gesamtbestand beträgt nunmehr 94 Tonbänder, der Bestand an Schallplatten rund 400 Stück.

Der Zeitungsindex wurde um 5.633 Zettel vermehrt und zählte am Jahresende 228.000 Zettel mit rund 730.000 Eintragungen. 484 Personen wurden 1.550 topographische Beratungen erteilt.

Der Gedenktagekataster wurde mit Daten von 271 Persönlichkeiten ergänzt; der Gedenktagekataster der Wiener Ereignisse wurde weitergeführt. Die Stadtbibiothek verfaßte Gutachten über 358 Biographien sowie über literarische und musikalische Werke und Stellungnahmen zu Verkehrsflächenbenennungen.

Im Jahre 1961 fanden 14 Führungen durch das gesamte Institut statt, mehrere Radioreportagen machten auf die Kleinausstellungen im Lesesaal der Stadtbibliothek aufmerksam.

Im Jahre 1961 erschien der VIII. Band des Almanachs der Stadt Wien „Lebendige Stadt"; wie schon die früheren Bände wurde auch dieser Band von der Stadtbibliothek gestaltet, redigiert und mit einer Bibliographie versehen.

Für Repräsentationszwecke des Bürgermeisters wurde von 12 der wertvollsten Notenhandschriften der Stadtbibliothek eine Faksimilemappe zusammengestellt und textiert, ebenso wurden 16 Manuskripte österreichischer Dichter in einer eigenen Faksimilemappe zusammengefaßt.

In der Reihe der „Wiener Schriften", mit deren organisatorischer Leitung die Stadtbibliothek betraut ist, wurde der XIV. Band „Europagespräch 1960"

mit dem Thema „Die Funktion der Kunst in der modernen Gesellschaft" und der XV. Band „Der Wiener Gemeinderat 1918—1934" ausgeliefert.

ARCHIV

Der Bestand des Archivs vermehrte sich im Jahre 1961 auf 10.960 Urkunden, 45.731 Aktenfaszikel, 38.755 Bände Buchhandschriften, 5.775 Pläne. Die Fachbibliothek erfuhr außer durch die regelmäßig einlaufenden Zeitschriften auch einen Zuwachs um 240 Bände Einzelwerke.

Aus den Neuerwerbungen und Neuzugängen, die außer dem Anfall von Beständen des Handelsgerichtes sowie mehrerer Magistratischer Bezirksämter und Magistratsabteilungen zugewachsen sind, seien besonders ein Augenzeugenbericht der Ereignisse in Wien vom 15. Mai 1848, ein Bericht über den Besuch von Bürgermeister Dr. Richard *Weiskirchner* an der Ostfront 1915 und die Ehrenbürgerurkunde von Florida für Bürgermeister Franz *Jonas* (1961) genannt.

Neben anderen Agenden des Archivs, wie Ordnungsarbeiten, Betreuung und Beratung von Dissertanten, Heimatkundlern, Genealogen und Vertretern anderer historischer Forschungsrichtungen, umfangreichen Aktenaushebungen für Verwaltungsstellen und Erledigung wissenschaftlicher Anfragen, war als wichtigstes und sinnfälligstes Bindeglied zu den breiteren Kreisen der historisch interessierten Öffentlichkeit die Ausstellungstätigkeit von Bedeutung. Im eigenen räumlichen Bereich veranstaltete das Archiv Ausstellungen mit folgenden Themen: Die Wasserversorgung Wiens seit dem 14. Jahrhundert; Vom Kienspan zum Neonlicht (Zur Geschichte der Straßenbeleuchtung in Wien); 500 Jahre Wappenbrief für die Stadt Wien; Das Werden des Bundeslandes Wien. Gemeinsam mit dem Historischen Museum der Stadt Wien richtete das Archiv die große Sonderausstellung „Drei Jahrhunderte Straßenverkehr in Wien" ein und beteiligte sich durch Leihgaben und anderweitige Förderung an folgenden von anderen Stellen durchgeführten Ausstellungen: Linz in der Geschichte Österreichs (Stadtarchiv Linz); Ausstellung anläßlich des Europagesprächs 1961 (Kulturamt); 100 Jahre Margareten (Bezirksvertretung Margareten); Ausstellung anläßlich der Siebzigjahrfeier der Zugehörigkeit Simmerings zu Wien (Bezirksvertretung Simmering). Das Archiv war auch an der Planung und Durchführung von Bezirksveranstaltungen anläßlich von Eingemeindungsjubiläen beteiligt.

MUSEEN DER STADT WIEN

Während der ersten Hälfte des Jahres 1961 stand die Fertigstellung der Schausammlung mit dem 19. und 20. Jahrhundert im zweiten Stockwerk des neuen Gebäudes am Karlsplatz im Mittelpunkt der Arbeit. Die wirklichkeitsgetreue Wiederherstellung des Grillparzerzimmers nach alten Plänen und den so überaus präzisen Aquarellen von Rudolf und Franz *Alt*, die Vollendung des Empiresalons, und schließlich auch die Aufstellung eines pavillonartigen Einbaues für moderne Kunst nahmen noch viele Monate in Anspruch. Nach Aufstellung weiterer Zwischenwände und nach zahlreichen Versuchen erfolgte die endgültige Aufstellung der vielgestaltigen und verschiedenartigen Sammlungsobjekte. Die Notwendigkeit, ab Mitte des 19. Jahrhunderts auch die Photographie als museales Objekt mit aufzunehmen, gab Anlaß zur Entwicklung neuartiger Tische, die in unauffälliger Weise, ohne die übrigen Ausstellungsgegenstände zu beeinträchtigen, eine große Anzahl von Photographien auszustellen erlaubten; eine größere Anzahl solcher Tische wurde hergestellt. Am 5. Juni konnte dieser Teil der Schausammlung der Öffentlichkeit übergeben werden.

Zur Vollendung der Schausammlung war nun nur noch eine Ergänzung und Neuordnung der Aufstellung im ersten Stockwerk, das die Zeit von 1500 bis 1790 umfaßt, notwendig. Nach sorgfältiger Überlegung wurde im November dieses Stockwerk geschlossen und mit allen Kräften die Arbeit begonnen. Sie konnte, da ja so vieles vorbereitet war, rasch fortschreiten, so daß am Ende des Jahres fast alle neuen Einbauten fertig waren und nur noch eine Einrichtung der Räume ausstand.

Während der vorgenannten Arbeiten wurden mehrere Sonderausstellungen eingerichtet und eröffnet. Die ein zahlreiches Publikum anlockende Ausstellung „Das Stadtbild Wiens im 19. Jahrhundert" blieb noch bis 19. Februar geöffnet. Es folgte eine Ausstellung der Neuerwerbungen 1959/60, zugleich mit einer Schaustellung des Besitzes der Stadt Wien an Arbeiten Oskar *Kokoschkas* anläßlich seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Wien. Während der Festwochen und der Sommermonate zeigte das Museum in seinen Sonderausstellungsräumen „Schöne Blätter aus der Graphiksammlung". Schließlich wurde am 27. November eine in Zusammenarbeit mit dem Archiv der Stadt Wien eingerichtete Sonderausstellung „Drei Jahrhunderte Straßenverkehr in Wien" eröffnet. Diese, die achte Sonderausstellung im neuen Haus, blieb bis in das Jahr 1962 hinein geöffnet. Über die Oskar Kokoschka- und über die Straßenverkehrsausstellung wurden illustrierte wissenschaftliche Kataloge herausgegeben.

Die Restaurierwerkstätten arbeiteten so intensiv wie immer. Die sorgfältige Wiederherstellung der Möbel und Einrichtungsgegenstände des Grillparzerzimmers und der Wände des Empiresalons, die Restaurierung der Vitrinen des „Franck-Zimmers" und verschiedener Truhen stellte große Ansprüche an die Tischlerei, die auch eine große Menge von Sockeln, Platten usw. anzufertigen hatte. In der Restaurierwerkstätte für Metalle wurde die Gesamtüberholung der Bestände des Wiener Zeughauses fortgesetzt. In der Restaurierwerkstätte für Gemälde und Graphik wurden etwa 50 Ölgemälde und etwa 400 Aquarelle, Zeichnungen und Druckgraphiken wiederhergestellt und daneben zahllose kleinere und größere Arbeiten auch an Plastiken und Gegenständen des Kunstgewerbes geleistet.

Besonders erfreulich war die rege Ankaufstätigkeit. Unter den Ölgemälden seien erwähnt: Das Reiterporträt des Staatskanzlers Fürst Kaunitz von Francesco *Casanova,* von dem die Sammlung bisher kein Werk besaß; eine Landschaft mit der Darstellung der vier Tageszeiten in kleinen Bildern, die in einem Originalrahmen vereinigt sind, von Friedrich Philipp *Reinhold;* eine ideale Landschaft von Albert Christoph *Dies,* der mit Goethe in Italien war und das erste Buch über Haydn schrieb; eine Wolkenstudie von Friedrich *Gauermann;* das Gemälde „Die drei köstlichen Dinge" von Friedrich *Amerling* (Legat); der Entwurf eines Theatervorhanges von Anton *Romako;* ein großes Porträt des Sezessionsmalers Max *Kurzweil* von 1899 und zwei schöne Pastelle desselben Malers; Frauenporträts von Anton *Faistauer* und Ludwig Heinrich *Jungnickel* (Nachlaß Ida Roessler). Bedeutendes kam auch wieder in die Graphiksammlung, auf deren Vermehrung und Abrundung in den letzten Jahren besonderer Wert gelegt wurde. Hier ist es schwer, einzelne Werke zu nennen. Es sei das schöne Aquarell der Ferdinandsbrücke von Rudolf von *Alt* hervorgehoben, das große Landschaftsaquarell von Martin von *Molitor,* vier Federzeichnungen aus einem frühen Zyklus mit einer Rittergeschichte von Moritz von *Schwind,* eine Anzahl von Zeichnungen aus der Malerfamilie *Reinhold,* Zeichnungen von Paul *Troger* und Franz Xaver *Wagenschön,* ein Aquarell von Johann Christoph *Erhard,* eine schöne Porträtzeichnung von *Mopp,* eine große Selbstbildniszeichnung von Richard *Gerstl* und zwei Aquarell-

entwürfe für den Kaiserjubiläumsfestzug des Jahres 1908 von Oskar *Kokoschka*, ein Skizzenbuch von Jacob *Alt*, zwei Aquarelle aus dem Jahre 1848 von Johann Christian *Schoeller*. Auch die Druckgraphik wurde in erfreulicher Weise vermehrt. Besonders hervorgehoben seien die schönen alten Drucke der Radierungen von Johann Christoph *Erhard*, die durch Aufschriften als aus dem Besitz der Familie Reinhold stammend bezeugt sind. Einer der großen Käufe des Jahres war die Erwerbung der etwa 900 Stück umfassenden Sammlung von Wiener *Glückwunschkarten* aus der einst berühmten Sammlung Trau. Für den Empiresalon im ersten Stock wurde eine ungewöhnlich schöne Prunkvase der Wiener Porzellanmanufaktur, bemalt von Josef *Nigg*, erworben. Erwähnt seien schließlich eine schöne Kassette für Tintenzeug mit vielen kleinen Veduten von Balthasar *Wigand*, und eine Anzahl von schönen österreichischen *Buch-einbänden* des 18. Jahrhunderts. Schließlich wurde ein vollständiges Exemplar der berühmten Jugendstilzeitschrift „Ver sacrum" angekauft.

Das Historische Museum der Stadt Wien beteiligte sich im Jahre 1961 an folgenden Ausstellungen mit Leihgaben: „100 Jahre Künstlerhaus", Herbert Boeckl-Ausstellung im Allerheiligenmuseum in Schaffhausen/Schweiz, Stefan Zweig-Ausstellung der Residenzgalerie in Salzburg, Ausstellung „Güter-transport und Spedition im Wandel der Jahrhunderte" im Technischen Museum sowie an kleineren und größeren Ausstellungen der Stadtbibliothek, des Archivs der Stadt Wien, der Stadtbauamtsdirektion und der Wiener Bezirke.

Das Historische Museum der Stadt Wien wurde im Jahre 1961 von 45.161 Personen besucht, der Beethoven-Erinnerungsraum von 5.531, das Haydnmuseum von 1.321, der Mozart-Erinnerungsraum von 7.128, die Römi-schen Baureste am Hof von 543, das Schubertmuseum von 5.130, das Schubert-Sterbezimmer von 1.574 und das Uhrenmuseum von 3.993 Personen.

Die Römische Ruinenstätte unter dem Hohen Markt war im Jahre 1961 noch wegen der Erweiterung und Erneuerung geschlossen. Besonders erfreu-lich war es aber, daß sie am Ende des Jahres, erweitert und verbessert, der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden konnte. Vorhergegangen war nach der Fertigstellung der baulichen Anlage die sorgfältige Reinigung und Restaurierung der neuaufgedeckten Ruinen. Planmäßige Grabungen erfolgten in der zweiten Junihälfte auf den Gründen des ehemals Miller-Aichholzschen Besitzes, Wien XIV., Linzer Straße 429, und im Schuhbrecherin-Wald beim Edenbad, wo die Freilegung des römerzeitlichen Hügelgräberfeldes fortgesetzt werden konnte. In der Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaft erschien der Artikel „Vindobona", in dem der Referent des Historischen Museums der Stadt Wien für Ur- und Frühgeschichte alle bisherigen For-schungen über das römische Wien zusammenfaßte.

SCHULWESEN

VOLKS-, HAUPT- UND SONDERSCHULEN

Im Schuljahr 1960/61 war an den öffentlichen Pflichtschulen ein weiteres Absinken der Gesamtschülerzahl zu verzeichnen. Dabei nahm die Anzahl der Schulklassen zu. In diesem Zusammenhang waren einige organisatorische Änderungen notwendig. Drei Volksschulen, eine Hauptschule und 30 Expositurklassen wurden aufgelassen, eine allgemeine Sonderschule und 51 Expositurklassen wurden neu errichtet, fünf Schulen wurden umgewandelt und vier Schulen verlegt.

Für das Schuljahr 1961/62 wurden mehr Dienstposten bewilligt, als es Lehrer gab. Die Differenz wird durch die Verwendung von Lehrpersonen mit befristeten Aushilfsverträgen gedeckt. Diese Dienstposten (Sprachlehrer und Arbeitslehrerinnen) sind keine Dauerposten und müssen beim weiterhin sinkenden Schülerstand im Schuljahr 1962/63 eingezogen werden.

Es gab an sämtlichen Wiener Schulen Normalunterricht.

Die Zahlen der Schuleinheiten, Klassen, Schulen und Lehrer sind im II. Teil dieses Jahrbuches, Kapitel XVIII, enthalten.

Die Durchschnittsschülerzahlen pro Klasse betrugen an den Volks- und Hauptschulen 30, an den Sonderschulen 16. An den öffentlichen Schulen wurden 803 noch nicht schulpflichtige Kinder angemeldet. Von diesen verblieben in der Schule 588 Kinder mit Altersnachsicht. 654 normalaltrige Kinder mußten zurückgestellt werden. Hingegen verblieben 4.246 schulmündige Kinder freiwillig an den Schulen, davon 68 in den ersten vier, 4.178 in den zweiten vier Schulstufen. 338 Kinder besuchten den einjährigen Lehrkurs. Viele Eltern ersuchten darum, ihre Kinder freiwillig repetieren zu lassen. Zum Teil waren den Eingaben Gutachten von Ärzten sowie schulpsychologischen und heilpädagogischen Stellen beigefügt. Der Stadtschulrat bewilligte 69 dieser Ansuchen.

Im Schuljahr 1960/61 wurden an den Hauptschulen Wiens elf einjährige Lehrkurse geführt, acht für Knaben und drei für Mädchen. Am 1. Oktober 1960 betrug die Schülerzahl der Knabenkurse 230, die der Mädchenkurse 108. Der Stand der Schüler ist demnach seit dem Jahre 1959 auf die Hälfte gesunken. Der Rückgang der Schülerzahl war bei den Mädchen noch stärker als bei den Knaben. Zwei Momente waren für die Entwicklung der einjährigen Lehrkurse in den letzten Schuljahren von ausschlaggebender Bedeutung: die sinkende Zahl der Absolventen der vierten Hauptschulklassen und der erhöhte Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften, der bewirkt, daß jeder Vierzehnjährige jederzeit Arbeit finden kann und daß die Wirtschaft jeden aufnimmt, der bereit ist, in eine Lehre einzutreten. Zur Veranschaulichung dieser Tatsache sei auf Grund einer Erhebung an den Wiener Berufsschulen angeführt, daß nur 45 Prozent der Schüler der Berufsschule für Herrenschneider und Schuhmacher die vierte Klasse der Hauptschule absolviert haben. Da sich ein beträchtlicher Teil der Schüler vorwiegend deshalb in die einjährigen Lehrkurse einschreiben ließ, weil sie das Alter für den Eintritt in ein Lehrverhältnis (vollendetes 14. Lebensjahr) nocht nicht erreicht hatten, trat im Laufe des Schuljahres ein weiterer Schülerschwund ein. Er zwang im Februar 1961

zur Auflassung von zwei Knabenkursen. Am 1. Juni 1961 besuchten nur mehr 161 Knaben und 61 Mädchen die einjährigen Lehrkurse.

Die Volks-, Haupt- und Sonderschulen wurden von 354 außerhalb Wiens wohnhaften Kindern besucht, teils aus sieben niederösterreichischen Gemeinden, die in den Schulsprengel des 21. und 23. Wiener Gemeindebezirkes einbezogen sind, teils sind es niederösterreichische Kinder, die auf Grund von Einzelumschulungsansuchen in Wiener Pflichtschulen aufgenommen wurden. Den Wohnsitzgemeinden der sprengelfremden Schulkinder wurden für das Schuljahr 1960/61 an Hand des Rechnungsabschlusses 1960 Schulkostenbeiträge in der Gesamthöhe von 458.073 S vorgeschrieben. 16 Wiener Kinder besuchten niederösterreichische Volks- und Hauptschulen.

Am 31. Dezember 1961 befanden sich 288 Gebäude in Verwaltung der Magistratsabteilung für Städtische Schulverwaltung, u. zw. 263 Gebäude, Volks-, Haupt- und Sonderschulen dienend, 13 Gebäude zu verschiedenen Zwecken (Bundesmittelschule, Bundesfachschule, Handelsschule, Erziehungsheim, Bundesgewerbeschule, Polizei, Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude, Lager der städtischen Schulverwaltung u. a.) und 12 Gebäude, die dem Bund für Mittelschulen überlassen wurden (Widmungsgebäude). In zwölf teils städtischen, teils privaten Gebäuden waren für Volks-, Haupt- und Sonderschulen Räume gemietet. Die Schulgebäude II., Pazmanitengasse 17, XIV., Hüttelbergstraße 82, XV., Viktoriagasse 6, und XVII., Rupertusplatz 1, wurden nicht mehr für den Pflichtschulunterricht verwendet. Die Gebäude XII., Kobingergasse 7, und XVII., Hernalser Hauptstraße 100, dienen nur noch vorübergehend zur Unterbringung von Schulen in Modernisierungsfällen; nachher werden sie ebenfalls nicht mehr als Schulgebäude dienen.

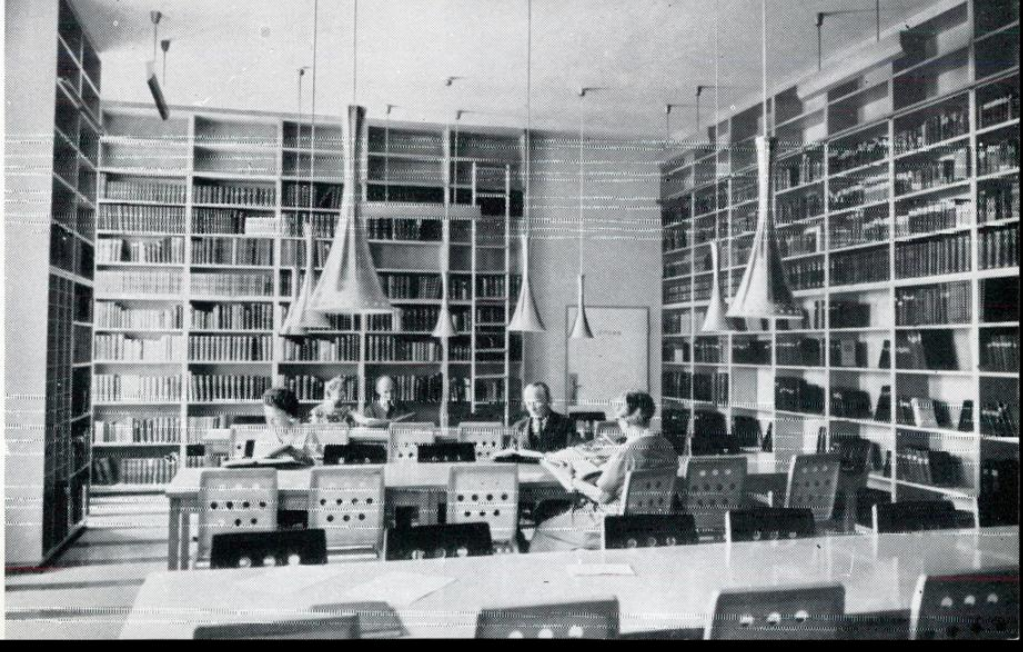
Im Jahre 1961 wurden für Bauarbeiten rund 60 Millionen Schilling aufgewendet. Zu den wichtigsten baulichen Herstellungen gehören die Fertigstellung des Schulneubaues im 21. Bezirk in der Franklinstraße, der als Sonderschule am 30. September seiner Bestimmung übergeben wurde, die Weiterführung des Schulneubaues im 23. Bezirk, Mauer, Peterlinigasse, und den Beginn der Schulneubauten im 16. Bezirk, Grundsteingasse, und im 21. Bezirk, Siemensstraße. Weiters wurde im Jahre 1961 mit der Planung von Schulneubauten im 8. Bezirk (Josefstädter Straße), im 10. Bezirk (Wienerfeld-West), im 11. Bezirk (Enkplatz), im 19. Bezirk (In der Krim) und im 21. Bezirk (Strebersdorf) begonnen. Die Modernisierung von Schulgebäuden wurde planmäßig weitergeführt. Elf Schulgebäude, darunter fünf Doppelschulgebäude, wurden modernisiert, drei Schulgebäude wurden mit einer Zentralheizungsanlage ausgestattet, in sechs Hauptschulen wurden Physiksäle modernisiert, in elf Turnsälen Brausebäder installiert, in neun Schulgebäuden wurde die Malerei erneuert und fünf Schulen erhielten moderne Werkstätten. Ferner wurden größere Instandsetzungsarbeiten an Dächern in zwei Schulen, an Fassaden in 15, an Fenstern und Türen in 26, an Fußböden in 18 und an Turnsälen in fünf Schulen durchgeführt. Dazu kam in einigen Schulgebäuden der Einbau von Ganggarderoben, die Anbringung von Sonnenschutzrollern, die Errichtung von Fahrradablagen, das Vergittern der Turnsaalfenster, das Überholen der sanitären Anlagen und dergleichen. Für Möbelan- und -nachschaffungen wurden im Jahre 1961 insgesamt 2,228.000 S ausgegeben. Für die modernisierten oder ausgemalten Schulen wurden zur Einrichtung von Klassenzimmern und 20 Kanzleien u. a. 160 Buchwandtafeln, 165 Legekasten und 75 Lehrertische angekauft. Ferner wurden für 35 Lehrmittelzimmer 250 Legekasten beschafft. Für die Ausgestaltung der Klassenzimmer wurden 650 Dämmplatten angekauft. Außerdem wurden Möbel für Schulküchen, Zeichen- und Physiksäle sowie Garderobebänke und Gartenbänke und -tische beschafft und weitere



Im 21. Bezirk, Franklinstraße, wird eine städtische Sonderschule für Knaben und Mädchen eröffnet

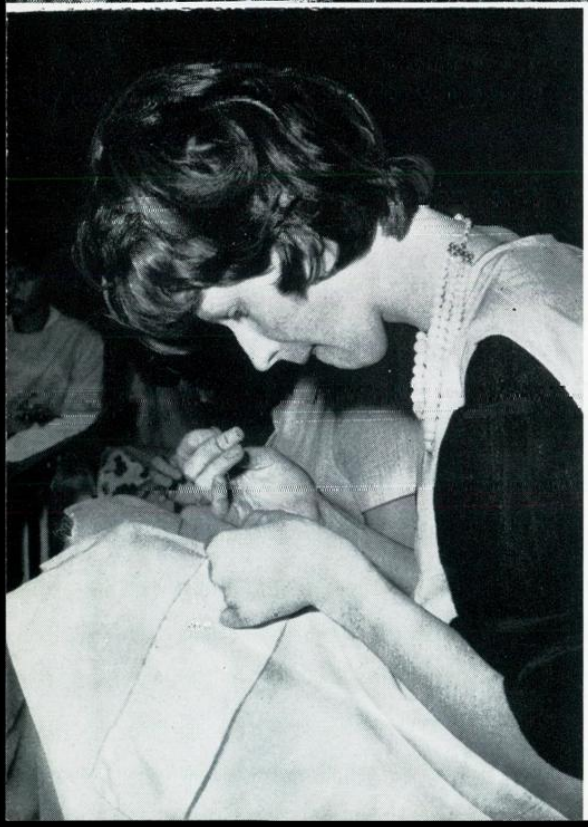
Schulwesen

Die Pädagogische Zentralbücherei im neueröffneten Pädagogischen Institut





Journalisten besichtigen die städtische Berufsschule für Gärtner in Kagran



Schulwesen

Die städtischen Lehranstalten für Frauenberufe führen einen Leistungswettbewerb durch

32 Lehrerzimmer neu eingerichtet. Für Möbelinstandsetzungen wurden 1,460.000 S aufgewendet, für die Reparatur von Lehrbüchern, Rundfunkgeräten und Lehrmitteln 571.600 S. Die Überprüfungsaktion der Lehrmittelsammlungen wurde fortgesetzt.

Der Aufwand für Verbrauchsmaterialien, die den Schülern unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, betrug 3,288.700 S. Es wurden Schreib- und Zeichenrequisiten, darunter 2,124.000 Hefte, 3,024.000 Zeichenblätter und 410.000 Bleistifte, Mädchenhandarbeitsmaterial, darunter 83.400 m verschiedene Stoffe sowie 88.750 Strähne Strick- und Häkelgarn, und Kanzlei- und Klassenrequisiten gekauft.

Der Unterrichtsgestaltung an den Schulen dienen außerdem die Schulpauschalien, die den Schulleitungen in Form von Bargeld zur Verfügung gestellt werden, so das Schulküchenpauschale, das Werk- und Werkstättenpauschale und das Naturlehre- und Naturgeschichtepauschale. Außerdem wurde für den Lehrwerkstättenunterricht der einjährigen Lehrkurse Material beigestellt.

Für den Ankauf neuer Lehrmittel wurden rund 350.000 S aufgewendet und u. a. 250 verschiedene Wandkarten und 400 Reproduktionen berühmter Kunstwerke beschafft. Für den Knabenhandarbeitsunterricht der Volksschulen wurden 1.760 Scheren angekauft.

Die Erstanschaffung und Nachschaffung von Lehrbüchern und Klassenlesestoffen, die den Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt werden, sowie die Beschaffung von Büchern für die Lehrerbüchereien erforderten einen Aufwand von 3,025.000 S. Unter anderem wurden 15.000 Rechenbücher für die 2. Volksschulklassen, 3.000 Sprachbücher für die 3. Volksschulklassen, 11.000 Katechismen für die Hauptschulklassen, 2.500 Geschichtsbücher für die 1. Hauptschulklassen, 3.000 Erdkundebücher für die 2. Hauptschulklassen und 3.000 Erdkundebücher für die 3. Hauptschulklassen angekauft. Außerdem wurden den Abgängern der 4. Hauptschulklassen 9.700 Exemplare des Europäischen Lesebuches „Unser Europa" als Geschenk übergeben.

Die Aktion zur Beschaffung neuer Klassenlesestoffe wurde fortgesetzt; im Jahre 1961 wurden acht Texte um rund 1,600.000 S angeschafft. Somit wurden den Schulen in den letzten sieben Jahren 58 verschiedene Texte zur Verfügung gestellt.

Für die unentgeltliche Benützung der städtischen Verkehrsmittel durch Schulkinder waren rund 1,325.000 S, für Fahrten körperbehinderter Kinder 497.000 S erforderlich.

Im Jahre 1961 erwuchsen der Stadt Wien für die Erhaltung der Volks-, Haupt- und Sonderschulen an Gesamtkosten rund 130,382.000 S. In diesem Betrag ist auch der von der Stadt Wien nach dem Finanzausgleichsgesetz an den Bund zu ersetzende Lehrerpersonalaufwand in der Höhe von 18,646.000 S enthalten.

Im Schuljahr 1960/61 suchten 170 Personen (65 männliche und 105 weibliche) um Zulassung zur Privatistenprüfung über den Lehrstoff der vierten Hauptschulklasse an. Davon gehörte die älteste Person dem Geburtsjahrgang 1917 an, 31 Prüfungswerber waren 1945 oder später geboren.

Dem schulpsychologischen Dienst wurden im Schuljahr 1960/61 1.413 Kinder zur Untersuchung gemeldet: bearbeitet wurden 1.249 Fälle.

PÄDAGOGISCHES INSTITUT UND PÄDAGOGISCHE ZENTRALBÜCHEREI

Das neue Institutsgebäude, VII., Burggasse 14-16, wurde am 10. April 1961 feierlich eröffnet. Bei der Festveranstaltung, an der auch der Bundesminister für Unterricht teilnahm, wies Bürgermeister *Jonas* auf die Notwendigkeit

der Verbesserung der Lehrerbildung hin und übergab sodann das neue Haus seiner Bestimmung. Die Umbau- und Instandsetzungskosten des Gebäudes beliefen sich auf rund 11,7 Millionen Schilling. Dazu kommen noch die Kosten der Einrichtung in der Höhe von 1,9 Millionen Schilling. Mit der Eröffnung des neuen Gebäudes stieg die Hörerzahl wesentlich an.

Im Wintersemester 1960/61 wurde der Studienbetrieb vorwiegend in den Gebäuden Stumpergasse und Albertgasse durchgeführt. Mit Beginn des Sommersemesters 1961 konnte der Studienbetrieb im neuen Institutsgebäude aufgenommen werden.

Wie in den Vorjahren wiesen auch im Jahre 1961 die Vorlesungen einen guten Besuch auf. Die Vortragsreihe für Schulleiter konnte erfolgreich durchgeführt werden. Eine Vortragsreihe „Die Arbeit im ersten Schuljahr" ist zu einer ständigen Einrichtung geworden. Das Seminar der Landesschulinspektoren behandelte Fragen der musischen Erziehung in der Volks- und in der Hauptschule. Die Unterrichtsvorführungen in der Institutsvolksschule Stiftgasse 35, in der Institutshauptschule Neubaugasse 42, in den Sonderschulen und in den Mittelschulen werden in zunehmendem Maße von Bezirksarbeitsgemeinschaften besucht, die anschließend eine rege Diskussion durchführen. Im Studienjahr 1960/61 besuchten 4.444 Lehrer die Institutsvolksschule.

In einigen Inspektionsbezirken fanden neun Kurzkurse über den Musikunterricht statt, an denen etwa 450 Lehrpersonen teilnahmen. Weiters wurden vier Kurzkurse über „Zeichnen — vom Kinde aus" für die zweiten und dritten Volksschulklassen durchgeführt. Es nahmen etwa 140 Lehrer teil. Neben den Kursen zur Fortbildung der Kindergärtnerinnnen, die weitergeführt wurden, wurden auch neue Veranstaltungen eingerichtet. Dabei stand die musische Erziehung im Kindergarten im Vordergrund.

Das Seminar für Mittelschulpraxis wurde im alten Umfang weitergeführt. Daneben wurde auch eine Vorlesung über „Auswahl und Verwertung von Patterns im Englischunterricht" eingerichtet.

Zu Ostern 1961 wurde eine Kunstfahrt „Zu den bekannten und unbekannten Kunststätten Italiens" durchgeführt, an der 36 Lehrkräfte teilnahmen. Ferner wurden vier Führungen in die Cézanne-Ausstellung veranstaltet, die von insgesamt 220 Teilnehmern besucht wurden. Im Herbst fand eine Führung durch die Ausstellung „Der Blaue Reiter" statt, ferner eine Führung in die „Henry Moore"-Ausstellung und eine Führung durch die Gotikausstellung in Klosterneuburg.

Um der Lehrerschaft die Möglichkeit zur Orientierung über internationale pädagogische Probleme zu bieten, wurden Gastdozenten zu Vorträgen eingeladen. Folgende Vorträge wurden gehalten: Annemarie *Rennhofer,* Stuttgart, Bericht über die Arbeit der Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft; Hans Rudolf *Niederhäuser,* Zürich, Die Erziehungskunst Rudolf Steiners; Professor Dr. Valerija *Jermatovskaja,* Gorki, Der Fremdsprachenunterricht in der UdSSR.

Am 1. Dezember 1961 fand im Rahmen der Zentral-Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Unterrichtssprache — Musischer Kreis — eine Dichterlesung von Dr. Fritz *Habeck* statt.

Im Wintersemester 1961/62 richtete das Pädagogische Institut der Stadt Wien gemeinsam mit dem Landesjugendreferat eine Vortragsreihe für Filmerziehung ein. Die erste Veranstaltung fand am 15. Dezember 1961 statt.

Das Pädagogische Institut veranstaltete im Wintersemester 1961/62 gemeinsam mit dem Landesverband des Roten Kreuzes Wien einen Kurs für die Kandidaten der Sonderprüfung für Hauswirtschaft und Kinderpflege über „Erste Hilfe, Hauskrankenpflege und Säuglingspflege" mit 16 Teilnehmern.

Zur Vorbereitung der Bezirkslehrerkonferenz 1961 richtete das Pädagogische

Institut eine Vortragsreihe mit dem Thema „Lese- und Rechtschreibschwierigkeiten und ihre Behebung" ein, die am 13. und 14. März 1961 stattfand und an der von jeder Wiener Volksschule ein Vertreter teilnahm.

Im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat veranstaltete das Pädagogische Institut am 15. und 16. März 1961 eine Tagung, die gleichzeitig der Vorbereitung der Wiener Hauptschullehrerkonferenzen diente und an der von jeder Wiener Hauptschule ein Vertreter teilnahm. Die Tagung behandelte sehr eingehend das Thema: „Zeitgeschichte — Gegenwartskunde — Staatsbürgerkunde" und gab den Teilnehmern neben den erforderlichen Informationen viele wertvolle Anregungen für die Gestaltung ihres Unterrichtes. Eine Ausstellung von zeitgeschichtlichen Dokumenten und eine Filmvorführung wurden in die Tagung eingebaut.

Mit demselben Thema wurde nach dreijähriger Unterbrechung wieder die Pädagogische Woche durchgeführt. Sie fand vom 27. bis zum 29. März 1961 statt und wurde von 191 Lehrkräften aus Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und dem Burgenland besucht.

Im Wintersemester veranstaltete das Pädagogische Institut der Stadt Wien im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat und gemeinsam mit der Kulturabteilung der amerikanischen Botschaft und dem British Council ein Seminar für Englischlehrer an Hauptschulen. Das Seminar fand vom 4. bis zum 6. Dezember 1961 im Pädagogischen Institut statt.

Anläßlich der Eröffnung des neuen Institutsgebäudes veranstaltete die Direktion des Pädagogischen Instituts im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat für Wien eine Tagung über pädagogische Tatsachenforschung. Folgende Vorträge wurden gehalten: Univ.-Prof. Dr. *Rosenmayr,* Eine Erhebung über Berufsschüler als Beispiel soziologischer Forschung; Univ.-Prof. Dr. *Bayr-Klimpfinger,* Tatsachenforschung im Dienste der Pädagogik (Der Beitrag der Psychologie); Direktor Dr. Hermann *Schnell,* Aufgaben und Wege der pädagogischen Tatsachenforschung und Versuchsarbeit; Univ.-Ass. Dr. *Foppa,* Über die Planung sozialwissenschaftlicher Experimente. An der Tagung nahmen etwa 80 Wiener Volks-, Haupt-, Sonder-, Berufs- und Mittelschullehrer teil. Im Anschluß an die Tagung wurden in kleineren Arbeitsgruppen die Forschungsvorhaben eingehend beraten. Damit war die Möglichkeit gegeben, im Herbst mit der Bearbeitung einiger Vorhaben zu beginnen.

Die Direktion des Pädagogischen Instituts ermöglichte es, den Arbeitsgemeinschaften der Pflicht- und Mittelschulen, ihre Sitzungen und Zusammenkünfte im neuen Institutsgebäude zu veranstalten. Es kommt auch in einzelnen Fällen für die Bezahlung von Vortragenden auf, um die Erstellung eines wertvollen Programms zu erleichtern. Die Zusammenarbeit zwischen Pädagogischem Institut und Arbeitsgemeinschaften wird sicher zu einer fruchtbaren Koordinierung der Fortbildungsveranstaltungen führen.

Die Verlegung der Pädagogischen Zentralbücherei vom 17. Bezirk in das neue Institutsgebäude hat deren Wert wegen des nunmehr gegebenen lokalen Zusammenhanges mit dem Pädagogischen Institut bedeutend gehoben. Während der Zeit der Übersiedlung in das neue Institutsgebäude war die Pädagogische Zentralbücherei zehn Wochen lang geschlossen; mit der Eröffnung des neuen Hauses nahm sie den Entlehnbetrieb sofort im vollen Umfang auf. Im Zusammenhang mit der Übersiedlung wurde eine Revision des gesamten Buchbestandes durchgeführt und — soweit sich die Bücher nicht in den beiden Handbibliothken des psychologischen Instituts der Universität Wien und der Lehrerbildungsanstalt Hegelgasse 12 befinden — abgeschlossen.

Seit der Übersiedlung steigt der Entlehnbetrieb dauernd an. Auch der Lesesaal wird ständig von einer Reihe von Besuchern benützt.

Für die Umbindung und Nachschaffung von Büchern wurde im Jahre 1961 ein Betrag von 19.000 S, für den Ankauf neuer Bücher ein Betrag von 40.000 S aufgewendet.

BERUFSSCHULEN

Zu Beginn des Jahres 1961 hatten die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen zusammen einen Klassenstand von 1.108 und einen Schülerstand von 35.861. Am 31. Dezember 1961 wurden nur noch 1.080 Klassen mit 34.944 Schülern geführt. Diese Gesamtschülerbewegung resultiert aus einem Rückgang der Schülerzahl an den gewerblichen Berufsschulen um 957 Schüler, das sind rund 3,8 Prozent der gewerblichen Lehrlinge, und einer Zunahme der Schülerzahl an den kaufmännischen Berufsschulen um 40 Schüler, das sind rund 0,4 Prozent der kaufmännischen Lehrlinge.

Am Jahresende waren die 38 Berufsschulen in 19 Schulgebäuden untergebracht. 16 Gebäude stehen im Eigentum der Stadt Wien und werden von der städtischen Schulverwaltung betreut, drei sind Privatgebäude. In zwei städtischen Volksschulgebäuden waren Expositurklassen von Berufsschulen untergebracht. Für den Lehrwerkstättenunterricht wurden Räume in zwei Bundesschulgebäuden in Anspruch genommen.

Die im September 1957 erstmals versuchsweise für ein Gewerbe, und zwar für die Elektrotechniker, eingeführte Verlängerung der Berufsschulpflicht um ein viertes Schuljahr, wurde im Schuljahr 1960/61 beibehalten. Für die Berufsgruppen der Werkzeugmacher und der Maschinenschlosser wurde die Berufsschulpflicht um ein Semester verlängert.

Im Wiener Pflichtschulerhaltungsgesetz wurde für die öffentlichen Berufsschulen in Wien das Gebiet von Wien als Schulsprengel festgesetzt und der Vorgang der Aufnahme sprengelfremder Lehrlinge sowie die Verrechnung der Schulerhaltungsbeiträge mit den auswärtigen Schulerhaltern ab Schulbeginn 1958/59 gesetzlich fundiert. Die Höhe dieses Beitrages wurde für das Schuljahr 1960/61 vom Magistrat der Stadt Wien mit 1.078 S pro Schüler und Schuljahr berechnet.

Die Zahl der im Gerichtsbezirk Groß-Enzersdorf aufgedungenen Lehrlinge, für deren Gewerbe in Niederösterreich keine Landesberufsschulen bestehen, betrug am Jahresende 37, die der in Wien eingeschulten Kraftfahrzeugelektrikerlehrlinge aus Niederösterreich 33, die der burgenländischen Steinmetzlehrlinge zwei.

Überdies wurden wieder Lehrlinge aus anderen Gebieten Niederösterreichs und vereinzelt aus dem Burgenland in Wiener Berufsschulen aufgenommen, weil sie sich wegen einer besseren Berufsausbildung in Wien um eine Umschulung beworben hatten. Zu Beginn des Schuljahres 1961 besuchten 122 niederösterreichische und fünf burgenländische Lehrlinge, am Jahresende 127 niederösterreichische und fünf burgenländische Lehrlinge auf Grund von Umschulungsgenehmigungen Wiener Berufsschulen. Für diese über Einzelansuchen nach Wien umgeschulten Lehrlinge erfolgte die Vorschreibung der Schulerhaltungsbeiträge im Sinne des Wiener Pflichtschulerhaltungsgesetzes an die sprengelzuständigen Schulerhaltergemeinden. Insgesamt wurden für das Schuljahr 1960/61 dem Land Niederösterreich, dem Burgenland und den sprengelzuständigen Schulerhaltergemeinden Schulerhaltungsbeiträge in der Höhe von 192.844 S vorgeschrieben.

Im Jahre 1961 besuchten zwei in Wien aufgedungene Lehrlinge niederösterreichische Berufsschulen. Dafür hatte die Gemeinde Wien an die fremden Schulträger Schulkostenbeiträge in der Höhe von zusammen 705 S zu bezahlen.

Der Unterricht in der Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder

in Wien-Kagran erfolgte für die Lehrlinge aus den Bundesländern (ausgenommen Wien) im Jahre 1961 in drei Lehrgängen zu sieben Wochen mit 50 Unterrichtsstunden. Insgesamt nahmen 84 Pflichtschüler teil. Die beteiligten Länder hatten einen pauschalierten Sachkostenbeitrag in der Höhe von 400 S pro Schüler und Lehrgang zu bezahlen. Außerdem war der entsprechende Anteil an den Lehrerkosten zu entrichten, der pro Schüler und Lehrgang 280 S betrug.

Im Jahre 1961 wurde von der Wiener Landesregierung der Beschluß gefaßt, an der Berufsschule für Tischler II eine lehrgangsmäßige Berufsschule für Drechslerlehrlinge aus den Bundesländern zu errichten.

Ferner wurde der Beschluß gefaßt, die Vulkaniseurlehrlinge von Wien in die lehrgangsmäßige Berufsschule für Vulkaniseure nach Villach und die Büchsenmacherlehrlinge in die lehrgangsmäßige Berufsschule für Büchsenmacher nach Ferlach zu entsenden. Diese Maßnahmen wurden teilweise im ersten Semester des Schuljahres 1961/62 wirksam. Der Grund für die Delegierung der Lehrlinge in lehrgangsmäßige Berufsschulen liegt darin, daß die Anzahl der Lehrlinge in den einzelnen Bundesländern sehr gering ist und in den Landesberufsschulen Villach und Ferlach die für die Ausbildung dieser Lehrlinge erforderlichen speziellen Maschinen und Einrichtungen vorhanden sind.

Außer den Pflichtschülern nahmen im Kalenderjahr 1961 durchschnittlich 53 freiwillige Schüler, das sind nicht aufgedungene Jugendliche, wie z. B. Skontistenanwärter aus Banken und Lehrlinge, die vor Ablauf der Lehrzeit bereits die Berufsschulpflicht erfüllt hatten, als Gastschüler am Unterricht der Wiener Berufsschulen teil. Eine besondere Gruppe freiwilliger Schüler bildeten wieder die Jugendlichen, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und bis zum Antritt einer ihnen bereits zugesicherten Lehrstelle den Unterricht nicht versäumen wollten. Diese Jugendlichen wurden unter der Bedingung der rechtzeitigen Vorlage des Lehrvertrages unentgeltlich zum vorzeitigen Berufsschulunterricht zugelassen; ihre Zahl betrug 373.

Für Schülerexkursionen zur Ergänzung des praktischen Unterrichtes wurde ein Betrag von rund 38.000 S für Fahrtkostenbeiträge an minderbemittelte Schüler aufgewendet. Der Schulgemeinde wurde eine Subvention von 105.000 S gewährt. Für die Abhaltung von sexuellen Aufklärungsvorträgen in den ersten Klassen der Berufsschulen wurde ein Betrag von 9.500 S bereitgestellt.

Reisekostenzuschüsse für Berufsschullehrer anläßlich der Teilnahme an pädagogischen Kongressen, Messen usw. erforderten 1.400 S; es handelte sich bei der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nicht um Dienstreisen, sondern um Reisen, die im Interesse der Unterrichtsgestaltung zur Information über die technische Entwicklung einzelner Gewerbe in anderen Ländern von der Schulaufsichtsbehörde veranlaßt oder genehmigt wurden.

Die Sozialaktion der Berufsschulen erbrachte 188.672 S. Damit wurde das Ergebnis der vorjährigen Sozialaktion um mehr als 45.000 S übertroffen. Die Schüler beschlossen, 50.000 S der österreichischen Gesellschaft „Rettet das Kind" zu geben, um damit einer Aktion für leprakranke Kinder zu helfen. Den Betrag von 138.672 S erhielt der österreichische Bergrettungsdienst zur Anschaffung von Rettungsgeräten.

Die vom Schulgemeindereferat beaufsichtigten 18 Sommerlager waren wieder voll besetzt. Zehn Lager befanden sich in Italien, acht waren in Österreich eingerichtet.

Polizeibeamte hielten vor allen Schülern der ersten Klassen Vorträge über Verkehrsfragen. Die im Anschluß daran abgehaltenen Diskussionen ließen eine rege Anteilnahme der Schüler an den Verkehrsproblemen erkennen.

Am 10. Juni konnten die Lehrwerkstätten von „Jugend am Werk" im 20. Bezirk, Lorenz Müller-Gasse 50, ihrer Bestimmung übergeben werden.

Eine Arbeitsgemeinschaft von Berufsschullehrern hat eine neue Zeitschrift mit dem Titel „Berufspädagogische Informationen" ins Leben gerufen. Zweck der neuen Zeitschrift ist es, die Lehrkräfte über die neuesten Erkenntnisse hervorragender Soziologen, Psychologen und Pädagogen zu informieren und ihnen durch Bekanntgabe von neuestem statistischen Material aus Politik und Wirtschaft zu dienen.

In den Zentralberufsschulgebäuden Mollardgasse und Hütteldorfer Straße war jeweils einige Wochen lang die sehr instruktive Ausstellung „Soziale Sicherheit in Österreich" untergebracht; sie wurde im Rahmen des staatsbürgerkundlichen Unterrichtes von 4.200 Schülern besucht.

Die schulärztliche Betreuung der Schülerinnen und Schüler wurde durch acht Ärzte der Gebietskrankenkasse durchgeführt, die den Gesundheitszustand von 11.722 Lehrlingen kontrollierten.

Außer den ständigen Erhaltungsarbeiten an den Berufsschulgebäuden wurde im 1. Zentralberufsschulgebäude, VI., Mollardgasse 87, der dritte und letzte Abschnitt der Modernisierung durchgeführt. In das Jahr 1961 fiel auch die 50-Jahr-Feier dieses Gebäudes, die in würdigem Rahmen abgehalten wurde. Das Berufsschulgebäude für kaufmännische Lehrlinge, V., Viktor Christ-Gasse 10, und die Berufsschule für Einzelhandel, XIV., Goldschlagstraße 113, wurden bis auf kleinere, im Jahre 1962 durchzuführende Restarbeiten modernisiert. Für den Neubau des 3. Zentralberufsschulgebäudes für das Textilgewerbe wurden die Planungsarbeiten und sonstigen Vorarbeiten so weit durchgeführt, daß mit dem Baubeginn im Jahre 1962 gerechnet werden kann. Der Neubau der Berufsschule für Fleischer auf dem Gelände des Schlachthofes in St. Marx wurde fast fertiggestellt. Auch der Umbau des Berufsschulgebäudes XIV., Reinlgasse—Gurkgasse, als Berufsschule für Friseure, machte beachtliche Fortschritte.

Im Jahre 1961 wurden den Berufsschulen Möbel im Werte von 543.000 S beigestellt. Unter anderem wurden Einrichtungsgegenstände für den Schulneubau der Berufsschule für Fleischer in St. Marx sowie 900 Sessel und 130 Legekasten für die beiden Zentralberufsschulgebäude angeschafft. Für die Reparatur von Möbeln und Einrichtungsgegenständen wurden 602.300 S aufgewendet.

Der Aufwand für Material für den theoretischen Unterricht belief sich im Jahre 1961 auf 604.600 S. Es wurden 281.500 Schreibhefte, 150.000 Zeichenblätter und 801.000 Drucksorten für den Schriftverkehrs-, Buchführungs- und Maschinschreibunterricht gekauft. Für den praktischen Unterricht in den Berufsschulen wurden rund 1,257.000 S aufgewendet.

Für Maschinen- und Werkzeuganschaffung wurde ein Betrag von rund einer Million Schilling aufgewendet, und zwar für die Neuausstattung der Lehrwerkstätten der Berufsschule für Friseure, für die maschinelle Neueinrichtung der Lehrwerkstätte für Fleischer und Selcher in der neuen Berufsschule für Fleischer und für verschiedene andere Berufsschulen.

LEHRANSTALTEN FÜR HAUSWIRTSCHAFTLICHE UND GEWERBLICHE FRAUENBERUFE UND VORSCHULE FÜR SOZIALE FRAUENBERUFE

Im Jahre 1961 standen drei städtische Privatlehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe in städtischer Verwaltung. Sie umfaßten zwei einjährige Haushaltungsschulen, zwei dreijährige Hauswirtschaftsschulen und eine dreijährige gewerbliche Fachschule und führten am

Jahresbeginn 22 Klassen mit 506 Schülerinnen, am Jahresende 20 Klassen mit 559 Schülerinnen.

Die städtische Vorschule für soziale Frauenberufe führte am Jahresbeginn zwei erste und zwei zweite Klassen mit zusammen 109, am Jahresende mit 91 Schülerinnen. Der praktische Unterricht dieser Schule fand im Zentral-Kinderheim, XVIII., Bastiengasse 36, statt. In dem seit dem Schuljahr 1960/61 geführten zweiten Jahrgang der Vorschule für soziale Frauenberufe wird auch Kochunterricht erteilt, der in der Schulküche der Sonderschule, XVIII., Währinger Straße 173/181, stattfindet.

Die Schülerinnen der Vorschule erhalten im 1. Jahrgang ein monatliches Taschengeld von 150 S, im 2. Jahrgang ein solches von 175 S; der Aufwand hiefür betrug 171.400 S. Die Verpflegung, bestehend aus einem Gabelfrühstück und einem Mittagessen an den Schultagen, erforderte einen Aufwand von 97.700 S. Für Arbeitskleidung (es wurde nur der Stoff und das Zubehör zur Selbstanfertigung einer Garnitur von je einem Schwesternkleid, einer weißen und einer farbigen Schwesternschürze und einem Schwesternhäubchen angeschafft) wurde im Jahre 1961 ein Betrag von 7.200 S aufgewendet.

Der Gesamtstand des Lehrkörpers an den städtischen Lehranstalten für Frauenberufe mit Stichtag 31. Dezember 1961 hat sich um eine Lehrkraft vermindert. Ab 1. September 1961 wurde den Lehrkräften eine Bildungszulage von 100 S pro Monat zuerkannt. Die Sätze für Entschädigungen an Lehrkräfte für Leitung von Wandertagen und Schikursen wurden um 25 Prozent erhöht.

Die Höhe der Schulgebühren und der Teilnehmergebühren für den Besuch von Freigegenständen sowie die Richtlinien für die Schulgebührbegünstigungen blieben für die Schülerinnen der Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe unverändert. Mit Schuljahresbeginn 1961/62 liefen neun Kurse in Freigegenständen für 264 Schülerinnen dieser Lehranstalten an.

Das Kostgeld an der einjährigen Haushaltungsschule von 600 S und von 650 S an der dreijährigen Hauswirtschaftsschule, an der Kochunterricht nur im dritten Jahrgang stattfindet, blieb unverändert. Ab September 1961 wurde für die Schülerinnen der gewerblichen Lehranstalt ein Kochunterricht eingeführt. Das Kostgeld beträgt pro Kochtag und Schülerin 10 S.

An der Lehranstalt für gewerbliche Frauenberufe werden im dritten Jahrgang Kleidungsstücke für Auftraggeber aus mitgebrachtem Material gegen Entrichtung eines Fassonpreises hergestellt. Die Höhe dieser Fassonpreise erfuhr im Jahre 1961 keine Änderung. Für jedes für einen Auftraggeber hergestellte Werkstück erhielt die Schülerin wie bisher eine Prämie in der Höhe von 40 Prozent des Fassonpreises.

Die Teilnehmergebühr für die Nachmittags- und Abendkurzkurse für berufstätige Frauen (nach dem Prinzip der Selbsterhaltung geführt) wurden dem Jahr 1960 gegenüber unter Bedachtnahme auf die Neuregelung der Lehrerbezüge geringfügig abgeändert. Im Schuljahr 1961/62 wurden 12 Kurzkurse für Nähen, Kochen und Servieren abgehalten, die von 236 Personen besucht wurden.

Die Schülerinnen des 3. Jahrganges der dreijährigen Hauswirtschaftsschulen, IX., Hahngasse 35, und XII., Dörfelstraße 1, wurden — wie alljährlich im Frühjahr — zur Ableistung eines 14tägigen Kochpraktikums verschiedenen Krankenanstalten der Stadt Wien zugewiesen.

Ab 1. September 1961 leisten die Schülerinnen der Schule, XII., Dörfelstraße 1, das Praktikum nicht mehr in einer Krankenanstalt, sondern in einem seither in Betrieb genommenen Internat des Vereines „Erziehungsheime". Für dieses Internat hat die Gemeinde Wien in der städtischen Lehranstalt für

hauswirtschaftliche Frauenberufe, XII., Dörfelstraße 1, Räume zur Verfügung gestellt und eingerichtet.

Die Sozialaktion der drei städtischen Lehranstalten für Frauenberufe erbrachte 26.607 S.

268 Schülerinnen erwarben ein Theaterabonnement des Kulturamtes der Stadt Wien.

WOHLFAHRTSWESEN

JUGENDFÜRSORGE

Die Prinzipien und Methoden der Jugendfürsorge sind steten Vervollkommnungen und Veränderungen unterworfen, die der Öffentlichkeit nicht leicht erkennbar sind. Da sich dieser Entwicklungsvorgang auf größere Zeiträume erstreckt, unterscheiden sich aufeinanderfolgende Jahresberichte meist nicht wesentlich voneinander und die wirksame Tendenz ist nicht ohne weiteres feststellbar. Trotzdem hat der sachkundige und aufmerksame Beobachter die Möglichkeit, sich eine Ansicht darüber zu bilden, ob die mannigfaltigen Bemühungen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge, im weitgezogenen Rahmen des allgemeinen Wohlfahrtswesens, den gegebenen Grundsätzen und Richtlinien entsprechend, Erfolge gezeitigt haben.

Das Jugendamt der Stadt Wien hat auch im Jahre 1961, unter Ausnützung aller Möglichkeiten, den Ausbau seiner nun schon traditionell gewordenen Institutionen fortgesetzt, in den Schulen für Sozialarbeit grundlegende Änderungen durchgeführt und die fachlichen Kontakte mit dem Ausland enger gestaltet.

SCHULEN DES JUGENDAMTES DER STADT WIEN

Die beiden Schulen des Jugendamtes der Stadt Wien, die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und die Fürsorgeschule der Stadt Wien, sind in ständiger Entwicklung begriffen. Die dreijährige Ausbildung in der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen bewährt sich. Es hat sich gezeigt, daß der erweiterte Lehrplan der Fürsorgeschule der Stadt Wien eine Verlängerung der Ausbildungsdauer um ein Jahr notwendig machen wird. Die vorbereitenden Arbeiten für die Gründung des Wiener Instituts für Heimerziehung wurden abgeschlossen; mit seiner Eröffnung kann im Herbst 1962 gerechnet werden.

VORMUNDSCHAFTEN, RECHTSFÜRSORGE

Die Tätigkeit des Jugendamtes hat eine wesentliche Hilfe durch die strengeren Bestimmungen des Unterhaltsschutzgesetzes 1960 erfahren. Früher wurden die säumigen Unterhaltspflichtigen in der Regel zu Arreststrafen in der Dauer von 8 bis 14 Tagen verurteilt; jetzt kommt es nicht selten zur Verhängung von mehrmonatigen Arreststrafen, wenn der Beschuldigte während der letzten drei Jahre vor der neuerlichen Beanstandung bereits wegen Übertretung dieses Gesetzes bestraft worden ist.

Von den 82 Berufsvormündern der Bezirksjugendämter wurden Ende 1961 24.035 Mündelfälle (23.800 uneheliche, 235 eheliche), dazu 1.033 Kuranden, 1.253 Amtshilfefälle und 5.174 Regressfälle, insgesamt 31.495 Fälle, betreut.

SCHWANGEREN- UND SÄUGLINGSFÜRSORGE

Die moderne Jugendfürsorge ist vor allem bestrebt, die Familie wieder verantwortungsbewußt und aktiv zu machen, damit sie aus eigener Kraft ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen kann. Aufklärung, Erziehung, psychische Hygiene stehen im Vordergrund. Die Broschüre „Wiener Säuglingsfürsorge", deren Umfang von Auflage zu Auflage erweitert wurde, hat sich dabei bestens bewährt.

Im Jahre 1961 erschien dieser kleine Ratgeber für werdende Mütter in fünfter Auflage und hat damit insgesamt 75.000 Exemplare erreicht.

Das Jugendamt der Stadt Wien empfiehlt allen Schwangeren den „Schwangerenpaß" zu erwerben, jenes bedeutsame Hilfsmittel, das vom Gesundheitsamt der Stadt Wien herausgegeben wird. Allerdings ist es nicht schon im ersten Jahr gelungen, die Öffentlichkeit einschließlich der Ärzte von dem Wert dieser Publikation zu überzeugen; es sind aber ermutigende Anfänge zu verzeichnen.

Die neuen gesetzlichen Vorschriften über Geburten-, Säuglings- und Mütterbeihilfen haben sich in der Schwangeren- und Neugeborenenfürsorge zwar als besonders wertvoll erwiesen, andererseits dem Jugendamt neue Arbeitsbelastung gebracht.

Die Einführung des gesetzlich garantierten Karenzurlaubes hat sich sehr gut bewährt. In steigender Zahl wird der Urlaub von den Müttern beansprucht, um sich ihrem Kinde während des so wichtigen ersten Lebensjahres zu widmen.

Die Zahl der Beratungsstellen für Schwangere wurde im Jahr 1961 um drei auf acht erhöht: neben den 15 Ambulatorien für Schwangere in den gynäkologischen Abteilungen der Krankenhäuser gibt es acht Beratungsstellen, in denen von Fürsorgerinnen des Jugendamtes der Stadt Wien entscheidende Mitarbeit geleistet wird.

Die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat und mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte, die sich bewährt hat, wurde weitergeführt; bei den beiden Institutionen waren über 7.800 Schwangere gemeldet. Sie wurden, wenn es notwendig war, rechtlich betreut. Besonderes Augenmerk wurde dem Schutz der schwangeren Hausgehilfinnen gewidmet.

Die Wiener Säuglingsfürsorge konnte im Jahre 1961 schöne Erfolge erzielen; die Rate der Säuglingssterblichkeit konnte von 3,3 Prozent auf 3,1 Prozent gesenkt werden, von den 18.657 lebend geborenen Säuglingen sind 583 im ersten Lebensjahr gestorben. Frühgeburten — 1961 waren es 1.245 — werden besonders sorgfältig betreut. Diese fürsorgerische Sondermaßnahme hat ausgezeichnete Erfolge gebracht.

Im Jahre 1961 wurden 17.200 Säuglingsausstattungen ausgegeben, um 650 mehr als im Vorjahr. Diese Aktion findet allgemeinen Anklang, wofür die vielen freundlichen Danksagungen zeugen.

MUTTERBERATUNG, MÜTTERSCHULEN

Die Mutterberatung ist längst zu einer allgemein geschätzten Einrichtung der Jugendfürsorge geworden. Zwei neue Mutterberatungsstellen sind in Fertigstellung und werden im Jahre 1962 eröffnet. In den 53 Mutterberatungsstellen mit 53 Ärzten und 105 Fürsorgerinnen wurden an 4.043 Beratungstagen rund 113.000 Säuglinge und Kleinkinder untersucht, davon rund 8.000 Kinder erstmals. Es waren um rund 12.000 Untersuchungen mehr als im Vorjahr. In der Mutterberatung wurden rund 10.000 Bestrahlungen mit Quarzlampen vorgenommen. 3.200 Kinder wurden für einen Erholungsaufenthalt vorgeschlagen. Der Verbindungsdienst in den Kinderspitälern war erfolgreich; in fast 1.900 Fällen haben die Fürsorgerinnen für die genesenen Kinder die Unterbringung in einer Heilstätte oder in einem Erholungsheim erreicht.

Die Zusammenarbeit des Jugendamtes mit dem Gesundheitsamt hat sich auch in der Aktion „Polio-Impfung" bewährt. In den Mutterberatungsstellen wurden fast 10.000 Kinder geimpft.

Die Mütterschulen wurden an 434 Kurstagen von über 9.000 Frauen besucht; das ergibt einen Besucherdurchschnitt von 21 Frauen pro Kurstag. Die Zusammenarbeit mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte, deren Referenten

über die gesetzlichen Schutzbestimmungen für Mütter sprachen, zeitigte besonders günstige Ergebnisse.

KINDERÜBERNAHMSSTELLE

Die Kinderübernahmsstelle ist die ordnende Stelle für jene Kinder, die für kürzere oder längere Zeit in Gemeindepflege übernommen werden müssen. Die Gründe einer solchen Übernahme sind vielfältig. Es sind in steigendem Maße Erziehungsschwierigkeiten, die Eltern und andere Erziehungsberechtigte bewegen, um die Aufnahme ihrer Kinder in bestimmte Anstalten zu ersuchen. Gelegentlich muß die Übernahme der Kinder sofort erfolgen, um sie aus einer gefährdenden Situation zu entfernen.

Im Jahre 1961 waren durchschnittlich 5.256 Kinder und Jugendliche einschließlich der Pflegekinder in magistratischer Pflege der Stadt Wien untergebracht.

Davon waren in städtischen Kinderheimen durchschnittlich 2.243 Kinder, in privaten Kinderheimen durchschnittlich 1.820, in Wiener Pflegestellen durchschnittlich 771 und in auswärtigen Pflegestellen durchschnittlich 422 Kinder. In Wien befanden sich am 31. Dezember 1961 776 Kinder bei Pflegeparteien.

GEFÄHRDETE KINDER

Die Öffentlichkeit reagiert — und das ist ein gutes Zeichen für die Aufmerksamkeit, die man unseren Kindern schenkt — gelegentlich sehr heftig auf Nachrichten über Kindesmißhandlungen. Leider werden solche Fälle durch manche Presseorgane in sensationell verzerrter Art dargestellt, was die Arbeit der Behörde nicht erleichtert. Die Wiener Jugendfürsorge ermöglicht aber eine recht gute Kontrolle über alle Wiener Kinder. Jedes Neugeborene wird vom Jugendamt der Stadt Wien erfaßt; rund 10.000 Kleinkinder werden in Kindergärten befürsorgt. Alle Schulkinder werden in bestimmtem Ausmaß von den Schulfürsorgerinnen überwacht. Jede Anzeige über Kindesmißhandlungen, woher immer sie auch stammt, wird in einem „Gefahrbogen" erfaßt und sofort weitergeleitet.

Im Jahre 1961 wurden 49 solcher Anzeigen, darunter einige anonyme, genau überprüft. In 7 Fällen waren die Anzeigen unberechtigt, in 42 Fällen, die einen Säugling, 19 Kleinkinder und 22 Schulkinder betrafen, konnten grobe Mißhandlungen festgestellt werden. 14 dieser Kinder wurden sofort in die Obhut des Jugendamtes der Stadt Wien übernommen, 28 Kinder konnten in der Familie belassen werden, blieben aber unter Kontrolle des Jugendamtes.

PFLEGEKINDER IN FAMILIEN, PFLEGEAUFSICHT

Jedes Kind, das die Gemeinde Wien in ihre Obhut nimmt, weil es in seiner Umwelt körperlich oder seelisch gefährdet oder aus anderen Gründen für kürzere oder längere Zeit aus dem Familienverband genommen werden muß, wird zuerst von einem Team von Fürsorgern und Psychologen begutachtet. Die Wiener Erfahrungen in der Jugendfürsorge entsprechen denen der anderen europäischen Länder. Im allgemeinen wird die Unterbringung in geeigneten Pflegefamilien bevorzugt. Körperlich oder seelisch schwer geschädigte Kinder werden vorwiegend in Heimen untergebracht. Nur etwa 25 Prozent der übernommenen Kinder können derzeit in Pflegefamilien oder in Pflegegroßfamilien kommen. Bei den Gründen für eine Übernahme in die Obhut der Gemeinde Wien überwiegen Erziehungsnotstände. Es sei betont, daß in allen Fällen Bemühungen des Jugendamtes vorausgehen, die Familienverhältnisse so zu ordnen, daß das Kind oder der Jugendliche in seinem gewohnten Familienmilieu bleiben kann.

Im Vorjahr waren in den Bundesländern 412 Kinder, im Jahre 1961 440 Kinder untergebracht; davon in Niederösterreich 174 Kinder, in der Steiermark 205, im Burgenland 44, und in den übrigen Bundesländern 17 Kinder. Die Bemühungen, mehr Kinder bei Pflegeeltern in Wien unterzubringen, waren nur wenig erfolgreich, obwohl die Pflegegelder wesentlich erhöht wurden. Alle Pflegefamilien werden mindestens einmal jährlich von der Fürsorgerin besucht, alle Pflegefamilien, die außerhalb Wiens wohnen, werden zusätzlich, in Form der Amtshilfe, vom zuständigen Jugendamt mitbetreut. Wieder haben Pflegeeltern — diesmal waren es acht — ihr Pflegekind adoptiert. Neun Kinder wurden aus Pflegefamilien zu Adoptionseltern gegeben. Die Mehrzahl der schulentlassenen Kinder konnten von den Pflegeeltern entweder in einer Lehrstelle oder auf einem Arbeitsplatz untergebracht werden und bei den Pflegeeltern bleiben. Nur in drei Fällen mußten Kinder nach ihrer Schulentlassung von den Pflegeeltern weggehen, weil am Ort keine geeignete Lehrstelle gefunden werden konnte. Für die Güte der Pflegefamilien spricht die Tatsache, daß nur zwei Kinder wegen Erziehungsschwierigkeiten zurückgegeben wurden.

Das Jugendamt der Stadt Wien arbeitet mit dem *Wohnungsamt* in jenen Fällen zusammen, in denen Kinder durch besonders ungünstige Wohnverhältnisse gefährdet sind. Im Jahre 1961 wurden 107 Wohnungsansuchen dem Wohnungsamt vorgelegt; davon wurden 87 Ansuchen, gegenüber 64 im Jahre 1960, günstig erledigt. Die gemeinsame Arbeit der beiden Ämter ist zwar schwierig, doch wirkt sie sich fürsorgerisch besonders günstig aus.

PFLEGEGROSSFAMILIEN, ELTERNRUNDEN

Angesichts der großen erzieherischen Bedeutung der Pflegegroßfamilie ist es erfreulich, daß ihre Zahl um acht Pflegestellen auf 26 vermehrt werden konnte, wovon vier Kinder betreuen, die ihnen von den Angehörigen direkt, ohne Vermittlung des Magistrats, anvertraut wurden. 22 Familien betreuen insgesamt 132 Kinder, die in Obhut der Gemeinde Wien stehen, um 43 Kinder mehr als im Jahre 1960. 16 Großfamilien werden von Elternpaaren, Vätern und Müttern, geführt, sechs Großfamilien wurden von alleinstehenden Frauen gegründet.

Von den 132 Kindern in diesen Familien sind 55 Mädchen und 77 Knaben, Kinder vom Säuglings- bis in das Jugendalter. 18 Familien werden koedukativ geführt, in vier Familien sind nur Knaben. 48 Kinder sind leibliche Geschwister. Von den acht Jugendlichen, über 14 Jahre, stehen sieben in einem Lehrverhältnis; ein Mädchen besucht eine höhere Schule. Drei Jugendliche leben, nach abgeschlossener Berufsausbildung, weiter bei ihren Pflegeeltern. Ein Mädchen, das 13 Jahre in einer Pflegefamilie gelebt hat, die im Jahre 1954 Großfamilie wurde, erhielt von der Pflegemutter eine bescheidene Aussteuer und heiratete im Jahre 1961. Ein Jugendlicher, Buchbindergehilfe, ersparte sich in der Pflegegroßfamilie soviel, daß er eine Eigentumswohnung erwerben konnte, die er 1961 bezog. Eine andere Pflegefamilie adoptierte ihr Pflegekind; ein Pflegekind war bereits im Jahre 1959 als eigen angenommen worden. Es sind das ermutigende Einzelheiten über Leistungen der Großfamilie.

Die Gemeinde Wien hat einigen Pflegegroßfamilien Wohnungen in Neubauten zur Verfügung gestellt, die, für diesen Zweck geplant, besser den besondern Notwendigkeiten entsprechen. Da die Mieten dieser Großwohnungen das Budget der Pflegegroßfamilie zu stark belasten würden, übernimmt das Jugendamt der Stadt Wien 50 Prozent der Kosten.

Seit dem Jahre 1959 besteht eine Elternrunde für Großfamilien, die von mehr als der Hälfte aller Pflegeeltern regelmäßig besucht wird.



Stadtrat Jacobi empfängt aus der „Sozialaktion" der Wiener Berufsschüler eine Spende für wohltätige Zwecke

Fürsorgewesen

Die Puppenadoption im Stadtpark-Kindergarten ist eine ernste Angelegenheit für die Puppenmütter





Bei einer Elternjause im Kindergarten, X., Migerkastraße, werden die Mütter von den Kindern bewirtet

Fürsorgewesen



Der neue städtische Kindergarten in Döbling, Paradisgasse

Die Arbeit mit der Pflegegroßfamilie war auch im Jahre 1961 recht erfolgreich. Ihr weiterer Ausbau ist geplant.

ADOPTIONSSTELLE

Im Jahre 1961 blieb die Zahl der zur Adoption neu angemeldeten Kinder fast unverändert, während die Zahl der Wahleltern, die sich neu um ein Kind bewarben, um 29 auf 267 stieg. 212 Kinder, gegenüber 177 im Vorjahr, wurden probeweise zu künftigen Wahleltern vermittelt; davon kamen 96 aus Anstalten, 33 aus magistratischen und 83 aus privaten Pflegestellen. Mit 4 Wahleltern wurden, wegen noch nicht erreichter Altersgrenze, Pflegeverträge, mit 263 Wahleltern Adoptionsverträge abgeschlossen, um 192 mehr als im Jahr 1960. Ende 1961 standen 165 zur Adoption angemeldeten Kindern 138 Bewerber um ein Adoptionskind gegenüber. In der Zahl der angemeldeten Kinder sind 63 Kinder enthalten, bei denen die Zustimmung der Angehörigen zur Adoptionsvermittlung zwar wahrscheinlich, aber noch nicht sicher ist, und jene Kinder, die zur Adoptionsvermittlung zwar freigegeben sind, aber deren Entwicklung noch abgewartet werden muß, ehe sie vermittelt werden. Noch immer ist die Zahl der Bewerber um ein Adoptionskind fast gleich der Zahl der Kinder, die vermittelt werden können.

Am 1. Juli 1960 trat das Bundesgesetz über die Neuordnung des Rechtes der Annahme an Kindesstatt in Kraft. Dieses, von der Jugendfürsorge begrüßte Gesetz, brachte eine bedeutende Mehrbelastung für das Jugendamt mit sich, stieg doch die Zahl der abgeschlossenen Adoptionsverträge um ein Vielfaches. Die Arbeit der Adoptionsstelle wurde auch dadurch wesentlich vermehrt, daß nun die Eltern die Möglichkeit haben, die Zustimmungserklärung vor Gericht durch einen Bevollmächtigten abgeben zu können, so daß sich für die Referenten der Adoptionsstelle, als Bevollmächtigte der Eltern, zusätzliche und zeitraubende Vorsprachen bei den Bezirksgerichten ergaben.

FÜRSORGEERZIEHUNG

Der letzte Versuch, gefährdete junge Menschen vor dem endgültigen Abgleiten in Kriminalität zu bewahren, ist die Fürsorgeerziehung; sie wird durch das Vormundschaftsgericht angeordnet. Nach dem Gesetz ist Fürsorgeerziehung nach psychologischen und pädagogischen Erkenntnissen durchzuführen und muß bei Jugendlichen eine Berufsausbildung zumindest einleiten.

Ende 1961 wurden insgesamt 899 Fälle von Fürsorgeerziehung geführt, davon 577 (64 Prozent) männliche und 322 (36 Prozent) weibliche, 777 Minderjährige (86 Prozent) waren über 14 Jahre und 122 (14 Prozent) unter 14 Jahre alt, 563 wurden zur Fürsorgeerziehung in Heime eingewiesen.

Die Zahl der Minderjährigen in Fürsorgeerziehung hat sich um mehr als 15 Prozent weiter verringert. Aus den verhältnismäßig starken Geburtsjahrgängen 1943 und 1944 werden die Achtzehnjährigen und Neunzehnjährigen entlassen. An ihrer Stelle rücken die geburtenschwachen Jahrgänge 1945 bis 1950 nach und bringen eine fühlbare Erleichterung in der Fürsorgeerziehung.

Der Mangel von Wohnungen für entlassene Fürsorgezöglinge, die in das Berufsleben eintreten sollen, wirkt sich auf ihre weitere soziale Entwicklung besonders hemmend aus, doch gelang es bisher nicht, dieses Problem einer zufriedenstellenden Lösung näherzubringen.

INSTITUT FÜR ERZIEHUNGSHILFE

Im Institut für Erziehungshilfe, der ersten Wiener Child Guidance Clinic, wurden im Jahre 1961 275 neue Fälle aufgenommen; in ständiger Behandlung stehen im Monatsdurchschnitt über 100 Kinder. Leider ist es noch immer

nicht möglich, alle Neuanmeldungen sofort zu bearbeiten; die Wartezeit dauert bis zu zwei Monaten.

Dem Institut ist ein Sonderhort angegliedert; für die Eltern jener Kinder, die den Hort besuchen, wurde eine Elternrunde gegründet. Auch die Elternrunden für Pflegegroßfamilien werden vom Institut für Erziehungshilfe geführt. Das Institut steht im engen, helfenden Kontakt mit der Fürsorgeschule und widmet sich besonders der psychiatrischen Ausbildung der Fürsorgerinnen.

VERTIEFTE EINZELHILFE

In den Arbeitskreisen „Vertiefte Einzelhilfe" arbeiten Fürsorger mit Heilpädagogen und Psychologen im Sinne vollkommener Integration zusammen. „Vertiefte Einzelhilfe" wird derzeit in neun Arbeitskreisen geleistet, in denen bis zu acht Fürsorgerinnen zweimal im Monat zusammenkommen. Die neuen kleinen Arbeitskreise — das hat die Erfahrung bestätigt — bieten bessere Schulungsmöglichkeiten. Insgesamt wurden dort etwa 90 Fälle bearbeitet, davon 25 abgeschlossen. Dies scheint fürs erste keine große Zahl zu sein, doch ist die neue Arbeitsmethode in hohem Maße wirtschaftlich: sie kann unter bestimmten Umständen zu dauernder Heilung führen, erspart Heimunterbringung und spätere Fürsorgeleistungen. Diese Erfahrung hat sich im Verlauf der Arbeit neuerdings bestätigt. Es wurden sechs Fürsorgerinnen des Jugendamtes der Stadt Wien für den Besuch des sechsmonatigen Kurses für „Vertiefte Einzelhilfe", der gemeinsam mit dem Bundesministerium für Soziale Verwaltung in der psychiatrisch-neurologischen Universitätsklinik durchgeführt wird, freigestellt.

PATENSCHAFTEN

Manche Maßnahmen, die nur schwer oder überhaupt nicht durch die öffentliche Jugendfürsorge durchgeführt werden könnten, werden durch Spenden aus dem Ausland und im bescheidenen Ausmaß auch aus Österreich ermöglicht. Die Aktion „Patenschaften" ist eine davon.

Im Jahre 1961 wurden dem Jugendamt der Stadt Wien von der Österreichischen Gesellschaft „Rettet das Kind" mehr als eine Million Schilling überwiesen.

Aus Schweden erhielten 380 Kinder 480.000 S, aus Großbritannien 225 Kinder 240.000 S, aus den USA 67 Kinder 84.000 S. Von österreichischen Paten wurden 23 Kinder (im Vorjahr waren es nur zwei) mit insgesamt 14.000 S bedacht. An Patenspenden für ungarische Flüchtlingskinder wurden 225.000 S aufgewendet. Diese Kinder, meist in Internaten untergebracht, erhielten monatlich Zuwendungen von je 500 S.

Im Jugendamt der Stadt Wien ist für die Arbeiten im Zusammenhang mit der „Patenaktion" ein eigenes Referat eingerichtet. Zwischen den Patenkindern und ihren Paten besteht ein reger Briefwechsel. Im April 1961 begann, in Zusammenarbeit mit dem „Österreichischen Roten Kreuz", eine Paketaktion. 440 Kinder erhielten jedes Vierteljahr ein Lebensmittelpaket.

JUGENDBERUFSFÜRSORGE

Die Zahl der Jugendlichen, die im Beruf stehen und besonderer Fürsorge bedürfen, betrug am Jahresende 1.940. Davon befanden sich 117 Jugendliche auf Lehr-, Arbeits- und Dienstplätzen (Hausgehilfinnen) außerhalb Wiens. Bei den betreuten Jugendlichen handelt es sich meist um erziehungsschwierige junge Menschen, die in ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung oft bedeutende Rückstände aufweisen. Wenn trotzdem 284 neue Lehrverträge abgeschlossen werden konnten, ist das auf die intensive Zusammenarbeit mit

Arbeitsämtern, Kammern, Innungen und Jugendämtern zurückzuführen. Die Arbeit im Jahre 1961 hat wieder gezeigt, daß die Landwirtschaft wegen der fortschreitenden Technisierung und der hohen Sozialabgaben nur mehr solche Jugendliche zur Ausbildung nimmt, bei denen ein Lernerfolg mit einiger Sicherheit zu erwarten ist.

Die Vollbeschäftigung, die verstärkte Nachfrage nach Jugendlichen als Lehrlinge und Hilfsarbeiter, veranlaßte viele Jugendliche zu einem Wechsel des Arbeits- oder Lehrplatzes, ja des Berufes. Aus diesem Grunde waren mehr als 1.000 Interventionen bei Firmen, in den Berufsschulen usw. notwendig; dies brachte den drei Fürsorgerinnen, die in den Berufsschulen Verbindungsdienste leisten, eine wesentlich erhöhte Arbeitsbelastung.

KINDERTAGESHEIME

Die Kindergärten mit Krippen und Krabbelstuben, die Horte und Tagesheimschulen der Stadt Wien wurden im Jahre 1961 planmäßig weiterentwikkelt und Plätze in den Tagesheimen waren sehr begehrt. 17 Gruppen, davon 2 Säuglingskrippen, 3 Kleinkinderkrippen, eine Krabbelstube, 5 Gruppen in Kindergärten und 6 Gruppen in Horten wurden neu eröffnet. Das Dezernat „Tagesheime" zählte 181 Betriebsstellen, davon 5 Exposituren, mit insgesamt 608 Gruppen und rund 16.000 verfügbaren Plätzen. In den Tagesheimschulen sind 44 Gruppen für Volksschüler und 12 Gruppen für Hauptschüler.

In den sogenannten Übergangsgruppen der Kindergärten, die von schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen Kindern besucht werden, wurde 2.500 Kindern Entwicklungshilfe geleistet. Diese Übergangsgruppen sind Modellgruppen, in denen die pädagogischen Probleme, die sich bei diesen Kindern ergeben, studiert werden.

Es kam wieder zu einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Horten der Stadt Wien und der Schule; in zahlreichen Konferenzen konnten die Kontakte vertieft und die Arbeitsergebnisse ausgewertet werden.

Von 53 schulmündig gewordenen Kindern des Sonderkindergartens konnten 31 den Sonderschulen und 22 den Normalschulen übergeben werden. Der Sonderkindergarten im Auer-Welsbach-Park war wieder Anziehungspunkt für viele Besucher; über 13.000 Fachleute aus dem Ausland und aus Österreich besuchten diese Modelleinrichtung. Auch die logopädagogische Betreuung der Kindergartenkinder wird systematisch fortgesetzt.

Die Sommerkindergärten der Stadt Wien, besonders die beiden Tagesheime XIII., Girzenberg, und XIX., Am Himmel, wurden in vierwöchigen Turnussen von über 5.000 Kindern besucht und waren wichtige Zentren gesundheitlicher Prophylaxe.

Die Kindergärten der Stadt Wien konnten, in enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt, durch Verabreichung von Fluortabletten an alle Kinder einen nicht unwesentlichen Beitrag zum Kampf gegen die Zahnkaries leisten. Auch fast alle Eltern konnten dafür gewonnen werden, ihren Kindern die Tabletten regelmäßig zu geben.

Der Versuch, in drei Horten auch Jugendklubs zu führen, wurde fortgesetzt. Die Klubs wurden von ehemaligen Hortkindern besucht. An 75 Klubabenden mit 175 Stunden waren über 1.100 junge Leute anwesend.

Die Elternschulen in den Tagesheimen haben sich gut bewährt; zu diesen Abenden kamen etwa 3.000 Personen. Frau Stadtrat *Jacobi* nahm in einer vorweihnachtlichen Stunde die alljährliche Puppenadoption vor.

KINDERGARTEN- UND SCHÜLERAUSSPEISUNG

In der Zeit der Vollbeschäftigung, da viele Mütter berufstätig sind, muß der Verpflegung der Klein- und Schulkinder in Kindergärten, Horten, Tagesheimschulen und Schulen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. An Kindergarten- und Hortkinder wurden im Jahre 1961 fast 2,700.000 Portionen ausgegeben. Bis Oktober 1961 wurde für 72 Prozent dieser Kinder der volle Wochenbeitrag, für 16 Prozent der halbe und für 12 Prozent der Mindestbeitrag bezahlt. Ab November wurde der Betrag für Vollzahler auf 20 S erhöht. Dies ergab eine wesentliche Veränderung der ermäßigten Beiträge, und es konnte eine Anzahl von Eltern finanziell besser berücksichtigt werden. Ab November 1961 bezahlten nur 62 Prozent den vollen Beitrag, 30 Prozent den halben und 8 Prozent den Mindestbeitrag.

In den Kleinkinderkrippen, im Sonderkindergarten „Schweizer Spende" und im Sommerkindergarten Girzenberg bestehen eigene Küchen; es wurden in den Kleinkinderkrippen 600 Portionen, im Sonderkindergarten „Schweizer Spende" 110 Portionen, im Sommerkindergarten während der Sommermonate 330 Portionen täglich hergestellt, insgesamt über 205.000 Portionen. Die Schülerausspeisung erfaßte in den Schulen täglich durchschnittlich 1.200 Kinder; insgesamt wurden im Jahre 1961 über 230.000 Portionen ausgegeben.

HEIME FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Fast alle Heime für Kinder und Jugendliche befinden sich im teilweisen Umbau, in den meisten wird auch die pädagogische Organisation geändert. Dies gilt vor allem für den Umbau der Kinderübernahmsstelle in ein familiengegliedertes Heim, für das Zentralkinderheim und schließlich für das Heim „Lindenhof" in Eggenburg, in dem wesentliche Veränderungen vorgenommen wurden. Im Spätherbst 1960 wurde mit der Arbeit im Lindenhof begonnen, im Sommer 1961 waren vier Wohngruppen in ihrer neuen Form fertig. Die moderne, zweckmäßige Ausstattung der Räume erleichtert die pädagogische Arbeit. Die Schulgemeinde der Wiener Fortbildungsschulen widmete dem Lindenhof zu Weihnachten 1960 einen Betrag von mehr als 100.000 S zum Ausbau des Sportplatzes; der Abschluß der Bauarbeiten ist 1962 zu erwarten. In allen Heimen wurde den Festen und Feiern besonderes Augenmerk geschenkt; das Weihnachtsgeschenk für den Lindenhof war ein großer Autobus. Die Jugendlichen des Lindenhofes verpflichteten sich, als Gegenleistung für das Geschenk zu 10.000 freiwilligen Arbeitsstunden für ihren Sportplatz.

MUTTER- UND KIND-HEIM

Das Heim für Mutter und Kind, XI., Pleischlgasse 2, war zuerst Unterkunft für die Kindergärtnerinnenbildungsanstalt, später ein Heim der Arbeiterkammer für Lehrmädchen und wurde auf Anregung des Amtsführenden Stadtrates für Wohlfahrtswesen zum Umbau in ein Heim für jugendliche, ledige Mütter bestimmt. Der Umbau wurde im Frühsommer 1961 begonnen, am 17. Oktober wurde das Heim eröffnet.

Dieses Wohnheim kann 26 Mütter mit ihren Kindern aufnehmen. Es besitzt 26 Einzelräume, jeder mit einer Waschstelle mit Warm- und Kaltwasser, einer kleinen elektrischen Kochstelle, dem nötigen Geschirr für die Zubereitung kleiner Mahlzeiten und den Möbeln für Mutter und Kind.

Für je 13 Wohneinheiten steht eine gut ausgestattete Teeküche mit Gasherden, Abwasch, Kühlschrank und Schrank für Lebensmittel mit verschließbaren Fächern zur Verfügung. Eine Hausküche versorgt die Mütter mit warmen Hauptmahlzeiten. In der Milchküche wird die Nahrung für die Säuglinge und Kleinkinder zubereitet.

Die gemeinsamen Mahlzeiten werden im Gemeinschaftsraum eingenommen. Eine kleine Hauswäscherei mit drei automatischen Waschmaschinen bietet die Möglichkeit, die Leib- und Bettwäsche, Kinderkleider und Windel jederzeit mit geringstem Arbeitsaufwand zu waschen. Ein Trockenraum ist angeschlossen. Selbstverständlich sind Bäder und alle notwendigen sanitären Einrichtungen vorhanden.

Da die jungen Mütter berufstätig sind, ist dem Wohnheim eine Kinderkrippe angeschlossen, die die Säuglinge und Kleinkinder tagsüber aufnimmt. Abends und während der Nacht werden die Kinder von ihren Müttern betreut.

ERHOLUNGSFÜRSORGE

Die städtische Erholungsfürsorge entsandte im Jahre 1961 in 124 Turnussen mit einer durchschnittlichen Dauer von vier Wochen 8.730 Kinder für rund 200.000 Verpflegstage in Ferienheime und Tageserholungsstätten. Auch die Tageserholungsstätten Weißau, Laaerberg, Ruinenwiese am Rande der Großstadt waren gut besucht.

Aus England kamen 240 Kinder; aus Hamburg und Berlin 110 Kinder als Gäste des Jugendamtes der Stadt Wien in städtische Erholungsheime. Die Arbeitsgemeinschaft für körper- und sinnesbehinderte Kinder veranstaltete, in Zusammenarbeit mit der städtischen Erholungsfürsorge, in Sulzbach-Ischl „Internationale Ferienwochen für körperbehinderte Kinder". Im Jahre 1961 kamen 105 solcher Kinder aus Deutschland, Dänemark, Jugoslawien und allen Bundesländern Österreichs. Vom Vorstand der Lainzer Kinderklinik, Herrn Primarius Dr. *Rett*, wurde im Kinderheim Vorderhainbach eine Sonderaktion durchgeführt; 35 gehirngeschädigte Kinder lebten durch vier Wochen in froher Gemeinschaft. In Tribuswinkel, Sulzbach-Ischl und Lehenhof verbrachten 400 Kinder aus sozial besonders benachteiligten Familien die Weihnachtsfeiertage. 470 Wiener Kinder, die von den Schulärzten für den Auslandsaufenthalt bestimmt wurden, verbrachten Ferien in den vier italienischen Heimen Sori, Cesenatico, Alberoni und Sottomarina di Chioggia.

Der Fonds „Wiener Jugendhilfswerk" wurde auch im Jahre 1961 von den Wienern durch Spenden gut unterstützt. Die Haussammlung hatte ein Ergebnis von rund 730.000 S. Das Reinerträgnis der 12. Lotterie des Wiener Jugendhilfswerkes war mit 233.000 S etwas größer als im Vorjahr. Das Wiener Jugendhilfswerk erhielt von der Wiener Gebietskrankenkasse 540.000 S, von der Stadt Wien 533.000 S und vom Bundesministerium für Soziale Verwaltung 340.000 S. Diese Subventionen wurden zur Gänze den angeschlossenen Organisationen zur Verfügung gestellt.

In den österreichischen Heimen und Tageserholungsstätten, die von den Mitgliedsorganisationen des Wiener Jugendhilfswerkes geführt wurden, waren wieder etwa 30.000 Kinder untergebracht.

ERWACHSENEN- UND FAMILIENFÜRSORGE

ORGANISATION

Im Jahre 1961 blieb der *Stand der Fürsorgeräte* nahezu unverändert. Während am 1. Jänner 1961 1.848 Fürsorgeräte tätig waren, waren es am 31. Dezember 1961 1.845. Die Anzahl der Fürsorgesprengel ist mit 1.863 gleich geblieben. Im November 1961 wurden 111 Fürsorgeräte, die im Laufe des Jahres neu eingestellt wurden, durch den Amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen angelobt. Im Jänner 1961 wurden 1.753 Fürsorgeräten Halbjahresnetzkarten und 13 Fürsorgeräten Monatsnetzkarten ausgestellt. Die Zahl der

Monatsnetzkarten stieg im Dezember 1961 auf 39, während die der Halbjahresnetzkarten unverändert blieb. Acht Fürsorgeräten, die seit mindestens 25 Jahren dieses Ehrenamt ausgeübt haben, wurde die „Professor Dr. Julius Tandler-Medaille der Stadt Wien" in Bronzeausführung verliehen und fünf Fürsorgeräten, die nach mindestens fünfjähriger Tätigkeit ausgeschieden sind, wurden Diplome überreicht.

Die Fachaufsicht hat alle fachlichen Arbeiten der in den Fürsorgereferaten tätigen Referenten und Kanzleibeamten überprüft. Mit 1. Jänner 1961 wurde die Prüfstelle der Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge aufgelassen. Die Daueruntersützungsakten, deren Überprüfung bis zum 31. Dezember 1960 der Prüfstelle vorbehalten war, mußten stichprobenweise überprüft werden. Es waren keine nennenswerten Anstände zu verzeichnen, was der einheitlichen und gleichmäßigen Handhabung der ergangenen Weisungen und Erlässe zu verdanken ist. Die fortschreitende Entwicklung des Sozialrechtes fand ihren Niederschlag in einigen Gesetzesentwürfen, zu denen die Abteilung Stellung zu nehmen hatte: Entwurf eines Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose (Tuberkulosegesetz), Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, betreffend die Abänderung der Kompetenzbestimmungen zu Ungunsten der Länder, Rundfrage des Bundesministeriums für Finanzen, betreffend die eventuelle Einbeziehung der Kleinrentner in die Krankenversicherung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, und schließlich eine Empfehlung der Internationalen Arbeitskonferenz, betreffend die Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern in der sozialen Sicherheit. Ferner wurde eine Novelle zum Wiener Blindenbeihilfengesetz entworfen.

ALLGEMEINE FÜRSORGE

Durch die Novelle zum Familienlasten- und Kinderbeihilfengesetz vom 28. November 1960, BGBl. Nr. 239/60, wurde mit Wirkung vom 1. Jänner 1961 die Mütterbeihilfe eingeführt. Diese beträgt im Jahre 1961 50 S. Anspruchsberechtigt sind natürliche Personen, die für drei oder mehr Kinder Anspruch auf Familien- oder Kinderbeihilfen haben, bzw. bezugsberechtigt sind. Gemäß § 34 Abs. 3 des Gesetzes haben die Träger der öffentlichen Fürsorge den Aufwand an Mütterbeihilfe für die von ihnen Befürsorgten aus eigenen Mitteln zu decken. Die Mütterbeihilfe bleibt im Bereiche der Fürsorge anrechnungsfrei. Mit demselben Gesetz wurde auch die 14. Kinder-, bzw. Familienbeihilfe eingeführt; es erhalten daher auch die Bezieher einer Daueruntersützung die Kinderbeihilfe vierzehnmal.

Durch eine neue Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz (BGBl. Nr. 171/1961 vom 21. Juni 1961) wurden ab 1. Juli 1961 die Ergänzungsbeträge zu den Kinderbeihilfen und Familienbeihilfen erhöht. Die Erhöhung beträgt für das 1. und 2. Kind je 25 S, für das 3. Kind 30 S, für das 4. Kind 35 S und vom 5. Kind an 40 S monatlich. Da die Ergänzungsbeträge auf die Leistungen der Fürsorge nicht angerechnet werden, ist für minderjährige Befürsorgte eine neuerliche Besserstellung eingetreten.

Für die laufenden *Fürsorgeunterstützungen* einschließlich der Zuschläge für die Raumbeheizung in den Wintermonaten wurden 60,281.772 S ausgegeben, hievon in der gehobenen Fürsorge 59,003.284 S, in der allgemeinen Fürsorge 1,278.488 S. In diesen Kosten ist auch ein halber vierzehnter Monatsbezug enthalten, der allen Dauerbefürsorgten im August 1961 ausbezahlt wurde.

Im Dezember 1961 wurden insgesamt 7.776 Unterstützungsfälle gezählt, die sich auf folgende Personengruppen verteilen:

	Fälle	Personenzahl
Kriegsbeschädigte oder Kriegshinterbliebene	309	337
Sozialrentner	69	83
Kleinrentner	156	160
Volksdeutsche und Angehörige der Deutschen Bundesrepublik	169	181
Gleichgestellte	6.934	7.371
Ausländer und andere Personen (Richtsatz der allgemeinen Fürsorge)	139	160

Nach dem Richtsatz der allgemeinen Fürsorge wurden 139 Fälle, nach dem Richtsatz der gehobenen Fürsorge 7.637 Fälle eingestuft. Im Vergleich zum Dezember 1960 ergibt sich eine Verminderung um 881 Fälle. Rund 6.000 Personen waren alleinstehend. Zur Deckung des notwendigen Lebensunterhalts oder eines Sonderbedarfes wurden 9.674 *Geldaushilfen* im Gesamtbetrage von 1,740.794 S gewährt. 279 Arbeitslosen wurden gegen Ersatz durch das Arbeitsamt 41.901 S ausbezahlt. Rentenwerber und arbeitsfähige Mütter (3.494 Fälle) erhielten 1,435.115 S. In sechs Fällen wurden Beitragsnachzahlungen für Pensionswerber der Sozialversicherung in einer Höhe von 3.623 S geleistet. Beiträge zum Bestattungsaufwand, wenn nicht einmal die Kosten eines einfachen Begräbnisses vom Verstorbenen oder seinen Hinterbliebenen gesichert werden konnten, erforderten einen Aufwand von 30.346 S. Für notwendige Bahnfahrten hilfsbedürftiger Personen wurden 17 Fahrgutscheine im Gesamtwerte von 1.712 S ausgegeben. Außerdem wurden in 5.681 Fällen Sachaushilfen im Werte von 1,571.961 S ausgegeben.

Wohlfahrtskrankenpflege. Das Jahr 1961 weist eine Reihe von Tariferhöhungen auf:

Der Tarif für konservierende Zahnbehandlung der Ärztekammer Wien, Fachgruppe Zahnheilkunde, wurde ab 1. Juli 1961 um ca. 10 Prozent, für prothetische Zahnbehandlung um ca. 25 Prozent erhöht. Gesamtdurchschnitt der Erhöhung ca. 15 Prozent. Die Dentistenkammer erhöhte den Tarif für konservierende Zahnbehandlung ab 1. Jänner 1961 um ca. 5 Prozent und ab 1. Juli 1961 um ca. 10 Prozent; die prothetischen Leistungen wurden ab 1. Juli 1961 mit einem Aufschlag von ca. 25 Prozent versehen. Gesamtdurchschnitt der Erhöhung ca. 15 Prozent. Der Tarif für Bandagen- und orthopädische Hilfsmittel erfuhr ab 1. Jänner 1961 eine Erhöhung um 0,6 Prozent, der Grundpreis in der Tarifgruppe III wurde mit einem Zuschlag von 966 Prozent aufgewertet; ab 1. April 1961 wurde der Tarif um rund 8 Prozent, der Zuschlag zum Grundpreis in der Tarifgruppe III mit 1.030 Prozent festgelegt. Der Tarif der orthopädischen Schuhmacher wurde ab 1. April 1961 um rund 12 Prozent erhöht. Der Leihtarif für medizinische Apparate und Heilbehelfe erfuhr ab 1. Jänner 1961 eine Erhöhung um ca. 10 Prozent. Die Verwaltung des Orthopädischen Spitales setzte ab 1. Jänner 1961 für ambulatorische Röntgenleistungen und für physikalische Therapie einen um rund 20 Prozent erhöhten Tarif fest. Hydrophysikalische und elektrophysikalische Heilbehandlungen in den privaten Kuranstalten verteuerten sich ab 1. November 1961 um rund 4½ Prozent.

Im Jahre 1961 verrechnete die Wiener Ärztekammer 28.687 Kranken- und Überweisungsscheine. Der Aufwand hiefür betrug 1,072.149 S. Für ambulatorische Behandlung, Röntgenleistungen und Laboratoriumsuntersuchungen in den Wiener städtischen Krankenanstalten leistete der Fürsorgeverband Wien an das Anstaltenamt eine Jahres-Pauschalsumme von 103.200 S. Die Anzahl der Behandlungsfälle betrug 3.896. In den Privatlaboratorien wurden 171 Fälle behandelt; die Kosten betrugen 6.914 S.

Im Jahre 1961 erwuchs dem Fürsorgeverband Wien für 120.022 Arzneiverschreibungen ein Kostenaufwand von nahezu 3 Millionen Schilling. Die Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel beliefen sich auf 355.629 S, für konservierende und prothetische Leistungen auf 434.552 S, für Kurbehandlungen in städtischen und privaten Badeanstalten mit 495 Fällen auf 32.750 S und für fürsorgerechtliche Wochenhilfe in 150 Fällen auf 156.272 S.

Spezielle Familien- und Individualfürsorge. Der Aufgabenkreis umfaßt die Einzelfallhilfe, den Verbindungsdienst zu den Krankenanstalten und Altersheimen der Stadt Wien, und die Ehe- und Familienberatung. Außerdem waren eine Anzahl anderer Aufgaben zu bewältigen, wie die Praxisanleitung von Fürsorgeschülern und -schülerinnen, Besprechung der einlaufenden Fälle auf psychologisch-psychiatrischer und sozialer Grundlage, besonders nach dem Prinzip der Casework-Methode (Einzelfallhilfe). Der Personalstand wurde um zwei Fürsorgerinnen, Absolventinnen der Fürsorgeschule der Stadt Wien, vermehrt.

Verbindungsdienst zu den Anstalten. Im Oktober 1961 wurde der Verbindungsdienst zu der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof" aufgenommen, um an dem neuerrichteten Rehabilitationszentrum mit vorläufig zwei Fürsorgerinnen mitzuwirken.

Die Anstaltsfürsorgerinnen betreuten insgesamt 8.023 Fälle. Im Bereich der Einzelfallhilfe wurden 476 Fälle behandelt, davon 194 Fälle in Teamarbeit mit Psychiatern und Psychologen. 231 Fälle von Besuchern der Arbeitstherapeutischen Kurse für Körperbehinderte wurden in Teamarbeit betreut.

Die *Ehe- und Familienberatung* besteht seit fünf Jahren und erfreut sich einer gleichbleibenden ständigen Besucherfrequenz. In Zusammenarbeit von besonders geschulten Fürsorgerinnen mit psychiatrischen, psychologischen und juristischen Fachberatern werden Kurzberatungen durchgeführt. Es wurden 1.133 Beratungen gezählt, wobei ungefähr zwei Drittel psychiatrische und psychologische und ein Drittel juristische Problemstellungen beobachtet werden konnten. 344 Männer und 789 Frauen suchten Rat und Hilfe, darunter 74 Ehepaare, die gemeinsam erschienen.

Heimpflege und Heimhilfe wurden in wesentlich erhöhtem Umfang beansprucht: im Jahre 1961 wurden 61.560 Arbeitsstunden geleistet, um rund 16,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Gesamtaufwand 1961 betrug 845.239 S. Es wurden 211 Anträge auf Heimpflege oder Heimhilfe bewilligt. Hievon entfielen auf Bezieher von Dauerfürsorge 162, auf andere Bedürftige 49 Bewilligungen. Durch 998 Kontrollbesuche wurde die Arbeit des eingesetzten Hilfspersonals überwacht und die Notwendigkeit einer weiteren Hilfeleistung überprüft.

Wirtschaftliche Tuberkulosenhilfe. Im Gegensatz zu den letzten Jahren ist die Anzahl der Dauerunterstützungsfälle im Jahre 1961 nicht weiter zurückgegangen. Es ergab sich vielmehr ein Ansteigen der Fälle um fast 5½ Prozent. Ende Dezember 1961 wurden insgesamt 250 Personen, 191 Haupt- und 59 Mitunterstützte betreut, gegenüber 239 Personen, 186 Haupt- und 53 Mitunterstützten, Ende 1960. Im Jahre 1961 wurden 212 Neuverleihungen, 220 Verlängerungen, 94 Erhöhungen, 108 Herabsetzungen und 199 Einstellungen durchgeführt und in 12 Fällen Anträge abgewiesen.

Ebenso wie bei den Dauerunterstützungsfällen war auch bei den Anträgen auf einmalige Geld- oder Sachaushilfen ein Ansteigen zu verzeichnen. Es wurden von 364 eingebrachten Anträgen 341 bewilligt. Davon entfielen 185 auf dauerunterstützte Personen.

Im Zuge der Paketaktionen (Muttertag, Abgeltung für die Nichtteilnahme

an der Urlaubsaktion und an Weihnachtsfeiern der Fürsorge) wurden 453 Lebensmittelpakete ausgegeben.

Für Tuberkulöse, die nicht im Bezug einer Daueruntersützung standen und keinen Anspruch auf eine entsprechende Leistung der Krankenversicherung hatten, wurden 58 Kostenübernahmescheine, 56 Verordnungsscheine und 36 Zahnbehandlungsscheine bewilligt. Von den Tuberkulosefürsorgestellen des Gesundheitsamtes wurden 397 Kostenübernahmescheine an Daueruntersützte direkt ausgegeben.

Der Aufwand betrug für Daueruntersützungen rund 1,5 Millionen Schilling, für einmalige Geldaushilfen an Daueruntersützte 4.473 S, für einmalige Geldaushilfen an Nicht-Daueruntersützte 10.739 S, für einmalige Sachaushilfen an Daueruntersützte 41.496 S, für einmalige Sachaushilfen an Nicht-Daueruntersützte 16.860 S und für Kurkosten 3.823 S.

Zur Einbringung des Aufwandes wurden gegenüber Versicherungs- und anderen Rententrägern in 38 Fällen, gegenüber sonstigen Ersatzpflichtigen in 15 Fällen Rückersatzforderungen erhoben und in 25 Fällen Regresse eingeleitet.

Im Jahre 1961 wurden 178 Anträge auf Heilstättenbehandlung und Kuraufenthalte bewilligt und 44 abgelehnt oder vor Entscheidung vom Antragsteller zurückgezogen. Weiters wurde 60 Verlängerungsanträgen stattgegeben.

AUFNAHME IN ALTERSHEIME

Von den Fürsorgereferaten der Magistratischen Bezirksämter langten 3.137, von den Krankenanstalten 2.442 Anträge auf Aufnahme in ein Altersheim ein. Außerdem wurden noch 200 Anträge in der Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge aufgenommen, so daß insgesamt 5.779 Anträge vorlagen, von denen 5.316 bewilligt wurden. Mit den 41 Aufnahmen durch die Direktion des Altersheimes Lainz, denen die nachträgliche Genehmigung erteilt wurde, erhöhte sich die Gesamtzahl der bewilligten Fälle auf 5.357.

Zur medizinischen Begutachtung waren 2.270 Arztbesuche bei den Aufnahmewerbern erforderlich.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Aufnahme- und Übernahmeanträge auf 5.779 Fälle (1960 5.575 Fälle), die der Bewilligungen auf 5.316 Fälle (1960 5.068 Fälle). Dadurch wurde der Bettenmangel in den Altersheimen noch mehr als im Vorjahr fühlbar.

Der Stand an Krankenfahrstühlen änderte sich durch 25 Neuanschaffungen und 4 Skartierungen auf 196, davon 58 Selbstfahrer. Am 31. Dezember 1961 waren 166 Fahrstühle, davon 54 Selbstfahrer, verliehen.

HEIMKEHRERFÜRSORGE

Im Jahre 1961 kehrten vier Zivilgefangene aus der UdSSR heim. Sie erhielten Geld- und Sachunterstützungen im Gesamtbetrage von 13.067 S und wurden über die weiteren Schritte zur Geltendmachung allfälliger Ansprüche gegenüber der Kriegsopferversorgung oder Sozialversicherung unterrichtet.

ZUSÄTZLICHE FÜRSORGE

Im Winterhalbjahr 1960/61 wurden 77 *Tagesheimstätten* für alte Leute, um vier Lokale mehr als während der Betriebsperiode 1959/60, betrieben. Die Tagesheimstätten waren vom 3. November 1960 bis 29. März 1961 geöffnet.

Vom 1. Jänner bis 31. März 1961 wurden in den Tagesheimstätten an 73 Betriebstagen 335.693 Besuche gezählt, somit in allen 77 Tagesheimstätten täglich durchschnittlich 4.599 Personen, daher pro Tagesheimstätte täglich durchschnittlich 59 Personen.

In diesem Zeitraum wurden 112.603 Liter Kaffee, 123.126 Stück Kuchen,

221.332 Stück Mürbgebäck und 28.086 Portionen Mittagessen an die Besucher ausgegeben. In den Monaten Jänner, Februar und März 1961 gab es 59 Filmvorführungen.

Der Kostenaufwand für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1961 betrug 1,222.158 S. Für verschiedene Veranstaltungen in den Tagesheimstätten, wie Faschingsfeiern und ähnliches, wurden überdies 104.788 S aufgewendet.

Für die Betriebsperiode 1961/62 waren 82 Tagesheimstätten vorgesehen. Bei Beginn der Betriebsperiode am 6. November 1961 konnten jedoch vorläufig nur 80 eröffnet werden; die 81. öffnete bereits Mitte Dezember in Wien XXIII, Inzersdorf, Ecke Purkytgasse-Sobotkagasse ihre Pforten. Vom 6. November bis 31. Dezember 1961 wurden in den 81 Tagesheimstätten an 44 Betriebstagen 205.231 Besucher gezählt, somit pro Tag durchschnittlich 4.664 Personen, daher pro Tagesheimstätte täglich durchschnittlich 58 Personen. In diesem Zeitraum wurden 69.116 Liter Kaffee, 78.615 Stück Kuchen, 132.557 Stück Mürbgebäck und 19.338 Portionen Mittagessen ausgegeben. In den Monaten November und Dezember 1961 wurden 145.185 kg Brennmaterial für Beheizung der Tagesheimstätten angeschafft. Der Kostenaufwand für die Monate November und Dezember 1961 betrug 1,197.581 S. Für Weihnachtsfeiern und ähnliche Veranstaltungen in den Tagesheimstätten wurden überdies 121.628 S aufgewendet. In der Zeit vom 6. November bis 31. Dezember 1961 fanden 70 Filmvorführungen statt. Auch im Altersheim Baumgarten und im St. Rochus-Heim werden Filmvorführungen veranstaltet.

Zur Schulung des Tagesheimstättenpersonals wurden Vorträge über die technische Führung der Tagesheimstätten, die Beschäftigungsmöglichkeiten der Tagesheimstättenbesucher und über Umgang mit älteren Menschen abgehalten. Mit Beginn der Betriebsperiode 1961/62 wurde in 21 Tagesheimstätten mit einer Fußpflegeaktion begonnen. Der Preis von 10 S pro Behandlung wird von den Besuchern entrichtet. In vier Tagesheimstätten wurden *Beschäftigungsgruppen* errichtet. Aus beigestelltem Material werden vorwiegend Gegenstände hergestellt, die in den Tagesheimstätten Verwendung finden können, wie Untersetzer, Zeitungshalter, Papierkörbe, Brotkörbchen, Schirmständer, Schals, Schultertücher, Weihnachts- und Faschingsschmuck, Tonwaren, wie Vasen, Schalen, Aschenbecher usw. Referenten der Bundes-Polizeidirektion Wien, Abteilung Verkehrserziehung, hielten in den Tagesheimstätten 62 Vorträge über Verkehrserziehung. Ab November 1961 wurden von Ärzten der Tuberkulosefürsorgestellen zehn Vortragsabende veranstaltet.

Für Menschen, die einsam und ohne Familie sind, waren am 24. Dezember sechs Tagesheimstätten und am 31. Dezember fünf Tagesheimstätten in Betrieb. An beiden Tagen wurden kleine Feiern veranstaltet. Am 24. Dezember 1961 zählte man 362 Besucher, am 31. Dezember 1961 335.

Der Gesamtkostenaufwand für den Tagesheimstättenbetrieb 1961 betrug somit rund 2,5 Millionen Schilling. Für Weihnachtsfeiern, Faschingsabende und ähnliche Veranstaltungen wurde überdies ein Betrag von 226.416 S aufgewendet.

Nach Beendigung der Betriebsperiode 1960/61 wurden mit den Besuchern der Tagesheimstätten drei Tagesausflüge pro Heimstätte veranstaltet, und zwar nach Gumpoldskirchen „Richardshof", Dopplerhütte, Kaltenleutgeben „Ellinghof", Laaben, Hintersdorf, Sankt Christophen, Sulz im Wienerwald, Kaltenleutgeben „Seewiese", Hainbuch, Gruberau „Schuastanazl" und Breitenfurt „Grüner Baum" mit insgesamt 13.682 Teilnehmern, einschließlich Begleitpersonen. Die Gesamtkosten dieser Aktion betrugen 638.640 S.

Von den Altersheimen Lainz, Baumgarten und Liesing wurden je zwei Tagesausflüge, vom Altersheim Sankt Andrä drei Tagesausflüge mit 2.658 Teil-

nehmern, einschließlich des erforderlichen Pflegepersonals durchgeführt. Außerdem fuhren am 11. und 18. September 1961 Pfleglinge der Altersheime Lainz, Liesing, Baumgarten und Klosterneuburg mit einem Sonderschiff nach Dürnstein. An der ersten Fahrt nahmen 637, an der zweiten 662 Personen teil, insgesamt 1.299 Teilnehmer einschließlich der Begleitpersonen. Die Gesamtkosten dieser Ausflüge betrugen 223.181 S.

Mütterehrung für Dauerbefürsorgte. Anläßlich des *Muttertages* wurden 1.291 dauerbefürsorgte, über 70 Jahre alte Mütter vom Bürgermeister zu einer Mütterehrung auf den Kahlenberg eingeladen; teilgenommen haben 1.034 Mütter. Sie erhielten im Restaurant Kahlenberg eine Jause, bestehend aus Kaffee mit Schlagobers und Gugelhupf. Zur Unterhaltung wurden Musik- und Gesangsvorträge geboten. Außerdem wurden an alle diese Mütter (auch an diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen an der Feier am Kahlenberg nicht teilnehmen konnten) Keramikkörbchen mit Bonbons gefüllt und Lebensmittelpakete (Inhalt: 1 kg Feinkristallzucker, 1 kg Reis und 1 kg Mehl) ausgeben. Die zur Zeit des Muttertages auf Landaufenthalt befindlichen Dauerbefürsorgten wurden von Frau Stadtrat *Jacobi* besucht und erhielten ebenfalls ein Muttertagsgeschenk. Die Gesamtkosten dieser Aktion betrugen 98.784 S.

Landaufenthaltsaktion für Dauerbefürsorgte. In der Zeit vom 3. Mai bis 17. Oktober 1961 wurden insgesamt 2.750 Dauerbefürsorgte in die fünf Heime der Landaufenthaltsaktion der Gemeinde Wien eingewiesen, davon 72 Ehepaare, 242 Männer und 2.364 Frauen. Die Pension „Pold" in Pöggstall wurde aufgelassen, an Stelle der Pension „Danzinger" in Ysper wurde für die Landesaufenthaltsaktion 1961 die Pension „Schönauer" in Altenmarkt bei Ysper, Niederösterreich, einbezogen. In der Pension „Schwarz" in Tauchen bei Mönichkirchen, Niederösterreich, waren 388 Befürsorgte mit Diätverpflegung untergebracht, und zwar: 1 Nieren-, 219 Galle- und Leber-, 139 Magen-, 10 Dickdarm- und 19 Blutdruckkranke. An alle jene Dauerbefürsogten, die wegen Gehunfähigkeit oder ärztlichen Verbotes an der Landaufenthaltsaktion nicht teilnehmen konnten, sowie an dauerbefürsorgte Kinder wurden 3.600 Lebensmittelpakete mit je 3 kg Weizenmehl, 2 kg Feinkristallzucker, 2 kg Reis, 1/8 kg Bohnenkaffee, 1/8 kg Kakao und 200 g Milchschokolade ausgegeben. Für die Teilnehmer der Landaufenthaltsaktion 1961 fanden Wiedersehensfeiern in der Wiener Volksoper statt. Bei der ersten Vorstellung am 18. Oktober 1961 wurde die Operette „Die Rose von Stambul" und am 25. Oktober 1961 „Die lustige Witwe" gezeigt. Jeder Urlauber erhielt ein Päckchen mit Süßigkeiten. Die Gesamtkosten der Landaufenthaltsaktion für Dauerbefürsorgte inklusive der Pakete betrugen 1,711.241 S.

Landaufenthaltsaktion für Körperbehinderte. In der Zeit vom 17. bis 31. Mai 1961 waren in der Pension „Schwarz" in Tauchen bei Mönichkirchen 39 weibliche Teilnehmer mit drei Fachgehilfinnen und einer Betreuerin untergebracht. In der Pension „Gusenbauer" in Saxen bei Grein befanden sich vom 24. Mai bis 6. Juni 1961 38 Teilnehmer mit vier Fachgehilfen und einer Betreuerin. Die Kosten dieser Landaufenthaltsaktion für Körperbehinderte betrugen 38.600 S.

Den Dauerbefürsorgten der Stadt Wien wurden 8.926 Freikarten zur Verfügung gestellt, und zwar 6.300 Karten des Raimundtheaters für 31 Vorstellungen, 1.426 Karten des Zirkus „Amar" für 2 Vorstellungen, 100 Karten des Zirkus „Busch" für 1 Vorstellung, 1.000 Karten der Wiener Stadthalle für eine Sylvesterveranstaltung und 100 Karten für ein Konzert „Erblindeter Künstler". Außerdem stellte die Wiener Stadthalle, gegen einen Betrag von 35.000 S, 7.589 Stück Eintrittskarten für die Vorstellung der Wiener Eisrevue am 22. Dezember zur Verfügung. Bürgermeister *Jonas* spendete für die Be-

sucher der Tagesheimstätten einen Betrag von 22.788 S, der zum Ankauf von 5.342 Faschingskrapfen und 5.525 Weihnachtsstriezel verwendet wurde.

Aus US-Überschußgütern wurden 8.528 kg Mehl übernommen und für verschiedene Aktionen verwendet.

Wie alljährlich wurde an alle Dauerbefürsorgten und Mitunterstützten, befürsorgten Rentenwerber, Tuberkulosekranken, Teilnehmer der Arbeitstherapeutischen Kurse sowie Bezieher einer außerordentlichen Zuwendung im Zuge der Weihnachtspaketaktion 9.550 Lebensmittelpakete ausgegeben, deren Gesamtkosten mehr als 300.000 S betrugen. Jedes Paket enthielt 1 kg Feinkristallzucker, 1 Paket Spezial-Mürbkeks, 1/8 kg Bohnenkaffee, 2 Tafeln Milchschokolade und 2 Dosen Rindsgulasch.

Arbeitstherapeutische Kurse für Körperbehinderte. Infolge der guten Beschäftigungslage, bedingt durch die Hochkonjunktur, ist die Zahl der Kursbesucher etwas gesunken; sie betrug im Durchschnitt ca. 90. Menschen mit geringen Behinderungen, die früher als Arbeitskräfte nicht unterzubringen waren, bekommen jetzt viel leichter einen Arbeitsplatz. Es besuchen daher nur mehr extrem schwierige Fälle den Kurs, die aber eine intensivere und vor allem längere Unterweisung erfordern. Aus der gleichen Ursache sank die Zahl der Vermittlungen auf normale Arbeitsplätze. Die Kosten des Betriebes der arbeitstherapeutischen Kurse betrugen 338.821 S, denen Einnahmen aus den Erlösen für Neuanfertigungen und Reparaturen von 129.693 S und aus den Beiträgen zahlender Kursteilnehmer von 20.369 S gegenüberstehen. Aus den Mitteln der *Körperbehindertenfürsorge* wurden 40 Personen Aushilfen im Betrage von 21.294 S bewilligt; inbegriffen sind die Aufwendungen zur Berufsausbildung in der Bundesfachschule für Technik. Außerdem wurden sechs Parteien Sachaushilfen gewährt.

Die seit dem 1. April 1959 bestehenden Richtsätze für die Gewährung von *Fahrtbegünstigungen* wurden durch Beschluß des Gemeinderatsausschusses IV mit Wirkung ab 1. November 1961 um durchschnittlich 18 Prozent erhöht; dabei sind Einkünfte von im Haushalt lebenden Kindern und Enkeln unter 18 Jahren bei der Berechnung des Familieneinkommens außer Betracht zu lassen, vom Einkommen älterer Kinder und Enkel bleiben 250 S bzw. 400 S außer Ansatz, was eine weitere Verbesserung der Richtsätze darstellt. Fahrtbegünstigungen wurden 3.462 Körperbehinderten, darunter 2.138 Blinden, mit einem Aufwand von 1,226.800 S bewilligt.

Als *zusätzliche Fürsorge* wurden 155 Personen Aushilfen im Gesamtbetrage von 66.231 S gewährt; 25 Personen erhielten Sachaushilfen. 112 notleidenden Künstlern wurden Aushilfen im Gesamtbetrage von 68.600 S gewährt.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1961 trat die 2. Novelle zum *Blindenbeihilfengesetz* vom 16. November 1956 in Kraft, wodurch die bisher mit 2.000 S festgelegte Einkommensgrenze für Vollblinde auf 5.000 S und jene für praktisch Blinde von 1.850 auf 4.500 S erhöht wurden. Der Steigerungsbetrag für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen wurde auf 500 S hinaufgesetzt. Diese gesetzliche Regelung brachte einen Zuwachs von 34 Beziehern von Blindenbeihilfe, deren Einkommen vorher die festgesetzte Grenze überschritten hatte. Weiters wurden die Voraussetzungen neu formuliert, unter welchen die Bezieher einer Blindenbeihilfe eine Änderung ihres Gesamteinkommens zu melden haben. War vorher jede Änderung um mehr als 50 S monatlich dem Magistrate anzuzeigen, so beschränkt sich die Meldepflicht nunmehr auf jene Fälle, in denen das Einkommen bereits mehr als 4.000 S monatlich beträgt oder durch die Änderung diesen Betrag überschreitet. Im Jahre 1961 wurden 601 Neuanträge auf Gewährung von Blindenbeihilfe gestellt, 106 Bezieher schieden durch Tod aus, 53 Anträge waren am 31. Dezember 1961 unerledigt. Zum gleichen Zeit-

punkt standen 2.704 Blinde, 285 mehr als im Vorjahr, im Bezuge der Blindenbeihilfe. Der Gesamtaufwand erreichte 13,654.110 S.

Aus den Mitteln der *Opferfürsorgeabgabe* wurden Kriegsopfer, politische Opfer und Zivilinvalide zusätzlich befürsorgt.

Kriegsopfern wurden insbesondere Aushilfen, Studienbeihilfen, Darlehen und Erholungsfürsorge unter Mitwirkung des Kriegsopferverbandes gewährt, Kriegsblinden Darlehen und Aushilfen unter Mitwirkung des Verbandes der Kriegsblinden Österreichs. Die Aufwendungen hiefür betrugen insgesamt 2,563.949 S. In 886 Fällen wurden Zivilinvaliden Aushilfen im Betrage von 276.790 S gegeben. Den Opfern politischer Verfolgung wurden in 1.236 Fällen einmalige Aushilfen im Gesamtbetrage von 436.250 S zugewendet. Im Jahre 1961 wurden aus dem Erlös der Opferfürsorgeabgabe insgesamt 3,276.989 S ausgegeben.

Die Reinerträge der 132. *Wiener Armenlotterie* im Betrage von 183.721 S und der im Betrage von 137.939 S im Dezember 1961 abgeschlossenen 133. Wiener Armenlotterie wurden den Bezirksvorstehern zur Verfügung gestellt. Die öffentliche Häusersammlung für die Tuberkulosekranken und Bresthaften Wiens in der Zeit vom 1. bis 7. Juni 1961 erbrachte einen Ertrag von 762.145 S, die für das „Wiener Sozialwerk" in der Zeit vom 1. bis 7. September 1961 einen Ertrag von 670.332 S und die für die „Armen Wiens" in der Zeit vom 1. bis 7. Dezember 1961 ein vorläufiges Ergebnis von 859.845 S.

In der Verwaltung des Magistrats stehen 48 Stiftungen. Im Jahre 1961 wurde eine Stiftung aufgelöst, eine andere übernommen. Aus Stiftungserträgnissen wurden für Legate, Aushilfen und Graberhaltungen 36.494 S aufgewendet. Die Stiftungsverwaltung verkaufte zwei Liegenschaften, verpachtete zwei Liegenschaften und eine Eigenjagd, und erwarb Wertpapiere im Nominalwert von insgesamt 1,102.000 S.

OPFERFÜRSORGE

Im Jahre 1961 wurden die noch offenen Parteienanträge nach dem Stand der 11. Novelle des Opferfürsorgegesetzes bearbeitet. Die Rentenakten waren einer periodischen Prüfung zu unterziehen und Rentenänderungen vorzunehmen.

Auf Grund eines Einschauberichtes des Rechnungshofes beim Bundesministerium für soziale Verwaltung wurden statistische Unterlagen für die Opferfürsorge angelegt. Mit Stichtag 1. Juni 1961 wurde eine Statistik der Renten, mit 15. November 1961 eine Statistik der Anspruchsberechtigten (Amtsbescheinigungen und Opferausweise) erstellt. Zu diesem Zweck mußten ungefähr 100.000 Katasterblätter überprüft, ergänzt und teilweise berichtigt werden. Durch die Verlautbarung der 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz im BGBl. Nr. 101/1961, die jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft tritt, ergab sich die Notwendigkeit einer durchgreifenden Umorganisation des Referates und die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen. Die Novelle bringt eine Erhöhung der bisher zuerkannten Haftentschädigungen sowie eine Erweiterung des Kreises der Entschädigungsberechtigten, und zwar für Freiheitsverlust (Internierung in Deutschland oder in mit diesem verbündeten oder im Krieg befindlichen Staaten), für Leben im Verborgenen, Tragen des Judensternes, für Verdienstentgang und Abbruch der Berufsausbildung.

Das zur Bewältigung des Aktenanfalles im Zuge der 12. Novelle neu zugeteilte Personal mußte mit den Bestimmungen des Opferfürsorgegesetzes und der 12. Opferfürsorge-Novelle sowie mit der Problematik der Anwendung dieses Gesetzes vertraut gemacht und eingeschult werden. Die Schulung wurde durch eine Besichtigungsfahrt in das KZ Mauthausen, durch geschichtliche Vorträge über die Zeit vom Jahre 1927 bis zur Beendigung des zweiten Weltkrieges und

Vorführung eines KZ-Filmes ergänzt. Seit Verlautbarung der 12. Novelle bis Ende 1961 gingen ungefähr 25.000 Anträge ein.

Am 1. Oktober 1961 wurde die Zahl der Referenten von 16 auf 24 erhöht. Es wurden 4.946 Bescheide erlassen und 23.755 Zwischenerledigungen durchgeführt. Der Gesamtstand der am 31. Dezember 1961 noch offenen Parteienanträge betrug 26.980, vor allem Anträge nach der 12. Novelle; es fanden 13.225 Parteienvorsprachen statt.

FLÜCHTLINGSFÜRSORGE

Im Auftrag des Bundesministerium für Inneres wurde die Verwaltung von Flüchtlingslagern fortgesetzt.

Im Jahre 1961 verminderte sich die Zahl der Bewohner der beiden Flüchtlingslager, V., Am Hundsturm 18, und XI., Haidestraße 2, von 768 auf 553 Personen, von denen 465 die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben.

Auf Grund einer Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Inneres stellt der Magistrat der Stadt Wien Flüchtlingen, die bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, Mandatsflüchtlinge oder deutsche Staatsbürger sind, Wohnungen zur Verfügung. Von den in Betracht kommenden 89 Familien wurden 24 Familien mit 53 Personen aus dem Lager Hundsturm und 16 Familien mit 47 Personen aus dem Lager Haidestraße durch die Gemeinde Wien in Wohnungen untergebracht. Infolge von Integrationsmaßnahmen des UNO-Hochkommissariates konnten 13 Familien mit 28 Personen und durch Auswanderung 13 Familien mit 22 Personen die beiden Lager verlassen.

Die Betreuung der Lagerinsassen beschränkte sich auf die Gewährung der Unterkunft gegen Entrichtung eines Lagerbenützungsentgeltes und des Betriebskostenanteiles. Hilfsbedürftige wurden auf Kosten des Fürsorgeverbandes, acht Personen auf Kosten des Bundes unterstützt.

Die Kosten für die Verwaltung der beiden Lager sowie die Betreuung der bundesbefürsorgten Flüchtlinge betrugen 825.825 S. Hievon hat der Bund 580.599 S ersetzt. 238.026 S wurden von den Lagerinsassen hereingebracht.

FÜRSORGEVERBANDSKOSTEN

Der Stadt Wien erwachsen durch Befürsorgung kranker, alter oder aus anderen Gründen hilfsbedürftiger Personen ansehnliche Ausgaben. Vordringlichste Aufgabe der Magistratsabteilung für Fürsorgeverbandskosten als Bezirks- und Landesfürsorgeverband Wien ist im wesentlichen, diese Ausgaben nach Möglichkeit unter Vermeidung von Härten, vom Befürsorgten, seinen unterhaltspflichtigen Angehörigen oder von dritten Personen, gegen die der Hilfsbedürftige für die Zeit der Unterstützung Rechtsansprüche auf Leistungen zur Deckung des Lebensbedarfes hat, hereinzubringen. In allen Fällen ist zu prüfen, ob alle Rechtsansprüche des Hilfsbedürftigen gegen die Sozialversicherungsträger, nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz, aus Leibrentenverträgen oder auf Ruhegehalte öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Art berücksichtigt wurden, bevor der nur subsidiär verpflichtete Fürsorgeverband die Kosten übernimmt. Dazu kommt noch die Erstattung des Fürsorgeaufwandes an auswärtige Fürsorgeverbände und die Übernahme der dem Fürsorgeverband Wien als uneinbringlich aufgerechneten Fürsorgekosten.

Zur zivilrechtlichen Einbringung des Fürsorgeaufwandes mußten 252 Unterhalts- und Mahnklagen eingebracht und gegen säumige Zahler 302 Exekutionen geführt werden. In 54 Fällen wurden Grundbuchseingaben verschiedener Art durchgeführt. Diese Tätigkeit erforderte Tagsatzungen, Streitverhandlungen usw., die mit 273 Gerichtsinterventionen verbunden waren. Mit Ausnahme der Gerichtsvertretungen hat sich gegenüber dem Vorjahr nur ein leichter Rück-

gang der Zahl der Fälle ergeben; die Zahl der Exekutionen ist gestiegen. Bei der zwangsweisen Durchsetzung traten manchmal Schwierigkeiten auf, so mußte in einer Klagesache auf Grund des Bescheides des Präsidenten des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen Wien vom 27. November 1961, trotz der Gebührenbefreiung gemäß § 28 Abs. 1 der Verordnung über die Fürsorgepflicht, die Gebühr des Sachverständigen vom klagenden Fürsorgeverband getragen werden. In der Begründung des Bescheides wurde ausgeführt, daß unter „Gebühren und Stempel" nur Gerichtsgebühren zu verstehen sind, für welche die Gebührenbefreiung gilt, nicht aber die Barauslagen. Die Hereinbringung von Erhaltungsbeiträgen durch geschiedene Gatten ist fast immer mit Schwierigkeiten verbunden. In einem Fall, in welchem die geschiedene Gattin einen monatlichen Erhaltungsbeitrag durch die Stadt Wien erhält, wurde gegen deren Gatten im Klagewege nach den Bestimmungen des Ehegesetzes vorgegangen; die Ehe war aus beiderseitigem Verschulden geschieden. Die Entscheidung des Bezirksgerichtes Gänserndorf stellte fest, daß die geschiedene Ehegattin keinen Rechtsanspruch auf Unterhaltsleistung hat, sondern ihrem Gatten lediglich aus Billigkeitsgründen eine Beitragsleistung zugemutet werden kann. Die gegen diesen Beschluß erhobene Berufung wurde mit dem Hinweis abgewiesen, daß Billigkeitsurteile nur rechtsgestaltender Natur sind, eine Leistungspflicht also erst mit Rechtskraft des Urteiles konstitutiv begründet und gemäß § 68 Ehegesetz überhaupt existent wird. Auch im Verlassenschaftsverfahren wurden Versuche unternommen, von Erben Unterhaltsbeiträge hereinzubekommen. Das Bezirksgericht Bad Ischl hat in einer Entscheidung vom 26. September 1961 festgestellt, daß eine bedingte Erbserklärung eine nachträgliche jure-crediti-Einantwortung nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes nicht ausschließt, und somit das Verlassenschaftsgericht zu einer solchen Vorgangsweise berechtigt ist. In einigen Fällen sozialversicherungsrechtlicher Art wurden in der Frage der Anspruchsberechtigung der Angehörigen nach § 123 ASVG, wichtige Entscheidungen gefällt. Nach Urteil des Schiedsgerichtes der Sozialversicherung für Wien vom 27. Juni 1961, ist der Krankenversicherungsträger zur Tragung von Pflegegebühren sowie zur Bezahlung der Blutersatz- und Transportkosten im gesetzlichen Ausmaß verhalten, wenn das Einkommen des Vaters für eine volle Unterhaltsleistung nicht ausreicht. Mit Urteil vom 12. September 1961 wurde dagegen die subsidiäre Unterhaltspflicht der Mutter mit Rücksicht auf die Höhe des Einkommens des Vaters nicht angenommen. Einige Klagen, die die Stadt Wien als Fürsorgeträger gegen die Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten einbrachte, wurden vom gleichen Schiedsgericht wegen sachlicher Unzuständigkeit zurückgewiesen, da die Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes über die Beziehungen der Versicherungsträger zu den Fürsorgeträgern (§§ 323 bis 330 ASVG) gegenüber der Krankenversicherung der Bundesangestellten als Sonderversicherung nicht zur Anwendung kommen. Dies erscheint, im Hinblick auf die Zuständigkeitsvoschrift des § 354 Ziffer 3 ASVG für Streitigkeiten über Ersatzansprüche der Fürsorgeträger, von besonderer Bedeutung. Einen gleichen Zurückweisungsbeschluß faßte das Schiedsgericht der Sozialversicherung für Oberösterreich gegen den oberösterreichischen Fürsorgeträger.

Demgegenüber war das Amt in einem mit der Meisterkrankenkasse des Handwerks für Wien geführten Rechtsstreit, der die Bezahlung von Pflegegebühren für einen im Altersheim der Stadt Wien Lainz untergebrachten, jedoch zur Krankenbehandlung in das Sophienspital der Stadt Wien beurlaubten Pflegling zum Gegenstande hatte, erfolgreich. Aus der Begründung dieses Erkenntnisses ist hervorzuheben, daß, nach einer Bestimmung der Satzung der

Meisterkrankenkasse des Handwerkes, das Ruhen der Beitragspflicht und die Anspruchsberechtigung auf den Aufenthalt in einer Versorgungsanstalt der öffentlichen Fürsorge und nicht auf die Zugehörigkeit zu einer solchen Anstalt abgestellt ist. Bei dieser Sachlage bleibt außer Betracht, ob dabei durch die Tragung der Spitalskosten die Meisterkrankenkasse im Verhältnis zur Beitragspflicht überhöht belastet wird. Aus dem Gebiete des Ausgleichszulagenrechtes sei noch das Urteil vom 13. Jänner 1961 erwähnt, in dessen Entscheidungsgründen ausgeführt wurde, daß Unterhaltungsverpflichtungen gegenüber einem geschiedenen Gatten auch dann bestehen, wenn sich dieser im Ausland aufhält und auf Grund von Rechtshilfeverträgen die Möglichkeit einer Eintreibung von Unterhaltsforderungen auf Grund von inländischen Exekutionstiteln besteht.

Die Magistratsabteilung für Fürsorgeverbandskosten führt nicht nur die Repatriierung österreichischer Staatsbürger aus dem Ausland durch, sondern auch die Heimschaffung von Ausländern, die im Bereich des Fürsorgeverbandes hilfsbedürftig wurden und deren Befürsorgung durch Anstaltspflege eine Dauerbelastung für den Fürsorgeverband darstellen würde. Letzteres liegt nicht nur im Interesse des Fürsorgeverbandes, sondern in den meisten Fällen ebenso im Interesse des Ausländers, da es sich oft um Personen handelt, die außer ihrer Anstaltsbedürftigkeit der mitfühlenden Hilfe durch Verwandte und Freunde bedürfen. In letzter Zeit war in stark zunehmendem Ausmaß zu Ansuchen von Ausländern um Einreisevisen oder zur dauernden Niederlassung in Österreich vom fürsorgerechtlichen Standpunkt Stellung zu nehmen. Um eine eventuelle zukünftige Belastung des Fürsorgeverbandes Wien tunlichst zu verhindern, wurden die Einkommensquellen dieser Personen genau überprüft.

Einige der im Jahre 1961 in der Gesetzgebung erfolgten Änderungen und Neuerungen, unter anderem die 9. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, die 5. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, die Abänderung des Kriegsopferversorgungsgesetzes, des Wohnungsbeihilfengesetzes, des Familienlastenausgleichsgesetzes und des Kinderbeihilfengesetzes, betreffen zwar den Geschäftsbereich der Abteilung, sie hatten aber keine wesentliche Änderung der bisherigen Verwaltungstätigkeit zur Folge.

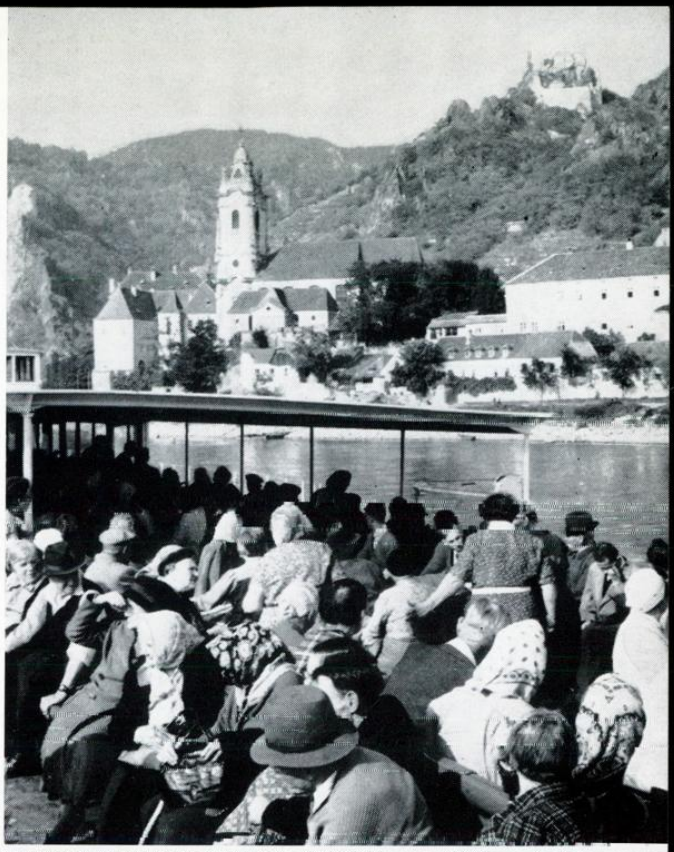
Die bisher umstrittene Frage, ob bei Unterbringung eines versicherten Erkrankten in einer öffentlichen Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke, dem Fürsorgeträger für die ungedeckte Kostenhälfte ein Regreßrecht zusteht, ist durch die 9. Novelle zum ASVG abschlägig geklärt; auf diese vorauszusehende gesetzliche Entwicklung wurde schon bei der im Laufe des Jahres 1961 ausgeübten Verwaltungstätigkeit Bedacht genommen.

Die nachträgliche Zuerkennung von Übergangsrenten nach dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz wurde im Jahre 1961 abgeschlossen, so daß sich die Rentenersätze (Rückersatz von Fürsorgeleistungen aus den Retennachzahlungen) im Jahre 1961 vermindert haben.

Laut Gemeinderatsbeschluß vom 26. Mai 1961 werden von der Stadt Wien als Träger der öffentlichen Fürsorge ab 1. Mai 1961 Sonderzahlungen (14. Monatsbezug) auf Grund des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und eines öffentlich-rechtlichen oder privat-rechtlichen Dienstverhältnisses nicht beansprucht, und zwar auch dann nicht, wenn Zessionen einen solchen Anspruch begründen würden.

Mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1961 wurden die für den Rückersatz von Fürsorgeleistungen geltenden Richtlinien abgeändert und damit verschiedene Verbesserungen für die Verpflichteten, insbesondere für kinderreiche Familien, geschaffen.

1.300 Wienerinnen und Wiener aus den Altersheimen unternahmen einen Schiffsausflug in die Wachau



Fürsorgewesen

Die Wiener Philharmoniker konzertieren im städtischen Altersheim Lainz





Das ehemalige Rochusspital wurde in eine Krankenabteilung des Altersheims Baumgarten umgewandelt

Anstaltenamt

Ein neues Hausgehilfinnenheim wurde in der Rahlgasse eröffnet



Im Jahre 1961 haben die Krankenanstalten der Stadt Wien, die Heil- und Pflegeanstalten für Nerven- und Geisteskranke „Am Steinhof" und Ybbs, das Altersheim Lainz, der Sanitäts- und Rettungsdienst und die Wiener Städtischen Herbergen für Obdachlose der Magistratsabteilung für Fürsorgeverbandskosten in 20.804 Fällen hilfsbedürftiger Personen uneinbringliche Pflege- und Krankenbeförderungsgebühren, Blutersatzgebühren und Taschengelder für Pfleglinge der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe von insgesamt 77,719.383 S aufgerechnet. Diese Fälle wurden an Hand der Pflegegebühren- und Krankentransportakten meritorisch und rechnungsmäßig dahin geprüft, ob der betreffende Hilfsbedürftige oder seine unterhaltspflichtigen Angehörigen und sonstige ersatzpflichtige Dritte (Kranken-, Pensionsversicherungsträger usw.) den Kostenersatz geleistet haben und ob schließlich die Verrechnung der als uneinbringlich festgestellten Gebühren zu Lasten des Wiener Fürsorgeverbandes sachlich begründet ist. Von diesen 20.804 Aufrechnungsfällen mußten 323 Fälle mit einem Aufrechnungsbetrag von 873.636 S, entsprechend begründet, als nicht übernahmsreif ausgeschieden werden. Die Akten wurden den betreffenden Pflegegebührenstellen oder den Fachdezernaten der Magistratsabteilung für Fürsorgeverbandskosten zur Erhebung einer Klage oder Einleitung eines fürsorge- oder sozialversicherungsrechtlichen Streitverfahrens abgetreten. Im Jahre 1961 konnten 234 solcher Ausscheidungsfälle mit einem Betrag von 440.433 S positiv erledigt werden.

Die Gesamteinnahmen der Abteilung betrugen im Jahre 1961 9,930.198 S, die Gesamtausgaben 81,655.698 S.

SOZIALVERSICHERUNG

Im Jahre 1961 wurden die sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften durch zahlreiche Gesetze und Verordnungen neuerlich abgeändert, und zwar durch das Bundesgesetz vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensions-(Renten-)versicherung und Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland (Auslandsrenten-Übernahmegesetz — ARÜG),

das Bundesgesetz vom 21. Juni 1961, mit dem das Notarversicherungsgesetz 1938 abgeändert und ergänzt wird (6. Novelle zum Notarversicherungsgesetz 1938),

das Bundesgesetz vom 21. April 1961, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 neuerlich abgeändert wird,

die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 27. Mai 1961, mit der die 9. Durchführungsverordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz neuerlich abgeändert wird (12. Durchführungsverordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz),

die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 17. Dezember 1961, mit der die 9. Durchführungsverordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz neuerlich abgeändert wird (13. Durchführungsverordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz),

die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 1. Jänner 1961 über die Festsetzung des Betrages, der gemäß § 73 Abs. 5 ASVG von den zur Auszahlung gelangenden Renten (Rentensonderzahlungen) einzubehalten ist,

die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 7. Februar 1961, womit die Verordnung vom 23. Jänner 1958 über Änderungen in der Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 509 ASVG als in diese Versicherung einbezogen geltenden Personen neuerlich abgeändert wird,

die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 7. Fe-

bruar 1961, womit die Verordnung vom 16. Dezember 1959 über die Einbeziehung weiterer Personengruppen in die Krankenversicherung abgeändert wird,

die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 5. Juli 1961 zur Wahrung der Gegenseitigkeit für die Gewährung von Leistungen aus der Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika,

die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 5. Juli 1961 zur Wahrung der Gegenseitigkeit für die Gewährung der Leistungen aus der Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika,

die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 6. Dezember 1961 zur Wahrung der Gegenseitigkeit für die Gewährung der Leistungen aus der Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherung, und die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 6. Dezember 1961 zur Wahrung der Gegenseitigkeit für die Gewährung der Leistungen aus der Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung gegenüber dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nord-Irland.

Durch diese Gesetze und Verordnungen entstanden neue Rechtsfragen. Es war daher erforderlich, die Änderungen, die durch diese Gesetze und Verordnungen eintraten, in Dienstbesprechungen in der Magistratsabteilung für Sozialversicherung ausführlich zu behandeln und zu erläutern, da sie bei der Verwaltungsarbeit neben allen anderen gesetzlichen Änderungen auf den damit zusammenhängenden Rechtsgebieten zu beachten waren. Die angeführten neuen oder abgeänderten und ergänzten Gesetze und Verordnungen mußten sowohl den Entscheidungen in Sozialversicherungsangelegenheiten zugrunde gelegt als auch insbesondere bei Rechtsauskünften an Behörden und auskunftssuchende Parteien berücksichtigt werden. Es ergab sich dadurch eine Zunahme an Verwaltungsarbeit, deren Umfang im Jahre 1961 aus den im folgenden angeführten Zahlen der eingelangten Geschäftsstücke ersichtlich ist.

Bei der Magistratsabteilung für Sozialversicherung sind insgesamt 2.104 Geschäftsstücke eingelangt, darunter 707 Einsprüche gegen Bescheide der Wiener Gebietskrankenkasse und der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten und Arbeiter und 89 Einsprüche gegen Bescheide der Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. 41 Einsprüche gegen Bescheide der Pensionsversicherungsträger in Begünstigungsangelegenheiten wurden von Personen eingebracht, die in der Zeit vom 4. März 1933 bis 9. Mai 1945 aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten haben. 163 Einsprüche richteten sich gegen Bescheide der Versicherungsträger in Angelegenheiten der Weiterversicherung und Höherversicherung, 99 Einsprüche gegen Beitragsvorschreibungen und 166 Einsprüche gegen Beitragszuschläge. Zahlreiche Verhandlungen dienten zur Klarstellung des Sachverhaltes.

Im Jahre 1961 langten 16 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden und zwei Verfassungsgerichtshofbeschwerden gegen Bescheide der Magistratsabteilung für Sozialversicherung ein. Zu vier Verhandlungen vor dem Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof wurde ein Vertreter entsendet. Gegen Bescheide der Magistratsabteilung für Sozialversicherung wurden 175 Berufungen eingebracht.

Über sechs Gesetzesentwürfe wurden Gutachten abgegeben. Schließlich langten noch 111 Erlässe und Normalien und 437 Schriftstücke verschiedener Art ein.

Die Magistratsabteilung für Sozialversicherung führt auch die Geschäfte der Obereinigungskommission nach der Wiener Landarbeitsordnung. Insgesamt sind vier Dienststücke der Obereinigungskommission eingelangt. Es fand eine Sitzung statt, in der die Hinterlegung von Kollektivverträgen genehmigt wurde.

STÄDTISCHE KRANKEN- UND WOHLFAHRTSANSTALTEN

Im Jahre 1961 brachte die Gesetzgebung den Pflegegebührenstellen der Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten zwar keine Verwaltungsvereinfachung, doch hatte sie eine gewisse finanzielle Entlastung des Fürsorgeaufwandes zur Folge.

Mit der 8. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 294/1960, wurden jene Bezieher einer Rente aus der Unfallversicherung, die als Schwerversehrte gelten, und die Bezieher einer Witwenrente, sofern der Versicherungsfall vor dem 1. Jänner 1939 eingetreten ist, in die Krankenversicherung der Rentner einbezogen. Bis zum 31. Dezember 1960 hatten die Witwen, deren Ehegatten vor dem 1. Jänner 1939 gestorben waren, keinen Anspruch auf Witwenrente. Mit Wirkung vom 1. Jänner 1961 wurde diesem, wenn auch nur relativ kleinen Personenkreis, der Anspruch auf Witwenrente eingeräumt. Außerdem wurden die sogenannten Altrenten, das sind Renten, die nach den vor dem 1. Jänner 1956 in Geltung gestandenen Vorschriften bemessen worden sind, nachgezogen. Die Erhöhung dieser Renten erfolgt in drei Etappen und wird sich erst am 1. Jänner 1963 voll auswirken.

Um die Verwaltung zu rationalisieren, zu vereinfachen und billiger zu gestalten, wurde zunächst in der Pflegegebührenstelle des Wiener Allgemeinen Krankenhauses das Umdruckverfahren eingeführt. Durch Einsatz von zwei Universal-Umdruckmaschinen wurde erreicht, daß der Aufnahmeakt mit allen Erfordernissen mechanisch hergestellt wird und Abschriften früherer Vorgänge mit geringstem Zeitaufwand hergestellt werden können. Der Einsatz dieser Maschinen und die Reorganisation des Aufnahmedienstes ermöglichte Personalverminderungen.

Im Jahre 1961 haben sich bei der Zuteilung des für die Aufrechterhaltung des Anstaltsbetriebes erforderlichen Personales große Schwierigkeiten ergeben. Ein beträchtlicher Teil der neu eingestellten Bediensteten blieb bereits nach einigen Tagen der Dienststelle fern. Der stete Personalwechsel wirkte sich äußerst nachteilig auf den Fortgang der Arbeiten aus und brachte allen mit der Ergänzung der Personalstände befaßten Stellen eine große zusätzliche Arbeitsbelastung. Das von Jahr zu Jahr ansteigende Urlaubsausmaß sowie die Ausfälle infolge Erkrankungen verschärfen diese Lage noch. Im Jahre 1961 haben die Ausfälle 678.127 Kalendertage betragen, davon 311.804 an Krankenständen und 366.323 für Urlaube, was einen Tagesdurchschnitt von 1.857 Ausfällen, 854 Krankenstände und 1.003 für Urlaube ergibt. Trotzdem konnten, ermöglicht durch verschiedene organisatorische Maßnahmen, weitere 514 Bedienstete in die 5-Tage-Woche einbezogen werden.

KRANKENANSTALTEN

Der Normalbettenstand der Wiener städtischen Krankenanstalten betrug im Jahre 1961 11.884 Betten. Die für das Budget maßgebende präliminierte Zahl war mit 11.010 Betten festgesetzt. Die Zahl der Pflegetage betrug nahezu 4 Millionen. Mit den in den privaten Krankenanstalten Wiens vorhandenen rund

4.000 Betten entfallen bei einer Einwohnerzahl Wiens von 1,6 Millionen 10 Spitalsbetten auf 1.000 Einwohner. In dieser Zahl sind die rund 6.300 Altersheimbetten, die zu 80 Prozent für bettlägerige oder chronisch-kranke Patienten zur Verfügung stehen, und die rund 3.900 Betten der Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke nicht enthalten.

Im Jahre 1961 betrug die Ausnützungsquote der 11.884 systemisierten Betten im Durchschnitt rund 89 Prozent (10.525 Betten). Da eine Reihe von Krankenabteilungen wegen Adaptierungsarbeiten und wegen Urlaubs gesperrt war, läßt sich unschwer feststellen, daß die Ausnützung der in Wien vorhandenen belegbaren Spitalsbetten eine 100prozentige war, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht.

Abteilungen	Betten insgesamt	in % des Gesamtbestandes	Belegte Betten	Unbelegte Betten insgesamt	in % des Bettenbestandes
Medizinische	3.186	26,8	3.036	150	4,7
Chirurgische	2.080	17,5	1.924	156	7,5
Augen	317	2,7	276	41	12,9
Haut und Lupus	700	5,9	524	176	25,1
Hals-Nasen-Ohren	377	3,2	340	37	9,8
Geburtshilfe	355	3,0	388	33 B. Überbelag	0
Gynäkologie	829	7,0	686	143	17,3
Nerven	701	6,0	608	93	13,3
Infektion	287	2,4	272	15	5,2
Tuberkulose	1.186	10,0	1.032	154	13,0
Urologie	252	2,1	247	5	2,0
Strahlentherapie	90	0,7	81	9	10,0
Orthopädie	80	0,7	74	6	7,5
Kinder:					
Säuglinge und Kleinkinder	286	2,4	260	26	9,1
Infektion	498	4,2	321	177	35,5
Interne	515	4,3	349	166	32,2
Chirurgie	114	1,0	92	22	19,3
Mütterbetten	31	0,3	15	16	51,6
Zusammen	11.884	100,0	10.525	1.392	11,4
				— 33 Überbelag	
				1.359	

Bemerkenswert ist der sogar im Jahresdurchschnitt vorhandene Überbelag in den Abteilungen für Geburtshilfe. Die Ursache liegt im Ansteigen der Zahl der Geburten von 10.424 im Jahre 1956 auf 15.324 Geburten im Jahre 1961, also um rund 50 Prozent, wobei nur die Geburten in den geburtshilflichen Abteilungen der von der Stadt Wien verwalteten Krankenanstalten gezählt sind. Den Geburten stehen rund 11.000 Todesfälle in den städtischen Krankenanstalten gegenüber.

Die Zahl der aufgenommenen Patienten betrug 1961 rund 210.000, dies bedeutet, daß täglich durchschnittlich 570 Patienten aufgenommen und entlassen wurden. In den rund 200 Ambulanzen der Wiener städtischen Krankenanstalten wurden rund 900.000 Personen in 2,8 Millionen Behandlungen ambulatorisch betreut.

Die schon seit Jahren unverändert hohe Ausnützungsquote der Spitalsbetten, die weit über dem Durchschnitt anderer Länder liegt, gibt ein eindeutiges Bild von den Bemühungen, die vorhandene Kapazität der Wiener städtischen Kran-

kenanstalten nahe dem Maximum auszunützen. So erfreulich diese Feststellung ist, gibt sie doch keinen Aufschluß über den wirklich notwendigen Bedarf an Spitalsbetten. Dieser Bedarf geht zeitweise sehr erheblich, und zwar hauptsächlich in den Frühjahrs- und Wintermonaten, über die Zahl der vorhandenen Spitalsbetten hinaus. Auch die Führung eines Reservespitales — im Jahre 1961 wurde in den Zeiten des Spitzenbedarfes die Medizinische Abteilung „Baumgartnerhöhe" mit insgesamt rund 150 Betten als Reservespital geführt — genügte noch nicht, um dem Mangel abzuhelfen. Die Führung eines Reservespitales, das es in dieser Art nur in Wien gibt, blieb aber vorläufig die einzige Möglichkeit, den erhöhten Spitzenbedarf wenigstens zum Teil zu decken, ohne das Spitalsvolumen ganzjährig in unwirtschaftlicher Weise zu vergrößern.

Neben der Führung von Reservespitälern wurde dem Bettenmangel dadurch begegnet, daß man auf Kosten jener medizinischen Fachgebiete, deren Bedarf nicht so groß ist, jenen Fachgebieten (Interne Medizin und Chirurgie), deren Bedarf in stetigem Steigen begriffen ist, Betten zuwies. Trotz allen diesen Bemühungen konnte der Bedarf an Spitalsbetten nicht befriedigt werden. Die Spitze der Zahl nicht untergebrachter Patienten im Jahre 1961 hielt der 17. Jänner, als 212 Spitalsaufnahmewerber nicht untergebracht werden konnten. Im Frühjahr, im Herbst und im Winter schwankt die Zahl der nicht untergebrachten Spitalsaufnahmewerber zwischen 80 und 155 Patienten. Diese Schwankungen hängen wesentlich damit zusammen, daß Spitalsbetten, die für Akutkranke bestimmt sind, durch Altersheimfälle, die als Prokuratiofälle bereits erkannt und diagnostiziert, aber aus Mangel an Altersheimbetten aus den Spitälern nicht abtransportiert werden können, blockiert werden. Durch solche Fälle werden ständig 100 bis 200 Spitalsbetten dem Spitalsbetrieb entzogen. Das Defizit an Altersheimbetten ist eine der Hauptursachen des Bettenmangels der Spitäler. Es wurden daher organisatorische Maßnahmen eingeleitet, um Kranke, die wohl noch einer gewissen Betreuung und fallweisen oder stundenweisen Pflege bedürfen, jedoch nicht mehr spitalsbedürftig sind, nach Hause zu entlassen und durch eine Hauskrankenpflege zu betreuen.

Die Einnahmen für 1961 betrugen rund 384 Millionen Schilling, in denen die Bundesleistung für klinischen Mehraufwand mit 37 Millionen Schilling und weitere Zweckzuschüsse des Bundes mit 27 Millionen Schilling enthalten sind. Die Ausgaben ohne Investitionen beliefen sich auf rund 670 Millionen Schilling, so daß sich ohne Investitionen ein Abgang von 286 Millionen Schilling ergibt.

Das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben hat sich im Jahre 1961 deswegen etwas günstiger als im Jahre 1960 gestaltet, weil mit 15. September 1960 die Pflegegebühren für Selbstzahler pro Patient von 70 S auf 100 S in der III. Gebührenklasse und für Sozialversicherungsträger von 56 S auf 71,50 S erhöht wurden. Da mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger vorerst keine Einigung erzielt werden konnte, hat die Stadt Wien in der Frage der Pflegegebührenerhöhung das zuständige Schiedsgericht beim Rechnungshof angerufen. Die Schiedsgerichtsentscheidung, die Anfang 1961 erfloß, brachte rückwirkend mit dem 15. September 1960 den Pflegegebührenersatz von 71,50 S in den Erwachsenenspitälern und von 71 S in den Kinderspitälern.

Neben rund 24 Millionen Schilling für Inventarerhaltung stand ein Betrag von 9,400.000 S für Inventaranschaffungen zur Verfügung. Im Laufe des Jahres 1961 wurde dieser Betrag durch einen Zuschußkredit um 5 Millionen Schilling auf 14,400.000 S erhöht.

Für die 1961 durchgeführten Bauvorhaben standen insgesamt rund 106 Millionen Schilling neben einem Betrag von rund 22 Millionen Schilling für bauliche Instandsetzungen zur Verfügung. Im Budget war unter anderem für zwei große Bauvorhaben vorgesorgt: 45 Millionen Schilling für die Erweiterung des

Wilhelminenspitales und 12,500.000 S für den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses. Außerdem wurden die Bauten des Wilhelminenspitales auch im Jahre 1961 mit dem hiefür vorgesehenen Betrag weitergeführt, wobei der ehemalige Lupus-Pavillon mit rund 7 Millionen Schilling und die übrige Erweiterung des Krankenhauses mit 38 Millionen Schilling bedacht waren. Der ehemalige Lupus-Pavillon des Wilhelminenspitals wird über 180 Betten verfügen und Mitte 1962 fertiggestellt sein. Die neue Apotheke ist bereits fertiggestellt und Anfang 1964 werden die neuen chirurgischen und internen Pavillons mit 580 Betten, das Zentralröntgeninstitut und das neue Direktionsgebäude bezugsfertig sein.

Der Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses wurde durch einen mit 30. April 1961 befristeten Wettbewerb eingeleitet. Anfang Juli 1961 trat nach einer Vorprüfung das Preisgericht zusammen. Den 23 Juroren lagen 20 Wettbewerbsprojekte vor. Der 1. Preis wurde an die Arbeitsgemeinschaft Architekt Dipl.-Ing. Wolfgang *Bauer*, Wien, der 2. Preis an Architekt Hannes *Lintl*, Wien, und der 3. Preis an die Architekten Dipl.-Ing. Georg *Köhler* und Dipl.-Ing. Felix *Kässens*, Frankfurt am Main, vergeben; sechs weitere Projekte wurden angekauft. Die eingereichten Wettbewerbsprojekte wurden anschließend in einer Ausstellung im Bauzentrum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ein Architektenteam wird unter Beteiligung der Preisträger baureife Entwürfe ausarbeiten. Bund und Gemeinde sind in einem gemeinsamen Beschluß übereingekommen, die Objekte der II. Chirurgischen Universitäts-Klinik und der I. Universitäts-Frauenklinik mit einem Betrag von rund 70 Millionen Schilling so umzugestalten, daß diese beiden Kliniken sich als Teile dem zu bauenden Wiener Allgemeinen Krankenhaus eingliedern. Die Planungen und Besprechungen für dieses Bauvorhaben waren 1961 soweit gediehen, daß der Arbeitsbeginn in Kürze erfolgen kann. Neben diesen beiden geplanten oder in Ausführung begriffenen Großbauvorhaben, Wilhelminenspital und Wiener Allgemeines Krankenhaus, wurden im Jahre 1961 im Krankenhaus Lainz und im Franz Joseph-Spital sogenannte Notstationen mit insgesamt 200 Betten errichtet und fertiggestellt. Die Kosten betrugen inklusive Inventar rund 8 Millionen Schilling je Krankenhaus.

Weiters wurden aufgewendet: Für verschiedene Zu- und Umbauten und für die Erneuerung an Installationen im Allgemeinen Krankenhaus ein Betrag von 1,540.000 S; im Krankenhaus Lainz für Erneuerung und Umbau der Sputumdesinfektionsanlage, 3. Baurate, die Erneuerung des Krankenbettenaufzuges, Pavillon III, den Umbau der Röntgenanlage, Pavillon III a, 1,650.000 S; in der allgemeinen Poliklinik für Adaptierung des Röntgeninstitutes, 2. Baurate, 570.000 S; in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe für Umbau, Aufbau und Heizungseinbau, Pavillon Austria, 3. Baurate, für Wärmespeicherung und Automatisierung, 2. Baurate, sowie für den Umbau, Aufbau und Heizungseinbau, Pavillon Hermann, 1. Baurate, 6,700.000 S; für die Erneuerung der Abwässeranlage des Kinderkrankenhauses Lilienfeld 500.000 S; für Arbeiten im Zusammenhang mit der Müllverbrennungsanlage, 2. Baurate, des Wilhelminenspitales 1,700.000 S; für Kesselhausumbau einschließlich Kesselerneuerung, 2. Baurate, und Wiederaufbau des Wohngebäudes B, 2. Baurate, des Franz Joseph-Spitales 12,200.000 S; für den Umbau des Saales 29, des ehemaligen Speisesaales und der ehemaligen Hauptküche der Krankenanstalt Rudolfstiftung 2,200.000 S und für den Umbau der Küche, 3. Baurate, Aufzugserneuerungen sowie Neubau der Prosektur, 1. Baurate, des Elisabeth-Spitales 3,410.000 S.

Bedingt durch die starke Einschränkung des Unfallbetriebes der Universitätskliniken während der Sommerzeit einerseits und durch die ständige Zunahme der Unfälle, mußte der seit zwei Jahren organisierte Unfalldienst an

der Krankenanstalt Rudolfstiftung auf die chirurgische Abteilung des Wilhelminenspitals ausgedehnt werden. Insgesamt wurden an den beiden Krankenanstalten 30 Unfalldienste durchgeführt und 1.219 Patienten, davon 215 in stationäre Pflege, in Behandlung genommen. Im Vergleich zum Vorjahr ist sowohl eine Steigerung der Unfalldienste als auch eine absolute Vermehrung der Behandlung von Unfallsverletzten eingetreten.

Im Zuge der Förderung wissenschaftlicher Arbeiten in den städtischen Krankenanstalten wurden rund 120 wissenschaftliche Arbeiten eingereicht. Nach eingehender Überprüfung wurden 15 Autoren für ihre wissenschaftlichen Arbeiten prämiiert. Ferner wurden für die Unterstützung laufender Forschungsarbeiten und für die Teilnahme an Kongressen rund 300.000 S ausgegeben.

ALTERSHEIME

Die Zahl der in den städtischen Altersheimen im Jahr 1961 zur Verfügung stehenden Betten wies eine bescheidene Erhöhung um 60 auf nunmehr 6.300 Betten auf; das Altersheim Lainz verfügt über 4.150 Betten, das Altersheim Baumgarten mit Rochusheim hat 1.210, das Altersheim Liesing 740 und das Altersheim St. Andrä 200 Betten.

Trotzdem konnte dem schon seit Jahren fühlbaren Mangel an Betten für Pflegefälle nicht abgeholfen werden. Im Jahre 1961 wurden 4.535 Pfleglinge in die Altersheime aufgenommen. Die Zahl der Sterbefälle in den Altersheimen fiel von 3.261 auf 3.187.

Die im Jahre 1959 begonnene Adaptierung des ehemaligen St. Rochusspitals zu einem modernen Altersheim für kranke Pfleglinge wurde beendet und das St. Rochusheim am 15. Mai 1961 mit einem Bettenstand von 110 Krankenbetten eröffnet. Verwaltungsmäßig ist diese Anstalt dem Altersheim Baumgarten angegliedert. Bei der Ausgestaltung dieses Heimes wurde auf die Wohnlichkeit der Krankenzimmer und Aufenthaltsräume im Sinne einer modernen Raumgestaltung besonderer Wert gelegt. Eine geschlossene Veranda wurde zu einem Wintergarten ausgebaut und bietet nun den Patienten, vor allem während der schlechten Jahreszeit, einen angenehmen Aufenthalt. Mit Fernsehgeräten und Lautsprechern ausgestattete Tagräume sowie eine Pfleglingsbibliothek sorgen für Unterhaltung und Zerstreuung. Der Anstaltsgarten wurde unter Erhaltung des alten Baumbestandes zeitgemäß umgestaltet und wird von den Pfleglingen gerne aufgesucht.

Im Altersheim Baumgarten wurde mit der Errichtung einer neuen Krankenstation für 60 pflegebedürftige Patienten begonnen.

HEIL- UND PFLEGEANSTALTEN FÜR GEISTESKRANKE

Die Aufnahmen in die Wiener städtischen Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke sind von 4.608 im Jahre 1960 auf 4.468 im Jahre 1961 gesunken. Davon waren 2.402 Männer und 2.066 Frauen. Im Jahre 1961 sank die Zahl der Gesamtabgänge, gegenüber 1960, um 195 auf 4.426, davon entfallen 672 auf verstorbene und 3.754 auf entlassene Patienten. In der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof" wurden die Arbeiten für den Anschluß des Heizungssystems an die Müllverbrennungsanlage fortgesetzt.

LEHRLINGS-, LEHRMÄDCHEN- UND DURCHZUGSHEIME

Der Belag in den Lehrlings-, Lehrmädchen- und Durchzugsheimen ist auch im Jahre 1961 weiter zurückgegangen. Aus Ersparungsgründen wurden daher bereits im Februar 1961 drei Gruppen gesperrt, je eine Gruppe in den Lehrlings-

heimen Leopoldstadt und Am Augarten und eine Gruppe im Lehrmädchenheim Nußdorf. Der Rückgang des Belages ist in erster Linie auf geburtenschwache Jahrgänge zurückzuführen, die nun das Lehrlingsalter erreichen.

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Wien vom 30. Juni 1961 wurden die Pflegegebührenbeiträge der Lehrlinge in den Lehrlingsheimen der Stadt Wien neu festgesetzt. Das frei verfügbare Taschengeld der Zöglinge konnte allgemein wesentlich erhöht werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, daß bei guter Führung das Taschengeld entsprechend vermehrt wird.

Im *Lehrlingsheim „Am Augarten"* wurde eine zentrale vollautomatische Ölheizung installiert und der Hof unter Einbeziehung des benachbarten Schulhofes zu einem Spielplatz mit Flutlichtanlage umgestaltet.

Im *Lehrlingsheim Weidlingau* konnte der Spiel- und Sportplatz fertiggestellt werden. Die Zöglinge errichteten in der Freizeit einen Tennisplatz, eine Minigolf- und eine Kleinbahnanlage. Außerdem wurde das Heim mit beträchtlichem Kostenaufwand an die Hochquellenwasserleitung angeschlossen.

Im *Lehrmädchenheim Nußdorf* kam es zur Fertigstellung der Zentralheizungsanlage sowie zum Umbau und zur Modernisierung der sanitären Anlagen.

Im Zuge der baulichen Neugestaltung der Räume des *Durchzugsheimes Rochusgasse* wurde ein Besuchszimmer und eine Lehrküche geschaffen. Die bereits in den Vorjahren begonnene Modernisierung der Gruppeneinrichtungen und der Bekleidung der Zöglinge wurde mit einem Kostenaufwand von 600.000 S fortgesetzt. Im Jahre 1961 konnten in den drei Lehrlingsheimen 74, im Lehrmädchenheim 16, zusammen 90 Zöglinge zum erfolgreichen, teils sogar ausgezeichneten Abschluß ihrer Lehrzeit geführt werden.

SANITÄTSRECHTSANGELEGENHEITEN

Von den gesetzlichen Vorschriften, die im Jahre 1961 in Sanitätsrechtsangelegenheiten erlassen wurden, ist das am 26. Mai 1961 vom Wiener Landtag, in Ausführung der grundsatzgesetzlichen Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 2. Dezember 1958, BGBl. Nr. 272/1958, beschlossene Gesetz über natürliche Heilvorkommen und Kurorte von besonderer Bedeutung. Dieses Landes-Ausführungsgesetz (LGBl. für Wien Nr. 7/1961) erläßt Vorschriften über die Anerkennung natürlicher Heilvorkommen, ihre Nutzung, die medizinische Anwendbarkeit solcher Vorkommen (Indikationen und therapeutische Anwendungsformen) sowie den Vertrieb der Produkte; es sieht auch die Enteignung von Grundstücken vor, auf denen eine ungenutzte Heilquelle oder ein ungenutztes Heilpeloid (Moor, Schlamm o. ä.) vorhanden ist. Das Gesetz trifft Bestimmungen über die Voraussetzungen zur Anerkennung von Gebieten als Kurorte sowie Vorschriften über Bewilligung und Betrieb von Kuranstalten und Kureinrichtungen und damit ist, gegenüber den bisher geltenden Vorschriften des Gesetzes vom 28. Juni 1935, GBl. der Stadt Wien Nr. 41/1935, sowohl in fachlicher als auch in rechtlicher Hinsicht eine wesentliche Verbesserung eingetreten; insbesondere trägt das neue Gesetz den neuesten Erkenntnissen der balneologischen Wissenschaft Rechnung.

Wenngleich Bestimmungen über natürliche Heilvorkommen und über Kurorte in Wien nicht dieselbe praktische Bedeutung haben wie in anderen Bundesländern, hat diese Neuregelung für die beiden Wiener Heilbäder, das Pfann'sche Bad und das Theresienbad, zur Folge, daß die Wirksamkeit der Quellen periodisch durch Analysen überprüft werden muß. Um auf dem Gebiete des Leichen- und Bestattungswesens zeitgemäße Regelungen zu ermöglichen, wurde der Entwurf für ein neues Wiener Bestattungsgesetz ausgearbeitet.



Ein Zimmer in dem Schülerheim der städtischen Lehranstalten für hauswirtschaftliche Frauenberufe

Anstaltenamt

In den Räumen für Arbeitstherapie im Altersheim Lainz gibt es viele Möglichkeiten, sich zu betätigen





Die Aktion „Jugend am Werk“ erhielt in der Brigittenau ein neues Lehrwerkstättengebäude

Anstaltenamt

Zimmer in dem neugestalteten Erziehungsheim „Lindenhof“



Die derzeit geltenden Vorschriften über diese Materie stammen zum Teil noch aus der Zeit Maria Theresias und Josefs II., entsprechen also nicht mehr den heutigen Anforderungen auf dem Gebiete der Hygiene. Außerdem bewirkt die Vielfalt der nebeneinander geltenden Rechtsvorschriften eine gewisse Rechtsunsicherheit. Der Entwurf wurde den interessierten Bundesministerien und Kammern zur Begutachtung übermittelt und wird hernach der gesetzgebenden Körperschaft zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Auf dem Gebiete des Krankenanstaltenwesens wurde damit begonnen, die bestehenden Krankenanstalten daraufhin zu überprüfen, inwieweit ihr Betrieb den Anforderungen des neuen Wiener Krankenanstaltengesetzes, LGBl. für Wien Nr. 1/1958, in der Fassung des LGBl. für Wien Nr. 13/1958, entspricht. Soweit Genehmigungsbescheide nicht mehr aufgefunden werden konnten, da die Errichtung der betreffenden Anstalten schon zu lange zurückliegt, wurde die Neugenehmigung in die Wege geleitet.

GESUNDHEITSWESEN

ANZEIGEPFLICHTIGE ÜBERTRAGBARE KRANKHEITEN

Im Jahre 1961 wurden auf Grund des Epidemiegesetzes folgende Erkrankungen und Sterbefälle angezeigt:

	Erkrankungen	Sterbefälle
Diphtherie	23	1
Scharlach	1.781	—
Keuchhusten	357	—
Übertragbare Genickstarre	1	—
Übertragbare Kinderlähmung	46	9
Unterleibstyphus	30	5
Paratyphus	27	1
Übertragbare Ruhr	48	1
Bakterielle Lebensmittelvergiftung	16	2
Infektiöse Gelbsucht[1])	759	8
Sonstige übertragbare Krankheiten (außer Tuberkulose)	17	—

[1]) Seit August 1961 anzeigepflichtig.

Unter den Infektionskrankheiten scheint erstmalig die seit 1. August 1961 anzeigepflichtige infektiöse Gelbsucht auf. Die Zahl der gemeldeten Erkrankungen zeigt die Bedeutung dieser Krankheit, die zum großen Teile unter Kindern beobachtet wird, aber auch bei den Erwachsenen auftritt und bei diesen in der Regel schwerer verläuft. Bei den übrigen Krankheiten ist ein starker Rückgang der Erkrankungen an Ruhr, an bakterieller Lebensmittelvergiftung und an übertragbarer Kinderlähmung bemerkenswert. An der Verminderung der Zahl der Kinderlähmungsfälle sind die seit 1958 durchgeführten Salk-Schutzimpfungen nicht unwesentlich beteiligt, die immerhin bei den Geimpften der hier wichtigsten Altersgruppe, den Personen unter 21 Jahren, eine Verminderung der Erkrankungen um 60 Prozent gegenüber den Ungeimpften brachten. Sämtliche neun an Kinderlähmung Verstorbenen waren ungeimpft.

Bei den absonderungspflichtigen Krankheiten wurden bei Scharlach 183 (10,3 Prozent), bei Diphtherie und bei Paratyphus je einer der Erkrankten in der Wohnung abgesondert, während die anderen in Infektionsabteilungen hospitalisiert wurden.

Beim Auftreten anzeigepflichtiger übertragbarer Krankheiten wurden 1961 insgesamt 274 Personen wegen Ansteckungsverdacht bescheidmäßig für die Dauer der Inkubationszeit von ihrem Berufe ferngehalten oder sonstigen sanitätsbehördlichen Überwachungen und Beschränkungen unterworfen. In diese Zahl nicht eingerechnet sind die ohne Bescheid von Schulen oder Kindergärten ferngehaltenen Zöglinge dieser Anstalten.

Es waren 143 Schließungen von Klassen, Kindergärten, Kinderheimen und sonstigen Anstalten zu verzeichnen, und zwar 121 wegen Scharlachs, 17 wegen Kinderlähmung und fünf wegen sonstiger Krankheiten.

Auf Grund des Bazillenausscheidergesetzes wurden 1961 36.692 Personen untersucht (12.759 Erstuntersuchungen und 23.933 Wiederholungsuntersuchungen),

wobei elf Ausscheider von Paratyphus-B-Keimen, 18 Ausscheider von Lebensmittelvergiftungen erzeugenden anderen Salmonellenstämmen und sechs Personen mit ansteckender Tuberkulose gefunden wurden. Bei den Untersuchungen anläßlich des Auftretens infektiöser Darmerkrankungen wurden zwei Ausscheider von Typhusbazillen und vier Ausscheider von Paratyphus-B-Bazillen entdeckt. Am 31. Dezember 1961 standen insgesamt 315 Bazillenausscheider unter sanitätspolizeilicher Kontrolle.

Außerdem wurden 105 Grippeerkrankungen und 954 Verletzungen durch Tiere, meist Bißverletzungen durch Hunde, gemeldet. Es befanden sich darunter insgesamt 145 Verletzungen durch unbekannte Tiere und 82 Kopfverletzungen, davon 14 durch unbekannte Tiere.

Unter den übertragbaren, aber *nicht* anzeigepflichtigen Krankheiten sind die *Röteln* zu erwähnen, die insbesondere in der ersten Jahreshälfte 1961 gehäuft auftraten und schätzungsweise mindestens 5.000 bis 10.000 Personen befielen. Obwohl es sich um eine vorwiegend bei Kindern vorkommende und meist sehr leichte Krankheit handelt, ist sie doch insoferne von Bedeutung, als sie Mißbildungen und Schäden bei noch ungeborenen Kindern verursachen kann, wenn sie eine werdende Mutter befällt. Das Gesundheitsamt der Stadt Wien hat daher in Zusammenarbeit mit der Infektionsabteilung des Wilhelminenspitales eine umfangreiche Erhebung über die tatsächliche Häufigkeit solcher Schäden begonnen. Bisher wurde trotz zahlreicher Rötelnerkrankungen schwangerer Frauen nur in zwei Fällen eine Schädigung des Kindes beobachtet.

IMPFUNGEN

Im Jahre 1961 wurden durch die Ärzte des Gesundheitsamtes 19.585 Pockenschutzimpfungen durchgeführt oder veranlaßt, und zwar 16.505 gesetzliche Impfungen (davon 13.075 Erstimpfungen und 3.430 Wiederimpfungen) sowie 3.080 freiwillige Impfungen (davon 14 Erst- und 3.066 Wiederimpfungen). Die Abnahme der Zahl der Pockenschutzimpfungen gegenüber dem Vorjahr erklärt sich aus der Zunahme der Erkrankungen an Röteln wie auch aus der Durchführung der oralen Schutzimpfungen gegen Kinderlähmung, beides machte Verschiebungen der Pockenschutzimpfung notwendig.

Die oralen Schutzimpfungen gegen Kinderlähmung (Schluckimpfung) werden nach Anordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung gleichzeitig in ganz Österreich und entsprechend den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in drei Etappen durchgeführt, von denen die erste in das Jahr 1961 fiel. Bei jeder dieser drei Etappen wird gegen einen der drei Erregertypen der übertragbaren Kinderlähmung geimpft. Der Impfstoff besteht aus lebenden, aber abgeschwächten, nicht mehr krankmachenden Kinderlähmungsviren, die bei erfolgreichem Ablauf der Impfung die Geimpften vor Erkrankung schützen (Erkrankungsimmunität) und darüber hinaus im Körper Abwehrkräfte bilden, welche eingedrungene Kinderlähmungserreger vernichten (Infektionsimmunität). Dieser zusätzliche Schutz bedeutet nicht bloß eine erhöhte Sicherheit des einzelnen, sondern auch, daß der Geimpfte nicht mehr Überträger der Krankheit sein kann.

Nach den allgemeinen Erfahrungen ist es bei der Bekämpfung einer Krankheit von der Art der Kinderlähmung von entscheidender Bedeutung, wenn es gelingt, bei etwa 70 Prozent des für die Krankheit empfänglichsten Teiles der Bevölkerung eine Infektionsimmunität zu erzeugen. Dieses Ziel ist bei der ersten Etappe der oralen Schutzimpfung gegen Kinderlähmung erreicht worden, und zwar dadurch, daß überall dort von Ärzten des Gesundheitsamtes geimpft wurde, wo der empfänglichste Teil der Bevölkerung, das sind Kinder und Jugendliche, erfaßt werden konnte. Diese Stellen waren sämtliche Pflicht-, Mit-

tel-, Berufs- und berufsbildenden Schulen, alle öffentlichen und privaten Kindergärten und Mutterberatungsstellen und das Bundesheer. Angeschlossen waren an die Aktion noch die Kinderambulatorien der Wiener Gebietskrankenkasse, die städtischen Krankenanstalten und zahlreiche Betriebe. Selbstverständlich wurden in der gleichen Zeit auch in allen Bezirksgesundheitsämtern Impfungen vorgenommen, und zwar täglich einschließlich der Samstage. Wie wichtig es war, mit den Impfungen zu den Impflingen zu gehen und nicht diese zu den Impfstellen kommen zu lassen, ergibt sich aus folgenden Tatsachen:

Die Angehörigen der Pflichtschuljahrgänge, die in den Schulen erfaßt werden konnten, beteiligten sich zu über 90 Prozent (in einzelnen Jahrgängen bis fast 100 Prozent) an der Impfung. Von den 15- bis 17jährigen, die zum Teil Mittel- und Berufsschulen besuchen, zum Teil aber schon im Beruf ohne gleichzeitigen Schulbesuch stehen, wurden immerhin noch über 76 Prozent geimpft. Von den vorschulpflichtigen Kindern, die nur zum kleineren Teil Kindergärten besuchen und dort erfaßt werden konnten, wurden etwas mehr als die Hälfte geimpft, während von den 18- bis 21jährigen, die keine der angeführten Schulen mehr besuchen, nur mehr 40 Prozent zur Impfung kamen. In den drei Wochen der ersten Impfetappe wurden in mehr als 800 Impfstellen rund 317.000 Impfungen durchgeführt, in den in die Aktion einbezogenen Betrieben rund 65.000. Insgesamt 382.519 Personen wurden geimpft, darunter waren 222.177 Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren, das sind knapp über 70 Prozent dieser wichtigen Altersgruppen.

Die sonstigen freiwilligen Impfungen in den Bezirksgesundheitsämtern, Schulen, Mutterberatungsstellen und in der Zentrale des Gesundheitsamtes waren 23.093 Schutzimpfungen gegen Kinderlähmung mit Salk-Impfstoff (Injektionsimpfung), 12.153 Diphterie-Tetanus-Schutzimpfungen (Erst- und Fortsetzungsimpfungen) und 8.256 Diphterie-Tetanus-Pertussis-Schutzimpfungen. 5.064 Personen ließen sich gegen Typhus, Cholera, Fleckfieber oder Gelbfieber impfen.

DESINFEKTIONSANSTALTEN

Im Jahre 1961 war von den beiden städtischen Desinfektionsanstalten nur die Anstalt in Wien III., Arsenalstraße 7, in Betrieb, während wegen der günstigen Seuchenlage keine Notwendigkeit bestand, die Reservestation in Wien XVII., Gilmgasse 18, heranzuziehen. Diese wird jedoch für jederzeitigen Einsatz bereitgehalten.

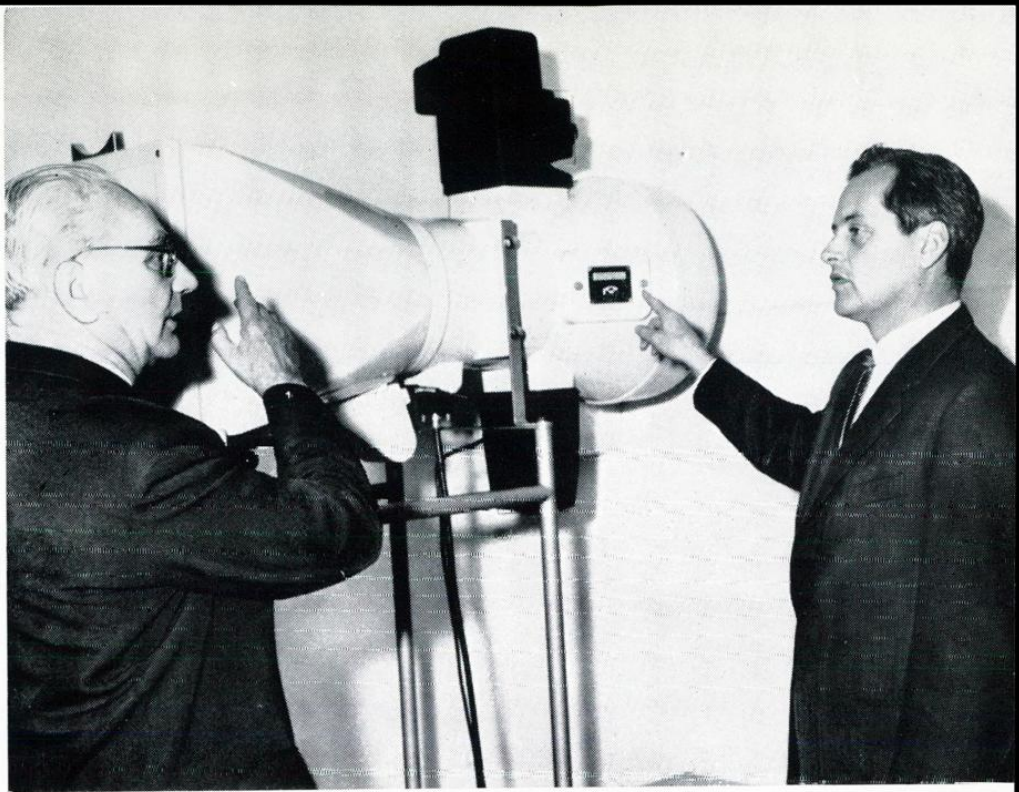
Im *Außendienst* waren 2.547 Desinfektionen von Wohnungen, 1.128 von Schulen und Kindergärten und 210 sonstige Desinfektionen durchzuführen. Im Anstaltsbetrieb wurden in 4.492 Fällen Verbandkübel desinfiziert, daneben gab es noch 1.157 sonstige Desinfektionen und 70 Personen-Entlausungen.

HYGIENISCH-BAKTERIOLOGISCHE UNTERSUCHUNGSANSTALT

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch im Jahre 1961 die hygienische Kontrolle der Wiener zentralen Wasserversorgung durchgeführt.

Weiters erfolgte die abschließende Auswertung der Befunde von den verschiedenen Untersuchungen, die im Laufe der letzten Jahre am Speicher Neusiedl zur Erstellung seiner Betriebsvorschriften durchgeführt worden sind.

Auf Verlangen der obersten Wasserrechtsbehörde wurde über einen Zeitraum von zwei Monaten eine eingehende bakteriologische Reihenuntersuchung während der Leistungssteigerung des Grundwasserwerkes in Nußdorf von 50.000 auf 100.000 m³ pro Tag durchgeführt und deren Ergebnis in einem Gutachten zusammengefaßt.



Stadtrat Glück demonstriert dem Bürgermeister das modernste Schirmbildgerät in einer Tuberkulosefürsorgestelle

Gesundheitswesen

Für Epidemien und sonstige Notfälle wurde im Franz Joseph-Spital eine Reservestation fertiggestellt





Eine neue Methode der Kinderlähmungsimpfung: zwei Tropfen auf ein Stück Zucker

Gesundheitswesen

Absolventinnen der Krankenpflegeschule in Lainz erhalten ihr Diplom



In Anbetracht der aktuellen Ereignisse wurden die Messungen zur Kontrolle der Radioaktivität des Wiener Trinkwassers verdoppelt. Auch die städtischen Abwässer wurden vorübergehend, solange die personellen Voraussetzungen gegeben waren, in die Kontrolle einbezogen. Als Beitrag des Gesundheitsamtes für die aus ihm und den Magistratsabteilungen für Brücken- und Wasserbau, für Kanalisation, für rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens sowie der Städtischen Prüf- und Versuchsanstalt bestehende Arbeitsgemeinschaft zur Erstellung eines Abwasserlastplanes im Raume Wien wurden auch radiologische Untersuchungen des Wassers mehrerer Mischwasserkanäle und des Donaukanals durchgeführt. Ferner wurde an verschiedenen Punkten im Quellgebiet der I. und II. Wiener Hochquellenwasserleitung (Rax und Schneeberg, Hochschwab) das jeweilige Ausmaß ihrer radioaktiven Belastung registriert. Dazu wird bemerkt, daß mit dieser notwendigen Ausweitung der Untersuchungen lange Fahrten und beschwerliche Märsche im Gebirge verbunden waren. Im Zusammenhang mit einem wasserrechtlichen Verfahren zur Ermittlung der Abwasserbelastung der Donau wurde der Plan für eine großangelegte Untersuchung der Wiener Kanalwässer und des Donaustromes bis zur Staatsgrenze ausgearbeitet.

Außer mit wasserhygienischen Arbeiten war die Untersuchungsanstalt insbesondere noch mit Tuberkulose- und sonstigen bakteriologischen Untersuchungen befaßt.

LEICHEN- UND BESTATTUNGSWESEN

Im Jahre 1961 wurden insgesamt 25.164 Totenbeschauen durchgeführt; davon durch die Amtsärzte der Bezirksgesundheitsämter 4.343, durch die vertragsmäßigen Totenbeschauärzte 4.311, im gerichtlich-medizinischen Institut 215, in Krankenanstalten und Altersheimen durch die anstaltseigenen Ärzte (Prosektoren) 16.295. Die Zahl der sanitätspolizeilichen Obduktionen betrug 1.015.

HYGIENE UND BEHEBUNG SANITÄRER ÜBELSTÄNDE

Von den Bezirksgesundheitsämtern wurden im Jahre 1961 in 6.012 Erhebungen und Begutachtungen 4.161 sanitäre Übelstände und hygienische Mängel festgestellt. Darunter waren 2.654 Wohnungsbegutachtungen, wobei in 2.034 Fällen hygienische Übelstände festgestellt wurden. Im Hygienereferat des Gesundheitsamtes wurden 237 neue Akten bearbeitet, von denen sich 45 auf Ratten- und sonstige Schädlingsbekämpfung, 53 auf Lärm-, Rauch- oder Geruchsbelästigung und der Rest auf andere hygienische Belange bezogen.

Das Hygienereferat des Gesundheitsamtes hat im Jahre 1961 außerdem an 40 Lokalaugenscheinen teilgenommen.

Da im Jahr 1961 insbesondere in den tiefergelegenen Stadtteilen eine vermehrte Rattenplage aufgetreten ist, hat das Gesundheitsamt verstärkte Bekämpfungsmaßnahmen angeordnet und die Kontrolle über die Durchführung derselben strenger gehandhabt. In den alljährlich neu abzuschließenden Vertrag, der die Landesinnung der Schädlingsbekämpfer mit der Durchführung der Rattenbekämpfung betraut, wurde außerdem dieses Jahr eine neue Bestimmung eingefügt, die eine wirksame Rattenbekämpfung auch auf den nicht unmittelbar befallenen Grundstücken ermöglicht.

KRANKENPFLEGESCHULEN UND HEBAMMENLEHRANSTALTEN

Aus den im Jahre 1961 an den Krankenpflegeschulen abgehaltenen Diplomprüfungen gingen 208 diplomierte Krankenschwestern hervor.

Als Abschluß ihrer Spezialausbildung erhielten weiters 49 Säuglings- und Kinderschwestern und 26 medizinisch-technische Assistentinnen ihr Prüfungsdiplom.

Insgesamt wurden im Jahre 1961 in die sechs allgemeinen Krankenpflegeschulen (5 städtische und 1 private) 215 und in die Säuglings- und Kinderpflegeschulen 66 Schülerinnen aufgenommen.

Das am 1. September 1961 in Kraft getretene neue Krankenpflegegesetz (Bundesgesetz betreffend die Regelung des Krankenpflegefachdienstes, der medizinisch-technischen Dienste und der Sanitätshilfsdienste, BGBl. Nr. 102/1961) hat zunächst noch keine direkten arbeitsmäßigen Auswirkungen im Gesundheitsamt gehabt; es wird jedoch darauf hingewiesen, daß durch die Erweiterung des der gesetzlichen Regelung unterliegenden Personenkreises, durch die nunmehr notwendige Ausstellung von amtlichen Bescheinigungen für alle in der Krankenpflege und in verwandten Berufen tätigen Personen, durch die Vermehrung der vorgeschriebenen Ergänzungslehrgänge und Kurse und durch die Einbeziehung bisher privater Ausbildungsstätten unter die Aufsicht der Sanitätsbehörde eine wesentliche Vermehrung der Agenden und arbeitsmäßigen Umstellungen bevorstehen und daher entsprechende organisatorische Vorbereitungen getroffen werden mußten.

Die Zahl der frei praktizierenden Hebammen hat sich im Jahre 1961 von 11 auf 9 vermindert; jene der Anstaltshebammen ist im Berichtsjahr von 98 auf 99 gestiegen, von denen aber ein Teil zumindest zeitweise als Krankenschwestern beschäftigt ist.

In der Bundeshebammenlehranstalt Wien an der Ignaz Semmelweis-Frauenklinik der Stadt Wien wurde am 3. Jänner 1961 ein neuer Lehrgang mit 36 Schülerinnen begonnen.

Trotz der im Vorjahr verstärkten Werbung für den Besuch der Krankenpflegeschulen sank der Schülerinnenstand von 662 auf 630. Die Austritte erfolgten aus verschiedensten Gründen, in der Hauptsache wegen Mißerfolgen im Unterricht. Die Zahl der Bewerbungen stieg leicht an; die Bewerberinnen wiesen ein bedeutend höheres schulmäßiges Niveau auf als in den letzten Jahren. Leider ist das Interesse am Krankenpflegeberuf noch immer sehr gering. Die an den psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalten seit vielen Jahren durchgeführten Schulungskurse wurden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung voll anerkannt, so daß die Absolventen dieser Kurse nunmehr als diplomierte Pfleger oder Pflegerinnen gelten.

GESUNDHEITSFÜRSORGE

FÜRSORGE FÜR MUTTER UND KIND

Während das Gesundheitsamt nach der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien in den städtischen Schwangerenberatungsstellen bisher nur den ärztlichen Dienst besorgte, ist ihm mit 8. August 1961 auch die gesamte Führung dieser bisher dem Anstaltenamt unterstehenden Stellen zugewiesen worden.

Im Laufe des Jahres wurden drei Schwangerenberatungsstellen neu eröffnet, und zwar in der Frauenklinik Gersthof, Wien XVIII., Wielemanngasse 28, sowie in den Räumen der Mutterberatungsstellen Wien XX., Pappenheimgasse 57, und Wien XXIII., Atzgersdorf, Loosgasse Nr. 4.

In den nunmehr acht Schwangerenberatungsstellen wurden 2.149 Wassermannreaktionen und 3.772 Rhesusfaktorbestimmungen durchgeführt. Bei 2.019 Untersuchungen wurden pathologische Befunde erhoben, die zu einer Störung der Schwangerschaft hätten führen können.

Die Mutterberatungsstellen beteiligten sich weiterhin an Diphtherie-Pertussis-Tetanus- und Diphterie-Tetanus-Impfungen und haben außerdem 9.680 Schluckimpfungen gegen Poliomyelitis durchgeführt.

Über die Frequenz und die Leistungen dieser städtischen Beratungsstellen wird im statistischen Teil dieses Jahrbuches, Kapitel V, berichtet.

SCHULÄRZTLICHER DIENST

Im Jahre 1961 wurden durch die Schulärzte in den Pflichtschulen 129.664 Kinder, in den Kindergärten 8.311 Kinder untersucht. 6.908 Schulkinder wurden den Fachambulanzen zugewiesen. Die Anzahl der Schluckimpfungen gegen Kinderlähmung in den Schulen betrug 79.542, die der Diphtherie-Tetanus-Impfungen 3.076. Weiters wurden 3.359 Tuberkulinproben in den Schulen gemacht und 482 Kinder in Sonderschulen heilpädagogisch untersucht.

In der schulärztlichen Augenzentrale wurden 7.084 Kinder untersucht, wobei sich in 2.658 Fällen die Anschaffung und in 3.574 Fällen die Änderung von Brillen als notwendig erwies. Bei 84 Kindern wurden Störungen des Farbsinnes festgestellt.

SCHULZAHNKLINIKEN

Im Erziehungsheim Wilhelminenberg wurde eine heimeigene Zahnbehandlungsstelle errichtet. Personal und Verbrauchsmaterial wird von den Schulzahnkliniken zur Verfügung gestellt, alle anderen Kosten gehen zu Lasten des Heimes. In dieser Stelle wird einmal wöchentlich halbtägig behandelt.

Die Cariesprophylaxe-Aktion mit Fluortabletten wurde nunmehr auf breitester Basis eingeführt und wird alle Kinder vom 3. Embryonalmonat bis zum Schuleintritt sowie alle Kinder, die eine öffentliche Volks- oder Hauptschule besuchen, bis zum 14. Lebensjahr umfassen. Die Aktion begann im November 1961 mit der Erfassung aller städtischen Kindergärten.

Über die Organisation, die Frequenz und die Leistungen der Schulzahnkliniken wird im statistischen Teil dieses Jahrbuches, Kapitel V, berichtet.

TUBERKULOSENFÜRSORGE

Am Jahresende 1961 unterstanden dem Tuberkulosereferat im Gesundheitsamt 14 Tuberkulosefürsorgestellen und die zentrale Röntgenstelle.

Im Rahmen der Reorganisation der Tuberkulosenfürsorge wurden im Jahre 1961 weitere Maßnahmen getroffen. Die Zusammenlegung der Tuberkulosefürsorgestellen für den 12. und 13. Bezirk in das Amtshaus XIII., Hietzinger Kai, erfolgte im Juni 1961.

Im September 1961 konnte die nach modernen Gesichtspunkten neu errichtete Tuberkulosefürsorgestelle im 11. Bezirk, Dittmanngasse 1 a, übernommen werden. Die Tuberkulosefürsorgestelle des 3. Bezirkes wurde zu diesem Zeitpunkt aufgelöst und in die Tuberkulosefürsorgestelle des 11. Bezirkes einbezogen. Weiters konnte die Angliederung des 6. Bezirkes an die Tuberkulosefürsorgestelle 4/5 und des 7. Bezirkes an die Tuberkulosefürsorgestelle 1/8/9/17 durchgeführt werden; die Tuberkulosefürsorgestelle 6/7 in der Amerlingstraße wurde aufgelassen.

Im Jänner 1961 konnte die neue Tuberkulosefürsorgestelle für den 18. und 19. Bezirk, XIX., Währingergürtel 141, in Betrieb genommen werden, die mit ihrer gediegenen Einrichtung zu einem der modernsten Institute dieser Art gehört. Die neue Fürsorgestelle befindet sich in einem eigens errichteten einstöckigen Gebäude und enthält bei einer Nutzfläche von mehr als 290 m² eine Röntgenanlage mit vier Auskleidekabinen und zwei großen, getrennten Wartesälen, einen klinischen Untersuchungsraum, einen großen und einen kleinen

Büroraum, eine Badenische und einen Eß- und Aufenthaltsraum für die Angestellten.

Sämtliche Tuberkulosefürsorgestellen besitzen nun ein eigenes Röntgengerät.

Wie in den vergangenen Jahren so zeigt auch im Jahre 1961 die Tuberkulose eine rückläufige Tendenz. Dies bezieht sich vor allem auf die Neuerkrankungen und auf die Todesfälle. Der Stand an aktiven Tuberkulösen zeigt nur eine geringe Verminderung.

Die Frequenzzahlen der einzelnen Tuberkulosefürsorgestellen zeigen trotz der Behinderung durch die erwähnten Reorganisationsmaßnahmen nur einen geringen Rückgang gegenüber dem Vorjahr.

Im Tuberkulosereferat belief sich die Zahl der Vorsprachen auf 10.600, die der behandelten Heilstättenanträge auf 1.693. Durch das Tuberkulosereferat wurden 402 Personen in Heilstätten eingewiesen, 118 Wohnungsansuchen, 109 Tuberkulosehilfeanträge und 196 Tuberkulosehilfeverlängerungen bearbeitet.

Die Tätigkeit der Verbindungsfürsorgerinnen umfaßte eine Parteienfrequenz von 14.044 Vorsprachen in 1.873 Sprechstunden, 9.942 Besuche am Krankenbett und 2.051 Dienstwege. 2.073 Anträge für Heilstätten, Erholungsheime, Versorgungsheime und Renten waren zu bearbeiten. Dazu kamen noch 452 Ansuchen um Geld- und Sachbeihilfen, 94 Ansuchen um diverse Heilbehelfe, Mieder u. ä. sowie 151 Anträge auf Arbeitsvermittlung.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1961 konnte die Schutzimpfung gegen Tuberkulose wegen der oralen Schutzimpfung gegen Kinderlähmung praktisch nur bei Säuglingen durchgeführt werden. Es wurden in Wien insgesamt 22.877 Impfungen gegen Tuberkulose vorgenommen, davon 19.008 bei Säuglingen.

Von den Ärzten des Tuberkulosereferates wurden im Jahre 1961 in den städtischen Tagesheimstätten zehn Vorträge über Tuberkulose gehalten.

Die Tätigkeit in der Röntgenstelle erfuhr im Vergleich zum Jahre 1960 eine deutliche Steigerung. Die Zahl der untersuchten Personen stieg von 23.508 (1960) auf 34.931 (1961) an. Eine besondere Zunahme ist bei den Schirmbilduntersuchungen zu verzeichnen.

Es wurden insgesamt 31.440 Schirmbilder angefertigt. Durch diese Untersuchungen wurden 100 behandlungsbedürftige Tuberkulöse festgestellt, von denen 53 der Fürsorge unbekannt waren. In 39 Fällen mußte vom Tuberkulosereferat die sofortige Spitalseinweisung veranlaßt werden.

Mit dem fahrbaren Schirmbildgerät konnten 10.199 Personen untersucht werden. Die Ausnützbarkeit des Röntgenzuges ist aber damit noch nicht erschöpft.

Die Röntgenuntersuchung auf Tuberkulose ist auch bei werdenden Müttern besonders wichtig. Im Jahr 1961 wurden 12.842 Schwangere von den zuständigen Tuberkulosefürsorgestellen zu einer Röntgenuntersuchung der Lunge eingeladen. Diese Untersuchung wird in einer Art durchgeführt, die jede Strahlenschädigung ausschließt. 5.541 (43,1 Prozent) Frauen folgten dieser Aufforderung. Bei sieben Frauen wurden behandlungsbedürftige tuberkulöse Veränderungen im Bereich der Lunge aufgedeckt, davon drei offene (ansteckende) Fälle.

Die fürsorgerische Erfassung der bekannten Tuberkulösen kann in der Bundeshauptstadt Wien als ausreichend bezeichnet werden. Es ist zur Zeit möglich, der Prophylaxe ein größeres Augenmerk zu schenken. In diese Richtung gehen auch die weiteren Bemühungen der Tuberkulosefürsorge: weiterer Ausbau der Reihenuntersuchungen zur Aufdeckung unbekannter Tuberkulöser, die als die gefährlichsten Streuquellen zu bezeichnen sind, durch das Schirmbildverfahren und die Forcierung der Schutzimpfungen. Weiters wird das Bestreben der Tuberkulosefürsorgestellen darauf gerichtet sein, daß in den einzelnen Röntgen-

instituten für die Untersuchungen ein maximaler Strahlenschutz erreicht wird.

GESCHLECHTSKRANKENFÜRSORGE

Aus ganz Wien wurden 1.986 Fälle frischer venerischer Krankheiten gemeldet. Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle des Gesundheitsamtes betrug 34.469; dabei wurden 734 Fälle von übertragbaren Geschlechtskrankheiten festgestellt. 295 Personen mußten einer Zwangsbehandlung unterzogen werden. Die Erfassung der Infektionsquellen hat im Jahre 1961 weitere Fortschritte gemacht und zur Auffindung von 138 geschlechtskranken Personen geführt.

FÜRSORGE FÜR NERVEN- UND GEMÜTSKRANKE

Das unter dieser Bezeichnung Ende 1960 im Gesundheitsamt errichtete Referat hat im Jahre 1961 seine Tätigkeit aufgenommen und seinen Aufbau fortgesetzt. Am Ende des Jahres 1961 arbeiteten im Rahmen dieses Referates fünf Ärzte, zehn Fürsorgerinnen und eine Kanzleikraft.

Am 26. Mai 1961 wurde eine Beratungsstelle für Alkoholkranke in Wien IX., Borschkegasse 1, eröffnet und am 11. September 1961 wurde eine zweite solche Beratungsstelle in Wien XII., Längenfeldgasse 20, eröffnet. Früher waren dort Tuberkulosefürsorgestellen. In diesen Beratungsstellen finden nicht nur Aussprachen mit den Kranken und ihren Angehörigen sowie Beratungen statt, sondern hier werden auch psychotherapeutische und sonstige Behandlungen in hiefür geeigneten Fällen durchgeführt. Von hier aus können die Patienten auch ins Genesungsheim Kalksburg und in verschiedene Krankenhäuser eingewiesen werden.

In den beiden Beratungsstellen für Alkoholkranke wurden bis zum Ende des Jahres 1961 221 Patienten erfaßt und betreut. Von diesen haben sich 120 Patienten aus eigenem Antrieb vorgestellt, 30 wurden von Ärzten zugewiesen, 71 Patienten von verschiedenen Institutionen. Die Gesamtfrequenz betrug 1.810. An 176 Gruppentherapiestunden nahmen 1.174 Patienten teil. Von den Ärzten wurden 124 Erstuntersuchungen durchgeführt und 151 Patienten in Einzeltherapiestunden betreut. Ferner wurden 512 Injektionen verabreicht. Von den Fürsorgerinnen wurden 147 Erstgespräche und 447 Einzelaussprachen mit Patienten oder deren Angehörigen durchgeführt. Ferner wurden 166 Hausbesuche und Dienstwege gemacht. In das Genesungsheim Kalksburg wurden 33 Patienten eingewiesen, an verschiedene Krankenhäuser und Ambulatorien wurden fünf Patienten verwiesen. In 50 Teambesprechungen wurden alle jeweils neuanfallenden Fälle diskutiert und deren Behandlungsplan erstellt. Die Teambesprechungen dienen aber auch der allgemeinen praktisch-theoretischen Fortbildung der Fürsorgerinnen in Einzelfallhilfe, Teamwork und anderen fürsorgerischen Problemen.

In Zusammenarbeit mit dem Amte der Burgenländischen Landesregierung wurde am 28. und 29. Oktober 1961 in Bernstein die erste Wochenendschulung für jene Ärzte und Fürsorgerinnen abgehalten, die in der Trinkerfürsorge tätig sind. In einer Reihe von Vorträgen und Diskussionen wurde im Rahmen dieser Wochenendschulung die Ausbildung der Teilnehmer fortgesetzt und vertieft. Außerdem nahmen die Fürsorgerinnen des Referates an der Europäischen Studientagung über Social Casework and Supervision (13. bis 22. November 1961) im Bundesministerium für soziale Verwaltung teil.

Einem dringend gewordenen Erfordernis der modernen Psychiatrie entsprechend, wurde auch die Nachfürsorge für anstaltsentlassene Geisteskranke und die Rehabilitation (völlige Wiedereingliederung in das soziale Leben) solcher ausgeheilter Patienten planmäßig begonnen. Zu diesem Zwecke wurde eine

Spezialstelle mit einem Facharzt und zwei Fürsorgerinnen geschaffen, die im November ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Im November und Dezember 1961 wurden 1.016 Patienten karteimäßig erfaßt und 97 Patienten in der Sprechstunde und durch Hausbesuche betreut. Davon wurden 21 Patienten zur Betreuung an andere Institutionen (wie z. B. arbeitstherapeutische Kurse der Magistratsabteilung 12, Nachschulungskurse etc.) gewiesen, elf Patienten wurden in umfassenden Rehabilitationsbemühungen versorgt, davon sechs erfolgreich im Beruf adaptiert. Die Betreuung all dieser Fälle ist noch nicht abgeschlossen, da es sich ausschließlich um langjährige Anstaltspatienten handelt oder um solche mit rasch folgenden, wiederholten Rezidiven.

Weiters wurden Vorbereitungen zur Eröffnung einer Pflegeberatungsstelle für Angehörige Geisteskranker sowie einer psychiatrischen Betriebsberatung aufgenommen.

Die Tätigkeit des Referates wurde im vergangenen Jahr in mehreren wissenschaftlichen Publikationen dargestellt. Im Rahmen der Volksbildung, der Elternvereine und anderer Organisationen wurden im Laufe des Jahres 92 Vorträge insbesondere über die Trinkerfürsorge gehalten.

Es darf schließlich darauf hingewiesen werden, daß der Referatsleiter für seine Bemühungen auf dem Gebiet der Trinkerfürsorge mit dem Dr. Karl Renner-Staatspreis ausgezeichnet wurde.

KÖRPERBEHINDERTENFÜRSORGE

Von 8.866 ärztlich untersuchten Personen wurden 7.264 unter Kontrolle behalten. 26 Fälle wurden zur operativen Behandlung gewiesen, 76 Heilstättenanträge wurden gestellt, 87 Kinder wurden in Sonderschulen eingewiesen und bei 112 Personen wurde eine Berufsumschulung vorgeschlagen. 3.378 Hausbesuche und 1.410 Dienstwege erwiesen sich als notwendig.

Die Bemühungen des Gesundheitsamtes um Vorbeugung bei beginnenden Haltungsfehlern im Kindesalter und um Intensivierung der medizinischen und sozialen Rehabilitation schulentwachsener Körperbehinderter zeitigten weiterhin schöne Erfolge.

SPORTÄRZTLICHE UNTERSUCHUNGS- UND BERATUNGSSTELLE

In der sportärztlichen Untersuchungs- und Beratungsstelle wurden im Jahre 1961 1.206 Sportler untersucht. Von den 1.032 männlichen Sportlern waren 455 unter 18 Jahren, 461 zwischen 18 und 40 Jahren und 116 über 40 Jahre. Bei den 174 weiblichen Sportlern betrugen die entsprechenden Zahlen 97, 40 und 37. Vom Sportverband oder Sportverein geschickt waren 782 Sportler und Sportlerinnen, aus eigenem waren 424 gekommen. Auf Eignung für Leistungssport ließen sich 977, für Gesundheitssport 229 Personen untersuchen. 23 Sportler wurden wegen Kreislaufschäden und acht wegen sonstiger Schäden vom Leistungssport zurückgestellt. 211 Sportler waren hingegen für Gesundheitssport unbeschränkt und 43 beschränkt geeignet. Sechs Personen mußte von jeglicher Sportausübung abgeraten werden.

KREBSBEKÄMPFUNG — GESUNDENUNTERSUCHUNG

Im Jahre 1961 wurden in den sechs Gesundenuntersuchungsstellen insgesamt 5.908 Personen (1.724 Männer und 4.184 Frauen) untersucht, wobei unter anderen 14.856 Laboratoriumsuntersuchungen und 5.273 endoskopische Untersuchungen sowie 5.507 Thoraxdurchleuchtungen durchgeführt wurden. Es wurden 155 karzinomverdächtige Befunde erhoben, wobei vorläufig 29 Gebärmutterkarzinome, 17 Brustdrüsenkarzinome, 6 Hautkarzinome, 4 Prostatakarzinome, 3 Lymphknotenkarzinome und 1 Kehlkopfkarzinom, 1 Lungenkarzinom, 1 Magenkarzi-

nom, 1 Gallenblasenkarzinom, 1 Bauchspeicheldrüsenkarzinom und 1 Eierstockkarzinom verifiziert sowie außerdem eine Leukämieerkrankung festgestellt wurden.

3.883 Personen wurden wegen anderer Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Dabei wurden Empfehlungen zu 247 laryngologischen, 28 gynäkologischen und 6 allgemein-chirurgischen Operationen gegeben. 875 Personen wurden wegen Feststellung von Herz- und Kreislaufkrankheiten zur weiteren Behandlung gewiesen.

Die Zahl der festgestellten Praekanzerosen (Krankheiten, die bei mangelnder Behandlung in ein Krebsleiden übergehen können) betrug 422. Diese werden ähnlich wie die Verdachtsfälle bis zur Klarstellung der Diagnose und bis zur Durchführung einer Behandlung in Evidenz gehalten.

Die Zahl der Gesundenuntersuchungsstellen wurde von sechs auf fünf vermindert: am 19. Oktober 1961 wurde die Stelle 1. Bezirk, Schottenring 24, aufgelassen und ihre Aufgabe von der Zentraluntersuchungsstelle des Krebsreferates, 3. Bezirk, Hainburger Straße 57-63, übernommen.

AMTS- UND VERTRAUENSÄRZTLICHE UNTERSUCHUNGEN

Die Amtsärzte der Zentrale des Gesundheitsamtes nahmen im Jahre 1961 insgesamt 15.139 amts- und vertrauensärztliche Untersuchungen vor. In 14.527 Fällen waren dies Untersuchungen von Gemeindeangestellten, Krankenkontrollen des Anstaltenamtes und Untersuchungen im Auftrag des Stadtschulrates. 262 Untersuchungen einschließlich aktenmäßiger Erledigung waren auf Grund des Opferfürsorgegesetzes durchzuführen. 97 Untersuchungsfälle ergaben sich aus Führerscheinrekursen und 253 amtsärztliche Gutachten waren aus anderen Gründen zu erstatten.

Ferner wurden 3.363 Blutabnahmen für die Wassermannsche Reaktion, 4.505 Harnuntersuchungen und 17 Blutsenkungen durchgeführt.

Die Ärzte der amtsärztlichen Untersuchungsstelle waren außerdem in der Stellungskommission des Bundesheeres tätig.

Von den Amtsärzten der Bezirksgesundheitsämter wurden 32.274 amts- und vertrauensärztliche Untersuchungen durchgeführt.

APOTHEKENANGELEGENHEITEN

Im Jahre 1961 wurden 27 Apothekenbetriebsanlagen kommissioniert. In 72 Apotheken wurden Kontrollen durchgeführt, wobei 590 Proben entnommen und davon 171 beanständet wurden. 14 Apotheken reichten zusammen 37 sogenannte Hausspezialitäten zur Genehmigung ein, davon wurden fünf beanständet.

26 chemisch-pharmazeutische Betriebe und vier Catgut erzeugende Betriebe, diese zweimal jährlich, wurden überprüft.

RETTUNGS- UND KRANKENBEFÖRDERUNGSDIENST

Die Sprechfunkanlage des Rettungsdienstes wurde erweitert, in der Zentrale Ende 1961 eine neue Fernsprechanlage aufgestellt. Die neue Anlage bietet die Gewähr, daß der Fernsprech- und der Funkverkehr auch bei Höchstanforderungen reibungslos bewältigt werden kann. In der Rettungsstation Mariahilf wurde die veraltete Telephonanlage durch eine moderne Anlage ersetzt. Der im Jahre 1960 angekaufte Poliomat (Beatmungsgerät für Kinderlähmungsfälle bei Atmungsstillstand) wurde in einen Volkswagen-Krankentransporter eingebaut und ist jederzeit einsatzbereit.

BAUWESEN UND ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN

Die Gemeinde Wien verwendet alljährlich große Summen für die Errichtung von Wohnbauten, die im Inland wie im Ausland viel Interesse und Anerkennung gefunden haben. Daneben muß die Gemeinde aber auch der rasch fortschreitenden Motorisierung Rechnung tragen und in immer höherem Ausmaß Geldmittel für die Planung, Errichtung und Instandhaltung von Verkehrsbauwerken verschiedener Art bereitstellen.

Die Errichtung von Verkehrsbauwerken verlangt umfangreiche, oft zeitraubende Vorarbeiten. Zahlreiche Untersuchungen, Verkehrszählungen, Grundbuchserhebungen, Planung der Verlegung von Versorgungsleitungen, Entwurfstudien, Einleitung und Führung entsprechender Verhandlungen, Kostenschätzungen, Überprüfung eingereichter Entwürfe, Sichtung von Kostenvoranschlägen und viele andere Planungsarbeiten sind notwendig, ehe mit dem Bau eines Verkehrsbauwerkes überhaupt begonnen werden kann.

DIE STADTBAUAMTSDIREKTION

Der Dienstaufsicht der Stadtbauamtsdirektion unterstanden am 31. Dezember 1961 7.178 technische Bedienstete und 530 Verwaltungs- und Kanzleibedienstete; außer ihnen waren im Laufe des Jahres 1961 529 Saisonarbeiter sowie 46 Ferialpraktikanten aus dem Inland und einer aus dem Ausland beschäftigt. Schließlich wurde ein Volontär ganzjährig verwendet. Als Dienstaufsichtsstelle für das technische Personal behandelte die Stadtbauamtsdirektion 19.856 Dienststücke.

Infolge der weiter anhaltenden regen Bautätigkeit wurden im Jahre 1961 auf Grund von rund 80.000 Anboten an 3.321 Firmen des Bauhaupt- und Baunebengewerbes sowie an diverse andere Gewerbezweige 17.035 Aufträge vergeben.

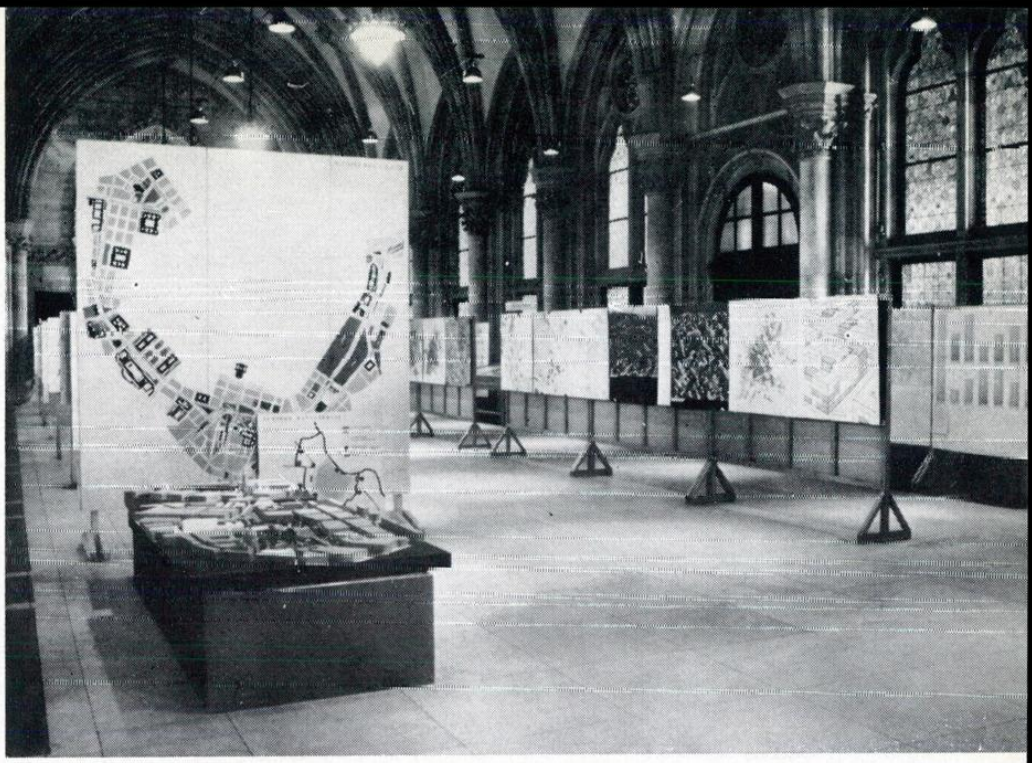
Das ganze Jahr hindurch wurde auf durchschnittlich 1.256 Bau- und Arbeitsstellen gearbeitet. Die höchste Zahl wurde Ende September mit 1.561 festgestellt.

In den Monaten Jänner bis März konnten durchschnittlich 10.485, von April bis September 13.157 und von Oktober bis Dezember 12.351 Arbeitskräfte beschäftigt werden.

Der Höchststand an Arbeitskräften wurde Ende August mit 13.489 erreicht. Davon waren etwa 80 Prozent im Hochbausektor, der Rest war im Tiefbau tätig.

Auf Grund der ausreichend getroffenen Vorkehrungen konnten die Arbeiten auch während der Wintermonate fortgeführt werden.

Die Preisprüfstelle wurde von sämtlichen Bauabteilungen des Stadtbauamtes ständig als Fachberater in Preisangelegenheiten und in Fragen des Verdingungswesens herangezogen, etwa wenn es sich um schwierige Kalkulationsüberprüfungen von Anboten der mit Bauarbeiten beauftragten Firmen handelte, oder bei Überprüfung von Nachtragsofferten, die von den mit den Bauten beauftragten Firmen über Leistungen, für welche keine Gegenofferte eingeholt worden waren, erstellt wurden. In solchen Fällen hatte die Preisprüfstelle die Anbotspreise zu überprüfen und auf dem Verhandlungswege einen angemes-



Eine Ausstellung über die Wiener Stadtplanung in der Volkshalle des Rathauses

Bauwesen

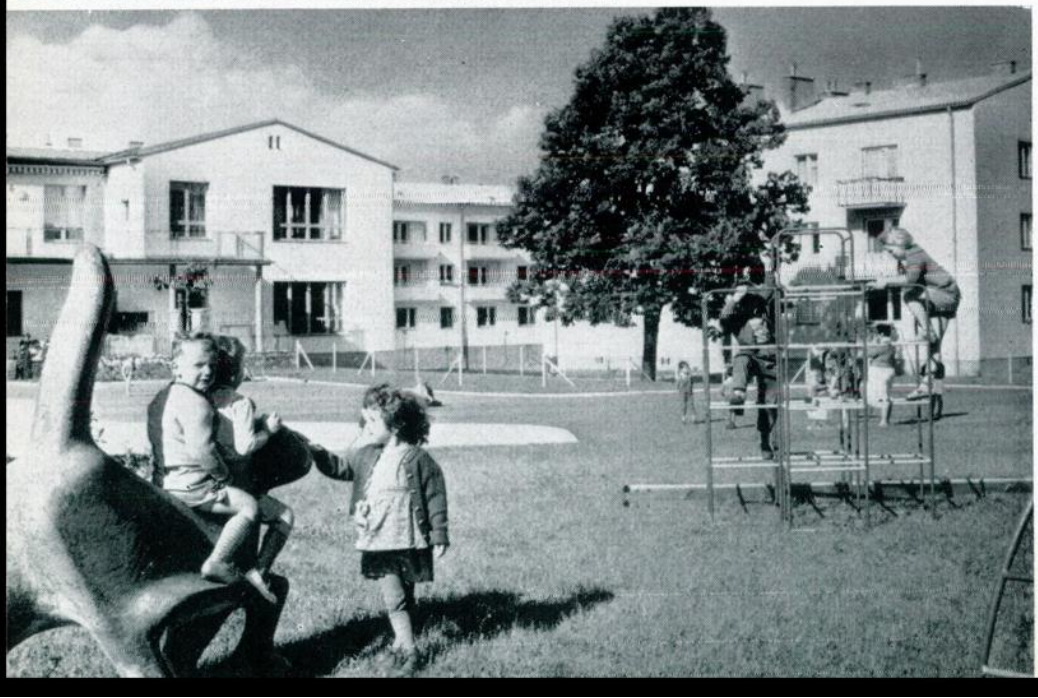
Stadtrat Heller besichtigt mit dem Bauausschuß interessante Baustellen





Alte Wohnhausviertel müssen modernen, gesunden städtischen Wohnhausanlagen weichen

Bauwesen



Die Kinder verstehen es wunderbar, sich in den neuerrichteten Bauten einzuleben

senen Preis festzulegen. In vielen Fällen, in denen die Preiskommissionen der entsprechenden Bauabteilungen mit der Baufirma keine Einigung erzielen konnten, hatte die Preisprüfstelle als zweite Instanz die Entscheidung zu treffen; sie hatte auch bei den verschiedensten Ausschreibungsergebnissen die Feststellung zu treffen, ob die Preise des Bestbieters nicht unter dem jeweiligen durchschnittlichen Preisniveau lagen.

Die Preisprüfstelle gab für sämtliche Bauabteilungen auch Weisungen über Baupreisangelegenheiten in Form von Verständigungen heraus, die auf Wunsch auch an viele öffentliche Auftraggeber und Stadtgemeinden weitergeleitet wurden. So wurden im Jahre 1961 zehn Verständigungen mit insgesamt 133 Seiten geschrieben. Außerdem fanden ständig Besprechungen und Verhandlungen mit den zuständigen Innungen statt.

Die Preisprüfstelle vertrat auch die Stadt Wien bei allen Beratungen der öffentlichen Auftraggeber in Preisangelegenheiten und war auch im Arbeitskomitee des kleinen Ausschusses der öffentlichen Auftraggeber tätig.

Auch bei den Normenausschußsitzungen, deren Ergebnisse die Vergabe oder Neuauflage der Önormen zum Ziele haben, nahm die Preisprüfstelle maßgeblich als Vertreter der Stadt Wien teil.

Schließlich wurden Leistungsverzeichnisse, Materialanalysen und Drucksorten, welche mit dem Verdingungswesen zusammenhängen, hinsichtlich der Zweckmäßigkeit und Richtigkeit der Textierung überprüft.

Im Jahre 1961 gelang es, die im Jahre 1960 begonnene koordinierende Tätigkeit des Referates für Bauvorbereitung und Baulenkung weiter auszubauen und die ersten praktischen Ergebnisse dieser Arbeit durch die Bebauung von vorzeitig aufgeschlossenen Baugründen (Ödenburger Straße, Roda-Roda-Gasse, Altmannsdorfer Straße usw.) zu erzielen.

Die wöchentlich stattfindenden Zusammenkünfte zur Besprechung von Grundangelegenheiten unter Beiziehung der Gruppe Stadtplaner und des Referates für die technische Mitwirkung bei Liegenschaftstransaktionen der Stadtbauamtsdirektion sowie der Magistratsabteilungen für Liegenschaftsverwaltung und für Grundtransaktionen zeigten, daß auf diese Weise schwebende Fragen der Grundverwaltung und Grundbeschaffung im kurzen Wege am raschesten einvernehmlich gelöst werden können.

Die erforderlichen Maßnahmen zur Baureifmachung und Aufschließung städtischer Liegenschaften wurden auch im Jahre 1960 in monatlichen „Bauvorbereitungsbesprechungen" gemeinsam mit den betroffenen Dienststellen vorbereitet und besprochen. Durch diese Beratungen wurden zeitraubende Einzelverhandlungen vermieden und alle Vorkehrungen getroffen, um von der planlichen Seite her eine möglichst wirtschaftliche Bauführung und kurze Bauzeit zu erzielen. Die zeitgerechte Festlegung von Terminplänen für die einzelnen Einbautenabteilungen bildete bei der Aufschließung neuer Großbauvorhaben die Grundlage der Budgetansätze des kommenden Jahres für die betreffenden Abteilungen, wobei auf eine sinnvolle ganzjährige Verteilung der Arbeiten Bedacht genommen wurde, um eine gleichmäßige Beschäftigung der Firmen zu ermöglichen und Preisauftriebstendenzen zu vermeiden.

Die ausländischen Entwicklungen auf dem Wohnbausektor wurden weiter verfolgt, wobei im besonderen im Hinblick auf den Mangel an Arbeitskräften der Vorfabrikation immer mehr Bedeutung zukommt. Nur auf diese Weise wird eine Ausweitung des derzeitigen Bauvolumens möglich sein. Außerdem wurden umfangreiche Studien über die zweckmäßigste serienweise Herstellung von vorfabrizierten Einfamilienreihenhäusern aus Fertigteilen vorgenommen. Neben der Abklärung aller hiemit in Zusammenhang stehenden Fragen des zweck-

mäßigen Grundrisses und der technisch einwandfreien Lösung, wurde vom Referat Baulenkung und Bauvorbereitung das Problem der wirtschaftlichsten Aufschließung von Siedlungsgebieten, die großflächig mit vorgefertigten Einfamilienhäusern bebaut werden sollen, untersucht und damit ein Beitrag geleistet, dieses ideale Wohnen für kinderreiche Familien breiteren Schichten der Bevölkerung zu tragbaren Preisen zu ermöglichen. Auf die Zweckmäßigkeit der zentralen Beheizung städtischer Wohnhausanlagen wurde laufend hingewiesen und ein eigenes Arbeitsteam „Heizungen im sozialen Wohnungsbau" im Rahmen des Institutes für Bauforschung geschaffen.

Als weitere koordinierende Tätigkeit obliegt dem Referat Baulenkung und Bauvorbereitung das Vorbereiten und Einberufen der in der Regel einmal monatlich stattfindenden Raumprogrammbesprechungen, in welchen die grundsätzliche Notwendigkeit der Errichtung oder des Umbaues städtischer Hochbauten sowie die Festlegung des erforderlichen Umfanges als Grundlage für die weitere Planverfassung besprochen wird. Diese Besprechungen finden in Anwesenheit der zuständigen Stadträte, des Kontrollamtes und von Vertretern der Magistratsdirektion, des Stadtbauamtes, der Finanzgruppe und der interessierten Stellen statt. Hiedurch werden unnötige Planungsarbeiten vermieden und von vornherein die Projekte auf das erforderliche Maß reduziert. Nach Ausarbeitung der Pläne wird in einer Wirtschaftlichkeitsbesprechung das vom Planverfasser ausgearbeitete Projekt begutachtet und anschließend einer vom Referat vorbereiteten und einberufenen Projektsbesprechung (Vorsitz der Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten) zur endgültigen Klarstellung noch offener Fragen vorgelegt. Erst wenn die grundsätzliche Zustimmung in der Projektsbesprechung erteilt wurde, erfolgt die Ausarbeitung der Einreichpläne und die Vorlage an die zuständigen Körperschaften zur Projekts- und Sachkreditgenehmigung. Auf diese Weise ist die Gewähr gegeben, daß nur einwandfrei vorbereitete und durchbesprochene Projekte schließlich dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Dem Referat Baulenkung und Bauvorbereitung obliegt weiters die gesamte Vorbereitung des kommunalen Wohnbauprogrammes und der städtischen Nutzbauten, soweit es die Auswahl der Grundstücke, die Erwirkung der grundsätzlichen Beschlüsse des Gemeinderates, die Vorbereitung der Architektenbeauftragungen, die Betreibung der Planverfassung, die Freimachung und schließlich die Festlegung der Baubeginne im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel betrifft. Im Jahre 1961 ist es gelungen, eine wesentlich größere Anzahl von Bauvorhaben vorzubereiten als begonnen werden mußten, so daß genügend Zeit zur Verfügung steht, um die Planungen bereits in allen Details festzulegen und dadurch zur Kostensenkung beizutragen. Bei Durchführung der Planungen wurden die jeweiligen Wünsche der Bezirksvertretungen und Dienststellen berücksichtigt.

Durch die angespannte Lage auf dem Grundstückmarkt muß mit dem gemeindeeigenen Grundbesitz sparsamst umgegangen und in erster Linie auf die gegenwärtigen und zukünftigen städtischen Erfordernisse Bedacht genommen werden. Die Zustimmung zu Baurechtsbestellungen konnte daher nur in ganz vereinzelten Fällen erfolgen.

Die Stadtbauamtsdirektion hat die zur Durchführung des Wohnbauprogrammes notwendigen Vorarbeiten einzuleiten und, soweit sie nicht direkt in den Aufgabenbereich einer Magistratsabteilung fallen, durchzuführen. Schon bei der Auswahl der in Betracht kommenden Grundstücke muß auf eine spätere wirtschaftliche Bauführung und die Möglichkeit der Freimachung Bedacht genommen werden. Die im Eigentum der Stadt Wien befindlichen Liegenschaften, insbesondere im aufgeschlossenen Gebiet, sind in den seltensten Fällen bestand-

frei. Nach Erwirkung des Grundsatzbeschlusses durch den Gemeinderat leitet das Referat die Freimachung der vorgesehenen Bauflächen ein und führt dann die Absiedlungsverhandlungen mit den Bestandnehmern, um eine zeitgerechte Freimachung zu erreichen. Die von der Stadt Wien in letzter Zeit erworbenen Flächen mußten in der Regel mit den Bestandverhältnissen übernommen werden, wodurch auch eine Freimachung dieser Fläche notwendig ist, um sie einer Verbauung zuführen zu können. Die vom Referat durchzuführenden Grundfreimachungen unterteilen sich daher grundsätzlich in zwei Gruppen, nämlich die Freimachung von Liegenschaften, die sich seit langem in städtischem Besitz befinden und jenen Grundstücken, die mit den Bestandverhältnissen erworben wurden, sowie die Freimachung von Grundflächen, die in Verbindung mit dem Erwerb von Liegenschaften in Assanierungsgebieten (Durchführung künftiger Wohnbauprogramme, Beseitigung bestehender Verkehrsengen usw.) erfolgen.

Hinsichtlich städtischer Liegenschaften, die für eine Verbauung im Rahmen des kommunalen Wohnbauprogrammes oder mit anderen dringenden Bauvorhaben, insbesondere für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, bestandfrei bereitgestellt werden mußten, wurden vom Referat Baulenkung und Bauvorbereitung im Einvernehmen mit dem Rechtsreferat die Verhandlungen mit den Bestandnehmern für die Räumung der Liegenschaften geführt. Im Jahre 1961 wurden für 52 Bauvorhaben die Liegenschaften von den Bestandnehmern frei gemacht.

Es muß hiezu festgestellt werden, daß die Bestandnehmer auf Grund der Gesetze vor den Gerichten einen weitgehenden Kündigungsschutz genießen. Insbesondere trifft dies für Berufsgärtner und Landwirte auf Grund der noch immer gültigen Reichspachtschutzordnung zu, so daß eine gerichtliche Auflösung des Bestandvertrages fast ausgeschlossen ist. Den Berufsgärtnern und Landwirten wird bei Anrufung des Pachtamtes fast immer eine Verlängerung des Pachtrechtes um zehn Jahre zugesprochen, wobei dann immer noch die Möglichkeit einer zweiten beziehungsweise dritten Verlängerung offenbleibt. Liegenschaften, die an derart geschützte Bestandnehmer verpachtet sind, können daher nur dann einer Verbauung zugeführt werden, wenn zielführende Freimachungsverhandlungen stattfinden und dabei den Bestandnehmern der wirtschaftliche Schaden ersetzt wird. Diese Forderungen sind jedoch meist sehr hoch, und erst nach langwierigen Verhandlungen gelingt es, sie auf ein für die Stadt Wien noch vertretbares Maß herabzusetzen. Bei der Aufkündigung von Gewerbebetrieben, Geschäftslokalen und ähnlichen Bestandverhältnissen wird von den Gerichten öfters die Beistellung eines entsprechenden Ersatzes vorgeschlagen, um dem Gekündigten als wirtschaftlich Schwächerem zu helfen.

Mangels geeigneter Ersatzmöglichkeiten in natura (bis auf Geschäftslokale) wird die Situation insbesondere bei Werkstättenbetrieben jeder Art, Lagerplätzen u. ä. von Tag zu Tag schwieriger, da die Abzusiedelnden immer wieder den Realitätenmarkt in Anspruch nehmen müssen. Durch diese Praxis treten von Jahr zu Jahr mehr Bewerber auf und bewirken hiedurch bei der bekannten Spielregel von Angebot und Nachfrage Preissteigerungen. In der letzten Zeit mußte noch festgestellt werden, daß bei der Neuvermietung von Werkstätten von den Vormietern für die Mietrechtsübertragung unter dem Titel „Investitionsablöse" horrende Beträge gefordert werden; dazu kommt noch manche Hausinhabung und verlangt Mietzinse, die nachweislich in einzelnen Fällen das 18fache gegenüber dem bisherigen Zins betragen. Mitunter können derart überhöhte Forderungen überhaupt keine Verhandlungsgrundlage bilden. Der großzügige Bau von Werkstättenhöfen würde hier eine fühlbare Entlastung schaffen.

In Verbindung mit dem Erwerb von Liegenschaften wurden insgesamt fünf

Freimachungsfälle behandelt. Hiezu muß festgehalten werden, daß die für Grundkäufe zuständigen Magistratsabteilungen bemüht sind, das Preisgefüge auf dem Grundstückmarkt zu halten und daher die Kosten der Verlegung eines vom Besitzer oder Mitbesitzer auf der Kaufliegenschaft geführten Betriebes nicht im Grundbuch als Kaufpreis aufscheinen lassen wollen. Wesentlich schwieriger ist es, wenn nur ein Mitbesitzer auf der Liegenschaft einen Betrieb führt. Die Auflassung und Verlegung dieses Betriebes kann in den meisten Fällen nicht mit dem Kaufpreis abgegolten werden. Es müssen daher in solchen Fällen mit dem Betriebsinhaber gesonderte Freimachungsverhandlungen geführt und die hiefür erforderlichen Beträge gesondert vergütet werden. Die Frage der Freimachung von Grundstücken kann eben nicht nur auf einer rechtlichen, sondern muß vor allem auf einer wirtschaftlichen Basis behandelt und gelöst werden. Durch diese Praxis gelang es in den letzten Jahren, die vielen hunderte Freimachungsfälle unbeeinflußt von außen verhältnismäßig reibungslos durchzuführen. Zwangslösungen mit den üblichen unguten Begleiterscheinungen konnten dadurch vermieden werden.

Auch im Jahre 1961 lag bei der Erwerbung der für Zwecke der Stadt Wien erforderlichen Grundfläche das Schwergewicht auf der Beschaffung und Ergänzung des Baulandes, welches für die Erfüllung des Wohnbauprogrammes der Gemeinde Wien benötigt wird. Vor allem die Bezirke links der Donau, Floridsdorf und Donaustadt, gewinnen immer mehr an Bedeutung. Sie entwickeln sich rasch zu einem der modernsten Teile von Wien. Die sehr rege Bautätigkeit in diesen Gebieten erfordert umfangreiche Grunderwerbungen, um die im größten Maße benötigten Flächen bereitstellen zu können. Darüber hinaus konnte das Referat Technische Mitwirkung bei Liegenschaftstransaktionen, in Erkenntnis der Bedeutung einer aktiven Bodenvorratspolitik in jenen Teilen der Stadt planmäßig Grund erwerben, die als Kernpunkte der künftigen Stadtentwicklung zu betrachten sind.

Vor allem folgende Grunderwerbungen dienten über die Deckung des augenblicklichen Bedarfes hinaus zur Schaffung einer gewissen Grundreserve:

Im 11. Bezirk wurde ein 7,6 ha großes Areal westlich des Wilhelm Kreß-Platzes und südlich der Simmeringer Hauptstraße erworben.

Ein 35 ha großes Areal im 19. Bezirk, der sogenannte „Dorotheerwald", wurde vom Stift Klosterneuburg erstanden.

Von den Grunderwerbungen im 21. Bezirk verdient der Ankauf einer etwa 3,6 ha großen Fläche in Leopoldau an der Eipeldauer Straße und deren Erweiterung durch den Ankauf eines 5,1 ha großen Streubesitzes hervorgehoben zu werden. Während im 21. Bezirk im Jahre 1961 insgesamt zirka 34,8 ha Grund um den Betrag von zirka 22,3 Millionen Schilling, das sind durchschnittlich 64 S je Quadratmeter, erworben wurden, wurde im 22. Bezirk für die Erwerbung von Grundstücken im Ausmaß von zirka 82,6 ha eine Summe von zirka 37,2 Millionen Schilling, also durchschnittlich bloß 45 S je Quadratmeter, aufgewendet.

Gegenüber der Bedeutung dieser beiden Bezirke trat der 23. Bezirk mit der Erwerbung von Grundflächen im Ausmaß von insgesamt bloß 8,5 ha um den Betrag von zirka 9,9 Millionen Schilling, entsprechend einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von rund 116 S, etwas zurück. Es ist wohl auch in diesem Bezirk noch eine für die Stadtentwicklung interessante Grundreserve vorhanden, unter anderem z. B. der ausgedehnte Draschebesitz in Inzersdorf.

Insgesamt wurden für Grundankäufe im Jahre 1961 etwa 225 Millionen Schilling ausgegeben.

Die Situation am Liegenschaftsmarkt war im Jahre 1961 durch folgende Umstände gekennzeichnet: Auf der einen Seite hatten die angestiegenen Wohnungs-

bedürfnisse der Bevölkerung, das Streben nach Wohnungen mit Hausgärten am dünnbesiedelten Stadtrand, das Vorhandensein reichlich fließender, öffentlicher Förderungsmittel eine Vermehrung der Anzahl der Bauwilligen und die dadurch bedingte gegenseitige Konkurrenzierung der Bauträger zur Folge; demgegenüber steht einerseits das Zurückhalten des Baulandes vom Grundstücksmarkt seitens der Grundeigentümer, welches durch den in den letzten Jahren erhöhten allgemeinen Wohlstand, durch das stetige Steigen der Grundpreise sowie nicht zuletzt durch die geringe steuerliche Belastung von Grund und Boden begünstigt wird, und andererseits die Bodenspekulation, die sich darin äußert, daß Grund billig mit der Absicht angekauft wird, ihn später zu Überpreisen zu verkaufen.

Durch das am 15. Dezember 1960 vom Nationalrat beschlossene Bodenwertabgabegesetz erhoffte sich der Gesetzgeber eine widmungsgemäße Verwendung von Bauland. Durch die Besteuerung des Wertes von unbebauten Grundstücken (nicht des Wertzuwachses) glaubte er, die Eigentümer zu veranlassen, diese Grundstücke entweder selbst zu verbauen oder zu veräußern, um so das Angebot am Grundstückmarkt zu erhöhen und dadurch wieder den Preisauftriebtendenzen entgegenzuwirken. Leider hat sich im Jahre 1961 die erhoffte positive Auswirkung des Bodenwertabgabegesetzes nicht eingestellt. Die Ursache hiefür dürfte der Umstand sein, daß auf dem Grundstückmarkt eine sogenannte Verkäufermarktsituation besteht, d. h., vorwiegend wird infolge Knappheit der Ware der Verkäufer die wesentlichen Kaufbedingungen bestimmen können. So rechnet der Grundeigentümer bei der gegenwärtigen knappen Marktsituation und den dadurch immer rascher steigenden Grundpreisen sicher damit, auch die von ihm während seiner Besitzzeit geleistete Bodenwertabgabe im Verkaufspreis unterzubringen, was also eher preistreibend als preisdämpfend wirkt. Um das Gesetz in der beabsichtigten Weise wirksam werden zu lassen, hätte als Bemessungsgrundlage der kurzfristig festzulegende Verkehrswert des Grundstückes zu dienen und wäre die Abgabe in periodischen Abständen progressiv ansteigend festzusetzen. Ein weiterer Mangel des Gesetzes ist der, daß es sich auf unbebaute Grundstücke beschränkt, so daß das Bestehen von unbewohnbar gewordenen Elendshäusern und Assanierungsgebieten ohne Nachteil für den Besitzer bleibt. Eine bevorstehende Neufestsetzung der Einheitswerte dürfte jedoch die Novellierung dieses Gesetzes mit sich bringen und damit die Gelegenheit schaffen, Verbesserungen herbeizuführen.

Ebensowenig wie das Bodenwertabgabegesetz hat das Hinaufsetzen der Frist bei der sogenannten „Spekulationssteuer" von zwei auf fünf Jahre, die ebenfalls am 15. Dezember 1960 durch Änderung des Einkommensteuergesetzes 1953 erfolgte, zu dem erhofften Erfolg geführt. Dies ist einerseits auf den Umstand zurückzuführen, daß die durch diese Maßnahme bedingte stärkere Belastung des Realitätenverkehrs von dem (nach dem Gesetze damit belasteten) Verkäufer auf den Grundkäufer überwälzt wird und so wieder eher preistreibend wirkt, andererseits auch darauf, daß der Anreiz zum Verkauf wegfällt, dadurch das Anbot am Liegenschaftsmarkt vermindert und auch so wieder die Preisauftriebtendenz begünstigt wird. Beim Realitätenverkehr unter Privaten reizt die vorgenommene Regelung zur Steuerhinterziehung durch unrichtige Angaben über den tatsächlich bezahlten Kaufpreis, die in solchen Fällen nicht leicht verhindert werden kann.

Zufolge der geschilderten Lage am Liegenschaftsmarkt verstärkte sich im Jahre 1961 seitens der verschiedenen Bauträger der Ruf nach Erlassung eines wirksamen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes. Insbesondere wurde aber von der Stadtverwaltung im Laufe des Jahres 1961 wiederholt auf die

Bedeutung eines solchen Gesetzes für die Lösung der verschiedensten Probleme der Stadt hingewiesen.

Als weitere bodenpolitische Maßnahme, um das Anbot auf dem Baulandmarkt zu vermehren, könnte allenfalls die Vorverlegung der Fälligkeit des Aufschließungsbeitrages dienen. Während derzeit die Anliegerleistungen erst beim Bau eines Hauses fällig werden, würde auf Grund einer solchen Maßnahme die Beitragspflicht mit der Fertigstellung der Aufschließungsanlagen entstehen. Dadurch würde ein wirksamer Anbotsdruck auf die nicht bauwilligen Eigentümer baureifer Grundstücke ausgeübt werden und derart sowohl das Anbot am Liegenschaftsmarkt vergrößert als auch der Gemeinde ihre Aufschließungsaufgabe wesentlich erleichtert werden, wenn sie die meisten Kosten dafür sofort auf die Grundeigentümer umlegen kann. Obendrein würde dadurch erreicht werden, daß das aufgeschlossene Gebiet bald in der geplanten Einwohnerdichte bebaut würde.

In diesem Zusammenhang muß darauf verwiesen werden, daß von einer Möglichkeit der öffentlichen Hand, den Baulandmarkt zu beeinflussen, nicht immer ausreichend Gebrauch gemacht wird. Es ist dies die Einflußnahme auf das Baugeschehen bei der Vergabe von öffentlichen Förderungsmitteln. Vielfach entstehen mit Hilfe von Förderungsmitteln Wohnbauten, die einerseits im Widerspruch mit den städtebaulichen Absichten stehen und andererseits auch den Liegenschaftsmarkt ungünstig beeinflussen. Denn es ist eine bekannte Tatsache, daß bei solchen, mit öffentlichen Förderungsmitteln errichteten Wohnbauten die Preise für die Grunderwerbung so erstellt werden, daß die Anzahl der Wohnungen mal dem pro Wohnungseinheit zumutbaren Preis auf den Quadratmeter der zu erwerbenden Grundfläche umgelegt werden. Dadurch entstehen Grundpreise, welche die Spekulation begünstigen und die Stadtverwaltung nur schwer mit diesen Bauwerbern in Konkurrenz treten lassen. Gleiche Chancen auf dem Liegenschaftsmarkt wären eben dann gegeben, wenn die Gewährung öffentlicher Förderungsmittel an die Beachtung der städtebaulichen Absichten geknüpft wäre.

Erstmalig trat im Jahre 1961 neben der bodenständigen Spekulation auch der ausländische Bodenwucher in Erscheinung. Ausländische Spekulanten bemühten sich, alle Arten von Grundstücken, von der kleinsten Parzelle bis zum Großgrundbesitz, zusammenzukaufen. Da Spekulationskäufe im allgemeinen und im besonderen durch ausländisches Kapital im sogenannten Bauerwartungsland erfolgen, d. h. in einem Gebiet, welches derzeit noch überwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzt wird, würde eine erste erfolgversprechende Maßnahme vielleicht die Aktivierung des Landesgrundverkehrsgesetzes und dessen Anpassung an die jetzigen Gegebenheiten bedeuten. Darüber hinaus wäre zu erwägen, ob nicht, so wie die Landtage von Salzburg und Vorarlberg, auch der Wiener Landtag ein Gesetz beschließen sollte, das den Wiener Grund und Boden wirkungsvoll gegen ausländische Spekulationen sichert.

Im Jahre 1961 ist der erste Planungszeitraum zu Ende gegangen, in welchem das städtebauliche Grundkonzept auszuarbeiten war. Dieses Grundkonzept wurde termingemäß am 30. Juni 1961 in Form eines Referats dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Als Unterlage für die notwendigen Beratungen wurden die durchgeführten Grundlagenforschungen und Planungsarbeiten in Form einer internen Ausstellung in der Volkshalle des Wiener Rathauses ausgestellt.

Für derartige Ausstellungszwecke und gleichzeitig als Bildvorlagen für das in Aussicht genommene Berichtswerk wurden im Verlaufe des Jahres zahlreiche graphische Darstellungen ausgearbeitet.

In dem Zeitraum zwischen dem Referat des Stadtplaners und der Sitzung des Gemeinderates am 29. und 30. November 1961 sind der Stadtplaner und seine Mitarbeiter in einer größeren Anzahl von Referaten und einzelnen Besprechungen den Mandataren der Stadt Wien Rede und Antwort über das städtebauliche Grundkonzept gestanden.

Vor der Gemeinderatsdebatte wurde die Ausstellung der Arbeiten des Stadtplaners in erweiterter Form in der Volkshalle wieder aufgebaut und dort im Monat Dezember der Öffentlichkeit gezeigt.

Neben diesen wichtigsten Abschlußarbeiten des Stadtplaners am Grundkonzept ist die Planungs- und Verwaltungsarbeit in den vier Dezernaten weitergegangen.

Im Dezernat Flächenwidmung und Grundlagenforschung wurden die vorliegenden Bestandsaufnahmen und Grundlagenforschungen für die Ausarbeitung des Vorentwurfes zum Flächenwidmungsplan ausgewertet.

Dieser Vorentwurf wurde für die dicht bebauten Gebiete der Stadt und die Bezirke im Süden, Südosten und jenseits der Donau fertiggestellt.

Zur Vorbereitung des Berichtes über das städtebauliche Grundkonzept wurde eine Reihe von Teilfragen bearbeitet, so über Bevölkerungsentwicklung, Haushalts- und Wohnungsstruktur, Betriebsstruktur der Bezirke, zentrale Einrichtungen, Aufschließungsfragen und strukturelle Auswirkungen von geplanten Verkehrslinien.

Die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen des Magistrates, vor allem bei Standortfestlegungen für öffentliche Einrichtungen und bei Grundtransaktionen wurde fortgesetzt, ebenso die Zusammenarbeit mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien und anderen Organisationen.

Im Dezernat Verkehr haben im Jahre 1961 drei Sitzungen der Gemeinderätlichen Planungskommission stattgefunden. In diesen Sitzungen wurden unter anderem die folgenden Verkehrsprojekte und Verkehrsfragen behandelt: Das generelle Projekt der Autobahn West über den Wienfluß zwischen Auhof und Gürtel mit Zubringer Flötzersteig, ein Detailprojekt für den Ausbau der Begleitstraßen auf beiden Ufern des Wienflusses, zur Verkehrsplanung Nord das generelle Projekt für den Bereich Prager Straße—Dritte Donaubrücke—Donaukanalstraßen bis Friedensbrücke—Verbindungsbrücke Gürtel, Adalbert Stifter-Straße, im Raum Philadelphiabrücke der Neubau des Verkehrsknotens und die Unterführung der Breitenfurter Straße unter der Bahnlinie unweit der Haltestelle Altmannsdorf, Probleme des öffentlichen Verkehrs, und die Regulierung des Karlsplatzes und der Umbau des Straßenzuges entlang der Linie 2.

Mit der Vorlage des generellen Konzeptes für einen Generalverkehrsplan in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 29. November 1961 wurde der erste Abschnitt der Planungsarbeiten (1958—1961) abgeschlossen. Das generelle Verkehrskonzept besteht im wesentlichen zunächst aus einer Analyse des Individualverkehrs und einem Vorschlag für ein Autobahn- und Schnellstraßennetz, sodann aus einer Analyse des öffentlichen Verkehrs und einem Vorschlag für Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs in einer ersten Ausbaustufe von 10 bis 15 Jahren.

Auf Grund der Genehmigung durch den Wiener Gemeinderat bildet dieses generelle Verkehrskonzept die Unterlage für die weitere Arbeit der Verkehrsplanung.

Die Verkehrsplanung hatte sich weiters mit Fragen der Autobahnführung im Raume Wien zu beschäftigen. Die Projekte einer Flugfeld-Autobahn, welche in Verlängerung der Donaukanalschnellstraße über Schwechat zum Flugfeld führt, und der Autobahn-Ostring von Vösendorf nach Kaiser-Ebersdorf wurden fertiggestellt und dem Bundesminsterium für Handel und Wiederaufbau vor-

gelegt. Auch die Weiterführung der Südautobahn von Inzersdorf über die Kreuzung Favoritenstraße—Grenzackergasse zum Gürtel und in einer Süd-Osttangente über eine vierte Donaubrücke wurde in einer Vorstudie untersucht.

Die Verkehrsplanung hat weiters, in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, einen Vorschlag für die Schaffung eines Vorrangstraßennetzes, im Sinne der Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl. Nr. 159/1960, ausgearbeitet. Die erste Ausbaustufe eines solchen Vorrangstraßennetzes war am 6. Oktober 1961 Gegenstand der Sitzung der Wiener Parkraumkommission.

Im Dezernat Grünflächenplan und Sonderaufgaben (bisher zwei getrennte Dezernate) wurde der Vorentwurf zum Flächenwidmungsplan für die westlichen und südlichen Randgebiete der Stadt fertiggestellt. Für typische Teilgebiete aus diesem Bereich wurden eingehende Vorschläge für die Abänderung des Bebauungsplanes ausgearbeitet. Dabei wurde der Erhaltung der alten Ortskerne und der Industrieansiedlung (Industriegebiet Liesing-Nord) ein besonderes Augenmerk gewidmet.

Ein erster Entwurf des Grünflächenplanes für das gesamte Stadtgebiet wurde fertiggestellt. Darin ist ein zusammenhängendes Grünflächensystem entwickelt, das als wesentliches Merkmal eine Gliederung des bebauten Stadtgebietes in überschaubare Einheiten zeigt. Für charakteristische Bereiche (Hietzing, Südrand, Donauraum, 22. Bezirk) wurden auf Grund der vorliegenden Untersuchungen detaillierte Vorschläge für die Grünflächenplanung ausgearbeitet. Die Aktion zur Bereinigung der Widmungsverhältnisse von Sportplätzen und Friedhöfen wurde fortgesetzt.

In Fortführung der grundsätzlichen Untersuchungen über die Frage der Sanierung von Altbaugebieten wurden die Assanierungsgebiete Lichtental und Braunhirschengrund im einzelnen bearbeitet sowie Gebiete festgestellt und bearbeitet, die hinsichtlich des Stadtbildes besonders schutzwürdig erscheinen.

Das Dezernat Bebauungsvorschläge und Gestaltung hat im Jahre 1961 mit verschiedenen Magistratsabteilungen Verhandlungen geführt, wobei die Fragen, die für die Ausarbeitung von Bebauungsvorschlägen wichtig sind, behandelt wurden. Die Bebauungsvorschläge für das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien sowie für Siedlungsgenossenschaften und Einzelbauvorhaben wurden unter Berücksichtigung der damit zusammenhängenden Flächenwidmung ausgearbeitet. Die lokalen Verhältnisse wurden vor und während der Planung an Ort und Stelle studiert.

Bei den für die Bauvorhaben der Gemeinde Wien abgehaltenen Raumprogramm-, Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechungen wurde die Gruppe Stadtplaner durch das Dezernat Bebauungsvorschläge und Gestaltung vertreten.

Das Rechtsreferat der Stadtbauamtsdirektion ist im Rahmen der Geschäfte tätig, die nach der Geschäftseinteilung dem Stadtbaudirektor zustehen: Wahrnehmung der Agenden des Landeshauptmannes im Ziviltechnikerwesen mit Ausnahme der Staatsaufsicht, soweit rechtliche Belange vorliegen; Erstattung von Rechtsgutachten in Angelegenheiten des Stadtbauamtes; die Mitwirkung bei Ausarbeitung und Begutachtung von Entwürfen öffentlich-rechtlicher Normen, soweit Belange des Stadtbauamtes berührt werden; weiters die Wahrnehmung aller rechtlichen Belange, die in einem eisenbahnbehördlichen Verfahren die Interessen der Stadt Wien zu berühren geeignet sind und die Vertretung der Stadt Wien als Träger der Straßenbaulast oder als Straßenverwaltung; schließlich die entsprechende Mitwirkung und teilweise Führung der Verhandlungen über Entschädigungen bei der Freimachung von Grundflächen für städtische Zwecke.

Dieser Tätigkeitsbereich wirkt an und für sich vielleicht nicht allzu umfangreich, sofern man ihn formal und eng auslegt, er bietet jedoch eine Fülle von Möglichkeiten, die rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen der Stadt Wien initiativ sowohl intern als auch im Verhältnis zu außenstehenden Interessen zu vertreten. Hat früher die hauptsächliche Tätigkeit des Rechtsreferates in einer Rechtsberatung der Dienststellen des Stadtbauamtes in öffentlich-rechtlicher und zivilrechtlicher Hinsicht bestanden, so verschiebt sich der Schwerpunkt dieser Tätigkeit seit Jahren immer mehr auf die vorsorgliche und planmäßige Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Stadt Wien in jeder Beziehung. Im letzten Jahrzehnt hat sich immer deutlicher die Notwendigkeit einer Stelle im Magistrat gezeigt, die im engsten Zusammenwirken nicht nur mit den Dienststellen des Stadtbauamtes, sondern auch der Wiener Stadtwerke koordinierend zu wirken hat, soweit rechtliche und wirtschaftliche Fragen in Betracht kommen. Eine vorsorgliche koordinierende Tätigkeit ist von großer Bedeutung; einen gewissen Teil dieser koordinierenden Tätigkeit führt das Rechtsreferat durch; die Entwicklung des Wirtschaftslebens der Stadt bringt es mit sich, daß diese Tätigkeit auch in Hinkunft von steigender Bedeutung sein wird. Das bezieht sich insbesondere auf die Notwendigkeit eines engeren Kontaktes zwischen der Stadtverwaltung und der gewerblichen Wirtschaft mit dem Ziele, die Wirtschaftskraft der Stadt nicht nur zu erhalten, sondern sie auch für die kommende große Bewährungsprobe, wie sie die europäische Integration und die Öffnung der Zollschranken mit sich bringen wird, ausreichend stark zu machen. Als Kontaktstelle hiefür bietet sich das Rechtsreferat der Stadtbauamtsdirektion schon deswegen an, da es bereits in den vergangenen Jahren in stets steigendem Maße einen solchen Kontakt im Zusammenhang mit den immer umfangreicher werdenden Umsiedlungen von gewerblichen Betrieben anläßlich städtischer Bauvorhaben pflegen mußte. Es ist ja von größter Bedeutung anläßlich der Umsiedlungen, die Arbeitsplätze zu erhalten und damit auch die Steuerkraft der Wirtschaft im Stadtgebiet nicht zu beeinträchtigen und insbesondere durch eine zweckentsprechende und den städtebaulichen Grundsätzen und Plänen angepaßte neue Standortwahl die Möglichkeit besserer und wirtschaftlicherer gewerblicher Tätigkeit zu bieten.

Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Grundflächen für öffentliche Zwecke besteht auf vielen Gebieten, insbesondere für das Verkehrswesen, den kommunalen Hochbau, für öffentliche Erholungsflächen, für Friedhöfe, für den Wasser- und Brückenbau und für die Trinkwasserversorgung. Der zunehmende Bedarf an Grundflächen für öffentliche Zwecke hat in den letzten Jahren immer deutlicher gezeigt, daß ein einheitliches Vorgehen bei den Grundfreimachungen unbedingt erforderlich ist, soll nicht von einer Verwaltungsstelle der Stadt Wien in einem Einzelfall ein gefährliches Präjudiz für alle anderen Stellen geschaffen werden. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Bürgermeister entschieden, daß die Verhandlungen über Entschädigungen bei der Freimachung von Gründen für städtische Zwecke zentral in der Stadtbauamtsdirektion zu führen seien. Das Rechtsreferat ist bei dieser Tätigkeit verantwortlich mittätig.

Einen großen Raum hat bei der Tätigkeit des Rechtsreferates im Jahre 1961 die Vertretung der Interessen der Stadt Wien in eisenbahnbehördlichen Verfahren eingenommen. So waren insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau der Schnellbahn, der Überführung der Prager Straße über die Eisenbahn und der Eisenbahn über die Brünner Straße, der Erwerbung der Nordwestbahndonaubücke und der damit zusammenhängenden Verbindungsschleifen der Eisenbahn am Handelskai schwierige Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen zu führen, bei denen beiderseits sehr bedeutende wirtschaftliche

Interessen zu vertreten waren. Auch das zunehmende Bestreben der Österreichischen Bundesbahnen, ihre Eisenbahntrassen im Stadtbereich kommerziell durch Bebauungen mit Hochbauten aller Art zu nutzen, trat im Jahre 1961 in verstärktem Maße in Erscheinung, so im Bereich des Liechtenwerder Platzes in Wien IX., bei der Ungarbrücke in Wien III., im Bereich des Hauptzollamtes und an anderen Stellen.

Ein wichtiges Aufgabengebiet des Rechtsreferates ist auch das Bestreben der Stadt Wien, vom Bund eine Erweiterung des völlig unzulänglichen Bundesstraßennetzes in Wien zu erreichen. Diese Frage ist für die Stadt Wien von größter wirtschaftlicher Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß allein die im Stadtbereich zu errichtenden Autobahnen und Schnellstraßen Milliardenprojekte beinhalten. Gewisse erste Fortschritte in dieser Richtung konnten im Jahre 1961 erzielt werden, die zu einem gedämpften Optimismus für die Zukunft berechtigen.

Ein schwieriges Kapitel war auch im Jahre 1961 die Frage der Verpflichtung zur winterlichen Reinigung und Betreuung von Fahrbahnen und Gehwegen im Bereich von Wohnhausanlagen der Stadt Wien, die nicht oder nur beschränkt dem allgemeinen öffentlichen Verkehr dienen. Die neue aufgelokkerte Bauweise bringt im Gegensatz zu der früheren Randbebauung viel mehr aufschließende Verkehrsflächen innerhalb der Wohnhausanlagen mit sich. Die Hauswarte sind nach Mitteilung der Wohnhäuserverwaltung physisch nicht in der Lage, derartig große Flächen zu betreuen. Die für die Stadtreinigung zuständige Magistratsabteilung wiederum ist nicht in der Lage, Verkehrsflächen in ihre Betreuung zu übernehmen, die sie nicht maschinell reinigen kann. Daher wird im verstärkten Maße versucht werden, derartige Betreuungsverpflichtungen an Außenstehende zu vergeben. Der Versuch einer Abstimmung der auf diese Weise entstehenden Schwierigkeiten mit den neuzeitlichen Wohnbauplanungen der Stadt Wien war Aufgabe des Rechtsreferates, doch erscheint diese Aufgabe derzeit nur schwer lösbar.

Einen breiten Raum hat im Jahre 1961 die Mitwirkung des Rechtsreferates bei der Schaffung der Grundlagen für den Gemeinderatsbeschluß vom 29. und 30. November 1961 über das städtebauliche Grundkonzept eingenommen. Die genaue Abstimmung des Wortlautes des beantragten Gemeinderatsbeschlusses mit den aus einem solchen Beschluß nach den Bestimmungen der Bauordnung für Wien allenfalls erfließenden Verpflichtungen der Stadtverwaltung war eine besonders heikle und verantwortungsvolle Aufgabe des Rechtsreferates. Auch an der Liquidierung der in diesem Zusammenhang entstandenen Differenzen zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Fachbeirat für Stadtplanung konnte das Rechtsreferat maßgeblich mitwirken.

Entwicklungsfähig und entwicklungsbedürftig sind die auch im Jahre 1961 stattgefundenen gemeinsamen Besprechungen der Länder Wien und Niederösterreich im Rahmen eines gemeinschaftlichen Planungsausschusses, in dem wichtige Planungsprobleme hinsichtlich der gemeinsamen Randgebiete diskutiert wurden. Auch hier konnte das Rechtsreferat in einzelnen Fragen mitwirken.

Nicht unwesentlich ist die Teilnahme des Rechtsreferates an den laufenden Besprechungen des Normenausschusses für das Verdingungswesen, da hier die wichtigen Rechtsgrundlagen für die Vergebung von Aufträgen an die Bauwirtschaft und an das Bauhilfs- und -nebengewerbe geschaffen werden.

Neben diesen Hauptgebieten der Tätigkeit hat das Rechtsreferat in zahlreichen Fällen rechtsgutachtliche Äußerungen abgegeben und in jeder Weise getrachtet, wirtschaftliche Gefährdungen der Stadt Wien anläßlich der verschie-

denartigsten behördlichen Verfahren (Eisenbahnbehörde, Wasserrechtsbehörde, Luftfahrtbehörde, Energiewirtschaftsbehörde) vorsorglich abzuwehren.

Entsprechend dem wachsenden Interesse des Auslandes an kulturellen Angelegenheiten der Stadt Wien wurde zu Beginn des Jahres 1961 in Fortsetzung der schon fast traditionell gewordenen ausländischen Ausstellungstätigkeit der Stadt Wien — die sich bisher auf die Darbietung zweier kleinerer Ausstellungen „Zeitgenössisches Bauen in Wien" und „Musikstadt Wien" erstreckte — eine neue, bei weitem größere und umfassendere Ausstellung unter dem Titel „Wien — Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst" hergestellt. Zahlreiche Magistratsabteilungen arbeiteten an der Thematik dieser Ausstellung, die erstmalig im April 1961 bei der Österreich-Woche in Kopenhagen mit Erfolg gezeigt wurde. An die 20.000 Besucher sahen die Ausstellung, die Presse berichtete sehr positiv. Im Herbst des gleichen Jahres wurde die Ausstellung „Wien — Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst", die von vornherein als Wanderausstellung angelegt war, in Stuttgart gezeigt. Die Besucherzahl von 25.000 beweist das Interesse der Bevölkerung an dieser Ausstellung.

Ein wichtiger Teil der Ausstellung war der Lichtbildervortrag „Wiener Spaziergang", der auf Grund von Unterlagen der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien durch das Referat Sonderaufgaben zusammengestellt wurde. Farbige Diapositive wurden auf einem Bildschirm gezeigt, dazu gab ein Sprecher, untermalt von Musik, Erläuterungen. Weiters wurden in der Ausstellung den Besuchern ein Konzertprogramm geboten, in dem Stereoaufnahmen von Konzerten der Wiener Symphoniker unter bedeutenden Dirigenten wiedergegeben wurden sowie ein Farbdiapositiv-Vortrag „Ein Rundgang durch die Wiener Museen und Sammlungen". Alle drei Programme waren bei den Ausstellungsbesuchern außerordentlich beliebt.

Die Stadt Stockholm machte als Erwiderung der im Frühjahr 1961 stattgefundenen Wiener Ausstellung in Stockhom eine Ausstellung in der Wiener Volkshalle „Stockholm — Stadt der 1000 Inseln", die ebenfalls guten Besuch aufwies. Eine zweite große Ausstellung war die anläßlich der Beratung des Grundlagenkonzeptes des Wiener Stadtplaners im Gemeinderat. Sie diente vorerst der Information der Gemeinderäte und wurde anschließend von etwa 10.000 Personen besucht.

Bei einer Ausstellung der Arbeiterkammer Wien „Arbeiterwohnbau in aller Welt" beteiligte sich die Gemeinde Wien durch die Herstellung eines Wiener Teiles „Arbeiterwohnbau in Wien".

Die zweite Jahreshälfte des Jahres 1961 war durch eine rege Publikationstätigkeit gekennzeichnet. Vier Fachbroschüren in der Buchreihe „Der Aufbau" erschienen in diesem Zeitraum, und zwar die Broschüren „Reservegarten der Stadt Wien Hirschstetten", „Sommerbäder der Stadt Wien", „Heimstätten für alte Menschen", „Kindertagesheime der Stadt Wien". Einvernehmlich mit der Zeitschrift „Verkehrswirtschaft" wurde eine Sondernummer dieser Zeitschrift ausgearbeitet, die sich mit Verkehrsplanung und -bauten in Wien beschäftigt.

Ein Farbtonfilm über das Werden und den Betrieb der Wiener Stadthalle wurde im Laufe des Jahres fertiggestellt.

Neben diesen Arbeiten hatte das Referat Sonderaufgaben eine Fülle von schwierigen Aufträgen zu erfüllen. Eine Aufbaugemeinschaft über das Gebiet Domgasse—Blutgasse—Grünangergasse wurde ins Leben gerufen und vom Wiener Gemeinderat die Sanierung des Gebietes beschlossen. Dazu war eine Fülle von organisatorischen Vorbereitungsarbeiten notwendig, da mit jedem einzelnen der Interessenten über seine Wünsche und Bedürfnisse in dem Sanierungsgebiet verhandelt werden mußte.

Beim Internationalen Kongreß der Gemeinwirtschaft, der im Mai 1961 abgehalten wurde, wurden zahlreiche organisatorische Arbeiten geleistet.

Das Referat vertritt die Stadt Wien auch in der International Federation for Housing und Planning, so im Jahre 1961 bei der Internationalen Bürositzung in Den Haag und bei der Internationalen Council-Tagung in Santiago de Compostela in Spanien.

STADTREGULIERUNG

Neben den durch konkrete Bauvorhaben bedingten Änderungen und Ergänzungen des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes wurden sowohl die Entwürfe (Bebauungsvorschläge) des Stadtplaners, als auch regulierungsmäßig dringend zu überprüfende Teilgebiete der Stadt verwaltungs- und plantechnisch bis zur Antragsreife bearbeitet. In diesen Rahmen fallen auch die Standortsuntersuchungen für öffentliche Bauvorhaben (einschließlich der städtischen Wohnbauvorhaben und projektierten Verkehrsbauten) sowie für Wohn-, Büro- und Industriebauvorhaben auf Grund von Parteieneingaben.

Die Architektengruppe war neben der laufenden Beratung der Bezirksreferenten mit größeren Planungsaufgaben im Rahmen des städtischen Wohnbauprogrammes und mit den Bebauungsvorschlägen des Stadtplaners befaßt. Es oblag ihr auch die Teilnahme an den Bauvorbereitungs-, Bebauungsplan- und Projektsbesprechungen.

Das Grünflächenreferat wirkte unter anderem bei Verfahren zur Unterschutzstellung oder Löschung nach dem Naturschutzgesetz in 25 Fällen, bei Genehmigungsverfahren von Energieleitungen, Trafostationen sowie Bauvorhaben im Gründland in insgesamt 626 Fällen mit. Es wurde der Naturschutzplan, der Grünflächen- und Kleingartenplan und der Übersichtsplan des Energieversorgungsnetzes evident gehalten.

Die Stadtplanevidenz war außer mit umfangreichen Verwaltungsarbeiten (Stellungnahme zu den Fluchtlinienansuchen) bei der Neu- und Umbenennung öffentlicher Verkehrsflächen seitens der Geschäftsgruppe Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung regelmäßig beteiligt. Die begonnene Erfassung aller denkmalgeschützten Bauten in Form einer Kartei wurde fortgesetzt.

Der auf den Stadtplan-Evidenzblättern dargestellte Bebauungsplan wurde gemäß den erfolgten Beschlüssen der Körperschaft laufend ergänzt und berichtigt. Die im Jahre 1961 von der Magistratsabteilung für Stadtvermessung begonnene Neuauflage der Stadtkarte 1 : 2000 wurde fortgeführt. In der Magistratsabteilung für Stadtregulierung wurden bisher 40 Blätter dieser Stadtkarte in die Evidenz eingestellt.

Die Modellwerkstätte fertigte sechs Modelle (Baubestands-, Terrain- und Studienmodelle) an und restaurierte oder ergänzte zehn vorhandene Modelle. Es wurden außerdem fünf Modellpostamente angefertigt und die seitens der Abteilung und des Stadtplaners laufend erforderlichen handwerklichen und Buchbinderarbeiten durchgeführt.

Das Verkehrsreferat wirkte bei Erledigungen aller Verkehrsfragen berührenden Dienststücke und Parteienanfragen mit — insbesondere Straßenregulierungen, Garagen, Tankstellen und Servicestationen betreffend —, weiters bei allen Verkehrsbauprojekten. Das Verkehrsreferat nahm an den diesbezüglichen Amtshandlungen in baubehördlichen, eisenbahnbehördlichen und wasserrechtlichen Verfahren teil. Im Rahmen verschiedener Studien und Vorschläge des Stadtplaners wurden spezielle Untersuchungen durchgeführt (Autobahnzubringer Flötzersteig, Autobahn Ost, Autobahn Nord). Eine eingehende Stellungnahme zum vorgeschlagenen „Generalverkehrsplan" wurde ausgearbeitet.

Als Arbeitsaufträge wurden an Ziviltechniker diverse Vermessungsarbeiten (1., 18., 19., 21., 22. und 23. Bezirk), eine regulierungstechnische Untersuchung (23. Bezirk, Linienamtsgasse), an das Institut für Raumplanung sechs Eignungs-Untersuchungen (10., 21., 22., 23. Bezirk, Industriestandorte, Bedarf an Lagerflächen und deren Standorte) und eine Verkehrsuntersuchung (strukturelle Auswirkungen der Autobahn-Westeinfahrt) vergeben.

STADTVERMESSUNG

Das bereits im Jahre 1960 erfolgreich eingesetzte kleine transportable Mauerbohrgerät hat sich ausgezeichnet bewährt. Mit Hilfe eines von einer anderen Abteilung gelegentlich zur Verfügung gestellten Kraftwagens konnten im Jahre 1961 über 1.000 neue Höhenfestpunkte angelegt werden. Sehr vorteilhaft konnte das Bohrgerät bei einer neuartigen Stabilisierung von Lagefestpunkten verwendet werden, die rascher, sicherer und vor allem dauerhafter ist als die bisher im allgemeinen üblichen Verfahren.

Bereits vor zwei Jahren hatte die Stadtvermessung vor allem auf Großbaustellen versuchsweise eine indirekte Stabilisierung von Lagefestpunkten angewendet, die sich gut bewährte. Der Vorgang ähnelt einem in Stockholm entwickelten Verfahren, wobei, ausgehend von zwei Mauerbolzen, der Lagefestpunkt durch den Kreuzungspunkt zweier variabler Spezialmeßbänder festgelegt wird. Eine vermehrte Anwendung scheiterte am Personalmangel.

Im Jahre 1960 hat der Bundesvermessungsdienst eine im Prinzip gleiche Stabilisierungsmethode entwickelt; nur wird an Stelle der Meßbänder eine starre „Punktgabel" verwendet. Zwar hat man dadurch weniger Freiheit in der Punktwahl, doch entschloß sich die Stadtvermessung wegen des größeren Vorteils der Einheitlichkeit und der gegenseitigen Benützbarkeit aller Lagefestpunkte, auf dieses Stabilisierungssystem überzugehen. 150 Lagefestpunkte waren schon im Jahre 1960 auf diese Weise von der Stadtvermessung festgelegt und bestimmt worden. 300 weitere Lagefestpunkte wurden ebenfalls mit dem städtischen Mauerbohrgerät festgelegt, jedoch vom Bundesvermessungsdienst vermessen und berechnet; durch die Anwendung des gleichen Verfahrens steht der Stadtvermessung schon jetzt die dreifache Menge an koordinierten Punkten zu Verfügung als sie aus eigenen Mitteln hätte bestimmen können.

Bei den kartographischen Arbeiten werden — schon aus dem Zwang des unzureichenden Personalstandes heraus — ständig Versuche gemacht, um diese Arbeitsgänge zu erleichtern und zu beschleunigen. So wurde für die Schriftmontagearbeiten ein besser geeigneter Klebstoff gefunden. Die Behandlung der kartographischen Kunststoffolien mit einem Antistatikum vermeidet statische Aufladung und somit das Anziehen von Staub. Die im allgemeinen so vorteilhafte Arbeit auf Kunststoffolien hat ein leider noch nicht vollkommen gelöstes Problem: die optimale Zeichentusche. Vorläufig konnte in systematischen Versuchen die für die Zwecke der Stadtvermessung gegenwärtig günstigste Tusche gefunden werden, die bei ausreichender Haft- und Korrekturfähigkeit noch immer leichtflüssig bleibt. Einem Kartographen der Stadtvermessung gelang die Entdeckung eines geradezu idealen Zeichenmittels für Kunststoffolien, das ausgezeichnete Deckung, absolute Haftung und Korrekturfähigkeit vereinigt und dabei nur ein Zwanzigstel der anderen Zeichenmittel kostet; es ist dies gewöhnliche Dispersionsfarbe. Leider ist sie für feine Linien nicht geeignet. Zum Abdecken von größeren Flächen auf Folien stellt sie jedoch das beste bisher bekannte Mittel dar. Im Herbst 1960 wurde durch Gelegenheitskauf ein gebrauchter, kleinerer Phototheodolit erworben. Dieses Gerät erleichtert die im Zusammenhang mit der Stadtbildpflege immer häufigeren Meßbildkonstruktionen.

Das für die gesamte Stadtverwaltung wichtigste Ergebnis aus dem Arbeitsbereich der Stadtvermessung dürfte die Herausgabe der ersten 50 Blätter der neuen Stadtkarte von Wien im Maßstab 1 : 2000 sein; für etwa die Hälfte des dargestellten Gebietes bestanden bisher noch keine einheitlichen Stadtpläne. Dieses großmaßstäbliche Kartenwerk wird ausschließlich durch Luftbildmessung hergestellt, wobei im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten die neuesten Erkenntnisse und Methoden der Kartographie angewendet werden. So entsteht im Vierfarbendruck eine Mehrzweck-Grundkarte, deren Einzelblätter in verschiedenen Ausgaben wie Situationsdarstellung allein, mit Darstellung der Bebauungsbestimmungen, der Katastergrundstücke, als Pausdrucke usw. bereitgehalten werden. Jede Dienststelle kann die für ihre Zwecke am besten geeigneten Karten erhalten. Dadurch ergaben sich im Bereich der gesamten Stadtverwaltung Arbeitsersparnisse, deren Umfang sich auch nicht annähernd abschätzen läßt. Bei der sehr langwierigen und mühevollen Ausarbeitung des Zeichenschlüssels der Stadtkarte war die möglichst leichte und unmittelbare Lesbarkeit für die vielseitige Kartenbenützung maßgebend.

Obwohl die allgemeine Tätigkeit der Stadtvermessung sowohl nach Umfang wie Anzahl der Aufgaben weiterhin zugenommen hat, blieb der Personalstand bisher unverändert.

Ein beträchtlicher Teil des Personals ist ständig bei den ingenieurgeodätischen Arbeiten der großen Verkehrsbauwerke eingesetzt; Schottentor, Babenbergerstraße, Bellaria wurden beendet, Hietzinger Brücke, Gürtelbrücke, Südautobahn usw. wurden begonnen. Für die neue Stadtkarte sind Absteckungen für die Aufschließungs- und Vorbereitungsarbeiten größerer Wohnbauvorhaben durchzuführen. Das starke Ansteigen der Zahl der Grundtransaktionen hatte entsprechend vermehrte Vermessungsarbeiten zur Folge. Die ebenso wichtigen Grundlagenmessungen zur Erneuerung der städtischen Festpunktnetze konnten nur in verhältnismäßig bescheidenem Umfang fortgesetzt werden und ergaben 1.000 neue Höhenpunkte, davon 800 eingemessene sowie 650 Lagepunkte, davon erstmals 150 neu bestimmte und berechnete Gabelpunkte.

Der Durchschlag des „Bihaberg-Stollens" der 2. Hochquellenleitung am 15. Mai 1961 gab einen erfreulichen Beweis für die Genauigkeit der Vermessungsarbeiten.

Die photogrammetrische Kartierung der Wettbewerbs- und Planungsunterlagen für den projektierten Donaupark wurde zeitgerecht fertiggestellt; dadurch konnten die Kosten für die Vermessungsarbeiten zum Detailprojekt auf ein Minimum beschränkt werden.

Wieder wurden freiberuflich tätige Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen zu Arbeiten herangezogen, doch fällt es immer schwerer, Aufträge unterzubringen, und oft müssen lange Lieferfristen zugestanden werden. Die Auftragsumme stieg um rund 70 Prozent, bei unveränderten Gebühren.

Auch im Jahre 1961 nahmen Vertreter der Wiener Stadtvermessung an fachlichen Tagungen teil, und zwar an der alljährlichen Konferenz der Vermessungsdienststellen der Bundesländer in Graz und an der Arbeitstagung der Zusammenlegungstechniker in Gröbming, bei der Fragen der Luftbildmessung und der automatischen Rechentechnik behandelt wurden. Der Sachbearbeiter für Photogrammetrie wurde zu dieser Tagung entsandt.

Ein Bildmeßtechniker konnte vom 30. Oktober bis 11. November den „Autographenkurs" der Firma *Wild* in Heerbrugg (Schweiz) besuchen, wo er Gelegenheit hatte, die neuesten Bildmeßgeräte und Arbeitsverfahren kennenzulernen.

PLAN- UND SCHRIFTENKAMMER

Im Jahre 1961 stand ein Gesamtkredit von zweieinhalb Millionen Schilling zur Verfügung. Der Kredit war beträchtlich höher als in früheren Jahren, weil die Herstellung eines Luftbildplanes und die Einrichtung einer Reproduktionsanlage für kartographische Arbeiten einen erheblichen, einmaligen Aufwand von 1,2 Millionen Schilling erforderten. Der Luftbildplan, der 488.000 S kostete, ist nicht nur ein unentbehrlicher Behelf für die umfangreichen Planungsarbeiten, sondern auch ein wertvolles Bilddokument, auf dem der Naturbestand und die Verbauung des Wiener Stadtgebietes im Jahre 1961 festgehalten wurden. Für die Einrichtung der Reproduktionsanlage wurden 720.000 S ausgegeben. Es wurde eine speziell für kartographische Arbeiten gebaute Präzisionskamera angeschafft, um in Zusammenarbeit mit der Stadtvermessung neue kartographische Methoden anwenden zu können, die eine rationelle und rasche Herstellung der Stadtkarten und sonstigen Planungsgrundlagen ermöglichen.

Für die Beschaffung von Plänen und Spezialerfordernissen stand ein Betrag von 700.000 S zur Verfügung, der eine klaglose Versorgung der Bauamtsabteilungen ermöglichte und auch die Druckkosten für 50 Blätter der neuen Stadtkarte (1 : 2000) deckte. Der Bedarf an Plänen und Karten ist zwar gegenüber 1960 auf zwei Drittel gesunken, liegt aber immer noch um ein Fünftel höher als der Verbrauch im Jahre 1959. Es wurden 7.747 Pläne und Karten ausgegeben; 2.942 Blätter des Generalstadtplanes, 1.780 Blätter der Wiener Stadtkarte (1 : 2000), 1.367 Blätter der Katasterplankarte, 106 Blätter des Feuerwehrplanes und 1.552 sonstige Pläne. Der Erlös des Verkaufes von Karten und Plänen an Private betrug rund 28.000 S.

Das Baueinlagenarchiv, das sich um 2.400 Geschäftsstücke vermehrte, wurde von städtischen und fremden Ämtern in 2.009 Fällen und von Parteien in 2.065 Fällen in Anspruch genommen. Von den Parteien wurden 41.510 S an Verwaltungsabgaben entrichtet, um nur 490 S weniger als 1960.

Der Bestand der Stadtbauamtsbibliothek erreichte 9.857 Inventarnummern (18.995 Bände). Im wöchentlich wechselnden Zeitschriftenrundlauf kursieren wie bisher 170 in- und ausländische Fachzeitschriften. 1.190 Normblätter des Österreichischen Normenausschusses und 551 Gesetzblätter wurden an Bauamtsabteilungen ausgegeben. Der Leihdienst der Stadtbauamtsbibliothek wurde in 1.394 Fällen in Anspruch genommen. 1.574 Werke (1.634 Bände) wurden verliehen oder unmittelbar in der Bibliothek benützt.

Die phototechnische Anlage führte insgesamt 13.004 Einzelarbeiten aus, und zwar Reproduktionen in verschiedenen Maßstäben und Photokopien. 100 m² Film und 4.000 m² Photopapiere wurden verbraucht. Obwohl durch den Monate währenden Umbau die Arbeiten sehr behindert waren, konnte unter Anspannung aller Kräfte die Leistung des Jahres 1960 gehalten werden. Der Erlös für Photokopien, die an Private abgegeben wurden, betrug rund 89.000 S, um 7.000 S mehr als 1960. Außerdem wurden dringliche Lichtpausarbeiten mit der eigenen Lichtpausmaschine ausgeführt, wobei 2.600 m² Papier verbraucht wurden. Zehn Lichtpausfirmen wurden 4.650 Aufträge auf Lichtpaus- und Plandruckarbeiten erteilt. Die Auftragssumme überstieg eine Million Schilling, um 120.000 S mehr als 1960. Ein Vermessungsinstrument mit Polygonausrüstung, das 36.000 S kostete, ermöglichte Präzisionsvermessungen für Verkehrsbauten, die für die Stadtvermessung durchgeführt wurden.

Mit der Beistellung von zehn kompletten Zeichentischen sowie Planschränken, Kopiertischen und sonstigem kleinerem Gerät konnten die Arbeitsbedingungen einzelner Abteilungen wesentlich verbessert werden. Die Räume im Amtshaus, I., Bartensteingasse 7, wurden auf Anordnung der Magistratsdirektion geräumt,

das Altbestandsarchiv wurde in die Keller des Rathauses übersiedelt. Die Raumnot, unter der die Plan- und Schriftenkammer leidet, wurde durch Zuweisung eines ausgebauten Dachbodenraums etwas gemildert. In diesem neuen Archivraum werden die wertvollen Glasplatten, die eine Katasteraufnahme des Jahres 1846 tragen, aufbewahrt.

ARCHITEKTUR

Die Magistratsabteilung für Architektur befaßte sich im Jahre 1961 besonders mit Planungsarbeiten für das laufende Jahr sowie mit Vorarbeiten für das Wohn- und Nutzbauprogramm der Gemeinde Wien im Jahre 1962. An der Planung waren außer Privatarchitekten auch wieder Amtsarchitekten beteiligt. Die Planungsarbeiten der Privatarchitekten wurden wie bisher überprüft und ständig überwacht.

Auf dem Gebiete der Stadtbildpflege wurden in erhöhtem Maße, anscheinend bedingt durch die wirtschaftliche Konjunktur, Stellungnahmen zu privaten Bauvorhaben vom kleinsten bis zum größten Umfang (Reklamen, Portale, Großbauvorhaben, Hochhäuser) für die Baupolizei abgegeben.

Bemerkenswert sind noch einige Fragen, mit denen sich die Magistratsabteilung für Architektur derzeit beschäftigt. Unter anderem wird an der Entwicklung und technischen Durchbildung von Wohnungstypen gearbeitet, bei denen die nasse Einheit (Klosett, Bad, Abwasch) eine Änderung erfährt. Der Zugang zum Bad wird nicht mehr von der Küche, sondern vom Vorraum aus erfolgen. Auch der Bau von Wohnungen aus Fertigbauteilen wird geplant.

Aus der folgenden Aufzählung sind die einzelnen Planungen zu entnehmen:

Wohnbauprogramm 1961

II., Mexikoplatz 1—Engerthstraße 179, Ausbau Stiege 10; Ferdinandstraße 31—Czerninplatz 7.
III., Erdbergstraße 16-28 (3. Fassung); östliche Schlachthausgasse—Schnirchgasse—Erdberger Lände; Erdbergstraße 130 und 134; Erdbergstraße 140-144.
V., Gassergasse 48-50—Hollgasse 6.
X., Nothnagelplatz, Braunspergengasse—Windtenstraße—Raxstraße—Stephan Fadinger-Platz; Neilreichgasse 56-60—Friesenplatz; Graffgasse—Holbeingasse—Fernkorngasse—Brunnweg.
XI., Dorfgasse 8-22—Hutterergasse.
XII., Tivoligasse 4-6.
XIV., Marcusgasse—Prochstraße—Felbigergasse.
XV., Alliogasse 21-25—Walkürengasse.
XVIII., Pötzleinsdorfer Straße 100 (3. Fassung).
XIX., Heiligenstädter Straße 152.
XX., Dresdner Straße—Winarskystraße, Erweiterung, Stiege 8.
XXI., Nordwestlich Roda-Roda-Gasse, 1. Bauteil; Nordmanngasse—westlich ONr. 18—Freiligrathplatz; Ödenburger Straße—westlich Jochbergen; Berlagasse—Mühlweg; Brünner Straße—Floridsdorfer Markt—Schleifgasse—Weisselgasse.
XXII., Hirschstettner Straße gegenüber Nr. 17-23; Langobardenstraße—Hausgrundweg, 1. Bauteil, Erweiterung Stiege 1 a und 1 b; Langobardenstraße—Hausgrundweg, westlich Hartlebengasse, 2. Bauteil, Süd.
XXIII., Taglieberstraße, Erweiterung; Inzersdorf, Altmannsdorfer Straße—Anton Baumgartner-Straße.

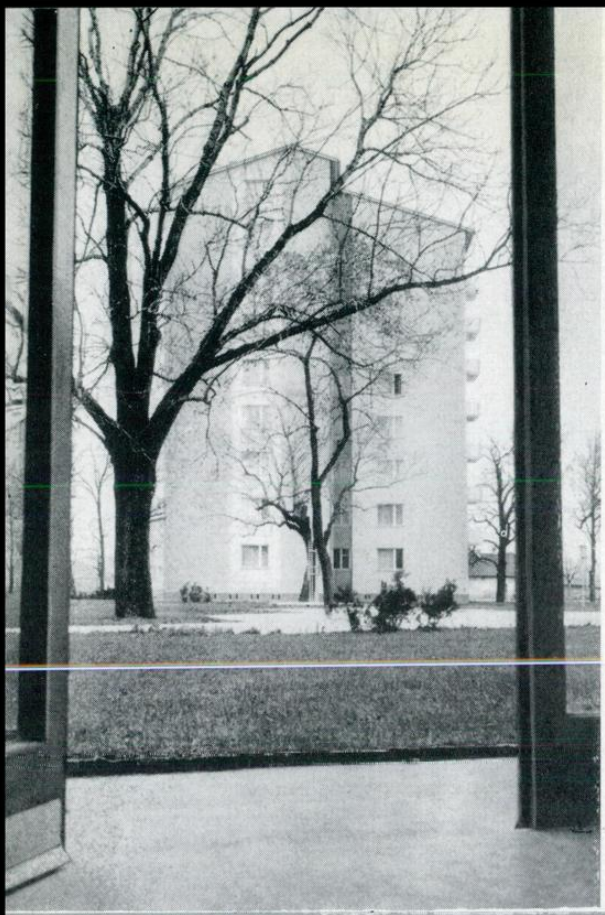
Die neue Wohnhausanlage in der Rußbergstraße



Bauwesen

Im 2. Bezirk, Machplatz, erhebt sich diese moderne städtische Wohnhausanlage





Im 23. Bezirk liegt die Wohnhausanlage Neu-Steinhof in einem Park mit altem Baumbestand

Bauwesen

Diese neue Wohnhausanlage in der Griegstraße schließt sich der Anlage am Friedrich Engels-Platz in der Brigittenau an



Bauvorhaben aus Mitteln des Wiederaufbaufonds

II., Praterstraße 46; Schöllerhofgasse 7-9—Negerlegasse 4; Freilagergasse 3-5—Franzensbrückenstraße 19; Negerlegasse 8.
XIX., Krottenbachstraße 37, Stiege 5 (3. Fassung).
XXIII., Anton Freunschlag-Gasse 21; Leo Mathauser-Gasse 73.

Bauvorhaben aus Mitteln der Wohnbauförderung

XIV., Pfaffenberggasse 8—südlich Baumgartner Friedhof.
XIX., südöstlich Grinzinger Friedhof—An den langen Lüssen.

Wohnungen für alte Menschen

XXI., Jedleseer Straße—Frömmelgasse—Grabmayergasse.

Bäder

XII., Theresienbad, Halle, Überdachung.
XIV., Achtundvierzigerplatz, Kinderfreibad.
XV., Stadthalle, Hallenschwimmbad.
XXIII., Liesing, Einbau einer Sauna.

Heime

X., Puchsbaumplatz 13, Tageserholungsstätte.
XIV., Weidlingau, Herzmanskystraße (Umbau).
XVIII., Bastiengasse 36, Zentralkinderheim (Zu- und Umbau).
XVIII., Pötzleinsdorfer Straße, Jugendgästehaus (Umbau).
XIX., Hartäckerstraße 26, familiengegliedertes Kinderheim.
XIX., Hohe Warte, Erziehungsheim (Inneneinrichtung).
XX., Wasnergasse, Lehrlingsheim Augarten, Festsaal (Umbau).
XXIII., Mauer, Freisingergasse, Heim und Schule für körperbehinderte Kinder.
XXIII., Liesing, Altersheim.
Eggenburg, N.-Ö., Erziehungsheim (Umbau, Neueinrichtung).
Klosterneuburg, N.-Ö., Erziehungsheim (Umbau, Neueinrichtung).

Kindergärten

II., Jungstraße, ehemaliger Reservegarten.
III., Leonhardgasse.
X., Eisenstadtplatz.
X., Quarinplatz.
XI., Sedlitzkygasse.
XI., Rinnböckstraße 47.
XII., Ruckergasse.
XIX., Bauernfeldgasse 45.
XX., Pappenheimgasse.
XXII., Portnergasse (Zubau).
XXII., Langobardenstraße.

Schulen

III., St. Marx, Berufsschule für Fleischer.
X., Wienerfeld West, Carl Prohaska-Platz—Maiklgasse.
XI., Enkplatz.
XVII., Knollgasse 6 (Dachgeschoßausbau).
XIX., Arbesbachgasse—Flotowgasse.
XXI., Franklinstraße, Sonderschule.

XXII., Kagran, Berufsschule für Gärtner.
XXIII., Schlimekgasse—Peterlinigasse.
Modernisierung von 21 Schulen.

Spitäler

III., Rudolfstiftung, Umbau (Röntgen) und Schwesternhaus.
X., Preyer'sches Kinderspital, Schrankenberggasse (Umbauten).
XIV., Altersheim Baumgarten, Pavillon 2, 3, 4 und 6 (Aufstockung, Umbau).
XIV., Baumgartner Höhe, Pavillon Hermann und Austria.
XIV., Rochusspital (Umbau).
XIV., Am Steinhof, Pavillon 13 und Rehabilitationszentrum, Apotheke.
XV., Elisabethspital, Küchengebäude, Erweiterungsbauten, Pathologie.
XVIII., Kinderklinik Glanzing (Umbau), Schwesternheim.
Errichtung von Reservestationen in 2 Spitälern.

Sportanlagen

II., Stadion, Rundfunk- und Fernsehreporterzellen.
II., Pazmanitengasse 17, Umbau in Sporthaus.
XIV., Achtundvierzigerplatz, Sportanlage und Hort.
XIX., Krottenbachstraße, Garderobengebäude.
XIX., Greinergasse, Spiel- und Garderobenhaus.
XXII., Natorpgasse (Umbau und Neubau).

Theater und Ausstellungsgebäude

I., Wiener Sezession, Friedrichstraße 12 (Umbau).
II., Planetarium, Prater.

Volksheime, Volkshochschulen bzw. Jugendhäuser

V., Grünwaldgasse (Matzleinsdorfer Platz), Jugendhaus.
IX., Galileigasse 8 (Umbau).
X., Arthaberplatz.
XVI., Ottakringerstraße 206-220.
XIX., In der Krim 6—Hutweidengasse 24.
XXI., Siemensstraße (Erweiterung).
XXII., Schüttaustraße (12. Fassung).
XXIII., Mauer, Mittelgasse.

Diverse städtische Betriebsgebäude und Betriebsanlagen

I., Rathauskeller (Umbau).
I., Stadtpark, Kursalon (Umbau), neuer Wetterpavillon.
I., Rotenturmstraße 11, Arkadierung.
II., Reservegarten, Markt.
II., Modellsportzentrum an der Engerthstraße.
III., Erdberger Lände 90, Lagergebäude.
III., St. Marx, Schulschlachtbrücke.
III., Hüttenbrennergasse, Betriebsgebäude für die Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung, Elektrizitätswesen und brennbare Gase.
VI., Grabnergasse 4, Bürogebäude für die Magistratsabteilungen für Kanalisation, für die Wasserwerke und für das Stadtforstamt.
VII., Zieglergasse 49, Landesbildstelle.
X., Laaer Berg-Straße 114-120, Heizwerkstätte der Magistratsabteilung für Maschinenbau, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft.
XIII., Rasthaus Rohrhaus im Lainzer Tiergarten.

XIV., Steinbruchstraße, Zentralwäscherei.
XVI., Müllverbrennungsanlage Flötzersteig.
XIX., Bellevue, Volksrestaurant.
XIX., Hohe Warte, Reservegarten, Neuplanung.
XIX., Feilergasse 3, Straßenpflegedepot.
XIX., Kahlenbergerdorf, Kuchelau—Fischerhütte, WC-Anlage.
XIX., Kahlenbergrestaurant (Terrassenumbau).
XX., Hannovermarkt (Umbau).
XXII., Hirschstetten, Baumschule.
XXII., Donaupark.
XXII., Eßling, Gartenheimstraße 12, Straßenpflegedepot für die Magistratsabteilung Stadtreinigung und Fuhrpark.
XXII., Schüttaustraße 4-18, Kioske.

Sonstige Planungen

15 Planungen für diverse Umbauten und Inneneinrichtungen im Rathaus und in Amtshäusern, 26 diverse kleinere Zu-, Um- und Aufbauten in Amtsgebäuden, Erziehungsgebäuden usw., Vorarbeiten für das Allgemeine Krankenhaus, Vorarbeiten für den Karlsplatz, Studien über Naßeinheiten im Wohnhausbau, Wettbewerb für Typengrundrisse.

KÜNSTLERISCHE AUSSCHMÜCKUNG STÄDTISCHER BAUTEN

Im Jahre 1961 wurden 65 künstlerische Arbeiten (Bildhauer- und Malerarbeiten) fertiggestellt und auf den hiefür vorgesehenen Bauvorhaben angebracht oder aufgestellt.

65 künstlerische Arbeiten wurden an 55 Bildhauer und Maler neu vergeben. Von den fertiggestellten und bereits montierten Arbeiten sind nachstehende besonders zu erwähnen:

Gebäude	Art und Motiv	Künstler
IX., Simon Denk-Gasse 4-6	Acht keramische Mosaike „Ornamente“	Maria Szeni
X., Arthaberplatz, Volksheim	Keramisches Mosaik an der Fassade „Menschengruppe“	Wilhelm Hochmeister
X., Arthaberplatz, Volksheim	Freistehende Plastik aus Zementguß „Diskussion“	Gottfried Buchberger
X., Nothnagelplatz 1. Bauteil	Freistehende Bronzeplastik „Mutter mit Kindern“	Siegfried Charoux
X., Herzgasse—Dieselgasse—Van der Nüll-Gasse	Freistehende Brunnenplastik aus Naturstein „Knabe und Mädchen“	Hilde Uray
X., Feuchtersleben-gasse	Drei Glasmosaike in Betonrahmen bei den Hauseingängen	Fritz Riedl, Johannes Wanke, Anton Krejcar
XIX., Heiligenstädter Straße, Volksheim Döbling	Freistehende Natursteinplastik „Zwei Männer im Gespräch“	Hilde Uray
XX., Gerhardusgasse—Pappenheimgasse—Jägerstraße	Bemalte Terrakottaplatten, freistehend in Eisenrohrrahmen „100 Jahre Automobil“	Prof. Leopold Schmid

	Gebäude	Art und Motiv	Künstler
XXI.,	Jedleseer Straße—Puffergasse—Grabmayergasse	Keramisches Mosaik an der Fassade „Ornament“	Helene Hädelmayr
XXI.,	Dunantgasse—Bunsengasse	Gedenkstein für Henri Dunant, Prisma aus Beton, mit Glasmosaik belegt	Prof. Robert Pippal
XXI.,	Franklinstraße, Sonderschule	Glasmosaik „Menschen und Wissen“	Robert Schmitt
XXI.,	Rußbergstraße—Meriangasse—Roda-Roda-Gasse	Freistehende Natursteinplastik „Stehendes Mädchen“	Fritz Pilz
XXII.,	Langobardenstraße—Hausgrundweg—Hartlebenstraße	Zwei freistehende Stahlbetonwände mit Natursteinmosaik belegt	Gustav Hessing
XXIII.,	Josef Schöffel-Gasse 28	Freistehendes Natursteinrelief „Vierergericht“	Oskar Bottoli
XXIII.,	Ruzickagasse—Weinberggasse—Taglieberstraße	Vier farbige Glasfenster „Vegetative Abstraktionen“	Hans Staudacher
XXIII.,	Klostermanngasse 13	Keramisches Mosaik „Helle und dunkle Tiere“	Prof. Ernst Höffinger

TECHNISCHE GRUNDANGELEGENHEITEN

Eine der wichtigsten Aufgaben der Magistratsabteilung für technische Grundangelegenheiten ist ihre Gutachtertätigkeit, die sie sowohl im Interesse von Ämtern und Betrieben der Gemeinde Wien als auch im Rahmen der Ämterhilfe für außerstädtische Dienststellen, in erster Linie solchen des Bundes, ausübt. Sie beriet diese Stellen in ihrer Eigenschaft als amtlicher Sachverständiger hinsichtlich des allgemeinen Verkehrswertes bebauter und unbebauter Liegenschaften, und sie beurteilte Schätzungsgutachten privater Sachverständigen dieser Sparte; dabei nahmen die im Sinne des § 7 des Mietengesetzes (besonders billige Erwerbung) zu erstellenden Schätzungen von Realitäten einen breiten Raum ein.

Die Mitwirkung bei Verpachtungen und Vermietungen gemeindeeigener Grundflächen erstreckte sich auf die Ermittlung der besten Verwertungsmöglichkeit dieser Areale in technischer Hinsicht, wobei auch andere einschlägige Fachabteilungen zu Rate gezogen wurden, sowie auf die Durchführung gewisser vermessungstechnischer und Kartierungsarbeiten in Lage- und Ausmaßbestimmungen an städtischen Grundflächen; hiezu kam im Jahre 1961 die Mitarbeit bei der Neufestlegung der Verwaltungsgrenzen geteilter Gemeindegrundstücke einschließlich der Ermittlung der Flächenausmaße.

Auf Anfrage von Gerichten und Schlichtungsstellen setzte die Abteilung auch im Jahre 1961 vergleichbare Friedenszinse für Wohnhausbauten, die aus Mitteln des Wiederaufbaufonds oder mit Wohnbauförderung errichtet werden, fest (Parifikation von Mietzinsen). Von größter Wichtigkeit für die Arbeit der Abteilung war, neben der Besichtigung der zu schätzenden Liegenschaften, die Beschaffung der für die Schätzungen und Beurteilungen erforderlichen Unterlagen aus Grundbüchern, den Urkundensammlungen und den Archiven der Baupolizei.

Das von den Finanzbehörden zur Verfügung gestellte Material wurde sorgfältig ausgewertet und der Unterlagensammlung einverleibt.

Die Evidenzhaltung des gesamten städtischen Grundeigentums auf den Stadtplan- und Katastralmappenblättern erfuhr im abgelaufenen Jahr eine Erweiterung durch die Ausdehnung dieser Tätigkeit auf die neuen Stadtplanblätter 1 : 5000.

BAUSTOFFBESCHAFFUNG

Im Jahre 1961 konnte die Versorgung der städtischen Baustellen mit Baustoffen aller Art der Menge und der Güte nach ohne nennenswerte Schwierigkeiten durchgeführt werden. In den Beschaffungsbereich der Magistratsabteilung für Baustoffbeschaffung wurde eine Reihe neuartiger Baustoffe, insbesondere aus dem Kunststoffsektor, aufgenommen. Auch neue Transportarten (Palettisierung) finden immer mehr Anwendung.

Das Preisniveau der Baustoffe hat sich gegenüber 1960, im Durchschnitt ermittelt, um rund fünf Prozent gehoben, doch waren von den Preiserhöhungen viel mehr Arten von Baustoffen betroffen als im Vorjahr. Die Preislage wurde unruhiger.

Insgesamt wurden 1.369 Anträge auf Vergabe von Baustofflieferungen an die zuständigen Gemeindeorgane gestellt. Hievon betrafen 119 Anträge Lieferungen im Werte von über 125.000 S, 121 Anträge solche im Werte von 25.000 bis 125.000 S.

Durch die ab Oktober 1960 eingetretene Veränderung der Kompetenzgrenzen für die Vergebung von Lieferungen und Leistungen konnten 83 Prozent der Vergebungen durch den Abteilungsleiter genehmigt werden, gegenüber früher von rund 75 Prozent, wodurch eine raschere Erledigung der Ankaufsanträge möglich war.

Es wurden 41.102 Rechnungen bearbeitet, womit eine Liefermenge von 1,236.986 t mit einer Rechnungssumme von 255,665.551 S verrechnet wurde.

Hievon entfielen auf den Wohnhausbau ein Mengenanteil von 44 Prozent bei einem Wertanteil von 61 Prozent, auf den Straßenbau ein Mengenanteil von 33 Prozent bei einem Wertanteil von 12 Prozent und auf den Brückenbau ein Mengenanteil von 9 Prozent bei einem Wertanteil von 6 Prozent.

Um einerseits die festgelegten Liefermengen vereinbarungsgemäß abzunehmen, andererseits den erfahrungsgemäß auftretenden Spitzenbedarf decken zu können, muß bei einzelnen Baustoffen eine Vorratswirtschaft betrieben werden. Es entfielen auf Lagerbezüge mengenmäßig 93.343 t oder rund 7,5 Prozent der Gesamtliefermenge, wertmäßig 54,704.241 S, oder rund 21,5 Prozent des Gesamtumsatzes.

Am 31. Dezember 1961 waren auf dem städtischen Baustofflagerplatz, III., Erdberger Lände 90, und in verschiedenen Konsignationslagern bei den Lieferfirmen 51.998 t Baustoffe mit einem Wert von 21,648.196 S eingelagert.

Durch Wiederverwendung von Altbaustoffen (33 Prozent), ergab sich für den Gemeindehaushalt eine Nettoersparnis von rund 375.700 S.

STÄDTISCHE WOHNHAUSNEUBAUTEN

Mit der Übergabe von 4.021 Wohnungen im Jahre 1961 wurde der soziale Wohnhausbau wie in den Vorjahren von der Gemeinde Wien fortgesetzt. Neu begonnen wurde mit dem Bau von 3.113 Wohnungen auf 25 Baustellen, von denen ein Teil erste Bauabschnitte großer Wohnbauvorhaben bildet, wie z. B. die Anlage XXIII., Altmannsdorfer Straße—Anton Baumgartner-Straße, welche insgesamt rund 1.200 Wohnungen umfassen wird.

Um die Bauführung wirtschaftlicher zu gestalten, wurde darangegangen, für größere Bauvorhaben am Stadtrande die Aufschließung der künftigen Wohngebiete vor Beginn der Hochbauarbeiten vorzunehmen. Es wurde das Einvernehmen mit den entsprechenden Magistratsabteilungen hergestellt, so daß die erforderlichen Straßen vor der Inangriffnahme der Wohnhausbauten bereits fertiggestellt sind und für Bautransporte benützt werden können. Ebenso werden auch alle Versorgungsleitungen bis zum Hausanschluß verlegt, eine weitere Maßnahme, um kürzere und damit wirtschaftlichere Bauzeiten zu erreichen.

Bei einigen Wohnhausbauten der letzten Zeit, insbesondere bei großen Anlagen, wurde angestrebt, die Geschäftslokale nicht, wie bisher üblich, in den Erdgeschossen der Wohnhäuser unterzubringen; statt dessen wurden gesonderte Ladenobjekte vorgesehen und durch die Zusammenlegung der Lokale den Wohnhausbauten mehr Schutz gegen Lärm gegeben.

Einige Neuerungen in der Bauausführung, wie die Verwendung der schalldämmenden Vollbautüren für die Wohnungseingangstüren und die Verwendung von Profilitglas an Stelle der Aufzugsvergitterung, haben sich vollauf bewährt.

Für die Fortführung der Bauarbeiten in den geschlossenen, überdachten Rohbauten wurden wie in den Vorjahren die notwendigen Vorkehrungen getroffen. Die Beheizung dieser Objekte erfolgte mit den gemeindeigenen Thermobloc- und Gas-Warmluftgeräten, Koksöfen sowie mit den von verschiedenen Firmen entliehenen, mit Flüssiggas gefeuerten Heizaggregaten und diversen anderen Heizgeräten.

Um auch die Bauarbeiten am aufgehenden Rohbau möglichst witterungsunabhängig in allseits geschlossenen, geheizten Arbeitsräumen während der Schlechtwetterperioden fortsetzen zu können, wurden im Winter 1960/61 auf fünf Baustellen Winterbauhallen über insgesamt zehn Häusern errichtet.

Durch die intensiven Winterbaumaßnahmen ist ein wesentlicher Beitrag zur kontinuierlichen Beschäftigung im Baugewerbe geleistet worden. Für die Beheizung der geschlossenen Rohbauten im Winter 1961/62 wurde die ungefähr gleiche Anzahl von Heizgeräten wie in den Vorjahren vorgesehen. Versuchsweise wurde auf einer Baustelle neben einer Winterbauhalle der derzeit üblichen Ausführung eine mit widerstandsfähigen Kunststoffplanen verkleidete Halle errichtet. Dieses Material, das im Gegensatz zu dem bisher verwendeten wesentlich leichter ist, soll den Arbeitsvorgang beim Heben der Halle vereinfachen.

Bei den bautechnischen Ausführungen der im Jahre 1961 begonnenen städtischen Wohnhausbauten waren wegen ungünstiger Bodenverhältnisse bei zwei Wohnhausanlagen Plattenfundierungen und in einem Fall Pfahlfundierung erforderlich. Bei fünf Wohnhausbauten wurden die tragenden Mauern in Schüttbauweise unter Verwendung von Hüttenbims hergestellt.

Auf den 1961 begonnenen Baustellen wurden Geschoßdecken folgender Systeme eingebaut:

	Baustellen
Ast-Mollin-Decken	15
Meteor-Decken	7
Isteg-Decken	2
Katzenberger-Kaiser-Decken	3

Im Zusammenhang mit den durchgeführten Bauarbeiten erfolgten im Jahre 1961 535 öffentliche Ausschreibungen, die rund 5.000 Anbote erbrachten. Weiters bewarben sich bei 195 beschränkten Ausschreibungen rund 1.000 Firmen. Von Organen der Magistratsabteilung für Wohnhausbau wurden insgesamt rund 32.500 Rechnungen, davon etwa 19.000 Materialrechnungen, bearbeitet.

In den im Jahre 1961 fertiggestellten Wohnhäusern sind außer den Wohnungen, Geschäftslokalen und Ordinationen noch verschiedene Einbauten für besondere Zwecke ausgeführt worden, nämlich ein Kindergarten, eine Kinderkrippe, zwei Kinderhorte, eine Tuberkulosefürsorgestelle, eine städtische Bücherei, zwei Polizeidienststellen und drei Postämter.

Von den 1961 fertiggestellten Wohnungen sind 66 Wohnungen in ebenerdigen oder einstöckigen Heimstättenobjekten für alte Menschen ausgeführt, und zwar in den Anlagen XXI., An der oberen Alten Donau—Schöpfleuthnergasse, 18 Wohnungen, XXI., Prager Straße—Tetmayrgasse, 32 Wohnungen, XXIII., Atzgersdorf, Ruzickagasse—Taglieberstraße, 16 Wohnungen, zusammen 66 Wohnungen.

Außer dem Wohnhausneubau wurde auch im Jahre 1961 der Wohnhauswiederaufbau von im Kriege beschädigten Häusern weitergeführt: es wurden fünf Wohnhauswiederaufbauten mit 328 Wohnungen fertiggestellt und zwei Bauten mit 107 Wohnungen mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds begonnen.

Im Zuge der Grundfreimachung mußten rund 44.000 m² Kleingartenfläche geräumt werden, für die jedoch durch Widmungsänderung oder Ankauf Ersatz geschaffen werden mußte; dabei ist noch ein Zugang von rund 56.000 m² zu verzeichnen. Zur Freimachung von Baugrundflächen für neue Wohnhausbauten wurden auf einer Baustelle Altbestände abgebrochen, wodurch die Schaffung von 348 der modernen Wohnkultur entsprechenden neuen Wohnungen an Stelle von 25 einsturzgefährdeten oder gesundheitsschädlichen Wohnungen möglich geworden ist.

Außer der bereits erwähnten Räumung von Kleingärten und Schaffung neuer Kleingartenflächen wurden im Rahmen der technischen Obliegenheiten in Siedlungs- und Kleingartenangelegenheiten auch rund 700 Bauansuchen von Kleingartenanlagen und rund 600 Bau- und Kreditansuchen von Stadtrand- und Baurechtssiedlungen der erforderlichen Vorprüfung unterzogen. In weiteren etwa 200 Fällen erfolgte eine Überpüfung des Bauzustandes von Siedlungshäusern (Instandhaltungsfonds).

Die folgende Übersicht über die 1961 fertiggestellten Wohnhausneubauten hebt einzelne Anlagen besonders hervor, die durch die Lage und Geschichte ihres Baugrundes, durch ihre städtebauliche und achitektonische Gestaltung oder in baulicher Beziehung besonders bemerkenswert sind.

	Wohnungen
II., Vorgartenstraße 158-170	108
III., Aspangstraße 13	12
III., Gestettengasse 1 a-13	31
III., Kleingasse 2	43
III., Markhofgasse 6	29
IV., Rainergasse 23-25	41

Das Bauareal des 41 Wohnungen und einen Kindergarten umfassenden Neubaues wird vom Draschepark, der Seisgasse und der Rainergasse begrenzt. Es ist dies der Teil der Wieden, der in früherer Zeit von den Feudalherren zur Errichtung ihrer Sommersitze bevorzugt wurde. Erhalten geblieben ist allerdings nur das kunsthistorisch bedeutungsvolle Gartenpalais Schönburg, das Lukas von *Hildebrandt* zugeschrieben wird; das Palais Thurn-Valsassina hat bereits im 19. Jahrhundert seine barocke Fassade eingebüßt, und erst in jüngster Zeit ist das Palais Rainer und das zugehörige Reitschulgebäude, ein für die Barockzeit charakteristischer Bau, der Spitzhacke zum Opfer gefallen.

Im Verlaufe dieser Entwicklung hat sich das Gebiet stark verändert, von der Vielzahl der einstmals herrlichen Parkanlagen haben nur wenige die Gründerzeit überstanden.

Der Neuplanung wurde der Gedanke der Regeneration dieses wichtigen Erholungsgebietes zugrunde gelegt. Von dem rund 5.000 m² großen Bauplatz wurden lediglich 900 m², also nur 18 Prozent, verbaut, die restlichen Flächen sind als Erweiterung der Grünzone des Drascheparkes gedacht. Die architektonische Gestaltung des Wohnhauses ermöglicht durch Auflösung fast der Hälfte des Erdgeschosses in Pfeiler auch den Straßenpassanten den Einblick in die Gartenanlage und bringt in die sonst einförmige Umgebung etwas Belebung und Abwechslung.

Die Bauarbeiten gestalteten sich zunächst sehr schwierig, da nach dem Abbruch von zwei baufälligen Altobjekten noch stockwerktiefe Kellergewölbe zu durchschlagen waren. Außerdem liegt das Bauareal im Bereich der ehemaligen Drascheschen Ziegelgruben, die erst in 12 m Tiefe tragfähigen Boden aufwiesen und eine Fundierung mittels Stahlbetonpfählen notwendig machten.

Blickt man von der Höhe der Seisgasse auf die Anlage, so breitet sich der Kindergarten inmitten der ausgedehnten Grünflächen aus. Das Wohnhaus mit der durch zahlreiche Balkone aufgelockerten Fassade bildet einen harmonischen Abschluß.

	Wohnungen
IX., Althanstraße 29-31	27
IX., Simon Denk-Gasse 4-6	32
X., Dieselgasse—Herzgasse—Van der Null-Gasse	189

Auf den Nordhängen des Wienerberges, zwischen Laxenburger Straße und Triester Straße gelegen, befindet sich das Gelände, auf dem diese neue Wohnhausanlage der Gemeinde Wien mit 261 Wohnungen errichtet wurde. Es war ein Teil des sogenannten „Favoritner Feldes", das früher zur Gemeinde Inzersdorf gehörte und erst 1890 dem jungen zehnten Wiener Gemeindebezirk einverleibt wurde. Bis dahin war es als Ackerland und Viehweide benutzt worden. Wohl entstanden schon vorher um den Gasthof „Rudolfshügel" kleine Wohnviertel, der Bauplatz selbst jedoch blieb unbebaut und war bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges Wiesenland. Während der Kriegsjahre wurde hier eine Gemüsegroßverteilungsstelle eingerichtet, nach Kriegsende diente die freie Fläche als Lagerplatz der „NEWAG". Nach der Räumung wurde im Frühjahr 1959 mit der Errichtung der Wohnhäuser begonnen.

Die Verbauung des Baugrundes ist architektonisch besonders gut gelungen. Klar und einfach sind die großen Wohnblocks in offenem Viereck, gestaffelt, in Vorgärten verschiedener Breite angeordnet und lassen den Ausblick nach Süden bis über die Höhen des Wienerberges hinweg frei.

Die Hof- und Gartenfassaden sind durch viele Loggien und Balkone reich gegliedert. Im Gartenhof wurden große Grünflächen geschaffen und Spielgeräte für Kinder aufgestellt. Der in windsicherer Mulde vorgelagerte neuerbaute Kindergarten vervollständigt den harmonischen Eindruck der Anlage, die mit Plastiken Wiener Bildhauer ausgeschmückt wurde.

Da sämtliche Radialstraßen an den Grenzen der Wohnhausanlage enden, wurde bewußt der Durchgangsverkehr weitgehend ferngehalten und somit große Verkehrssicherheit und außerdem für die Mieter ein ruhiges Wohnen erzielt.

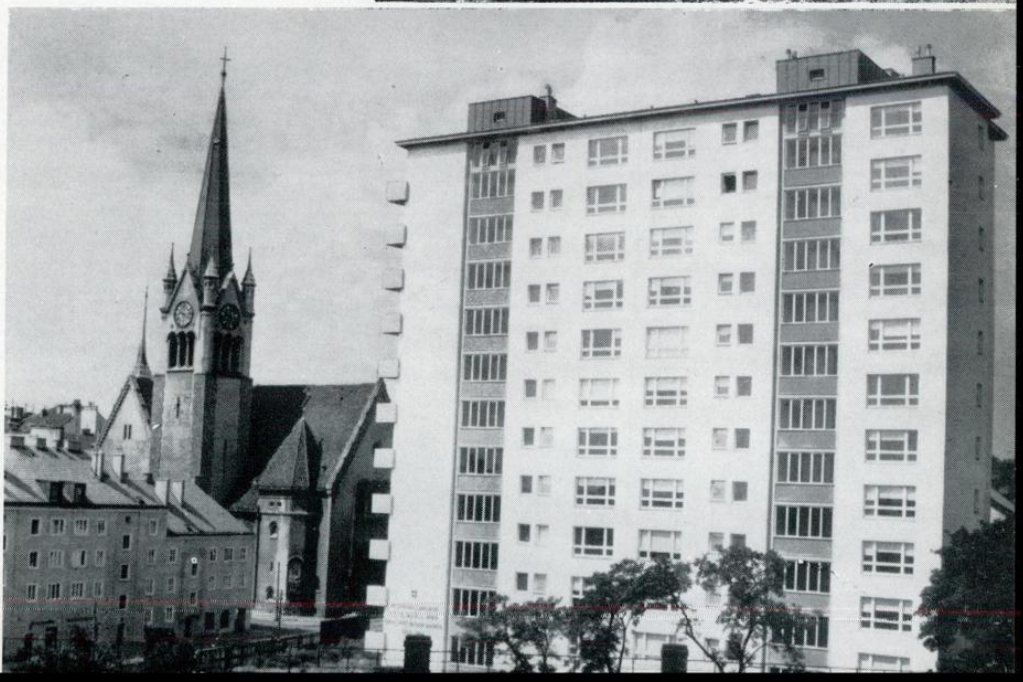
	Wohnungen
X., Eisenstadtplatz, Block I	72
X., Feuchterslebengasse	54
X., Graffgasse—Holbeingasse	276

In der Adalbert Stifter-Straße in der Brigittenau ist wieder ein Neubau vollendet



Bauwesen

Dem alten Ottakring geben städtische Neubauten ein neues Gesicht





Eine Wohnhausanlage in der Hofzeile wurde von der Stadt Wien der Atombehörde zur Verfügung gestellt

Bauwesen

Eine fahrbare Kesselanlage, die als Notaggregat für verschiedene Zwecke Verwendung findet



	Wohnungen
X., Gußriegelstraße 42-50	240
X., Gußriegelstraße 52-54—Raxstraße 38	35

Die Wohnhausanlage wurde am stadtseitigen Hange des Wienerberges, beiderseits der Gußriegelstraße, in einem unverbauten Gebiet, das früher die Bezeichnung Nothnagelplatz führte, in den Jahren 1957 bis 1961 errichtet.

In dem ehemaligen Wiesengebiet, welches vorwiegend als Übungsgelände für die Soldaten der Trostkaserne diente, wurde mit der Ausführung dieser großen Wohnhausanlage ein weiteres schönes Wohngebiet erschlossen.

Das gesamte Bauareal umfaßt rund 63.000 m²; die Anlage besteht aus 41 Häusern, von denen jeweils bis zu vier in Baublöcken zusammengefaßt sind. Die vier- bis achtgeschossigen Wohnblöcke liegen zum Teil quer zur Gußriegelstraße, zum Teil parallel zu den umfassenden Straßenzügen. Die niederen Häuser, die in der Farbgebung der Fassaden gut aufeinander abgestimmt sind, wurden derart angeordnet, daß das elfgeschossige Hochhaus an der Gußriegelstraße einen dominierenden Platz einnimmt.

Von den insgesamt 728 Wohnungen sind 22 als Heimstätte für alte Menschen zusammengefaßt; eine Polizeidienststelle, eine Außenstelle des Stadtgartenamtes, Ordinationen und eine Anzahl von Geschäftslokalen, die zum Teil in einem ebenerdigen Ladenbau untergebracht sind, tragen den Bedürfnissen der Bewohner der Anlage Rechnung. Die weiten Grünflächen wurden mit Spiel- und Ruheplätzen ausgestattet.

Der künstlerischen Ausschmückung wurde breiter Raum gegeben. Die Stiegeneingänge wurden mit Mosaiken versehen, die beim Ostteil den Umbau des Südtiroler Platzes darstellen, beim Westteil Ornamente zeigen. Ferner gelangten eine Bronzeplastik „Mutter mit Kind", eine Kinderspielplastik aus silbergrauem Kunststein, „Seelöwe", eine Plastik „Abstraktion aus Kunststein" und ein Springbrunnen mit einer Bronzeplastik „Pinguin" zur Aufstellung.

Durch die Verlängerung der Gußriegelstraße, den teilweisen Ausbau der Raxstraße und die Herstellung neuer Straßenzüge ist die gesamte Wohnhausanlage verkehrstechnisch sehr gut erschlossen.

Die Verbauung im Anschluß an diese Wohnhausanlage wird noch fortgesetzt, und zwar östlich in der Graffgasse—Brunnweg, westlich in der Braunspergengasse und im Süden an der Raxstraße.

	Wohnungen
XI., Geystraße 5-7	30
XI., Simmeringer Hauptstraße 13-17	39
XI., Simmeringer Hauptstraße 95	33
XI., Simmeringer Hauptstraße 106-108	69

Mit der Errichtung dieses städtischen Wohnhausbaues an der Simmeringer Hauptstraße, der wichtigsten Ausfallstraße der Stadt nach Osten, hat sich die Zahl der im 11. Bezirk seit 1945 fertiggestellten Wohnhäuser weiter vermehrt.

Auf dem Baugrund befand sich ehemals eine Sand- und Schottergrube, die jedoch durch das vom Laaer Berg herabfließende Niederschlagswasser gefüllt wurde. Den so entstandenen Teich hat man um die Jahrhundertwende zugeschüttet und das Grundstück später als Holzlagerplatz verwendet.

Insgesamt sind in dem Neubau 69 Wohnungen untergebracht. Der neungeschossige Wohntrakt wurde bewußt um rund 40 m von der Baulinie zurückgenommen, um den aus architektonischen Gründen erwünschten freien Raum vor dem die Nachbarhäuser hoch überragenden Bau zu schaffen und gleichzeitig für die Bewohner eine Verringerung der Belästigung durch den Lärm der

stark frequentierten Hauptverkehrsstraße zu erzielen. Ein ebenerdiger Geschäftstrakt an der Straßenfront mit einem 2 m vorspringenden Kragdach unterstreicht den Charakter dieses Teiles der Simmeringer Hauptstraße als Geschäftsstraße.

Wie bei den meisten Anlagen ist auch bei dem in Schüttbauweise errichteten Wohnhaus der Eindruck durch die in mehreren Farben gehaltene und durch Loggien aufgegliederte Fassade bestimmt. Die ausgedehnten Grünflächen sind sorgfältig angelegt und bieten mit einem künstlerisch gestalteten Brunnen dem Beschauer einen erfreulichen Anblick.

	Wohnungen
XI., Simmeringer Hauptstraße 140	45
XII., Jägerhausgasse—Hervicusgasse	90
XII., Tivoligasse 13—Pohlgasse 12	122

Der Leitgedanke bei der Planung dieser Anlage war, einen locker verbauten Grünstreifen vom nahen Theresienbad bis zu den dicht verbauten Gebieten an der Pohlgasse zu schaffen und so auch den in den umliegenden Privathäusern wohnenden Menschen den Blick ins Grüne zu öffnen.

Der Neubau wurde auf einem etwa 7.400 m² großen Areal, welches sich von der Pohlgasse abfallend zur Tivoligasse erstreckt, errichtet. Vor Beginn der Bauarbeiten mußten einige alte Häuser und Werkstätten sowohl an der Tivoligasse als auch an der Pohlgasse abgetragen werden.

Von den insgesamt acht Häusern sind je vier zu zwei Blöcken in Nord-Süd-Richtung angeordnet. Durch das stark abfallende Gelände ergibt sich für den Block an der Tivoligasse eine sieben- oder sechsgeschossige Verbauung, während der Block an der Pohlgasse fünf- und viergeschossig erstellt wurde. Die Wohnhausanlage enthält 122 Wohnungen, zwei Arztordinationen, ein Postamt und eine Expositur der städtischen Straßenreinigung.

Um die beiden Wohnblöcke sind westlich und östlich große Grünflächen angelegt, in die die Wirtschaftsplätze sowie ein Ruheplatz und ein Kinderspielplatz mit Sandspielkiste harmonisch eingefügt sind.

Die Anordnung von Balkonen an der Ost- und Südseite der Häuser ergibt einen in jeder Hinsicht befriedigenden Gesamteindruck.

	Wohnungen
XIV., Mitisgasse 36-38	42
XVI., Arnethgasse—Weinheimergasse	100
XIX., Greinergasse 3-7	26
XIX., Grinzinger Allee—Paradisgasse	38

Der 1961 fertiggestellte Ergänzungsbau schließt die Errichtung der 1957 begonnenen Wohnhausanlage in der Daringergasse ab; sie zählt zu den größten in der Zweiten Republik im 19. Bezirk entstandenen städtischen Neubauten.

Mit dem Bau konnte erst nach Räumung einer Anzahl von Kleingärten und Wohnbaracken, die noch aus dem ersten Weltkrieg stammten, begonnen werden. Damals stand hier auf den Gründen zwischen Daringergasse und Grinzinger Allee eine Barackenstadt, das Grinzinger Kriegsspital.

Die Aufschließung der Liegenschaft ist durch die Verkehrsflächen der Daringergasse, Traklgasse, Weinzingergasse, Iglaseegasse, Grinzinger Allee, Paradisgasse und Kaasgrabengasse gegeben.

Durch großzügiges Auseinanderziehen der Wohnobjekte und Anordnen weitflächiger Grünanlagen ist auf eine gute Einordnung in die Umgebung Bedacht genommen. Die Baublöcke mit insgesamt 43 Häusern, in denen 432

Wohnungen untergebracht sind, sind entlang der begrenzenden Verkehrsflächen angeordnet. Die niedergeschossige Verbauung wird durch die nahezu im Zentrum der Anlage gelegenen drei Punkthäuser architektonisch betont; drei zweigeschossige Häuser bieten alten Menschen 24 schöne und gesunde Wohnungen. Ein eigener Ladentrakt und eine Reihe von in den Wohnhäusern eingebauten Geschäften sorgen für die Deckung des Bedarfes der zahlreichen Mieter.

Die freien Flächen zwischen den einzelnen Baublöcken wurden großzügig gärtnerisch gestaltet und mit einem Wasserbecken mit Steinplastik, Mutter und Kind darstellend, geschmückt. Einen weiteren künstlerischen Schmuck bilden eine Bronzeplastik und abstrakte Mosaikumrahmungen bei Hauseingängen.

	Wohnungen
XIX., Hofzeile 15	36
XX., Brigittaplatz—Jägerstraße, Los A	45
XX., Brigittaplatz—Jägerstraße, Los B	166
XX., Burghardtgasse 32-38—Adalbert Stifter-Straße	75
XX., Dietmayrgasse—Brigittenauer Lände	354

Die Grundstücke, begrenzt von der Klosterneuburger Straße, Brigittenauer Lände, Dietmayrgasse und Adalbert Stifter-Straße, waren ursprünglich im Besitz des Stiftes Klosterneuburg. Bis zum Erwerb durch die Gemeinde Wien hat das Areal jedoch noch oftmals seinen Eigentümer und damit auch den Verwendungszweck gewechselt. So hat etwa um 1770 hier Graf *Chotek* seine Ziergärten mit einem kleinen Schloß errichtet. Nach 1800 erwarb es der Grundstückmakler *Eckstein,* ließ die Ziergärten roden und baute eine Färberei. Es folgten als Eigentümer die Österreichische Baugesellschaft und ab 1930 die Firma *Otte,* die eine Großzimmerei errichtete und das damals noch bestehende Schloß in ein Bürohaus umbaute.

An dieser Stelle entstand nun die 354 Wohnungen, eine Apotheke und sonstige erforderliche Einbauten umfassende Anlage. Von den insgesamt 19, durchwegs sechsgeschossigen, mit zahlreichen Balkonen und Loggien versehenen Häusern wird eine weitflächige Grünanlage mit zwei Spielplätzen umschlossen und dadurch eine günstige Trennung zwischen Verkehrs- und Erholungsfläche geschaffen. Zur Ausschmückung wurde eine Plastik, „Vater und Sohn", und eine Vogeltränke aufgestellt. Als Verbindungsstück zu der angrenzenden, bereits vor einigen Jahren errichteten Wohnhausanlage (Adalbert Stifter-Straße) wurde eine Wohnstraße mit zahlreichen Autoabstellplätzen angelegt.

Mit der Fertigstellung dieser Anlage vermehrt sich die Zahl der Bauten, die in den letzten Jahren diesem Stadtteil zwischen Donau und Donaukanal einen neuen, modernen Ausdruck verliehen haben.

	Wohnungen
XX., Klosterneuburger Straße—Adalbert Stifter-Straße, Stiegen 1—6	54
XX., Leipziger Straße—Nordwestbahn	391

Nach Auflassung einer quer über die Baugründe führenden Straße und Räumung der bisher als Lager- und Werkstättenplätze genutzten Grundstücke wurde im Jahre 1957 mit den in drei Abschnitten durchgeführten Bauarbeiten begonnen.

Auf dem von den Verkehrsflächen der Jägerstraße, Stromstraße und Leipziger Straße sowie der Trasse der Nordwestbahn begrenzten 45.770 m² großen Areal wurden die insgesamt 38 Stiegenhäuser mit 729 Wohnungen und

19 Geschäftslokalen errichtet. Außer 12 Wohnungen für alte Menschen in einem zweigeschossigen Gebäude sind noch ein Jugendhort und Diensträume für zwei Magistratsabteilungen in der Wohnhausanlage untergebracht.

Die Gliederung erfolgte teils in geschlossener, teils in offener oder gekoppelter Bauweise, wobei fünf-, sechs-, sieben- und achtgeschossige Blöcke abwechseln.

Gleichzeitig mit dem Wohnhausbau konnte die Stromstraße durch Zurücknahme der Baulinie wesentlich verbreitert und zwischen Fahrbahn und Gehsteig eine Baumreihe eingeschoben werden. Nach Süden blieb ein etwa 42 m breiter, parallel zur Leipziger Straße verlaufender Streifen für die Trasse der geplanten Stadtbahn „Gürtel—Floridsdorfer Brücke" unverbaut. Zwei Zufahrtsstraßen und Parkplätze für 70 Pkw schließen die Anlage verkehrstechnisch auf.

In die großen Gartenflächen mit Baumbestand, Strauch- und Blumenschmuck sind zwei große Ballspielplätze und eine Reihe kleinerer Spiel- und Erholungsplätze eingebettet. An künstlerischer Ausschmückung kam nahe dem Durchgang an der Jägerstraße ein Gänsebrunnen zur Aufstellung.

	Wohnungen
XX., Pasettistraße—Leystraße	17
XXI., An der oberen Alten Donau—Schöpfleuthnergasse	18

Wenn man den heutigen Verkehrsknotenpunkt Floridsdorfer Hauptstraße—An der oberen Alten Donau—Jedleseer Straße betrachtet, fällt es schwer, sich in die Vergangenheit zurückzudenken.

Der ursprüngliche Charakter der Aulandschaft wurde durch einzelne, verstreut und planlos errichtete kleine Wohnobjekte langsam in einen Vorort verwandelt. Im Zuge der Donauregulierung wurde entlang der oberen Alten Donau durch Anschüttung das Niveau gehoben, gleichzeitig entstanden einzelne Zeilen von Miethäusern, wodurch der Weg „An der oberen Alten Donau" allmählich die Bedeutung einer Straße annahm. Die alten, einzeln stehenden Objekte verloren an Gebrauchswert und wurden dem Verfall preisgegeben. Eine große Fläche diente jahrelang Schaubudenbesitzern als Standplatz, auch Zigeuner ließen sich mit ihren Wohnwagen dort nieder. Die durchgehende Floridsdorfer Hauptstraße zerfiel im Bereiche des heutigen Kreisverkehrs in zwei unübersichtliche, knapp nebeneinanderliegende Kreuzungen.

Im Hinblick auf die städtebaulich günstige Lage des Baugrundes und in Anbetracht der unwirtschaftlichen Nutzung entschloß sich die Stadt Wien zu einer großzügigen Neugestaltung des gesamten Platzes. In oft schwierigen Ablöse- und Verkaufsverhandlungen gelang es, die angesiedelten Kleingartenbesitzer und sonstigen Eigentümer und Pächter abzusiedeln und die einzelnen Grundstücke zum jetzigen Areal zu vereinigen. Im Jahre 1956 konnte mit dem Bau begonnen werden. Verschiedene Abtragungen von Baulichkeiten und Mauerresten sowie eines Bunkers aus dem zweiten Weltkrieg waren erforderlich.

In technischer Hinsicht brachte der Baugrund Schwierigkeiten: Verschiedene Fundierungsarten, wie Tief-, Streifen-, Brunnen- und Pfahlfundierung, mußten angewendet werden. Die Verbauung selbst erfolgte in Blockbauweise.

Als neues Wahrzeichen des aufstrebenden Stadtteiles Floridsdorf kann das an der Floridsdorfer Hauptstraße gelegene elfgeschossige Wohnhochhaus, das die übrigen fünfgeschossigen Wohnblocks überragt, bezeichnet werden. Inmitten der Wohnhausanlage fanden eine Heimstätte für alte Menschen mit 18 Wohnungen und eine Kinderkrippe Platz. Außerdem stehen eine Mutterberatungsstelle sowie eine Anzahl Geschäftslokale in der 392 Wohnungen umfassenden Anlage zur Verfügung.

Im Rahmen einer feierlichen Eröffnung wurde die Anlage im Andenken an den Generalsekretär der UNO „Dag Hammarskjöld-Hof" benannt.

	Wohnungen
XXI., Dr. Albert Geßmann-Gasse	51
XXI., Dunantgasse—Bunsengasse	119
XXI., Puffergasse—Frömmelgasse	173
XXI., Prager Straße—Tetmajergasse	152

Die ursprünglich landwirtschaftlich genutzten Flächen gelangten um die Jahrhundertwende in den Besitz der Familie *Mautner-Markhof*, die hier den Wirtschaftshof der Brauerei „St. Georg" errichtete. Verschiedene anläßlich der Baudurchführung zutage getretenen Kellerfragmente waren Überreste der ehemaligen Malzkellereien. Später erfolgte ein Umbau des Wirtschaftshofes in eine Meierei; der für die Wasserversorgung errichtete Wasserturm zählte mit seiner Uhr zu den Lokalsehenswürdigkeiten. Etwas abgerückt vom Wirtschaftshof befand sich der Privatrennstall der Familie *Mautner-Markhof* mit einer eigenen ellipsenförmigen Rennbahn für die Pferdedressur.

Nach der Auflösung des landwirtschaftlichen Betriebes entstand nun an dieser Stelle die neue Wohnhausanlage mit 335 Wohnungen und einer Kinderkrippe in ein-, zwei-, und viergeschossiger Verbauung, die durch die sternförmigen Hochhäuser eine vertikale Gliederung erhielt. Die ausgedehnten Grünflächen sind unter weitgehender Erhaltung des alten Baumbestandes sorgfältig angelegt. In den der Straße abgelegenen Teil fügt sich die Heimstätte mit 32 Wohnungen harmonisch ein und gibt den alten Menschen die Möglichkeit, sich in den großen verglasten Veranden der Wohnungen oder an den Ruheplätzen im Freien zu erholen.

Die Verkehrsprobleme für die Wohnhausanlage wurden durch eine eigens angelegte Privatstraße mit Wendeplatz in vorbildlicher Weise gelöst. Für die verkehrstechnische Aufschließung des gesamten Viertels wird die geplante Schnellverbindung zum stadtseitigen Donauufer einen wesentlichen Beitrag leisten.

	Wohnungen
XXII., Erzherzog Karl-Straße	48
XXII., Langobardenstraße—Hartlebengasse	144
XXII., Meißauergasse—Meißnergasse	118
XXII., Wagramer Straße—Lorenz Kellner-Gasse	84
XXIII., Atzgersdorf, Ruzickagasse—Taglieberstraße	120

Auf einem von der Ruzickagasse und der Taglieberstraße eingeschlossenen Ackergelände, das durch Anschüttung aufgelassener Steinbrüche entstanden war, wurde auf einer Fläche von etwa 51.000 m² eine Wohnhausanlage der Gemeinde Wien errichtet. Sie umfaßt 393 Wohnungen, davon 16 in einer Heimstätte für alte Menschen, und zwei Geschäftslokale.

Von den insgesamt 21 Häusern stehen die dreigeschossigen einzeln oder in Blöcken zu zweien zusammengefaßt, während die vier neungeschossigen als Punkthäuser ausgebildet sind. Durch ihren sternförmigen Grundriß geben sie allen Wohnungen mehr Licht und Sonne und bieten ihren Bewohnern an klaren Tagen einen herrlichen Fernblick.

In dem unverbaut gebliebenen Teil wurden zwei große Parkplätze angelegt und Ruheplätze für die erholungsuchenden Mieter sowie Kinderspielplätze geschaffen. Die dazwischenliegenden Grünflächen sind mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt, die künstlerische Ausschmückung bilden zwei Steinplastiken, einen Tiger und einen Diskuswerfer darstellend.

Zur Aufschließung des Geländes waren die Verlängerung der Rudolf Zeller-Gasse durch die Anlage sowie weitere das Gelände umschließende Straßenbauten notwendig.

Ein Erweiterungsbau mit 10 Häusern wurde 1961 begonnen, nach dessen Fertigstellung die Anlage fast 500 Wohnungen aufweisen wird.

	Wohnungen
XXIII., Mauer, Hauptplatz 2, Ergänzung	8
XXIII., Siebenhirten, Ketzergasse 38 — Nowakgasse	25

WIEDERAUFBAU UND INSTANDSETZUNG

Zur Erhaltung der städtischen Wohnhäuser wurden in 380 Stiegenhäusern Generalreparaturen vorgenommen. Über diese und andere Instandsetzungsarbeiten berichtet folgende Übersicht:

	Stiegen (als Teile von Wohnhausanlagen)
Erneuerung von Schauflächen	157
Erneuerung oder Instandsetzung von Kaminköpfen	730
Verputz -und sonstige Maurerarbeiten	1.603
Instandsetzung von Dächern	854
Erneuerung der Stiegenhausmalerei	386
Fenster- und Türeninstandsetzung	848
Fenster- und Türenanstriche	843
Verglasung	894
Behebung von Installationsgebrechen (Gas-, Wasser-, elektrische Leitungen)	4.949
Instandsetzung von Hofwegen	270
Gehsteiginstandsetzungen	86
Erneuerung oder Instandsetzung von Waschküchenherden	679
Verlegung von Fußböden	131
Behebung von Rohrbrüchen	2.587

In 29 Wohnhausanlagen mit 233 Stiegenhäusern wurden die elektrischen Ring- und Steigleitungen erneuert, nach Maßgabe der Mittel und soweit die Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke Kabellegungen durchführen und Trafostationen errichten konnten, wurden auch Verbesserungen der Anspeise- und Steigleitungen vorgenommen.

Die Arbeiten zur Behebung der Kriegsschäden an den Objekten II., Schüttelstraße 71, und VI., Mollardgasse 75, wurden fortgesetzt; im Trakt Mollardgasse Nr. 75 wurden die Arbeiten beendet, im Trakt Linke Wienzeile konnte nach schwieriger Fundierung das aufgehende Mauerwerk bis zur Hauptgesimsgleiche errichtet werden.

Im Hause X., Leebgasse 100, wurde durch Umbau einer freigewordenen Waschküche eine Wohnung neu geschaffen. Bauliche Zusammenlegungen von zwei Kleinwohnungen (sogenannten Duplexwohnungen) in eine Mittelwohnung erfolgten in den Objekten X., Gudrunstraße 55-103 (in sieben Fällen), XII., Am Schöpfwerk (in vier Fällen), XIX., Flotowgasse 7 (in einem Fall).

Die Waschküchenaktion wurde mit der Auswechslung kohlebeheizter Waschmaschinen gegen Halbwaschautomaten fortgesetzt.

Im Jahre 1961 waren im Monatsdurchschnitt 424 Firmen mit 2.082 Arbeitern bei den Arbeiten der Wohnhäusererhaltung beschäftigt. Die Höchstzahl der Arbeiter war im Monat Juni mit 2.410 zu verzeichnen.

Die Anzahl der Meldungen über Gebrechen an elektromechanischen Ein-

richtungen ist wieder sehr hoch und neuerlich angestiegen. Das ist zum Teil auf neu hinzukommende Einrichtungen, zum Teil auf eine gewisse Überalterung zurückzuführen, vielfach aber der schonungslosen Behandlung, die von einem Teil der Benützer dieser Einrichtungen geübt wird, zuzuschreiben. So mußten 11.240 Störungen an maschinellen Waschkücheneinrichtungen und 1.408 Störungen an Aufzügen behoben werden.

Die Zahl der notstandspolizeilichen Maßnahmen ist mit 31 gegenüber dem Jahre 1960 ungefähr gleichgeblieben. Dagegen stieg die Zahl der von der Baupolizei beantragten Ersatzvornahmen um 86 oder rund 30 Prozent auf 376. Die beantragten Baukosten beliefen sich auf eine Summe von 26,412.450 S, was eine Steigerung um etwa 270 Prozent bedeutet. Zur Durchführung kamen jedoch nur 21, also um fünf Fälle weniger als im Jahre 1960, wodurch sich das Verhältnis zwischen den beantragten und den genehmigten Ersatzvornahmen von 9 Prozent auf 5,6 Prozent verminderte. Die Annahme, daß durch den Fristablauf der Stundungsbestimmungen des Artikels II der Bauordnungsnovelle 1956, LGBl. für Wien Nr. 28/1956, mit Ende 1960 eine wesentliche Vermehrung der Ersatzvornahmen zur Behebung von restlichen Kriegsschäden an den Wiener Wohnobjekten eintreten würde, hat sich als nicht zutreffend erwiesen.

Etwas angestiegen ist jedoch die Teilnahme an den Ortsaugenscheinsverhandlungen der Baupolizei, wie auch die „Technischen Gutachten" für die Baupolizei über die wirtschaftliche Zumutbarkeit von Instandsetzungen an schadhaften Wohngebäuden (von 299 im Jahre 1960 auf 318) zugenommen haben.

Die Ansuchen um Darlehen, ebenso die Nachträge zu bereits laufenden Darlehen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds waren im Jahre 1961 zahlenmäßig wieder um fast 20 Prozent, kostenmäßig um über 30 Prozent geringer als im Jahre 1960.

Die bereits im Jahre 1960 festgestellte Tatsache, daß ein großer Teil der neu bearbeiteten Darlehensansuchen (1961 111 Anträge) wegen der unklaren Schadensursache (Kriegsschäden oder Zeitschäden) eine weitaus längere Bearbeitungszeit als in früheren Jahren in Anspruch nehmen wird, wird dadurch unterstrichen, daß bei zehn Ansuchen wegen Nichtzutreffens der gesetzlichen Voraussetzungen die Ablehnung bei der Fondsverwaltung beantragt werden mußte.

Im Jahre 1961 wurden beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau 162 Fondsansuchen (um 16,5 Prozent weniger als 1960) eingebracht. Die Kostensumme war mit 243,999.711 S um 22 Prozent geringer als im Jahre 1960. 174 Darlehensansuchen mit einer Gesamtsumme von 476,545.100 S wurden von der Fondsverwaltung genehmigt.

Nach dem zeitweilig geringeren Umfang der Genehmigung von Anträgen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 im Jahre 1960 wurde im Jahre 1961 wieder eine größere Anzahl Darlehenszuteilungen mit einer Baukostensumme von 124,710.990 S beschlossen.

Die Zahl der Bauten mit Mitteln aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hat sich seit 1959 nicht wesentlich geändert.

Bei den Ansuchen um Darlehen aus der „Neuen Wiener Wohnbauaktion" ist gegenüber dem Jahre 1960 zahlenmäßig ein Rückgang um 5,6 Prozent, baukostenmäßig eine Steigerung um etwa 35 Prozent (546,607.160 S) eingetreten, was durch eine entsprechende Vergrößerung der Wohnfläche um 38,8 Prozent = 314.636 m² (226.699 m² im Jahre 1960) begründet ist.

Die Zahl der gemäß § 7 und § 8 des Mietengesetzes für Schlichtungsstellen und Gerichte erstatteten technischen Gutachten hat sich im Jahre 1961 um rund 300 Fälle oder etwa 6 Prozent erhöht. Die Kostensumme der beantragten Arbeiten ist um 11 Prozent gestiegen. Der Arbeitsaufwand hat sich aus ver-

schiedenen Gründen hiezu jedoch unverhältnismäßig vergrößert. 4.531 Gutachten wurden angefordert, 4.510 erstattet.

Über Ersuchen der Finanzlandesdirektion wurden trotz des Ablaufes der Einreichfrist mit 31. Dezember 1960 auch noch im Jahre 1961 weitere 755 Bescheinigungen nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz ausgestellt, womit sich die Gesamtzahl der seit 17. September 1958 ausgestellten Bescheinigungen auf insgesamt 33.950 erhöht hat.

ERRICHTUNG UND ERHALTUNG VON NUTZBAUTEN

Die Magistratsabteilung Gebäudeerhaltung betreute im Jahre 1961 die folgenden Anstalten und Objekte:

1 Volkshochschule
1 Haus der Wiener Jugend
13 Musiklehranstalten
1 Modeschule
49 Büchereien
5 Landesbildstellen
213 Objekte der Denkmalpflege (Denkmäler, Denkmalbrunnen und kapellenähnliche Bildstöcke)
383 Gedenkplatten
3 Archive (1 Zentraldepot und 2 Depots)
314 Volks-, Haupt- und Sonderschulen
19 Berufsschulen
3 Lehransalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe
1 Pädagogisches Institut
1 Pädagogische Zentralbücherei
14 Erziehungsheime
6 Lehrlingsheime
180 Kindergärten und Horte
10 Tageserholungsstätten
4 Altersheime
2 Lager der Flüchtlingsfürsorge
1 Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt
2 Desinfektionsanstalten
18 Krankenanstalten
1 Allgemeines Krankenhaus
2 Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke
10 Rettungs- und Krankenbeförderungsstationen
1 Anstaltenhauptlager
8 Jugenderholungsheime der „Wijug"
91 Amtshäuser
84 Sicherstellungsdepots
1 ehemaliges Viehhälterhaus
2 Theater
1 Urania
13 städtische Sammlungen und Depots (Museen, Heimatmuseum, Gedenkstätten und Depots)
2 Häuser für verschiedene Zwecke
9 Kirchen
9 Objekte auf städtischen Liegenschaften und 1 Objektsgruppe des Jugendgästehauses
11 städtische Gastwirtschaften
1 Aussichtsturm
2 Demolierungsobjekte
8 Objekte der Rathausverwaltung
17 Bezirksjugendämter
54 Mutterberatungsstellen und Schwangerenberatungsstellen
20 Bezirksgesundheitsämter
17 Objekte für Gesundheitsschutz und Gesundheitsfürsorge
1 Augenärztliche Zentrale für Schulkinder
19 Schulzahnkliniken
1 Fürsorgerinnenbildungsanstalt
1 Kindergärtnerinnenbildungsanstalt
1 Beratungsstelle für Geschlechtskranke
1 Beratungsstelle für Körperbehinderte
1 Beratungsstelle für Tuberkulose-Befürsorgte
195 Anlagen und Objekte des Gartenwesens
50 Objektsgruppen der Stadtforste
4 Herbergen für Obdachlose
1 Zentrallager des Beschaffungsamtes
1 Bäckerei des Beschaffungsamtes
34 Objekte (Wachen und Depots) der Feuerwehr
133 Anlagen für Körpersport, von denen 88 derzeit verpachtet sind, so daß 45 Anlagen zu erhalten sind; außer-

dem eine Rodelbahn auf dem Gallitzinberg und je ein Campingplatz in XIV., Hüttelbergstraße, und in XXIII., Atzgersdorf, sowie ein Segelflugzeughangar in Langenzersdorf

Alle angeführten Anstalten und Objekte wurden während des ganzen Jahres instandgehalten. Zahlreiche kleinere und größere Instandsetzungen, Um-, Zu- und Neubauten wurden ausgeführt.

Auf dem Gebiete des Körpersports wurde auf der Sportanlage X., Raxstraße, der Bau eines als Platzmeisterwohnung gedachten Objektes als Zubau an das bestehende Garderobehaus begonnen.

Weiters wurde der Bau einer Sportkegelbahn Simmering, XI., Leberstraße 82, der Bau eines Campingplatzes Wien-West II, XIV., Hüttelbergstraße, und einer städtischen Sportanlage XIX., Krottenbachstraße, begonnen.

Im Bau befindet sich auch ein Objekt für die Unterbringung einer Platzwartwohnung auf der städtischen Sportanlage XXII., Natorpgasse.

Öffentliche Ballspielplätze wurden in Hadersdorf-Weidlingau und im 22. Bezirk, Kaisermühlen-Schödlbergergasse, geschaffen.

In Wien II., Spenadlwiese, wurde ein gedeckter Vorbau beim Garderobehaus der städtischen Sportanlage errichtet, und das Garderobehaus auf dem städtischen Sportplatz XX., Treustraße, wurde instandgesetzt. Beim Garderobehaus auf dem Spielplatz XVIII., Währinger Park, wurde die Kanalisation erneuert. Auch die Dacheindeckung des Garderobehauses auf dem städtischen Spielplatz VIII., Schmidgasse, wurde erneuert. Weiters wurden die Einfriedungen diverser Spielplätze instandgesetzt.

Im Wiener Stadion II., Prater, wurden kleinere Ergänzungsarbeiten für den Aufbau und die Vorflächengestaltung ausgeführt. Mit der Schaffung von 19 Rundfunk- und Fernsehkabinen wurde begonnen.

In der Wiener Stadthalle, XV., Vogelweidplatz, wurden bauliche Verbesserungen, vor allem an den Akustikeinrichtungen, ausgeführt.

Gemäß einer Verfügung des Bürgermeisters wurde der Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses in den Geschäftsbereich der Magistratsabteilung für Nutzbauten aufgenommen und hiefür ein neues Referat gebildet. Diesem Referat obliegt die Vertretung der Stadt Wien in der Bauleitung der Arbeitsgemeinschaft der Republik Österreich und der Stadt Wien für den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses (Universitätskliniken).

In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Republik Österreich wurde im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses (Universitätskliniken) der Wettbewerb für den Neubau abgeschlossen. Für die ebenfalls im Rahmen dieser Arbeitsgemeinschaft vorgesehene Generalsanierung der II. Chirurgischen und I. Frauen-Universitätsklinik wurde die Planung fortgesetzt und soweit vorangetrieben, daß mit den Bauarbeiten selbst 1962 begonnen werden kann.

Im Jugenderholungsheim Tribuswinkel wurde der restliche Teil der sanitären Anlagen verfliest. Die im Jahre 1960 begonnene Herstellung eines Kinderfreibades wurde beendet. Im Jugenderholungsheim Unter-Oberndorf wurde eine Kläranlage eingebaut; weiters wurde ein zweiter Trinkwasserbrunnen erschlossen und in den Parkanlagen eine Stufenanlage errichtet. Die angebaute Veranda wurde neu instandgesetzt und mit einem Blechdach versehen. Im Jugenderholungsheim Klamm am Semmering wurde ein Zubau für Wasserklosettanlagen neu geschaffen, weiters wurden einzelne Aufenthaltsräume mit Akustik-Platten verkleidet. Ein Teil der Einfriedung wurde als Gitterraum hergestellt. Im Jugenderholungsheim Vorderhainbach, XIV., Adalbert Stifter-Straße 17, wurde der bestehende Kohlen- und Wirtschaftskeller umgebaut. Neue Aufenthaltsräume

wurden geschaffen, weiters wurde das bestehende Badebecken neu instandgesetzt. Im Jugenderholungsheim Gaaden wurde die Einfriedung teilweise erneuert und repariert. Im Jugenderholungsheim Sulzbach-Ischl wurde ein neuer Küchenherd und ein neuer Kippkessel aufgestellt.

Im Bereich der Rathausverwaltung ergaben sich im Jahre 1961 folgende Herstellungen: Größere Instandsetzungs- und Umbauarbeiten im Rathaus, und zwar in Repräsentations- und Präsidialräumen und mehreren Magistratsabteilungen. Weitere Instandsetzungs- und Umbauarbeiten wurden in den Amtshäusern, VIII., Friedrich Schmidt-Platz 5 (Hofschauflächen und Hoffenster), I., Ebendorferstraße 1, und I., Rathausstraße 9, durchgeführt. Mit den Modernisierungsarbeiten im Gebäudeblock Bartensteingasse—Rathausstraße wurde begonnen.

Außer Erhaltungsarbeiten in Amtsräumen, auf Stiegen und Gängen wurde die Behebung von Schäden an Fenstern, Toren, Fußböden usw. veranlaßt. Den Bediensteten der Rathausverwaltung oblag außer den Reinigungsarbeiten in allen acht Objekten die Durchführung von Möbeltransporten im Zuge der Übersiedlung von Ämtern und nach Renovierungsarbeiten, die Gehsteigbetreuung während der Wintermonate, die Beflaggung der Gebäude der Rathausgruppe, des Rathausplatzes und in mehreren Hauptverkehrsstraßen während der Wiener Festwochen, der Messewochen und bei sonstigen Anlässen, weiters die Leistung von Hilfsdiensten (Ordner-, Garderobe- und Platzanweiserdienste) bei Veranstaltungen und die Mithilfe bei technischen Vorbereitungsarbeiten zur Aufstellung von Tribünen und Podien.

Im Rahmen des weiteren Wirkungsbereiches der Rathausverwaltung ergab sich im Jahre 1961 die Durchführung von vorbereitenden technischen Maßnahmen für 22 Sitzungen des Gemeinderates und des Stadtsenates, für 152 Veranstaltungen des Präsidiums, wie Empfänge, Begrüßungen, Ehrungen, Feierlichkeiten anläßlich von Goldenen Hochzeiten, für 180 sonstige Veranstaltungen, wie Angelobungen, Dienstjubiläen, Verabschiedungen, Sitzungen usw. und bei der Eröffnung von Neubauten.

Im Jahre 1961 wurden 1.136 Führungen im Rathaus durchgeführt. An diesen Führungen haben sich 27.697 Personen, darunter 17.250 Schüler und etwa 6.000 ausländische Gäste beteiligt.

Fünf Kirchen stehen im Eigentum der Stadt Wien, bei weiteren vier Kirchen besteht eine Patronatsverpflichtung.

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

An der Pfarrkirche „St. Leopold" (Patronat), II., Große Pfarrgasse, wurden die Instandsetzungsarbeiten nach Kriegseinwirkung fertiggestellt.

Pfarrkirche „St. Othmar" (Eigentum der Gemeinde Wien), III., Kolonitzplatz 1: Nach erfolgter Dachinstandsetzung im Pfarrhaus wurden dort heuer nur mehr Malerarbeiten durchgeführt und damit die Instandsetzungen beendet.

Mit den Instandsetzungsarbeiten an der Kirche „Herz Jesu", V., Einsiedlergasse 9-11 (Patronat), wurde begonnen (Gassenfassade und zwei Türme sowie Steinmetzarbeiten).

In der Kirche XXIII., Mauer-Hauptplatz (Patronat), wurden größere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Kirche: Straßenfassade; Pfarrhof: Dachinstandsetzung, Fensterauswechslung, Trockenlegungsarbeiten, Instandsetzung der Gassen- und Hoffassade; Geräteschuppen: Dachstuhl erneuern, Spengler- und Dachdeckerarbeiten.

Im Jugendgästehaus der Stadt Wien XVIII., Schloß Pötzleinsdorf, wurde mit dem Umbau der ehemaligen Polizeiräume in Schlafräume begonnen. In der Parkanlage Schloß Laxenburg wurden Sicherheitsmaßnahmen an dem alten

Baumbestand im Bereiche der Fußgängerwege und Lagerwiesen durchgeführt.

Im Kursalon I., Stadtpark, begann der Umbau und die Generalinstandsetzung, der Einbau einer neuen Zentralheizung und die Erneuerung sämtlicher Installationen.

Im Restaurant Cobenzl, Wien XIX., erfolgte der Umbau der Cobenzlbar (1. Bauteil).

Im Schloßrestaurant Laxenburg („Grünne-Haus") kam es zur Fertigstellung der Dach- und Deckeninstandsetzung über den von der Post- und Telegraphendirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland gemieteten Räumen sowie zur Instandsetzung der Gassenfassade und zu Trockenlegungsarbeiten.

TECHNISCHE BAUPOLIZEI

Als Baubehörde für Bauten von Gebietskörperschaften, Bauten auf Eisenbahngrund und Kultbauten sowie als fachberatende Dienststelle für Bundesbauten hatte die Magistratsabteilung für allgemeine Baupolizeiangelegenheiten 602 Bauverhandlungen durchgeführt; 95 Kenntnisnahmen wurden erledigt und 120 gutachtliche Stellungnahmen an andere Abteilungen abgegeben. Folgende Bauten sind nach Eigenart, besonderer Höhe, Widmungszweck usw. erwähnenswert: Neubauten von städtischen Wohnhausanlagen XI., Dorfgasse—Kopalgasse, XII., Altmannsdorfer Straße (zirka 1.200 Wohnungen), und XXII., Hirschstettner Straße, Erweiterungen Eisenstadtplatz, Gußriegelstraße und Tagliebergasse-Ruzickagasse; Autobus-Großgarage Grinzing, Umspannwerke Liesing, Schönbrunn und Südost, Erweiterung des Wilhelminenspitales, Schule Grundsteingasse, Schule für körperbehinderte Kinder in Mauer und mehrere Kindergärten und Volksheime; Seelsorgezentren Floridsdorf und Gellertplatz. An sonstigen Bauvorhaben seien noch die große Zahl neuer Magazine auf allen Wiener Bahnhofsgeländen, Bauten im Arsenal, besonders die Schweißtechnische Zentralanstalt, Erweiterung der Wiener Stadthalle (Kegelhalle) und des Tiergartens Schönbrunn, der Fernsehturm am Himmelhof und die 14.400 m² große Jubiläumshalle auf dem Prater-Messegelände genannt. Wesentliche Anforderungen wurden an die Gruppe „Öffentliche Bauten" durch Teilnahme als Amtssachverständige an Verhandlungen und Amtsbesprechungen der Abteilungen sowie an Strukturplanbesprechungen beim Stadtplaner gestellt, wobei es häufig schwierige baubehördliche Probleme zu lösen gab.

Auf dem Gebiete des Baurechtes trat gegen Jahresende die Bauordnungsnovelle 1961 in Kraft, die eine Beschränkung der Geschoßanzahl in den Bauklassen I und II mit sich brachte, wodurch eine unschöne, zu hohe Verbauung in stark geneigtem Baugebiet künftig verhindert werden soll.

Die Referatsgruppe Statik hat 2.774 Standberechnungen überprüft und 3.411 Baustellenüberprüfungen durchgeführt, wobei ein neu angeschafftes Betonprüfgerät (Kugelschlaghammer) erfolgreiche Verwendung fand.

Von den behandelten neuen Baustoffen ist besonders die Zulassung des modernen Riegeltorstahles hervorzuheben, die von der Mehrzahl der Landesregierungen übernommen wurde, wodurch diesem Erzeugnis der verstaatlichten Industrie weitester Absatz eröffnet wurde. Die wirtschaftliche Anwendung von Kaminputztürchen aus Stahlblech wurde durch Vorschreibung des aus einem Stück gezogenen Rahmens bei städtischen Bauten entscheidend gefördert. Der Referent führte im Richtlinienkomitee für Spannbeton den Vorsitz bei Abfassung der Vorschriften für die Eignung und Güteprüfung von Spannstählen und ebenfalls im wiedererstandenen Fachnormenunterausschuß Holzhausbau (Holzwohnhäuser), der sich zum Ziel gesetzt hat, Richtlinien für die Herstellung dauerhafter, wenig brandgefährdeter und für eine Massenanwendung geeigneter

Holzwohnhäuser zu schaffen. Anläßlich des Auftretens von Schwierigkeiten bei der Verwendung großformatiger Hohlziegel bei Bauten der Stadt Wien wurde fachliche Auskunft gegeben. Die maschinentechnische Gruppe „Aufzüge, Ölfeuerungen, Tankanlagen, Großgaragen usw." ist infolge der anhaltenden Wirtschaftskonjunktur weiterhin stark in Anspruch genommen worden. Es wurden 257 Ölfeuerungsanlagen, 450 Aufzüge und Rolltreppen und 53 Tankstellen auf Privatgründen bewilligt und 92 Ölöfen begutachtet. 35 Ansuchen um Baubewilligung für Tankstellen wurden teils aus Verkehrsrücksichten abgelehnt, teils wurden sie zurückgezogen. Von den bewilligten Aufzügen entfällt etwa die Hälfte auf städtische Wohnhausanlagen, von den 30 Rolltreppen dienen 15 öffentlichen Zwecken in Verkehrsbauwerken. Von besonderen Anlagen wären anzuführen: die Errichtung von 23 oberirdischen Tanks für 195 Millionen Liter im Zentraltanklager Lobau der ÖMV sowie einer Großabfüllanlage für Rohöl und Treibstoffe in Schiffe und Tankwagen, Groß-Ölfeuerungsanlagen im Gewerbeförderungsinstitut Währinger Gürtel, im Institut für angewandte Kunst Stubenring, im Fernheizwerk Breitensee mit je 100.000 l und für die Wohnhausanlage Eisenstadtplatz mit 200.000 l unterirdischen Heizöllagern, mehrere große Dampfkesselanlagen, darunter im E-Werk Simmering, ein Hochdruckkessel für 208 atü mit einem Heizöllager in zwei Hochbehältern von je 41 m Durchmesser und je 20 Millionen Liter Inhalt, im gleichen E-Werk eine Laufkrananlage mit 19 m Spannweite und 160 t Tragkraft, moderne Fassadenreinigungsbühnen für das Hochhaus der Bundesländerversicherung und das Kaufhaus Herzmansky, im Theater an der Wien eine große Zylinder-Drehbühne mit vier eingebauten Dekorationsaufzügen und schließlich die unterirdischen Großgaragen Am Hof und Votivpark. Fachorgane der Gruppe arbeiteten maßgebend in den Normenausschüssen für Aufzüge, Krane, Mineralöle und Ölöfen sowie in den Sitzungen der Gas- und Wasserfachleute mit. In gewerbebehördlichen Verfahren war die Teilnahme an 474 Amtshandlungen erforderlich.

In dieser Gruppe wurden einschneidende Verbesserungen und Neuauflagen von Vordrucken für Bauverhandlungen und Bescheidausfertigungen ausgearbeitet und in Verwendung genommen. Dadurch konnten wesentliche Vereinfachungen und Zeitersparnisse der Kanzleiarbeit erzielt werden, die sich in einem beachtlichen Absinken des ständigen Rückstandes bei der Reinschrift der Schreibstücke auswirkten.

Bei der Gruppe „Technische Theater- und Kinopolizei" ist eine Steigerung des Arbeitsumfanges und der Leistungen um durchschnittlich 8 Prozent gegenüber dem Jahre 1960, das einen 14prozentigen Rückgang aufzuweisen hatte, festzustellen. Von den erledigten Dienststücken betreffen 1.033 Theater und Kino, 2.172 Versammlungsräume für Vergnügungszwecke, Sportanlagen, Messeobjekte, pratermäßige Betriebe, Feuerwerke usw. Als bemerkenswerte Fälle seien erwähnt der Umbau des Theaters an der Wien, die Umgestaltung des Theater-Varietés Ronacher zu einem Fernsehstudio mit Publikumsteilnahme, der Abbruch des Stadttheaters, die Abbrüche des Capitol-Kinos und des Kinos Rodaun, für die die Neubauprojekte bereits behandelt wurden. Kinoprojekte für den Bahnhof Praterstern und das Hietzinger Einkaufszentrum, die Jubiläumshalle auf dem Prater-Messegelände, Zubau zur Wiener Stadthalle für die Errichtung amerikanischer Kegelbahnen, Umbau des WAC-Sportplatzes zur drittgößten Sportplatzanlage Wiens sowie die Umbauten der Besucheranlagen des Trabrennplatzes und des Wiener Eislaufvereines. Im Jahre 1961 wurden das neugebaute Gartenbau-Kino und das weitgehend umgebaute Tabor-Kino, die über die beiden größten Bildflächen Wiens für die modernsten Projektionsverfahren verfügen, eröffnet.

In der Gruppe Grundabteilungen hielt die steigende Tendenz weiter an. Es wurden 829 Dienststücke, meist im Zusammenwirken mit der Magistratsabteilung für administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtsangelegenheiten, erledigt. Aus dem Gang der Arbeiten ergibt sich die interessante Tatsache, daß sich der Schwerpunkt der Grundabteilungen von den westlichen in die östlichen Bezirke verlagert hatte. Im früher weitaus stärksten 19. Bezirk waren 108, hingegen im 21. Bezirk 125 Dienststücke zu bearbeiten.

In der Gruppe Gebrauchserlaubnisse blieb die Zahl der Dienststücke mit 21.900 fast unverändert. Die Einnahmen an Gebrauchsgebühren erhöhten sich gegen das Jahr 1960 um 330.449 S auf 11,487.717 S. Entgegen den Erwartungen brachte die mit 1. Jänner 1961 in Kraft getretene Straßenverkehrsordnung 1960 keinen Rückgang der Anzahl der Baustofflagerungen auf Verkehrsflächen und damit auch keine Verminderung der entsprechenden Gebrauchsgebühren. Es konnte jedoch eine Verschiebung der Bauführungen von den inneren auf die äußeren Bezirke festgestellt werden.

Vom Referat Sprengmittelwesen wurden fünf Bewilligungen für Lockerungssprengungen auf Baustellen erteilt.

Schließlich kann noch die Belastung einzelner Gruppen der Abteilung durch intensive Mitarbeit an der in Ausarbeitung befindlichen Novellierung der Wiener Bauordnung angeführt werden.

Im Jahre 1961 gab es mit Ausnahme der Bauordnungsnovelle 1961, Gesetz vom 20. Oktober 1961, LGBl. für Wien Nr. 16/1961, keine Änderungen in der Gesetzgebung, die sich auf die Tätigkeit der Magistratsabteilungen für Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei nennenswert ausgewirkt hätten. Diese Novelle trat zwar erst am 1. Jänner 1962 in Kraft, wirkte sich aber schon auf die Entscheidungen im Jahre 1961 erheblich aus, da zahlreiche Bauansuchen noch vor Jahresende erledigt werden mußten, weil nach dem 1. Jänner 1962 die Bestimmungen dieser Novelle einer Genehmigung entgegengestanden waren. Infolge dieser Terminnot konnten 18 Ansuchen nicht mehr vor dem 1. Jänner 1962 erledigt werden. Seit Juni 1961 wurde intensiv an Entwürfen für eine weitere Novellierung der Bauordnung für Wien gearbeitet.

STÄDTISCHE PRÜF- UND VERSUCHSANSTALT

Die Anstalt war im Jahre 1961 wieder voll beschäftigt.

An Inventaranschaffungen wurde für das chemisch-technische Laboratorium eine Scheibenschwingmühle zur raschen Zerkleinerung kleinerer Mengen Probegut und für das mechanisch-technische Laboratorium ein Topfmischer und ein automatisch arbeitender Ausbreittisch für die Zementprüfung sowie ein Zwangsmischer für die Betonbereitung, erworben.

Umfangreiche Prüfungen wurden an keramischen Hohlziegeln durchgeführt und sowohl Pfeilerproben in baumäßiger und laboratoriumsmäßiger Ausführung aus Steinen mit Rissen und ohne Risse, als auch an Kleinpfeilern und an Einzelsteinen vorgenommen. Es erfolgten Überprüfungen von Isostonesteinen, Profilitglas, Kitten, Siliconprodukten für Fassaden und Bodenbelägen für Innenräume sowie von Glas- und keramischen Fliesen. Für das Theater an der Wien wurden Brandversuche für verschiedene Ausführungsarten des eisernen Vorhanges ausgeführt.

Bei Schadensfällen an einem Silo, an Porenbetondachplatten eines Industriebaues und bei Wasserrohrbrüchen wurde nach den Ursachen und ihrer Abhängigkeit von den Materialeigenschaften geforscht. Im chemisch-technischen Laboratorium wurden Schadensfälle durch Korrosion meist von Frostschutzmitteln an Gasrohren geprüft.

Viele Zusatzmittel für Beton und Mörtel wurden geprüft und für Stadtstraßen zahlreiche Prüfungen von feuerverzinkten Bandblechen für Bauspenglerarbeiten und Straßenmarkierfarben ausgeführt.

Im Gebiet von Ebreichsdorf und Moosbrunn wurden umfangreiche Untersuchungen von Bodenproben und Grundwasserproben für die dritte Wiener Wasserleitung durchgeführt.

In den Arbeitsräumen einer Druckerei wurden Lösungsmitteldämpfe qualitativ und quantitativ bestimmt.

Das physikalisch-technische Laboratorium hat für die Messung der Wärmeleitfähigkeit einen Apparat für quadratische Platten mit 25 cm Kantenlänge und für Bohrkerne mit 15 cm Durchmesser hergestellt. Außerdem wurde ein Eisensuchgerät mit einer Reichweite von 15 cm angefertigt. Betongüteprüfungen mit Ultraschall wurden in Hafenanlagen, Brandversuche an Großlichtkuppeln und mit Spritzasbest ausgeführt. In einem Silo wurde die Lage der Bewährungseisen festgestellt. Beim Bau einer Brücke erfolgten Röntgenprüfungen an geschweißtem Tor-Stahl. An einigen Materialien wurde die Dampfdiffusion bestimmt.

HEIZUNGS- UND MASCHINENBAU

Die Erhöhung der Dampfkesselprüfungsgebühren (BGBl. Nr. 161/1960) hat sich im Jahre 1960 nur auf die Monate August bis Dezember ausgewirkt, stärker hingegen im Jahre 1961. Während sich die Einnahmen dieses sicherheitspolizeilichen Dienstzweiges im Jahre 1959 noch auf 355.398 S beliefen, war die entsprechende Summe im Jahre 1961 um 130.188 S höher und betrug 485.586 S.

Im Bestreben, die Baukosten für den Einbau von Zentralheizungsanlagen in städtischen Wohnhausbauten zu senken, wurde nach umfangreichen Erhebungen und Vorarbeiten in Zusammenarbeit mit einer Zentralheizungsfirma ein Heizungssystem gefunden, dessen Baukosten um mindestens 20 Prozent niedriger als bisher sind. Die Verbilligung ergibt sich aus der Auswahl eines einfacheren Heizungssystems und aus weitgehender Vorfertigung. Es wird nämlich ein wesentlicher Teil der sonst an der Baustelle von Hand aus zu verrichtenden Montagearbeiten, so das Zuschneiden und Biegen von Leitungsrohren, in die Werkstätten der Heizungsfirma verlegt, wo diese Arbeiten durch Maschinen billiger und schneller ausgeführt werden können.

Auch sonst wurden zahlreiche Neubauten, Instandsetzungen und Verbesserungen an maschinen-, heiz- und kältetechnischen Einrichtungen durchgeführt. Hervorgehoben sei der Einbau von Zentralheizungsanlagen in neun Schulen, sechs Kindergärten, zwei Berufsschulen und einer Lehrwerkstätte. Eine eigene Warmwasserbereitungsanlage wurde im Erziehungsheim Wien 19. Bezirk, Hohe Warte, installiert. Im Rathaus wurden eine Zentralheizungsanlage und eine Wärmespeicherungsanlage eingebaut, in den Amtshäusern XI., Enkplatz, und XII., Ruckergasse, Zentralheizungsanlagen.

In einer größeren Zahl von Krankenanstalten, Altersheimen, in der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof" und in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe wurden umfangreiche Arbeiten durchgeführt, wie etwa die Aufstellung oder Einrichtung von Lebensmittelkühlanlagen, Deckenstrahlungsheizungen, Klimaanlagen, heizungstechnischen Kücheneinrichtungen, Arbeiten an den Fernheizleitungen und an der Müllverbrennungsanlage, der Einbau von Sputumdesinfektionsanlagen und Leibschüsselspülanlagen oder einer Leichenkühlanlage.

In verschiedenen Bezirken wurden in Wohnbauten und Hochhäusern Zentralheizungsanlagen, Fernheizleitungen und Lüftungsanlagen eingebaut.

Im Theater an der Wien wurden eine Vollklimaanlage und eine Zentral-

heizungsanlage, in der Urania, in der Stadthalle, im Ausflugsrestaurant Bellevue, in Verkehrsbauwerken, in Schlachthöfen und anderen Baulichkeiten Zentralheizungen und andere einschlägige Anlagen errichtet.

Im Jahre 1961 sind in der Magistratsabteilung 5.459 Aufträge im Werte von 98,682.060 S vergeben worden.

In Angelegenheiten der Maschinenbaupolizei wurden 540 Dienststücke bau-, gewerbe- und theaterbehördlicher Art erledigt und 280 kommissionelle Augenscheinsverhandlungen vorgenommen.

Die Dampfkesselüberwachung des Bundeslandes Wien wurde von sechs Dampfkesselüberwachungskommissären durchgeführt, die folgende Kesselüberprüfungen vornahmen:

Äußere Untersuchungen	3.188
Innere Untersuchungen	2.047
Feuerzuguntersuchungen	1.282
Wasserdruckproben	1.308

891 Druckbehälterbescheinigungen wurden ausgestellt, 75 Betriebswärter geprüft. In 164 Fällen mußten Untersuchungen wegen Rauchplagebekämpfung durchgeführt und Begutachtungen abgegeben werden. Bei 850 Rauchfang- und Schornsteinanlagen wurde überprüft, ob die Rauchfangkehrerarbeiten ordnungsgemäß ausgeführt wurden. 14 Heizkontrollore überwachten die Brennstoffgebarung und die Betreuung der wärmetechnischen Einrichtungen durch die Heizer in allen städtischen Objekten der Hoheitsverwaltung.

Der Brennstoffverbrauch belief sich auf 4.810 Waggons zu je 10 Tonnen fester Brennstoffe, 2.230 Waggons zu je 10 Tonnen flüssiger Brennstoffe, 7,6 Millionen Kubikmeter Gas und 2,1 Millionen Kilowatt elektrischer Energie.

An drei Hochdruckdampfkesseln, acht Niederdruckdampfkesseln, zwei Anheizgeräten und 19 Öfen wurden außer der meßtechnischen Überwachung Heizversuche vorgenommen.

Schließlich sei noch die Anschaffung einer fahrbaren Kesselanlage für Heizzwecke erwähnt, die die raschere Fertigstellung von Großbauten ermöglichen soll.

INSTALLATIONEN UND ELEKTRISCHE ANLAGEN

Der Magistratsabteilung für Elektro-, Gas- und Wasseranlagen obliegt die Planung und Ausführung der Gas-, Wasser- und Elektroinstallationen in den städtischen Neubauten.

Zur richtigen Bemessung aller dieser Leitungen ist die Kenntnis des sogenannten Gleichzeitigkeitsfaktors, der sich aus dem zufälligen Zusammenfallen in der Benützung der angeschlossenen Geräte ergibt, notwendig. Da dieser Faktor nur dann allgemein verwendbar ist, wenn er als Mittelwert aus den Messungen in möglichst vielen Häusern bestimmt wurde, war es notwendig, eine einfache Meßmethode zu schaffen, die mit wenig Kosten und geringem Personalaufwand durchführbar ist.

Nach erfolgreichen Vorversuchen wurde im Jahre 1961 in rund 30 Häusern der Kaltwasserverbrauch kontrolliert und obiger Faktor als Grundlage für die Dimensionierung der Wassersteigstränge ermittelt.

Da die notwendige Weite der Gassteigstränge in erster Linie von den angeschlossenen Gaswasserheizern abhängt, deren Betrieb aber auch den Wasserverbrauch beeinflußt, sind die Werte des relativen Spitzenwasserverbrauches auch für die Bemessung der Gasleitungen verwendbar. Durch Einbau von schreibenden Gasgeräten wurde die Richtigkeit obiger Überlegung überprüft und der notwendige Umrechnungsfaktor geschaffen.

Neben obigen Messungen wurde die Eignung verschiedener Rohrmaterialien für die Herstellung von Abgassammlern untersucht.

Sammler aus Blech mit und ohne Isolierung wurden mit solchen aus Eternit und Gußeisen verglichen und die Abheiz- und Abkühlungsvorgänge untersucht. In die Messungen wurde auch ein aus Normalziegeln gemauerter Kamin einbezogen. Zur Ausschaltung störender Witterungseinflüsse wurden die Messungen im geschlossenen Raum durchgeführt. Um für alle untersuchten Sammler auch bei verschiedenen Querschnitten vergleichbare Versuchsbedingungen zu schaffen, wurden die Messungen mit elektrisch aufgeheizter Luft durchgeführt. Durch Kontrollmessungen mit den Abgasen eines Gaswasserheizers wurde das Verhalten bei beiden Betriebsarten verglichen.

Auf dem Fernsprechsektor wurde im Anschluß an die Fernsprechzentrale Rathaus eine Fernvermittlungszentrale geschaffen, die die Fernbedienung der in den Bezirksämtern untergebrachten Hauszentralen gestattet. Durch diese Fernbedienung müssen die angeschlossenen Hauszentralen nicht mehr ständig besetzt sein, sondern können, was besonders vor und nach Dienstschluß wichtig ist, vom Rathaus abgefragt und auch vermittelt werden.

TECHNISCH-BEHÖRDLICHE ANGELEGENHEITEN DES GAS- UND ELEKTRIZITÄTSWESENS

Durch zwei Runderlässe des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau wurde der Prozeß der „Austrifizierung" der Sicherheitsvorschriften für Elektrotechnik beschleunigt. Zahlreiche alte, funktionslose Vorschriften wurden außer Kraft gesetzt, andere novelliert und einige weniger wichtige neu geschaffen.

Im Verlaufe der Überprüfungstätigkeit und der Teilnahme an größeren Kommissionen wurde die gesamte neue elektrische Anlage des Theaters an der Wien genehmigt. Für die 20.000-V-Leitung des Pumpwerkes Lobau, für die 110-kV-Verbindungsleitung der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke vom Umspannwerk Südost nach Ebenfurth und für das Umspannwerk Gaudenzdorf wurden die notwendigen elektrotechnischen Bedingungen gestellt.

Der Magistrat wirkte auch bei der Genehmigung des Versuchsfeldes für Schlagwetterexplosionen in der elektrotechnischen Versuchsanstalt Arsenal mit. Bei zahlreichen gewerblichen Betriebsanlagen im neugeschaffenen Liesinger Industriegebiet, so bei Perfekta, Gräf & Stift, Schmidberger, Perlmooser Zement, Unilever usw., wurden die notwendigen elektrotechnischen Bedingungen gestellt.

Im sanitätspolizeilichen Verfahren für Neuerungen und Erweiterungen im Franz Joseph-Spital, Elisabethspital und im Krankenhaus Lainz (Kobalt-60-Bunker) wurden die elektrobehördlichen Interessen wahrgenommen.

Bei der behördlichen Genehmigung der Erdgasfernleitung Südring und der Hochdruck-Stadtgasleitung im Gebiete von Siebenhirten sowie der Methanspaltanlage im Gaswerk Simmering wurden die erforderlichen Sicherheitsbedingungen vorgeschrieben.

Der Magistrat wirkte auch im Jahre 1961 an der Schaffung neuer österreichischer Vorschriften für Elektrotechnik im Hauptausschuß des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau und in zahlreichen Fachausschüssen mit.

Die technisch-behördliche Tätigkeit erstreckte sich im Jahre 1961 auf 268 Kinoüberprüfungen, 259 Überprüfungen von elektrischen Anlagen in Theatern und Vergnügungsstätten, 1.831 Überprüfungen von Hochspannungsanlagen, 743 gewerblichen Angelegenheiten, 143 Konzessionsangelegenheiten (Prüfung der Befähigungsnachweise) und 244 sonstige Fälle.

Die Beleuchtungskörper der Straßenbeleuchtung müssen rein gehalten werden



Beleuchtung

Eine neue Attraktion für den Wiener Prater ist der Leuchtbrunnen im Kaisergarten





Eine neue Kehrmaschine, die den aufgenommenen Schmutz sofort in einen Behälter schafft

Straßenreinigung

Mehrzweckfahrzeuge sind für die Schnee- und Glätteisbekämpfung bereitgestellt



ÖFFENTLICHE BELEUCHTUNG, UHREN

Im dritten Jahr des beschleunigten Elektrifizierungsprogrammes wurden wieder 1.200 Gaskandelaber durch elektrische Leuchten ersetzt. Im nächsten und letzten Jahr werden die restlichen 1.100 Gaskandelaber im 1., 12., 13. und 14. Bezirk verschwinden. In typischen Altstadtgebieten, wie 12., Khleslplatz, 19., Alt-Nußdorf, Alt-Sievering, Alt-Heiligenstadt hat man die herkömmliche Form der Gaskandelaber beibehalten, allerdings mittels Glühlampen unaufdringlich elektrifiziert, so daß durch den Umbau der Straßenbeleuchtung die gewohnte Altstadtstimmung kaum beeinträchtigt wird. Der Dr. Ignaz Seipel-Platz (Alte Universität) erhielt eine Sonderbeleuchtung, um den geschlossenen architektonischen Charakter des Platzes nicht zu stören.

Der Prozeß der Anpassung der Straßenbeleuchtung an die moderne Verkehrsentwicklung, der in der ganzen Welt im Gange ist, ist im Jahre 1961 auch in Wien weiter fortgeschritten. Die öffentliche Beleuchtung des Verkehrsknotenpunktes *Schottentor* wurde fertiggestellt. Während oberirdisch lichtstarke Hochdruckquecksilberdampflampen den Kreuzungsbereich in das dort aus Verkehrsgründen notwendige helle Licht tauchen, werden die unterirdischen Passagen durch Leuchtstofflampen gut erhellt. Die Beleuchtungsstärke der unterirdischen Durchgänge kann stufenweise der Verkehrsfrequenz angepaßt werden. Im Falle einer Stromstörung übernimmt eine Notbeleuchtungsanlage die Sicherheitsbeleuchtung. Die Ringpassagen Bellaria und Babenbergerstraße wurden 1961 mit einer reichlichen Beleuchtung durch Leuchtstofflampen ausgestattet. Zwei Teilstrecken der neuen Beleuchtung der Wiener Ringstraße — zwischen Schottentor und Hohenstaufengasse und zwischen Bellaria und Babenbergerstraße — wurden gleichfalls fertiggestellt. Über der Hauptfahrbahn wurden dreilampige Leuchtstoffleuchten parallel zur Straßenachse angeordnet und in den Gehalleen elektrifizierte Gaskandelaber der Ringtype aufgestellt. Im Zuge des Straßenbaues wurden die äußere *Prager Straße* mit längsgerichteten Natriumdampflampen, der *Schnellbahnhof Floridsdorf,* die *Altmannsdorfer Straße* und die *Perfektastraße* im Liesinger Industriegebiet mit Leuchtstofflampen entsprechend den Erfordernissen der jeweiligen Verkehrsfrequenz neu ausgestattet. Auch der restliche Teil der *Hauptalle,* von der Meiereistraße bis zum Lusthaus, wurde mit neuen Leuchtstofflampen versehen. Auf der neuen *Heiligenstädter Brücke* und auf der *Salztorbrücke* wurden an einer neuartigen, nur von vier Masten an den beiden Brückenköpfen gestützten Drahtverspannung Leuchtstofflampen in Längsaufhängung montiert.

Im Jahre 1961 wurden acht öffentliche Uhren an das Zentraluhrensystem angeschlossen, so daß nunmehr 90 öffentliche Uhren Normalzeit zeigen.

TECHNISCHE VERKEHRSANGELEGENHEITEN

Hauptaufgaben der Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten waren die Mitwirkung an den Planungen von Bauvorhaben der Gruppe Stadtplaner, im besonderen an den Einzelentwürfen von Straßenregulierungen und Brückenbauten, die Bewältigung der stets umfangreicher und vielfältiger werdenden straßenpolizeilichen Angelegenheiten, besonders im Hinblick auf die am 1. Jänner 1961 in Kraft getretene Straßenverkehrsordnung 1960 und die Verwertung der inzwischen gewonnenen Erfahrungen sowie die Arbeit an dem großen Bauprogramm für Verkehrslichtsignalanlagen.

In Eisenbahnangelegenheiten nahm der Magistrat als Landesbehörde an zahlreichen eisenbahnbehördlichen Verfahren teil. Er befaßte sich mit dem Neubau der Brücke über die Nordwestbahn im Zuge der Prager Straße mit gleich-

zeitiger Verbesserung der Straßenführung, dem Bau der neuen Bahnüberfahrung der Brünner Straße im Zuge der Strecke Floridsdorf-Jedlersdorf, den abgeänderten Entwürfen für die Bahnhofneubauten am Praterstern und den Bahnhofzufahrten, dem Umbau und der Sicherung schienengleicher Eisenbahnkreuzungen, den Vorarbeiten für die Unterfahrung der Donauländebahn im Zuge der Breitenfurter Straße, der Verbauung des Franz Josefs-Bahn-Geländes beim Liechtenwerder Platz und des Nordwestbahngeländes entlang der Taborstraße, der Verbauung beiderseits der Großen Ungarbrücke sowie der Begutachtung neuer rotierender Warnzeichen und Blinksignale bei Eisenbahnkreuzungen. Alle Anschlußbahn-Gleisanlagen, die Interessen der Stadt Wien berühren, wurden technisch begutachtet. Im übertragenen Wirkungsbereich des Landes wurden sämtliche Gleisbauarbeiten der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe in eigenen Verhandlungen vom Standpunkt der öffentlichen Interessen beurteilt, technisch begutachtet und gleichzeitig straßenpolizeilich behandelt. Auf dem Gebiet des Flugwesens war der Magistrat an der Genehmigung von Luftfahrveranstaltungen und der Zulassung von Hubschrauberstart- und -landeplätzen im Wiener Ortsgebiet beteiligt.

Als Verkehrsbehörde und technische Straßenaufsichtsbehörde wirkte die Abteilung an der Projekterstellung der Bauvorhaben der Gruppe Stadtplaner mit und beteiligte sich an den Planungen der Magistratsabteilung für Straßen-, Brücken- und Wasserbau (Karlsplatz, Straßenbahnführung Wiental und Donaukanalbegleitstraßen; Gartenbaugründe, Verkehrslösung für die neue Verbauung; Rooseveltplatz, Tiefgarage und Tankstelle; Umbau der Kreuzung Mariahilfer Straße — Neubaugasse; neue Straßenbahnschleife und Regulierung der beiden Kreuzungsbereiche, Triester Straße — Raxstraße — Wienerbergstraße; Ausbau der Laaerberg-Straße; Hochbau und Kreuzungsumbau, Breitenfurter Straße — Altmannsdorfer Straße; Ausbau der Oswaldgasse und der Eisenbahnkreuzung; Alt-Ottakring, Verkehrsführung im Assanierungsgebiet; Hernalser Hauptstraße — Güpferlingstraße, neue Straßenbahnschleife; Donaupark, verkehrsmäßige Erschließung; Regulierung des Liesingbaches, Eindeckung; ferner bei Planungen oder Arbeitsdurchführungen: Am Hof, Tiefgarage; Mexikoplatz, Fußgängertunnel; Höchstädtplatz, Regulierung; Stadionbrücke, Unterfahrung; 4. Donaubrücke). Die straßenpolizeilichen Verkehrsmaßnahmen für die Großbaustellen Währinger Gürtel, Döblinger Gürtel, Nußdorfer Straße, Döblinger Hauptstraße — Liechtenwerder Platz, Heiligenstädter Straße, für die Großbaustelle Hietzinger Brücke, für die beiden Bahnbrücken Prager und Brünner Straße, die Heiligenstädter Brücke wie auch für alle übrigen Arbeiten sämtlicher bauführenden Dienststellen und Unternehmungen wurden getroffen. Zum erstenmal wurden, entsprechend den Bestimmungen der neuen Straßenverkehrsordnung, die bisher von der Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten durchgeführten Ermittlungsverfahren vor Erlassung *dauernder* verkehrsbehördlicher Maßnahmen unter *eigener Leitung* abgewickelt, darunter 90 Einbahnstraßenerklärungen, 35 Gewichtsbeschränkungen, 153 Halte- und Parkverbote in Ladezonen, 7 Parkplätze für das diplomatische Corps, 6 Kurzparkzonen, 54 Taxistandplätze und 24 Ausnahmen vom Schienenstraßenparkverbot. Die Verhandlungsergebnisse wurden der Parkkommission zur Approbation bekanntgegeben und, nach Genehmigung, die entsprechenden Straßenverkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen angebracht. Die Erweiterung des Vorrangstraßennetzes in Wien, die Kennzeichnung der bestehenden Vorrangstraßen nach den neuen Bestimmungen und die Einbahnerklärung von Begleitstraßen des Wienflusses und des Donaukanals waren ebenfalls Gegenstand von Verhandlungen. Die Abteilung hat im Jahre 1961 832 eigene Orts- und Bürover-

handlungen durchgeführt und an 4.756 Verhandlungen anderer Dienststellen teilgenommen; infolge des drückenden Personalmangels konnte zu 1.648 Verhandlungen anderer Dienststellen kein Vertreter entsendet werden.

Für Schwer- und Sondertransporte wurden 1.493 Bescheide ausgestellt. In straßenpolizeilicher Hinsicht wurden in 1.012 Fällen Gutachten über Verwendung von Verkehrsflächen für verkehrsfremde Zwecke abgegeben, in 964 Fällen über Garagen und Tankstellen. Im Stadtgebiet wurden 1.362 Straßenverkehrszeichen, 371 Zusatztafeln, 687 Eisenständer und 139 Kettenständer sowie 19.987 m² Bodenmarkierung (Zebraübergänge, Sperrflächen, Sperr- und Leitlinien, Pfeil- und Leitsignale) angebracht. Der Arbeitsumfang hat gegenüber dem Jahre 1960 um rund 30 Prozent zugenommen.

Auf dem Gebiete der Verkehrslichtsignalanlagen mußte im Jahre 1961 der neuen österreichischen Straßenverkehrsordnung, insbesondere den neuen Bestimmungen zum Schutz der Fußgänger Rechnung getragen werden. Alle Schutzwege mit Zebramarkierung mußten den neuen Bestimmungen angepaßt werden. In Zusammenarbeit mit der Bundes-Polizeidirektion Wien und den Bezirksvorstehungen überprüfte die Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten 260 Schutzwege nach der Art der Sicherungsvorkehrungen (Verkehrslichtsignalanlage, Gelb-Blinklicht, Verkehrszeichen „Fußgängerübergang" und Querlinie); manche geschützte Übergänge konnten im Sinne der neuen gesetzlichen Bestimmungen aufgelassen werden, andere mußten eingerichtet werden. Diese Arbeiten mußten, in Ausführung der Übergangsbestimmungen der zitierten Verordnung, bis 30. Juni 1961 abgeschlossen sein und konnten im wesentlichen termingerecht bewältigt werden. Gewisse Rückstände waren darauf zurückzuführen, daß die Kapazität der österreichischen Lieferfirmen bereits erschöpft ist und bei der Lieferung von Schaltgeräten und Signalanlagen mit längeren Lieferfristen gerechnet werden muß. Insgesamt wurden 95 Schutzwege mit Blinkanlagen und 30 Schutzwege mit Sicherung durch Querlinien und dem Verkehrszeichen „Fußgängerübergang" errichtet. Im Jahre 1961 wurde mit der Errichtung von Signalanlagen an insgesamt 52 Kreuzungsstellen begonnen, von denen 46 in Betrieb genommen werden konnten, während die restlichen Baustellen bis März 1962 fertiggestellt sein werden. Weiters begannen die Arbeiten zur Errichtung von automatischen koordinierten Verkehrslichtsignalanlagen an Großbaustellen, wie Umbau Hietzinger Brücke, Umbau Nußdorfer Straße — Gürtelstraße, Floridsdorf Am Spitz, Floridsdorfer Hauptstraße, Jedleseer Straße sowie die Arbeiten für die Fernseh- und Fernbedienungsanlage in der Roßauer Kaserne.

LANDESPRÜFSTELLE FÜR DAS KRAFTFAHRWESEN

Im Jahre 1961 wurden 6.355 Ansuchen um Einzelgenehmigung von Kraftfahrzeugen eingebracht und 6.317 Kraftfahrzeuge geprüft, davon 3.233 Personenkraftwagen, 1.162 Lastkraftwagen, 1.057 Motorräder, 628 Anhänger, 73 Zugmaschinen und 164 Omnibusse; ferner wurden 6.293 Einzelgenehmigungsbescheide ausgefertigt und in 1.599 Fällen Berichtigungen von Kraftfahrzeugpapieren (Ergänzungsgenehmigungen) durchgeführt, 293 amtliche Motor- und Fahrgestellnummern eingeschlagen und in 67 Fällen Einigungsgutachten für Beförderungen von Personen oder Tieren mittels Lastkraftwagen abgegeben. In rund 1.200 Fällen wurden Kraftfahrzeugangelegenheiten von Körperbehinderten behandelt, Eignungsprüfungen von Ausgleichsfahrzeugen (Invalidenfahrzeuge) durchgeführt und für Dienststellen des Magistrates und der Bundes-Polizeidirektion Wien 205 gutachtliche Äußerungen über Kraftfahrzeuge, Verkehrsunfälle und Verkehrsstrafsachen abgegeben. Bei 40.573 Führerscheinbewerbern belief sich die Zahl der abgenommenen Prüfungen auf 41.114.

Die Prüfung nicht bestanden haben 9.322 Kandidaten aus dem verkehrspolizeilichen Teil, 8.846 aus dem praktischen Teil, 3.702 aus dem verkehrstechnischen Teil.

STÄDTISCHER FUHRPARK

Der Fahrzeugstand vermehrte sich im Jahre 1961 um 17 Lastkraftwagen und 31 Sonderfahrzeuge auf 547 Fahrzeuge. Die Vermehrung der Fahrzeuge war hauptsächlich durch den erhöhten Bedarf an Kommunalfahrzeugen, wie Müllwagen, Fäkalienwagen usw. bedingt.

Die Zahl der Fahrzeuge-Tagesschichten erhöhte sich dem Jahre 1960 gegenüber trotz Personalmangels um rund 4,7 Prozent auf 71.311. Dies gelang durch die bessere Auslastung der Mitfahrerlenker. Der Durchschnittspersonalstand beim Fuhrpark stieg gegenüber dem Jahre 1960 nur um 2 Prozent. Auch alle anderen Leistungsziffern weisen zum Teil beträchtliche Steigerungen auf, wie Kilometerleistung um 7 Prozent, Güterbeförderung um 16,8 Prozent, bei einer Zunahme von nur 3 Prozent der Lenkerfahrstunden und 1 Prozent der Mitfahrerstunden.

Die Fahrzeugleitstelle stellte im Jahre 1961 66.500 Fahrtausweise aus. An Privatfuhrwerker vermittelte sie 6.147 Fahrtaufträge und sorgte für die ordnungsgemäße Abwicklung der Baustofftransporte (Ziegel, Zement, Gips usw.).

Für den Fuhrpark und Dienstkraftwagenbetrieb wurden 60 neue Kraftfahrzeuge und 54 Maschinen und Geräte verschiedener Art angeschafft, darunter 20 Müllwagen, teils als Ersatz überalteter Fahrzeuge, teils zur Einrichtung der neuen Sammelstrecken. Zu den neu angeschafften Geräten gehören 38 Schneepflugeinrichtungen, die ein von der Hauptwerkstätte entwickeltes Federungssystem besitzen, das nicht nur gute Räumarbeit, sondern auch große Unempfindlichkeit gegen Beschädigungen gewährleistet. Für andere Magistratsabteilungen wurden 43 Kraftfahrzeuge, 26 Mopeds, 13 Anhänger und 16 Geräte angekauft. 36 Kraftfahrzeuge und 8 Anhänger wurden ausgeschieden.

Die dem Fuhrpark angeschlossene Hauptwerkstätte besorgte die Reparatur von 823 Fahrzeugen, 110 Schneepflügen von Schneeladegeräten, Beladevorrichtungen, Planierraupen usw., die Generalreparatur von 23 Motoren, die Neuanfertigung von Garderobekästen, sonstigen Möbeln, Sanddächern, Abschrankungen usw., die Wiederherstellung und Neuanfertigung von Ersatzteilen, Werkzeugen, Kleingeräten und 4 Wagenaufbauten.

An den zahlreichen Objekten der Abteilung wurden nach Maßgabe der Mittel notwendige Reparaturen besonders an Dächern und Installationen durchgeführt.

STRASSENPFLEGE UND STADTREINIGUNG

Der drückende Personalmangel, der bereits seit einigen Jahren zu verzeichnen ist, verstärkte sich im Jahre 1961 weiter und wirkte sich besonders im Winter auf den Betreuungszustand der Verkehrsflächen nachteilig aus. Zum ersten Male wurde eine Privatfirma zur Beistellung von Arbeitskräften für Straßenreinigungsaufgaben herangezogen, um den dringendsten Anforderungen eines sauberen Stadtbildes und der Hygiene gerecht zu werden. Bei der Hauskehrichtabfuhr konnten die unbedingt notwendigen Abfuhrleistungen nur noch durch Anordnung abnormal vieler Überstunden durch das vorhandene Personal erbracht werden.

Wenn auch durch den Einsatz von maschinellen Einrichtungen bei der Straßenpflege und Müllabfuhr manche Handarbeit ersetzt werden kann, so sind doch viele Arbeiten händisch zu verrichten, wobei die Anforderungen sowohl

an die Straßenpflege als auch an die Müllabfuhr immer größer werden. Bei der Straßenpflege ist es in erster Linie der steigende Verkehr, und zwar sowohl der ruhende als auch der fließende, der die Arbeiten auf der Straße ständig schwieriger und zeitraubender macht, bei der Müllabfuhr sind es die ständig steigenden Müllmengen, die abgeführt werden müssen.

Das Schienenstraßenparkverbot wurde in seinen Grundzügen aufrecht erhalten, womit dem Verkehr wie auch der Straßenpflege gedient war.

Zur maschinellen Reinigung der Verkehrsflächen stehen derzeit außer fünf Kehrzügen älterer Type, die nur im Winter bei Schneematsch und zur nachwinterlichen Reinigung Verwendung finden, 16 moderne selbstaufnehmende Kehrmaschinen der Type „Faun" und „Schörling" zur Verfügung, von denen wegen der notwendigen Überholungsarbeiten im Durchschnitt jedoch nur 9 bis 10 Stück ständig eingesetzt werden. Zum ersten Male wurden im Jahre 1961 zwei kleine selbstaufnehmende Kehrmaschinen der Type „Faun" verwendet, die vor allem in den engen Verkehrsstraßen der Innenbezirke eingesetzt werden. Sie haben sich gut bewährt. Die großen selbstaufnehmenden Kehrmaschinen dienen zur maschinellen Reinigung der Schienenstraßen und von Straßen in den Außenbezirken, die wenig von parkenden Fahrzeugen verstellt sind. Für die Reinigung der von parkenden Fahrzeugen verstellten Straßen und Gassen ohne Straßenbahngleise können Reinigungsmaschinen nicht eingesetzt werden. Notgedrungen muß hier die Reinigung durch Handarbeit erfolgen. Zur Unterstützung werden Waschmaschinen eingesetzt, die jedoch nur auf fugenlosen Fahrbahnen — Asphaltstraßen, Betonstraßen sowie Pflasterstraßen mit Fugenverguß — verwendet werden können. Für diese Zwecke standen 12 große Waschmaschinen und 17 kleine Geräte, das sind Jenbacher-Dieselkarren mit aufgesetzter Waschmaschineneinrichtung, zur Verfügung. Für die Reinigung von Märkten und Gehalleen stehen drei Kleinkehrmaschinen in Verwendung. Diese Kleinkehrmaschinen und die Jenbacher-Dieselkarren dienen im Winter auch als Streu- und Pfluggeräte, wobei sie mit den notwendigen Einrichtungen ausgestattet werden.

Die zur Deponierung des Kehrichts dienenden Holz- und Betonkisten, die vorwiegend in den Außenbezirken aufgestellt sind, werden, den Wünschen der Bevölkerung entsprechend, immer mehr verringert, so daß es notwendig wird, das Kehrgut gleich hinter den Kehrpartien zu sammeln und auf die Ableerplätze zu bringen. Diesem Zweck und gleichzeitig der rascheren Einsammlung des Kehrichts dienen 18 Kleinwagen verschiedener Typen. Die Kleinwagen finden im Winterdienst als Streufahrzeuge oder Schneepflüge Verwendung. Für die winterliche Betreuung der hügeligen Gebiete in den westlichen Randbezirken stehen zehn Unimog und drei Puch-Haflinger-Fahrzeuge mit Pflügen zur Verfügung, die sich wegen ihrer Geländegängigkeit für diese Zwecke besonders gut eignen.

Die Zahl der Abfallsammelkörbe wurde im Jahre 1961 um 1.000 Stück auf 5.000 Stück erhöht. Um den immer wieder festzustellenden Mißbrauch dieser Behälter zur Ablagerung von Hausmüll hintanzuhalten, wurden 1.000 Tafeln mit dem Text: „Nicht für Hausmüll" an den Körben an besonders frequentierten Plätzen angebracht. Dem Einsammeln der Abfälle aus den Abfallsammelkörben dienen neun Lastenroller und zwei Puch-Haflinger-Fahrzeuge, die letzteren werden sowohl im Tag- als auch im Nachtbetrieb verwendet.

Zur Beseitigung des Unkrautwuchses und der Anladungen an den Fahrbahnrändern der Ausfallstraßen war eine Bankettfräse im Einsatz, welche, unterstützt von Überkopf- und Frontladegeräten, wieder eine größere Anzahl von Kilometern dieser Straßen nicht nur verbreitert haben, sondern auch dem Abfluß der Niederschlagswässer freie Bahn schufen. Als Ersatz händischer Arbeit und

um dem Personalmangel zu begegnen, wurde zu den bereits vorhandenen drei kleinen Mähmaschinen eine größere Type höherer Leistung angeschafft, die ihre Gebrauchsfähigkeit bewiesen hat. Zur Bekämpfung des Pflanzenwuchses an den Straßenrändern wurden 64.000 kg Unkrautvertilgungsmittel und 20.500 l Altöl verbraucht.

Gegen den alljährlich durch längere Trockenperioden in den Sommermonaten eintretenden Wassermangel waren vier Nutzwasserzapfstellen eingerichtet worden, welche sowohl für die notwendigsten Waschungen von Verkehrsflächen und Märkten als auch für den Bedarf des Stadtgartenamtes in Anspruch genommen wurden. Die Bemühungen gehen dahin, weitere Möglichkeiten, zum Beispiel alte Brunnen auf städtischen Grundstücken zu ermitteln und als Nutzwasserzapfstellen einzurichten.

Für Instandhaltung und Anschaffung von Straßenbenennungstafeln wurde im Jahre 1961 ein Betrag von 600.000 S aufgewendet.

Bei der Straßenkehrichtabfuhr sowie der Abfuhr der Marktabfälle und des Wasserlaufaushubes wurden 122.300 m³ Material abgeführt. Für die maschinelle Reinigung der 49.800 Wasserlaufschächte standen 6 Saugaggregate zur Verfügung.

Von den neun vorhandenen Gefäßliftwagen zur Abfuhr des in den 1.784 Straßenstandgefäßen abgelagerten Kehrgutes standen sechs Fahrzeuge ständig im Einsatz, die übrigen dienten als Reserve.

In der Hauptwerkstätte wurde eine neue Form von Kehrichtkarren für die Straßenpflege entwickelt, die ein wesentlich geringeres Gewicht haben und vor allem den Vorteil einer großen Geräuscharmut besitzen. Der Kehrichtaufnahmebehälter ist aus Kunstharzpolyester hergestellt, einem Material, das widerstandsfähig gegen die Einwirkung des Salzes ist, das im Winterdienst zusammen mit Streuriesel zum Bestreuen der Fußgängerübergänge verwendet wird.

Der Neubau des Straßenpflegedepots XX., Feilergasse, wurde fertiggestellt und in Betrieb genommen.

In Eßling wurde die Errichtung eines neuen Straßenpflegedepots begonnen, dessen Fertigstellung in den ersten Monaten des Jahres 1962 erfolgen soll.

SCHNEESÄUBERUNG UND GLATTEISBEKÄMPFUNG

Die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 20. November 1961, welche eine Beschränkung der Räumbreite der Schneereinigung auf Gehsteigen bringt, wirkt sich für die Betriebsabteilung Straßenpflege, die bei Schneefall 18.000 m Gehsteig zu reinigen hat, entlastend aus.

Das bereits Anfang November 1961 einsetzende winterliche Wetter brachte wohl nur Schneefälle geringerer Ergiebigkeit, zeichnete sich jedoch durch besonders häufige Straßenglätte aus. Es waren an 58 Tagen Streuarbeiten notwendig.

Im Winterdienst wurde mit gutem Erfolg die Abstumpfung der Fahrbahnen bei Eis- und Schneeglätte durch die verstärkte Anwendung von Auftausalz erreicht. Dieses Salz ist ein wirkungsvolles Hilfsmittel, das im Hinblick auf den starken Fließverkehr von besonderer Bedeutung ist. Zum ersten Male wurde versucht, Auftausalz unmittelbar nach Einsetzen von Schneefällen zur Anwendung zu bringen und damit erreicht, daß der Schnee locker blieb und nicht an die Fahrbahndecke anfror. Die spätere Wegschaffung bereitete keine Schwierigkeiten mehr. Von den bereitgestellten 2.880 t Auftausalz wurden 1.600 t verbraucht. Gegenüber dem Jahre 1960 stieg die bevorratete Menge um 1.000 t, und der Verbrauch um 900 t; 23.000 m³ Streuriesel waren bereitgestellt.

In der Winterperiode 1961/62 waren für die Schneeräumung 9.577 Tagschich-

ten des eigenen Personals und 925 Tagschichten zusätzlich aufgenommener Schneearbeiter zu verzeichnen, wofür ein Gesamtbetrag von 66.600 S ausgegeben wurde.

In der Winterperiode 1961 standen 157 betriebseigene und 51 private Pflüge zur Verfügung. In dieser Zahl sind alle Arten von Schneeräumgeräten, vom Gehsteigpflug bis zum Großpflug für die Ausfallstraßen, enthalten. Die Anzahl der Pflüge stieg bei den betriebseigenen um 14 Pflüge, bei den privaten um 15 Pflüge, die Gesamtzahl um 29 Stück.

Für die meist kurzfristige Spitzenbeanspruchung im Winterdienst wurden in immer stärkerem Maße Privatfuhrwerke für die Pflug- und Streufahrten unter Vertrag genommen.

Von Streufahrzeugen zur Glättebekämpfung standen 64 Fahrzeuge mit automatischer Streuvorrichtung und sieben Großraumstreuer bereit. Im Jahre 1961 wurden drei Großsandstreuer angeschafft.

Zusätzliche Arbeiten ergaben sich Mitte Februar, als bei außergewöhnlich stürmischem Wetter 4.000 von den 12.000 Schneeplanken, die an Verkehrsflächen in Außenbezirken aufgestellt waren, vom Sturme umgerissen und zum Großteil erheblich beschädigt wurden.

Weiters wurde für den Winterdienst ein neuer Streukarren in Dienst gestellt, der an jeden Lastkraftwagen angehängt werden kann und eine zugleich wirkungsvolle und doch sparsame Bestreuung der Fahrbahnen mit Salz ermöglicht.

MÜLLABFUHR

Die bisher verwendeten 90-Liter-Coloniagefäße wurden im Jahre 1961 durch 110-Liter-Rundtonnen ersetzt. Diese Gefäßart wurde nach mehrmonatigen Versuchen mit verschiedenen Ausführungen und im Einvernehmen mit der Firma Austria-Email, Wien, und der Firma J. Ochsner, Zürich, entwickelt und bringt eine Reihe von Vorteilen gegenüber der bisherigen Ausführung. Der um 20 Liter größere Inhalt begegnet der auch in Wien festzustellenden Tendenz des Leichter- und Voluminöserwerdens des Mülls, außerdem können geräuschdämmende Einrichtungen, wie Gummiringe im Deckel und am Bodenfuß, angebracht werden. Das Hantieren mit diesen neuen Gefäßen ist wesentlich geräuschärmer als mit den 90-Liter-Tonnen, so daß die Stadt Wien auch auf diesem Gebiet zur Bekämpfung des Großstadtlärms beiträgt. Ein weiterer Fortschritt ist die automatische Entleerung der 110-Liter-Tonnen in die Müllwagen. Die Gefäße werden hydraulisch angehoben und in den Müllwagen gekippt; der Wegfall dieser für die Müllarbeiter besonders anstrengenden händischen Arbeitsverrichtung bedeutet eine wesentliche Erleichterung der Mülleinsammlung. Es wurde eine verbesserte Type des Ochsner-Stopfmüllwagens erprobt, der mit einer sogenannten Schwenkplatte ausgerüstet ist. Damit wird eine bessere Verdichtung des Mülls im Aufnahmebehälter erreicht und die Aufnahmefähigkeit des Fahrzeuges erhöht.

Zum Sammeln und Entleeren der in den Straßen Wiens aufgestellten Papierkörbe wurden erstmalig Puch-Haflinger-Wagen, die mit einem geeigneten Aufbau versehen wurden, in Dienst gestellt. Sie erfüllen diese Aufgaben besser als die bisher verwendeten Puch-Lastenroller.

Der Bevölkerung Wiens standen im Jahre 1961 für die Hauskehrichtabfuhr 195.700 90-Liter-Eimer, 3.500 110-Liter-Großgefäße und 43.400 35-Liter-Eimer mit einem Gefäßvolumen von insgesamt rund 19.500 m^3 zur Verfügung. 8.602 90-Liter-Eimer, 7.803 110-Liter-Großgefäße und 13.000 35-Liter-Eimer wurden neu angeschafft.

Zur Fixierung des Standplatzes der Mülltonnen wurden eine große Anzahl

Rohrständer und Laschen und für den Transport der Gefäße zahlreiche Rohrrodeln nachgeschafft.

Als nicht mehr verwendungsfähig wurden außer diversen Rohrständern Laschen und Rodeln ausgeschieden: 14.274 90-Liter-Eimer und 31 35-Liter-Eimer.

Bei der Entleerung der Gefäße konnten durch Verkürzung der Abholzeiten wesentliche sanitäre Verbesserungen erreicht werden.

	90 bis 110 Liter-Eimer	35 Liter-Eimer
	in Prozent	
Tägliche Entleerung (6-Tage-Woche)	0,1	—
3mal wöchentliche Entleerung	0,5	—
2mal wöchentliche Entleerung	17,0	—
1mal wöchentliche Entleerung	76,5	38
2mal monatliche Entleerung	5,4	62
1mal monatliche Entleerung	0,5	—

Bei der Einsammlung des Hauskehrichts wurden bei den Großgefäßen rund 11,986.000 Entleerungen und bei den 35-Liter-Eimern rund 1,554.000 Entleerungen durchgeführt. Insgesamt wurden 910.000 m³ Müll abgeführt, die durch 102 Spezialmüllwagen (Wibro und Bergwagen) auf folgenden städtischen Ableerplätzen abgeladen und fast gleichmäßig aufgeteilt wurden:

X., Löwygrube, XXI., Bruckhaufen, XXIII., Mauer, Vösendorf, N.Ö.

An die Biomüll Ges. m.b.H. wurden rund 65.000 m³ Müll zur Kompostverarbeitung geliefert. Die angefallene Müllmenge ist somit dem Jahre 1960 gegenüber um rund 11 Prozent gestiegen, eine Entwicklung, die allen Anzeichen nach weiter anhalt und im steigenden Lebensstandard ihre Begründung hat.

In der „Städtischen Müllgefäße-Reparaturwerkstätte" wurde im Jahre 1961 mit der Instandsetzung der baulichen Anlagen und der Erneuerung des Maschinenparks begonnen. Es konnten bereits wesentliche Verbesserungen und Fortschritte erzielt werden. Zur Trinkwassereinsparung wurde in der Kübelwäscherei ein Schachtbrunnen errichtet und in Betrieb genommen.

Durch die Firma Wehle & Co. wurden folgende Arbeiten an Müllgefäßen durchgeführt:

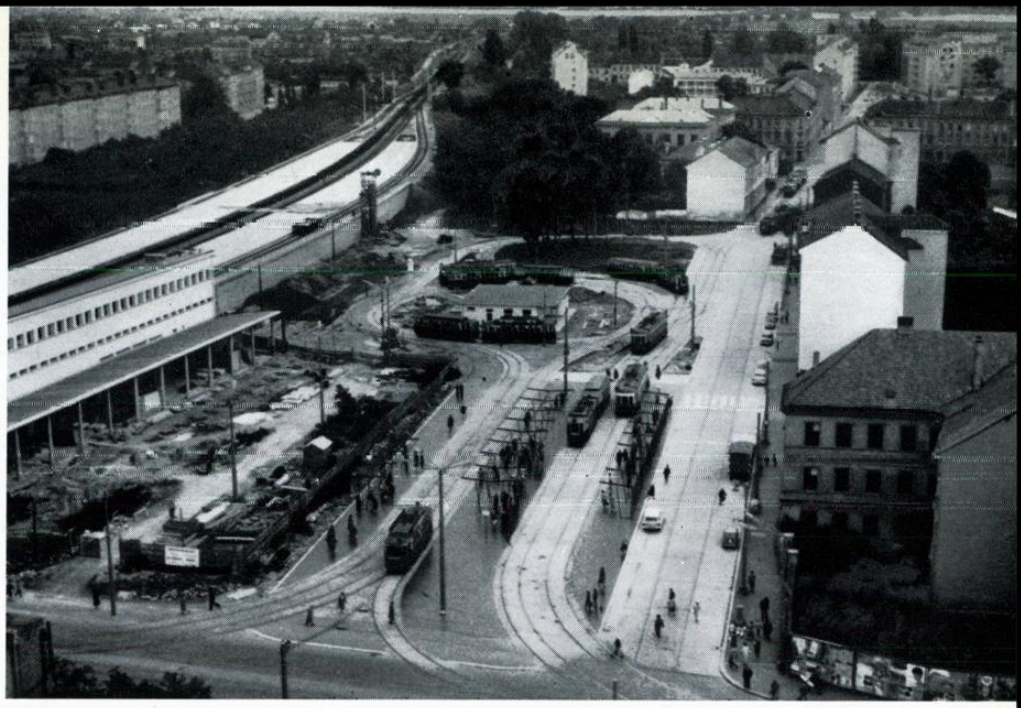
	Coloniagefäße
Reinigen	129.059
Instandgesetzt	128.565
Mit neuen Bodenstutzen versehen	5.059
Körperflecke eingesetzt	1.492
Sonstige Reparaturen	1.110

Kleinere Reparaturen wurden vom Personal des Magistrats durchgeführt.

Die Arbeiten am Bau der Müllverbrennungsanlage wurden planmäßig fortgesetzt. Das Waaghaus ist baulich nahezu fertiggestellt, der Großteil der maschinellen Einrichtung montiert. Das Hauptgebäude ist im Rohbau zu zwei Dritteln aufgeführt, die Montage der Ofen- und Kesselanlage im Gange. Der Fernheizkanal zur Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof" ist bis auf ein kleines Reststück baulich fertig, die Bauarbeiten am Fernheizkanal zum Wilhelminenspital wurden begonnen.

STRASSENBAU UND STRASSENERHALTUNG

Im Jahre 1961 standen der Magistratsabteilung für Straßenbau und Straßenerhaltung für die Erhaltung, den Neubau und den Umbau der Straßen Wiens



Ein moderner Verkehrsknotenpunkt wurde beim Bahnhof der Schnellbahn in Floridsdorf geschaffen

Straßenbau

Die neue Schottentorkreuzung wird von den Wienern „Jonasreindl" genannt





Die Fußgängerunterführung bei der Babenbergerstraße



Straßenbau

Die umgestaltete Himmelpfortstiege auf dem Alsergrund

199,4 Millionen Schilling zur Verfügung. Für die Bewältigung des umfangreichen Aufgabenbereiches der Abteilung war ein Personalstand von 196 Personen vorhanden.

Für die Erhaltung der Straßen und Verkehrsbauwerke war ein Betrag von 39 Millionen Schilling vorgesehen, mit welchem auf einer Länge von 1.946 km 17,2 Millionen Quadratmeter Fahrbahnen und 6,6 Millionen Quadratmeter Gehsteige instandzuhalten waren.

Für den Um- und Neubau von Straßen standen 157,6 Millionen Schilling zur Verfügung, von denen 57,8 Millionen Schilling für Verkehrsbauwerke und für den Ausbau besonders wichtiger Straßen verwendet wurden. Die Schwerpunkte dieser Arbeiten lagen im Jahre 1961 bei den Verkehrsbauwerken Schottentor, Bellariastraße, Babenbergerstraße und Hietzinger Brücke sowie beim Ausbau des Döblinger und Währinger Gürtels, der Altmannsdorfer Straße und der Prager Straße. Die restlichen Beträge wurden für den Neu- und Umbau von Straßen örtlicher Bedeutung, bei städtischen und privaten Wohnhausanlagen, für Straßenbauten in Siedlungen, für die Auswechslung schadhafter Holzstöckelbeläge, für die Herstellung von Asphaltteppichbelägen auf alten Pflasterfahrbahnen und Gehsteigen, für Oberflächenbehandlungen und für Pflasterfugenvergüsse aufgewendet.

Insgesamt wurden 2,009.000 m² Fahrbahnen, welche rund 225 km Straßenlänge entsprechen und 536.000 m² Gehsteigflächen, welche rund 162 km Gehsteiglängen entsprechen, umgebaut oder instandgesetzt.

Erwähnenswert ist, daß die Verwendung von Bitumenkies stark zugenommen hat. Dieses wirtschaftlich sehr günstige Material wurde nicht nur für die Herstellung von Tragschichten auf schwer belasteten Fahrbahnen verwendet. Auch als Verschleißschicht wurde Bitumenkies, versehen mit einer Oberflächenbehandlung, auf Fahrbahnen geringerer Verkehrsbedeutung und auf Gehwegen vielfach verlegt.

Von den wichtigen Bauten des Jahres 1961 sind vor allem die Verkehrsbauten an der Ringstraße und bei der Hietzinger Brücke zu erwähnen. Am 14. Juli 1961 fand die Eröffnung der Fußgängerpassagen bei der Bellaria- und Babenbergerstraße statt. Mit der Fertigstellung dieser beiden Bauwerke wurden die Verkehrsverhältnisse an den beiden Ringstraßenkreuzungen wesentlich verbessert und die Sicherheit der Fußgänger hat sich auf ein Maximum erhöht. Außerdem wurde die Nebenfahrbahn der Ringstraße zwischen Bellariastraße und Babenbergerstraße mit einer neuen Hartgußasphaltdecke versehen. Da gleichzeitig auch im Bereiche der Burgdurchfahrt ein neuer Hartgußasphaltbelag hergestellt und der Gehsteig erneuert wurde, konnten in diesem wichtigen Abschnitt der Ringstraße zusammen 10.000 m² Fahrbahnen und 5.000 m² Gehsteige mit neuen, modernen Asphaltbelägen versehen werden.

Am 16. September 1961 wurde das Verkehrsbauwerk Schottenpassage dem Verkehr übergeben, und mit Ende des Jahres konnte nach Umlegung der Straßenbahngleise auch die Fahrbahn der Währinger Straße stadtauswärts im Bereiche dieses Verkehrsbauwerkes freigegeben werden. Mit der Fertigstellung der unterirdischen und oberirdischen Umkehrschleifen der Straßenbahn, der unterirdischen Fußgängerpassage und von rund 26.200 m² neuer Fahrbahnflächen und rund 6.500 m² neuer Gehsteigflächen mit Asphaltbelägen, wurden die Verkehrsschwierigkeiten an diesem neuralgischen Punkte behoben.

Fast gleichzeitig mit der Beendigung der Arbeiten an den angeführten Ringstraßenbaustellen wurde ein weiteres großes Verkehrsbauwerk mit dem Umbau der Hietzinger Brücke begonnen. Im Zusammenhang mit diesem Bauwerk wurden in der Hadikgasse und in der Schönbrunner Schloßstraße 8.000 m² Fahrbahnen und 3.000 m² Gehsteige mit neuen Asphaltbelägen versehen.

Im Zuge des Ausbaues der Großverkehrsstraßen wurde der Ausbau des Gürtels im 18. und 19. Bezirk fortgesetzt. Der äußere Währinger Gürtel weist nunmehr bis zur Döblinger Hauptstraße eine Betonfahrbahn auf, während der innere Gürtel und in dessen Fortsetzung die Heiligenstädter Straße bis zum Liechtenwerder Platz betoniert wurden. In dem Abschnitt der Heiligenstädter Straße vom Liechtenwerder Platz bis zum inneren Döblinger Gürtel wurde eine neue Hartgußasphaltdecke hergestellt. Auf dieser Baustelle wurden 8.700 m² Betondecken auf der Fahrbahn, 5.300 m² Asphaltbeläge auf Fahrbahnen und 1.100 m² Gußasphalt auf Gehsteigen hergestellt.

Im 12. und 23. Bezirk wurde der Ausbau der Altmannsdorfer Straße fortgesetzt, so daß mit Ende des Jahres 1961 zwischen Grünbergstraße und Breitenfurter Straße zwei je 6,50 m breite Richtungsfahrbahnen dem Verkehr zur Verfügung standen. In dem Abschnitt zwischen Breitenfurter Straße und Anton Baumgartner-Straße wurden nach umfangreichen Grundfreimachungen die Arbeiten an der neuen, westlichen Fahrbahn weit vorgetrieben. Auf dieser Baustelle wurden im Jahre 1961 13.000 m² Fahrbahnen und 1.500 m² Gehsteige mit neuen Asphaltbelägen versehen.

Im 21. Bezirk wurde mit dem Umbau der Prager Straße zwischen der Autokaderstraße und der Rußbergstraße begonnen. Nach Errichtung einer neuen Brücke über die Nordwestbahn konnte die Prager Straße in diesem Abschnitt in gerader Linie geführt und das gefürchtete „Eisenbahnerbergl" beseitigt werden. Bis zum Ende des Jahres 1961 waren die Arbeiten soweit fortgeschritten, daß der Verkehr in der Richtung stadtauswärts bereits über die neue Trasse geführt werden konnte. Im Jahre 1961 wurden auf dieser Baustelle 8.500 m² neuer Asphaltbelag auf der Fahrbahn verlegt.

Im Jahre 1961 wurden auch mehrere Straßenanschlüsse an neu erbauten Brücken hergestellt und dem Verkehr übergeben. Es waren dies die Anschlüsse an die Salztorbrücke im 1. und 2. Bezirk, die Stadionbrücke im 2. und 3. Bezirk, die Große Ungarbrücke im 3. Bezirk, das Kreuzungsbauwerk mit der Schnellbahn beim Rennweg im 3. Bezirk und die Heiligenstädter Brücke im 19. und 20. Bezirk. Insgesamt wurden bei diesen Brückenanschlüssen 15.100 m² Fahrbahnflächen mit Kleinstein, Großstein und neuen Asphaltbelägen befestigt. Außerdem wurden dort 7.600 m² Gehsteige mit Gußasphalt hergestellt.

Der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in wichtigen Verkehrsstraßen diente auch die Beseitigung von Verkehrsengen durch Herstellung von Arkaden. Besonders die Arkade durch die Stiftskirche in der Mariahilfer Straße beseitigte eine gefährliche Engstelle in dieser Hauptgeschäftsstraße im 6. und 7. Bezirk. Ebenso brachte die Fertigstellung der Arkade in der Bäckerstraße eine wesentliche Erleichterung für den starken Verkehr in den engen Straßen der Inneren Stadt. Mit einer weiteren Arkadierung wurde im 1. Bezirk, Rotenturmstraße 11, begonnen.

Neben diesen bisher genannten bedeutenden Straßenbauten wurden im Jahre 1961 in ganz Wien zahlreiche andere größere und kleinere Um- und Neubauten durchgeführt, welche der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, der Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Modernisierung der Fahrbahndecken dienten. So wurde im 1. Bezirk der Umbau der Dominikanerbastei mit der Herstellung eines neuen Hartgußasphaltbelages in dem Abschnitt zwischen Wiesingerstraße und Falkestraße abgeschlossen und ebenso am Stephansplatz eine Belagserneuerung durchgeführt. Im 2. Bezirk wurde am Praterstern die Zufahrt zum neuen Nordbahnhof durch Herstellung von 2.300 m² Betonfahrbahn neu befestigt. Am Handelskai im 2. und 20. Bezirk wurden 3 km Gehsteige neu befestigt. Im 3. Bezirk erhielt die Dampfschiffstraße zwischen Löwengasse und Radetzkystraße ein neues Kleinsteinpflaster, und die Oberzellergasse wurde

zwischen dem Rennweg und der Landstraßer Hauptstraße umgebaut und mit einer Asphaltdecke versehen. Im 8. Bezirk wurde der schadhafte Belag der Lange Gasse zwischen der Florianigasse und der Laudongasse entfernt und durch eine Hartgußasphaltdecke ersetzt. Im 9. Bezirk wurde mit dem Umbau und der Erneuerung der Strudelhofstiege begonnen. Durch Verbreiterung der Fahrbahn der Alserbachstraße zwischen der Nußdorfer Straße und der Boltzmanngasse wurde eine wesentliche Erleichterung für den Verkehr erreicht. Im 12. Bezirk konnte ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung durch den Umbau der schienengleichen Kreuzung der Oswaldgasse mit der Donauländebahn erfüllt werden. Im Anschluß daran wurde der Bau der zweiten, westlichen Fahrbahn der Oswaldgasse bis zur Hoffingergasse begonnen und weitgehend fertiggestellt. Im 13. Bezirk konnte durch den Ausbau der Schloßberggasse zwischen der Seuttergasse und der Erzbischofgasse eine gefährliche Verkehrsenge beseitigt und die Zufahrt zu dem großen Wohngebiet Am Hagenberg wesentlich verbessert werden. In der Auhofstraße im 13. Bezirk wurde die schadhafte Straßendecke in dem Abschnitt zwischen Fleschgasse und der Verbindungsbahn durch eine neue Asphaltdecke ersetzt. Im 14. Bezirk wurde mit dem Ausbau der Ameisbachzeile begonnen, welche eine der Zufahrten zu der neuen Müllverbrennungsanlage der Stadt Wien am Flötzersteig darstellt. Ebenso wurde mit dem Ausbau der Torricelligasse als Zufahrt zu einem großen Industrieunternehmen begonnen. Im 15. Bezirk wurden die Fahrbahnen in der Markgraf Rüdiger-Straße verbreitert und mit einem Teppichbelag versehen, wodurch ein Beitrag zur Verringerung der Parkplatznot bei großen Stadthallenveranstaltungen und ein wesentlicher Beitrag zur Lärmbekämpfung geleistet wurde. Im 16. Bezirk wurde der Ausbau der Thaliastraße fortgesetzt und in dem Abschnitt von der Possingergasse bis zum Stillfriedplatz 5.000 m² Fahrbahnfläche mit Hartgußasphalt und 3.600 m² Gehsteigfläche mit neuem Gußasphalt befestigt. In der Wilhelminenstraße wurde der Abschnitt von der Weiskerngasse bis zur Savoyenstraße ausgebaut, und 6.000 m² Tränkdecke wurden hergestellt. Im 17. Bezirk wurde der Ausbau der Neuwaldegger Straße zwischen der Höhenstraße und der Exelbergstraße durch Herstellung von 6.000 m² Asphaltbelag abgeschlossen. Im 18. Bezirk und 19. Bezirk wurde in der Gregor Mendel-Straße von der Sternwartestraße bis zur Hartäckerstraße ein neuer Asphaltbelag auf der Fahrbahn aufgebracht. Auf dem Nasenweg zum Leopoldsberg wurden 450 m altes Geländer abgetragen und durch ein neues, standfestes ersetzt. Im 20. Bezirk wurde in der Pasettistraße die Fahrbahn von der Hellwagstraße bis zur Donaueschingenstraße erneuert. Ebenso wurden in der Engerthstraße die Nebenfahrbahnen vom Friedrich Engels-Platz bis zur Innstraße ausgebaut. Im Bereiche der großen Gemeindewohnhausanlagen am Friedrich Engels-Platz wurden umfangreiche Instandsetzungen der Gußasphaltgehsteige durchgeführt. Im 21. Bezirk wurden auf dem Vorplatz des Bahnhofes Floridsdorf 3.300 m² Betonfahrbahndecken hergestellt. In der Stammersdorfer Straße, Jedlersdorfer Straße und in der Strebersdorfer Straße wurden Gehsteige angelegt, womit ein dringendes Erfordernis des Verkehrs erfüllt wurde, da in diesen, aber auch noch in anderen Straßen des 21. Bezirkes, auf den noch unverbauten Strecken die Fußgänger gezwungen sind, wegen des Fehlens von eigenen Wegen die Fahrbahnen zu benützen. Im 23. Bezirk wurden die Rampen der Breitenfurter Straße bei der „Hohen Brücke" in Liesing umgebaut und mit einem Asphaltbelag versehen. Dadurch wurde eine gefährliche Straßenstelle entschärft. Mit dem Ausbau der Perfektastraße von der Lemböckgasse bis zur Brunner Straße wurde die eigentliche Erschließung des neuen Industriegebietes Liesing begonnen. Auf dieser Baustelle wurden 11.500 m² neue Asphaltfahrbahnen hergestellt.

Im Jahre 1961 wurde der Ersatz der alten Holzstöckelpflasterdecken durch neue Beläge fortgesetzt. So wurde im 1. Bezirk, Rosenbursenstraße, im 3. Bezirk, Kundmanngasse, 4. Bezirk, Sankt Elisabeth-Platz, 5. Bezirk, Margaretenstraße, 7. Bezirk, Neustiftgasse und Kenyongasse, 11. Bezirk, Lorystraße und Drischützgasse, das Holzstöckelpflaster entfernt und durch moderne Asphaltbeläge oder Kleinsteinpflaster ersetzt. Durch diese Umbauten werden nicht nur beträchtliche Erhaltungskosten erspart, sondern es wird dadurch auch die Verkehrssicherheit wesentlich erhöht.

Die starke Wohnbautätigkeit in allen Bezirken Wiens erforderte zahlreiche Straßenbauten bei städtischen und privaten Wohnhausanlagen. So wurden im 1. Bezirk, Coburgbastei, 4. Bezirk, Plößlgasse, 10. Bezirk, Gußriegelstraße, Brunnweg und Graffgasse, Laaer Berg-Straße und Eisenstadtplatz, 12. Bezirk, Jägerhausgasse, 13. Bezirk, Gobergasse und Jagdschloßgasse, 20. Bezirk, Klosterneuburger Straße, und im 22. Bezirk, Lorenz Kellner-Gasse, die Straßen ausgebaut oder die Fahrbahnen mit neuen Belägen versehen. Es wurden dabei 50.000 m² Fahrbahnflächen befestigt, was zusammen einer 7 km langen, neuen und rund 7 m breiten Fahrbahn entspricht. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß mit dem Bau der Zufahrtsstraßen zur Fertigteilfabrik in Stadlau und zu den dort in der Nähe vorgesehenen großen Wohnhausanlagen begonnen wurde. Diese Straßen werden als sogenannte Aufschließungsstraßen einschließlich aller notwendigen Einbauten bereits vor Beginn des Baues der Wohnhausanlagen weitgehend fertiggestellt sein.

Außer den oben angeführten Straßenbauten wurden zahlreiche größere und kleinere Arbeiten durchgeführt. Sie dienten der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch örtliche Verbreiterungen der Fahrbahnen und durch Herstellungen von neuen Fahrbahnbelägen. So wurden 160.000 m² Teppichbeläge auf alten Pflasterfahrbahnen oder abgefahrenen Asphaltdecken und 100.000 m² Teppichbeläge auf alten Granitgehsteigen hergestellt. Damit wurde auch ein bedeutender Beitrag zur Lärmbekämpfung geleistet.

Der Zustand und die Befahrbarkeit vieler Straßen wurden durch die Herstellung von 1,100.000 m² Oberflächenbehandlungen wesentlich verbessert. Außerdem wurde dadurch ein großer Schritt zur Staubfreimachung aller Straßen getan.

Der Ausbau der Siedlungsstraßen wurde im Jahre 1961 fortgesetzt. Durch die Herstellung mechanisch stabilisierter Tragschichten im Ausmaß von 200.000 m² wurden 40 km Siedlungsstraßen mit einer festen Decke versehen, welche durch Aufbringung einer Oberflächenbehandlung staubfrei gemacht wurden. Darüber hinaus wurden bereits befestigte Siedlungsstraßen durch Aufbringen einer zweiten Oberflächenbehandlung haltbar gemacht.

Die für die Erhaltung der Kleinsteinpflasterdecken wesentlichen Asphaltfugenvergüsse wurden im Jahre 1961 in einem Ausmaß von 32.100 m² hergestellt, wobei Kaltasphalt und Bitumenmörtel zur Anwendung gelangten. Dadurch wurde nicht nur eine Staubentwicklung verhindert, sondern auch der Verkehrslärm wesentlich vermindert.

Auf den Bundesstraßen wurden neben den laufenden Erhaltungsarbeiten Teppichbeläge auf der Brünner Bundesstraße und auf der Angerner Bundesstraße im Ausmaß von 10.800 m² und 3.500 m² hergestellt. Im Jahre 1961 wurde mit dem Bau der Autobahn Süd im Wiener Stadtgebiet begonnen. Im Baulos Inzersdorf wurden, von der südlichen Stadtgrenze beginnend, Erdarbeiten mit einem Ausmaß von 200.000 m³ Erdbewegung für die Herstellung des Straßenkörpers durchgeführt. Auf der Autobahn West wurde die Freilegung der Trasse im Gebiete des Lainzer Tiergartens in Weidlingau fortgesetzt und die Ver-

legung der Tiergartenmauer beendet. Mit der Umlegung von Hochspannungsleitungen wurde begonnen.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau der Siedlungsstraßen waren vom gemeindeeigenen Straßenwalzen- und Baumaschinenpark 32 Straßenwalzen und 12 Baumaschinen, darunter 2 Motorgrader, 1 Erhaltungsgrader, 1 Planierraupe, 2 Gummiradwalzen und 3 Rüttelgeräte eingesetzt. Insgesamt leisteten die gemeindeeigenen Maschinen und Geräte 5.000 Arbeitsschichten.

Mit den im Jahre 1961 für den Straßenbau zur Verfügung gestellten Mitteln wurde an vielen Stellen der Stadt durch die Herstellung von Verkehrsbauwerken, durch den Um- und Ausbau wichtiger Straßenzüge und Kreuzungen und durch die Modernisierung und Erneuerung der Fahrbahn- und Gehsteigbeläge die Leistungsfähigkeit des städtischen Straßennetzes gesteigert und die Verkehrssicherheit erhöht. Durch den Ausbau der Straßen bei neuen Wohnhausanlagen und in den Siedlungen wurden diese Wohngebiete an das Straßennetz angeschlossen. Den Bewohnern wurde damit die Möglichkeit gegeben, am Leben der Stadt regeren Anteil zu nehmen.

BRÜCKEN- UND WASSERBAU

PLANUNGSARBEITEN

Neben den erwähnten großen Bauvorhaben und den damit verbundenen Arbeiten waren Berechnungen und Pläne sowie Ausschreibungsgrundlagen für zahlreiche kleinere Objekte und für Einzelkonstruktionen des Brücken- und Wasserbaues zu verfassen.

Viel Aufmerksamkeit erforderte auch stets die Beratung der für die technischen Verkehrsangelegenheiten zuständigen Magistratsabteilung hinsichtlich der Führung von Schwertransporten über Brücken.

BAU UND ERHALTUNG DER BRÜCKEN, STEGE UND VERKEHRSBAUWERKE

Die Zahl der in öffentlicher Erhaltung und Verwaltung der Stadt Wien stehenden Brücken, Stege und Verkehrsbauwerke im Jahre 1961 beträgt 329.

Von den 53 im Kriege zerstörten oder schwer beschädigten Objekten sind 49 definitiv wiederhergestellt worden, drei sind durch Langzeitprovisorien ersetzt worden (Nordwestbahnsteg, Stadtparksteg über den Wienfluß und die Grünauerbachbrücke im Zuge der Auhofallee); der zerstörte Heinrich Bach-Steg über den Wienfluß wird, da er nicht mehr erforderlich ist, nicht mehr aufgebaut werden.

Im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Heiligenstädter Brücke über den Donaukanal wurde auf Grund der Schnellstraßenplanung und wegen des Umbaues der Nordwestbahnbrücke in eine Straßenbrücke festgelegt, daß die Donaukanalexpreßstraße an beiden Ufern des Donaukanales geführt werden soll. Dementsprechend war auch eine zweite Seitenöffnung am linken Donaukanalufer für eine zweispurige Fahrbahnunterführung herzustellen. Der Sachkredit von 12 Millionen Schilling wurde dementsprechend auf 15,5 Millionen Schilling erhöht.

Im Jahre 1961 wurden die Arbeiten des 2. Bauabschnittes (stromauf gelegene Brückenhälfte) einschließlich der zusätzlichen Seitenöffnung, ferner die analoge Seitenöffnung des 1. Bauabschnittes errichtet. Nach Fertigstellung der Straßenbauarbeiten an den Brückenköpfen wurde die neue Brücke am 16. Dezember 1961 feierlich dem Verkehr übergeben.

Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Stadionbrücke über den Donaukanal

wurden programmgemäß fortgesetzt, die mittleren drei Hauptträger zusammengebaut, das Kriegsbrückengerät ohne Gerüstung abgetragen, die Hauptträger abgesenkt und die Fahrbahnplatte geschlossen. Am 29. Juli 1961 wurde die Belastungsprobe durchgeführt und die Brücke dem Verkehr übergeben. Die Gesamtbaukosten betrugen 10,745.000 S.

Für die Führung der Expreßstraße war die Errichtung einer Stützmauer von 165 m Länge erforderlich. Die Bauüberwachung erfolgte durch die Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau.

Im Jahre 1961 wurde das Spannbetontragwerk der Salztorbrücke über den Donaukanal hergestellt. Es erfolgte das Schalen, Betonieren und Spannen des Tragwerkes sowie das Injizieren der Spannkanäle. Die Vorspannung erfolgte in den vier Stegen der Hohlkästen durch örtlich konzentrierte Spannglieder (20 mal 34 Drähte mit einer Vorspannkraft von 1.770 t je Steg).

Die Brücke wurde mit einem naturfarben eloxierten Aluminiumgeländer ausgestattet, nachdem eine probeweise Ausführung eines solchen Geländers bei einem Steg über die Liesing in Rodaun die Erwartungen in bezug auf konstruktive Ausbildung und ästhetische Wirkung erfüllt hatte. Die Salztorbrücke, im Stadtzentrum gelegen, wurde gleich der Marienbrücke und Schwedenbrücke mit einer Effektbeleuchtung ausgestattet; das Tragwerk kann mit grünlichem Licht angestrahlt werden.

Durch Anwendung einer kostensparenden Gründungsart konnten die Baukosten in der veranschlagten Höhe von 12,75 Millionen Schilling um 2,25 Millionen Schilling gesenkt werden. Die Brücke wurde am 25. November 1961 nach Durchführung der Belastungsprobe eröffnet.

Die Arbeiten an der dritten Strombrücke (Umbau der Nordwestbahnbrücke in eine Straßenbrücke) gehen weiter. Als wesentliche Vorarbeit für den Beginn der eigentlichen Bauarbeiten wurde im Mai 1961 mit der Hebung eines im zweiten, linksufrigen Stromfeld liegenden Schiffswracks begonnen. Es handelt sich um einen Schlepper von etwa 150 t Eigengewicht, der mit zirka 500 t Ferromangan beladen und bereits stark eingeschottert war. Die Wrackhebung war erforderlich, da die Strömungsverhältnisse zwischen den Brückenpfeilern durch das Wrack ungünstig beeinflußt wurden und die Sanierung der Pfeiler behindert gewesen wäre. Es mußte der Schiffskörper unter Wasser durch Taucher zerschnitten werden, während der das Wrack umgebende und eingespülte Schotter mit Schotterpumpen abgesaugt und die Ladung ausgebaggert wurde.

An der Sanierung der Strompfeiler wird seit 15. August 1961 gearbeitet. Nach Ausbaggern des Stromgrundes bei den Pfeilern und Beseitigung aller Rammhindernisse in diesem Bereich erfolgt das Rammen von Stahlspundbohlen um die Pfeiler.

Der zwischen Pfeiler und Spundwand befindliche Schotter wird durch Injektionen mit Zementmilch versteint. Unter Wasserhaltung wird sodann im Jahre 1962 innerhalb der Umspundung in etwa 4 m Tiefe unter dem Niederwasserspiegel eine den Pfeiler umschließende Stahlbetonmanschette hergestellt, die in Verbindung mit dem bestehenden Mauerwerk die Verteilung der Pfeilerauflast auf eine wesentlich größere Aufstandsfläche als bisher ermöglicht.

Über der Stahlbetonmanschette werden die Pfeiler einen 50 cm starken, abriebfesten Stahlbetonmantel, der im alten Mauerwerk verankert wird, erhalten. Das Pfeilermauerwerk selbst wird durch geeignete Injektionen und lotrechte Stahleinlagen saniert werden.

Bei dem von der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau ausgeschriebenen Ideenwettbewerb für die neuen Tragwerke auf den bestehenden Pfeilern wurden am 11. Dezember 1961 drei Entwürfe und Angebote abgegeben, die in technischer und wirtschaftlicher Beziehung erst überprüft werden müssen.

Nach Abschluß der Vorarbeiten für die Straßenbrücke in Verlängerung des Döblinger Gürtels zur Adalbert Stifter-Straße wurden die Bauarbeiten in Form eines Ideenwettbewerbes öffentlich ausgeschrieben. Es langten von sechs Firmen, beziehungsweise Arbeits- oder Bietgemeinschaften neun Entwürfe ein, die in technischer und wirtschaftlicher Beziehung überprüft wurden. Der Gemeinderat hat am 20. Dezember 1961 den Kredit- und Vergebungsantrag genehmigt, so daß Anfang 1962 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Die Arbeiten am Verkehrsbauwerk Schottentor im Jahre 1961 erstreckten sich auf die Vollendung des Rohbaues und die gesamte Innenausstattung. Das Verkehrsbauwerk wurde am 16. September 1961 seiner Bestimmung übergeben.

Die bestehende Brücke über die Liesing im Zuge der Altmannsdorfer Straße von 7,50 m Fahrbahnbreite mit zwei Gehwegen von je 1,50 m wurde auf etwa die doppelte Breite erweitert, so daß sich zwei je 6,50 m breite Fahrbahnen, zwei Gehwege und ein Fahrbahnteiler von 2,25 m Breite ergeben.

Die Brückenverbreiterung wurde durch den Ausbau der Altmannsdorfer Straße für zwei Richtungsfahrbahnen ausgelöst. Die Arbeiten wurden Ende 1961 abgeschlossen. Die Baukosten betrugen 520.000 S.

Bei der Brücke über die Nordwestbahn im Zuge der Prager Straße wurde das Stahltragwerk montiert, die Fahrbahnplatte aus Stahlbeton hergestellt, weiters wurden die Dilatationen eingebaut und das Geländer montiert, die Straßenbahngleise verlegt und die Fahrbahn- und Gehsteigbeläge aufgebracht. Am 9. September 1961 wurde die Belastungsprobe durchgeführt und danach der Straßenbahnverkehr zweigleisig über die neue Brücke aufgenommen. Entsprechend dem Fortschritt der Straßenbauarbeiten wurde auch der Fahrzeugverkehr stadtauswärts über das neue Tragwerk geleitet.

Beim Umbau des Verkehrsbauwerkes Hietzinger Brücke ist es wegen des Ausbaues des Begleitstraßensystems entlang des Wienflusses notwendig geworden, die im Jahre 1936 errichtete Unterführung in Verlängerung der Schönbrunner Schloßstraße zu verbreitern; es werden zwei Fahrspuren von je 3,75 m an Stelle von je 3 m geschaffen; die Durchfahrtshöhe wurde von 4,05 m auf 4,50 m erhöht.

Darüber hinaus erfordert der zunehmende Verkehr im Bereich der Hietzinger Brücke eine neue Verkehrslösung für diesen Knotenpunkt. Das auszuführende Projekt sieht eine Verbreiterung der Brücke (Überdeckung des Wienflusses, der Stadtbahn und der Unterführung) flußaufwärts auf 90 m, gegenüber der bestehenden Brücke von 35 m Breite, vor. Die neue Stadtbahnstation Hietzing wird ungefähr in der Brückenachse liegen. Die Haltestellen der Straßenbahn wurden beiderseits der Stadtbahnstation angelegt, so daß sich der Umsteigeverkehr zwischen Stadtbahn und Straßenbahn ohne Überquerung von Fahrbahnen abwickeln wird. Da auch die in diesem Bereich verkehrenden öffentlichen und privaten Autobuslinien ihre Haltestellen erhalten werden, erscheinen weitere Erleichterungen für den Umsteigeverkehr gegeben. Mit den Bauarbeiten wurde im August 1961 begonnen.

Die niveaugleiche Kreuzung zwischen Nordwestbahn und Brünner Straße führte durch den ständig wachsenden Straßenverkehr zu großen Verkehrsstauungen. Die Verdichtung des Eisenbahnverkehrs auf der Strecke Floridsdorf—Jedlersdorf als Folge der Elektrifizierung dieser Nahverkehrsstrecke im Anschluß an die Wiener Schnellbahn hätte zu noch wesentlich größeren Verkehrsstörungen auf der Straße geführt. Nicht zuletzt wäre die Kreuzung zweier Fahrdrahtleitungen (Straßenbahn — Schnellbahn) mit hohen Spannungsunterschieden ein kaum zu lösendes Problem gewesen.

Im Jahre 1961 wurde in nur sieben Monaten Bauzeit für den bestehenden eingleisigen Verkehr eine Eisenbahnbrücke über die Brünner Straße in Spann-

betonbauweise errichtet. Die veranschlagten Baukosten für Brücke und Nebenarbeiten (provisorische Gleisumlegung, Rampenschüttung, Oberbauarbeiten usw.) betragen 19 Millionen Schilling.

Um bei dem späteren zweigleisigen Endausbau der Bahnlinie eine abermalige Behinderung des Straßenverkehrs durch die Baumaßnahmen zu vermeiden, soll im ersten Halbjahr 1962 auch noch das zweite Tragwerk der Eisenbahnbrücke für das zweite Gleis errichtet werden. Durch diese Maßnahme werden auch die Kosten für eine spätere Neueinrichtung der Brückenbaustelle eingespart.

Über besonderen Wunsch der Bezirksvorstehung für den 22. Bezirk wurde dem dringenden Bedürfnis der betroffenen Bevölkerung entsprochen und eine Straßenverbindung im Zuge des Biberhaufenweges in der Lobau zwischen den westlich der Naufahrt befindlichen Gebieten und Aspern hergestellt. Eine Straßenbrücke mit 6,50 m Fahrbahnbreite und einem Gehweg über zwei Durchflußöffnungen von je 6,20 m tritt an Stelle der beiden Stege, die im Zuge des bestehenden Fußweges lagen. Die Bauarbeiten wurden im August 1961 begonnen und im gleichen Jahr abgeschlossen.

An Arbeiten geringeren Umfanges wurde im Zuge der notwendigen Verbreiterung des östlichen Gehsteiges in Wien XVII., Lidlgasse, das bestehende Tragwerk über die Vorortelinie um 4,00 m verbreitert, damit der Gehsteig in der vollen Breite von 5,00 m fortgesetzt werden kann. An das bestehende Gewölbe wurde eine Stahlbetonplatte mit einer Lichtweite von 10,60 m angefügt (Baukosten 400.000 S). Auch der 1960 begonnene Umbau der Brücke über den Schreiberbach im Zuge der Eroicagasse wurde einschließlich der Ausführung von Stützmauern fertiggestellt (Baukosten 750.000 S). Der Holzsteg über die Liesing in Rodaun beim ehemaligen Hotel Stelzer wurde durch einen Stahlbetonsteg ersetzt. Erstmalig für Wien wurde beim neuen Steg ein Geländer aus eloxiertem Aluminium ausgeführt. Die 1960 begonnenen Bauarbeiten wurden im Arpil 1961 abgeschlossen (Baukosten 340.000 S).

SCHUTZWASSERBAUTEN

In erster Linie wurden im Jahre 1961 die Arbeiten an der Liesingregulierung weitergeführt. Die Behebung der Hochwasserschäden aus dem Jahre 1959 wurden zum größten Teil zu Ende geführt. Die wasserbaulichen Arbeiten zur Instandhaltung der übrigen Gerinne des Wiener Stadtgebietes nahmen ebenfalls einen großen Raum ein.

Im Jahre 1961 wurden die Regulierungsarbeiten am Liesingbach im 2. Bauabschnitt des Bauloses „Atzgersdorf III“ (Eindeckungsstrecke) mit einem Kostenaufwand von 870.000 S beendet. Mit dem 3. Bauabschnitt wurde begonnen und 90 m der Eindeckungsstrecke fertiggestellt, wobei 5,782.000 S an Kosten aufliefen.

Von der ebenfalls in Angriff genommenen Liesingregulierung in Liesing wurden 10 m der Eindeckungsstrecke oberhalb der bestehenden Rathausbrücke ganzseitig hergestellt, welche einen Teil der neuen Brücke bilden; unterhalb dieser Brücke wurden 90 m halbseitig fertiggestellt. An Kosten liefen hiefür 3 Millionen Schilling auf. Durch die Fertigstellung des ersten Brückenabschnittes werden die Voraussetzungen geschaffen, die alte Rathausbrücke abzutragen und den Straßenverkehr über die neue Eindeckungsstrecke provisorisch umzuleiten.

Für Instandsetzungsarbeiten am Liesingbach der übrigen Strecke wurden 557.000 S, für verschiedene Räumungsarbeiten 287.000 S, für Mäh- und Rodungsarbeiten und Böschungspflege 491.000 S sowie für Arbeiten zur Sicherung der Ufer 144.000 S aufgewendet.



Belastungsprobe auf der neuen Stadionbrücke

Brückenbau

Die wiederaufgebaute Salztorbrücke ersetzt einen schmalen Holzsteg für Fußgänger

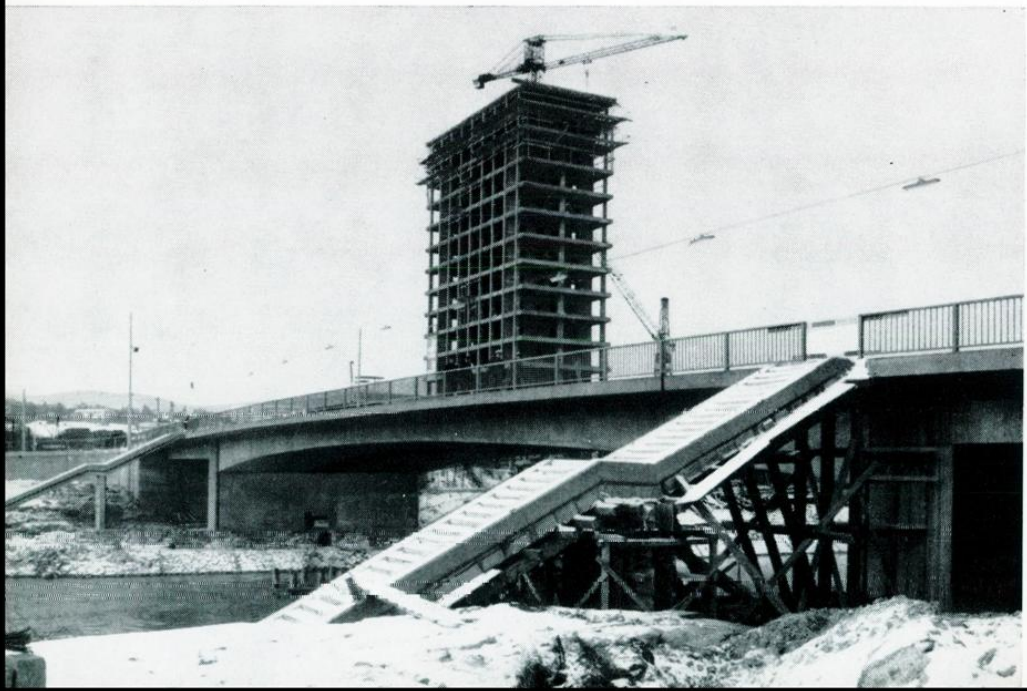




Die neue Straßenbrücke im Zuge der Prager Straße besteht die Belastungsprobe

Brückenbau

Die letzte der zerstörten Donaukanalbrücken, die Heiligenstädter Brücke, vor ihrer Vollendung



Für Geländerarbeiten an der Dürren Liesing wurden 12.000 S, für verschiedene Räumungen 74.000 S ausgegeben.

Zur Entlastung der bachabwärts liegenden zum Teil bereits regulierten Strekken wird im Kaltenleutgebner Tal ein Geschieberückhaltebecken angelegt.

Für Arbeiten am Schwechatwildbach in Kaiser-Ebersdorf und Simmering wurden 161.000 S ausgegeben. Die Instandsetzung des Kleebindergrabens erforderte 122.000 S, des Gröret- und Choleragrabens 140.000 S und des Seeschlachtgrabens 156.000 S. Für Geländerinstandsetzungen wurden 32.000 S ausgegeben.

Für Erhaltungs- und Räumungsarbeiten am Gerinne des Mauerbaches liefen Kosten in der Höhe von 396.000 S auf.

Für die in der laufenden Strecke durchgeführten Erhaltungs- und Räumungsarbeiten des Wienflusses wurden 1,574.000 S verausgabt.

Bei den Arbeiten an den Wienfluß-Verteilungswasserhaltungen (Räumungen, Mäh- und Rodungsarbeiten) sind an Kosten 1,452.000 S aufgelaufen.

Die Torkretierungs- und Injektionsarbeiten an der Wienflußtrennungsmauer in Hadersdorf erforderten 146.000 S.

Für die Beseitigung der Hochwasserschäden aus dem Jahre 1959 waren im Jahre 1961 für den Ausbau des Erbsenbaches in Sievering und die Vorarbeiten für die Errichtung eines Staubeckens daselbst 3,326.000 S, für Pflasterungen und Stützmauern an den Bisamberggerinnen 394.000 S, für die Teilregulierung des Schablerbaches einschließlich Rückhaltebecken 1,731.000 S erforderlich.

Für den Ausbau und die Erhaltung der Sickerteichanlagen und Schlammfänge in Stammersdorf und Strebersdorf liefen 1,103.000 S an Kosten auf.

Uferinstandsetzungen und sonstige Arbeiten an der Alten Donau erforderten 844.000 S.

Dammsicherungen bei Staustufe IV am Mühlwasser erforderten 430.000 S, Baggerungen 680.000 S.

Bei Arbeiten geringeren Umfanges wurden für folgende Bauvorhaben aufgewendet:

	Schilling
Erhaltungsarbeiten am Halterbach	236.000
Erhaltungsarbeiten am Gütenbach	216.000
Erhaltungsarbeiten am Petersbach	49.000
Projektierungsarbeiten Steinbach	47.000
Erhaltungsarbeiten am Rosenbach	202.000
Hang- und Vorflutgraben Kolbeterberg	655.000
Rattenbekämpfung	15.000
Gärtnerische Arbeiten	62.000
Instandsetzung des Lainzer Baches	198.000
Gerinne in der Asenbauergasse	149.000
Kräuterbach	100.000
Lainzer Teich, Räumung und Instandsetzung	338.000

ÜBERSCHWEMMUNGSANGELEGENHEITEN

Für die Hochwasserschadensbehebung am Steinbach (Stadtgrenze) wurde seitens der Stadt Wien an die niederösterreichische Landesregierung ein Beitrag in der Höhe von 180.000 S geleistet.

Für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz wurde zur Deckung der laufenden Ausgaben von der Stadt Wien ein Kurienbeitrag von 2,5 Millionen Schilling überwiesen.

Der Gewässeraufsicht oblag in erster Linie die Prüfung des Zustandes der Gewässer bezüglich ihrer Reinhaltung und die Kontrolle aller wasserrechtlich

genehmigungspflichtigen Abwasserreinigungsanlagen. Dem Schutz des Grundwassers wurde ebenfalls ein besonderes Augenmerk zugewendet.

Die Organe der Gewässeraufsicht fungierten in einschlägigen Angelegenheiten als Amtssachverständige der Wasserrechtsbehörde. In dieser Eigenschaft haben Beamte dieser Unterabteilung an 118 Wasserrechtsverhandlungen und Kommissionen teilgenommen.

In Hochwasserschutzangelegenheiten der Stadt Wien wurden für die mehrmalige Bereitstellung von Arbeitskräften, Beseitigung von Verklausungen usw. im Jahre 1961 40.000 S verausgabt.

Zur Erfassung der Grundwasserstände im Wiener Stadtgebiet wird ein Grundwasserbeobachtungsnetz mit 372 Meßstellen aufrechterhalten. Die laufend registrierten Beobachtungen stehen der Allgemeinheit zur Verfügung.

Auf dem Gebiete der Meteorologie wurden 26 Wetterstationen betreut und kurzfristige Wettervoraussagen ausgegeben. Für die Betreuung des Beobachtungsnetzes wurden 80.000 S aufgewendet.

Im Rahmen einer Kreditaktion für kleine Landwirte und Kleingärtner zur Beschaffung von Beregnungsanlagen wurden seitens der Stadt Wien, analog der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bewilligten Bundesbeiträge, für 29 Betriebe 15prozentige Landesbeiträge in der Gesamthöhe von 87.000 S gewährt.

VERKEHRSWASSERBAU, HAFEN- UND SCHIFFAHRTS-ANGELEGENHEITEN

Eine Veränderung in der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Verkehrswasserbaues ist zwar dem Umfange nach, nicht aber in grundsätzlichen Belangen eingetreten. Nach wie vor stehen die Aufwendungen für den Hafen Lobau an der Spitze, gefolgt von denen, die die Ausgestaltung des Freudenauer Hafens in einen Stückguthafen zum Ziele haben.

Die weitaus geringeren Aufwendungen, die gegenüber den vorangegangenen Jahren zu verzeichnen sind, erklären sich einerseits aus dem bereits erfolgten Abschluß von einigen der wichtigsten und umfangreichsten Arbeiten, wie Niveauherstellung Lobau, Hafenzufahrtsstraße Lobau usw., andererseits aus der Tatsache, daß andere größere Herstellungen noch nicht in Angriff genommen werden konnten, weil die Projekte noch nicht soweit ausgearbeitet waren (Abwasserbeseitigung Lobau).

Trotzdem hat die Aufschließung des Lobauer Hafengebietes einen solchen Stand erreicht, daß die künftigen Pächter mit der Errichtung ihrer beabsichtigten Anlagen beginnen könnten. Vom technischen Standpunkt wären hiefür die Voraussetzungen gegeben. Leider war es aber bis Ende 1961 noch nicht möglich, auch die formalen Grundlagen durch Abschluß der einzelnen Pachtverträge zu schaffen.

Neben den Aufwendungen für den Hafen Lobau wurden solche in größerem Umfang lediglich noch für den Hafen Freudenau getätigt. Hier wurde der vierte Bauabschnitt der Kaianlage programmgemäß fortgesetzt, er steht knapp vor seiner Fertigstellung.

Bundesbeiträge zu Neubauten in den Häfen wurden im Jahre 1961 in ungefähr der gleichen Höhe wie im Jahre 1960 geleistet. Sie wurden durch das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau als echte, also nicht rückzuzahlende Beiträge nach dem Wasserbautenförderungsgesetz und vom Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft nach dem Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz überwiesen, welch letztere allerdings rückzuzahlen sind. Das Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft hat ins-

gesamt 8,264.000 S, das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau 602.000 S überwiesen.

Im einzelnen wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

Im Hafen Albern wurde die Pumpenanlage der Feuerlöscheinrichtungen einer Halbautomatisierung unterzogen, und die Gleisgruppe vor dem Speicher Kampffmeyer wurde wegen starker Zunahme des Wagenumlaufes unter gleichzeitiger Behebung der Kriegsschäden instandgesetzt.

Im Hafen Freudenau wurde der vierte Bauabschnitt der Kaianlage planmäßig fortgesetzt. Der Fixkran auf der Mittelhafenzunge sowie ein Laufkran in der Behebung der Kriegsschäden instandgesetzt.

Im Hafen Lobau wurden für die Niveauregulierung noch einige Restaufträge vergeben. Um Wendemanöver der den Hafen anlaufenden Schiffe leichter zu gestalten, wird durch Abbaggern des Ufersporns zwischen Becken und Einfahrtskanal ein Wendeplatz geschaffen. Von der Verlängerung der Hafenbahn bis an das Hafenbecken wurde der im Jahre 1960 begonnene zweite Bauabschnitt fertiggestellt. Ferner wurde ein dritter Bauabschnitt begonnen und fertiggestellt. Die Gesamtkosten betrugen 901.000 S. Für 1,537.000 S wurden Schienen und Weichen angekauft. Das vierte Baulos der Hafenzufahrtsstraße wurde so weit fertiggestellt, daß ein Ersatz für die derzeit in Benützung stehende Uferstraße zur Verfügung steht, wenn letztere durch die Vornahme der erforderlichen Einbauten (Kanal, Strom, Trinkwasser usw.) vorübergehend unbenützbar sein wird. Der bisherige Gesamtaufwand beträgt 1,980.000 S, wovon im Jahre 1961 1,089.000 S verausgabt wurden. Auf dem Gebiet der Stromversorgung wurde die Errichtung einer Sekundärschaltanlage in Angriff genommen. Die Abwasserbeseitigung konnte noch nicht über das Projektsstadium hinausgebracht werden. Die Wiederherstellung der kriegsbeschädigten Uferböschungen längs der Hafeneinfahrt wurde durch gleichzeitige Inangriffnahme je eines Bauloses links- und rechtsufrig eingeleitet. Der bisherige Verbrauch beträgt für beide Baulose 1,019.000 S. Die im Jahre 1960 begonnenen Steinlieferungen für die Errichtung einer öffentlichen Wartelände wurden abgeschlossen. Die im Jahre 1960 begonnen Steinwurfergänzung am rechten Ufer der Hafeneinfahrt wurde fortgesetzt. Auf dem im Jahre 1961 neuerworbenen Lagerplatz nächst dem Übergabebahnhof Lobau der Hafenbahn wurde mit dem Einbau von Büro- und Aufenthaltsräumen in ein bestehendes Objekt begonnen. Die sonstigen Aufwendungen für den Lagerplatz betrafen die Planierung des Geländes und die Neuherstellung der Einfriedung.

Der abteilungseigene Schiffahrtsbetrieb verfügte mit Jahresende 1961 über 59 Einheiten, darunter 9 Motorschiffe, 3 Eimerkettenschwimmbagger, 1 Aggregatschiff, 6 Trauner, 4 Versenker, 2 Arbeitsschiffe, 1 Standschiff, 14 Ankerplätten und Pontonteile. Von den Zugschiffen wurden im Jahre 1961 21.828 km gefahren. Vom Schiffspark mußte ein Schleppkahn außer Dienst gestellt und skartiert werden.

Zu Lasten der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz wurden mit dem Bagger „Josef" in der Alten Donau Baggerungsarbeiten mit einem Kostenaufwand von einer Million Schilling durchgeführt und hiebei 41.500 m³ Baggergut gefördert. Der Kostenanteil der Stadt Wien betrug 667.000 S. Mit dem Bagger „Mucki" wurden auf Rechnung der Magistratsabteilung Bäder im Strandbad Gänsehäufel 7.000 m³ Schlamm entfernt. Die Kosten betrugen 300.000 S. Ebenfalls mit dem Bagger „Mucki" wurden aus dem Heustadlwasser zu Lasten des Stadtgartenamtes 7.500 m³ schlammiger Boden gebaggert.

Die Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau stellte bei 179 wasserrechtlichen und schiffahrtsbehördlichen Verhandlungen den Amtstechniker. Für

die Erstellung der entsprechenden Amtsgutachten waren in manchen Fällen eingehende Vorerhebungen erforderlich.

Im Rahmen der Donaukanalinspektion wurden 185 Kommissionen abgehalten und 12 Bewilligungen für die Befahrung des Donaukanals erteilt.

Die Kommissionierung von Wasserfahrzeugen erfaßte 4 Rollfähren über den Donaukanal, 10 Motorboote der gewerblichen Überfuhren über den Donaustrom und 3 Zillen der gewerblichen Überfuhr über die Alte Donau.

Bei gewerblichen Bootsverleihern auf der Alten Donau, am Heustadlwasser und in Neuwaldegg (Hanslteich) wurden 1.009 Ruder- und Paddelboote und 53 Elektroboote überprüft. Weiters wurden 149 Sportmotorboote und 11 Motorschiffe und Dienstschiffe für Finanz und Polizei überprüft.

Die Überprüfung von Einheiten der Großschiffahrt umfaßte 12 Fahrgastschiffe und große Motorschiffe, 47 Güterschiffe, 38 Tankschiffe und 3 Rundfahrtschiffe.

Im Hafen Albern wurden im Jahre 1961 von 166 Schiffen 231.718 t — hauptsächlich Körnerfrucht — umgeschlagen. Von der Hafenbahn Albern wurden 10.314 Waggons mit zusammen 172.005 t befördert. Im Hafen Freudenau wurden per Schiff 27.128 t umgeschlagen, die Zahl der in den Hafen eingelaufenen Schiffe betrug 270, hievon befanden sich 138 Schiffe im Winterstand. Von der Hafenbahn Freudenau wurden 4.637 Waggons mit zusammen 92.360 t befördert. Den Ölhafen Lobau haben 1.713 Schiffe verschiedener Nationalität angelaufen; die umgeschlagene Warenmenge betrug 1,049.108 t. Im Winterstand befanden sich im Hafen Lobau 31 Schiffe, die in der Anzahl von 1.713 Schiffen mitgezählt sind.

Von der Hafenbahn Lobau wurden 32.806 Waggons mit zusammen 713.323 t befördert.

Im Hafen Albern wurde zur Sicherung des Hafensporns gegen Hochwasser ein dritter Bauabschnitt in Auftrag gegeben und hiefür ein Betrag von 301.000 S aufgewendet. Die Böschungen der Hafeneinfahrt wurden von Anlandungen, die durch Hochwässer entstanden waren, geräumt. Unter Ausnutzung niederer Wasserstände konnte ein weiterer Teil der Spundwand mit einem Konservierungsanstrich versehen werden. An den Gleisanlagen der Hafenbahn wurden weitere Instandsetzungen vorgenommen. Die Arbeiten am Gleis 1, die 1960 begonnen worden waren, wurden zu Ende geführt. In der Abstellgruppe wurden die beiden Gleise 8 und 9 gründlich durchgearbeitet.

Von den im Bereich des Hafens Freudenau gelegenen Verkehrsflächen wurde die sogenannte Hellingstraße instandgesetzt.

Der Anlegeponton des eigenen Schiffahrtsbetriebes, welcher zugleich als Trockendock für die kleineren Motorboote dient, wurde einer Generalüberholung unterzogen.

In den verschiedenen Hafenanlagen waren im Jahre 1961 größere und kleinere Arbeiten, Instandsetzungen sowie Materialeinkäufe mit einem Gesamtaufwand von fast 2,3 Millionen Schilling notwendig.

BODENTECHNIK

Für die Errichtung von Hoch- und Tiefbauten auf 65 städtischen Baustellen unterschiedlicher Größe und auf fünf Baustellen der Wiener Stadtwerke wurde die jeweils technisch notwendige Fundierungsart (Streifen-, Pfahl-, Brunnenpfeilerfundierung usw.) angegeben, die zulässige spezifische Belastung des Baugrundes, die notwendige Fundierungstiefe und die Belastbarkeit von Brunnenpfeilern und Pfählen berechnet. In 17 Fällen waren besondere Schwierigkeiten zu bewältigen. Die Angaben erfolgten auf Grund von vorher durchgeführten Baugrunduntersuchungen, grundbaustatischen Berechnungen, wiederholten Be-

sichtigungen während der Fundierungsarbeiten, langjähriger Erfahrung und der Auswertung der Ergebnisse von Setzungsmessungen an Bauwerken mit verschiedener Fundierung. Während der Planung aller dieser Bauten wurde an den Besprechungen zur Erstellung der Bebauungsvorschläge und Wirtschaftlichkeitsbesprechungen teilgenommen. Die Architekten und Bauführenden wurden grundbautechnisch beraten. Zur Klärung unsicherer Baugrundverhältnisse waren Erhebungen und Nachforschungen in Archiven, Bibliotheken und Sammlungen notwendig.

Städtische Dienststellen wurden bei der Behandlung einiger privater Bauten grundbautechnisch beraten.

Für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz wurden am Schleusengebäude sowie an der Schleusenbrücke in Nußdorf entsprechende Sanierungsmaßnahmen vorgeschlagen, da durch ungleiche Setzungen infolge von Anschwemmungen Schäden an den Gebäuden auftraten.

Die Untergrundverhältnisse von 57 städtischen Baustellen verschiedener Größe, die überwiegend erst im Jahre 1962 verbaut werden sollen, und von einer Baustelle der Wiener Stadtwerke wurden durch Baugrunduntersuchungen (Probebohrungen, Laboratoriumsuntersuchungen usw.) aufgeschlossen.

66 Liegenschaften, deren Verbauung durch die Stadt Wien in Aussicht genommen war, wurden auf Grund von Begehungen, Aufzeichnungen des Baugrundkatasters und Erfahrungswerten vom grundbaulichen Gesichtspunkt beurteilt.

Ein Teil der auf städtischen Baustellen im Rahmen der Baugrunduntersuchungen entnommenen Proben wurde in den Lagerräumen frostsicher aufbewahrt, wo diese jederzeit zur Besichtigung oder für Laboratoriumsuntersuchungen zur Verfügung stehen.

Der Baugrundkataster wurde fortgeführt und durch viele Baugrundaufschlüsse erweitert. Die Neuordnung des Baugrundkatasters, bedingt durch die Verwendung der bisher neu erschienenen Blätter der Stadtkarte (1 : 2000), wurde fortgesetzt.

WASSERWERKE

WASSERGEWINNUNG

Der unaufhaltsam ansteigende Wasserbedarf der Stadt Wien zwingt die Wasserwerke, ihre Planung in erster Linie auf die Aufschließung neuer Wassergewinnungsmöglichkeiten einzustellen. Das Großprojekt der III. Wiener Wasserleitung soll die Grundwasservorkommen im Steinfeld erschließen und bedarf eingehender Voruntersuchungen, die sich über einen größeren Zeitraum erstrekken werden. Seine Kosten wurden auf ungefähr 800 Millionen Schilling errechnet.

Mit Bescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 9. August 1961 wurde der Stadt Wien die Bewilligung zur Durchführung eines einjährigen Pumpversuches mittels dreier Horizontalfilterrohrbrunnen im Gebiete von Moosbrunn und Ebreichsdorf zur Schöpfung von maximal 400 l/sec. je Brunnen und zur Ableitung der geschöpften Wassermenge über den Kalten Gang sowie zur Errichtung und zum Betrieb der erforderlichen wasserbaulichen Anlagen und Vorrichtungen erteilt.

Das Amt der niederösterreichischen Landesregierung stimmte mit Bescheid vom 13. September 1961 der Errichtung der zur Stromversorgung der Brunnenanlagen in Moosbrunn erforderlichen beiden 20 kV-Stichleitungen und mit Bescheid vom 2. November 1961 der Errichtung der 20 kV-Leitung zum Horizontalfilterbrunnen in Ebreichsdorf zu. Mit den durch die insgesamt 984 m lan-

gen drei Freileitungen betroffenen zwölf Grundeigentümern wurden Dienstbarkeitsbestellungsverträge abgeschlossen. Das der Stadt Wien eingeräumte Recht für den Bestand, den Betrieb und die Erhaltung dieser Leitungen wurde grundbücherlich einverleibt. Der Horizontalfilterrohrbrunnen Moosbrunn I liegt im Bereiche des „Moosbrunner Moores". Nach langwierigen Verhandlungen mit der Naturschutzbehörde wurde durch die Landesregierung festgestellt, daß für den Großpumpversuch in Moosbrunn eine naturschutzbehördliche Genehmigung nicht erforderlich ist.

Die Stadt Wien erwarb für die Errichtung von Anlagen der III. Wiener Wasserleitung im Gebiete von Moosbrunn Grundflächen im Ausmaße von 49.136 m² und im Gebiete von Ebreichsdorf 40.940 m² zu einem Kaufpreis von insgesamt 990.876 S.

Das auf den von der Stadt Wien erworbenen Grundflächen in Ebreichsdorf lastende Weideservitut wurde mit agrarbehördlicher Genehmigung mit einem Betrag von 245.640 S abgelöst.

Zur Überbrückung der Zeit bis zur Inbetriebnahme der III. Wasserleitung soll das Grundwasserwerk in der unteren Lobau, dessen Kosten ungefähr 170 Millionen Schilling betragen, so rasch als möglich fertiggestellt werden.

Für die dem Ausbau vorangehenden Pumpversuche, die zur Erforschung der zur Verfügung stehenden Wassermenge und deren Qualität vorgeschrieben sind, wurden in der Lobau zwei, in Moosbrunn zwei und in Ebreichsdorf ein Horizontalbrunnen errichtet. Diese Brunnentype — für die Wasserversorgung Wiens das erstemal angewendet — hat gegenüber den bisher üblichen Vertikalbrunnen den Vorteil, daß das Wasser nur aus den tieferen (20 bis 30 m) Schichten entnommen wird, etwa verunreinigtes Wasser der oberen Schichten nicht herangezogen wird. Außerdem ist trotz der großen Ergiebigkeit von 300 bis 500 l/sec. das erforderliche Schutzgebiet wesentlich kleiner, als es für eine Reihe von 6 bis 8 Vertikalbrunnen zur Gewinnung der gleichen Wassermenge notwendig wäre.

Für das Grundwasserwerk Lobau wurde zur Durchführung eines Pumpversuches im Gebiete der unteren Lobau mit Entnahme von Grundwasser in der Höchstmenge von insgesamt 500 l/sec., bei gleichzeitiger Errichtung von zwei Horizontalfilterrohrbrunnen und Anlegung von eigenen Rohrleitungen, um das geförderte Wasser in den Donaustrom abzuleiten, die wasserrechtliche Bewilligung erwirkt. Diese Arbeiten dienen der Projektierung einer Grundwasserversorgungsanlage für die Bezirke Floridsdorf und Donaustadt. Da im Falle eines positiven Ergebnisses des Pumpversuches die beiden Brunnen als endgültige Fassungsstellen im Rahmen des Gesamtprojektes geplant sind, wurde dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft das Gesamtprojekt zur wasserrechtlichen Genehmigung vorgelegt. Das Projekt umfaßt die Errichtung von vier Horizontalfilterrohrbrunnen samt den dazugehörigen Bauwerken und Anlagen, die Entnahme von maximal 300 l/sec. je Brunnen aus dem Grundwasservorkommen und die Ableitung dieser Wassermenge in das Versorgungsgebiet der Stadt Wien über die erforderlichen Einrichtungen (Wasserbehälter, Ableitungsrohrstrang samt Rohrbrücke).

In Verfolgung des Zieles, neue Wasservorkommen für die I. Wiener Hochquellenleitung zu erschließen, konnten im Jahre 1961 wieder einige Erfolge erzielt werden. Durch einen neuen Anschluß an den 200 mm-Verbindungsrohrstrang Wöllersdorf—Wiener Neustadt wurde die Wasserlieferung aus dem Wöllersdorfer Brunnenfeld an die I. Hochquellenleitung auf 1.500 m³ pro Tag erhöht. Im Zusammenhang mit der Wasserversorgung der Gemeinde Maria-Enzersdorf wurde mit der Gemeinde Reichenau ein Übereinkommen getroffen, demzufolge diese Gemeinde Überschußwasser aus ihren Quellen in der Menge von rund 2.000 m³ pro Tag in die I. Hochquellenleitung einspeist. Die Gemeinde

Matzendorf stellt auf Grund eines Vertrages mit der Stadt Wien einen 70 m tiefen Rohrbrunnen nächst dem Einsteigturm 28 her und liefert eine Tagesfördermenge von 5.400 m³ in die I. Hochquellenleitung. Durch diese drei Neuanschlüsse konnte die Leistung der I. Wiener Hochquellenleitung im Jahre 1961 um rund 9.000 m³ pro Tag gesteigert werden.

WASSERWERKE, AUSBAU

Die Arbeiten an der Erneuerung und am Ausbau des *Wientalwasserwerkes* wurden im Herbst des Jahres 1961 mit der Fertigstellung der Schnellfilteranlage, dem Einbau des Vorklärbeckens und der Neuherstellung der Chemiestation in ihrer ersten Phase zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Das Werk wurde für eine Leistung von 24.000 m³ pro Tag ausgebaut und steht seit 29. Oktober 1961 in Betrieb. Für die Wasserversorgung des Wientales und für die Abdeckung von Verbrauchsspitzen ist das Werk von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Für die Werksarbeiter wurde in der Nähe des Werksgeländes ein Wohnhaus für vier Familien errichtet und im Juli bereits bezogen.

Von der im § 34 des Wasserrechtsgesetzes 1959 vorgesehenen Möglichkeit zur Schaffung eines Grundwasserschongebietes wurde erstmalig in Wien Gebrauch gemacht und im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 12/1961 eine Verordnung des Landeshauptmannes vom 24. August 1961 kundgemacht, nach welcher in einem näher bezeichneten Teil des Einzugsgebietes der Laudon'schen Wasserleitung die Anlegung von Camping- und Sportplätzen einer vorherigen wasserrechtlichen Bewilligung des Landeshauptmannes bedarf und alle Bauführungen vor ihrer Durchführung dem Landeshauptmann als Wasserrechtsbehörde unter Vorlage der Baupläne und der Baubeschreibung anzuzeigen sind.

WASSERLEITUNGSKRAFTWERKE

Die Wasserleitungskraftwerke in Wien und an den beiden Außenstrecken lieferten im Jahre 1961 insgesamt 50,649.899 kW elektrische Energie. Davon entfielen auf

die Werke in Wildalpen	10,090.830 kWh	
Gaming	36,452.519 kWh	
Hirschwang	522.156 kWh	
Naßwald	68.988 kWh	
Kaiserbrunn	42.369 kWh	und auf
die Wiener Werke	3,473.037 kWh	

WASSERVERTEILUNG

Der im Zusammenhang mit dem Autobahnbau bei Preßbaum im Juli 1960 begonnene 1.635 m lange Umleitungsstollen für die II. Wiener Hochquellenleitung zwischen dem Pfalzau- und dem Brentenmaisaquädukt wurde am 15. Mai 1961 durchgeschlagen. Die Ausbetonierungsarbeiten zur Herstellung des Betonstollenprofiles waren bis zum Jahresende durchgeführt.

An den Kreuzungsstellen der Autobahn mit den Hochquellenleitungen wurden im Jahre 1961 zwei Schutzstollen in Dürrwien und je einer in Kottingbrunn und Leobersdorf hergestellt.

In den Quellengebieten waren noch einzelne vom Hochwasser am 21. Juli 1959 zerstörte Stege zu erneuern; zwei Stege über die Schwarza bei der Ochsenleiten und bei der Fuchspaßquelle, zwei Seilstege über die Salza oberhalb Weichselboden und ein Steg über die Salza zur Verbindung der Kammer des Salza-

dückers. Über den Hinterwildalpenbach wurde eine neue Straßenbrücke hergestellt.

Zur Befriedigung des Wohnraumbedarfes von Arbeitern und Angestellten wurde beim Reithof in Naßwald der Bau eines Hauses für vier Familien und in Brunngraben bei Gußwerk eines für zwei Familien begonnen und bis zum Jahresende im Rohbau hergestellt.

Mit dem Ausbau der Bundesstraße Purkersdorf—Preßbaum als Autobahnzubringer war die Auswechslung von 1.200 m Gußrohren mit 700 mm Durchmesser der Wientalwasserleitung erforderlich. Außer 200 m Guß- und 600 m Eternitrohren kamen hiebei erstmals Spannbetonrohre 700 mm Durchmesser in einer Länge von 400 m zur Verlegung.

Der Behälter Liesing wurde vom Wasserleitungsverband der Triestingtaler Gemeinden übernommen und zum Teil renoviert. Am Behälter Rosenhügel wurde eine Meßeinrichtung fertiggestellt, welche die von der I. Hochquellenleitung gelieferte Wassermenge erfassen soll, da die bisherige Messung beim Einsteigturm 46 unzureichend war. In Mauer wurde bei der Übergangskammer eine neue Chlorstation mit einem Dienstzimmer erbaut.

Um das wegen Druckmangel notleidende Siedlungsgebiet am Wolfersberg ordentlich mit Wasser versorgen zu können, wurde mit dem Bau eines Saugbehälters mit 600 cbm Fassungsraum samt angeschlossenem Hebewerk und Turmbehälter auf dem Gipfel des Wolfersberges begonnen.

In der Krapfenwaldgasse wird, in halber Höhe zwischen dem Hebewerk Krapfenwald und dem Behalter Cobenzl, an Stelle der bisherigen Druckentlastungskammer der Bau eines Wasserbehälters durchgeführt.

Zur Verteilung der in der Lobau gewonnenen Wassermengen im Wiener Stadtgebiet ist die Neuverlegung großer Transportrohrstränge erforderlich; das vorhandene, überaltete Rohrnetz könnte diese zusätzlichen Wassermengen nicht mehr aufnehmen. Der erste rund 5 km lange Rohrstrang aus vorgespannten Stahlbetonrohren 800 mm Durchmesser, vom Behälter Hungerberg bis Breitensee, ist bereits in Arbeit. Bis Ende des Jahres 1961 wurden 600 m Rohrleitung fertiggestellt. Diese moderne Rohrtype wird in Wien zum ersten Male verlegt.

In der Großfeldsiedlung ist die Errichtung von großen Wohnblöcken geplant. Die Hauptleitung des Versorgungsnetzes ist bereits in Arbeit. Im Jahre 1961 wurden in der Thayastraße 1.300 m, 300 mm Durchmesser, verlegt.

Um die Ansiedlung neuer Industrien im Industriegebiet Liesing zu ermöglichen, war als Versorgungsrückgrat vorerst die Verlegung von Transportrohrsträngen erforderlich, um das weite, bisher unversorgte Gebiet an das umliegende Rohrnetz anzuschließen. Diese Arbeiten wurden im Jahre 1961 durch Verlegung von 1.300 m, 500 mm Durchmesser, und 948 m, 300 mm Durchmesser, Transportrohrsträngen beendet.

Im Zuge des Umbaues der Heiligenstädter Brücke, der Großen Ungarbrücke, der Markthallenbrücke und der Marxer Brücke wurden in den Tragwerken die alten, unzureichenden Rohrstränge entfernt und neue, mit größerem Kaliber, verlegt.

Hauptsächlich für die Versorgung von neuen Wohnhaus- und Siedlungsanlagen wurde die Länge des Stadtrohrnetzes um rund 21 km erweitert. Überalterte oder schadhafte Rohrstränge wurden im Gesamtausmaß von 26 km ausgewechselt, womit häufig eine Vergrößerung der Rohrweite verbunden war. Erstmalig kamen gußeiserne Rohre mit Tytonmuffen zur Anwendung, einer gummigedichteten Rohrverbindung, die besonders einfach herzustellen ist.

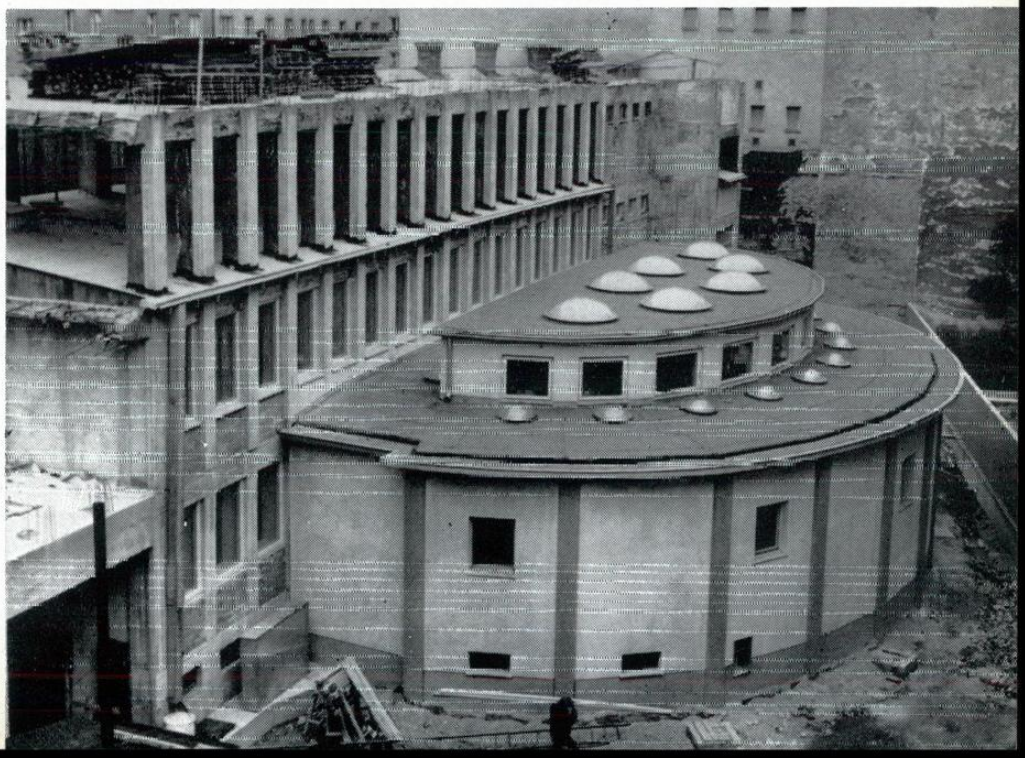
Von der eingeleiteten Wassermenge wurden abgegeben:



Stadtrat Koci bei der Eröffnung des vollkommen renovierten Strandbades „Alte Donau"

Öffentliche Einrichtungen

In der Grabnergasse wird eine neue Zentrale für die Wiener Wasserwerke gebaut





Badenixen besuchen den Bassinaufseher im Strandbad „Alte Donau"

Öffentliche Einrichtungen

Die Freude der Kinder: Trinkbrunnen im Städtischen Krapfenwaldlbad



	Kubikmeter
an auswärtige Abnehmer	3,745.800
an den Wasserleitungsverband der Triestingtalgemeinden	588.500
an Gemeinden der Verbundwirtschaft	1,657.200
an das Wiener Rohrnetz	155,278.900

Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 425.420 m³, das Tagesmaximum wurde am 3. Juli mit 579.080 m³, das Tagesminimum am 2. April mit 312.100 m³ gemessen.

WASSERVERBRAUCH

Der ständig steigende Wasserverbrauch erreichte im Jahre 1961 eine weitere Rekordhöhe. Während im Jahre 1960 158 Millionen Kubikmeter Wasser aufgebracht werden mußten, waren es diesmal 163,8 Millionen Kubikmeter, was eine neuerliche Steigerung um 3,6 Prozent bedeutet. Da die beiden Hochquellenleitungen diesen Mehrbedarf nicht decken konnten, mußten die Grundwasserwerke in verstärktem Maße herangezogen werden. Das vergrößerte Werk Nußdorf hat seine Bewährungsprobe gut bestanden.

Infolge der langandauernden Trockenperiode im Herbst und den zu dieser Jahreszeit herrschenden ungewöhnlichen hohen Temperaturen erreichte der Wasserverbrauch Spitzen bis zu 349 Liter pro Kopf und Tag. Die Folge war ein starkes Absinken der Vorräte in den Wasserbehältern, und da sowohl die Zuflüsse der beiden Hochquellenleitungen als auch die Förderung aller Grundwasserwerke ebenfalls stark zurückgingen, mußte eine Kundmachung zur Einschränkung des Wasserverbrauches im Sinne des § 5 des Wasserversorgungsgesetzes 1960 erlassen werden, die vom 20. September bis 20. Oktober 1961 in Kraft war. Dank der Disziplin der Wiener Bevölkerung, welche die Sparmaßnahmen befolgte, mußte von einem Notkonsens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zur Ableitung von Wassermengen aus dem Quellgebiet der I. Wiener Hochquellenleitung kein Gebrauch gemacht werden.

Zur Entkeimung des Wassers wurden 36.266 kg Chlor verwendet; dies entspricht einer durchschnittlichen Beimengung von 0,24 mg pro Liter Wasser.

Es wurden 1.578 neue Haus- und Grundstückanschlüsse hergestellt und dazu 16 km Rohre verlegt. 7.668 Installationsanlagen wurden überprüft, 16.595 eingebaute Wasserzähler gegen neue oder reparierte ausgewechselt, und 3.694 Wasserzähler neu eingebaut. Die eigene Werkstätte reparierte 17.228 Wasserzähler.

STÄDTISCHE BÄDER

ÖFFENTLICHE STÄDTISCHE BÄDER

Im Jahre 1961 standen 22 Warmbäder (einschließlich Volksbäder), 3 Warm- und Sommerbäder, 11 Sommerbäder und 31 Kinderfreibäder, insgesamt 67 Bäder, in Betrieb.

Das *Strandbad „Alte Donau"* wurde am 8. Juli 1961 eröffnet, nachdem sämtliche Arbeiten für den Teil, der dem Publikum zur Verfügung steht, fertiggestellt waren. Die Gebäude sind Massivbauten, die Kästchen- und Kabinenhallen wie auch die Umgrenzung des Sonnenbades wurden aus Fertigbetonteilen ausgeführt. Dadurch wurde eine raschere Fertigstellung erreicht. Das Bad umfaßt 80.400 m², davon 42.000 m² Land- und 38.400 m² Wasserflächen. Die verbaute Fläche beträgt 2.600 m², der umbaute Raum 14.500 m³. In den zwei einstöckigen Umkleideobjekten sind 2.632 Kästchen und 500 Kabinen untergebracht. In beiden Gebäuden stehen Warmbrausen mit Münzeinwurf zur Verfügung. Eine Restauration mit großer Terrasse sorgt für das leibliche

Wohl, ein Badeartikelgeschäft und ein Tischtennisverleih vervollständigen die Anlage.

Die Arbeiten am Wirtschaftsgebäude und im Wirtschaftshof wurden nach der Eröffnung des Bades fertiggestellt.

Im *Sommerbad „Laaer Berg"* wurden hauptsächlich gärtnerische Arbeiten durchgeführt. Das natürliche Grün wurde so mehr zur Geltung gebracht. Außerdem wurden verschiedene Ergänzungsarbeiten, wie Aufstellung von Publikumstelephonzellen und eines Raumes für den für die Fahrradaufbewahrung verantwortlichen Bediensteten ausgeführt. Die Turngeräte, die Chlorierungs- und Filteranlage sowie die Wellenbadmaschine wurden überholt.

Die Baggerungsarbeiten für den Südstrand des *Strandbades „Gänsehäufel"* wurden fortgesetzt und Inventargegenstände, wie Liegebretter, Bänke, Tische und Sessel erneuert und instandgesetzt. Beim Sonnenbad wurden, um neugierige Besucher abzuhalten, Gitter aufgestellt.

Im *Strandbad „Angelibad"* wurde das neue Kabinenobjekt mit 50 Kabinen in Betrieb genommen, ebenso ein neues Wasserklosettgebäude errichtet.

Im *Schwimm-, Sonnen- und Luftbad „Krapfenwaldl"* wurden künstlerische Arbeiten, wie Herstellung eines Sgraffitos und Aufstellung von künstlerisch ausgestalteten Brunnen, ausgeführt. Außerdem wurde eine Brausengruppe errichtet.

Die im Jahre 1960 begonnenen Arbeiten im *Schwimm-, Sonnen- und Luftbad Ottakring* wurden fortgesetzt. Auf der Männerseite wurde ein vollständig neues Objekt mit Brausen, Wasserklosettanlagen und Radiokabine geschaffen. Die Wege zwischen den Kabinenobjekten und um das Schwimmbecken wurden neu betoniert.

Das umgebaute Dampfbad für Frauen im *Amalienbad* konnte am 11. Oktober 1961 in Betrieb genommen werden. Außer der Dampf- und Heißluftkammer steht jetzt auch ein Saunaraum zur Verfügung. Für diesen Zweck wurden umfangreiche Arbeiten an den Heiz- und Lüftungsanlagen durchgeführt. Bei den Modernisierungsarbeiten wurden das Kurbad sowie die Brausebäder I. und II. Klasse auf der Männerseite instandgesetzt und größere Arbeiten in der Schwimmhalle ausgeführt.

Die Erneuerungsarbeiten im *Jörgerbad* umfaßten den vollständigen Umbau des Schwimmhallendaches, den Einbau einer Zierlichte, durch die die unangenehmen Zugwirkungen vollständig beseitigt werden. Das Kesselhausdach wurde ausgewechselt und im Kesselhaus eine Be- und Entlüftungsanlage eingebaut. Im Wannenbad I. Klasse wurden Einbauwannen samt Zu- und Abläufen montiert.

Die Straßenschauseite des *Volksbades IV., Klagbaumgasse 4,* wurde vollständig renoviert, und die Fenster wurden erneuert.

Im *Volksbad XV., Heinickegasse 3,* wurde von Gleichstrom auf Wechselstrom umgeschaltet. Danach wurden die notwendigen Elektro-, Maurer-, Maler- und Fliesenlegerarbeiten ausgeführt.

Die Arbeiten am *Kinderfreibad Strebersdorf* wurden fortgesetzt. Die Objekte wurden im Rohbau fertiggestellt, die beiden Becken betoniert und sämtliche Kanalstränge und Leitungen für die Filteranlage verlegt.

Im *Kinderfreibad „Türkenschanzpark"* sind außer den Baumeisterarbeiten die Rohrverlegungen, die Arbeiten für die Filteraufstellung und die Instandsetzung des Umkleideobjektes durchgeführt worden.

Die Erneuerungsarbeiten im *Kinderfreibad „Neubaugürtel"*, die Fenster- und Türenreparaturen, Schauseiteninstandsetzung und Anstrich des ganzen Objektes umfassen, konnten fertiggestellt werden.

Im Jahre 1961 hatten sämtliche Warmbäder aus verschiedenen Ursachen

einen Rückgang an Besuchern aufzuweisen. Bei den Brausebädern I. und II. Klasse ist der Rückgang wie schon in den vorhergegangenen Jahren, hauptsächlich auf die Ausstattung der Neubauwohnungen mit Badezimmern oder Badenischen und auf die Benützung der Betriebsbäder zurückzuführen. Die Brausebäder I. Klasse hatten um 24.022 Badegäste, die Brausebäder II. Klasse um 163.162 Badegäste weniger aufzuweisen als im Jahre 1960. Wegen der Polioimpfungen ließ der Besuch der Schwimmhallen im letzten Monat des Jahres 1961 bedeutend nach, da außer dem Ausfall des Schulschwimmens auch andere Badegäste, die sich der Impfung unterzogen hatten, das Schwimmen unterließen.

Die Besucherfrequenz der Dampfbäder fiel infolge der Umbauarbeiten im Damendampfbad des Amalienbades um 12.608 auf 481.465 Badegäste, während der Besucherrückgang der Wannenbäder sich auf 1.985 Besucher beschränkte, eine Folge der Wetterlage im Dezember 1961. Auch die Kuranstalt hatte weniger Patienten, da die Krankenkassen derzeit eine geringere Anzahl von Bädern verschreiben. Die Sommer-, Sonnen- und Kinderfreibäder waren, durch das günstige Sommerwetter bedingt, bedeutend besser besucht als im Jahre 1960.

BÄDER IN DEN STÄDTISCHEN WOHNHAUSANLAGEN

Die Zahl der zentralen Badeanlagen in städtischen Wohnhäusern betrug am Jahresende 72, von denen 70 mit zusammen 294 Wannen und 523 Brausen in Betrieb standen. Im Jahre 1961 wurden insgesamt 96.330 Wannen- und 337.330 Brausebäder, zusammen 433.660 Einzelbäder, verabreicht. Die Preise für die Bäderbenützung sind jenen der öffentlichen städtischen Bäder angeglichen und betrugen pro Wannenbad 5,80 S, pro Brausebad I. Klasse 2,50 S, pro Brausebad II. Klasse (nur in Rodaun) 1 S und pro Kinderbrausebad (nur in Rodaun) 50 Groschen.

WÄSCHEREIEN

Die Waschleistung der städtischen Zentralwäscherei betrug im Jahre 1961 6,053.350 kg Reinwäsche (5,647.458 kg Kalanderwäsche, 357.262 kg Bügelwäsche und 48.630 kg Trockenwäsche) und ist somit gegenüber dem Jahre 1960 neuerdings, und zwar um 62.730 kg, angestiegen. Von dieser Wäschemenge wurden 5,934.125 kg (rund 99 Prozent) durch eigene Lastkraftwagen von den einzelnen Anstalten abgeholt und nach erfolgter Reinigung wieder zugestellt.

An maschinellen und sonstigen Einrichtungen standen der Zentralwäscherei zur Verfügung: 48 Einweichgrande, 32 Waschmaschinen, 15 Wäschezentrifugen, 9 Mehrmuldenmangeln, 2 Zylindermangeln, 1 Einmuldenmangel, 15 Handbügelstände, 1 Kettentrockenapparat, 2 Trockenböden, 1 Aufbeutelmaschine, 7 Wäschetumbler, 12 Bügelpressen, 3 Karussellpressen, 1 Kleinteilpresse, 3 Bügelmaschinen, 1 Kulissentrockenanlage und 1 Wasserenthärtungsanlage. Der Dampferzeugung dienten 4 Hochdruckdampfkessel mit zusammen 582 m² Heizfläche, den Antrieb der maschinellen Einrichtungen besorgten 168 Elektromotoren mit einer Stundenleistung von 464 kW. Die Arbeit wurde weiterhin im Zweischichtenbetrieb geleistet.

Die Verrechnung der Waschleistungen erfolgte unter Bedachtnahme auf eine ausgeglichene Betriebsgebarung und die tatsächlichen Gestehungskosten; der Preis für 1 kg Trockenwäsche (ungebügelt) war 2,55 S, für 1 kg Kalanderwäsche (maschingebügelt) 3,65 S, für 1 kg handgebügelte Wäsche 5,35 S und für 1 kg Wäschetransport 20 Groschen. Es wurden 1 Großteilfaltmaschine, 2 Spezialwaschmaschinen und 1 Handschneepflug neu angeschafft, und ein großer Hochdruckdampfkessel wurde instandgesetzt.

An größeren baulichen Arbeiten sind die Erneuerung der Tankstelle für Dieselkraftstoffe und die Neuherstellung des Einfahrttores zu erwähnen.

Die hohe Inanspruchnahme der städtischen Zentralwäscherei infolge der weiterhin ansteigenden Waschleistung und die Überalterung eines großen Teiles ihrer maschinellen Einrichtungen machten zahlreiche Instandsetzungsarbeiten notwendig, die zum großen Teil vom städtischen Fachpersonal durchgeführt wurden.

Für die allfällige Errichtung einer neuen Zentralwäscherei in Wien XIV., Steinbruchstraße, die ihren Dampfbedarf von der neuerbauten Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig zu decken hätte, wurden vorbereitende Planungsarbeiten einvernehmlich mit den zuständigen Magistratsabteilungen durchgeführt und die Vornahme der notwendigen Bodenuntersuchungen veranlaßt.

Die 34 maschinell eingerichteten Wohnhauswäschereien standen im Jahre 1961 durchwegs in Vollbetrieb.

Die Einrichtung in den Wohnhauswäschereien bestand aus 880 Waschständen (mit je einem Wäschekochkessel, Wasch- und Spültrog), 287 Waschmaschinen, 205 Wäschezentrifugen, 1.014 Trockenkulissen, 4 Wäschetumblern, 56 Bügelmaschinen, 54 Handmangeln, 11 elektrischen Mangeln und 424 Handbügelständen. Diese Einrichtungen wurden von 220.308 Wohnparteien an 8.301 Betriebstagen zur Reinigung der Haushaltswäsche in Anspruch genommen.

Folgende größere Arbeiten in den Wohnhauswäschereien wurden durchgeführt: III., Hanuschhof, Generalüberholung der Warmwasserbereitungsanlage; V., Metzleinstaler-Hof, Generalinstandsetzung der Kesselfeuerung; XII., Böckhgasse, Erneuerung von Gasversorgungsleitungen; XII., Fuchsenfeldhof, Einbau von Getrieben für Waschmaschinen und Zentrifugen, Montage eines Absaugventilators; XII., Reismannhof, Umbau von Wäschezentrifugen von Riemen- auf Einzelantrieb; XII., Aichholzgasse, Einbau einer Heißwasserumwälzpumpe sowie einer Kesselspeisepumpe und eines Isoliertransformators; XII., Betty Roose-Weg, Erneuerung der Wärmeisolierung für den Elektrogroßspeicher; XII., Birkenhof, Generalüberholung der Wäschetrockenanlage; XVI., Sandleiten, Block II/III, Generalinstandsetzung von Trockenkulissen; XIX., Heiligenstadt, Block II, Elektrodeneinbau im Elektrospeicherkessel; XX., Wehlistraße 88, Erneuerung von 10 Kunststeinwaschtrögen; XXI., Jedleseer Straße, elektrische Umschaltarbeiten auf 380 Volt; XXI., Paul Speiser-Hof, teilweise Erneuerung der Absaugeanlage; XXII., Wagramer Straße 97, Einbau einer Ölfeuerungsanlage und Isolierungsarbeiten an Dampf- und Ölleitungen. In den Wohnhausbadeanlagen XI., Hasenleiten, Umbau der Warmwasserbereitungsanlage, und XVI., Schuhmeierhof, Aufstellung von Heizaggregaten.

Zur Deckung der Betriebskosten der Wohnhauswäschereien wurden von sämtlichen Mietern städtischer Wohnhäuser mit maschinellen Zentralwaschküchen Beiträge für deren Inanspruchnahme eingehoben. Diese Gebühren betrugen in Wäschereianlagen mit Bügeleinrichtung pro Monat und Quadratmeter Wohnraum 65 Groschen, in Wäschereianlagen ohne Bügeleinrichtung 62 Groschen. Für außertourliche stundenweise Benützung der Wohnhauswäschereien gelangten Blockkarten zum Preise von 4,50 S pro Stunde zur Ausgabe. Alle diese Beträge reichen jedoch nicht zur Deckung der Betriebskosten aus. Es wurden daher der Magistratsabteilung Wohnhäuserverwaltung Vorschläge übermittelt, die zur Erzielung einer ausgeglichenen Betriebsgebarung eine Erhöhung der Gebühren für die Inanspruchnahme der Wohnhauswäschereien vorsehen.

In den städtischen Spitälern und Wohlfahrtsanstalten sowie in Jugenderholungsheimen waren 23 Anstaltswäschereien in ihrer maschinellen Einrichtung und Erhaltung zu betreuen. In diesen Wäschereien wurden folgende größere maschinelle Investitionen durchgeführt: Mautner-Markhof'sches

Kinderspital, Lieferung einer Waschmaschine; Preyer'sches Kinderspital, Generalüberholung von Waschmaschinen; Franz Joseph-Spital, Erweiterung der Absaugeanlage im Waschsaal und Durchführung von Isolierungsarbeiten; Nervenheilanstalt Rosenhügel, Generalüberholung von Waschmaschinen; Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof", Überholungsarbeiten an der Dampfmaschine, Umbau von Wäschezentrifugen auf Einzelantrieb, Auswechslung von Antriebsketten und Kettenrädern bei zwei Wäschekalandern; Altersheim St. Andrä an der Traisen, Montage einer Waschmaschine; Erziehungsheim Biedermannsdorf, Lieferung eines gasbeheizten Tumblers, Umbau einer Waschmaschine auf Gasfeuerung; Heil- und Pflegeanstalt Ybbs an der Donau, Aufstellung einer Bügelmaschine. Weiters wurden in den Kindergärten II., Wohlmuthstraße, IX., Währinger Straße, X., Wirerstraße, XI., Hasenleitengasse, XII., Ruckergasse, XXI., Mengergasse, XXI., Roda-Roda-Gasse, Waschmaschinen, Wäschezentrifugen und Tumbler aufgestellt.

Die Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den maschinellen Einrichtungen der Wohnhauswäschereien, der Anstaltswäschereien sowie der zentralen Wohnhausbadeanlagen wurden zum großen Teil von städtischem Fachpersonal und fallweise von Fachfirmen durchgeführt.

KANALISATIONSWESEN

KANALNEUBAUTEN

III., Göllnergasse: 88 m Steinzeugrohrleitung wegen des beabsichtigten Straßenbaues.

X., Brunnweg: 31 m Betonprofil; Zohmanngasse: 36 m Steinzeugrohrleitung; verlängerte Laimäckergasse: 225 m Steinzeugrohrleitung; Klausenburger Straße: 155 m Betonprofil; am Fußweg (verlängerte Braunspergengasse): 169 m Steinzeugrohrleitung; Per Albin Hansson-Siedlung, Baulos 5: 330 m Trennprofil; Baulos 6: 230 m Trennprofil; Baulos 7: 248 m Trennprofil; diese alle zur Kanalisierung städtischer Wohnhausbauten. Ober-Laa, Sportplatz und Franzosenweg: insgesamt 193 m Steinzeugrohrleitung für Schmutzwasserkanäle; verlängerte Weidelstraße: 93 m langer Regenwasserkanal mit Ausmündung in die Liesing; Weidelstraße: 576 m Trennprofil; Ober-Laaer Straße: 250 m Trennprofil. Zur Kanalisierung von Wohnhausbauten von Siedlungsgenossenschaften: Weldengasse: 51 m Betonprofil und 122 m Steinzeugrohrleitung; Lehmgasse: 38 m Steinzeugrohrleitung.

XI., Kaiser-Ebersdorfer Straße: Verlängerung des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanals mit 527 m Betonprofil bis zur Geringergasse und im weiteren Verlaufe der Kaiser-Ebersdorfer Straße 396 m Betonprofil.

XII., Belghofergasse: 259 m Steinzeugrohrleitung zur Erfassung eines Fabrikbetriebes bei Leistung eines Baukostenbeitrages.

XIII., im Zuge des Kanalnetzausbaues im Siedlungsgebiet des Lainzer Tiergartens in der St. Hubertus-Gasse: 107 m Steinzeugrohrleitung; Pallenbergstraße: 381 m Betonprofil; Jaunerstraße: 134 m Steinzeugrohrleitung; Granichstaedtengasse: 122 m Steinzeugrohrleitung; St. Hubertus-Platz: 70 m Steinzeugrohrleitung; Stieglitzgasse: 107 m Steinzeugrohrleitung; Gamgasse: 131 m Steinzeugrohrleitung; Zeifgasse: 106 m Steinzeugrohrleitung; Oskar Jascha-Gasse und Modl-Toman-Gasse: 196 m Steinzeugrohrleitung. Cuviergasse: 103 m Steinzeugrohrleitung; Gobergasse: 209 m Steinzeugrohrleitung; Seuttergasse: 120 m Steinzeugrohrleitung; Veitingergasse: 189 m Betonprofil; Schmardagasse: 100 m Steinzeugrohrleitung; Schloßberggasse: 211 m Betonkanal; Gobergasse: 29 m Steinzeugrohrleitung, gegen Leistung eines Baukostenbeitrages.

XIV., Henckellgasse: 116 m Betonprofil und 48 m Steinzeugrohrleitung;

Knödelhüttenstraße: 211 m Betonprofil; Sambeckgasse: 136 m Steinzeugrohrleitung; Schamborgasse: 53 m Steinzeugrohrleitung; Mauerbachstraße: 300 m Trennprofil und anschließend mit Querung des Mauerbaches 53 m Steinzeugrohrleitung als Schmutzwasserleitung, letztere bei Leistung eines Baukostenbeitrages; Stauffergasse: 15 m Steinzeugrohrleitung.

XVI., Rumplerweg: der im Vorjahre begonnene Rohrkanal wurde mit der Reststrecke von 132 m beendet.

XVII., Trenkwaldgasse: 161 m Betonprofil; Scherlandgasse: 83 m Steinzeugrohrkanal; Wildweg: 300 m Steinzeugrohrkanal.

XVIII., Leschetitzkygasse: 40 m Betonprofil und 70 m Steinzeugrohrleitung.

XIX., Saileräckergasse: 134 m Steinzeugrohrleitung, Reststrecke des im Vorjahre begonnenen Kanales; Hutweidengasse: 195 m Steinzeugrohrleitung; Himmelstraße: 300 m Betonprofil zur Kanalisierung des im Bau befindlichen Ausflugsgasthauses „Bellevue"; für städtische Wohnhausanlagen in der Görgengasse: 151 m Steinzeugrohrkanal und in der unbenannten Wohnstraße, von der Raoul Aslan-Gasse bis zum Grinzinger Friedhof: 224 m Steinzeugrohrkanal; Feilergasse: 40 m Steinzeugrohrleitung für ein Betriebslokal der Magistratsabteilung Stadtreinigung und Fuhrpark; Hammerschmidtgasse: 140 m Betonprofil für eine Wohnhausanlage der Freunde des Wohnungseigentums.

XX., Pasettistraße: 136 m Betonprofil für einen städtischen Wohnhausbau.

XXI., Mischwasserkanäle für die städtischen Wohnhausanlagen Kantnergasse: 86 m Betonprofil; Berzeliusgasse: 102 m Betonprofil; Nordmanngasse: 40 m Betonprofil; Steinheilgasse: 117 m Betonprofil (Reststrecke). Kanalisierung der Großfeldsiedlung und Schaffung einer Vorflut für die Nordrandsiedlung in der Pastorstraße: 1.133 m Betonprofil. Straßenschmutzwasserkanäle für die städtischen Wohnhausanlagen Berlagasse—Mühlweg: 464 m Betonprofil; Fußweg 1—Loulagasse—Adolf Amadeo-Gasse: 360 m Betonprofil; Fußweg 3—Josef Wakovsky-Gasse: 295 m Betonprofil; Matthias Ernst Pista-Gasse: 86 m Steinzeugrohrleitung.

XXII., Betonprofil-Straßenmischwasserkanäle für geplante und bestehende städtische Wohnhausbauten Siebenbürgerstraße: 769 m; unbenannte Gasse zur Rugierstraße: 120 m; Rugierstraße: 730 m; unbenannte Gasse bei Wagramer Straße: 153 m; Langobardenstraße: 231 m; Heinrich Lefler-Gasse: 150 m; Stundlgasse: 161 m; Larwingasse: 112 m; projektierte Gasse 1—Fußweg 1, von der Siebenbürgerstraße bis zum Kagraner Anger: 342 m; Fußweg 2, von der Erzherzog Karl-Straße, nordwärts: 180 m; Voigtländergasse: 176 m; Steigenteschgasse: 125 m; Düsseldorfstraße: 200 m.

XXIII., Atzgersdorf, Atzgersdorfer Straße: 301 m Trennprofil; Brunner Straße: 175 m Betonprofil für Regenwasserkanal; Am Bach: 100 m Trennprofil, 44 m Steinzeugrohrleitung für Schmutzwasserkanal und 6 m Betonrohrleitung für Regenwasserkanal; Ganghofergasse: 40 m Steinzeugrohrleitung für Schmutzwasserkanal; Kirchfeldgasse: 125 m Trennprofil. Inzersdorf, Altmannsdorfer Straße—Anton Baumgartner-Straße mit Ausmündung in die Liesing: 209 m Betonprofil für Regenwasserkanal; Anton Baumgartner-Straße: 206 m Betonrohre für Drainagekanal; Altmannsdorfer Straße: 192 m Steinzeugrohrleitung für Schmutzwasserkanal; Kreuzung Altmannsdorfer Straße—Steinhofstraße: 17 m Regenwasserkanal; Futterknechtgasse: 515 m Trennprofil; Schuppengasse: 215 m Trennprofil; Liesing, Ketzergasse: 716 m Trennprofil; Mauer, Dreiständegasse und Rudolf Waisenhorn-Gasse: 378 m Trennprofil; Heudörfelgasse: 210 m Trennprofil; Anton Krieger-Gasse: 120 m Trennprofil; Siebenhirten, Leo Mathauser-Gasse: 179 m Steinzeugrohrleitung für Schmutzwasserkanal; Ketzergasse: 130 m Betonprofil für Schmutzwasserkanal.

KANALUMBAUTEN

IX., Gussenbauergasse—Wasserburgergasse: 50 m Betonprofil als Beginn der Sanierung der Abflußverhältnisse von Lichtental durch Herstellung einer neuen Einmündung in den rechten Hauptsammelkanal und Umbau von Straßenkanälen.

XIII., Umbau und Verlegung des Rechten Wienfluß-Sammelkanals im Zusammenhang mit dem Umbau der Hietzinger Brücke: 161 m Betonprofil.

XIX., Gunoldstraße: 31 m Betonprofil zur Entwässerung der tiefliegenden Unterführung.

XXI., Floridsdorfer Hauptstraße: zur Vermeidung von Schäden an der maschinellen Rechenanlage wurde ein Schotterfang im Floridsdorfer Sammelkanal 12 m lang, 1,50 m breit, 1,50 m unter die Kanalsohle reichend eingebaut; Scheffelstraße: 30 m Romanzementbetonkanal.

XXII., Industriestraße: 503 m Betonprofil, Fortsetzung des Umbaues des baufälligen Donaufelder Sammelkanales.

XXIII., Sobotagasse: 330 m Betonprofil, Weiterführung des Umbaues des unzureichenden und seicht liegenden Betonkanales.

KANALERHALTUNG

Im folgenden sind nur größere Instandsetzungen angeführt, die nicht in Bezirksgruppen auf die Dauer eines Jahres, sondern einzeln im Offertwege vergeben werden.

VI., Linker Wienfluß-Sammelkanal, Linke Wienzeile und Magdalenenstraße: Ersatz der schadhaften Klinkersohle durch Granit-Doppelkleinsteine und Behebung von Verputzschäden an Wänden und Gewölbe in einer Länge von 390 m.

VII., Mariahilfer Straße ab Getreidemarkt und zwischen Esterházygasse und Zieglergasse: Ersatz der ausgewaschenen Ziegelsohle durch Steinzeugsohlenschalen und Einbau von Wandplatten in einer Gesamtlänge von 540 m.

IX., Lazarettgasse, zwischen Brünnlbadgasse und Pelikangasse: Ersatz der ausgekolkten Klinkersohle des Alsbachkanales durch Granit-Doppelkleinsteine in einer Länge von 217 m.

XV., Einbau von Steinzeugsohlenschalen und Wandplatten an Stelle der schadhaften Kanalsohle Mariahilfer Gürtel: 204 m; Mariahilfer Straße—Clementinengasse: 75 m.

XIX., Barawitzkagasse: Ersatz der schadhaften Sohle des Straßenkanales durch Steinzeugsohlenschalen in 33 m Länge; Krottenbachkanal: 60 m Gewölbe und Seitenwanderneuerung.

XXII., Leopoldauer Sammelkanal im Überschwemmungsgebiet: 20 m Gewölbeerneuerung.

Die gesamte Leistung des Jahres 1961 ist in folgender Aufstellung wiedergegeben:

	Neubauten	Umbauten
	Meter	
Betonkanäle im Mischsystem	7.972	775
Rohrkanäle im Mischsystem	4.092	—
Schmutzwasserkanäle im Trennsystem	1.727	—
Regenwasserkanäle im Trennsystem	706	330
Trennprofilkanäle im Trennsystem	5.014	—
Zusammen	19.511	1.105

Hiezu kommen Sohlen-, Verputz- und größere Instandsetzungsarbeiten mit einer Gesamtlänge von 1.459 m. Bei der regelmäßigen Kanalerhaltung waren in den 23 Bezirken acht Baufirmen an 964 Baustellen beschäftigt.

KANALRÄUMUNG UND UNRATABFUHR

Im Jahre 1961 wurden aus den Kanälen 4.409 m³ Sand, Schotter, Asche u. dgl. ausgehoben und abgeführt. Dies entspricht einem Tagesdurchschnitt von 15 m³; davon entfallen 9,30 m³ auf den aus den Hauptsammelkanälen stammenden Schotter. In 13.057 Fällen wurden Verstopfungen von Hauskanälen behoben.

Für die Spülung der Kanäle mit Hilfe der im Kanalnetz eingebauten 573 Spülkammern mit 704 Spülschiebern wurden 50.700 m³ Wasser verwendet.

Die Spülbecken am Beginn der Einwölbung des Alserbaches (Neuwaldegg), des Lainzer Baches (Lainz) wurden je zehnmal, die des Nesselbaches (Cobenzl) elfmal verwendet, wobei 61.400 m³ Bachwasser verbraucht wurden; davon entfallen auf das Spülbecken Neuwaldegg 40.000 m³, Lainz 6.000 m³ und Cobenzl 15.400 m³.

Besondere Räumungsarbeiten wurden im städtischen Altersheim in St. Andrä an der Traisen, im Erholungsheim der Krankenfürsorgeanstalt der Wiener Gemeindebediensteten „Raxblick" in Reichenau-Oberland und im Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien in Groß-Enzersdorf durchgeführt.

Von den noch bestehenden 21.592 Senkgruben wurden 12.871 geräumt, und zwar 1.891 nach den Bestimmungen für mietaufwandsteuerpflichtige Häuser und 10.980 gegen Vergütung der Selbstkosten, wobei 14.822 Räumungen durchgeführt wurden; der Gesamtaushub von 115.292 m³ Senkgrubeninhalt wurde abgeführt, was einer Tagesleistung von 469 m³ entspricht.

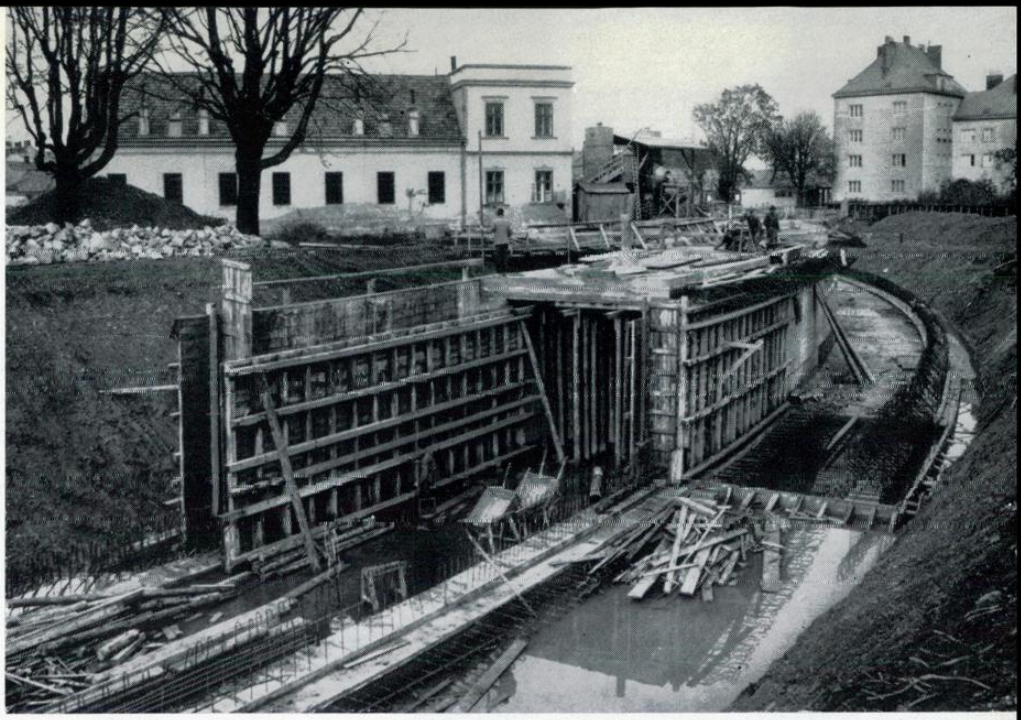
Die Zahl der Hauskläranlagen beträgt 420; hievon werden 275 von der Magistratsabteilung für Kanalisation geräumt.

Maler- und Anstreicherarbeiten wurden in den Betriebslokalen des 5., 12., 16., 18., und 21. Bezirkes sowie des Hauptsammelkanales und in den Pumpwerken Kaiser-Ebersdorf, Kaisermühlen, Schirlinggrund und Stadlau durchgeführt, Baumeisterarbeiten im Betriebslokal im 18. Bezirk und im Pumpwerk Kaisermühlen. Im Betriebslokal im 5. Bezirk wurde durch Überdeckung des Lichthofes ein Stiefelreparaturraum geschaffen. Das Blechdach des Magazins in der Fännergasse wurde gestrichen, auf dem Lagerplatz Hackinger Straße und in der Kläranlage Inzersdorf eine Makadamzufahrtsstraße hergestellt.

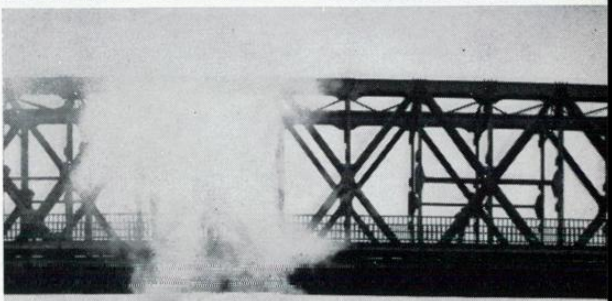
Das Spülbecken Lainz wurde mit einem Gitter eingezäunt.

Im Pumpwerk Autokaderstraße wurde das Gebäude in Verwaltung übernommen und restauriert. Im Betriebslokal des Hauptsammelkanales wurde eine Zentralheizung eingerichtet. Zur Erhöhung der Sicherheit bei den Arbeiten in Kanälen wurde ein weiterer Kanalentgaser mit einer Luftleistung von 42 m³ pro Minute und ein tragbares Kleinspannungsaggregat beschafft. Durch Zusammenbau einer vorhandenen Kreiselpumpe von 200 Liter pro Sekunde Fördermenge mit einem Volkswagen-Industriemotor auf einem Anhänger wurde ein leistungsfähiges Notpumpenaggregat geschaffen. 50 Blinker wurden in Eigenregie, den speziellen Erfordernissen des Kanalbetriebes angepaßt, hergestellt und der Schotterfang und Regenüberfall Friedrichstraße mit stabiler elektrischer Beleuchtung versehen. Zur Untersuchung von unzugänglichen Kanälen wurde in Zusammenarbeit mit der Firma Philips ein Kanalfernsehgerät entwickelt.

Das Schließen der Hochwasserschieber in den Sammelkanälen bei den Pumpwerken im 11., 21. und 22. Bezirk wurde in Kaiser-Ebersdorf an 11 Tagen, in Floridsdorf an 20 Tagen, in Kaisermühlen an 9 Tagen, im Schirlinggrund an



Das Baulos Atzgersdorf der Liesingbachregulierung bietet bedeutende Schwierigkeiten



Brückenbau



Beim Bau der neuen Nordwestbahnbrücke muß das Wrack eines im Kriege versenkten Schiffes geborgen werden



In das Palmenhaus im städtischen Reservegarten Hirschstetten ist der Frühling eingezogen

Stadtgartenamt

Das Rasenlegen im Laaer Berg-Bad ist eine mühselige Beschäftigung



45 Tagen und in Stadlau an 42 Tagen getätigt. Das Pumpwerk Kaiser-Ebersdorf stand an 11 Tagen 32 Stunden, in Floridsdorf an 20 Tagen 147 Stunden, in Kaisermühlen an 9 Tagen 27 Stunden, in Stadlau an 42 Tagen 296 Stunden und im Schirlinggrund an 45 Tagen 279 Stunden in Betrieb.

Die Rattenbekämpfung wurde unter Verwendung von Giftgaspatronen fortgesetzt.

Im Jahre 1961 fanden neun unentgeltliche Führungen mit 60 Teilnehmern statt.

BEDÜRFNISANSTALTEN

Die Bedürfnisanstalten werden von der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark verwaltet. Der Betrieb und die Instandhaltung der Bedürfnisanstalten und der Pissoire erfolgt vertragsgemäß durch die Firma Wilhelm Beetz. Acht Bedürfnisanstalten (I., Babenbergerstraße-Passage, Bellaria-Passage, Schottentor-Passage, XIII., Hermesstraße—Lainzerstraße, XVIII., Aumannplatz, XXI., Floridsdorfer Hauptstraße—Wasserpark, XXII., Genochplatz, XXIII., Inzersdorf, Badner Bahn), wurden errichtet und in Betrieb genommen, in fünf bestehenden Bedürfnisanstalten wurden Nachtkabinen mit Automatenbetrieb eingebaut.

Wegen Straßenbauten wurde eine Bedürfnisanstalt (XXI., Am Spitz) abgetragen, mit dem Neubau wurde begonnen. Weitere vier Pissoiranlagen (II., Ausstellungsstraße, XI., Geiselbergstraße, XIV., Hütteldorfer Friedhof, XIV., Reinlgasse—Märzstraße) wurden ohne Ersatz abgetragen. Durch die Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke wurde das Pissoir XVII., Diepoldplatz abgetragen und im Zuge der Errichtung einer Trafostation eine Anstalt mit einer Kabine und sechs Pißständen aufgestellt.

Am Ende des Jahres 1961 waren 125 Bedürfnisanstalten mit 779 Kabinen und 1.043 Pißständen sowie 95 Pissoire mit 447 Pißständen in Betrieb.

STÄDTISCHE GÄRTEN

Im Jahre 1961 wurden 24 neue Gartenanlagen und Grünflächen im Ausmaße von rund 234.000 m² hergestellt und acht öffentliche Gartenanlagen im Ausmaße von rund 41.000 m² umgestaltet und verbessert. Fünf Ballspielplätze und acht Kleinkinderspielplätze wurden in den verschiedenen Gartenanlagen und Wohnhausgartenanlagen eingerichtet und rund 28.000 m² Wege und Spielplatzflächen befestigt und hiedurch staubfrei gemacht. Auf Stadtplätzen wurden 13 Blumenschalen zusätzlich aufgestellt.

47 Wohnhausgärten mit rund 248.000 m² wurden neu hergestellt und neun Wohnhausgärten mit rund 16.000 m² umgestaltet und verbessert. Auch die Kinder wurden nicht vergessen. Es wurde ein neuer Schulgarten mit 3.000 m² neu hergestellt, und fünf Schulgärten mit 4.500 m² wurden instandgesetzt und verbessert. In sechs Kindergärten wurden neue Grünanlagen im Ausmaße von rund 9.300 m² geschaffen und in einem Kindergarten 350 m² Grünflächen instandgesetzt. Neben der Errichtung von Jugend- und Kleinkinderspielplätzen wurden für die Erwachsenen weitere 216 neue Gartenbänke und 27 Tische aufgestellt. 726 Gartenbänke wurden instandgesetzt und neu gestrichen. In zwölf Straßen wurden 337 Alleebäume und in den Gartenanlagen 3.000 Bäume und mehr als 100.000 Sträucher gepflanzt, außerdem etwa 40.000 Rosenpflanzen sowie rund 78.000 Blumenzwiebeln, 100.000 Stauden (Perennen) und 400.000 Sommerblumen.

Die Arbeiten an der Schaffung einer Promenade und an der gärtnerischen Ausgestaltung der Ufer des Donaukanals und deren Ausstattung mit Sitz-

gelegenheiten von der Aspernbrücke bis zur Stadionbrücke am linken Ufer sowie teilweise am linken und rechten Ufer im 2. und 3. Bezirk wurden fortgesetzt. Ein Teil der Brigittenauer Lände am linken Donaukanalufer von der Heiligenstädter Brücke bis zum Döblinger Steg wurde ebenfalls gärtnerisch ausgestaltet, so daß nur mehr ein Teilstück bei der Adalbert Stifter-Straße wegen des beabsichtigten Brückenbauwerkes übrigbleibt.

Bemerkenswert ist auch die Schaffung einer Gartenanlage oberhalb der Reichsbrücke am rechten Donauufer am Handelskai, wo bisher eine verwahrloste Lagerplatzfläche war. Hier wurden drei Ballspielplätze, zwei Kleinkinderspielplätze, eine Watrinne und ein Pensionistenplatz geschaffen und entsprechende Ruheplätze errichtet. Hiedurch wurde dieses Gebiet bei der Wohnhausanlage und am Donaustrom wesentlich verbessert und eine schöne Erholungsfläche mit dem Blick auf den Donaustrom geschaffen.

Ebenso wurde unterhalb der Reichsbrücke am rechten Donaukanalufer am Mexikoplatz im Raume der dort befindlichen Jubiläumskirche auf den ehemaligen staubigen Freiflächen eine neue Gartenanlage hergestellt und die anschließende alte Gartenanlage umgestaltet und restauriert. Hier wurden Bäume und Gehölze angepflanzt und entsprechende Sitzgelegenheiten aufgestellt, wodurch für die Bevölkerung eine zusätzliche Erholungsfläche geschaffen wurde.

Ein Teil der Uferflächen an der Alten Donau wurde in Ordnung gebracht und die Wasserfläche gesäubert.

Mit dieser Ausgestaltung der Uferflächen des Donaustromes, der Alten Donau und des Donaukanals werden auch die so wertvollen Wasserflächen in den Erholungsraum einbezogen.

Die Herstellung des großen Volksparkes am Laaer Berg wurde im Jahre 1961 fortgesetzt. Hier werden Spielwiesen, Kleinkinderspielplätze und Ruheplätze geschaffen.

Auch im Jahre 1961 wurde wieder ein großer Teil des Schweizer Gartens umgestaltet. Der repräsentative Raum im Anschluß an den Südbahnhof zwischen Gürtel, Schweizer Garten- und Arsenalstraße wurde fertiggestellt. Hier liegen das Rosarium mit Sitzplätzen, die große Teichanlage und ein Zierbecken mit verschiedenen größeren und kleineren Blumenpflanzungen.

Bei der Neugestaltung des Schweizer Gartens und seiner Umgebung werden drei große Gartenräume geschaffen, und zwar zunächst der vorher erwähnte und im Jahre 1961 fertig gewordene repräsentative Raum. Zweitens der Ruheraum; dieser umfaßt die Fläche von der Schweizer Garten-Straße zur Verbindungsbahn und vom Landstraßer Gürtel zur Arsenalstraße. Hier befinden sich das Museum für zeitgenössische Kunst und der Restaurationsbetrieb. In diesem Ruheraum werden zahlreiche Sitzgelegenheiten und Ruhemöglichkeiten geschaffen. Schließlich der Spielplatzraum, der zwischen der Verbindungsbahn und der Ghegastraße liegt und der durch die Zuschüttung der Verbindungsbahntrasse und Einbeziehung der für die Erweiterung des Schweizer Gartens gewidmeten Schrebergartenkolonie möglich wurde.

Erwähnenswert sind auch die gärtnerischen Arbeiten auf den ehemaligen Schwarzenberggründen im 17. Bezirk. Hier wurde die Schwarzenbergallee mit den anschließenden Flächen gärtnerisch ausgestaltet, Sitzgelegenheiten und Tische für die Ausflügler zum Ausruhen wurden aufgestellt und zwei Kinderspielplätze geschaffen.

Am „Roten Berg" in Ober-St. Veit wurde das dortige hügelige Freigelände mit natürlichem Strauch- und Baumbestand landschaftlich ausgestaltet, eine Lagerwiese neu angelegt und ein vorhandener Zugangsweg bis zur Kuppe befestigt und staubfrei gemacht. Die Pflanzungen wurden erweitert und

Tische und Bänke aufgestellt. Leider wird auch dieses Gebiet von Motorrad- und Mopedfahrern befahren. Auch werden von Jugendlichen die Pflanzungen schwer beschädigt, Bänke und Tische ausgerissen, die Bankbretter abgeschraubt, Eisenstützen abgedreht, Bankbretter zerbrochen und die einbetonierten Fußstützen ausgerissen. Es zeigt sich in letzter Zeit leider überhaupt, daß besonders in den Abendstunden in öffentlichen Gartenanlagen von Jugendlichen übermütig Bänke und Kulturen schwer beschädigt werden.

Im Pötzleinsdorfer Schloßpark wurde ein Großteil der Schäden behoben, insbesondere die Einfriedung instandgesetzt und zum Großteil erneuert. Ein Teil der Wege wurde bereits staubfrei gemacht, und Sitzgelegenheiten wurden geschaffen. Ein Kleinkinderspielplatz und eine Lager- und Spielwiese wurden hergestellt. Die Staubfreimachung der Wege, die Vermehrung der Pflanzungen und der Sitzgelegenheiten sind noch fortzusetzen. Es wird darauf hingewiesen, daß der Pötzleinsdorfer Park nach Herstellung der Einfriedung und seiner Restaurierung in die seinerzeitige landtäfliche Parkanlage zurückgeführt wurde und nicht mehr zum Rodeln und Schifahren benützt werden kann.

Die größte und wichtigste Arbeitsstelle des Stadtgartenamtes dient jedoch der Herstellung des rund 100 ha großen Donauparkes am linken Ufer der Donau zwischen der Reichsbrücke und der Floridsdorfer Brücke. Auf diesem Gelände ist im Jahre 1964 die Durchführung einer großen internationalen Gartenschau vorgesehen.

Die internationale Dachorganisation der europäischen Erwerbsgärtner hat über Ersuchen der österreichischen Erwerbsgärtner den Termin der Wiener Internationalen Gartenschau im Jahre 1964 zur Kenntnis genommen und die Mitarbeit an dieser Schau zugesagt.

Es handelt sich bei diesem Gelände etwa zur Hälfte um Müllschüttungsgelände, das früher oder später einer Sanierung unbedingt zugeführt hätte werden müssen. Der andere Teil wurde früher als Militärschießstätte verwendet und weist sehr schönen alten Weißpappel- und teilweise auch Schwarzpappelbestand auf.

Mit der Schaffung des Donauparks und der Durchführung der Wiener Internationalen Gartenschau im Jahre 1964 wird der erste Schritt zur generellen Sanierung dieses Stadtteiles getan und damit die beabsichtigte städtebauliche Aufwertung dieses Gebietes erreicht. Nach Durchführung der Gartenschau wird das Gelände als Erholungsgebiet der Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Der Wettbewerb „Wien im Blumenschmuck" wurde auch im Jahre 1961 fortgesetzt. Er soll die Wiener Bevölkerung anregen, ihre Häuser mit Blumen zu schmücken, um das Stadtbild zu verschönern. Von der Gemeindeverwaltung wurden 60.000 S für Geld- und Ehrenpreise gewidmet.

Das Stadtgartenamt besorgt im Bundesland Wien auch den amtlichen Pflanzenschutzdienst, der im Interesse des heimischen Obstbaues die mehr als hunderttausend Kleingärtner und Siedler betreut und auch Privatgärten besucht. Durch Filmvorführungen, Lehrschauen und Vorträge werden die Siedler und Kleingärtner für die Schädlingsbekämpfung interessiert. Aus Bundes- und Landesmitteln werden den minderbemittelten Siedler- und Kleingartenvereinen für den Ankauf von Schädlingsbekämpfungsgeräten Zuschüsse gewährt. Im Rahmen des phytosanitären Dienstes auf den Wiener Bahnhöfen wurden im Jahre 1961 in 9.102 Waggons, in mehr als 2.600 Kartons, in mehr als 1.000 Säcken, Körben, Paketen, Kisten usw. 16.178 Kontrolluntersuchungen, hauptsächlich bei Obstsendungen, vorgenommen. Der phytosanitäre Dienst hat den Zweck, die vom Ausland eingeführten Obstsendungen und Pflanzenlieferungen auf

Schädlingsbefall zu untersuchen, damit ausländische Schädlinge, die dem heimischen Obstbau Schaden zufügen könnten, nicht eingeschleppt werden. Von den Importsendungen wurden im Jahre 1961 vier Sendungen ins Ursprungsland zurückgesandt.

Im Jahre 1961 wurden für die Pflege der Gärten einschließlich Personalaufwand rund 53,038.900 S und für die Neugestaltung von Grünflächen und Ausgestaltung der Parkanlagen rund 41.050.000 S, also insgesamt 94,088.900 S, bereitgestellt.

STÄDTISCHE FRIEDHÖFE

Im Jahre 1961 wurden rund 4.000 m² für Friedhofserweiterungen bestimmte Grundflächen erworben und 121.500 m² außerhalb des Friedhofswidmungsgebietes liegende Grundflächen an andere Verwaltungsdienststellen abgetreten.

Der Friedhof Mauer wurde um 9.500 m² vergrößert und die Erweiterungsfläche eingefriedet. Sanierungsarbeiten in alten Grabfeldern der Friedhöfe Südwest, Hietzing, Grinzing, Döbling, Groß-Jedlersdorf, Ober-Laa, Atzgersdorf, Liesing und Rodaun ermöglichten die Rückgewinnung und Neuvergebung heimgefallener und verwahrloster Grabstellen. Die Aufschließungsarbeiten auf den Erweiterungsflächen der Friedhöfe Südwest, Neustift am Wald, Ober-St. Veit, Baumgarten, Sievering, Jedlesee, Stammersdorf-Zentral und Aspern wurden fortgesetzt, und es konnten wieder neue Grabstellen vergeben werden.

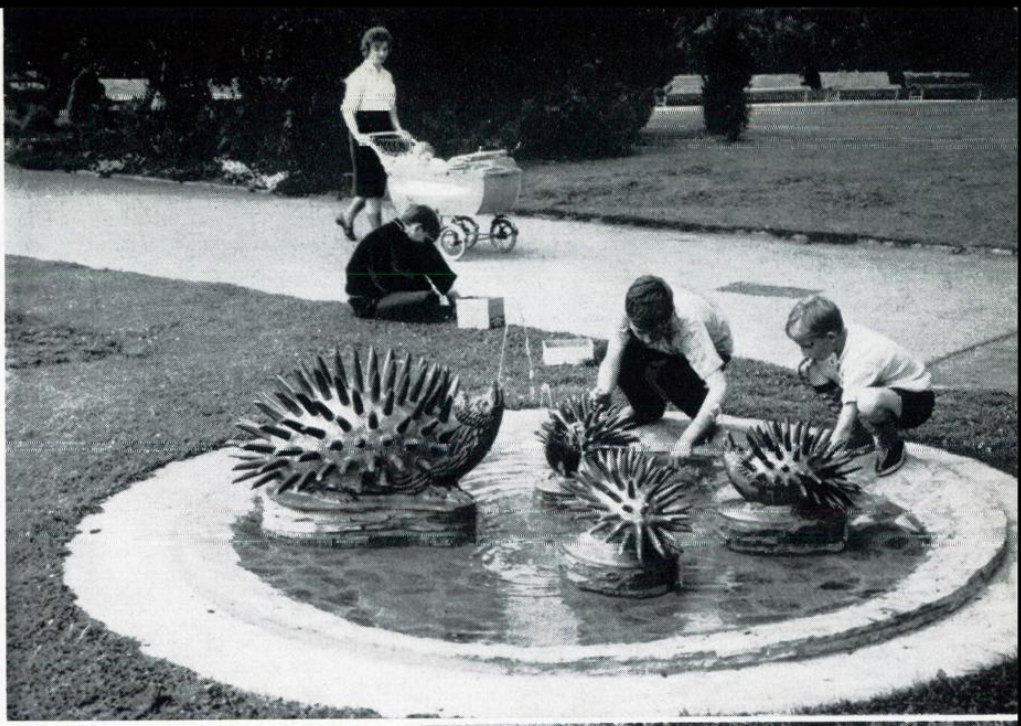
Trotz des fühlbaren Personalmangels konnten alle Beerdigungen ohne Stockungen durchgeführt werden, wobei allerdings in steigendem Maße private Deichgräberfirmen zum Öffnen und Schließen der Grabstellen herangezogen werden mußten.

Die seinerzeit im Einvernehmen mit der Gärtnerinnung festgelegten Richtlinien für neuzeitliche Gräbergestaltung und Ausschmückung wirken sich immer stärker aus. Das Bestreben der Friedhofsgärtner wie auch der Städtischen Friedhofsgärtnerei ist darauf gerichtet, die Kundschaften von der Zweckmäßigkeit und besseren Gestaltungsmöglichkeit von Langhügel- und Flachgräbern an Stelle der häßlichen Kurzhügel zu überzeugen. Bei einer weiteren Reduzierung des Gärtnerpersonals würden sich die Gärtnerfirmen gezwungen sehen, Bestellungen für überholte Ausführungsformen der Grabausschmückung abzulehnen.

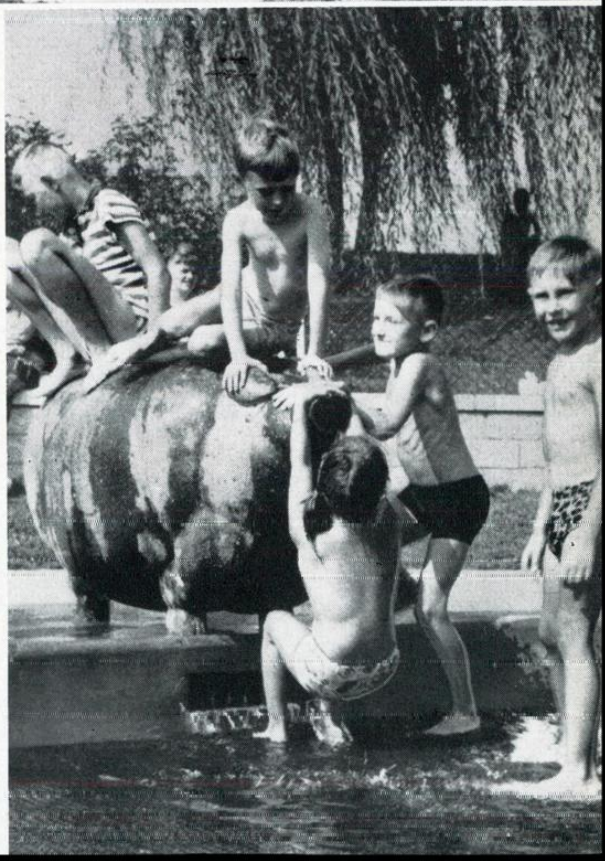
Im Gebührentarif für die Friedhöfe und Urnenhaine wurden die Ansätze für das Öffnen und Schließen der Gräber um 25 Prozent erhöht, da sie die Kosten bei weitem nicht mehr deckten. Zwei Bestimmungen der Friedhofsordnung wurden geändert. Bisher bestand die Möglichkeit der Erwerbung von Gruftplätzen, Grüften, Grabkammern und Urnennischen auf Friedhofsdauer. Künftig können solche Grabstellen erstmalig nur auf 60 Jahre, mit dem Rechte der Verlängerung um jeweils zehn weitere Jahre, erworben werden. Damit wurde, abgesehen von bestehenden Grabrechten, der Begriff „Friedhofsdauer" für alle Arten von Grabstellen auf städtischen Friedhöfen und Urnenhainen eliminiert. In den städtischen Friedhöfen wurde das bisherige Einfahrtverbot für Kinderwagen aufgehoben.

Insgesamt 43 Friedhofsgärtnern, um fünf mehr als im Vorjahr, wurden entgeltliche Bewilligungen für die Spritzschlauchverwendung erteilt.

Auch im Jahre 1961 wurden die Ausgaben des Friedhofsbetriebes einschließlich des Personalaufwandes und der Investitionen zur Gänze aus eigenen Einnahmen gedeckt; trotz der dem Jahre 1960 gegenüber um 4 Prozent erhöhten Ausgaben wurde ein Überschuß erzielt. Der Mehraufwand ergab sich aus dem erhöhten Personalaufwand durch die am 1. März 1961 eingetretene allgemeine

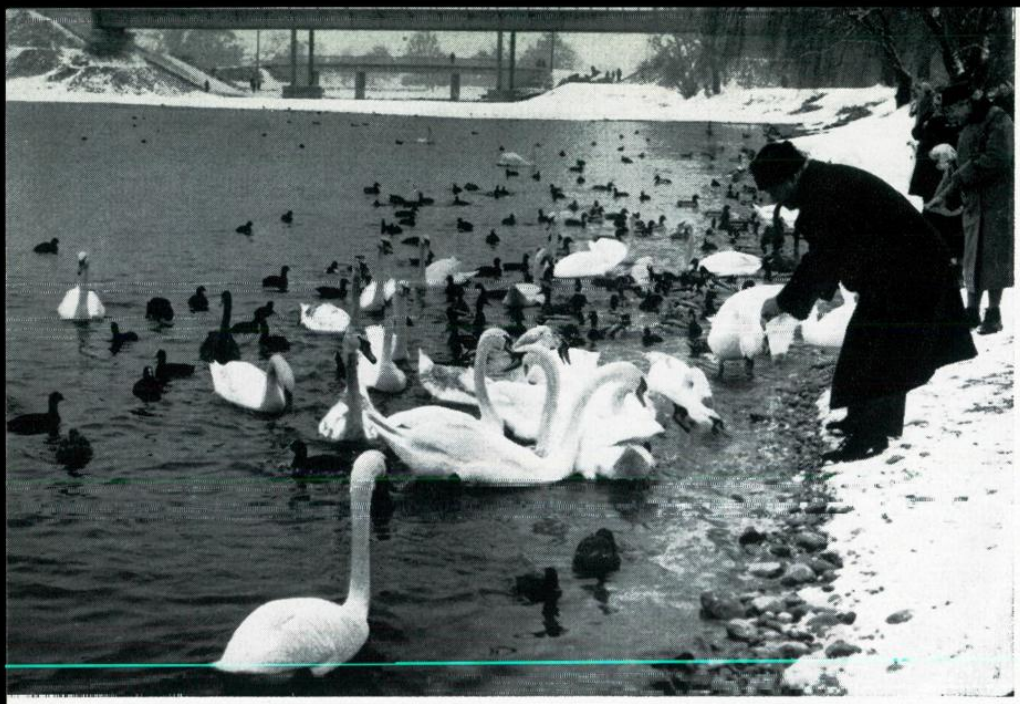


Mario Petrucci schuf diesen Igelbrunnen für den Kongreßpark



Stadtgartenamt

Neben der Wasserrinne in der Parkanlage Lidlgasse steht eine Kunststeinplastik von Josef Schagerl



Die Wasservögel des städtischen Stadtgartenamtes sammeln sich im Floridsdorfer Wasserpark

Stadtgartenamt

Ein blühendes Narzissenbeet vor dem Eingang zum Blindengarten im Wertheimsteinpark



Gehaltserhöhung sowie aus den gestiegenen Preisen für Herstellungen und Verbrauchsmaterialien.

Die anhaltende Umsatzsteigerung aller Betriebssparten wurde bei der Städtischen Friedhofsgärtnerei und bei der Städtischen Steinmetzwerkstätte ohne Erhöhung der Kundenpreise erzielt, während beim Friedhofsbetrieb die Gebührenerhöhung eine Zunahme der Einnahmen brachte.

In der seit Jahren steigenden Tendenz zu erhöhten Aufwendungen für den Totenkult ist ein gewisser Stillstand eingetreten. Die Friedhöfe im Nordwesten Wiens haben Erweiterungsschwierigkeiten und erreichen allmählich den Vollbelag. Es wird dort immer schwieriger, neue Gräber bereitzustellen, was einerseits zu einer zwangsläufigen Abwanderung nach Friedhöfen mit niedrigeren Gebühren, andererseits zu einer Überbelegung der vorhandenen eigenen Grabstätten durch Exhumierungen und Zusammenlegungen führt. Alle diese Umstände ergeben mit dem Rückgang der Sterbefälle einen entsprechenden Gebührenrückgang.

Die Anzahl der Erd- und Urnenbestattungen im Jahre 1961 war mit 25.831 um 3,1 Prozent niedriger als im Jahre 1960. Der Anteil der Urnenbestattungen an der Gesamtzahl der Bestattungen hat sich mit 13,9 Prozent gegenüber dem Jahre 1960 um 0,2 Prozent erhöht.

Das Gesamterfordernis an neuer Friedhofsfläche für Gräberbelegung ist von 18.000 m² im Jahre 1960 auf 17.000 m² im Jahre 1961 weiter abgesunken; hier wirken sich die in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen zur möglichsten Beschränkung neuer Grundinanspruchnahmen, wie dies durch Abschaffung der Erwerbungsmöglichkeit neuer Friedhofsdauergräber geschehen ist, aus.

INSTANDHALTUNG UND AUSGESTALTUNG DER FRIEDHÖFE

Im *Zentralfriedhof* wurden die für die Einführung eines öffentlichen Verkehrsmittels erforderlichen Wegverbreiterungen durch Grabverlegungen weitergeführt. Drei weitere Wegzüge wurden für die Benützung durch Lastkraftwagen freigegeben. Westlich des Tores IX an der Aspangbahn wurde innerhalb der Einfriedung ein Parkplatz im Ausmaß von rund 5.000 m² für die Benützung an Totengedenktagen geschaffen. Es wurde mit den Umbauarbeiten am Betriebsgebäude in Gruppe 61 begonnen und vorläufig die Instandsetzung des Daches durchgeführt. Der Umbau des Wirtschaftsgebäudes bei Tor II wurde mit der Fassaden- und Dachinstandsetzung im wesentlichen abgeschlossen. Dadurch wurden zweckentsprechende Arbeitsräume für die Technische Werkstätte und für die Holzwerkstätte, die bisher getrennt untergebracht waren, eingerichtet. In den oberen Stockwerken wurden elf Betriebswohnungen geschaffen. An der Aufbahrungshalle III wurden das Dach und der Fassadenverputz ausgebessert. In der Dr. Karl Lueger-Kirche wurden Dehnungsfugen verputzt und die Malerei, entsprechend der vorhandenen Einrüstung, teilweise instandgesetzt. Das Ehrengräberfeld Gruppe 14 C wurde neu gestaltet, die Planierungsarbeiten für die Gestaltung der Priestergräberanlage in der Gruppe 45 B wurden begonnen und außerdem die Reste des alten Kesselhauses bei Tor III abgetragen.

In der *Feuerhalle* wurden große Teile des Erweiterungsgebietes eingefriedet und in den Urnenhain einbezogen. Gleichzeitig wurde an der Vorderfront ein langgestrecktes gemauertes Portal mit Portierloge, Abstellräumen und öffentlicher Klosettanlage errichtet. Innerhalb der neueingefriedeten Fläche wurden die vorhandene große Ableergrube durch eine weitere Drahteinfriedung abgesichert, eine Umfahrungsstraße gebaut und zwei bereits in Belegung befindliche neue Grabfelder ausgestaltet. Außerdem wurden 25 Mauerbögen mit zusammen 200 Urnennischen neu ausgebaut und bereits ausgebaute Mauerbögen instandgesetzt.

Im *Friedhof Baumgarten* wurden die bauliche Aufschließung der Erweiterungsflächen fortgesetzt, Fenster und Türen des Aufbahrungsgebäudes sowie ein Wassermesserschacht instandgesetzt.

Im *Friedhof Hernals* wurde die gartentechnische Ausgestaltung des neu projektierten Urnenhaines begonnen und ein neuer Wassermesserschacht zur Verbesserung des Druckes im Friedhofsrohrnetz errichtet.

Im *Friedhof Hietzing* wurden Kanzleiräume renoviert und das Preßkiesdach instandgesetzt.

Im *Friedhof Neustift* wurde die bauliche Aufschließung der Erweiterungsflächen fortgesetzt, und im Verwaltungsgebäude wurden die Kanzleiräume ausgemalt.

Im *Stammersdorfer Zentralfriedhof* wurde der bestehende Urnenhain vergrößert und eine neue Urnenmauer fertiggestellt. Im Verwaltungsgebäude wurden die Kanzleiräume renoviert und ein Kanalgebrechen behoben. Außerdem wurden die Beisetzkammer und die Sargstellagen gründlich instandgesetzt und die Klosettüren gestrichen. Mehrere Wasserrohrgebrechen wurden behoben.

Im *Friedhof Döbling* wurde die Anlage beim Hochkreuz gesäubert und mit Immergrün bepflanzt.

Im *Friedhof Inzersdorf* wurde eine Opfergedenkstätte errichtet, das Dach der Aufbahrungshalle instandgesetzt, das Friedhofstor gestrichen und mit der Neueindeckung des Wohngebäudes begonnen.

Im *Friedhof Liesing* wurde der Gärtnereibetrieb des Friedhofsmeisters in den südwestlichen Erweiterungsteil an der Ketzergasse verlegt und dadurch die frühere Gärtnereifläche für Belegungszwecke frei gemacht. Die Türen und Fenster der Aufbahrungshalle wurden gestrichen.

Im *Friedhof Mauer* wurde eine Sickergrube mit 14 m Ablaufrohren hergestellt.

Im *Friedhof Meidling* wurden Wasserrohrgebrechen behoben, zwei eiserne Friedhofstore und zwei Portierlogen instandgesetzt.

Im *Friedhof Sievering* wurde die Kriegsgräberanlage umgestaltet, ein neuer Ablagerungsplatz an der Nottebohmstraße angelegt und ein eisernes Friedhofstor gestrichen.

Im *Friedhof Simmering* wurde die projektierte Erweiterungsfläche beim Bahndamm teilweise aufgefüllt und planiert und mit den Einfriedungsarbeiten begonnen.

In den Friedhöfen *Altmannsdorf, Aspern, Grinzing, Hetzendorf, Kaiser-Ebersdorf, Kalksburg, Stadlau* und in der *Bezirksleichenkammer XVIII* wurden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Das *Amtshaus I., Werdertorgasse 6,* in welchem die Zentrale der Magistratsabteilung — Friedhöfe untergebracht ist, wurde nach dem Auszug der bisher dort befindlichen zweiten Dienststelle in die Verwaltung der Abteilung übernommen. Gleichzeitig wurde mit der Adaptierung des Erdgeschosses und des 3. Stockes zur Schaffung der bereits dringend benötigten zusätzlichen Diensträume für den Friedhofsbetrieb begonnen.

Insgesamt wurden 1.680 m neue Einfriedungen für Friedhofserweiterungen hergestellt und 620 m Einfriedungen aller Art instandgesetzt, 500 m Wasserleitungsrohre und 263 m Kabel neu verlegt, über 100 Wasserrohrgebrechen behoben, 2.600 m Kantsteineinfassungen samt Fundierungen für Flachgräber hergestellt, 15.770 m² neue Straßen und Wege hergestellt und 31.200 m² Straßen und Wege instandgesetzt, 32 Grüfte und 190 Grabkammern hergestellt, 22 neue Abfallbehälter und zwei neue Wasserbehälter aufgestellt, 26 m Stiegenanlagen samt Geländer angelegt, 270 m² Naturgneis-Plattenwege in Urnenhainen verlegt, 7.900 Grabsteinfundamente und 7.660 Einfassungsfundamente mit zu-

sammen 6.950 m³ Betonkubatur und 1.530 armierten Betonpiloten hergestellt. Auf den Erweiterungsflächen wurden 2.476 neue Erdgräber und 976 neue Urnengräber angelegt. 1.550 Erdgräber (um 320 mehr als im Jahre 1960) wurden durch Deichgräberfirmen ausgehoben.

340 Stück Gruppen- und Reihenständer und 5.000 Grabnummerntafeln wurden instandgesetzt und gestrichen sowie 680 Stück neue Gruppen- und Reihenständer und 9.900 Grabnummerntafeln angeschafft. 70 schiefstehende Grabdenkmäler wurden umgelegt und 3.550 alte Grabdenkmäler von heimgefallenen Grabstellen abgetragen und entweder zerschlagen oder auf dem Steinlagerplatz deponiert. Auf 1.355 Flachgräbern wurden Natur- und Kunststeintrittplatten verlegt.

In den Friedhöfen wurden 814 Bäume ausgelichtet, 124 Bäume durch Abwerfen der Krone verjüngt und 231 Bäume gerodet oder bodengleich abgeschnitten. 9.330 m Hecken wurden geschnitten und 275 m Hecken gerodet. 211 Bäume, 2.120 m Hecken und 730 Sträucher wurden neu gepflanzt. 3.400 m² Anlagenflächen wurden mit Humus und Gras versehen, 650 m² Böschungsflächen humusiert und mit Rasenziegeln belegt. 25.300 m² neue Beerdigungsflächen wurden gerodet und planiert, 40.700 m² bestehende Gruppen durchgerodet und 2.500 Heimfallsgräber gerodet. 900 m³ Erdmaterial wurde abgegraben und planiert. In den Urnenhainen wurden als Vorbereitung für die Gräberbelegung auf 4.900 m² gartentechnische Arbeiten durchgeführt.

Zur Instandhaltung der Grünanlagen und Grabfelder wurde eine Fläche von insgesamt 1,500.000 m² dreimal gemäht, davon 805.000 m² im Zentralfriedhof.

Die Abfuhr der Friedhofsabfälle, bestehend aus verdorrten Kränzen und Gebinden, Ausschmückungsabfällen und überschüssigem Erdmaterial im Gesamtausmaß von etwa 90.000 m³, erforderte bei einem Einsatz von 4.351 Tagesfuhrwerken (1.672 Lastkraftwagen und 2.679 Pferdefuhrwerken) einen Aufwand von 1,5 Millionen Schilling.

STÄDTISCHE FRIEDHOFSGÄRTNEREI

Wie bisher umfaßt die Friedhofsgärtnerei außer dem Hauptbetrieb im Zentralfriedhof sieben Filialbetriebe auf den großen Friedhöfen einschließlich des Urnenhaines der Feuerhalle. Nur auf diesen Friedhöfen werden Kundenbestellungen für die gärtnerische Grabbetreuung entgegengenommen, im Hauptbetrieb auf dem Zentralfriedhof außerdem Bestellungen für Kränze und Blumengebinde. Auf den anderen Friedhöfen ist diese Tätigkeit ausschließlich den privaten Gärtnern und Blumenbindern überlassen.

Im Jahre 1961 erhöhten sich, bei unveränderten Preisen, die Einnahmen gegenüber dem Jahre 1960 weiter um 6,8 Prozent. Dadurch konnten die Erhöhung der Gehälter ab 1. März 1961 und verschiedene Materialpreiserhöhungen gedeckt werden.

Auf den Grünanlagen und Gräberfeldern der Friedhöfe und Urnenhaine waren rund 20.800 Laub- und Nadelbäume, 112.300 m Laub- und Nadelhecken, 900 m² Polyantha- und Parkrosenpflanzungen, 3.070 m² Strauch- und immergrüne Gehölzpflanzungen, 2.400 m² Blütenstaudenpflanzungen und 70.000 m² Rasen- und Blumenanlagen zu pflegen. Auch waren die rund 15.300 Krieger-, Opfer- und Fürsorgegräber sowie 575 Ehrengräber zu betreuen.

Verschiedene Instandsetzungen und Verbesserungen der vorhandenen Anlagen, Objekte, Einrichtungen und Geräte sowie Neuanschaffungen und besondere Arbeiten wurden vorgenommen. So wurden im Hauptbetrieb auf dem Zentralfriedhof 500 Stück neue Mistbeetfenster hergestellt und 1.000 Stück vorhandene Mistbeetfenster neu gestrichen. Die schadhafte Zentralheizung wurde instandgesetzt, bei acht Gewächshaus-Vorhäusern wurden der Fassadenverputz

und die Stukkatur erneuert, im Warmhaus Anstreicherarbeiten durchgeführt, die Dachkonstruktion erneuert und die Heizflächen vergrößert, in der Holländerhalle neue Fensterflügel eingesetzt und über der Arbeitshalle und dem rechten Aufenthaltsraum die Dachhaut instandgesetzt.

Der Lagerplatz für die Betontrittplatten wurde mit einer Drahtgittereinfriedung und einem zweiflügeligen Tor versehen. 1.000 m³ Erde wurden gegattert und in meßbaren Haufen deponiert. 1.800 m³ Komposterde wurden auf Fuhrwerken verladen und den Eigenregiefriedhöfen zur Aufplanierung der Gräbergruppen und Kulturflächen zugeführt.

In der Filiale Hernals wurden in einem Glashaus die Pflanzentische erneuert. Auch die Wasserleitung wurde verstärkt. In der Filiale Hietzing wurden der Außenputz eines Gewächshauses (Japans) instandgesetzt, und die Pflanzentische wurden erneuert. In der Filiale Neustift am Wald wurden die Kanalheizungen der Glashäuser instandgesetzt. In der Filiale Ottakring wurde ein hölzerner Werkzeugschuppen errichtet, die Dachkonstruktion eines Glashauses instandgesetzt, und im Gärtnereibetriebsgebäude wurden die Türen und Fenster des 1. Stockwerkes überholt. In der Filiale Stammersdorf-Zentral wurde die Heizung des Glashauses ausgebessert. In der Filiale Südwest wurden der Verputz und die Fenster des Warmhauses in Ordnung gebracht.

Größere Neuanschaffungen waren: fünf Schlauchwagen mit je 80 m Schlauch, zwei tragbare Spritzapparate, drei Motorlastenroller, 13 Fahrradanhänger (Gießwagerl), ein Motorrasenmäher, vier Handrasenmäher, drei vierrädige Handwagen, 30 kugelgelagerte Schiebtruhen und vier Beregnungsanlagen. Außerdem wurden kleinere Gartengeräte, Werkzeuge und Pikierkästen repariert, ergänzt und nachgeschafft.

Obwohl die eigenen Pflanzenkulturen verbessert und vermehrt wurden, mußte doch zusätzliches Pflanzenmaterial von privaten Gärtnereien angekauft werden.

STÄDTISCHE STEINMETZWERKSTÄTTE

Auch im Jahre 1961 konnte wegen des permanenten Personalmangels eine namhafte Ausweitung der Geschäftsfälle nicht erreicht werden. Durch Rationalisierungsmaßnahmen konnten jedoch die Einnahmen, bei gleichzeitiger Steigerung der Ausgaben, immerhin um 8,8 Prozent erhöht werden.

Die Kundenaufträge erforderten die Herstellung von Grabsteinen, Grabeinfassungen, Gruft- und Grabdeckplatten aus Natur- und Kunststein, Grablaternen und Blumenjardinieren sowie Grabsteinrenovierungen und -beschriftungen.

Arbeiten im Auftrag der Hoheitsverwaltung umfaßten Öffnung und Schließung der mit Deckplatten verschlossenen Grabstellen im Zentralfriedhof und in den Friedhöfen Simmering und Kaiser-Ebersdorf sowie im Urnenhain der Feuerhalle, die Versorgung der Krieger-, Opfer-, Fürsorge- und Ehrengräber der Stadt Wien sowie Abtragung und Wiederaufstellung der durch Rodungsarbeiten und ähnliches gefährdeten Grabdenkmäler.

Größere Neuanschaffungen waren ein Essenwärmeschrank für das Personal, eine Addiermaschine, ein zweirädiger Handkarren und ein Elektrostampfer.

EHRENGRÄBER UND WIDMUNGEN

Die Gräber des Komponisten Josef Matthias *Hauer* im Dornbacher Friedhof, des Kinderarztes Dr. Theodor *Escherich* im Hernalser Friedhof, des Komponisten Johann *Sioly* und des Schauspielers Albin *Skoda* im Zentralfriedhof wurden als Ehrengräber in die Obhut der Stadt Wien übernommen.

Die Gräber von Rudolf *Kaftan*, Direktor des Uhrenmuseums, des Schauspielers Fritz *Imhoff*, der Operettensängerin Mitzi *Günther*, des Komponisten

Stadtrat Lakowitsch hält die Trauerrede für den verstorbenen Vizebürgermeister außer Dienst Weinberger



Friedhöfe

Ehrengräber im Wiener Zentralfriedhof



In der Erholungsstätte „Hirschgstemm“ finden sich viele Besucher des Lainzer Tiergartens ein

Forstamt

Der beliebte Naturpark der Wiener, der Lainzer Tiergarten, im Frühlingskleid



Prof. Marco *Frank* und des Schriftstellers Rudolf *Brunngraber* im Zentralfriedhof wurden ehrenhalber auf die Dauer des Friedhofsbestandes gewidmet.

STÄDTISCHE FORSTE

Das Stadtforstamt verwaltet Grundflächen im Ausmaße von 29.028 ha, und zwar die Forstverwaltungen Lainz, Lobau und Neuwaldegg in Wien, die Forstverwaltungen Hirschwang, Naßwald und Stixenstein in Niederösterreich sowie die Forstverwaltung Wildalpen in der Steiermark. Durch den Ankauf des Deutsch-Ordenswaldes bei Laab im Walde trat im Jahre 1961 eine Erhöhung der Gesamtfläche um 109.568 ha ein.

Die Wiener städtischen Forste stellen das Naherholungsgebiet der Stadtbevölkerung dar. Bei der Bewirtschaftung dieser Wälder tritt das ertragswirtschaftliche Moment gegenüber der Erhaltung des Landschaftscharakters mehr oder minder in den Hintergrund. In den Revieren der Forstverwaltung *Neuwaldegg-Sievering* wurden zur Verschönerung des Landschaftsbildes der stadtnahen Erholungswälder sämtliche Absperrungen und Gitter entfernt und Wege und Brücken instandgesetzt. Die Schwarzenbergalle wurde in ihrer ganzen Länge mit einem Oberflächenbelag versehen und dort auch Bänke aufgestellt.

Im Bereich der Forstverwaltung *Lobau* wurden die Schlägerungen in der Trasse für die 220 kV-Verbundleitung sowie für die Verlegung der Heizölleitung beendet.

Für den *Lainzer Tiergarten* wurde ein umfassendes Grundkonzept für seine Erhaltung und Ausgestaltung ausgearbeitet und mit Beschluß des Gemeinderatsausschusses VII vom 8. November 1961 genehmigt. Im Jahre 1961 wurden umfangreiche Instandsetzungsarbeiten an den Wanderwegen vorgenommen und eine stattliche Zahl von Sitzbänken aufgestellt. Der Lainzer Tiergarten wurde im Jahre 1961 von 198.457 Personen besucht.

Anläßlich der Mechanisierung des Sägewerkes Hirschwang wurde der Rundholzplatz umgebaut und eine 3 m hohe Abladerampe mit einer 90 m langen Hochführungsgleisanlage errichtet. Um während der Wintermonate auch in den Morgen- und Nachmittagstunden einen reibungslosen Betrieb zu gewährleisten, wurde ein Lichtanlage mit Leuchtstoffröhren installiert.

Im Revier Prein der *Forstverwaltung Hirschwang* wurde das 1960 begonnene Forsthaus Griesleiten fertiggestellt und besetzt. Mitte Dezember 1961 verursachten schwere Niederschläge an Stegen, Brücken und Straßen im Bereich der Forstverwaltungen Hirschwang und Naßwald Schäden von 82.000 S.

Es wurden 19.957 fm Nutzholz und 18.199 rm Brennholz geschlägert. Die Schnittholzproduktion im städtischen Sägewerk Hirschwang erreichte 6.720 m³ bei einem Verschnitt von 9.837 fm Rundholz und einer Ausbeute von 68 Prozent.

In den Wienerwaldforsten wurden 54.000 Forstpflanzen und in den Quellschutzforsten 520.000 Forstpflanzen versetzt.

Die Aufschließung des Revieres Siebensee wurde mit der Fertigstellung der Beerbodenforststraße abgeschlossen. Das im Jahre 1961 fertiggestellte letzte Teilstück hat eine Länge von 700 m, bei einer Gesamtlänge von 5.660 m.

Bei der im Interesse der Landeskultur notwendigen Wildstandsregulierung gelangten 202 Stück Rotwild, 400 Stück Rehwild, 134 Stück Gamswild, 9 Mufflon, 9 Stück Damwild, 174 Wildschweine, 6 Auerhähne, 6 Birkhähne, 314 Hasen, 720 Stück Federwild und 104 Stück Haarraubwild, wie Füchse, Dachse, Marder, Iltisse und Wiesel, zum Abschuß.

Der Pflege der Quellschutzwälder wurde wie in den Vorjahren durch Umzäunung der Kulturflächen und die dadurch mögliche Begründung des für die Wasserwirtschaft wichtigen Mischwaldes besonderes Augenmerk zugewendet.

WOHNUNGS- UND SIEDLUNGSWESEN

WOHNUNGSBEWIRTSCHAFTUNG

Die personell stärkste Gruppe der Magistratsabteilung für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens ist die Vormerkungsgruppe. Die Tätigkeit dieser Gruppe hat sich seit dem mit 30. Juni 1958 erfolgten Ablauf des Bundesgesetzes vom 3. Dezember 1956, BGBl. Nr. 225/1956 (Neuvermietungsgesetz), nicht wesentlich geändert, es werden nach den im § 1 des abgelaufenen Neuvermietungsgesetzes enthaltenen Bestimmungen ständig weiter neue Vormerkungen Wohnungssuchender vorgenommen.

Es ergab sich zu Beginn des Jahres jedoch die Notwendigkeit zu einer Überprüfung der vorgemerkten Wohnungssuchenden, weil es allmählich aufgefallen war, wie wenig Vorgemerkte einen Wohnungswechsel oder den Bezug einer in Privathäusern gelegenen Hauptmietwohnung gemeldet hatten. Obwohl erfahrungsgemäß in Wien im Laufe eines Jahres doch annähernd gegen zehntausend Privatwohnungen frei werden, war die Zahl derjenigen vorgemerkten Wohnungssuchenden, die über einen solchen Wohnungsbezug eine Meldung machten, äußerst gering. Daraus ist abzuleiten, daß diese Wohnungen entweder von nicht Vorgemerkten bezogen wurden oder zum Teil von Vorgemerkten, die es unterlassen haben, diesen Wohnungsbezug zu melden. Ein Teil dieser frei werdenden Wohnungen wurde durch Widmungsänderungen in Räume anderer Art (Büroräume, Ordinationen, Magazine usw.) umgewandelt, andere Wohnungen wurden einfach leer stehengelassen und nicht wieder vermietet.

Bei dieser Überprüfung — es handelt sich um fast 40.000 Fälle — zeigte sich, daß rund 8.000 Wohnungssuchende aus der Vormerkung zu löschen waren, weil sie in den letzten Jahren selbst eine Wohnung gefunden hatten oder überhaupt von Wien weggezogen sind.

Es ist sehr bedauerlich, daß so viele Wiener Wohnungssuchende, die zuerst, als sie noch eine Wohnung suchten, den Weg zum Amt gefunden hatten, es dann aber nicht für ein Gebot der Anständigkeit erachteten, die Magistratsabteilung für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens auch davon zu verständigen, daß sie nun nicht mehr als Bewerber um eine Gemeindewohnung auftreten wollen. Durch diese Unterlassung verursachen sie nicht bloß immer wieder eine sehr umfangreiche Erhebungstätigkeit und belasten damit die Dienststellen des Magistrates und des Zentralmeldungsamtes der Polizeidirektion Wien, sondern sie tragen auch dazu bei, daß ein falsches Bild über die Zahl der tatsächlich Wohnungssuchenden in Wien entsteht. Aus den angeführten Gründen wird diese polizeiliche Überprüfung der Vorgemerkten jedes Jahr wiederholt werden müssen.

Es erscheint notwendig, dies besonders zu betonen. Es würde zu falschen Vorstellungen führen, wenn ein genauer Beobachter nach dem vorliegenden Bericht feststellen wollte, daß sich der Stand an Wohnungssuchenden um rund 8.000 verringert hat.

Als Folge dieses Verhaltens eines Teiles der Wohnungssuchenden ist auch nicht oder nur sehr schwer festzustellen, wie sich die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien im Laufe des Jahres auf den Stand der vorgemerkten Wohnungssuchenden ausgewirkt hat. Es würde zu absolut falschen Schlüssen verleiten,

wenn man einfach die am 1. Jänner 1961 ausgewiesenen 39.618 Vormerkungen jenen 32.396 vom 31. Dezember 1961 gegenüberstellen würde, die nach dieser Überprüfung weiterhin vorgemerkt bleiben. Es kann lediglich die Vermutung ausgesprochen werden, daß sich die Zahl der zu Recht vorgemerkten Fälle im Jahre 1961 nicht sehr wesentlich verringert hat, weil die Zahl der einlangenden Ansuchen im Vergleiche zum Jahre 1960 keinen besonderen Unterschied aufweist.

Nach den weiterhin angewandten Bestimmungen des § 1 des Neuvermietungsgesetzes wurden im Jahre 1961 insgesamt 6.359 Fälle neu in Vormerkung genommen, von denen 431 wegen Einsturzgefahr ihrer Wohnungen, 211 wegen bestehender Obdachlosigkeit, 1.444 wegen drohender Delogierung, 35 wegen schwerer Gesundheitsgefährdung, 3.120 wegen Überbelages ihrer Wohnungen, 883 wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen und 235 wegen getrennten Haushaltes vorgemerkt wurden. In der gleichen Zeit wurden 7.202 Fälle wegen mangelnder Voraussetzungen abgelehnt.

Am Ende des Jahres 1961 standen 32.396 Wohnungssuchende in Vormerkung. Unter diesen 32.396 Vormerkungen befanden sich 7.755 sogenannte Notstandsfälle, und zwar waren vorgemerkt wegen Einsturzgefahr ihrer Wohnungen 741, bestehender Obdachlosigkeit 2.902, drohender Delogierung 3.938 und wegen schwerer Gesundheitsgefährdung 174 Wohnungssuchende.

Von den Außenstellen in den Bezirken wurden im Jahre 1961 30.932 Erhebungen durchgeführt, das sind um 4.095 oder 15,2 Prozent mehr als im Jahre 1960. Bei den Bezirksstellen und bei der zentralen Auskunftsstelle haben im Jahre 1961 in insgesamt 158.013 Fällen Parteien vorgesprochen.

Erwähnenswert scheint es, auf die Tatsache hinzuweisen, daß Wohnungen in den Privathäusern lange Zeit leerstehen. Mit der derzeitigen Gesetzeslage nicht sehr vertraute Wohnungssuchende führen darüber immer wieder Beschwerde und möchten in solchen Fällen stets die Tätigkeit des Amtes in Anspruch nehmen. Sie geben ihrem Unwillen über derartige Vorkommnisse oft sehr heftig in Wort und Schrift Ausdruck.

Einen sehr beträchtlichen Teil der sich neu meldenden Wohnungswerber stellen die Inhaber von Hauswartposten. Entweder handelt es sich um Personen, die wegen ihres Alters oder wegen Krankheit ihren Dienstobliegenheiten nicht mehr ordnungsgemäß nachkommen können, oder um erst vor kurzem aus den Bundesländern zugezogene Personen, die anfangs, um überhaupt nach Wien kommen zu können, mit der meist ungesunden kleinen Dienstwohnung einverstanden sind, jedoch nach einigen Monaten unter Hinweis auf den Raummangel oder die Gesundheitsschädlichkeit der Wohnung um eine Gemeindewohnung ansuchen.

Vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1961 wurden in 6.083 Gemeindewohnungen 17.680 wohnungsbedürftige Personen untergebracht.

Die Vergebung erfolgte an:

		Prozent
763	Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen	12,6
77	obdachlose Familien aus städtischen Herbergen	1,3
430	obdachlose Familien aus Baracken, Schrebergärten und sonstigen Notunterkünften	6,9
473	von Obdachlosigkeit bedrohte Familien	7,8
576	Mieter aus frei zu machenden Objekten (Assanierung und Bauvorhaben der Gemeinde Wien)	9,5
83	Fälle wegen offener Tuberkulose	1,4
1.442	Familien aus überbelegten Wohnungen	23,7
647	Familien aus gesundheitsschädlichen Wohnungen	10,6

127	Ehepaare, die in Ermangelung einer eigenen Wohnung keinen gemeinsamen Haushalt führen konnten	2,1
1.346	Fälle wegen sonstigen sozialen Notstandes	22,1
94	alte Leute oder alleinstehende Personen, die eine große Wohnung gegen eine kleinere wechselten	1,6
25	Ordinationswohnungen, Ärzte und Dentisten	0,4

Außerdem wurden durch Mietvertragsabschlüsse noch weitere 227 Personen in 92 Privatwohnungen untergebracht.

Von den 6.083 zugewiesenen Gemeindewohnungen waren:

3.867	in Neubauten (Erstbezug)	63,6
1.931	in den anderen gemeindeeigenen Häusern (Zwischenkriegsbauten, Alt- und Stiftungshäuser sowie Neubauten ab Zweitbezug)	31,7
285	in mit Fondsmitteln wiederaufgebauten Gemeindehäusern	4,7

Von je 100 untergebrachten Wohnungswerbern waren 9 Bundesangestellte, 10 Gemeindeangestellte, 19 Pensionisten und Rentner, 57 in der Privatwirtschaft Beschäftigte und 5 Angehörige freier Berufe oder andere Berufstätige.

Über die Anzahl der eingewiesenen Personen gibt folgende Tabelle Aufschluß:

	Prozent
Einzelpersonen	17
Familien mit 2 Personen	23
„ „ 3 „	30
„ „ 4 „	19
„ „ 5 „	7
„ „ 6 „	3
„ „ 7 und mehr Personen	1

So wie im Jahre 1960 war auch im Jahre 1961 die Vergebung von Wohnungen gesetzlich nicht mehr geregelt, mit Ausnahme jener Wohnungen, die mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wiederhergestellt wurden, da die bezüglichen Sonderbestimmungen des Neuvermietungsgesetzes auch nach dem 30. Juni 1958 wirksam geblieben sind. Es wurden 275 Fondsmittelwohnungen, und zwar 130 Klein- und 145 Mittelwohnungen, vergeben.

Bei der Zentralen Schlichtungsstelle ist im Jahre 1961 der Akteneinlauf gegenüber dem Vorjahr etwas angestiegen und betrug 642 Akten, der Auslauf 603. Endstand (unerledigte Akten) am 31. Dezember 1961 156 Akten.

Die Ansuchen um Mietwertfestsetzung zur Begründung von Wohnungseigentum sind in ungefähr gleicher Anzahl wie im Jahre 1961 eingelaufen.

Die Zahl der Ansuchen um eine Entscheidung nach § 2 Zinsstoppgesetz und nach § 7 Mietengesetz ist geringfügig gestiegen.

Bei einem Rückstand von 21 Anträgen aus dem Jahre 1960 wurden im Laufe des Jahres 1961 weitere 82 Anträge ehemaliger Nationalsozialisten auf Aufhebung einer vorläufigen Benützungsbewilligung und Freigabe der Wohnung gestellt. Alle Anträge konnten bis auf 10 erledigt werden.

Die Anzahl der Gerichtsanfragen und Rechtshilfefälle hat sich nicht wesentlich geändert.

Von der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland wurden neun Anfragen an den Magistrat über Ansprüche von Entschädigungswerbern auf Grund des Besatzungsschädengesetzes gestellt und erledigt.

Die Einschaltungen im „Amtlichen Wohnungstauschanzeiger" werden weiter geführt. Gegenüber dem Jahre 1960 hat sich die Zahl der Einschaltungen um 209, das sind um ungefähr 20 Prozent und die der Abonnements um 578, das sind um ungefähr 40 Prozent erhöht. Im Jahre 1961 sind acht verschiedene Folgen mit einer Auflage von je 3.800 Stück erschienen. Bemerkt wird, daß immer mehr Mieter von Gemeindewohnungen den Tauschanzeiger für ihre Annoncen benützen, da bei Privatwohnungen in den meisten Fällen die Zustimmung zum beabsichtigten Wohnungstausch vom Vermieter verweigert wird.

SIEDLUNGS- UND KLEINGARTENWESEN

Zufolge der seit 1952 in steigendem Maße bestellten genossenschaftlichen und Einzelbaurechte hat die Verwaltungstätigkeit der Gruppe einen entsprechenden Umfang angenommen. Die Einhaltung der vertraglich festgelegten Nutzungsbedingungen bedingt eine weitgehende Überprüfung und Überwachung. Die in Behandlung stehenden genossenschaftlichen und Einzelbaurechtsverfahren werden nach Beendigung der Vorerhebungen durch Anträge an den sachlich zuständigen Gemeinderatsausschuß zu Ende geführt. Ein Engpaß ist insofern eingetreten, als die jahrelange Ausschöpfung des Grundvorrates der Stadt Wien zur Eigenverbauung und zur Bestellung von Baurechten eine Grundknappheit eintreten ließ, die ein schwer zu lösendes Problem darstellt. Die Nachfrage nach neuen Wohnungen ist ebenso rege wie vordem. Die Grundpreise sind unter dem Einfluß der Spekulation enorm in die Höhe geschnellt.

Die Stadt Wien, die ein auf bestimmte Quanten von Wohnungseinheiten abgestelltes Wohnbauprogramm einhalten will, greift naturgemäß zuerst nach vorhandenen Gründen, um diese zu verbauen. Daher bleiben für eine baurechtliche Besiedlung nur jene Flächen übrig, die qualitativ unter den für das städtische Wohnbauprogramm herangezogenen Gründen liegen. Obwohl durch die Schaffung eines Referates für Baulenkung und Bauvorbereitung in der Stadtbauamtsdirektion grundlegende Fragen hinsichtlich ihrer Lösung zielstrebiger und zügiger behandelt werden, belasten die kostspieligen Aufschließungen (Absiedlung und Baureifmachung der Baufläche, Herstellung von Einbauten, Errichtung von Trafostationen usw.) genossenschaftliche Bauvorhaben auf Baurechtsgründen wesentlich, was sich in der Baukostenbeitragsleistung der zukünftigen Mieter und in der Mietzinsbildung auswirkt.

Die umfangreiche Arbeit der letzten Jahre, die größtenteils nur durch formelle Bauvorhaben der Baurechtswerber, durch die Gestaltung der Rechtsverhältnisse an Grund und Boden, durch Kreditgewährungsmaßnahmen und die Bauplanung diktiert war, zeigt nunmehr ein anderes Bild. In steigendem Maße werden Baurechtswohnhausanlagen fertig und erfüllen bis dahin brachgelegene Lücken des Stadtbildes. Es ist zu hoffen, daß es gelingt, das Problem der Grundbeschaffung zu meistern, um den Gedanken, der Stadt Wien zusätzlich zum städtischen Wohnbauprogramm durch genossenschaftliche Neubauten auf Baurechtsgrund ein neues Gesicht zu geben, weiterzuführen.

Obwohl die Stadt Wien und Genossenschaften unermüdlich tätig sind, in bestimmten Stadtteilen durch Assanierungsbauten längst fällige Althausbestände zum Verschwinden zu bringen, ist hier noch viel Arbeit zu leisten.

Der bereits seit langem bestehende Plan, die in den Jahren 1934 bis 1936 geschaffenen Stadtrandsiedlungen, die von den Siedlern im Rahmen bestandrechtlicher Vereinbarungen genutzt werden, in Einzelbaurechte umzuwandeln, wird nunmehr seit Anfang 1961 verwirklicht. Auf diese Art werden mehr als tausend Bestandrechte in Einzelbaurechte umgewandelt, wodurch dem Randsiedler die Treue zum Boden gelohnt werden soll. Nicht unerwähnt sein sollen

die vielfachen Übertragungen von bestehenden Baurechten auf Erbberechtigte und sonstige Rechtsnachfolger und die Umwandlung von Baurechten in Siedlereigentum durch Kauf der Flächen seitens der Bauberechtigten.

Wie in den Vorjahren hat sich die Gewährung von Fertigstellungskrediten an Einzelsiedler im Rahmen eines Globalkredites an den Österreichischen Siedlerverband neuerlich sehr bewährt. Der Rahmenkredit von 600.000 S war für diese Zwecke bereits Ende Mai 1961 für das laufende Jahr verbraucht, und es wurde eine Erhöhung der bezüglichen Voranschlagspost um 200.000 S bewilligt. Die Rückerstattung der Darlehensbeträge geht klaglos vor sich.

Ende 1961 gab es 217 Anlagen mit 6.299 Ein- und Mehrfamilienhäusern und 13.935 Wohnungen sowie 592 sonstige Räumlichkeiten auf 5,351.178 m² städtischen Grundes.

Zur Erfüllung des städtischen Wohnbauprogrammes mußten zum gesetzlich vorgesehenen Termin 43.993 m² Kleingartenland aufgekündigt werden. Da sich die Kleingärtner, vertreten durch ihre Interessenorganisation und geschützt durch den ihnen gesetzlich gewährleisteten Kündigungsschutz, so lange als möglich wehren, gestalten sich die Verhandlungen zumeist sehr zeitraubend und vor allem schwierig.

Ende 1961 standen dem Generalpächter (Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs) und diversen Einzelpächtern 6,186.280 m² städtischen Grundes zur Verfügung.

Aus einem dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs eingeräumten Rahmenkredit von 200.000 S wurde Kleingartenvereinen die Möglichkeit geboten, der Verbesserung der Anlagen dienende Gemeinschaftsarbeiten (Wasserleitung, Lichtstromversorgung, Einfriedung usw.) zu für jedermann tragbaren Bedingungen vorzunehmen.

Die Not an Bauland und die bei der Magistratsabteilung für Zivilrechtsangelegenheiten laufenden Transaktionen zwingen die Stadt Wien, in erster Linie auf die erntelandmäßig genutzten Flächen zu greifen. Die gegen jederzeitigen Widerruf vergebenen Erntelandflächen erfuhren eine Verringerung, da dringend Flächen für öffentliche Zwecke (Müllverbrennungsanlage, Umspannwerk), für die Errichtung von Wohnbauten usw. benötigt werden. Die Erntelandinhaber erhoffen sich jedoch durch widerrechtliche Ausgestaltung der Erntelandflächen in kleingärtnerischer Art eine Überleitung in das Kleingartenpachtverhältnis und leisten einer Räumung der Flächen immer zäheren Widerstand. Ende 1961 wurden im Bereiche von Wien insgesamt noch 627.300 m² Grund (davon 542.300 m² städtischer Grund und 85.000 m² Privatgrund) als Ernteland geführt.

VERWALTUNG DER STÄDTISCHEN WOHN- UND AMTSHÄUSER

Die neuen Bestimmungen der Verordnung der Wiener Landesregierung vom 17. Jänner 1961 über die Festsetzung des Einheitssatzes für die Kanaleinmündungsgebühr, LGBl. für Wien Nr. 2/1961, die Verordnung des Landeshauptmannes vom 20. Juli 1961, betreffend den Maximaltarif für das Rauchfangkehrergewerbe in Wien (Kehrtarif 1961), LGBl. für Wien Nr. 10/1961, das Landesgesetz vom 20. Oktober 1961 über die Einhebung von Gebühren für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen, LGBl. für Wien Nr. 17/1961, sowie die Verordnung der Bundesministerien für soziale Verwaltung und für Handel und Wiederaufbau vom 10. Februar 1961, mit der statistische Erhebungen über bestehende Häuser und die darin befindlichen Wohnungen und sonstigen Räum-

lichkeiten angeordnet wurden, BGBl. Nr. 38/1961, brachten der städtischen Hausverwaltung eine wesentliche Verwaltungsmehrarbeit.

Im Jahre 1961 betrug der Einlauf an Geschäftsstücken insgesamt 72.539. Ausgelaufen sind im gleichen Zeitraum 76.077 Geschäftsstücke.

Ein trotz Zugang von Mietobjekten zahlenmäßig leichter Rückgang bei dem Ein- und Auslauf an Geschäftsstücken ist vor allem auf durchgeführte Verwaltungsvereinfachungen in der Abteilung zurückzuführen. Auch die durch die Hausinspektoren auf Grund von Mieterbeschwerden an Ort und Stelle vorgenommenen Überprüfungen und die den Mietern hiebei erteilten sachlichen Auskünfte verringern die Anzahl der schriftlichen Mieteransuchen.

WOHNHÄUSER

Die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser umfaßte am Jahresende 1.685 Objekte und Liegenschaften (13.795 Stiegen- und Siedlungshäuser) mit 138.209 Wohnungen und 6.900 Geschäftsräumen. Zu diesen Objekten zählen sechs gemeindeeigene Kirchen und Pfarrhöfe und 77 unverbaute Grundstücke.

Der Wiederaufbau der wegen Kriegsschadens noch unbewohnbar gewesenen Mietobjekte wurde im Jahre 1961 beendet.

Im Bereiche der städtischen Wohnhäuserverwaltung erfolgte im Jahre 1961 ein Zugang von 153 Objekten (Anlagen und Liegenschaften) mit 358 Stiegenhäusern, 4.904 Wohnungen und 398 Geschäftsräumen durch die Übernahme von Neubauten, Adaptierungen, durch Ankauf, Ersteigerungen, Übernahme von anderen Stellen, durch Wiederaufbau auf angekauften Grundstücken und durch Richtigstellungen.

Hievon wurden mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds sechs Neubauten mit 13 Stiegenhäusern, 100 Wohnungen und 93 Geschäftsräumen errichtet. An besser ausgestatteten Bauten wurden 33 Objekte mit 237 Stiegenhäusern, 3.776 Wohnungen und 103 Geschäftsräumen erbaut und schließlich kamen im Jahre 1961 noch zwei weitere Objekte mit 7 Stiegenhäusern, 66 Wohnungen und 25 Geschäftsräumen hinzu. Bis 31. Dezember 1961 wurden von der städtischen Wohnhäuserverwaltung insgesamt 87 Objekte mit 513 Stiegen, 7.821 Wohnungen und 350 Geschäftsräumen mit besserer Ausstattung und weitere 27 Objekte mit 241 Stiegen, 2.342 Wohnungen und 245 Geschäftsräumen, die mit Zuschüssen aus Mitteln des Wohnbauförderungsfonds errichtet wurden, in die Verwaltung übernommen.

In dem angeführten Zuwachs sind jedoch die von der Stadt Wien auf gekauften Ruinengrundstücken aus Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds errichteten Wohnhäuser, die wegen der bei diesen Objekten anzuwendenden Art der Mietzinsbildung den städtischen Althäusern zuzuzählen sind, nicht enthalten; insgesamt war im Jahre 1961 ein Zugang von fünf solchen Objekten mit 19 Stiegenhäusern, 340 Wohnungen und 13 Geschäftsräumen zu verzeichnen.

Durch Verkauf und Tausch, Übergabe an andere Dienststellen, durch Zusammenlegung, Abtragung und anschließende Übergabe an die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Wien wegen Errichtung von Neubauten und schließlich durch Richtigstellungen erfolgte ein Abgang von 105 Objekten (Anlagen und Liegenschaften) mit 80 Stiegenhäusern, 473 Wohnungen und 137 Geschäftsräumen.

Bemerkenswert ist, daß die drei letzten treuhändig verwalteten Häuser durch Ankauf Eigentum der Stadt Wien wurden.

Die Ausstattung der städtischen Wohnhausanlagen mit Gasdurchlauferhitzern und Brause- oder Badeeinrichtungen wurde auch im Jahre 1961 weitergeführt, so daß mit Jahresende 45.994 Wohnungen in städtischen Wohnhäusern mit einem komplett eingerichteten Wohnungsbad versehen sind. Von diesen sind 8.574 mit einer Badewanne ausgestattet.

Die Zahl der in den städtischen Wohnhäusern vorhandenen Personenaufzüge hat sich mit Ende 1961 auf insgesamt 612 Aufzüge erhöht.

Die Aufzüge werden sicherlich dazu beitragen, daß die Menschen in solchen Häusern nicht mehr gezwungen sind, ihre in höheren Geschossen gelegenen schönen Wohnungen gegen tiefer gelegene zu tauschen, wenn sie, durch Alter oder Krankheit bedingt, nicht mehr in der Lage sind, Stiegen zu steigen.

Zum Jahresende 1961 waren insgesamt 15 Wohnhausanlagen mit Zentralheizungsanlagen versehen. Vier dieser Wohnhausanlagen wurden im Jahre 1961 neu bezogen. Die Kosten des Betriebes und der Instandhaltung der Zentralheizungsanlage werden, auf 12 Monate aufgeteilt, den Mietern zur Vorschreibung gebracht.

Für alte Leute standen zum Jahresende 1961 insgesamt 25 Heimstätten mit 52 Stiegenhäusern, 486 Wohnungen und 3 Geschäftsräumen in städtischer Verwaltung.

Die Vermehrung des Wohnraumes im Jahre 1961 durch neugeschaffene städtische Wohnhäuser ist dem Abschnitt „Städtische Wohnhausneubauten", Seite 129, der durch Wiederaufbauten, Wiederinstandsetzungen und durch Umbauten gewonnene Wohnraum ist dem Abschnitt „Wiederaufbau und Instandsetzung", Seite 138, zu entnehmen.

Durch Kauf wurden folgende Objekte erworben:

I., Bartensteingasse 9
I., Bartensteingasse 16
I., Grünangergasse 8
I., Sackgasse 1
I., Sackgasse 2
II., Obere Donaustraße 19
III., Matthäusgasse 3
VI., Brückengasse 2
VI., Loquaiplatz 9
VI., Magdalenenstraße 35
VI., Magdalenenstraße 5 (Anteilhaus)
VI., Magdalenenstraße 16 (Anteilhaus)
VI., Mollardgasse 92
VII., Burggasse 11 (Anteilhaus)
VII., Hermanngasse 2 a
VII., Spittelberggasse 5
IX., Salzergasse 32-34
IX., Wiesengasse 5 (Anteilhaus)
X., Oberes Geiereck K.-Nr. 574
XI., Hallergasse 36
XI., Kaiser-Ebersdorfer Straße 118
XI., Kaiser Ebersdorfer Straße 289-291 (Anteilhaus)
XI., Kaiser-Ebersdorfer Straße 328
XII., Altmannsdorfer Straße 76
XII., Arndtstraße 34
XII., Haebergasse 6
XII., Werthenburggasse 9
XII., Wilhelmstraße 64
XII., Wilhelmstraße 68
XIII., Speisinger Straße 40
XIV., Hüttelbergstraße 26 a
XIV., Linzer Straße 478
XIV., Rosentalgasse 4
XV., Braunhirschengasse 33
XV., Geibelgasse 10
XV., Hollergasse 13
XV., Oelweingasse 25
XV., Ullmannstraße 9
XVI., Friedrich Kaiser-Gasse 89
XVI., Johann Nepomuk Berger-Platz 11
XVI., Wattgasse 13 a
XIX., Kahlenberger Straße K.-Nr. 260
XIX., Krottenbachstraße 53
XIX., Muthgasse 14
XX., Handelskai 48
XX., Klosterneuburger Straße 107
XXI., Anton Störck-Gasse 69
XXI., Brünner Straße 60-62
XXI., Ödenburger Straße 2
XXI., Rautenkranzgasse 31 (Anteilhaus)
XXI., Schöpfleuthnergasse 10
XXIII., Atzgersdorf, Breitenfurter Straße 283
XXIII., Atzgersdorf, Canavesegasse 26
XXIII., Atzgersdorf, Erlaaer Straße 6
XXIII., Atzgersdorf, Josef Österreicher-Gasse 10
XXIII., Atzgersdorf, Meisgeyergasse 8 (Anteilhaus)
XXIII., Liesing, Brüder Heindl-Gasse 5
XXIII., Liesing, Färbermühlgasse E.Z. 830
XXIII., Liesing, Franz Parsche-Gasse 9 (Tausch)
XXIII., Siebenhirten, Freunschlaggasse E.Z. 1.018
XXIII., Siebenhirten, Liesinger Flur 368

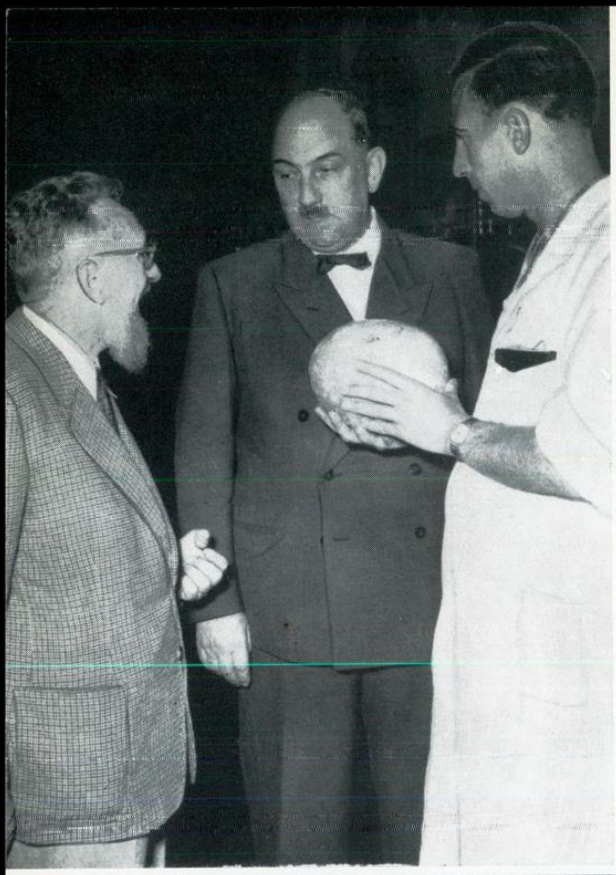


Stadtrat Glaserer referiert vor Wiener Journalisten

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

Verdiente Funktionäre der Wiener Siedlerbewegung erhalten die goldene Ehrenplakette





Stadtrat Bauer bei einer Presseführung im Städtischen Schlachthof St. Marx

Wirtschaftsangelegenheiten

Ein Schnappschuß vom Brunnenmarkt in Ottakring



Der Abgang umfaßte folgende Objekte:

Durch Verkauf:

XXI., Floridusgasse 33
XXI., Johann Knoll-Gasse 34
XXII., Breitenlee Nr. 20
XXIII., Atzgersdorf, Canavesegasse 26

Durch Übergabe an die Siedlungsgruppe:

IX., Liechtensteinstraße 101
XVI., Lambertgasse 13
XIX., Hameaustraße 46
XXIII., Liesing, Brüder Heindl-Gasse 16

Durch Abtragung und Übergabe der Grundstücke an das Liegenschaftsamt:

I., Sackgasse 1
I., Sackgasse 2
XIV., Hadersdorf-Weidlingau, Hauptstraße 43
XVI., Grundsteingasse 55
XVII., Weißgasse 13
XVII., Weißgasse 17
XVIII., Martinstraße 15
XX., Handelskai 48
XXI., Leopoldauer Platz 60
XXIII., Atzgersdorf, Mangasse K.-Nr. 139
XXIII., Atzgersdorf. Meisgeyergasse 20-22
XXIII., Atzgersdorf, Josef Österreicher-Gasse 6
XXIII., Atzgersdorf, Josef Österreicher-Gasse 8
XXIII., Erlaa, Gregorygasse—Mühlbreiten
XXIII., Mauer, Rodauner Straße 1
XXIII., Siebenhirten, Liesinger Flur 368

Durch Abtragung wegen Errichtung von Neubauten:

II., Heinestraße 7
II., Schoellerhofgasse 7-9
III., Erdbergstraße 16
III., Erdbergstraße 18
III., Erdbergstraße 20
III., Kugelgasse 5
III., Rennweg 66
IV., Freundgasse 8
IV., Preßgasse 7
VI., Mollardgasse 92
VI., Wallgasse 1-3
IX., Althanstraße 29-31
X., Brunnweg 4
X., Laaer Berg-Straße K.-Nr. 253/1
X., Laaer Berg-Straße K.-Nr. 253/II
XI., Geystraße 5
XI., Geystraße 7
XII., Aichhorngasse 11
XII., Altmannsdorfer Straße 76
XII., Arndtstraße 32
XII., Hoffmeistergasse 11
XV., Dadlergasse 1-3
XV., Schwendergasse 15
XVI., Ottakringer Straße 217
XVIII., Pötzleinsdorfer Straße 100
XIX., Greinergasse 38
XIX., Greinergasse 40
XIX., Grinzinger Straße 75
XIX., Heiligenstädter Straße 151
XIX., Heiligenstädter Straße 152
XIX., Nußdorfer Lände 47
XIX., Pyrkergasse 18
XIX., Zierleitengasse 32
XXI., Franklinstraße 35
XXIII., Atzgersdorf, Breitenfurter Straße 283
XXIII., Siebenhirten, Ketzergasse 101
XXIII., Siebenhirten, Ketzergasse 103

Durch Übergabe an andere Stellen:

III., Neulinggasse 29
XVI., Ottakringer Straße 163
XIX., Krottenbachstraße 53
XXI., An der Autokaderstraße
XXI., Rußbergstraße 89
XXII., Bretteldorfer Straße 6
XXIII., Liesing, Franz Parsche-Gasse 9

Durch Richtigstellungen:

XIV., Penzinger Straße 59
XV., Dadlergasse 16 a, 16 b

Die Anteilhäuser III., Kleingasse 4, III., Kugelgasse 5, XV., Künstlergasse Nr. 4-6, die treuhändig verwalteten Häuser III., Auenbruggergasse 2, IV., Fran-

kenberggasse 14, IX., Liechtensteinstraße 23, und das ehemalige Stiftungshaus III., Erdbergstraße 18, wurden städtische Althäuser.

Im Jahre 1961 trat keine Änderung der Höhe des Hauptmietzinses ein.

Der Grundzinsberechnung für die mit besserer Ausstattung aus Eigenmitteln der Stadt Wien zur Errichtung gelangenden Bauten werden derzeit jährlich 2 Prozent der Baukosten zugrunde gelegt. Hinzu kommen noch die Betriebskosten, die Grundsteuer sowie etwaige andere Kosten, wie Aufzug oder Zentralheizung.

Ab 1. Juli 1961 wurde in den Wohnhausanlagen mit pauschalierter Betriebskostenverrechnung das Betriebskostenpauschale von bisher 47 Groschen pro Quadratmeter Mietfläche und Monat auf 60 Groschen erhöht.

Die Arbeiten der Magistratsabteilung für Wohnhäuserhaltung beschränkten sich nicht allein auf die reine Erhaltung der Häuser, sondern es wurden auch Verbesserungen an städtischen Wohnhausanlagen, an den Wohnhausgärten, in bestehenden Waschküchen und ähnliches mehr durchgeführt.

Vor allem wurde die Erneuerung der elektrischen Ring- und Steigleitungen in den städtischen Wohnhausanlagen weiter fortgesetzt, um den Mietern eine ungestörte Verwendung elektrischer Geräte zu ermöglichen.

Im Jahre 1961 wurden in den vorhandenen 34 städtischen Wohnhauswäschereien nur kleinere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Sofern hiedurch Betriebstage ausfielen, wurden den hievon betroffenen Mietparteien Ersatzwaschtage zugeteilt.

Vier städtische Wohnhauswäschereien weisen keine Bügelanlagen auf, die übrigen 30 Wohnhauswäschereien enthalten jedoch Bügelanlagen oder Handbügelstände.

Im Jahre 1961 wurden in den städtischen Wohnhäusern außer den schon bestehenden 2.902 Kleinwaschküchen mit maschineller Einrichtung weitere 309 Waschküchen mit moderner maschineller Ausstattung neu in Betrieb genommen. Eine hievon enthält einen elektrisch beheizten Waschautomaten, alle übrigen 308 maschinellen Waschküchen weisen hingegen gasbeheizte Einrichtungen auf. 124 dieser Waschküchen, von denen sich 114 in städtischen Wohnhausneubauten und 10 in wiederaufgebauten städtischen Althäusern befinden, wurden mit halbautomatischen, gasbeheizten, elektrischen Trommelwaschmaschinen, elektrischen Wäschezentrifugen und gasbeheizten, elektrischen Trommelwäschetrocknern ausgestattet.

Weitere 26 Waschküchen entfallen auf nachträglich maschinell eingerichtete Waschküchen des Programms 1960 in älteren städtischen Wohnhäusern, und in den restlichen 158 Waschküchen wurden die vorher kohlenbeheizten maschinellen Einrichtungen durch moderne gasbeheizte ersetzt. Infolge der durchgeführten Modernisierung verringerte sich in der gleichen Zeit der Stand um 233 kohlenbeheizte maschinelle Waschküchen, so daß Ende 1961 den Mietern der städtischen Wohnhäuser insgesamt 2.978 maschinelle Kleinwaschküchen, und zwar 750 mit kohlenbeheizten, 2.223 mit gasbeheizten und fünf mit elektrisch beheizten Einrichtungen, zur Verfügung standen.

Von der vorgenannten Gesamtzahl von 2.978 maschinellen Waschküchen, die am Ende des Jahres 1961 in den städtischen Wohnhäusern gezählt wurden, befinden sich 1.910 in städtischen Wohnhausneubauten und wiederaufgebauten städtischen Althäusern, die restlichen 1.068 Waschküchen wurden hingegen erst in den Jahren 1956 bis 1961 in schon bestehenden städtischen Wohnhausbauten nachträglich maschinell eingerichtet.

Anläßlich der Modernisierung der maschinellen Waschküchen wurden die für Reparaturen schon äußerst anfälligen kohlenbeheizten Waschmaschinen sowie die alten Wäschezentrifugen verschiedener Herstellerfirmen ausschließlich

durch gasbeheizte elektrische Frontal-Trommelwaschautomaten und moderne elektrische Wäschezentrifugen ersetzt. Die Waschleistung dieser Waschautomaten, die das jeweils gewählte Programm ohne jegliche Überwachung selbsttätig durchführen, finden bei den Mietern der städtischen Wohnhäuser vollen Anklang.

Da die Einrichtungsgegenstände einer nichtmaschinellen Waschküche derzeit etwa 1.550 S bis 1.830 S kosten und auch bei Nichtbenützung unbrauchbar werden, würden immer wieder unnötige Inventarerhaltungskosten erwachsen, wenn unbenützte Waschküchen nur deshalb belassen werden sollten, weil irgendeinmal ein Mieter eine solche Waschküche benützen könnte.

Bisher wurden daher 46 Waschküchen ohne maschinelle Einrichtungen in städtischen Wohnhäusern, die überhaupt nicht oder nur selten benützt wurden, aufgelassen und einer anderen Verwendung zugeführt.

Im Jahre 1961 nahm die zusätzliche Inanspruchnahme der städtischen Wohnhauswäschereien mit Tageswaschkarten im Vergleich zum Jahre 1960 um 16 Prozent und jene mit Nachwaschkarten um etwa 2 Prozent ab.

Dagegen stieg der Absatz der Halbtagswaschkarten für die zusätzliche Benützung von maschinellen Kleinwaschküchen in städtischen Wohnhäusern um 71 Prozent.

Ende 1961 standen in den städtischen Wohnhäusern 70 Hausbadeanlagen mit insgesamt 523 Brause- und 294 Wannenkabinen in Betrieb. Zwei weitere Badeanlagen mit je 12 Brausekabinen, die in den Stiegen 22 und 68 der städtischen Wohnhausanlage XII., Am Schöpfwerk 52, gelegen sind, sind seit einigen Jahren wegen zu geringer Frequenz provisorisch stillgelegt, da derzeit mit der auf der Stiege 53 derselben Wohnhausanlage befindlichen Badeanlage das Auslangen gefunden wird.

20 der in Betrieb stehenden städtischen Hausbadeanlagen werden von Wohnhauswäschereien mit Warmwasser versorgt. In weiteren 45 Hausbädern erfolgt die Warmwasserbereitung durch koksbeheizte Warmwasserkessel und in den restlichen fünf Hausbadeanlagen durch Gasöfen oder Gaswasserheizer.

Im Jahre 1961 ist die Zahl der Badebesucher gegenüber der Frequenz im Jahre 1960 von 459.036 um 25.376 auf 433.660 Badegäste zurückgegangen.

Von diesem rund fünfprozentigen Rückgang entfallen 23.140 Badebesucher auf Brausebäder und 2.236 auf Wannenbäder.

Im Jahre 1961 wurden 543 Wohnungstauschansuchen genehmigt. Die Zahl der Kündigungen betrug 179. Außerdem wurden 115 Anträge auf zwangsweise Räumung sowie 20 Räumungsklagen und 14 Mahnklagen eingebracht.

Im Jahre 1961 wurde der Stand der Dauerheimpfleglinge in den Herbergen für Obdachlose von 102 auf 20 reduziert. Der eigene Küchenbetrieb wurde Ende Februar eingestellt und die Verköstigung der Pfleglinge erfolgt seither durch die Küche des Franz Joseph-Spitales.

Das geräumte Familienheim in Mauerbach wurde am 31. Oktober 1961 der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Dienststelle für Vermögenssicherungs- und Rückstellungsangelegenheiten in Wien I., Kleeblattgasse 4, übergeben.

Durch die Skartierung von Altmöbelinventar wurde es möglich, die von der Schulverwaltung gemieteten Räume in der Schule Wien X., Quellenstraße 31, freizumachen und sie wieder zur Verfügung zu stellen.

Die Gesamteinnahmen an Nächtigungs- und Pflegegebühren betrugen im Jahre 1961 721.583 S, hingegen waren im Jahre 1960 noch Einnahmen in der Höhe von 997.481 S zu verzeichnen.

Die Gesamtzahl der Nächtigungen in allen Heimen betrug 557.093.

Die Abbrucharbeiten an dem bombenbeschädigten Kesselhaus und an dem

38 m hohen Schlot im Heim Arsenalstraße haben im Jahre 1960 begonnen und sind weiterhin im Gange.

Um die im alten Kesselhaus untergebracht gewesenen Geräte und Materialien anderweitig lagern zu können, wurde von den Anstaltsprofessionisten ein Magazin gebaut.

AMTSHÄUSER

Am Jahresende verwaltete die Amtsgebäudegruppe 136 gemeindeeigene Objekte, und zwar in Wien 88 Amtshäuser und 41 Häuser für verschiedene Zwecke; dazu außerhalb Wiens sieben Amtshäuser. Außerdem wird noch ein Objekt außerhalb Wiens, das Eigentum der Republik Österreich ist, treuhändig verwaltet.

In diesen Objekten befinden sich außer den Amtsräumen der städtischen Hoheitsverwaltung 85 Hauswart- und 38 Mietwohnungen sowie 63 privat vermietete Geschäftslokale.

Daneben bestehen noch Benützungsrechte an Räumen von gemeindefremden juristischen Personen sowie von städtischen Unternehmungen und von betriebsmäßig veranschlagten städtischen Dienststellen.

Dieser Stand ergibt sich nach dem Abgang eines Amtshauses (XIX., Hofzeile Nr. 15) und zweier Häuser für verschiedene Zwecke (VI., Rahlgasse 2, und XIII., Vinzenz Heß-Gasse 29) sowie nach dem Zugang eines Amtshauses (XXII., Wagramer Straße 96) und dem Zugang von sieben Häusern für verschiedene Zwecke (X., Arthaberplatz ohne Ordnungsnummer, X., Stockholmer Platz ohne Ordnungsnummer, XI., Simmeringer Hauptstraße 295, XIV., Spallartgasse 7—Matzingergasse 6, XIX., Heiligenstädter Straße 155, XXI., Siemensstraße 17-19, XXI., Prager Straße 31).

Am Jahresende waren noch drei Ämter in gemeindefremden Häusern untergebracht, weiters bestanden noch 166 Benützungsrechte städtischer Dienststellen der Hoheitsverwaltung in städtischen Baulichkeiten, und zwar in städtischen Wohnhäusern, Siedlungen, Schulen, Krankenanstalten, in Objekten anderer städtischer Dienststellen sowie der städtischen Versicherung und der Gebietskrankenkasse.

HAUSBESORGER

Für die Betreuung der von der städtischen Wohnhäuserverwaltung verwalteten Wohnhäuser und Wohnsiedlungen waren Ende 1961 insgesamt 3.328 Hausbesorger bestellt, davon 2.869 Hausbesorger in Wohnhausanlagen, 60 Hausbesorger in Wohnsiedlungen und 399 Hausbesorger in Althäusern.

An Sozialversicherungsbeiträgen für die städtischen Hausbesorgerinnen, Badewarte und sonstigen Versicherten wurde ein Betrag von 6,074.168 S an die Wiener Gebietskrankenkasse und 6.453 S an die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse abgeführt.

WIRTSCHAFTSANGELEGENHEITEN

MARKTWESEN

Durch eine mit Wirkung vom 1. Juli 1961 in Kraft getretene Kundmachung des Bundesministeriums für Inneres vom 28. Juni 1961 wurden Rahm und Obers und die nachstehend angeführten Sachgüter, welche zu den Warengattungen „Kuhmilch jeder Art mit Ausnahme von Kondensmilch, Topfen, Käse aus Kuhmilch mit Ausnahme von Streichkäse und Margarinestreichkäse sowie garniertem Liptauer" gehören, vom Anwendungsbereiche des Preisregelungsgesetzes 1957 ausgenommen. Hiezu gehören Schokolademilch, Kakaomilch, frisch und steril, Yoghurt, Diätbuttermilch, Diätsauermilch, Schwedenmilch, Fru-Fru, Fruchtmilch aller Art, Sterilmilch, Vitaminierte Milch, Vollmilchpulver, Magermilchpulver, Fettmolke und Magermolke, Speisetopfen einschließlich Diättopfen und Frischkäse aller Art.

Durch die gleichfalls mit Wirkung vom 1. Juli 1961 in Kraft getretene Kundmachung des Bundesministeriums für Inneres vom 28. Juli 1961 wurde ferner auch Weißkleingebäck, geformt und ungeformt, vom Anwendungsbereiche des Preisregelungsgesetzes 1957 ausgenommen.

Für das Marktamt ergab sich daher die Notwendigkeit, nunmehr auch die „ortsüblichen Preise" der vorangeführten Waren zu erfassen und ihnen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Auf Grund eines beim Marktamt eingebrachten Antrages des Markthelferdienstes Wien III., St. Marx, auf Erhöhung der Markthelfertarifsätze auf dem Wiener Zentralviehmarkt in St. Marx wurden eingehende Verhandlungen gepflogen. Schließlich wurde ein Übereinkommen zwischen allen beteiligten Interessentengruppen, dem Markthelferdienst und der Gewerkschaft erzielt. Dieses Übereinkommen sah eine zehnprozentige Erhöhung der bisher geltenden Tarifsätze über die Entlohnung der Markthelfer des Zentralviehmarktes vor, wobei jede einzelne Tarifpost nach Durchrechnung unter Zugrundelegung einer im allgemeinen freizügigen Aufrundung neu festgesetzt wurde. Diese Regelung wurde sodann vom Magistrat genehmigt. Durch den erfolgreichen Abschluß der Tarifverhandlungen war der weitere ruhige Ablauf des Marktgeschehens auf dem Wiener Zentralviehmarkt gesichert. Die verhältnismäßig geringe Erhöhung der Markthelferentgelte hatte auch keine nachteiligen Folgen bei der Fleischpreiserstellung.

Im Jahre 1961 war das Marktamt mit der Ausarbeitung des Entwurfes einer neuen, für sämtliche Wiener Märkte — mit Ausnahme des Zentralviehmarktes — geltenden Marktordnung befaßt. Um eine den Belangen einer zeitgemäßen Marktverwaltung und den modernen Markterfordernissen angepaßte Marktordnung zu schaffen und zweckentsprechende, nicht nur für gegenwärtige, sondern — soweit übersehbar — auch für zukünftige Verhältnisse passende Bestimmungen zu erlassen, waren zahlreiche eingehende Besprechungen notwendig.

LEBENSMITTELPOLIZEI UND IMPORTKONTROLLE

Bei Ausübung der lebensmittelpolizeilichen Kontrolle wurden im Jahre 1961 18.742 Lebensmittelkleinhandels- und 1.630 Lebensmittelgroßhandelsbetriebe,

ferner die Verpflegsstellen des österreichischen Bundesheeres, die der städtischen Kindergärten und zahlreiche sonstige Betriebe, in denen Lebensmittel und Waren, die den Bestimmungen des österreichischen Lebensmittelgesetzes unterliegen, erzeugt, verarbeitet oder verkauft wurden, überprüft. Hiebei wurden 34.859 Proben der verschiedensten Art entnommen und untersucht. Unter ihnen befanden sich 11.638 Milchproben und 1.034 Proben von Molkereiprodukten, die in Milchverkaufs- und -sammelstellen, in Molkereien und landwirtschaftlichen Betrieben und bei der „Schulmilchaktion" gezogen wurden. Der gemeinsam mit der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien durchgeführte Kontrolldienst wurde planmäßig fortgesetzt. Hiebei wurde die von allen in Wien befindlichen Molkereien in den Verkehr gebrachte Milch (mit Fettgehalt 3,6 Prozent sowie Babymilch und Yoghurt), wie sie in den Kleinverkaufsstellen an die Verbraucher abgegeben wurde, bakteriologisch untersucht.

Auch Schlagobers, dessen Beschaffenheit in bakterieller Hinsicht nicht immer befriedigend war, wurde zu Beginn des Jahres 1961 häufiger kontrolliert.

Die seit vielen Jahren im Wiener Marktamte durchgeführten Qualitätsprüfungen von Brot und Würsten wurden im Jahre 1961 gemeinsam mit der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien und den zuständigen Berufsvertretungen (bei Würsten auch unter Mitwirkung eines tierärztlichen Sachverständigen) fortgesetzt. 935 Brote und 710 Würste wurden kommissionell begutachtet.

Daneben erfolgten Überprüfungen und Voruntersuchungen von Lebens- und Genußmitteln im Laboratorium des Marktamtes. So wurden im Jahre 1961 3.325 Proben der verschiedensten Art hinsichtlich ihrer Qualität beurteilt. In Bemängelungsfällen wurde entweder die sofortige Probeneinsendung an die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung oder eine neuerliche eingehende Revision des Betriebes in Hinsicht auf die bemängelte Warenart veranlaßt.

Die Weinkontrolle wurde auf breiter Basis fortgesetzt. Von insgesamt 3.338 Weiß- und Rotweinproben wurden 2.415 einer Untersuchung im eigenen Laboratorium des Marktamtes unterzogen und 923 der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien zwecks allfälliger Anzeigenerstattung direkt übermittelt. Von den voruntersuchten 2.415 Proben wurden weitere 598 Proben der genannten Untersuchungsanstalt zugesandt.

Die seit mehreren Jahren gesteigerte Kontrolle der Weinbranderzeugnisse hat zu einer merklichen Qualitätsverbesserung dieser Produkte geführt. Es wurde daher die vermehrte Kontrolle auch auf andere Spirituosen (Whisky usw.) ausgedehnt.

Zur Verhinderung der Schädigung menschlicher Gesundheit durch verdorbene oder gesundheitsschädliche Pilze wurde die amtliche Pilzbeschau durchgeführt, wobei alle über die Wiener Märkte in den Verkehr gebrachten Schwämme im Gewichte von rund 313.400 kg begutachtet wurden. Auch im Jahre 1961 ist es, so wie schon seit vielen Jahren, dank dieser Tätigkeit zu keiner einzigen Erkrankung nach dem Genuß von auf offenen Märkten gekauften Pilzen gekommen. Zu dieser amtlichen Beschau kam noch die Tätigkeit der Pilzsammler-Beratungsstellen des Marktamtes, die insbesondere zur Schwämmezeit von zahlreichen Interessenten vielfach in Anspruch genommen wurden. Auch die Pilzausstellung und die ständige warenkundliche Ausstellung in der Marktamtsdirektion wiesen wieder einen zahlreichen Besuch auf. Für Schulen, vor allem Fach- und höhere Haushaltschulen, wurden überdies noch fachliche Führungen, verbunden mit Vorträgen über Lebensmittel- und Ernährungskunde sowie über die amtliche Lebensmittelkontrolle, durchgeführt. Solche Vorträge wurden auch bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen, Berufs-

weiterbildungskursen usw. von fachkundigen Beamten des Marktamtes gehalten und so ein Beitrag zur Schulung von Fachkräften und zur Konsumentenberatung geleistet.

Die Kontrolle kosmetischer Präparate der Erzeugungs-, Handels- und Friseurbetriebe im Sinne des Lebensmittelgesetzes wurde fortgesetzt und so die Verbraucherschaft vor etwa nicht einwandfreien Artikeln dieser Branche geschützt.

Die lebensmittelpolizeiliche Kontrolltätigkeit erfuhr eine wertvolle Unterstützung durch die Begutachtung im Rahmen der Importkontrolle. Hiebei erfolgte die Überprüfung der Waren noch vor ihrer Verteilung an die Händler. Auf diese Art wurden nicht nur die Interessen der Verbraucher gewahrt, sondern auch der Import- und Großhandel über die Beschaffenheit der Ware rechtzeitig informiert. Die Mitarbeit der Zollämter, die auf kurzem Wege das Marktamt vom Eintreffen ausländischer Waren verständigen, und der enge Kontakt mit den Marktämtern und Lebensmittelpolizeidienststellen der Bundesländer waren wesentliche Voraussetzungen für die klaglose und vor allem zeitgerechte Durchführung der Importkontrolle.

Ein reiches Arbeitsgebiet bildete die Kontrolle importierter Eiprodukte (Eigelbpulver, kristallisiertes Albumin, Gefriervollei usw.). Es sei festgestellt, daß mangelhafte und im Sinne des Lebensmittelgesetzes zu beanstandende Ware, nicht zuletzt dank der gemeinsam mit der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien rigoros durchgeführten Kontroll- und Untersuchungstätigkeit, in wesentlich weniger Fällen als im Jahre 1960 eingeführt wurde. Dennoch durfte aber auch im Jahre 1961 diese Revisionstätigkeit keine Einschränkung erfahren, da diese Warenart in lebensmittelpolizeilicher Hinsicht nach wie vor besondere Aufmerksamkeit erfordert. Die Kontrolle dieser Waren stellte auch in quantitativer Hinsicht große Anforderungen an das Marktamt. Wurden doch im Jahre 1961 von einer einzigen, allerdings der größten Importfirma rund 170.000 kg dieser Eiprodukte auf den Markt gebracht.

Bei der Importkontrolle wurden auch rund 900 t Importspeck — zur Erzeugung von Schmalz bestimmt — sowohl vorher als auch nachher einer entsprechenden Qualitätsbeurteilung unterzogen.

Trotz des Bestrebens der Marktamtsbeamten, durch rechtzeitiges Eingreifen und entsprechende Beratung Unzukömmlichkeiten von vornherein auszuschalten, und trotz Bereitwilligkeit eines großen Kreises von Gewerbetreibenden, alle einschlägigen Vorschriften zu beachten, mußten 1961 doch 713 Anzeigen im Sinne des Lebensmittelgesetzes, und zwar 652 an Gerichte und 61 an Verwaltungsbehörden, erstattet werden. Groß ist auch die Zahl jener Proben, deren Beschaffenheit nach Untersuchung zu einer Beanstandung zwar noch nicht ausreichte, wobei die Waren aber nur nach einem entsprechenden Bearbeitungsprozeß oder unter Erteilung bestimmter Auflagen dem allgemeinen Verkehr wieder zugeführt werden konnten.

PREISKONTROLLE UND PREISBILDUNG

Nach Wegfall der meisten preisgesetzlichen Bestimmungen war dem Marktamte eine Einflußnahme auf die Preisbildung nur im geringen Maße möglich. Die einzige Möglichkeit, erheblichen Preisüberschreitungen entgegenzuwirken, bot die im Preistreibereigesetz verankerte Rechtsregel der „ortsüblichen Preise". Darüber hinaus war das Marktamt durch Einflußnahme auf Erzeuger und Händler stets bestrebt, das Preisniveau auf einer entsprechenden Basis zu halten. Der ständigen Aufzeichnung der „ortsüblichen Preise" sowie der Kontrolle ihrer tatsächlichen Einhaltung war daher ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Im Zusammenhang mit der Preisbeobachtung sei noch auf die Wichtigkeit der durch das Marktamt allwöchentlich festgestellten „ortsüblichen Preise" in bezug auf Preisangelegenheiten, die von den zuständigen Stellen an die „Paritätische Kommission für Preisangelegenheiten" und an deren Unterausschuß herangebracht wurden, hingewiesen.

Weiters darf auch noch auf den großen Wert einer einwandfreien und richtigen Preisnotierung verwiesen werden, die jederzeit über die geltenden Preise wichtiger Lebensmittel und Verbrauchsgüter objektiv Auskunft gibt. Das Marktamt verfaßte und veröffentlichte daher zu diesem Zwecke unter anderem auch wöchentlich einen Ausweis, in dem die Preise nahezu aller wichtigen Lebensmittel und vieler Verbrauchsgüter angeführt sind. Außerdem erschien gleichfalls wöchentlich ein sogenannter „Vorbericht" in gekürzter Form jeweils bereits am Wochenende, der schon in diesem Zeitpunkte eine gewisse Vorausschau für die Entwicklung und den voraussichtlichen Ablauf des Marktgeschehens in der folgenden Woche ermöglicht.

Zur Orientierung der Wiener Hausfrauen erfolgt weiters täglich eine Durchsage im Rundfunk, in der die auf dem Wiener Naschmarkt geltenden Verbraucherpreise der wichtigsten Gemüsesorten verlautbart wurden. Es war so den Konsumenten die Möglichkeit gegeben, sich über die Preise der wichtigsten Gemüsesorten zu informieren. Hiedurch und auch durch Erteilung fachlicher Auskünfte an Konsumentenberatungsstellen in konkreten Fällen hofft das Marktamt, auch auf dem Gebiete der Konsumentenberatung positive Arbeit geleistet zu haben. Schließlich sei noch auf die Mitarbeit des Wiener Marktamtes bei der Erstellung der „Amtlichen Österreichischen Preisstatistik" (Verbraucherpreisindex des Österreichischen Statistischen Zentralamtes) hingewiesen. Es mußten hiebei allmonatlich in etwa 200 Kleinhandelsbetrieben die Verbraucherpreise für rund 110 verschiedenartige wichtige Artikel, wie Lebens- und Genußmittel, Bekleidungsgegenstände, Schuhe, Geschirr usw., festgestellt und statistisch erfaßt werden.

MARKTBEOBACHTUNG UND VERSORGUNGSANGELEGENHEITEN

Die ständige Marktbeobachtung und die damit verbundene Beurteilungsmöglichkeit der Verhältnisse auf dem Importwarensektor gaben dem Marktamte insbesondere bei Obst und Gemüse die Möglichkeit, bei den zuständigen Bundesministerien im Interesse einer klaglosen Versorgung der Wiener Bevölkerung mit wichtigen Lebensmitteln vorstellig zu werden und nötigenfalls rechtzeitig Abhilfe zu erwirken. In diesem Zusammenhange sei auch auf die Tätigkeit des Ausschusses zur Beratung der für die Aus- und Einfuhr von Obst und Gemüse zuständigen Bundesministerien hingewiesen, in welchen neben den in Betracht kommenden Kammern auch das Wiener Marktamt vertreten ist.

GEWERBEPOLIZEILICHE ANGELEGENHEITEN

Die im Stadtgebiet von Wien befindlichen Gewerbebetriebe wurden gewerbepolizeilich von Organen des Marktamtes überprüft. Auch der Hausier- und Wanderhandel sowie diverse Ausstellungen und Veranstaltungen wurden überwacht.

Das Marktamt ist ferner auf Grund von Erhebungen in den verschiedenen Gewerbebetrieben jederzeit in der Lage, den Gewerbebehörden aller Instanzen Auskünfte über die Wirtschaftslage der einzelnen Gewerbezweige zu erteilen. Bezüglich des Umfanges der Gewerberechte wurden in enger Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen für Gewerbewesen und für rechtliche Verkehrsangelegenheiten zahlreiche Anfragen erledigt. Infolge der ständig steigenden

Industrialisierung und Technisierung treten auch in gewerblicher Hinsicht immer wieder neue Probleme und Anfragen auf, bei denen das Marktamt zu Stellungnahmen und Gutachten beigezogen wird. Auch hinsichtlich der angestrebten Neugestaltung des Betriebsanlagerechtes wurden wie seit Jahren zusätzliche Vorschläge ausgearbeitet.

Zum gewerbepolizeilichen Erhebungs- und Überwachungsdienst gehören Stellungnahmen zu Dispensansuchen, Verpachtungsanzeigen, Standortverlegungen, Gutachten über Lokaleignungen sowie Lokalbedarfsfragen, Überprüfungen der Fabriksmäßigkeit von Unternehmen und der in Liquidation befindlichen Betriebe, weiters Betriebskontrollen im Sinne der Ausverkaufsordnung, der Sperrzeiten und des Sonn- und Feiertagsruhegesetzes. Die Erstattung von Gutachten bei Dispensansuchen und sonstigen Gewerbeanmeldungen erfordern oft umfangreiche Erhebungen im gesamten Stadtgebiet.

Im Jahre 1961 wurden von den Bezirksabteilungen und der Marktamtsdirektion insgesamt 27.650 Aktenerledigungen im Sinne der Gewerbeordnung durchgeführt.

Die Marktamtsorgane waren auch im Jahre 1961 mit der Überwachung der unbefugten Abgabe von geschützten Pflanzen auf den Straßen und in einschlägigen Betrieben des Stadtgebietes betraut. In den Tierhandlungen wurden Kontrollen wegen des Feilhaltens geschützter Tierarten vorgenommen. Schließlich wurden in Stadtrandgebieten bei Weinhauern wiederholt Erhebungen wegen Gefährdung der Kulturen durch geschützte Vogelarten durchgeführt und Gutachten hinsichtlich der Freigabe des Abschusses dieser Vogelarten abgegeben.

EICHWESEN

Auch im vergangenen Jahr hat das Marktamt die Verlautbarung der wichtigsten Bestimmungen des Maß- und Eichgesetzes 1950 und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen im Wege der Presse veranlaßt, um Beanstandungen der Geschäftsleute wegen Außerachtlassung der Eichvorschriften nach Tunlichkeit zu vermeiden. In dieser Verlautbarung wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß die Einhaltung der eichrechtlichen Vorschriften durch das Marktamt ständig kontrolliert wird. Das Ergebnis jeder dieser Kontrollen wurde der Eichbehörde im Sinne des Maß- und Eichgesetzes 1950 zur Kenntnis gebracht. Es kann gerechnet werden, daß in einem Zeitraum von jeweils zwei Jahren die in Wien etablierten rund 55.000 Betriebe mindestens einmal im Sinne der bestehenden Eichvorschriften überprüft werden.

Das Marktamt hat im Jahre 1961 insgesamt 1.035 Anzeigen nach dem Maß- und Eichgesetz erstattet.

STRASSENSTÄNDE

Die Erteilung der Bewilligung zur Aufstellung transportabler Straßenstände mit Ausnahme der sogenannten Zeitungsstände, die sich mit dem Vertrieb periodischer Druckschriften befassen, obliegt dem Marktamt. Vor Erteilung einer derartigen Bewilligung ist jedoch in allen Fällen das Einvernehmen mit den beteiligten Dienststellen, wie Bezirksvorstehung, Verkehrsbehörden, den Magistratsabteilungen für Architektur, für technische Verkehrsangelegenheiten, der Liegenschaftsverwaltung, dem Stadtgartenamt und den Verkehrsbetrieben zu pflegen. Da eine Bewilligung nur nach Zustimmung aller Beteiligten erteilt wird, ist dafür gesorgt, daß die Verkehrssicherheit, die Stadtbildpflege und alle sonstigen einschlägigen öffentlichen Interessen gewahrt bleiben.

Trotz des ständig zunehmenden Straßenverkehres und der Errichtung der großen Verkehrsbauten im Bereiche der Ringstraße (Schottentor, Bellaria,

Babenbergerstraße) verminderte sich die Zahl der in Wien bestehenden transportablen Straßenstände nur unwesentlich und betrug Ende 1961 305. Neuansuchen um Bewilligung zur Aufstellung solcher Stände mußten von den Verkehrsbehörden fast ausnahmslos abschlägig begutachtet werden, da in den Ansuchen zumeist Standorte mit lebhaftem Passanten- und Straßenverkehr bevorzugt wurden.

MARKTVERWALTUNG

Einen bedeutenden Raum nimmt die Tätigkeit des Amtes auf dem Gebiete der Marktverwaltung ein. Insgesamt 39 Märkte unterstehen der Verwaltung des Marktamtes, von denen der Zentralviehmarkt und die Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, neben den Obst- und Gemüsegroßmärkten für die Versorgung der Stadtbevölkerung besonders hervorgehoben werden müssen. Mit der reibungslosen Abwicklung der sich hieraus ergebenden Aufgaben sind außer der Zentralstelle 23 Bezirksabteilungen befaßt. Ferner unterstehen der Verwaltung des Marktamtes noch 9 Hallen, 3 Magazinsgebäude, 41 Verwaltungs-, Betriebs- und Stallgebäude, 10 Wirtschaftsgebäude, 14 Straßenbrückenwaagen sowie die zahlreichen zur Abwicklung des Marktverkehres bestimmten Fleisch-, Schweine- und Rinderwaagen mit Fernablesevorrichtung auf dem Zentralviehmarkt und in der Großmarkthalle und schließlich 7 Bedürfnisanstalten. Die umfangreichste Anlage ist zweifellos der Zentralviehmarkt mit einem Areal von 258.391 m², wovon 104.222 m² verbaut sind. Außer dem Zentralviehmarkt ist die Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, mit einem Flächenausmaß von fast 15.000 m² für die Fleischversorgung der Stadt Wien von überragender Bedeutung. Abgesehen vom Zentralviehmarkt verfügen die übrigen Märkte zusammen über rund 3.100 Marktstände, von denen 944 der Stadt Wien gehören. Sie gliedern sich in drei Großmärkte (Naschmarkt, Schwendermarkt und Yppenmarkt), drei Spezialmärkte (Großmarkthalle, Zentralfischmarkt und Blumengroßmarkt), drei Detailmarkthallen und 29 Detailmärkte.

Neben diesen dauernd zu verwaltenden Märkten sind noch Gelegenheitsmärkte, wie der Fasten-, der Firmungs-, der Christkindlmarkt, die Allerheiligen- und Weihnachtsmärkte sowie Kirchweihfeste usw. zu betreuen.

In Zusammenarbeit mit dem Marktamt hat der Stadtplaner einige Vorschläge ausgearbeitet, um in Anpassung an die in der Umgebung von Märkten entstandenen oder bereits im Bau befindlichen modernen Wohnhausbauten und zur Entlastung der im steigenden Maße angespannten Verkehrslage, einige Marktanlagen zu modernisieren und zu verlegen.

Vor allem standen zwei Projekte im Vordergrund: Die Verlegung und der Neubau des Vorgartenmarktes im 2. Bezirk und der Umbau des Hannovermarktes im 20. Bezirk. Bezüglich dieser beiden Projekte waren im Jahre 1961 seitens des Marktamtes zahlreiche Besprechungen abzuhalten und verschiedene markttechnische Planungsarbeiten erforderlich.

Schon im Herbst 1961 konnte der Neubau des Vorgartenmarktes auf dem hiefür vorgesehenen Gelände des Reservegartens, entsprechend dem Strukturplan des Stadtplaners und nach Beistellung erheblicher finanzieller Mittel, begonnen werden.

Für den Umbau und die Modernisierung des Hannovermarktes wurden vom Marktamt die Möglichkeiten geprüft, die für die Anpassung des Marktes an seine Umgebung in Frage kommen. Es konnte ein Planentwurf ausgearbeitet werden, der den vollkommenen Neubau des Marktes auf dem Platz des bestehenden Marktes ermöglichen soll. Geplant ist die Errichtung der neuen Markt-

anlage in mehreren Baustufen, um den Marktverkehr des bestehenden Marktes nicht zu sehr zu beeinträchtigen.

Mit dem Ersatz der beim Wiederaufbau im Jahre 1946 verwendeten Aluminiumleitungen, die der Versorgung mit elektrischer Energie des durch Kriegseinwirkung teilweise zerstörten Viktor Adler-Marktes dienten, wurde nicht nur der Stromverlust, sondern auch die größere Reparaturanfälligkeit der schadhaften Leitungen behoben. Auf dem Meiselmarkt wurde mit dem Ausbau des Kanalsystems begonnen, weil hier die Entwässerung der leicht abfallenden Marktfläche noch zum Großteil oberflächlich erfolgt, während auf dem Gersthofer Markt die brüchigen Ziegelabläufe durch Rohre ersetzt und die an der Verkehrsfläche aufgetretenen Schäden beseitigt wurden. Bemerkenswert sind ferner die Aufwendungen für die Instandhaltung und die Instandsetzung der Verkehrsflächen und der stadteigenen Marktstände auf dem Naschmarkt, wie auch die 1961 vollendete Umschaltung der elektrischen Anlagen des Naschmarktes von Gleich- auf Drehstrom.

Die Fertigstellung des durch Kriegseinwirkung beschädigten Parteiengebäudes I auf dem Zentralviehmarkt konnte vollendet werden. Es wurde damit einem fühlbaren Mangel an geeigneten Büroräumen teilweise abgeholfen und damit das Gebäude wieder einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt. In diesem Zusammenhang ist die Adaptierung der Betriebsräume der Gastwirtschaft, bei welcher besonders die Verlegung der Küche auf Straßenniveau hervorzuheben ist und der Ersatz der schadhaften, im Hausflur und auf Gängen gelegenen Steinplatten durch Terrazzoböden im Verwaltungsgebäude, erwähnenswert. Mit der Ausstattung von 14 Auswiege- und Registriergeräten, Viehwaagen der Type S, deren Konstruktion mehr als 30 Jahre alt und überholt ist, mit Fernablesevorrichtung, sind nunmehr sämtliche 24 Viehwaagen dieser Type mit solchen Geräten versehen, so daß in Hinkunft Reklamationen und Unstimmigkeiten zwischen Käufer und Verkäufer wegen Gewichtsdifferenzen kaum zu erwarten sein dürften. — Neben vielen Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten kleineren Umfanges ist besonders der Umbau der hölzernen Trennwände auf Torkretwände, der Umbau der Holztüren auf Eisentüren und die Nacheichung der zahlreichen Viehwaagen von Bedeutung. Nicht weniger bedeutsam ist der Einbau einer Entnebelungsanlage in der Autodesinfektionshalle auf dem Zentralviehmarkt.

Wie alljährlich wurde auch 1961 die Kühl- und Gefrieranlage der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, instandgesetzt. Im Zuge dieser Überholung und Instandsetzung wurde festgestellt, daß die vor der Jahrhundertwende eingebauten undicht gewordenen Rohre der beiden Kühlsysteme der Erneuerung bedürfen. Ein Ersatz beider Systeme zur gleichen Zeit war auf Grund technischer Erwägungen untunlich. Es wurde deshalb ein System angeschafft und arbeitsmäßig so weit vorbereitet, daß der Tausch innerhalb kürzester Zeit ohne Verzögerung anläßlich der kommenden Überholung im Jahre 1962 durchgeführt werden kann. Beim Umbau der Ungarbrücke mußte auch die anschließende Ladestraße den neuen Verhältnissen angepaßt, erneuert und instandgesetzt werden. Neben den laufenden Instandsetzungsarbeiten an technischen Anlagen, an Gas-, Wasser- und Elektroanlagen ist die Aufstellung einer Zentralheizung in den Amtsräumen der Marktamtsabteilung für die Großmarkthalle hervorzuheben.

Auf dem Landparteienplatz der Viktualienhalle wurden sechs neue Gitterstände errichtet. Dadurch konnten manche Übelstände, wie unhygienische Lagerung von Lebensmitteln, Verstellung der Durchgänge usw., behoben werden.

Schließlich soll erwähnt werden, daß für zehn Marktamtsabteilungen Kühlschränke mit einem Inhalt von je 50 Liter angeschafft werden konnten. Es

wurde damit die Möglichkeit geschaffen, leicht verderbliche Lebensmittelproben, die nicht sofort der Untersuchungsanstalt übermittelt werden können, einwandfrei zu lagern.

VETERINÄRWESEN

Im Jahre 1961 wurden der Umbau und die Vollautomatisierung der Kühlanlage im Auslandsschlachthof begonnen. Die zwei Kompressoren haben eine Stundenleistung von je 3.000 Kalorien und sind mit zwei Elektrodrehstrommotoren von je 120 PS gekoppelt. Die Motoren der Ventilatoren blieben erhalten, bekamen aber neue Schaltgeräte. Ferner wurden vier Ammoniakpumpen mit zusammen 4 PS montiert, von denen je zwei in Betrieb stehen, um eine kontinuierliche Kühlung der leicht verderblichen Fleischwaren zu gewährleisten. Der Umbau der Anlage war wegen des Alters der Anlage (40 Jahre) einerseits und der damit verbundenen höheren Aufwendung für die Instandsetzung notwendig, andererseits war auch die Druckminderung der Hochdruckdampfkessel beabsichtigt.

Außerdem muß noch das unwirtschaftliche Arbeiten der alten Anlage ins Kalkül gezogen werden. Die umgebaute Anlage hat als Kälteträger nicht mehr Kohlensäure, sondern Ammoniak. Der Kühlbetrieb mit Ammoniak verbraucht weniger elektrische Energie und weniger Kühlwasser. Außerdem entfällt künftighin bei einem vollautomatischen Betrieb die Bezahlung der Nebengebühren, auch ist bis zu einem gewissen Grad eine Personalreduzierung möglich.

Beim Umbau der Kuhlanlage wurde eine Wasseruntersuchung eines bestehenden Brunnens durchgeführt, welche die Verwendbarkeit als Trinkwasser ergeben hat. Dieses Wasser wird nun an Stelle von Hochquellenwasser zur Kühlung im Berieselungskondensator und nachher nach weiterer Erwärmung als Brühwasser bei der Schweineschlachtung verwendet, wodurch im Bereich des Auslandsschlachthofes der Bedarf an Hochquellenwasser und elektrischer Energie bedeutend gesenkt werden konnte.

Weiters wurde so wie im Jahre 1960 für den Rinderschlachthof nun auch im Auslandsschlachthof ein Kärcher-Reinigungsgerät angeschafft, das für die Reinigung und Desinfektion der Stallabteilungen und der Schlachthallen dringend benötigt wurde.

Schließlich wurden 16 Elektroschlachtwinden zum Einbau in die Pferdeschlachtbrücke angekauft.

Im Rinderschlachthof wurde die Schlachthalle I während mehrerer Monate zur Installation der Elektroschlachtwinden außer Betrieb gesetzt. Die lange Arbeitsdauer ist darauf zurückzuführen, daß umfangreiche Baumeisterarbeiten notwendig waren. Es mußten wegen der Montage der Elektrowinden Mauerpfeiler verstärkt und unterfangen, Türöffnungen verkleinert sowie elektrische Leitungen verlegt und verstärkt werden. Schließlich wurde wegen entsprechender Reinhaltung ein Terrazzowandbelag aufgezogen.

Da die Beleuchtungsanlage in der Schlachthalle I veraltet und zu schwach war, wurde eine Leuchtstoffröhrenbeleuchtung wie in der Schlachthalle II installiert. Die Leuchtstoffröhren haben gegenüber Glühlampen den Vorteil, daß sie nicht nur einen Lichtkegel mit angrenzendem totalem Schattenmantel liefern, sondern auch im Winter bei besonders starker Nebelbildung noch immer durchdringendes Licht geben. Auch bezüglich der besten Farbwiedergabe, die zur Untersuchung der Tierkörper von wesentlicher Bedeutung ist, wurden nach verschiedenen Versuchen sehr gute Ergebnisse erzielt.

In der Zentraldarmwäscherei des Rinderschlachthofes wurden von den Parteien zahlreiche Darmputzmaschinen neu aufgestellt. Da diese Maschinen sehr viel Wasser zu ihrem Betrieb benötigen, war die Warmwasserbereitungsanlage

mit einer Stundenleistung von 3,5 m³ 40grädigem Wasser den Anforderungen nicht mehr gewachsen. Deshalb wurde ein neues Aggregat mit eingebauter Gasfeuerung errichtet und die Anlage so geschaltet, daß jeder Speicher und Kessel getrennt abgesperrt, zu- oder abgeschaltet werden kann.

Nach der Auflösung der Freibankfiliale am Columbusplatz mußte seit 1958 der Verkauf des Freibankfleisches über die Verkaufsstelle im Schweineschlachthof abgewickelt werden. Diese Verkaufsstelle hat sich aber in der Folge als unzweckmäßig und viel zu klein erwiesen. Nun wurden die Verkaufsstelle und ein Parteienwarteraum in leerstehende Räume des Freibankgebäudes im Schweineschlachthof eingebaut. Außerdem wurden ein Kohlenbunker als Tierärztezimmer und ein leerstehender Maschinenraum als Kanzleiraum adaptiert.

In der Tierkörperverwertungsanstalt wurde es durch die Errichtung eines kleinen Kühlraumes ermöglicht, Tierfutterfleisch auch in der heißen Jahreszeit abzugeben. Ferner wurde ein Knochenbrecher in Betrieb genommen, der für die Knochenverarbeitung notwendig ist. Der Knochenbrecher verarbeitet Knochen zu gleich großen, etwa nußgroßen Stücken, deren weitere Verarbeitung dann in den bestehenden Apparaten keine Schwierigkeiten mehr macht.

Im Zuge der jährlich durchgeführten Asphaltierungsarbeiten wurden im Rinderschlachthof die Stallabteilungen 7 und 8, die Hautübernahmestellen und ein Teil des Vorkühlraumes, im Auslandsschlachthof die Rinder- und Pferdeschlachtbrücken mit einem Hartgußasphaltbelag versehen.

SCHLACHTUNGEN, VIEH- UND FLEISCHBESCHAU

Im Jahre 1961 ist der Fleischkonsum in Wien ganz leicht angestiegen. Zwar ist die Zahl der Schlachtungen bei Rindern von 90.325 im Jahre 1960 auf 71.875 im Jahre 1961 gesunken, doch sind von den im Jahre 1960 geschlachteten Rindern 18.513 Rinder ausländischer Herkunft wieder ausgeführt worden (sogenannte Transitschlachtungen). Tatsächlich sind also 63 Rinder mehr im Inland verblieben als 1960. Von den angelieferten Rindern waren 35.917 Kühe, 19.458 Stiere, 8.271 Ochsen und 8.229 Kalbinnen.

Da zur Zeit in Österreich eine Aktion mit dem Bestreben läuft, das Bundesgebiet von der Rindertuberkulose und der Bangschen Krankheit (seuchenhaftes Verwerfen) zu säubern, wurden 13.829 Tuberkulose- und 1.526 Bangreagenten nach St. Marx zur Schlachtung angeliefert. Unter Reagenten versteht man Tiere, die entweder positiv auf die Tuberkulinprobe oder serologisch auf die Bangsche Krankheit reagieren. Die Schlachtung von Reagententieren ist mit zusätzlicher Arbeit für die Tierärzteschaft verbunden, da die Tiere bei der Ausladung registriert werden und die erfolgte Schlachtung auf Tierbegleitscheinen bestätigt werden muß. Auf Grund der bestätigten Tierbegleitscheine erhalten die Tierbesitzer von den Landesregierungen Geldprämien. Da durch die verstärkte Anlieferung kranker Tiere auch wesentlich mehr ganze Tierkörper und Organe konfisziert oder der Freibank überwiesen werden müssen, wird auch dadurch die Arbeit der Tierärzte wesentlich vermehrt. So wurden in den Schlachtanlagen von St. Marx allein 44.268 Zertifikate über Konfiskate und Ganzbeanstandungen ausgestellt, mit denen die Fleischer Regreßansprüche an Vorbesitzer oder die Viehversicherung stellen konnten.

Die Auslandszufuhren an Rindern waren verhältnismäßig niedrig und betrugen 2.673 Stück (3,7 Prozent).

Die Pferdeschlachtungen sanken von 25.720 auf 23.793, der Prozentsatz der aus dem Ausland eingeführten Pferde betrug 62,2.

Die Schlachtungen von Kälbern blieben ziemlich unverändert mit 4.039 zu 4.093 gegenüber dem Jahre 1960.

Die Zahl der geschlachteten Schweine stieg von 558.808 auf 592.674, wovon

7,9 Prozent der Tiere aus den östlichen Nachbarländern stammten. Im Jahre 1961 betrugen die Importe noch 20,2 Prozent. Das Durchschnittslebendgewicht aller auf den Zentralviehmarkt eingelieferten inländischen Schweine betrug 108 kg gegenüber 106 kg im Jahr 1960. Das entspricht nach wie vor dem vom Konsumenten gewünschten Schlachtgewicht von 70 bis 80 kg, wobei das Fleisch zart und wenig fett ist.

Während in den Jahren 1953 bis 1960 ein steter Rückgang der Einbringung von Landware in die Großmarkthalle zu verzeichnen war, wurde 1961 erstmalig wieder eine gesteigerte Einbringung von Rindern und Schweinen verzeichnet. Die Zahl der aus anderen Bundesländern eingebrachten Rinderviertel ist um 10.373 auf 111.746, die Zahl der Schweine um 23.607 auf 174.878 gestiegen.

In die Wiener Freibank wurden 566.569 kg Fleisch geliefert, wovon 151.739 kg konfisziert werden mußten. Von den Schlachtungen in den Wiener Schlachthöfen allein wurden der Freibank 37 Pferde, 766 Rinder, 37 Kälber, 2.541 Schweine und 7 Schafe überwiesen. Die hauptsächlichen Beanstandungsgründe waren bei Rindern Tuberkulose, bei Schweinen Gelbsucht und Rotlauf.

In die Tierkörperverwertungsanstalt mußten vier Pferde, 12 Rinder, ein Kalb, 66 Schweine und ein Schaf wegen widerlichen Geruches, hochgradiger Abmagerung, hochgradiger Gelbsucht, Salmonellose usw. überwiesen werden, dazu kamen noch 12 Pferde, 25 Rinder, acht Kälber und 214 Schweine, die entweder auf dem Transport oder in den Anlagen von St. Marx verendet sind.

In den Schlachthöfen und in den Bezirken wurden durch Tierärzte und Trichinenschauerinnen 143.756 Schweine, 127 Wildschweine, 355 Fleisch- und 4.577 Speckstücke auf Trichinen untersucht.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die Tierärzteschaft bei den zahlreichen Verletzungen, die der Schlachtbetrieb mit sich bringt, verpflichtet ist, Erste Hilfe zu leisten. Im Jahre 1961 wurden in 787 Fällen, hauptsächlich bei Schnitt- und Stichverletzungen, Verbände angelegt, in 23 Fällen mußte der Rettungsdienst verständigt und in neun Fällen die Spitalseinweisung vorgenommen werden.

TIERSEUCHEN

Rotlauf der Schweine bei Nutztieren trat in fünf Wiener Gemeindebezirken in 12 Gehöften auf, wobei 16 Tiere erkrankt und zwei verendet sind. Die Heil- oder Notimpfung wurde bei 227 Tieren, die Schutzimpfung bei 2.755 Tieren vorgenommen.

Bei Schlachttieren, die aus Niederösterreich, Oberösterreich, Burgenland, Salzburg, Steiermark, Ungarn und Polen stammten, sind an dieser Seuche 14 Tiere gefallen und 22 krank geschlachtet worden. In allen Fällen wurde in der veterinäramtlichen Untersuchungsstelle Rotlauf bakteriologisch nachgewiesen.

Bei einem aus Tirol stammenden Schlachtrind wurde anläßlich der Schlachtung Eutertuberkulose festgestellt.

In einem Gehöft im 21. Wiener Gemeindebezirk trat bei sechs Schweinen Schweinepest auf. Diese sechs erkrankten und 21 ansteckungsverdächtigen Tiere wurden im Seuchenhof des Auslandsschlachthofes getötet.

Geflügelpest herrschte in vier Gehöften. 22 Hühner sind eingegangen, zehn wurden als krank und 30 als ansteckungsverdächtig getötet. In allen Fällen wurde die Diagnose durch die Lehrkanzel für pathologische Anatomie der Tierärztlichen Hochschule gestellt. Der Geflügelpestschutzimpfung wurden 3.853 Hühner unterzogen.

In dem um die Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung in Wien, Hetzendorf, gelegten Impfgürtel wurden 958 Rinder, 16 Kälber, 69 Schafe und 146 Ziegen gegen Maul- und Klauenseuche schutzgeimpft.

Von den nicht anzeigepflichtigen Tierseuchen spielte nach wie vor die Ferkelgrippe eine bedeutende Rolle. Besonders in Schweinemästereien, die die Ferkel auf Märkten kauften, trat die Krankheit immer wieder auf und wurde durch geeignete Maßnahmen bekämpft.

Durch die periodischen Milchuntersuchungen der veterinäramtlichen Untersuchungsstelle konnten bei Milchmeiern 14 Kühe, die mit der Bangschen Krankheit infiziert waren, ermittelt und der Schlachtung zugeführt werden.

Im Dienste der Tierseuchenbekämpfung wurden in der veterinäramtlichen Untersuchungsstelle 437 bakteriologische und serologische Untersuchungen auf Tierseuchenerreger durchgeführt, wobei in 156 Fällen anzeigepflichtige Tierseuchen konstatiert wurden.

In der städtischen Wasenmeisterei wurden 1.647 und in den Schlachthofanlagen von St. Marx und auf dem Wiener Zentralviehmarkt 259 Ganztiersektionen durchgeführt, wobei in 21 Fällen Rotlauf der Schweine festgestellt wurde. Außerdem wurden 16.462 Kadaver im Gewichte von 129.370 kg sowie 2,334.035 kg tierische Konfiskate und 179.690 kg Fische so verarbeitet, daß sämtliche Krankheitserreger vernichtet wurden. Aus dem verarbeiteten Material wurden 513.300 kg Tierkörpermehl und 265.429 kg technische Fette erzeugt.

Schließlich wurden in der Fuhrwerksdesinfektionsanstalt des Wiener Zentralviehmarktes, gemäß den Bestimmungen des Tierseuchengesetzes, nach erfolgten Tiertransporten, 36.255 Autos und Anhänger und 334 Pferdefuhrwerke vorschriftsmäßig gereinigt und desinfiziert.

LANDWIRTSCHAFT, TIERZUCHT

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTSINSPEKTION

Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Wiener Landarbeitsordnung im Jahre 1961 bei 767 Betriebskontrollen 719 land- und forstwirtschaftliche Betriebe auf die Einhaltung der zum Schutze der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft erlassenen Vorschriften überprüft. Für die Durchführung dieser Betriebskontrollen stand ein Inspektionsorgan des ganze Jahr über zur Verfügung, ein weiteres Organ konnte erst gegen Ende des Jahres im Kontrolldienst eingesetzt werden.

Zum Zeitpunkt der Kontrollen waren in den besuchten Betrieben 1.633 familieneigene und 725 familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt. Bei Ausübung der Kontrolltätigkeit waren die Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion bemüht, in erster Linie beratend und vermittelnd zu wirken, um auf diese Weise die Dienstgeber und Dienstnehmer in arbeits- und sozialrechtlicher Hinsicht zu unterstützen. Der Unfallverhütung wurde dabei besondere Bedeutung beigemessen. In den überprüften Betrieben wurden etwa 200 Gefahrenquellen verschiedener Grade festgestellt. Den Betriebsinhabern wurde deren Beseitigung aufgetragen. Im allgemeinen konnte festgestellt werden, daß die Betriebsinhaber den Aufforderungen der Kontrollorgane zur Behebung der aufgezeigten Mängel und zur Abstellung von Unzulänglichkeiten nachgekommen sind.

PFLANZENSCHUTZ

Auf Antrag der Wiener Landwirtschaftskammer wurde zur Bekämpfung der Tabakkrankheit „Falscher Mehltau" im Zusammenwirken mit der Bundesanstalt für Pflanzenschutz in Wien und dem amtlichen Pflanzenschutzdienst der Entwurf einer Magistratskundmachung ausgearbeitet. Die Kundmachung enthält auf Grund der §§ 2 und 11 des Kulturpflanzenschutzgesetzes, LGBl.

für Wien Nr. 21/1949, erlassene Anordnungen, welche eine wirkungsvolle Bekämpfung des gefürchteten Schädlings gewährleisten.

WASSER- UND SCHIFFAHRTSWESEN

Nachdem für das zu Trinkzwecken geeignete Grundwasservorkommen in der Unteren Lobau im Jahre 1960 mit Bescheid gemäß den Bestimmungen der §§ 34 und 35 des Wasserrechtsgesetzes 1959 ein Schutzgebiet bestimmt worden war, in dem die Errichtung von Baulichkeiten und Anlagen jeder Art, insbesondere aber von Leitungen für Erdöl und dessen Produkte untersagt worden ist, wurde im Jahre 1961 auch ein Schutzgebiet der sogenannten „Laudonschen Wasserleitung" in Wien XIV., Hadersdorf, bestimmt, in welchem jegliche Lagerung von Erdöl und Erdölprodukten untersagt wird, und außerdem mit Verordnung des Landeshauptmannes vom 24. August 1961, LGBl. für Wien Nr. 12/1961, in dem gleichzeitig bestimmten Einzugsgebiet als Schongebiet verfügt, daß Camping- und Sportplätze der wasserrechtlichen Bewilligung und Bauführungen aller Art vor ihrer Durchführung der Anzeige an den Landeshauptmann bedürfen.

Im Jahre 1961 sind insgesamt 856 wasserrechtliche Geschäftsstücke eingelaufen, von denen 176 Einleitungen industrieller und häuslicher Abwässer in fließende obertägige Gewässer und 80 Versickerungen in den Untergrund zum Gegenstand hatten. Die weiteren Fälle betrafen 82 Entnahmen aus obertägigen Gewässern wie auch aus dem Grundwasser, 83 bauliche Herstellungen an Ufern der Gewässer oder im Hochwasserabflußbereich des Donaustromes und 400 andere einer wasserrechtlichen Genehmigung unterworfenen Vorhaben (wie Bach- und Flußregulierungen, Baggerungen, Ausscheidungen von Grundstücken aus dem öffentlichen Wassergut), Stellungnahmen zu bau- oder gewerbebehördlichen Bewilligungen für Lagerstätten von flüssigen Brenn- oder Treibstoffen, Wasserbuchbescheide und grundsätzliche wasserrechtliche Fragen. In 35 Fällen waren Vertreter des Magistrats wasserrechtlichen Verhandlungen beigezogen, in denen entweder das Verfahren einvernehmlich mit der niederösterreichischen Wasserrechtsbehörde durchzuführen war, oder in welchen die Stadt Wien als Eigentümerin von in Niederösterreich gelegenen Wasserbenutzungsanlagen oder Grundstücken interessiert war.

Im Jahre 1961 wurden insgesamt 205 mündliche Verhandlungen in wasser- und schiffahrtsrechtlichen Angelegenheiten durchgeführt. Für den Bereich des Landes Wien betrug am Ende des Jahres die Zahl der Wasserbucheintragungen 869.

Von den in den Angelegenheiten des Schiffahrtswesens bearbeiteten Geschäftsstücken betrafen 178 die Schiffahrt selbst, darunter 10 Nachrichten für die Schiffahrttreibenden betreffend die Behinderung der Schiffahrt auf der Donau, während 241 Fälle auf die Ausstellung oder Verlängerung von Schiffspatenten und Fahrtüchtigkeitszeugnissen fielen, 152 Fälle die Zulassung von Schiffen zum Verkehr sowie die Ausgabe von Kennzeichen und 72 Fälle die Bewerbung um Schiffsführerpatente zum Gegenstand hatten.

Im Jahre 1961 hatten 727 Motorboote ihren Standort in Wien, von welchen 100 in Verwendung des öffentlichen Dienstes (Feuerwehr, Polizei, Bundesstrombauamt usw.) stehen, während sich 627 im Besitze von privaten Personen befinden.

BESCHAFFUNGSAMT

Für die Beschaffung, Zuweisung und Instandhaltung der sachlichen Erfordernisse für die städtischen Dienststellen (Ämter, Anstalten, Betriebe) und Schulen (mit Ausnahme von Baustoffen, Sportgeräten, Kraftfahrzeugen und den

von der Magistratsdirektion festgesetzten Spezialerfordernissen) hat das Beschaffungsamt im Jahre 1961 165,709.635 S aufgewendet.

Im Jahre 1961 konnten Preissteigerungen bis zu 20 Prozent festgestellt werden. Andererseits gab es auch Preisreduzierungen, so vor allem bei Porzellan, Bohnenkaffee, Schmalz und Wiener Gaskoks.

Zur Vereinheitlichung der Organisation im Zentrallager des Beschaffungsamtes wurde in der Tischlerei eine Laufkarte und eine Materialkartei eingeführt. Auf den Karteikarten sind die Mindestbestände vorgemerkt und es wird automatisch, bei Erreichen des Mindestbestandes, die Nachbestellung durchgeführt. Für die zu bestellenden Waren sind Höchstmengen festgelegt.

Die Laufkarte enthält, neben den Aufschreibungen der Arbeitszeiten und des Materialverbrauches, auch die für die Ausführung der Arbeiten voraussichtlich erforderliche Zeit, die Vorgabezeit. Die Einführung der Laufkarte hat bereits einen beschleunigten Arbeitsdurchlauf gezeigt.

LEBENSMITTEL

In der Versorgung der städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten mit lagerfähigen Lebensmitteln haben sich keine Schwierigkeiten ergeben. Dank der ausreichenden Anzahl der zur Verfügung stehenden Firmen konnte auch der Einkauf für die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten klaglos durchgeführt werden. Die Preisentwicklung war uneinheitlich. Hülsenfrüchte, Bohnenkaffee, Rosinen, Mohn und Schmalz wurden billiger; hingegen gab es bei Reis, Eierteigwaren, Speiseöl und Kaffeemitteln Preissteigerungen von sechs bis zehn Prozent. Bei Mehl- und Backwaren gab es zu Beginn des Jahres eine 20prozentige Preiserhöhung.

Für die Altersfürsorgeaktionen der Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge wurden Waren im Werte von 593.800 S gekauft.

Die Zahl der Käufe in der Lebensmittelgruppe betrug 7.063, sie ist gegenüber dem Jahre 1960 um 296 gestiegen. Der Gesamtaufwand betrug 17,627.689 S.

Gekauft wurden unter anderem:

	Kilogramm		Kilogramm
Weizenmehl, Type W 700	974.829	Gekörnte Brühen	3.837
Weizenbrotmehl, Type 1600	244.960	Suppenpulver	15.052
Roggenmehl, Type 960	345.840	Senf	5.957
Weizengrieß	63.840	Gewürze	3.764
Weizenkeimlinge und Backschrot	4.900	Gulasch- und Bratensäfte	400
Haferflocken	6.500	Nußkerne, Mohn, Mandeln	13.366
Reis, glaciert und unglaciert	245.700	Zucker	603.750
Teigwaren	227.944	Zuckerwaren	2.268
Nährmittel	16.785	Kakao	7.945
Kindernährmittel	5.763	Schokolade	8.345
Milcherzeugnisse	4.078	Bienenhonig	4.268
Gemüseerzeugnisse	42.579	Marmelade	64.400
Hülsenfrüchte	44.870	Dörrpflaumen und Zwetschkenröster	9.385
Tafelmargarine	128.865	Südfrüchte, Rosinen und Feigen	14.853
Schmalz	21.600	Fischkonserven	8.347
Kunstspeisefett und Kokosfett	8.500	Fleischkonserven	4.890
Speiseöle	84.365	Bohnenkaffee	18.333
Salz	97.000	Kaffeemittel	78.680
Flüssige Suppenwürzen	17.145	Tee	2.054

Hiezu kommen 42.570 l Essig, 17.280 l Fruchtsäfte und 3.527 l Inlandrum.

In der städtischen Bäckerei wurde der Einbau des Netzbandofens abgeschlossen. Die im Jahre 1960 angeschaffte Schwarzbrotaufbereitungsanlage, bestehend aus einer Großbrot-Teigteilmaschine, einer Bänderrundwirkmaschine und einem Einschlag-Langroller wurde mit Beginn des Jahres aufgestellt und in Betrieb genommen. Zur Überwindung des Niveauunterschiedes von der alten zur neuen Ofenhalle mußte eine Hebebühne eingebaut werden.

Seit September 1961 werden auch die Kindergärten und Horte der Stadt Wien durch die städtische Bäckerei mit Brot versorgt.

Im Jahre 1961 wurden 1,348.044 kg Brot, 305.820 kg Gebäck und 82.258 kg Mehlspeisen hergestellt.

TEXTILIEN UND LEDERWAREN

Für den Kauf von Textilien und Lederwaren wurden 31,411.172 S ausgegeben.

Gekauft wurden 22.041 m Wollstoffe, 9.070 Stück Wolldecken, 18 kg Wollfilz, 76.025 m Leinenstoff, 1.010 m Jutegewebe, 1,229.084 m Baumwollstoff, 170.644 Stück Strick- und Wirkwaren, 19.903 Paar Socken, Strümpfe und Handschuhe sowie Strumpfhosen, 3.268 kg Garn, 850.170 m Bänder und Litzen, 7.400 m Futterstoff, 13.320 kg Matratzenfüllmittel, 2.880 kg Hartleder, Sohlen und Absatzgummi, 290 m² Ober- und Futterleder, 10.654 Paar fertige Schuhe, Stiefel und Turnschuhe, 832 Stück Regenmäntel, 15 Stück Futterpelze.

Für diverse Nadlerwaren, Knöpfe, Reißverschlüsse, Vorhang- und Möbelstoffe, Teppiche und Bodenbelag, Spagate, Seilerwaren und Zwirne wurden 1,563.270 S ausgegeben.

Die oben angeführten Textilien wurden zur Herstellung von 13.330 Oberbekleidungsstücken, 134.825 Wäsche- und Berufskleidungsstücken, 4.175 Dienstkappen und 1.475 Fahnen verwendet.

Für die Veredelung und das Färben von Baumwoll- und Leinenstoffen wurden 661.235 S ausgegeben. Die Reparatur von Schuhen und Stiefeln und die Reinigung von Teppichen und Vorhängen kostete 278.741 S.

Bei Schafwolle und Leinen blieben die Preise unverändert; hingegen war bei Baumwolle, Teppichen und Vorhängen ein Ansteigen der Preise zu verzeichnen.

Infolge einer Lohnerhöhung um rund 20 Prozent war eine Erhöhung der Leder- und Schuhpreise festzustellen.

In der Konfektionierung erhöhten sich zufolge einer Lohnregulierung die Preise um zirka 6 Prozent.

Wegen der weiterhin andauernden Hochkonjunktur ist in den Baumwollbetrieben mit sehr langen Lieferfristen zu rechnen. Daraus ergibt sich auch ein oftmaliges Überschreiten der festgesetzten Liefertermine. Bestellungen auf Baumwollwaren, die über eine Breite von 140 cm hinausgehen, sind nur schwer unterzubringen. So haben z. B. anläßlich einer Ausschreibung, zu der 26 Firmen eingeladen waren, für eine Post Mollino in der Breite von 160 cm nur drei Firmen Angebote vorgelegt.

Bei der Bekleidung für Pflegekinder ist es durch Heranziehung weiterer Konfektionäre gelungen, die Auswahl innerhalb einer reich bemusterten und dessinierten Kollektion wesentlich reichhaltiger und in Schnitt und Paßform geschmackvoller zu gestalten.

Hinsichtlich der Oberbekleidung ist zu bemerken, daß sich Stoffe aus einem Gemisch aus Chemiefasern und Wolle immer mehr in den Vordergrund schieben.

WIRTSCHAFTSWAREN, BEREIFUNG UND TRANSPORTE

Bei verschiedenen Waren traten infolge der anhaltenden Konjunktur Lieferschwierigkeiten auf; trotzdem konnte der Bedarf der Dienststellen gedeckt werden. Im Jahre 1961 wurden folgende Einkäufe vorgenommen:

	Schilling		Schilling
Waschmittel	2,060.291	Bürsten und Besenwaren	738.024
Reinigungsmittel	3,544.578	Textilien für Reinigungszwecke	566.148
Eisenwaren	2,073.231	Maschinen und Werkzeuge	1,550.815
Geschirr aller Art	922.870	Aluminiumwaren	297.125
Glühlampen	660.761	Verbandstoffe und Medikamente	210.552
Elektrowaren	495.411		
Bereifung und Gummiwaren	1,331.647		
Holzwaren	1,307.609		

Für Transporte wurden 1,296.908 S, für Reinigungsarbeiten 2,171.905 S ausgegeben. Der Ankauf und die Instandhaltung von Feuerlöschern erforderte 347.349 S.

Preissteigerungen ergaben sich im Reinigungsgewerbe, wo sich die Preise für Fensterputzarbeiten um 18 Prozent und für Fußbodenpflege um 13 Prozent erhöhten. Wegen Lohnsteigerungen im holzverarbeitenden Gewerbe mußten für Waschkücheneinrichtungen und für Holzspielwaren ebenfalls um 6 Prozent mehr bezahlt werden.

Die Aufwertung der Deutschen Mark brachte ein Ansteigen der Preise für eingeführte Werkzeuge und Maschinen um 6 bis 10 Prozent.

Ebenfalls erhöht wurden die Preise für Email-, verzinktes und verzinntes Geschirr.

Weiters gab es Preissteigerungen bei Transportleistungen bis zu 20 Prozent, bei diversen Chemikalien, Kernseife, Glühlampen, Batterien, elektrischen Heizgeräten, Bürsten und Pinseln von 3 bis 6 Prozent. Bei pharmazeutischen Artikeln und Verbandstoffen sowie technischen Ölen und Fetten, Bodenpflegemitteln, Fein- und Rasierseifen blieben die Preise unverändert.

Hingegen konnten wesentliche Einsparungen durch Umstellung von ausländischem Porzellan auf solches österreichischer Herkunft erzielt werden.

Der Gesamtaufwand in dieser Warengruppe betrug 17,951.179 S.

PAPIER, KANZLEIERFORDERNISSE

Im Jahre 1961 wurden insgesamt 442.000 kg Papier im Werte von 3,373.000 S gekauft. Der Hauptanteil mit 338.000 kg entfiel auf Schreib- und Druckpapier; davon wurden rund 163.000 kg zur Herstellung von Schulheften, Zeichenblättern und Löschpapier verwendet. Auf Packpapier entfielen 40.000 kg, auf Kartons 25.000 kg. Die Preise blieben bis auf Toilettepapier (Erhöhung um 6 Prozent) unverändert.

Für den Ankauf von Kanzleimaterialien wurden rund 1,506.000 S ausgegeben. Der Großteil der Artikel blieb im Preis unverändert. Während Spiritpapier, Dauerschablonen, Aktenumschläge, Heftmaschinen usw. sich bis zu 10 Prozent verteuerten, sanken die Preise für Kugelschreiber, Klebepaste und Unterschriftmappen bis zu 8 Prozent.

Es wurden 8.004 Zeitschriften abonniert, wofür rund 591.000 S erforderlich waren. Für 17.110 Bücher und Broschüren wurden rund 395.000 S ausgegeben.

Für die Anfertigung von Drucksorten und von sonstigen graphischen Erzeugnissen wurden 9.064 Druckaufträge mit einem Gesamterfordernis von

rund 5,797.000 S vergeben. Dazu kamen noch 1.825 Buchbinderaufträge mit einem Kostenaufwand von rund 761.000 S.

Für zusätzlichen Bedarf an Büromaschinen und Ersatz von unbrauchbar gewordenen und deshalb ausgeschiedenen Maschinen wurden rund 2,955.000 S ausgegeben.

Zum Jahresende standen nachfolgend angeführte Büromaschinen in Verwendung: 3.143 Schreibmaschinen, 599 Rechenmaschinen, 76 Buchungsmaschinen, 113 Vervielfältigungsmaschinen und 120 Diktiermaschinen.

Der Gesamtaufwand in dieser Warengruppe betrug rund 15,541.797 S.

Für die Miete von Spezialbüromaschinen und -geräten einschließlich erforderlicher Erhaltungskosten wurden außerdem 1,375.000 S ausgegeben.

BRENNSTOFFE

Die Verbrauchstellen der Stadt Wien konnten im Jahre 1961 mit festen und flüssigen Brennstoffen ausreichend beliefert werden. Eine entsprechende Vorratswirtschaft ermöglichte die termingemäße Erledigung aller Anforderungen.

Infolge des milden Winters ist bei den festen Brennstoffen gegenüber dem Jahre 1960 ein Bedarfsrückgang von 9.833 Tonnen eingetreten. Bei den flüssigen Brennstoffen (Heizöl) ist durch die Einrichtung neuer Objekte mit Ölfeuerungen eine Steigerung von 1.215 Tonnen eingetreten.

Im Laufe des Jahres 1961 konnten die Abgabepreise für polnische Steinkohle um 2 Prozent und für Wiener Gaskoks, infolge einer Umstellung von Bahnfracht auf direkte Lastautozufuhr ab Gaswerk, um 8 Prozent ermäßigt werden. Hingegen bewirkte die Erhöhung der Frachttarife und der Handelsspannen ein Steigen der Preise für Inlandkohle um rund 4 Prozent, für Braunkohlenbriketts um rund 5 Prozent und für Unterzünder um rund 8 Prozent.

Die Preise für flüssige Brennstoffe (Heizöl) erhöhten sich vom Jänner bis April um etwa 7 Prozent, ermäßigten sich vom Mai bis September um etwa 4 Prozent und steigerten sich gegen Jahresende neuerlich um 7 Prozent. Die Tarife für Einkellerungsarbeiten erhöhten sich um 15,2 Prozent.

Im Jahre 1961 sind an die städtischen Verbrauchsstellen insgesamt 87.485 Tonnen Brennstoffe abgegeben worden, und zwar:

	Tonnen		Tonnen
Inlandskohle	16.925	Brennholz	351
Auslandskohle	7.645	Unterzünder	216
Wiener Gaskoks	31.392	Inländisches Heizöl	30.956

Der Gesamtaufwand in dieser Warengruppe betrug 53,472.845 S.

MÖBEL, ALTMATERIALVERWERTUNG

Die planmäßige Ausstattung der Amtsräume des Wiener Magistrats mit neuem Mobiliar, begonnen im Jahre 1959, wurde fortgesetzt. Die gute Beschäftigungslage in der Möbelindustrie bedingte Lieferfristen bis zu vier Monaten.

Ein Ansteigen der Preise konnte durch Bestellung größerer Serien von Büromöbeln sowie durch vermehrte Verwendung von Typenmöbeln ausgeglichen werden. Teilweise konnten sogar günstigere Preise erzielt werden.

Unter anderem wurden für Dienststellen der Hoheitsverwaltung 643.661 S, für Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten und Altersheime 6,129.306 S, für Kindergärten 1,430.388 S, für Lehrlings- und Erziehungsheime 432.714 S, für das neu errichtete Mutter- und Kind-Heim 457.235 S, für die städtischen Büchereien, Volkshochschulen und Volksheime 534.779 S ausgegeben.

Bis zum Ende des Jahres 1961 wurden um den Betrag von 1,123.370 S Ein-

richtungsgegenstände für das in Umbau befindliche Theater an der Wien bestellt. Für Karniesen und Tapeziererarbeiten wurde ein Betrag von 267.876 S aufgewendet.

Die Kosten der regelmäßigen Instandsetzung von Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen sowie von Musikinstrumenten beliefen sich auf 958.731 S.

Der Gesamtaufwand in dieser Warengruppe erreichte die Höhe von 18,485.022 S.

Anderseits wurden aus dem Verkauf von Alteisen und Altguß 1,201.900 S, Altmetallen 761.600 S und anderem Altmaterial 1,745.150 S erzielt, der Gesamterlös betrug daher 3,708.650 S.

SCHULERFORDERNISSE

In den Wiener Pflicht- und Berufsschulen wurde die Erneuerung von Schulmöbeln sowie von Lehr- und Lernmitteln fortgesetzt. Unter anderem wurde die Einrichtung für die neu erbaute Berufsschule für Fleischer beschafft. Für die 1960 eingerichteten Anstalten, wie die Sonderschule, XXI., Franklinstraße, und das Pädagogische Institut, VII., Burggasse, wurden verschiedene ergänzende Einrichtungsgegenstände angekauft.

Neu aufgelegte Klassenlesestoffe nebst dem alljährlich erforderlichen Ergänzungsbedarf an Büchern mußten beschafft werden. Der zweite Teil des Lernbuches „Wir können schon rechnen" für die jüngeren Schüler, ebenso das „Europabuch" für die aus den Pflicht- und Berufsschulen austretenden Schüler wurden wieder in entsprechender Anzahl angekauft.

Bei der Anschaffung von Lehrmitteln ist neben dem alljährlich erforderlichen Ergänzungsbedarf besonders auf die Serien moderner Bilder von Picasso, Kokoschka, Renoir usw. hinzuweisen, ebenso auf Spezial-Lehrmittel für das Pädagogische Institut (wie Molekular-Bestimmungsapparat, Atomkalotten, Speziallichtbildserien, Botanische Modelle usw.). In beträchtlichem Ausmaß wurden Reparaturen an Möbeln und besonders an Lehrmitteln durchgeführt.

Die Preise waren leicht steigend.

Der Gesamtaufwand dieser Gruppe betrug 11,219.928 S.

ZENTRALLAGER

Im Zentrallager des Beschaffungsamtes wurden verschiedene kleinere bauliche Umänderungen durchgeführt. Unter anderem wurde im Ölmagazin der Dachstuhl erneuert und ein Sanitätsraum eingerichtet.

In der Tischlerei wurden eine Hobelmaschine, eine Bandschleifmaschine und eine Furnierpresse aufgestellt; die Anstreicherei ist mit einer Spritzanlage ausgestattet worden.

LIEGENSCHAFTSWESEN

Wenn auch die Neuanlage der in der Abteilung geführten Grundstücks- und Namenskarteien, durch die die von der Liegenschaftsverwaltung verwalteten Grundstücke und die Pächter dieser Grundstücke in Evidenz gehalten werden, im Jahre 1960 im wesentlichen abgeschlossen war, waren doch infolge Neuerwerbungen, Änderungen der Grundstücksbezeichnungen und Übertragungen von Grundstücken in die Verwaltung anderer Magistratsabteilungen, immer wieder Änderungen der Eintragung in den Karteien notwendig.

Diese Arbeiten sind erforderlich, weil der große Umfang und die ständige Vermehrung des städtischen Grundbesitzes eine lückenlose und äußerst genaue Evidenthaltung der städtischen Liegenschaften erfordert.

Da das von der Liegenschaftsverwaltung geführte Lagebuch (ein Verzeichnis aller im Eigentum der Stadt Wien stehenden Liegenschaften) von den verschiedensten Stellen für Auskünfte herangezogen wird, die Unterlagen für das Lagebuch jedoch von den einzelnen grundverwaltenden Dienststellen geliefert werden, war es notwendig, anzustreben, daß bei den grundverwaltenden Dienststellen einheitliche Gesichtspunkte in der Grundverwaltung eingehalten werden.

Die in diesem Zusammenhang geführten Besprechungen führten zu Richtlinien für die in Frage kommenden Magistratsabteilungen, welche die Art und Weise der Evidenz der Grundstücke, den Vorgang bei Änderungen in der Verwaltung, Kontrollmöglichkeiten, den Verkehr mit Finanzbehörden und andere Fragen regeln. Wegen der Größe des städtischen Besitzes, der Anzahl der Grundstücke, der Unterschiede in der bisherigen Evidenz bei den einzelnen grundverwaltenden Magistratsabteilungen und des Personalmangels werden sich die notwendigen Arbeiten auf mehrere Jahre erstrecken.

Unter Berücksichtigung der Erwerbungen und Veräußerungen hat die Liegenschaftsverwaltung in Wien und außerhalb Wiens Grundflächen im Ausmaße von 137 ha neu in die Verwaltung übernommen. Das sind rund 65 Prozent aller Neuerwerbungen. Außerdem wurden der Liegenschaftsverwaltung 60 ha von anderen Dienststellen übergeben.

Mit Beginn des Kalenderjahres 1961 trat das Bundesgesetz über eine Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken (BGBl. Nr. 285/1960) in Kraft. Da das Gesetz eine Befreiung von der Bodenwertabgabe von im Miteigentum von Gebietskörperschaften und Privatpersonen stehenden Liegenschaften nicht ausdrücklich vorsieht, haben die Finanzämter auch für den Miteigentumsanteil der Stadt Wien Bodenwertabgabe vorgeschrieben. Erst im Rechtsmittelverfahren haben sich die Finanzbehörden der Ansicht angeschlossen, daß für die Miteigentumsanteile der Stadt Wien keine Bodenwertabgabe zu entrichten ist. Hiedurch konnten der Stadt Wien größere Beträge erspart werden.

Da der in Verwaltung der Liegenschaftsverwaltung stehende, in den Jahren 1865 bis 1867 erbaute Kursalon im Stadtpark einer gründlichen Renovierung und eines betriebsbedingten Umbaues bedurfte, wurde im Jahre 1961 mit den notwendigen Bauarbeiten begonnen.

ALLGEMEINE VERWALTUNGSANGELEGENHEITEN

DIE WIENER WÄHLEREVIDENZ

Seit 1. Jänner 1961 steht das Wählerevidenzgesetz, BGBl. Nr. 243/1960, in Kraft, welches an die Stelle des Stimmlistengesetzes getreten ist. Nunmehr ist die Führung der Evidenz in Karteiform zwingend vorgeschrieben. Für Wien ergab sich daraus keine Änderung, weil auch die Stimmliste schon bisher als Kartei geführt worden ist. Die Auflage im Februar eines jeden Jahres ist im Wählerevidenzgesetz nicht mehr vorgesehen, jedoch kann jedermann während des ganzen Jahres in die Wählerevidenz Einsicht nehmen, um sich von ihrer Vollständigkeit und Richtigkeit zu überzeugen. Österreichische Staatsbürger können überdies im Wege eines Einspruches die Aufnahme Wahlberechtigter oder die Streichung Nichtwahlberechtigter verlangen. Hierüber entscheiden die nach der Nationalrats-Wahlordnung im Amt befindlichen Einspruchskommissionen. Ferner können die in allgemeinen Vertretungskörpern vertretenen Parteien aus der Wählerevidenz Abschriften herstellen.

Im August 1961 wurde mit der Umstellung der Wählerevidenz auf Lochkarten des Systems Bull begonnen. Bis zum Ende des Jahres konnten die Wahlkreise 1 und 2 mit den Bezirken I, III, IV, VI, VII und VIII umgestellt werden. Diese Arbeiten werden fortgesetzt. Nach der Umstellung wird es möglich sein, das für die Durchführung von Wahlen erforderliche Wählerverzeichnis mittels elektronischer Maschinen rasch und fehlerfrei herzustellen.

Auf Grund der von der Bundes-Polizeidirektion Wien übermittelten Unterlagen wurden im Jahre 1961 rund 28.000 Personen des Jahrganges 1941, die mit Beginn des Jahres 1962 wahl- und stimmberechtigt sind, in die Wählerevidenz aufgenommen.

POLIZEIWESEN

Im Jahre 1961 wurden 307 Vereinsanmeldungen, 390 Statuten- und Namensänderungen von Vereinen und 506 freiwillige Vereinsauflösungen behandelt. Die Bildung oder Umbildung eines Vereines wurde in 12 Fällen untersagt, 63 Vereine wurden behördlich aufgelöst. In Polizeistrafsachen der Sicherheitssdirektion Wien waren 429, in sonstigen Strafsachen 113 Berufungsakten zu behandeln.

VERMÖGENSSICHERUNG

Die Zahl der unter öffentlicher Verwaltung oder unter öffentlicher Aufsicht stehenden Vermögenschaften ist von 53 auf 34 zurückgegangen. Neuanmeldungen entzogener Vermögenschaften wurden nicht erstattet, dagegen wurden im Jahre 1961 272 Vermögensentziehungsfälle bereinigt.

KULTUSWESEN, STIFTUNGEN UND SAMMLUNGEN

68 Geschäftsvorfälle betrafen Kultusangelegenheiten, 224 bezogen sich auf Stiftungen und Fonds.

Im Jahre 1961 genehmigte der Magistrat für die Barmherzigen Brüder, das

Wiener Jugendhilfswerk, die Tuberkulosenfürsorge, das Wiener Sozialhilfswerk, die Blindenfürsorge und die Wiener Hilfsbedürftigen je eine Häusersammlung für das ganze Stadtgebiet. Außerdem wurden eine Sammlung in Geschäften, Betrieben und Behörden sowie eine Häusersammlung und fünf Straßensammlungen für Teile des Stadtgebietes bewilligt. Im Einvernehmen mit der Finanzlandesdirektion wurde eine Tombolaveranstaltung mit einem Spielkapital von 375.000 S, verteilt auf 75.000 Lose, bewilligt.

Ferner waren 41 administrative Preisangelegenheiten und 38 Berufungen in Administrativsachen zu behandeln.

BEVÖLKERUNGSWESEN

Im Jahre 1961 sind auf dem Gebiete des Staatsbürgerschaftsrechtes keine neuen Gesetze und Verordnungen ergangen. Die in Geltung stehenden Staatsbürgerschaftsgesetze und Erlässe des Bundesministeriums für Inneres führen weiterhin zu einer starken Inanspruchnahme der für die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen zuständigen Abteilung. An den 249 Arbeitstagen des Jahres 1961 sprachen in der Wiener Heimatrolle 82.227 Parteien vor; das ergibt einen Monatsdurchschnitt von 6.852 Vorsprechenden. Der Tagesdurchschnitt betrug 331 Parteien. Die Spitze des Parteienverkehrs wurde im Juni mit 9.080 erreicht, während im schwächsten Monat, Dezember, 3.151 Parteien vorsprachen.

Im Jahre 1961 wurden 66.324 Staatsbürgerschaftsnachweise und 1.429 Heimatrollenauszüge ausgestellt, zusammen 67.753 Urkunden. Vergleichsweise wurden in den Jahren vor 1938 jährlich etwa 45.000 Heimatscheine und kaum 100 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt. Außerdem wurden im Jahre 1961 zum Amtsgebrauch für Magistrate, Bezirkshauptmannschaften, Jugendämter, Arbeitsämter, Pensionsversicherungsanstalten und andere Behörden 6.505 Staatsbürgerschaftsbestätigungen ausgefertigt und etwa 7.000 Vormerkungen, Berichtigungen und Ergänzungen in der Heimatrolle und deren Evidenzbehelfen durchgeführt.

STATISTISCHER DIENST

Das Statistische Amt der Stadt Wien hat auch im Jahre 1961 die Beschaffung von statistischem Material für städtische Mandatare und verschiedene Dienststellen besorgt und Anfragen amtlicher und wissenschaftlicher Institutionen des In- und Auslandes beantwortet.

DIE BEVÖLKERUNGSVORGÄNGE IM JAHRE 1961

Die Bevölkerungsvorgänge im Jahre 1961 werden im wesentlichen durch die folgenden Zahlen über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle veranschaulicht. Zum Vergleich sind die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1960 angeschlossen.

Jahr	Eheschließungen		Lebendgeborene		Sterbefälle	
	absolut	auf 10.000 der Bevölkerung	absolut	auf 10.000 der Bevölkerung	absolut	auf 10.000 der Bevölkerung
1961	14.954	92	18.657	115	25.172	155
1960	14.376	88	17.333	107	25.835	159

Wie ersichtlich, weist das Jahr 1961 eine günstige Bevölkerungsbilanz auf; einer Zunahme der Eheschließungen und Geburten steht eine Verminderung der Sterbefälle gegenüber. Zu den Eheschließungen, die der Wiener Wohnbevölkerung zugezählt werden, gehören sowohl solche, bei denen beide Ehepartner vor der Eheschließung ihren ständigen Wohnsitz in Wien hatten, wie auch solche, bei denen dies nur für den Mann allein zutrifft. Nach dieser Unterscheidung



Stadtrat Sigmund führt den Bürgermeister durch die Zuckerbäcker-Ausstellung in der Volkshalle

Allgemeine Verwaltung

Eine Gruppe von Hörern amerikanischer Universitäten läßt sich über die Verwaltung Wiens unterrichten

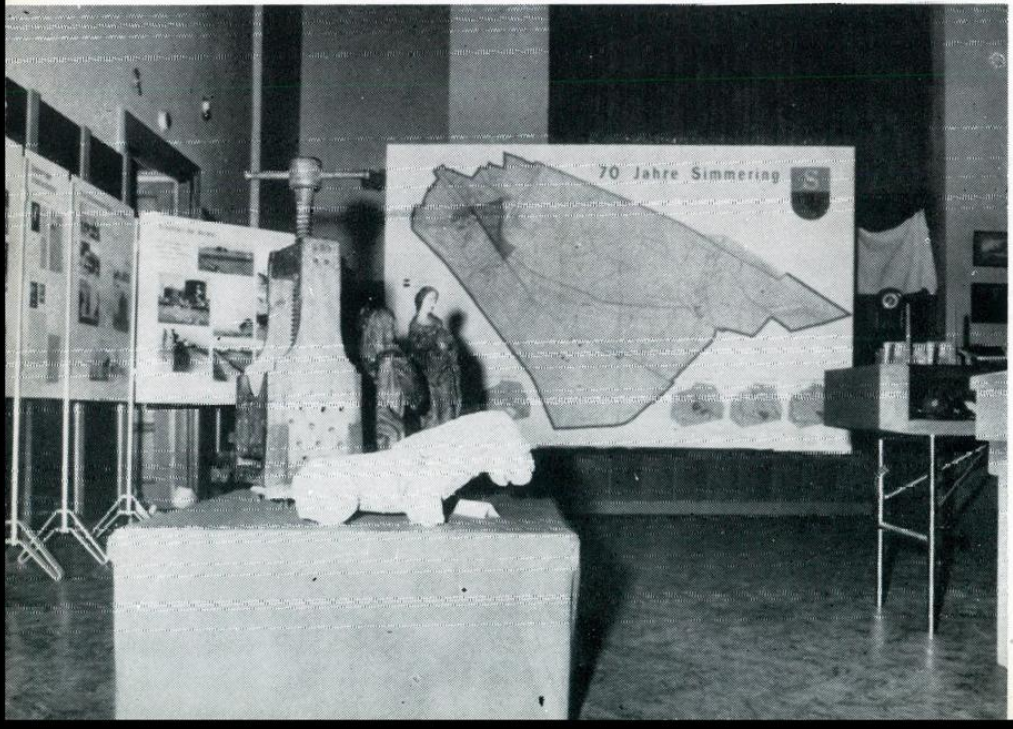




Am 100. Geburtstag Margaretens trägt sich Bürgermeister Jonas in das Goldene Buch des Bezirkes ein

Allgemeine Verwaltung

Im Simmeringer Brauhaus wird eine Ausstellung „70 Jahre Simmering" gezeigt



wurde von den insgesamt 14.954 Eheschließungen in 13.782 Fällen die Ehe von beiderseits in Wien ansässig gewesenen Partnern geschlossen und nur in 1.172 Fällen war die Frau vor der Eheschließung außerhalb Wiens wohnhaft. Von 913 eheschließenden Männern, die vor der Eheschließung außerhalb Wiens wohnten, heirateten 785 eine Frau, die bis dahin in Wien ansässig war. Die Zahl der Eheschließungen stieg gegenüber 1960 immerhin um 4,0 Prozent, das ist die zweithöchste Steigerungsquote seit 1955. Von den 14.954 Eheschließungen im Jahre 1961 wurden 9.797 zwischen beiderseits ledigen Partnern geschlossen, waren also Erst-Ehen. Ihr Anteil war mit 65,5 Prozent aller Eheschließungen größer als der im Jahre 1960 mit 62,7 Prozent. Die ledigen Ehepartner gehören naturgemäß den jüngeren Jahrgängen an, das mittlere Heiratsalter ist daher weiter abgesunken. Es betrug bei den Männern 25,3 gegenüber 27,5 im Jahre 1960, bei den Frauen 21,5 gegenüber 23,1 im Jahre 1960. Der Anteil der Ehen, bei denen der eine oder beide Ehepartner verwitwet oder geschieden waren, sank von 1960 auf 1961 von 37,3 Prozent auf 34,5 Prozent. Bemerkenswert ist, daß von den geschiedenen Frauen, die eine neue Ehe eingingen, eindeutig der geschiedene Mann bevorzugt wurde, denn von 2.582 geschiedenen Frauen, die im Jahre 1961 eine neue Ehe eingingen, haben 1.482 einen geschiedenen Mann geheiratet. Dieser Anteil beträgt 57 Prozent, er hält sich seit 1955 ziemlich auf gleicher Höhe und schwankt zwischen 51 und 58 Prozent. Dagegen fiel die Wahl der geschiedenen Männer bei der Suche nach der neuen Ehegefährtin fast zu gleichen Teilen auf ledige wie auf geschiedene Frauen. Die Zahl der Geschiedenen männlichen Geschlechts, die eine neue Ehe eingegangen sind, ist bedeutend höher als die der geschiedenen und sich wieder verheiratenden Frauen. Diese Erscheinung ist in den letzten Jahren stets zu beobachten und mag damit zusammenhängen, daß der geschiedene Mann größere Heiratschancen hat als die geschiedene Frau. Anders verhält es sich bei Witwen und Witwern. Waren in den Jahren 1955 und 1959, 1960 und 1961 die Witwer ehefreudiger, so suchten und fanden in den Jahren 1956, 1957 und 1958 mehr Witwen als Witwer einen neuen Ehegatten.

Von den 18.657 lebendgeborenen Kindern waren 9.727 Knaben und 8.930 Mädchen; auf 100 Mädchen entfielen also 109 Knaben. Damit weicht der Jahrgang 1961 etwas von der Norm ab, denn als solche gilt im allgemeinen eine Sexualproportion von 100 zu 106. An Mehrlingsgeburten wurden 183 Zwillingsgeburten gezählt, um 12 mehr als im Jahre 1960. Es fehlen allerdings noch 50 Zwillingsgeburten auf jene Zahl, die entsteht, wenn man eine alte Regel anwendet, wonach auf 80 Geburten eine Zwillingsgeburt entfallen soll. Im Jahre 1961 gab es keine Drillingsgeburt. Die Zahl der ehelich Lebendgeborenen hat gegenüber 1960 um 1.227 zugenommen, die der unehelich Lebendgeborenen jedoch nur um 97. Der Anteil der unehelich lebendgeborenen Kinder ist wieder etwas gesunken und betrug 10,3 Prozent (gegen 10,5 Prozent im Jahre 1960); das Ansteigen der Zahl der im Familienverbande geborenen und großgezogenen Kinder ist vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik nur zu begrüßen. Die Aufgliederung der ehelich Geborenen nach der Geburtenfolge läßt eine stärkere Zunahme der Anzahl der als dritte oder später geborenen Kinder erkennen. Ihre Zahl war 1961 um 12 Prozent höher, während die Zunahme bei den Zweitgeborenen 10 Prozent und bei den Erstgeborenen nur 6 Prozent erreichte. Von je 100 ehelich Geborenen — die Totgeborenen und die durch Eheschließung Legimitierten sind in den Zahlen enthalten — wurden 55 als erstes, 29 als zweites, 10 als drittes, 3 als viertes und 3 als fünftes oder späteres Kind geboren. Im ersten Ehejahr ihrer Eltern wurden 5.262 Kinder geboren, 3.974 oder etwas mehr als drei Viertel in den ersten sieben Monaten des Bestandes der Ehe. So wie in den Jahren 1959 und 1960 wurden auch 1961 99 von 100 Kindern von ihren Müttern in Anstalten zur

Welt gebracht. Wurden im Jahre 1960 3.109 von ortsfremden Müttern Lebendgeborene gezählt, so waren es 1961 3.303. Das bedeutet eine Zunahme um 6 Prozent.

Von den 25.172 Gestorbenen waren 11.883 Männer und 13.289 Frauen, dies entspricht einem Verhältnis von 47 zu 53 (1960 lauteten die entsprechenden Zahlen 48 zu 52). Bei der Aufgliederung der Gestorbenen nach dem Alter ergibt sich, daß der Anteil der Personen von 60 und mehr Jahren unter den Gestorbenen 81 Prozent beträgt und um 1 Prozent höher war als im Jahre 1960. Die Zusammensetzung der Gestorbenen nach großen Altersgruppen im Vergleich mit der Altersstruktur um die Jahrhundertwende ergibt folgendes Bild:

	Prozentteil der Gestorbenen an der Gesamtzahl der Gestorbenen in Altersgruppen			
	0 bis unter 15	15 bis unter 40	40 bis unter 60	60 und darüber
1961	2,7	2,3	14,3	80,7
1891 bis 1910 (Durchschnitt)	42,0	18,5	18,0	21,5

Während sich die Altersgruppe der 40 bis unter 60 Jahre alten Personen in ihrer anteilmäßigen Höhe wenig verändert hat, fällt der Unterschied bei allen anderen Altersgruppen, vor allem bei jener im Alter von 60 Jahren und darüber, besonders auf. Es ist deutlich zu erkennen, um wieviel mehr Wiener jetzt ein höheres Alter erreichen als früher. Auch aus der Feststellung der Todesursachen ergibt sich, daß vor allem Herz-, Gefäß- und Kreislauferkrankungen im Vordergrund stehen, also typische Alterskrankheiten. Von insgesamt 25.172 Todesfällen im Jahre 1961 entfielen 12.340 allein auf diese Todesursachen. An Krebs verstarben 1961 5.764 Personen. Mit 23 Prozent war dieser Anteil gegenüber 1960 um 1 Prozent höher. Die Zahl der bei einem Unfall ums Leben gekommenen Personen ging von 1.078 im Jahre 1960 auf 965 im Jahre 1961 zurück. Die Zahl der an Tuberkulose Verstorbenen ist nahezu gleich geblieben, sie betrug im Jahre 1960 498 Personen gegenüber 479 im Jahre 1961.

Über die Sterbenshäufigkeit unserer jüngsten Wiener wäre folgendes zu berichten: Vor Vollendung ihres ersten Lebensjahres starben im Jahre 1961 insgesamt 583 Säuglinge. Damit ist die Säuglingssterblichkeit weiter abgesunken; auf 1.000 Lebendgeborene entfielen 31 gestorbene Säuglinge gegenüber 33 im Jahre 1960. Drei Fünftel der im ersten Lebensjahr Verstorbenen hatten ein Geburtsgewicht von unter 2.500 g, kamen also unreif zur Welt und konnten infolge der Lebensschwäche nicht am Leben erhalten werden.

Trotz der erfreulich hohen Geburtenziffer und trotz der seit dem Jahre 1948 ständig sinkenden Säuglingssterblichkeit muß auch in Hinkunft der Bekämpfung der Sterblichkeit der Neugeborenen größtes Augenmerk gewidmet werden. Es gilt vor allem, die vorzeitige Geburt zu vermeiden und die werdenden Mütter und die Frühgeborenen noch mehr als bisher zu betreuen.

SONDERERHEBUNGEN

Im Jahre 1961 fand wieder eine Personenstands- und Betriebsaufnahme (Stichtag 10. Oktober 1961) statt.

Landwirtschaftliche Erhebungen

Auf Grund der Verordnung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 1. Februar 1951, BGBl. Nr. 52/1951, wurde eine Weingartenerhebung mit dem Stichtag 16. August 1961 durchgeführt.

Weiters fand wie alljährlich am 3. Dezember 1961 eine Allgemeine Viehzählung verbunden mit einer Erhebung über die Hausschlachtungen von Stechvieh für die Zeit vom 4. Dezember 1960 bis 3. Dezember 1961 statt.

STATISTISCHE VERÖFFENTLICHUNGEN UND FACHBIBLIOTHEK

Das „Jahrbuch der Stadt Wien 1960", das aus dem Verwaltungsbericht und einem ausführlichen statistischen Tabellenteil besteht, erschien wie alljährlich Anfang Dezember 1961 in einem Umfang von 620 Seiten mit 96 Illustrationen. Im Mai 1961 erschien wieder das ebenfalls jährlich herausgegebene „Statistische Taschenbuch der Stadt Wien 1960" in einem Umfang von 87 Seiten, das in 140 Tabellen, zum Teil mit kurzen Texten, die wichtigsten Zahlenangaben über Wien bringt. Auch die Vierteljahrshefte „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" erschienen regelmäßig und enthielten wieder Übersichten nach dem jeweils jüngsten Stand. Die beiden im Jahre 1961 erschienenen Sonderhefte, beide im Rotaprintverfahren hergestellt, haben folgende Titel:

Sonderheft Nr. 1: Die Wiener Volks-, Haupt- und Sonderschulen — statistisch gesehen.

Sonderheft Nr. 2: Die Wiener Gemeinderatswahl vom 25. Oktober 1959, Ergebnisse nach Wahlsprengeln.

Der Bestand der Fachbibliothek des Statistischen Amtes hat sich im Jahre 1961 teils durch Kauf verschiedener Werke, größtenteils aber durch Publikationstausch mit etwa 180 fachlich verwandten Stellen im In- und Ausland weiter vergrößert. Zu Ende des Jahres 1961 hatte die Bibliothek durch einen Zuwachs von 50 Werken mit 700 Bänden einen Gesamtstand von 8.533 Werken mit 41.615 Bänden (davon 131 laufende Zeitschriften) aufzuweisen.

ORDENTLICHE VOLKSZÄHLUNG 1961

Den Mittelpunkt der statistischen Arbeiten im Jahre 1961 bildete die Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Ordentlichen Volkszählung 1961.

Nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 5. Juli 1950 über die Vornahme von Volkszählungen (Volkszählungsgesetz), BGBl. Nr. 159/1950, ist an der Wende eines jeden Jahrzehntes innerhalb der sechs vorhergehenden oder der sechs nachfolgenden Monate eine Volkszählung vorzunehmen (Ordentliche Volkszählung).

Mit der Verordnung der Bundesregierung vom 19. Dezember 1960, BGBl. Nr. 20/1961, wurde der 21. März 1961 als Zähltag für die an der Wende des Jahrzehntes 1960/61 vorzunehmende Volkszählung festgesetzt. Das bedeutete eine Vorverlegung des ursprünglich für den 1. Juni 1961 vorgesehenen Termines. Die dadurch eingetretene Zeitknappheit wurde noch verschärft durch die Bestimmungen der Verordnung der Bundesministerien für soziale Verwaltung und für Handel und Wiederaufbau vom 10. Februar 1961, BGBl. Nr. 38/1961, enthalten in dem erst am 24. Februar 1961 ausgegebenen Bundesgesetzblatt. In dieser Verordnung wurde angeordnet, daß „gleichzeitig mit der Ordentlichen Volkszählung 1961 statistische Erhebungen über alle bestehenden Häuser (Gebäude) und die darin befindlichen Wohnungen und sonstigen Räumlichkeiten durchzuführen" sind.

Schon vorher war angeordnet worden, daß zur Vorbereitung und Kontrolle der Ordentlichen Volkszählung 1961 Ortsverzeichnisse anzulegen waren. Mit dem Erlaß der Magistratsdirektion vom 8. November 1960 wurden die Einzelheiten für die Anlegung der Ortsverzeichnisse festgelegt. Zugleich wurden die Bezirksamtsleiter angewiesen, für jeden Wiener Gemeindebezirk je einen Referenten für die Volkszählung und einen Stellvertreter zu bestellen, die für die Durchführung der Volkszählung im Bezirk verantwortlich waren.

Weiters waren zur Durchführung der Volkszählung in jedem Gemeindebezirk die Wahlsprengel in Zählsprengel zu unterteilen, und zwar so, daß ein Zählsprengel etwa 40 oder mehr Haushalte mit zusammen etwa 120 oder mehr Ein-

wohnern umfassen sollte. Mit dieser Unterteilung der bereits vorhandenen Einteilung der Wiener Gemeindebezirke in Wahlsprengel hat das Statistische Amt der Stadt Wien den im Sonderheft 2 (Die Personenstands- und Betriebsaufnahme am 10. Oktober 1959) des Jahrganges 1960 der „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" erstmals eingeschlagenen Weg konsequent fortgesetzt. In dieser Publikation wurden die Bezirke nach Wahlsprengeln unterteilt, so daß für mehr als 2.400 Teilgebiete in Wien die Anzahl der Häuser und ihrer Bewohner, oder die Anzahl und Art der Betriebe oder die Anzahl der in den Betrieben Beschäftigten zu entnehmen ist. So wurden die 2.429 Wiener Wahlsprengel für die Zwecke der Durchführung der Volkszählung in 11.630 Zählsprengel unterteilt.

Ein weiterer Erlaß der Magistratsdirektion vom 30. Jänner 1961 wies alle Dienststellen des Magistrates sowie die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke und die Direktionen der städtischen Unternehmungen an, in einem Verzeichnis jene Bediensteten zu nennen, „die für die Aufgaben des Zählers (Einsammlung der ausgefüllten Zählpapiere sowie Prüfung auf Richtigkeit und Vollständigkeit der Ausfüllung bei der Volkszählung) geeignet sind und hiezu freigestellt werden können." Von den Dienststellen des Magistrates wurden daraufhin 4.555 Bedienstete, von der Generaldirektion und den Direktionen der städtischen Unternehmungen 812, insgesamt also 5.367 Bedienstete gemeldet. Es war notwendig, an den Stadtschulrat mit der Bitte um Beistellung von Pflicht- und Berufsschullehrern heranzutreten. Doch auch mit den 4.495 gemeldeten Pflicht- und Berufsschullehrern konnte noch nicht das Auslangen gefunden werden, weil ja nach Möglichkeit jeder einzelne der 11.630 Zählsprengel mit einem Zählorgan besetzt sein sollte. Selbst nach der Heranziehung von 417 Mittelschullehrern und 827 Schülern der beiden obersten Klassen der mittleren Lehranstalten war die erforderliche Mindestzahl von 11.630 noch nicht erreicht. Schließlich entschloß sich das Statistische Amt der Stadt Wien, die Bundes-Polizeidirektion Wien um Beistellung von Polizeibeamten zu ersuchen. Es wurden 1.500 Polizeibedienstete gemeldet, mit denen besonders die in den Außenbezirken gelegenen einsameren Zählsprengel besetzt werden konnten. Die Gesamtzahl der Zähler reichte nun aus, die 11.630 Zählsprengel mit Rücksicht auf eventuelle Ausfälle, wie Krankmeldungen und dergleichen mit mindestens je einem Zähler zu besetzen.

Die Zähler wurden nun durch die Magistratischen Bezirksämter zu Zählerbesprechungen eingeladen, bei denen sie in ihren Aufgabenbereich eingeführt wurden. Die von der Generaldirektion und den Direktionen der städtischen Unternehmungen gemeldeten Bediensteten wurden von Organen des Statistischen Amtes der Stadt Wien unmittelbar instruiert. Die Zähler erhielten dann die erforderlichen Zählpapiere und Zählsprengelverzeichnisse, überprüften diese in ihrem Zählsprengel an Ort und Stelle und übergaben die erforderlichen Drucksorten dem Hauseigentümer (oder dessen Bevollmächtigten) zur Weiterleitung an die zur Ausfüllung verpflichteten Personen.

Am Freitag, dem 24. März, und Samstag, dem 25. März 1961, suchten die Zählorgane die Hauseigentümer oder deren Bevollmächtigte neuerlich auf, übernahmen die inzwischen ausgefüllten Drucksorten und überprüften diese. Nach allfälliger Veranlassung der Ergänzung der Eintragungen hatten die Zähler die Zählpapiere nach den hiezu ergangenen Weisungen zu ordnen und dem Volkszählungsreferenten im Magistratischen Bezirksamt zu übergeben.

Aus den einzelnen Zählsprengelergebnissen hatten die Volkszählungsreferenten die Bezirkssummen zu ermitteln und dem Statistischen Amt der Stadt Wien einzusenden.

Bereits am 8. Mai 1961 konnte die „Rathaus-Korrespondenz" das vom Statistischen Amt der Stadt Wien errechnete vorläufige Ergebnis der Volkszählung

veröffentlichen, welches nur um weniger als drei Promille von dem inzwischen durch das vom Österreichischen Statistischen Zentralamt verlautbarten endgültigen Ergebnis abweicht. Nach dem vorläufigen Ergebnis hatte Wien am 21. März 1961 eine Wohnbevölkerung von 1,627.034 Personen, nach dem endgültigen Ergebnis 1,627.566 Personen.

Die Zählpapiere für die Volkszählung wie auch für die Häuser- und Wohnungszählung wurden durch die Magistratischen Bezirksämter dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt, welches die Aufbereitung und tabellarische Bearbeitung für ganz Österreich besorgt.

Erwähnt sei, daß auf Grund der Verordnung der Bundesministerien für soziale Verwaltung und für Handel und Wiederaufbau vom 10. Februar 1961, mit der statistische Erhebungen über bestehende Häuser und die darin befindlichen Wohnungen und sonstigen Räumlichkeiten angeordnet werden (BGBl. Nr. 38/1961) und der darin enthaltenen Bestimmung des § 4, wonach „in Gemeinden, die unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Volkszählung 1951 mehr als 75.000 Einwohner zählen, der Erhebungsbogen zweifach auszufüllen ist", das Statistische Amt der Stadt Wien heute über eine Kartei sämtlicher am 21. März 1961 in Wien bestandener Häuser und der darin befindlichen Wohnungen und sonstigen Räumlichkeiten verfügt, eine Kartei, die mit Hilfe der Baustatistik nach Möglichkeit evident gehalten werden soll.

ZIVILRECHTSANGELEGENHEITEN

Durch das Bundesgesetz vom 1. Februar 1961, BGBl. Nr. 37/1961, wurde die Hemmung des Fristenablaufes durch Sonn- und Feiertage, soweit eine solche auf Grund bundesgesetzlicher Vorschriften vorgesehen ist, auch auf Samstage und den Karfreitag ausgedehnt.

Durch das Bundesgesetz vom 21. April 1961, BGBl. Nr. 118/1961, wurden die §§ 3 und 5 des Lohnpfändungsgesetzes vom 16. Februar 1955, BGBl. Nr. 51/1955, durch Erhöhungen der pfändungsfreien Teile der Weihnachtszuwendungen und des Arbeitseinkommens geändert.

Auch das Liegenschaftsteilungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1930, in der Fassung der Verordnung vom 20. September 1944, Deutsches RGBl. Nr. I S. 216, des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1950, BGBl. Nr. 141/1950, und des Bundesgesetzes vom 2. Februar 1955, BGBl. Nr. 39/1955, wurde durch das Bundesgesetz vom 21. Juni 1961, BGBl. Nr 166/1961, novelliert. Diesem Bundesgesetz kommt im Tätigkeitsbereich der Magistratsabteilung für Zivilrechtsangelegenheiten für die grundbücherliche Durchführung von Erwerbungen geringwertiger Grundflächen für Straßen-, Weg- und Wasserbauanlagen besondere Bedeutung zu. Die Anwendbarkeit des im Liegenschaftsteilungsgesetz vorgesehenen vereinfachten Verfahrens wurde dadurch erleichtert, daß dieses Verfahren seit dem 6. Juli 1961 auf Grundflächen bis zum Werte von 6.000 S ausgedehnt worden ist. Dabei schließt ein nach § 18 Abs. 3 des zitierten Gesetzes 6.000 S übersteigender Mehrbetrag die Anwendbarkeit des Gesetzes überdies dann nicht aus, wenn der Mehrbetrag voraussichtlich durch die Wertsteigerung ausgeglichen wird, welche die bei dem Grundbuchskörper verbleibenden Grundstücke durch die Anlage erfahren haben.

Die durch die Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 23. August 1961, BGBl. Nr. 218/1961, ab 1. Oktober 1961 angeordnete Erhöhung des Rechtsanwaltstarifes bedeutet auch eine wesentliche Mehrbelastung der Prozeßführungskosten der Stadt Wien, insbesondere durch die gemäß § 25 angeordnete Erhöhung des Einheitssatzes für die Leistungen der Rechtsanwälte von 40 Prozent auf 50 oder 60 Prozent.

Zahl und Art der Geschäftsfälle, die von der Magistratsabteilung für Zivil-

rechtsangelegenheiten im Jahre 1961 behandelt wurden, gehen aus der nachstehenden Aufstellung hervor:

Schriftliche Rechtsgutachten	91
Erledigte Prozesse der Stadt Wien	380
Erledigte Prozesse gegen die Stadt Wien	28
Neu angefallene Prozesse	458
Mahnklagen	51
Rückstellungssachen	26
Verlassenschaftsfälle	9
Ausgleichsfälle	111
Konkursfälle	314
Grundbücherliche Sicherstellungen	39
Löschungserklärungen	206
Freilassungserklärungen	60
Kaufverträge (grundbücherliche Durchführung)	543
Tauschverträge (grundbücherliche Durchführung)	41
Baurechtsverträge	139
Ersichtlichmachungen (bei Baubewilligung)	796
Exekutionen und Zwangsversteigerungen	551
Wiederaufbaudarlehensfälle	82
Herstellungen der Grundbuchsordnung	46
Grundabteilungen	60
Kuratorbestellungen	7
Vollmachtsausfertigungen	45

Ein Vergleich mit der Arbeitsstatistik des Jahres 1960 ergibt, daß die neu angefallenen Prozesse und die Beurkundungen von Grundtransaktionen zurückgegangen sind, die Baurechtsverträge jedoch um 67 Geschäftsfälle zugenommen haben.

Erwähnenswerte Einzelprozesse sind nicht angefallen.

Die Rechtshilfe gegenüber anderen Abteilungen durch Verfassung von Gutachten wurde im Umfange des Jahres 1960 geleistet.

Die Rückstellungsverfahren beziehen sich auf von der Sammelstelle A gegen die Stadt Wien als Grundeigentümerin oder Hypothekargläubigerin anhängig gemachte Verfahren. In den kommenden Jahren ist mit Rückstellungsanträgen nicht mehr zu rechnen.

Im Jahre 1961 ist es auch ohne Personalvermehrung gelungen, die im Gerichtssprengel des Bezirksgerichtes Innere Stadt Wien (Bezirke I bis IX und XX) gelegenen Flächen des öffentlichen Gutes zur Einbücherung in das Grundbuch zu beantragen.

Damit wurde im Jahre 1961 für den Grundverkehr in diesem Gebiet eine wesentliche Erleichterung und Beschleunigung erreicht und eine Arbeit in Angriff genommen, die in Wien schon seit Jahrzehnten geplant, ohne Personalvermehrung bei den Gerichten und im Magistratsbereiche jedoch als undurchführbar angesehen worden war.

GEWERBEWESEN

Im Gewerberegister ist im Jahre 1961 die Anzahl der Anfragen um Erteilung von Auskünften über Gewerberechtsdaten weiterhin angestiegen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Pensionsversicherungsanstalten, die Finanzlandesdirektionen und auch der Magistrat der Stadt Wien (Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge) die Entscheidungen nach den Pensionsgesetzen, dem Kriegs- und Verfolgungssachschadengesetz oder dem Opfer-

fürsorgegesetz oft nur auf Grund von Auskünften der Gewerbebehörde treffen können.

Das Gewerberegister ist im Monat Oktober 1961 nach Wien I., Wipplingerstraße 8, 2. Stiege, 3. Stock, übersiedelt.

Auf Grund der von der Magistratsabteilung für das Gewerbewesen erstellten Entwürfe sind im Jahre 1961 vom Landeshauptmann zwei Verordnungen erlassen worden, nämlich eine über den Maximaltarif für Kehrarbeiten im Rauchfangkehrergewerbe (Kehrtarif 1961) und eine weitere, womit die Zulässigkeit der Sonntagsarbeit im Kleinhandel am Silbernen und Goldenen Sonntag aufgehoben wurde.

VERKEHRSRECHTSANGELEGENHEITEN

Das Jahr 1961 war die Bewährungsprobe für die neue Straßenverkehrsordnung. Wenn auch die sinkende Tendenz der Unfallziffern der ersten Monate des Jahres 1961 nicht gleichmäßig angehalten hat, so kann doch die günstige Auswirkung der neuen Straßenverkehrsordnung auf den Straßenverkehr nicht in Abrede gestellt werden. Während sich 1960 in Wien 21.676 Verkehrsunfälle ereigneten, sank die Zahl der Verkehrsunfälle im Jahre 1961 auf 16.106. Die Zahl der Verletzten sank von 12.738 auf 10.143, die der Toten von 268 auf 197.

Um die bei der Vollziehung der Straßenverkehrsordnung in der Praxis erforderliche Einheitlichkeit zu erzielen, sind eine Reihe von Durchführungsverordnungen des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau ergangen. Das erforderliche Verhalten bei Annäherung an schienengleiche Eisenbahnübergänge wurde in der Eisenbahn-Kreuzungsverordnung 1961, BGBl. Nr. 2/1961, geregelt. Soweit die Vollziehung der Straßenverkehrsordnung in die ausschließliche Zuständigkeit der Länder fällt, werden in strittigen Fragen „Rechtsmeinungen" des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau publiziert.

Die Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten hat zu den Entwürfen der Durchführungsverordnungen und der Rechtsmeinungen im Einvernehmen mit der Abteilung für technische Verkehrsangelegenheiten und der Bundes-Polizeidirektion Wien Stellung genommen. Bei den Tagungen der Verkehrsreferenten der Bundesländer war die Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten jeweils durch ihren Abteilungsleiter vertreten. Es konnte bei diesen Tagungen in vielen Punkten eine einheitliche Verwaltungspraxis sämtlicher Bundesländer erreicht werden.

Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau hat im April 1961 den Entwurf einer Kraftfahrgesetznovelle 1961 ausgesendet. Die Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten hat zu diesem Entwurf im Einvernehmen mit den beteiligten Dienststellen des Magistrates ausführlich Stellung genommen und die im Interesse der Stadt Wien erforderlichen Anträge gestellt.

Auf Antrag der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, Fachgruppe Personenfuhrwerksgewerbe, waren im Jahre 1960 Verhandlungen über eine Erhöhung des Taxitarifes eingeleitet worden. Nach mühevollen Verhandlungen konnte eine Einigung der beteiligten Interessenvertretungen mit dem Ergebnis einer geringfügigen Erhöhung der Gebühren für die Grundtaxe und die Wartezeit erzielt werden. Die Verlautbarung des geänderten Taxitarifes ist im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 14/1961 erfolgt.

Die vom Österreichischen Städtebund geförderten Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Kurzparkzonen haben ihren ersten Niederschlag in der gegenseitigen Anerkennung der Parkscheiben in den Wiener, Grazer und Leobner Kurzparkzonen gefunden. Die Verordnung des Bundesministeriums für Handel

und Wiederaufbau vom 16. Oktober 1961, BGBl. Nr. 249/1961 (Parkscheiben-Verordnung), hat die einheitliche Parkscheibe für ganz Österreich gebracht, und zwar wurde hiefür das Wiener Modell der sogenannten „Pecht-Scheibe" gewählt. Die zulässige Parkdauer wurde bundeseinheitlich mit eineinhalb Stunden begrenzt. Die Parkscheiben-Verordnung tritt am 1. Jänner 1962 in Kraft, so daß von diesem Tage an auch in den Wiener Kurzparkzonen eineinhalb Stunden lang geparkt werden darf. Im Jahre 1961 sind überdies auf den Bahnhofsvorplätzen des Wiener Süd- und Westbahnhofes neue Kurzparkzonen eingerichtet worden. Sie haben sich gut bewährt. Die Regelung der Kurzparkzonen war auch eines der wichtigsten Probleme der sogenannten Parkkommission, bei deren für den Straßenverkehr so bedeutenden Beratungen die Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten durch ihren Abteilungsleiter und dessen Stellvertreter vertreten war.

Im Jahre 1961 wurde von der Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten unter anderem noch der Text folgender Verordnungen ausgearbeitet:

Eine Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 1. Jänner 1961, betreffend die Erlassung eines Hupverbotes für die Ortsgebiete Wien, Wien-Inzersdorf, Wien-Neu Eßling und Wien-Süßenbrunn sowie den Teil der Triester Straße zwischen den Ordnungsnummern 91 und 106 (Freilandstraße), weiters eine Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 12. Juni 1961, betreffend das Verbot des Parkens auf Fahrbahnen mit Straßenbahngleisen im Ortsgebiet von Wien, weiters eine Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 6. September 1961, betreffend ein Reit- und Gehverbot auf der Höhenstraße im 17., 18. und 19. Bezirk und ein Reitverbot innerhalb des Wald- und Wiesengürtels im 17. und 19. Bezirk, weiters eine Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 22. September 1961, betreffend das Verbot der Ausübung des Wintersportes auf bestimmten Wiener Freilandstraßen; weiters eine Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 10. Oktober 1961, betreffend das Verbot von Schul-, Übungs- und Prüfungsfahrten in Teilen des 1. Wiener Gemeindebezirkes, weiters eine Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 20. November 1961, betreffend die Reinigung von Gehsteigen, Gehwegen und Stiegenanlagen in den Ortsgebieten Wien, Wien-Inzersdorf, Wien-Neu Eßling und Wien-Süßenbrunn; schließlich eine Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 22. Dezember 1961, betreffend die Festlegung von Ausnahmen vom Verbot des Rodelns auf bestimmten Straßen im Ortsgebiet von Wien.

Im Jahre 1961 hat sich speziell die Anzahl der Beschwerden gegen Berufungsbescheide des Amtes der Wiener Landesregierung in Verkehrsangelegenheiten an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sehr bedeutend (etwa um 70 Prozent) erhöht; die Ausarbeitung der Gegenschriften an den Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof stellte für die rechtskundigen Beamten eine erhebliche Mehrbelastung dar. Dies um so mehr, als diese Referenten sodann bei den mündlichen Verhandlungen dieser Gerichtshöfe die Sache der belangten Behörde zu vertreten haben. Dazu kommt noch, daß die höheren Strafsätze der Straßenverkehrsordnung 1960 eine Steigerung der Anwaltsberufungen herbeigeführt haben, die wieder eine eingehende Begründung der Berufungsbescheide erforderlich machen.

Die notwendigen Vorarbeiten für die behördliche Genehmigung der sukzessiven Umstellung von Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb (Linie 13 und 72) wurden gleichfalls von der Magistratsabteilung für rechtliche Verkehrsangelegenheiten durchgeführt. Auch wurde im Jahre 1961 wieder eine entsprechende Anzahl neuer Taxikonzessionen verliehen.

Der Leiter und die Referenten der Abteilung haben auch wieder an zahl-

reichen Ortsverhandlungen ebenso wie Bürobesprechungen teilgenommen, bei denen es möglich war, an der Ordnung und Verbesserung des noch immer zunehmenden und immer schwieriger zu lenkenden fließenden und nicht zuletzt auch des ruhenden Verkehrs in teilweise richtungweisender engster Zusammenarbeit mit den beteiligten Dienststellen des Bundes, des Magistrates und der Polizei mitzuwirken.

ADMINISTRATIVE BAU-, ELEKTRIZITÄTS-, EISENBAHN- UND LUFTFAHRTSANGELEGENHEITEN

Die Entwicklung im Jahre 1961 ist charakterisiert durch eine neuerliche beträchtliche Zunahme des Geschäftsumfanges gegenüber jenem des Jahres 1960. Die Prozentzahl der Zunahme der gesamten anfallenden Geschäftsstücke von nahezu sieben gibt hiebei insofern kein vollständiges Bild, als gerade jene Sektoren an Umfang zugenommen haben, die nicht nur durch besonders schwierige Rechtsfragen, sondern auch durch ihre praktische Bedeutung hervorstechen. Hiezu sei erwähnt, daß allein die Anzahl der durch die Bauoberbehörde für Wien zu erledigenden Berufungsfälle um über 20 Prozent angewachsen ist. Die Berufungen in Verwaltungsstrafsachen, zu denen neben den Baustrafen auch Strafsachen im Luftfahrt- und Eisenbahnverfahren zu zählen sind, sind gleichfalls um etwa 17 Prozent angewachsen. Auffällig ist auch eine Vermehrung der im Jahre 1961 gestellten Enteignungsanträge. Ihre Zahl hat sich mehr als verdreifacht. Eine neuerliche Zunahme erfuhr auch die Zahl der zur Genehmigung durch die Baubehörde eingereichten Parzellierungen; durch ein Ansteigen dieser Geschäftsfälle um etwa 8 Prozent hat sich ihre Zahl auf 2.225 erhöht.

Das Bestreben der Stadtverwaltung schließlich, durch eine gründliche Überwachung und notfalls auch durch Zwangsmittel zur Erhaltung des Althausbestandes und zur Behebung noch vorhandener Kriegsschäden beizutragen, findet seinen Niederschlag in einer Vermehrung der Vollstreckungsverfahren um 24,8 Prozent.

Bedingt durch das geschilderte Anwachsen der Berufungsfälle, sind auch die Gerichtshöfe öffentlichen Rechts in vermehrtem Maße in Anspruch genommen worden. Während im Jahre 1960 der Verwaltungsgerichtshof in 40 Fällen angerufen worden ist, wurden im Jahre 1961 57 Beschwerden eingebracht. Die Anzahl der Verfassungsgerichtshofbeschwerden ist mit vier hingegen gleichgeblieben.

Die im Kapitel „Bauwesen und öffentliche Einrichtungen" geschilderte umfangreiche Bautätigkeit spiegelt sich im Bereiche der Magistratsabteilung für administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtsangelegenheiten in ihrer vermehrten Inanspruchnahme als Ratgeberin bei der Lösung der in diesem Zusammenhange auftauchenden baurechtlichen Fragen. Obwohl diese Tätigkeit aktenmäßig kaum oder gar nicht erfaßbar ist, kommt ihr in der Gesamtarbeit große Bedeutung zu.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung waren die Vorarbeiten für eine zwar kleine, für die Erhaltung eines befriedigenden Stadtbildes aber wichtige Novelle zur Bauordnung für Wien (Bauordnungsnovelle 1961, LGBl. für Wien Nr. 16/1961) zu leisten. Ziel dieser Novelle war es, dem Bestreben mancher Bauherren entgegenzuwirken, alle durch die bis dahin geltenden Baurechtsvorschriften gegebenen Möglichkeiten der möglichst weitgehenden Auswertung der Baugründe auszunutzen. Diese Tendenz hatte in einer Reihe von Fällen zur erheblichen Beeinträchtigung des Stadtgebietes geführt. Über die bei der

Vollziehung der neu geschaffenen Rechtsvorschriften gewonnenen praktischen Erfahrungen wird im nächsten Jahr zu berichten sein.

GRUNDTRANSAKTIONEN

Für die mannigfaltigen Aufgaben der Wiener Stadtverwaltung ist die Beschaffung und Sicherung des erforderlichen Grundbesitzes von größter Bedeutung.

Im Hinblick darauf wurden die Grundverkehrsgeschäfte von der Magistratsabteilung für Grundtransaktionen auch im Jahre 1961 mit besonderer Umsicht und Intensität betrieben.

In den meisten Wiener Gemeindebezirken wurden Grundflächen beträchtlichen Ausmaßes erworben. Insbesondere in den äußeren Bezirken, wo noch weite Gebiete zu erschließen sind, gelangen umfangreiche Grundkäufe zu vertretbaren Preisen.

Neben der im Vordergrund stehenden Erwerbung von Bauland für die Wohnbautätigkeit der Stadt Wien wurden Grundstücke für viele andere Zwecke gekauft. Dabei spielte die Grundbeschaffung für Zwecke der Verkehrsplanung, für Straßenneubauten und Straßenregulierungen, für die Schaffung von Gartenanlagen, für den Bau von Schulen, Sport- und Spielplätzen, für Wasserleitungszwecke, für Fluß- und Bachregulierungen, für die Sicherung des Wald- und Wiesengürtels und für die Erweiterung von Friedhöfen eine große Rolle.

Auch zum Zwecke der Vergebung im Baurecht an gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften wurden Baugrundstücke erworben.

Wo sich die Möglichkeit ergab, Industriebaugründe zu angemessenen Bedingungen zu kaufen, wurde von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht, um diese Gründe im Zuge der Industrieförderung an Industrieunternehmungen oder Gewerbebetriebe durch Verkauf oder Tausch weiterzuveräußern.

Wenn ein von der Stadt Wien benötigtes Grundstück durch Kauf nicht zu erwerben war, gelang es oft, im Wege eines Grundtausches zum Abschluß zu gelangen.

Zu Enteignungen kam es verhältnismäßig selten, da in oft langwierigen Verhandlungen alles versucht wurde, zu einem gütlichen und für die Stadt Wien noch tragbaren Ergebnis zu gelangen. Allerdings kam es vereinzelt vor, daß Grundbesitzer das öffentliche Interesse der Stadt Wien oder eine Zwangslage rücksichtslos zur Erzielung eines unangemessen hohen Gewinnes auszunutzen trachteten. Um diesen Bestrebungen Einhalt zu gebieten, sind die bestehenden gesetzlichen Enteignungsmöglichkeiten oft nicht ausreichend.

Die Erwerbung freier Gründe war nur in wenigen Fällen möglich. Meist sind die Gründe verpachtet oder vermietet und müssen zu ihrer widmungsgemäßen Verwendung frei gemacht werden. Aus dieser Tatsache ergaben sich oft schwierige Freimachungsverhandlungen, und es mußten auch wiederholt Ersatzgrundstücke zur Verfügung gestellt werden.

Für die Absiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben, von Handelsgärtnern und Kleingärtnern werden immer wieder Ersatzgründe benötigt, für deren Beschaffung gesorgt werden muß.

Bei den Grunderwerbungen — insbesondere beim Kauf bestandfreier Gründe — mußte die Magistratsabteilung für Grundtransaktionen oft in Konkurrenz mit anderen Interessenten treten, wobei einerseits auf ein mitunter sehr großes Erwerbsinteresse der Stadt Wien Rücksicht zu nehmen war, andererseits aber der Tendenz der Grundpreissteigerung nach Möglichkeit entgegengewirkt werden mußte.

Während bei den Erwerbungen größerer Baulandflächen im 21. und 22. Be-

zirk noch günstige Preise erzielt werden konnten, mußte die Stadt Wien bei Käufen in anderen Bezirken wegen des Mangels an Baugründen mitunter bis an die Grenze des noch vertretbar erscheinenden Preises gehen. Dies gilt vor allem, wenn in den inneren Bezirken noch vorhandene Einzelbauplätze in exponierter Lage für Bauwerke besonderer Art oder zur Auflockerung der dichten Verbauung dieser Gebiete benötigt wurden.

Die Magistratsabteilung für Grundtransaktionen hat sich im Jahre 1961 auch wiederholt an Zwangsversteigerungen von Liegenschaften beteiligt, wenn ein Erwerbsinteresse der Stadt Wien bestand. In einigen Fällen ist es gelungen, solche Liegenschaften zu günstigen Bedingungen zu erwerben.

In den Zuständigkeitsbereich der Magistratsabteilung für Grundtransaktionen fällt auch die Bestellung von Baurechten, soweit es sich nicht um solche handelt, die zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaues dienen.

So wurde im Jahre 1961 ein Baurechts- und ein Servitutsbestellungsvertrag mit der Garage Am Hof Ges. m.b.H. abgeschlossen zum Zwecke der Errichtung einer unterirdischen Garage unter dem Platz I., Am Hof.

Von den zum Abschluß gebrachten Verträgen besonderer Art seien beispielsweise erwähnt:

der Dienstbarkeitsbestellungsvertrag, betreffend die Liegenschaft I., Rotenturmstraße 11, zur Schaffung von Arkaden, um die Fahrbahn der Rotenturmstraße zu verbreitern, und das Übereinkommen mit den Eigentümern der Liegenschaft I., Nikolaigasse 1, wonach diese Liegenschaftseigentümer für die durch das städtische Assanierungsprojekt bedingte Änderung ihres Bauvorhabens entschädigt werden.

Aus der großen Zahl der Grunderwerbungen im Jahre 1961 ist der Kauf eines exponierten 1.888 m² großen Eckbauplatzes im 2. Bezirk, Wehlistraße, Mexikoplatz und Handelskai, von der Firma Landwarenhandels Ges. m.b.H. um 2,500.000 S, weiters der Kauf der Liegenschaft VII., Hermanngasse 2 a, im Ausmaße von 2.177 m² von der Firma Elektrokeramik-Wien um 3,300.000 S und der Kauf eines 22.715 m² großen Baugrundes mit Fabriksgebäuden im 10. Bezirk, Inzersdorfer Straße—Bernhardstalgasse, von Arthur *Lourie* um 9,086.000 S besonders hervorzuheben.

Weitere Ankäufe brachten den Erwerb eines 15.292 m² großen Grundkomplexes im 11. Bezirk, Kaiser-Ebersdorf, südlich der Thürnlhofstraße, zur Arrondierung des stadteigenen Besitzes um 2,140.880 S und die Einlösung eines im öffentlichen Erholungsgebiet im 11. Bezirk an der Eisteichstraße liegenden etwa 6.000 m² großen Grundstückes um 2,422.800 S, weiters den Erwerb eines 5.461 m² großen Baugrundes im 17. Bezirk, Hernalser Hauptstraße—Comeniusgasse—Rötzergasse, von der Österreichischen Saurerwerke AG um 3,750.000 S, weiters die Erwerbung des Dorotheerwaldes im 18. Bezirk im Ausmaße von 348.452 m² vom Stift Klosterneuburg um 4,985.000 S und den Erwerb von Baugründen im 19. Bezirk, Börnergasse und Erbsenbachgasse, im Ausmaße von 8.211 m² um 3,150.000 S. Schließlich sollen noch der Kauf eines 35.539 m² großen Grundbesitzes im 21. Bezirk zwischen der Donaufelder Straße und der Eipeldauerstraße für Wohnbauzwecke um 3,700.000 S, die Erwerbung eines Teiles des Flugfeldes Aspern im 22. Bezirk im Ausmaß von 416.181 m² von Peter *Denes* und Miteigentümern um 5,000.000 S, die Erwerbung der Liegenschaft 22. Bezirk, Wagramer Straße 96, ein Baugrund im Ausmaß von 15.884 m² mit den bestehenden Fabriksobjekten von der Firma Friedrich Siemens Werke AG um 7,150.000 S und der Kauf von Grundstücken im Ausmaße von 14.538 m² m 23. Bezirk, Inzersdorf, an der Steinhofstraße, um 2,180.700 S genannt werden.

Damit sind nur einige dem Flächenausmaß und dem Preis nach größere Grundankäufe genannt.

Die Grundverkäufe, die im Jahre 1961 getätigt wurden, sind in der Mehrzahl flächenmäßig und wertmäßig kleinere Transaktionen zum Zwecke der Baureifgestaltung privater Liegenschaften. Diese Grundverkäufe, bei denen es sich meist um Ergänzungsflächen oder abzutretenden Straßengrund handelte, erfolgten nach den Bestimmungen der Bauordnung für Wien. Im Hinblick auf die rege private Bautätigkeit sind diese Grundtransaktionen auch im Jahre 1961 sehr zahlreich gewesen und warfen oft komplizierte Rechtsfragen nach der Bauordnung auf, die im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung für administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtsangelegenheiten gelöst werden mußten.

Außerdem wurde aber auch eine ganze Reihe von Grundverkäufen durchgeführt, die zum Teil große Grundflächen zum Gegenstand hatten. Neben einzelnen Grundveräußerungen im öffentlichen Interesse, wie zum Beispiel dem Verkauf einer etwa 13.000 m² großen Grundfläche im 21. Bezirk am Ringelseeplatz an die Republik Österreich zur Errichtung eines Bundesrealgymnasiums für Mädchen, handelt es sich bei diesen größeren Verkaufsgeschäften fast durchwegs um Veräußerung von stadteigenem Industriebaugrund zur Förderung der Bautätigkeit der Industrie und des Großgewerbes in Wien. Dazu gehört der Verkauf von Grundflächen im 3., 10., 11., 12., 19. und 23. Bezirk.

Wegen der überaus regen Grunderwerbstätigkeit im Jahre 1961 konnte mit dem im Voranschlag 1961 präliminierten Betrag von 70,000.000 S das Auslangen nicht gefunden werden. Es wurden im Jahre 1961 sechs Zuschußkredite in der Höhe von zusammen 173,000.000 S genehmigt, so daß der Gesamtkredit für das Jahr 1961 243,000.000 S betrug.

Im Jahre 1961 wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Gesamtausmaße von 2,675.641 m² um den Gesamtkaufpreis von 230,528.800 S erworben.

Eine Aufgliederung der im Jahre 1961 vom Gemeinderatsausschuß XI oder vom Gemeinderat genehmigten Grunderwerbungen auf die einzelnen Gemeindebezirke führt zu der folgenden Übersicht:

Bezirk	Quadratmeter	Bezirk	Quadratmeter
I.	4.674	XIII.	24.414
II.	4.114	XIV.	6.920
III.	2.049	XV.	3.941
IV.	1.527	XVI.	74.551
V.	348	XVII.	12.511
VI.	3.499	XVIII.	352.666
VII.	5.049	XIX.	59.585
VIII.	4.424	XX.	14.348
IX.	3.425	XXI.	364.150
X.	347.713	XXII.	967.064
XI.	156.163	XXIII.	109.386
XII.	37.718	Außerhalb Wiens	115.402
		Zusammen	2,675.641

Damit stehen, was die erworbene Fläche anbelangt, auch im Jahre 1961 die Bezirke 21 und 22 an der Spitze, da in diesen an Grundreserve reichsten Stadtteilen die flächenmäßig größten Grunderwerbungen getätigt werden können.

FEUERWEHR DER STADT WIEN

ORGANISATION

Am 17. April 1961 wurde die Feuerwache Breitensee und am 18. September 1961 die Feuerwache Margareten aufgelassen. Ihre Ausrückungsbereiche wurden auf die benachbarten Feuerwachen aufgeteilt.

Die Feuerwehr der Stadt Wien hat sich in der Zeit vom 23. Juni bis 2. Juli 1961 an der internationalen Ausstellung „Interschutz — der Rote Hahn" in Köln beteiligt.

Der Vorgang bei gebühren- und kostenpflichtigen Hilfeleistungen und Beistellungen wurde, den Bestimmungen des Wiener Feuerwehrgesetzes entsprechend, in einer Dienstvorschrift und in einem Dienstbehelf neu geregelt.

Die Presse und das Fernsehen wurden durch Führungen und Vorführungen mit technischen Neuerungen und baulichen Veränderungen bekannt gemacht.

Mit der Firma F. Trautenberger & Sohn, KG. Purkersdorf bei Wien, und mit der Vereinigung für Kultur und Bildung KÖRNER-HALLE, Schwechat, wurden Übereinkommen bezüglich Löschhilfe abgeschlossen.

Bei verschiedenen Ausschußsitzungen des Österreichischen Bundes-Feuerwehrverbandes war das Feuerwehrkommando durch seine satzungsgemäßen Delegierten vertreten.

Die Zahl der Betriebsfeuerwehren beträgt 13.

BRANDVERHÜTUNG

Das Feuerwehrkommando war bei den Beratungen über Richtlinien für Blitzschutzanlagen, bei den Beratungen der Forschungsgesellschaft für Wohnungsbau, bei den Beratungen für eine neue Verordnung für Kleinölöfen, bei den Beratungen über die Erfahrungen, die mit dem zugelassenen Abgassammler aus Metall gemacht worden sind, bei den Beratungen über den Brandschutz im Ölhafen Lobau, bei dem Neu- und Umbau von Großkaufhäusern und bei der Begutachtung der Bundestheater und Bundesgebäude in feuerpolizeilicher Hinsicht vertreten. In 385 Fällen waren auf behördliche Anforderung Gutachten über Ursache oder Verlauf bestimmter Brände zu erstatten.

Organe des Feuerwehrkommandos intervenierten bei 616 Bauverhandlungen, 905 gewerbe- oder lokalpolizeilichen Genehmigungsverhandlungen, 447 kommissionellen Überprüfungen verschiedener Art und bei 624 Feuerbeschauen. Über Anforderung verschiedener Dienststellen sowie auf Grund von unmittelbar bei der Feuerwehr eingelangten Anzeigen wurden 377 feuerpolizeiliche Erhebungen durchgeführt. Dies ergibt eine Zunahme der Interventionsfälle gegenüber dem Jahre 1960 um 733 Fälle oder rund 33 Prozent.

Zu 3.102 Theatervorstellungen wurden 6.517 Beamte und zu Filmaufnahmen 657 Beamte an 264 Tagen als Feuersicherheitswache gestellt. Überdies wurden auch bei der Wiener Messe, bei sonstigen Ausstellungen, bei Bällen und bei Veranstaltungen verschiedener Art Feuerwachen mit insgesamt 320 Beamten gestellt.

Die Betriebsfeuerwehren mehrerer Großbetriebe wurden überprüft und geschult. Es erfolgten 50 ständige und 320 periodische Überprüfungen und 272 Schulungen. Ferner wurden zahlreiche Großbetriebe und feuergefährliche Betriebe feuerpolizeilich überprüft.

Zu Fragen der Löschwasserversorgung bestimmter Gebäude, Bezirksteile oder Ortschaften wurden in 25 Fällen Erhebungen durchgeführt und Anträge gestellt oder Gutachten erstattet. Die Trockensteigleitungen in Hochhäusern und anderen Objekten wurden von einem Beamten in 26 Fällen überprüft.

Die sechs Inspektionsrauchfangkehrer nahmen 3.080 Ortsaugenscheine vor, die sich auf Baugebrechen und andere Mängel an Rauchfängen und Feuerstätten bezogen.

FEUERWEHRDIENST

Die Besprechungen mit den an dem Aufbau des Zivilschutzes beteiligten öffentlichen Stellen wurden fortgesetzt. Die Feuerwehr der Stadt Wien wurde vom Bundesministerium für Inneres mit einem Dosisleistungsmeßgerät EMB 3 beteilt.

Im Rahmen des Dienstsportes haben 191 Feuerwehrbeamte an den Vorbereitungs- und Abnahmeprüfungen für das Österreichische Turn- und Sportabzeichen teilgenommen. 61 Beamte haben die Bedingungen erfüllt und damit das Sportabzeichen erworben.

FAHRPARK UND AUSRÜSTUNG

Zur Bekämpfung von Flüssigkeitsbränden größeren Ausmaßes wurde auf ein Steyr-Diesel-Fahrgestell der Type 586 ein Schaumlöschfahrzeug aufgebaut, ausgerüstet und in Dienst gestellt. Das Fahrzeug besitzt einen Schaummitteltank mit 4.000 l Inhalt und eine hinten fix eingebaute Kreiselpumpe. Mit diesem Fahrzeug können gleichzeitig acht Schaumschlauchleitungen mit einer Gesamtleistung von etwa 40 m³ Schaum in der Minute betrieben werden.

Weiters wurde eine Hebekanzel angekauft. Es ist dies ein Fahrzeug mit einer hydraulisch betriebenen, bis zu einer Höhe von 18 m ausziehbaren und schwenkbaren Arbeitsbühne, auf der bis zu drei Personen gleichzeitig befördert werden können. Das Fahrzeug ist sowohl bei technischer Hilfs- als auch bei Löschaktionen verwendbar.

Auf Steyr-Diesel-Fahrgestellen der Type 586 wurden drei Universallöschfahrzeuge aufgebaut. Sie besitzen einen Wassertank mit 1.200 l, einen Schaummitteltank mit 300 l Inhalt und einen Kessel für 750 kg Löschpulver. Mit diesen Löschfahrzeugen können also Brände wahlweise mit den wichtigsten Löschmitteln, nämlich Wasser, Schaum und Löschpulver, bekämpft werden; die Fahrzeuge wurden im Hinblick auf die Gefahren, die vom steigenden Transport großer Mengen brennbarer Flüssigkeiten im Stadtbereich oder von Flugzeugabstürzen drohen, angeschafft.

Acht Rüstwagen wurden mit je vier Stück Transportrollern bestückt. Die Transportroller sind für das Wegschaffen von vorschriftswidrig abgestellten Kraftfahrzeugen und zum Freimachen von Aktionsstellen bestimmt.

Auf ein Steyr-Diesel-Fahrgestell der Type 480 wurde ein Taucherwagen aufgebaut und in Dienst gestellt. Das Fahrzeug ist mit allen für das Tauchen erforderlichen Geräten bestückt und dient gleichzeitig als Zugwagen für einen Bootsanhänger.

Schließlich wurde auch ein Personenkraftwagen Marke Volkswagen angekauft und in Dienst gestellt.

Am Jahresende standen für den Feuerwehrdienst einsatzfähig zur Verfügung:

Alarmfahrzeuge der Berufsfeuerwehr	119
Alarmfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren	2
Sonstige Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr	23
Fahrzeuge zusammen	144

In der Zentralfeuerwache wurde in den Räumen der ehemaligen Gerätemeisterei ein neues Schlauchlager eingerichtet, das den Anforderungen fachgemäßer Schlauchlagerung entspricht.

In der Schlauchwäsche (Zentralfeuerwache) wurde eine neue Schlauchprüfanlage mit sechs Anschlußstutzen zur Überprüfung der gereinigten und instandgesetzten Druckschläuche eingebaut.

Die Ausrüstung der Lösch- und Sonderfahrzeuge mit den zur Sicherung der Aktionsstelle erforderlichen Gefahrenzeichen wurde fortgesetzt; unter Mitwirkung von Fachfirmen wurden 60 Garnituren in eigener Werkstätte hergestellt.

Für den Wasserdienst wurden u. a. eine Kunststoff-(Polyester)-Motorzille und ein großer Unterwasserscheinwerfer angeschafft.

FAHR-UND MASCHINENDIENST

Um die Treibstoffgebarung genau kontrollieren zu können, wurden mit 1. Jänner 1961 Treibstoffbegleitkarten eingeführt. Sie werden für sämtliche Kraftfahrzeuge und Maschinen, die durch Verbrennungsmotoren angetrieben werden, ausgestellt und haben eine Laufzeit von jeweils 1 Monat. Dieser Neueinführung und einer Änderung der Kontrolle der Grundbücher der Fahrzeuge ist es zuzuschreiben, daß die Treibstoffgebarung bei einer Gesamtausgabemenge von 135.055 l erstmalig ohne Fehlmenge abgeschlossen werden konnte. Bisher waren Fehlmengen im Ausmaß von etwa 1,5 Prozent der Gesamtausgabemenge zu verzeichnen.

NACHRICHTENANLAGEN

Das Brandmeldenetz wurde wieder erheblich erweitert; in verschiedenen Objekten wurden sieben Brandmelder angeschlossen, zwei abgeschaltet. Die Gesamtzahl der Melder beträgt zu Jahresende 162.

Zu den bisher an die zentrale Uhrenanlage der Feuerwehr angeschlossenen öffentlichen Uhren sind drei Uhren auf öffentlichen Verkehrsflächen hinzugekommen, so daß zur Zeit 90 öffentliche Uhren an die Uhrenanlagen der Feuerwehr angeschlossen sind.

Der im Jahre 1960 begonnene Aufbau der Fernschreibanlage wurde fortgesetzt und mit Jahresende abgeschlossen. Es sind nunmehr alle Feuerwachen an die zentrale Fernschreibeinrichtung angeschlossen. Nach Inbetriebnahme der neu aufgebauten Fernschreibeinrichtung wurden die seit 1864 betriebenen Morse-Telegraphenstationen abgeschaltet und abgebaut.

Für die Ausgestaltung der UKW-Sprechfunkeinrichtung wurden fünf bewegliche UKW-Sende- und Empfangsstationen und zur Ergänzung der Fernmeldeeinrichtungen eine Wechselsprechanlage, eine Verstärker- und Lautsprecheranlage und zwei Stromversorgungsgeräte angeschafft.

Zur Sicherung der Ausfahrt der Hauptfeuerwache Mariahilf wurde eine Verkehrslichtsignalanlage eingerichtet und in Betrieb genommen.

Am Ende des Jahres 1961 stehen 118.960 m Künettenlänge feuerwehreigenes Erdkabel (Zugang 80 m) und 75.956 m Trassen- und 130.200 m Leitungslänge feuerwehreigene Freileitung (Zugang 4.250 m Trassenlänge), 8.000 m Kabeladern der städtischen Wasserwerke und 91.600 m Kabeladern der Postverwaltung (Zugang 73.400 m) zur Verfügung.

Die Fernmeldeanlagen der Feuerwehr umfassen mit Jahresende 1961: eine zentrale Fernmeldeanlage, fünf Fernmeldeanlagen in den Feuerwachen, 23 Fernmeldeanlagen in den Nebenwachen (Abgang zwei) eine noch nicht erneuerte Fernmeldeanlage in der Hauptfeuerwache Leopoldstadt, eine zentrale Fernschreibanlage und 29 Fernschreibanlagen in den Nebenwachen, 312 elek-

trische Nebenuhren (Zugang zwei) und die oben erwähnten Brandmelder und öffentlichen Uhren. An die Fernsprechanlage sind 59 amtsberechtigte und 123 nichtamtsberechtigte Teilnehmer angeschlossen.

GEBÄUDEERHALTUNG

Im Gebäude Am Hof 10 wurden die umfangreichen Arbeiten der Auswechslung der vermorschten Abschlußdecken durch Ast-Mollin-Decken, die im Jahre 1960 begonnen worden waren, fortgesetzt und beendet. Es wurden etwa 1.500 m² teilweise vermorschte Dippelbaumdecken abgetragen. Die neuen Decken wurden etwas tiefer als die alten Decken eingebaut. Der auf diese Weise vergrößerte Dachbodenraum konnte durch Änderung der Dachkonstruktion und durch Einbau von Zugstangen mit Spannschlössern ausgebaut werden. In diesem neuen dritten Stockwerk wurden im Färbergassen-Trakt sieben Räume, die an einem Verbindungsgang liegen, und ein Flur und Aufzugsraum geschaffen. In diese Räume wurden die Kleiderkammer und die zugehörigen Werkstätten, die bisher sehr unzulänglich untergebracht waren, verlegt. Im Tiefen Graben-Trakt wurden im neuen dritten Stockwerk ebenfalls sieben Räume geschaffen, in die die Nachrichtenbau-Abteilung verlegt wurde.

Zwei der drei Stiegen des Hauses Am Hof 10 wurden nach teilweiser Abtragung instandgesetzt und bis in das neue dritte Stockwerk verlängert. Im zweiten und ersten Stock wurde durch Entfernung von Bodenaufdoppelungen und Zwischenwänden und durch Errichtung von Zwischenwänden eine rationellere Raumgestaltung erreicht.

Im Vorraum zur Kleiderkammer wurde ein 8 m² großes Wandmosaik angebracht.

An Stelle von abgetragenen Anlagen wurden vier neue Badeanlagen errichtet, von denen zwei mit Waschräumen, die anderen zwei mit Wasserklosetts ausgestattet sind.

BEMERKENSWERTE AKTIONEN DER FEUERWEHR

Im Jahre 1961 betrug die Gesamtzahl der Einsätze 7.102. Hievon waren 1.850 Brände, darunter 10 Großbrände. Die nachstehenden Berichte betreffen Aktionen, die entweder wegen ihres Anlasses oder wegen der Anforderungen die sie an die Feuerwehr stellten, bemerkenswert sind.

Am 19. Jänner war im Donaustrom bei Stromkilometer 1.922,4 ein mit Scheiterholz beladener Schlepper infolge niedrigen Wasserstandes auf Grund geraten. Das Holz wurde umgeladen und das in den Schlepper eingedrungene Wasser ausgepumpt. Das Fahrzeug konnte sodann durch zwei Motorschiffe flott gemacht werden.

Am 7. Februar wurde die Feuerwehr um 23 Uhr 25 Minuten zu einem der beklagenswertesten Brände des Jahres 1961, zum Brand der alten Universität, gerufen, die die Akademie der Wissenschaften beherbergt. Bei Ankunft der Feuerwehr brannte das Dach bereits im Ausmaß von etwa 600 m², und das Feuer hatte auf die Decke des Festsaales übergegriffen. Starker Funkenflug gefährdete die unmittelbar benachbarte Universitätskirche und die eng verbaute Umgebung. Der Brand wurde mit 16 Strahlrohren umfassend angegriffen und seine Ausbreitung verhindert. Leider stürzte ein Teil einer Brandmauer auf die Festsaaldecke, die mit ihren kostbaren Fresken zerstört wurde. Die wertvollen Bücher- und Schriftenbestände konnten vor Schaden bewahrt werden. Der Brand hatte von einer Feuerungsanlage seinen Ausgang genommen.

Am 10. Februar wurde durch schnelles Steigen der Donau ein Schlauch-

Branddirektor Dipl.-Ing. Havelka überreicht einem jungen Feuerwehrmann ein Verdienstzeichen



Wiener Feuerwehr

Spezialfahrzeuge, die der Beseitigung von Verkehrshindernissen dienen, werden vorgeführt

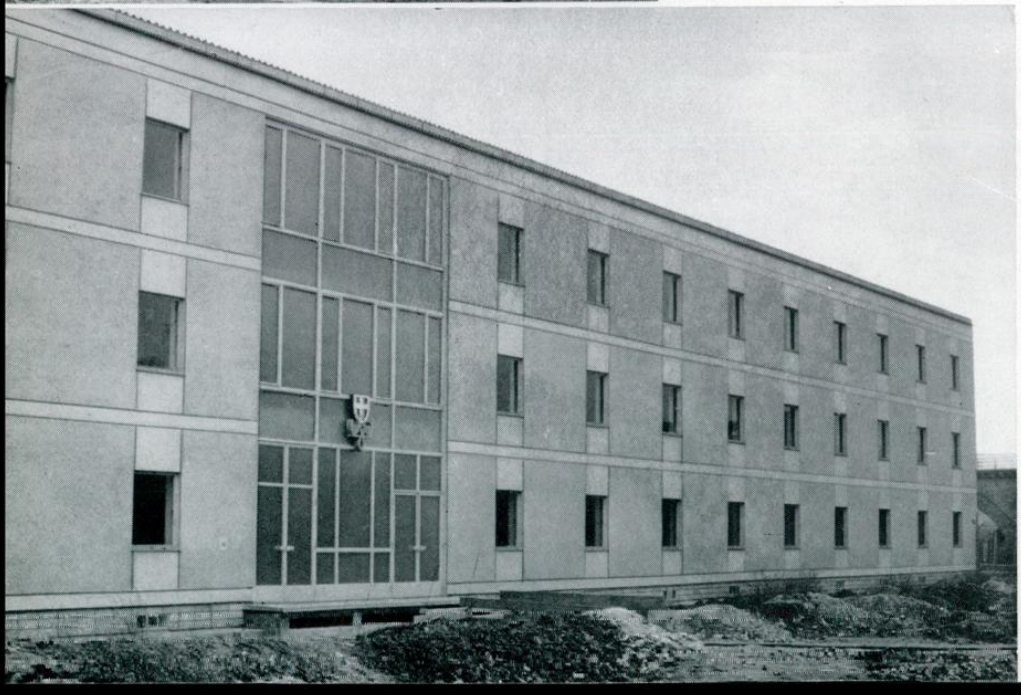




Das neue Umspannwerk Kendlerstraße

Wiener Stadtwerke

Mit zwei Drittel der projektierten Durchgangsleistung ist das Umspannwerk Siemensstraße betriebsbereit



steg der Shell Austria AG auf der Donaulände teilweise überflutet und drohte abzusinken. Der Steg wurde gesichert, dann gehoben und an das Ufer gezogen.

Am 20. April war in Wien XI., Albin Hirsch-Platz, die hölzerne, noch aus dem ersten Weltkrieg stammende Notkirche, die eben abgebrochen wurde, aus unbekannter Ursache in Brand geraten. Durch starken Wind begünstigt, breitete sich der Brand rasch über das ganze Objekt aus. Es waren angrenzende Wohnhäuser gefährdet. Sieben Strahlrohre mußten eingesetzt werden.

Am 29. April erfolgte in der Tankanlage Lobau der Österreichischen Mineralölverwaltung während eines Kontrollganges eine schwere Explosion im unterirdischen Tanklager, die große Schäden verursachte. Die Anlage wurde mit dem fahrbaren Ventilator der Feuerwehr durch zwei Stunden belüftet.

Durch spielende Kinder war am 6. Mai auf einem Baulagerplatz in Wien XV., Pillergasse—Hofmoklgasse ein 15 mal 25 m großer Holzschuppen, in dem Hadernballen eingelagert waren, zwei kleinere Holzbaracken und Bauholz in Brand geraten. Der Brand hatte schon auf ein benachbartes Grundstück mit gestapeltem Schnittholz und eine Tischlerwerkstätte übergegriffen. Es waren acht Strahlrohre eingesetzt.

Am 2. Juni war im Ölhafen Lobau aus einem Tankschiff Rohöl ausgeflossen und hatte die Wasseroberfläche im Ausmaße von etwa 40.000 m² bedeckt. Es bestand Brandgefahr mit all ihren Auswirkungen in diesem brandempfindlichen Gebiet. Die Feuerwehr führte Sicherungsmaßnahmen durch.

Am 7. Juni brannten in Wien XXI., Floridusgasse 25, zwei Arbeitsräume und das Büro einer Sprühkerzenerzeugung. Der heftige Brand hatte bereits auf das Wohnhaus übergegriffen. Die Feuerwehr setzte drei Strahlrohre ein.

Am 15. Juni brannte in Wien XXIII., Inzersdorf, Triester Straße 223, auf dem Gelände einer Kühlschrankfabrik eine 400 m² große Baracke. Das Übergreifen des Brandes auf eine andere Baracke konnte mit Hilfe von fünf Strahlrohren verhindert werden.

Am gleichen Tag waren in Wien XI., Grillgasse 31, drei auf einer Arbeitsbühne arbeitende Männer abgestürzt und in einen Schacht gerutscht. Alle drei Verunglückten konnten lebend geborgen werden.

Am 4. Juli waren 176 Ausrückungen notwendig, um Schäden zu beseitigen, die durch Niederschläge und Blitzschläge verursacht worden waren.

Am 15. Juli wurde in Wien XIII., Stadlergasse 9, nach einem Selbstmord mit Leuchtgas durch die Zündflamme eines Durchlauferhitzers das Gas-Luftgemisch zur Explosion gebracht. In der Wohnung und auch sonst im Haus wurden schwere Schäden verursacht. Es wurden Sicherungs- und Aufräumarbeiten durchgeführt.

Am 24. Juli ereignete sich in Wien VIII., Tulpengasse 3, wieder eine Leuchtgasexplosion. Hiebei wurde eine Person getötet. Die Ursache ist unbekannt. Es wurden Sicherungs- und Aufräumungsarbeiten durchgeführt.

Am 2. August waren in Wien XI., Simmeringer Hauptstraße, nach dem Zentralfriedhof, viertes Tor, auf einer Fläche von 80.000 m² durch Funkenflug aus einer Lokomotive Strohbündel in Brand geraten. Der Brand wurde durch starken Südostwind begünstigt, aber nach dem Einsatz von fünf Strahlrohren gelöscht.

Am 18. August war am Floridsdorfer Frachtenbahnhof beim Umfüllen von Benzin aus einem Zisternenwagen in einen Tankwagen das Pumpenaggregat und in weiterer Folge der Tankwagen in Brand geraten. Ausgeflossenes Benzin war in die Straßenkanäle gelangt, hatte in einigen Straßen bei den Kanaleinläufen herausgebrannt und auch Verpuffungen verursacht. Der Brand konnte mit fünf Strahlrohren (davon zwei Schaumrohre) rasch gelöscht werden.

Am 4. September mußte die Feuerwehr nach einem Verkehrsunglück, an dem ein Eisenbahngüterzug beteiligt war, eingreifen. Ein Lastkraftwagen war von dem Zug gerammt und 30 m weit geschleift worden. Der Fahrer des Kraftwagens war nur leicht verletzt worden und hatte sich selbst befreien können. Es wurden Aufräumarbeiten durchgeführt.

Am 5. September ereignete sich in Wien XXIII., Inzersdorf, Purkytgasse, ein ähnlicher Unfall. Ein den Bahnkörper der Lokalbahn Wien—Baden übersetzender Personenkraftwagen war vom Zug erfaßt worden. Die beiden Insassen wurden verletzt. Hier waren Aufräumungsarbeiten notwendig.

Am 5. November wurde die am Aktionsort tätige Feuerwehr selbst Opfer eines Unfalls. Eine Arbeitsgruppe der Feuerwehr war nach einem Verkehrsunfall mit Aufräumarbeiten auf dem Margartengürtel befaßt, als ein von einem alkoholisierten Mann gelenkter Personenkraftwagen in sie hineinfuhr. Die Aktionsstelle war mit Warnschildern gesichert. Vier Feuerwehrbeamte und ein Polizeibeamter wurden verletzt und mußten ins Krankenhaus überführt werden.

Am 15. Dezember war auf dem Gelände des Frachtenbahnhofes der Aspangbahn, Wien III, Aspangstraße, aus unbekannter Ursache eine 350 m² große Lagerhalle für Glaswaren in Brand geraten. Der Brand breitete sich in dem Objekt, zu dem die Feuerwehr sich nur schwer Zugang verschaffen konnte, rasch aus und drohte auf die unmittelbar angrenzende hölzerne Lagerhalle eines anderen Unternehmens überzugreifen. Mit acht Strahlrohren konnte der Brand gelöscht und auf den ursprünglichen Umfang beschränkt werden.

STÄDTISCHE UNTERNEHMUNGEN

WIENER STADTWERKE

Das Jahr 1961 brachte den Bediensteten der Wiener Stadtwerke in finanziellen Belangen eine weitere wesentliche Besserstellung. Neben der allgemeinen Erhöhung der Bezüge, der Nebengebühren und der Überstundensätze wurden auch die Bezüge der jugendlichen Angestellten, die bereits im Jahre 1960 eine Aufbesserung um 11 Prozent erfahren hatten, neuerlich um 9 Prozent hinaufgesetzt. Ab 1. Mai 1961 erfolgte die Neuschaffung einer Zulage zur Provisionsprämie für Schaffner und eine Zulage zum Kilometergeld für Fahrer und Autobuslenker. Durch Änderung der Besonderen Vorschrift gemäß § 16 der Vertragsbedienstetenordnung können nun auch mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1961 den Kurzschaffnerinnen, die bisher von einer Vordienstzeitanrechnung ausgeschlossen waren, unter bestimmten Voraussetzungen Vordienstzeiten angerechnet werden. Diese Maßnahmen dienten auch dazu, den Fahrdienst, in dem laufend 500 bis 600 Fahrer und Schaffner auf den erforderlichen Stand fehlen, etwas anziehender zu gestalten. Erwähnenswert ist noch, daß seit Juni 1961 allen Bediensteten bei der pragmatischen Anstellung eine kommentierte Ausgabe des Dienst- und Besoldungsrechtes der Beamten der Stadt Wien ausgefolgt wird.

Trotz größter Anstrengungen konnte der Bedarf an Fahrbediensteten bei den Verkehrsbetrieben nicht gedeckt werden. Um die Größe des Personalbedarfes aufzuzeigen, sei erwähnt, daß im Laufe des Jahres 1961 die Wiener Stadtwerke durch Pensionierungen, Todesfälle, Kündigungen, einvernehmliche Lösung des Dienstverhältnisses usw. insgesamt 1.365 Abgänge zu verzeichnen hatten, denen nur 1.254 Zugänge gegenüberstanden. Durch Werbeaktionen, durch innerbetriebliche Reorganisationsmaßnahmen bei den Verkehrsbetrieben und durch Herabsetzung des Mindestalters für Schaffner von bisher 21 auf 20 Jahre konnte zumindest ein weiteres Absinken des Personalstandes verhindert werden. Die für die Bediensteten der Wiener Stadtwerke im Jahre 1959 durchgeführte Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 45 Arbeitsstunden je Woche konnte beim Fahrpersonal nur zum Teil verwirklicht werden. Den Bediensteten mußte daher, wie schon 1959 und 1960, für die nicht gewährte Freizeit eine Vergütung zugebilligt werden.

In jeder Teilunternehmung waren Sicherheitsingenieure und in den einzelnen Dienststellen eigens bestimmte Referenten bemüht, durch ständige Aufklärung und Schulung der Bediensteten Unfälle im Dienst möglichst zu vermeiden oder in tragbaren Grenzen zu halten. Vor den jährlich eintretenden Grippezeiten wurden Vorbeugungsaktionen (z. B. Impfungen, Ausgabe von Pillen) auf freiwilliger Basis durchgeführt.

Im Jahre 1961 bestanden nach vorangegangener Schulung 70 Bedienstete die Fachprüfung für den Verwaltungsdienst und 153 Bedienstete die Fachprüfung für den Kanzleidienst, einige Bedienstete mit Auszeichnung.

262 Bedienstete, meist Vorgesetzte, besuchten Schulungskurse, in denen ihnen die neuesten Erkenntnisse über menschliche Beziehungen (human relations) vermittelt wurden. 73 Bedienstete wurden anläßlich ihres 40jährigen Dienstjubiläums vom Bürgermeister in feierlicher Weise geehrt. 504 Bedienstete

wurden anläßlich ihrer Versetzung in den dauernden Ruhestand vom Bürgermeister, der ihnen den Dank der Stadtverwaltung für ihre treuen Dienste aussprach, verabschiedet. Besonders verdienten Bediensteten wurde außerdem Dank und Anerkennung durch den Stadtsenat ausgesprochen. Durch die Verleihung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich durch den Bundespräsidenten erfuhren neun Bedienstete eine ganz besondere Auszeichnung. Lobenswert ist hervorzuheben, daß die Bediensteten der Wiener Stadtwerke neben ihrer oft schweren und verantwortungsvollen Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung unter Beweis stellen. So haben sich für eine im Rahmen der Wiener Stadtwerke durchgeführte Blutspendeaktion für die Blutbank des Wiener Allgemeinen Krankenhauses insgesamt 570 Bedienstete freiwillig für eine Blutabnahme zur Verfügung gestellt. Darunter befanden sich 460 Straßenbahner. Außerdem stellten sich laufend Bedienstete der Elektrizitätswerke und Gaswerke als Blutspender für das der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt gehörige Sanatorium Hera zur Verfügung. Dort meldeten sich 143 Bedienstete zur Blutabnahme.

Die Jugend erfährt eine besondere Betreuung. 26 männliche und 73 weibliche jugendliche Angestellte, weiters 87 kaufmännische Lehrlinge werden von eigens bestellten Jugendbetreuern — älteren, erfahrenen Beamten — in ihrer fachlichen und allgemeinen Ausbildung überwacht und angeleitet. 26 kaufmännische Lehrlinge haben im Jahre 1961 die Kaufmannsgehilfenprüfung mit Erfolg abgelegt. Im Rahmen der Jugendbetreuung werden Ausflüge, Stadtrundfahrten und Filmvorführungen veranstaltet.

Der konstant anhaltende Personalmangel zwingt zu weiteren intensiven Rationalisierungsmaßnahmen auf dem technischen und kaufmännischen Gebiet.

In der zentralen Lochkartenabteilung der Wiener Stadtwerke lag der Schwerpunkt der Tätigkeit im Jahre 1961 in der Überleitung aller bisherigen Lochkartenarbeiten von den getrennt arbeitenden Maschinen, wie Rechner, Tabelliermaschinen usw., auf die ab 1. Oktober 1961 in Miete genommene elektronische Datenverarbeitungsanlage. In Zusammenarbeit mit der Lochkartenfirma konnte die Programmierung der Arbeiten so planmäßig betrieben werden, daß ein großer Teil der Arbeiten sogleich und ohne besondere Schwierigkeiten von dieser Anlage übernommen werden konnte. Der Rest wurde für eine zweite Anlage vorbereitet. Es kann nunmehr zusammenfassend festgestellt werden, daß die neue Datenverarbeitungsanlage die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hat. Die für Heizgas-Großabnehmer von den Gaswerken eingeführte sogenannte „Jahresabrechnung" konnte auf diese Anlage übernommen werden.

Neben der wesentlichen Beschleunigung der bisherigen Arbeiten werden künftig weitere Aufgaben, wie Übernahme der Gehaltsverrechnung für die Vertragsbediensteten der Wiener Stadtwerke, Vereinheitlichung der Nebengebührenverrechnung, Verrechnung und Abschreibung der Anlagegüter auf Lochkarten, Erstellung der Betriebsabrechnungsbögen u. v. a. mit Hilfe dieser Datenverarbeitungsanlage leichter gelöst werden können.

Zur weiteren Modernisierung des Maschinenparkes der zentralen Lochkartenabteilung wurde im Jahre 1961 der Tausch von zwei Kartendopplern, von zwei Kartenmischern und von zwei Sortiermaschinen älterer Bauart gegen einen Kartendoppler mit 80 statt 45 Vergleicherstellen, einen Schnellmischer mit einer Kartenzuführung von 78.000 statt 28.000 Karten je Stunde und eine Schnellsortiermaschine mit einer Stundenleistung von 120.000 statt 40.000 Karten in die Wege geleitet.

Eine Folgeerscheinung der Umstellung des Rechnungswesens auf Lochkarten liegt darin, daß zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung die Endsummen

der einzelnen Buchungsbelege auf volle Schilling auf- oder abgerundet werden (Groschenbeträge bis zu 0,50 S werden weggelassen, solche über 0,51 S auf volle Schilling aufgerundet). Die neuen Maschinen haben es auch ermöglicht, die Betriebsabrechnung weiter zu rationalisieren. Zur Zeit werden die Kostenstellenblätter und die monatlichen Betriebsabrechnungsbogen der Verkehrsbetriebe bereits vollständig auf maschinellem Wege hergestellt. Diese Unterlagen werden den für eine Kostenstelle verantwortlichen leitenden Angestellten monatlich zur Kenntnis gebracht und ermöglichen ihnen einen Überblick über die Entwicklung der anfallenden Kosten.

Die Betriebsabrechnung arbeitet seit Jahren zuverlässig und wird laufend ausgewertet. Im Jahre 1961 wurde auf eine erweiterte Auswertung des betrieblichen Zahlenmaterials durch zwischenbetrieblichen Vergleich mit den westdeutschen Versorgungsunternehmungen hingearbeitet. Diese pflegen seit Jahren einen intensiven Erfahrungsaustausch durch persönlichen Kontakt auf vierteljährlichen Arbeitstagungen und jährlichen Hauptversammlungen unter Zugrundelegung des von den Betriebsabrechnungen gebotenen umfangreichen Zahlenmaterials. Am 27. und 28. April 1961 fand in Wien eine Arbeitstagung, am 13. und 14. November 1961 die Hauptversammlung des zwischenbetrieblichen Vergleiches der öffentlichen Verkehrsbetriebe Westdeutschlands statt. Der Betriebsvergleich liefert instruktives Zahlenmaterial mengen- und wertmäßiger Art.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1961 wurde die Kontrollstelle der Abteilung Materialbewirtschaftung in die „Abteilung für Innenrevision" umgewandelt. Sie ist eine selbständige Abteilung der Zentralverwaltung und unmittelbar dem Generaldirektor der Wiener Stadtwerke unterstellt.

Nach Beendigung der noch als Kontrollstelle im Jahre 1961 auf insgesamt 257 Dienststellen durchgeführten 384 Überprüfungen hat sich die aus 5 Beamten bestehende Abteilung für Innenrevision ab ihrer Gründung bisher vorwiegend mit der Aufnahme des Ist-Zustandes in den ihr neu zugewiesenen Prüfbereichen beschäftigt, aber auch dabei schon wertvolle Anregungen geben können.

In der Abteilung für zentrale Materialbewirtschaftung konnten bei der Durchführung von Jahresinventuren in den Materiallagern an Stichtagen weitere Einsparungen erzielt werden. So sank gegenüber dem Jahre 1960 der hiefür erforderliche Zeitaufwand um 1.710 Arbeitsstunden.

Die einzelnen Betriebsstellen und Magazine forderten bisher ihren Bedarf jeweils durch Einzelbedarfsscheine an, die der Einkaufsabteilung zur Durchführung übergeben wurden. Nun wurde dazu übergegangen, Dauerbedarfsscheine einzuführen, die jeweils je Warensorte 10 Nachschaffungen ermöglichen und somit die Ausfüllung nur eines Formulares erforderlich machen. Diese Einführung hat sich gut bewährt. Ferner wurde, um Verwaltungsarbeit zu ersparen, beim Einkauf von Waren in kleinen Mengen die Wertgrenze für den direkten Einkauf der Magazine ohne Einschaltung der Einkaufsabteilung auf 500 S im Einzelfall erhöht. Mit gewissen Einzelhandelsgeschäften wurden Abkommen getroffen, daß solche Bezüge nur einmal im Monat mittels Sammelfaktura abgerechnet werden.

Der Abverkauf ausgeschiedener und abgebrochener Anlagenteile und nicht mehr verwendbarer Materialien und Abfälle erbrachte nach erfolgter Skartierung einen Bruttoerlös von 23,2 Millionen Schilling.

Die Abteilung für Zoll- und Bahnangelegenheiten konnte im Reklamationswege 1,8 Millionen Schilling einbringen.

Die Kollaudierungsabteilung, der die Bauwirtschaftskontrolle obliegt, konnte auch in diesem Jahre ihre Leistungen wieder erhöhen. Die Kostensumme der

überprüften Baurechnungen stieg von 137 auf 170 Millionen Schilling. Hievon entfielen auf die Elektrizitätswerke rund 66 Prozent, auf die Gaswerke rund 21 Prozent und auf die Verkehrsbetriebe rund 13 Prozent.

Die Entwicklung der Preise im Großhandel zeigte eine steigende Tendenz. Diese wirkt sich insbesondere bei den großen Investitionen aus.

Die Erdgasanlieferungen konnten zwar den Bedarf der Gaswerke voll befriedigen, bei den Elektrizitätswerken mußte jedoch auf feste und flüssige Brennstoffe ausgewichen werden. Durch Verfeuerung inländischer Braunkohle haben die Wiener Stadtwerke dabei auch einen Beitrag zur Weiterbeschäftigung solcher Bergwerksbetriebe geleistet.

Wenn sich der Einstandspreis für Steinkohle für die Gaswerke weiterhin senkte, so hatte dies auf die Erfolgsabrechnung keinen wesentlichen Einfluß, weil sich auch die Erlöse für die Nebenprodukte der Gaswerke, besonders bei Koks, entsprechend erniedrigten. Der Absatz von Gas und Strom ist zwar gestiegen, erreichte aber nicht die veranschlagten Mengen. Die Frequenz bei den Verkehrsbetrieben ist noch immer rückläufig.

Im Rahmen des Fünfjahresplanes wurden im Jahre 1961 Geldmittel in der Höhe von 250 Millionen Schilling bereitgestellt. Sie dienten beim Elektrizitätswerk dem weiteren Ausbau der 64 MW-Dampfanlage samt der dazugehörigen 110 kV-Schaltanlage im Kraftwerk Simmering. Infolge von Lieferverzögerungen konnte jedoch die neue Kesselanlage im Herbst 1961 noch nicht in Betrieb genommen werden.

Bei den Gaswerken wurden die Fünfjahresplanmittel hauptsächlich zur Ausgestaltung des überalterten Rohrnetzes und der Aufstellung neuer Erdgasspaltanlagen verwendet. Diese sollen das im Winter besonders sprunghafte Ansteigen der Heizgasabgabe abdecken.

Der Anteil der Verkehrsbetriebe an den Mitteln des Fünfjahresplanes diente so wie bisher für die Erneuerung des Wagenparkes für die Straßenbahn und Stadtbahn sowie für die Anschaffung moderner großräumiger Autobusse.

GASWERKE

Im Jahre 1961 wurden 92,309.200 m³ Kohlengas, 118,511.400 m³ Erdgas-Luftspaltgas, 223,172.800 m³ Erdgas-Wasserdampfspaltgas erzeugt sowie 132,715.900 m³ Erdgas beigemischt. Die gesamte Stadtgaserzeugung im Jahre 1961 war daher mit 566,709.300 m³ gegenüber den 1960 erzeugten 553,116.300 m³ um 13,593.000 m³ oder 2,46 Prozent höher.

Bei der Stadtgaserzeugung waren das Werk Simmering mit 271,438.800 m³ und das Werk Leopoldau mit 295,270.500 m³ beteiligt.

Die nutzbar abgegebene Gasmenge war im Jahre 1961 mit 549,633.300 m³ um 13,268.000 m³ größer als im Jahre 1960.

Die größte tägliche Erzeugung betrug 3,370.200 m³ am 19. Dezember, die kleinste tägliche Erzeugung war am 14. August und betrug 711.000 m³.

Die größte stündliche Erzeugung war am 19. Dezember von 12 bis 13 Uhr, und zwar 148.800 m³, die kleinste stündliche Erzeugung, 16.600 m³, am 14. August von 14 bis 15 Uhr.

Die größte Abgabe innerhalb 24 Stunden war am 18. Dezember und betrug 3,402.000 m³, die kleinste Abgabe innerhalb 24 Stunden, 688.600 m³, am 6. August. Das Verhältnis der kleinsten zur größten Tagesabgabe betrug somit 1 : 4,941.

Die größte stündliche Abgabe betrug 250.400 m³ am 25. Dezember von 11 bis 12 Uhr. Als durchschnittliche Abgabe je Tag ergeben sich 1,552.417 m³, das sind 45,63 Prozent der größten täglichen Abgabe.

In beiden Werken sind 9.582 Eisenbahnwaggons beladen ein- und 7.053 Eisenbahnwaggons beladen ausgelaufen.

Der durchschnittliche Heizwert des Stadtgases betrug 4.608 Kilokalorien, die mittlere Dichte 0,534 (Luft = 1).

Im Jahre 1961 wurden folgende größere Zu- und Ergänzungsbauten errichtet sowie Neuanschaffungen gemacht:

Gaswerk Simmering: Ausgestaltung der Wasserdampf-Methanspaltanlage III durch Aufstellung eines Erdgaskühlers samt Rohrleitungen, Einbau von Resonatoren (Schwingungsdämpfern) in die Gebläsedruckleitungen, von hydraulisch gesteuerten Klappen in die Verteilungsleitungen für Luft und Erdgas und Anschaffung einer Druckölanlage, Umbau der Wasserdampf-Methanspaltanlage II wegen Verfahrensänderung von CC-2 P- auf CC-3 P-Verfahren durch Neuausmauerung der Öfen 1 bis 4 und Montage neuer Gas- und Luftleitungen zum Reaktorunterteil. Umbau des Spaltofens 4 der Luft-Methanspaltanlage II für das „Distrigaz"-Verfahren durch Einbau eines Spaltgas-Luft-Wärmeaustauschers, eines neuen Mischers und Montage neuer Leitungen für Luft, Erdgas und Spaltgas samt zugehörigen Armaturen, Versetzen des Spaltgaskühlers, Herstellen eines neuen Dampfleitungskanales von der CC-3 P-Anlage zur Luftspaltanlage II und Verlegen einer neuen Dampfleitung einschließlich Reglerstation, Verlegen einer Erdgasleitung 400 NW vom Schieberschacht beim Reglerhaus bis zu den Wasserdampfspaltanlagen, Anschaffung von zwei Luftgebläsen je 300 m³/min. für die Wasserdampf-Methanspaltanlagen, Aufstellung und Inbetriebnahme von zwei Drehkolbengaszählern für je 10.000 m³/h, Sanierung des Mitteldruckrohrstranges 3, 700 NW, vom Laboratorium bis zum unteren Meicheltor, Umlegung der System-Rohgasleitungen 900 NW im Zuge des Abbruches des alten Saugerhauses, Anschaffung einer Mischanlage für Erdgas-Luft zur Unterfeuerung der Kammeröfen, Errichtung einer Heizzentrale beim Kesselhaus, Herstellen von Heizleitungskanälen und Verlegung neuer Warmwasserleitungen, Ausgestaltung der Dampfkesselanlage durch Aufstellung eines 15-m³-Speisewasserbehälters und Verlegung einer Fernleitung für Heizöl einschließlich Errichtung einer Ölfilteranlage, Anschaffung eines Nußkoksbrechers, eines Erbsiebes, einer Drehbank, einer Mischschnecke für Kohlenaufbereitung, einer Kraftspritze für die Feuerwehr, eines Bunkerstandsanzeigegerätes (Silometer) und eines Fraktometers für Gaschromatographie, Blecheindeckung des Feuerwehrdepots, Errichtung eines Magazins für die Spaltanlagen, Erneuerung des Straßenbelages im Bereich der Wasserdampfspaltanlagen, Einbau von zwei neuen Schleppbahnweichen, Umstellung der Trafostation III von 220 auf 380 V und Neuverlegung von Kabeln, Neuinstallation der Beleuchtung in explosionsgeschützter Ausführung im Gaswäscherhaus und in den Räumen unter dem Kammerofen, Neuherstellung der Werksbeleuchtung im Bereich der Generatorenanlage sowie Aufstellung einer neuen Akku-Ladestation in der Elektroanlage.

Gaswerk Leopoldau: Erweiterung des Gebäudes der CCR-Anlage (ehemalige Wassergasanlage) und Montage der dritten Einheit der CCR-Anlagen, Aufstellung von zwei Benzinbehältern zu je 100 m³ Inhalt samt Benzinpumpenanlage für die CCR-Spaltanlage, Anschaffung von vier Esher-Wyss-Kühltürmen für die Kühlwasserrückkühlung der CCR-Anlage und Bauherstellung der Warmwasserzisterne samt Pumpenraum und des Bassins für die Kühltürme, Verlegung einer Spaltgasleitung 1.000 mm ϕ von der CCR-Anlage bis zum Gasbehälter 1, auf Ständer verlegt, Neuverlegung einer Saug- und Druckleitung, 700 NW, zwischen Sauger- und Wäscherhaus zur Förderung von Luftspaltgas sowie einer Erdgasleitung, 500 NW, vom Koksplatz bis zum Gasmesserhaus, Fertigstellung und Inbetriebnahme der Eigenstromanlage 10 kV, 850 kW (Abspannturbine) im Kesselhaus, Anschaffung eines Dampfkessels, 14 atü, und Beginn der Bauarbeiten, Anschaffung eines Dampfturbogebläses für 65.000 m³/h

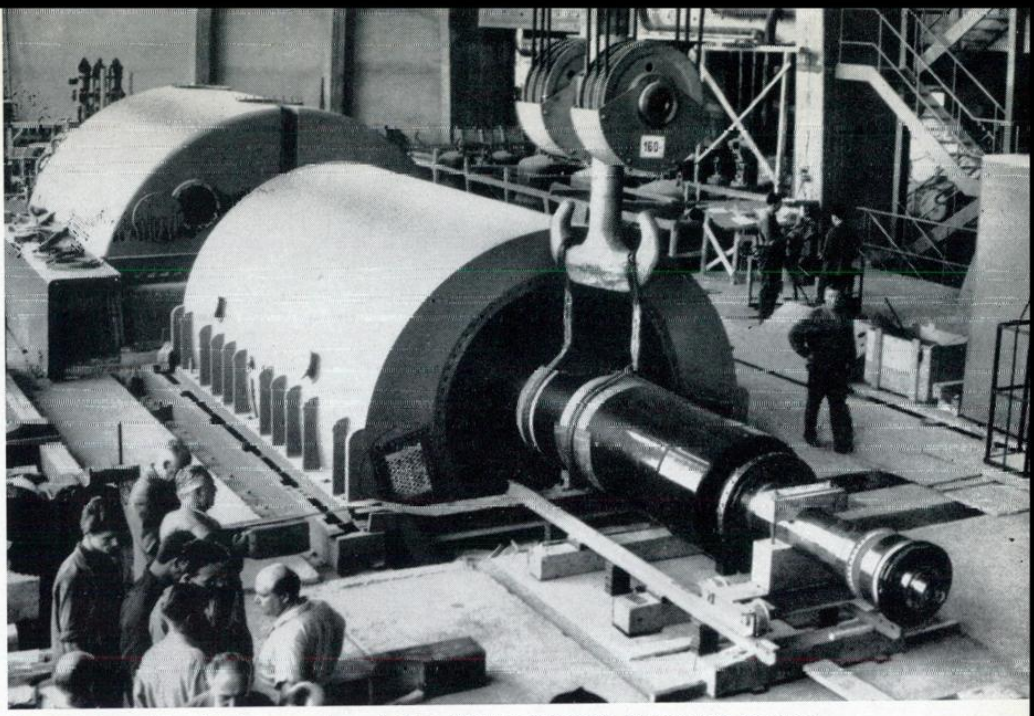
Stadtgas, 9.000 mm Wassersäule und Beginn der Bauarbeiten, Umlegung von Rohrleitungen und Versetzung des Gaszählers Nr. 9 im Messerhaus, Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Bau der neuen Koksaufbereitungsanlagen, Anschaffung einer Entstaubungsanlage für die Kohlenmühle, eines Rundkippers für die Kohlenentladung, zweier dieselhydraulischer Schleppbahnlokomotiven, 130 und 420 PS, und von vier Kohlenhängebahnwagen, eines Dreiseiten-Kipperanhängers für Kokstransporte und eines Handlaufkranes für die Hauptwerkstätte, Anschaffung und Aufstellung zweier Salmiakgeistbehälter (je 100 m³ Inhalt) in der Ammoniakfabrik, Anschaffung einer Zentrifuge für Bikarbonat, eines Bunkerstandsanzeigegerätes (Silopilot) für Kohlenbunker, einer Kühlwasseraufbereitungsanlage, einer Klimaanlage für das Laboratorium und Einrichtung eines Laboratoriums für Gaschromatographie, Ausbau der Trafostation VII, Anschaffung und Aufstellung von zwei Trafos 10/5 kV, Erweiterung der Trafostationen III und IX, Bau eines neuen Hochspannungsraumes in der Trafostation IV und Aufstellung eines Trafos 10/5 kV für die Kohlenmühle 4, Umschaltung des gesamten Hochspannungsnetzes von 5 auf 10 kV und Umwicklung von fünf Trafos, Anschaffung neuer Schaltgeräte und Änderungen an den Schaltanlagen infolge Umschaltung von 5 auf 10 kV und im Zuge der Einbindung des Eigenstromgenerators in das E-Werksnetz, Neuverlegung von Licht- und Kraftinstallationen in der CCR-Anlage, Erneuerung des Straßenbelages der Zufahrtstraße, der Verbindungsstraße I und im Hofe der Hauptwerkstätte, Erneuerung des Belages der Rohkoksabschüttrampe I, Neueindeckung des Gasmesserhauses und der Geräteschuppen am Gebäudeerhaltungslagerplatz, Neuanstrich der Decke, Umgänge und Eisenkonstruktion das Gasbehälters 1.

Wienerberg: Außenanstrich des Gasbehälters 300.000 m³, Ausgestaltung der Verdichteranlage (Innenanstrich, Fußbodenversiegelung), Herstellen von Schutzverkleidungen bei den Ein- und Ausgangsschächten des Gasbehälters, Herstellung einer Straße vom Tor Wienerbergstraße bis Behälter und Erneuerung des Einfahrtstores, Anschaffung und Aufstellung eines Trafos 40 kVA, 5.000/380 V für Eigenbedarf in der 5-kV-Schaltanlage.

Brigittenau: Aufstellung und Inbetriebnahme des Gasgebläses 25.000 m³/h, 0,6 atü, mit elektrischem Antrieb, Fertigstellung der Gebäudeerweiterung, Einfriedung und Einfahrtstor, Erweiterung der 5-kV-Hochspannungsanlage für den neuen Gebläseantrieb.

Entsprechend der sprunghaften Zunahme des Gasbedarfes waren auch im Jahre 1961 umfangreiche Neurohrlegungen durchzuführen. Für neu zu versorgende Wohngebiete und Wohnhausbauten wurden 51.851 m Rohre für das Hauptrohrnetz neu verlegt. Davon dienten 15.835 m zur Erweiterung des Mittel- und Hochdrucknetzes.

Es wurde, um einerseits den Gastransport vom Werk Leopoldau über die Behälteranlage Brigittenau steigern zu können und andererseits die bestehende Mitteldruckleitung über den Gürtel für die Versorgung der inneren Bezirke immer mehr heranziehen zu können, eine 6.904 m lange MD-Ringleitung gebaut. Mit einem Durchmesser von 700 mm vom bestehenden Rohrstrang (Durchmesser 1.200 mm) abzweigend, beginnt sie am inneren Döblinger Gürtel bei der Glatzgasse und verläuft über die Glatzgasse, Philippovichgasse, Gymnasiumstraße, Hasenauerstraße, Gersthofer Straße, Schöffelgasse, Lidlgasse, Richthausengasse, Schadinagasse, Redtenbachergasse—Hettenkofergasse bis Hasnerstraße, um sich von hier mit einem Durchmesser von 500 mm über die Hettenkofergasse, Kendlerstraße bis zur Hütteldorfer Straße fortzusetzen und hier in den bestehenden 300-mm-Rohrstrang einzubinden. Von dieser Leitung wurden weiters Verbindungen mit den bestehenden Regleranlagen in der Gersthofer Straße, am



Österreichs größter Turbogenerator wird im Elektrizitätswerk Simmering montiert

Wiener Stadtwerke

Die größte Schaltanlage Österreichs mit 100.000 Volt steht im Elektrizitätswerk Simmering





Einc neue Erdgasspaltanlage in Simmering, die täglich 400.000 Kubikmeter Stadtgas erzeugen kann



Wiener Stadtwerke

Die Anstreicherarbeiten am Gasbehälter Wienerberg werden in luftiger Höhe durchgeführt

Stöberplatz, am Schuhmeierplatz und in der Hütteldorfer Straße hergestellt. Im 2. Bezirk wurde für die Gaszubringung in die neu errichtete Jubiläumshalle auf dem Messegelände eine Mitteldruckleitung in einer Länge von 1.615 m gelegt. Sie zweigt von dem bestehenden Mitteldruckrohrstrang in der Schüttelstraße ab und verläuft durch die Friedensgasse, quert die Praterwiesen und führt durch die Trabrennstraße zur neugebauten Regleranlage im Messegelände. Um das Druckniveau des Niederdrucknetzes im 4. und in Teilen des 6. Bezirkes zu heben wurde abzweigend von dem bestehenden 700 mm ϕ Mitteldruckrohrstrang am Wiedner Gürtel entlang der Blechturmgasse und Ziegelofengasse eine 200 mm ϕ Mitteldruckleitung bis zum Phorusplatz in einer Länge von 710 m verlegt und hier eine neue Regleranlage errichtet. Im 17. Bezirk mußte eine 349 m lange 150 mm ϕ Mitteldruckleitung gebaut werden. Sie zweigt vom bestehenden 300 mm ϕ MD-Rohrstrang in der Paletzgasse ab und verläuft durch die Julius Meinl-Gasse, Balderichgasse und Pretschgasse in eine Regleranlage. Im 21. Bezirk wurde zur Verbesserung der Gasanlieferungsmöglichkeiten in Stammersdorf, beginnend bei der Gerasdorfer Straße, eine 2.111 m lange 250 mm ϕ Mitteldruckleitung in der Jedlersdorfer Straße und Josef Flandorfer-Straße gelegt und am Ende dieser Straße eine Regleranlage gebaut. In der Floridsdorfer Hauptstraße wurde einer der beiden 700 mm ϕ Mitteldruckrohrstränge von der Matthäus Jiszda-Straße bis Brünner Straße 9, insgesamt 970 m, erneuert, der zweite vollständig überholt.

Weiters war es wegen der Regulierung der Prager Straße und wegen des Brückenneubaues über die Nordwestbahn notwendig, den hier liegenden 300 mm ϕ Mitteldruckrohrstrang in einer Länge von 1.104 m umzulegen oder auszuwechseln.

Im 22. Bezirk wurde für die Gasversorgung der Bäder und weiterer privater Konsumenten in der Arbeiterstrandbadstraße eine 1.087 m lange 100 mm ϕ Mitteldruckleitung verlegt.

Im 23. Bezirk wird das zu beiden Seiten der Perfektastraße liegende Industriegebiet neu erschlossen. Für den Gasbedarf der hier entstehenden Fabriksanlagen und Betriebe wurde die in der Perfektastraße liegende und 1945 totgelegte 300 mm ϕ Hochdruckleitung wieder unter Druck gesetzt und, hier abzweigend, in das Industriegelände eine 573 m lange 200 mm ϕ Hochdruckleitung neu verlegt.

Um dem rasch steigenden Gasbedarf im Gebiete von Neu-Mödling entsprechen zu können, wurde in der Grenzgasse in Mödling eine neue Regleranlage gebaut und an den dort vorbeiführenden 200 mm ϕ Hochdruchrohrstrang angeschlossen.

Schließlich wurde der in der Prager Straße liegende 150 mm ϕ Mitteldruckrohrstrang in Langenzersdorf bis zum Regler Korneuburg auf 250 mm Durchmesser verstärkt und das bestehende Rohr dem Niederdrucknetz einverleibt. Die Länge beträgt 1.805 m.

Dem Ausbau des Niederdrucknetzes mußte auch im abgelaufenen Jahr besonderes Augenmerk geschenkt werden. Neben den oben angegebenen Neurohrlegungen wurden alte und zu eng kalibrierte Rohre ausgewechselt oder verstärkt.

Im Zusammenhang mit den Verkehrsbauten am inneren und äußeren Döblinger Gürtel und den Kreuzungen Nußdorfer Straße und Heiligenstädter Straße mit dem Gürtel mußten umfangreiche Umlegungen und Erneuerungen der Niederdruckleitungen durchgeführt werden.

Insgesamt wurden 56.713 m Hauptrohrleitungen ausgewechselt oder verstärkt und 4.225 m außer Betrieb genommen.

Die Gesamtlänge des Rohrnetzes beträgt am Ende des Jahres 1961 2,392.094 m,

davon entfallen 217.716 m auf den Mitteldruck- und 2,174.378 m auf den Niederdruckteil. Der mittlere Durchmesser beträgt 0,263 m.

Der Rauminhalt des gesamten Rohrnetzes beträgt 130.606,432 m³, hievon 38.380,750 m³ dem Mitteldruck und 92.225,682 m³ dem Niederdruckrohrnetz angehörend.

An den Verteilungsanlagen waren 883 Schäden zu beheben, darunter 484 am Hauptrohrnetz, 34 an der öffentlichen Beleuchtung und 365 an privaten Zuleitungen. In 109 Fällen handelte es sich um Rohrbrüche.

Von Bauaufsehern wurden 25.744 von fremden Firmen durchgeführte Aufgrabungsarbeiten überwacht. Dabei wurden 5.398 Haupt- und 9.336 Zuleitungen freigelegt und auf ihren Zustand untersucht, worauf die nötigen Sicherungsarbeiten durchgeführt wurden.

Im Stadtgebiet wurden ständig 1.398 Schieber und 5.293 Wassertöpfe gewartet.

Durch den Gasspürdienst wurden 165.874 Einbauten im Straßenkörper des Versorgungsgebietes untersucht. In 271 Fällen wurden Gebrechen an den Stadtgasleitungen festgestellt.

An der Länge des im Besitz der Wiener Stadtwerke — Gaswerke befindlichen Erdgasrohrnetzes hat sich im Jahre 1961 nichts geändert; sie beträgt gleichbleibend 45.480 m.

Wegen der fortschreitenden Elektrifizierung verminderte sich die Zahl der Gasleuchten von 2.178 zu Ende des Jahres 1960 auf 853 zu Ende des Jahres 1961. Der Abgang infolge Elektrifizierung betrug daher 1.325.

Es wurden 217 Beschädigungen an Gaslichtständern gemeldet.

Zu Ende des Jahres 1961 standen von den 122 Druckregleranlagen (einschließlich Mitteldruck- und Erdgasergleranlagen) 85 Gebiets-, 26 Betriebs-, 2 Mitteldruck- und 9 Erdgasdruckregleranlagen in Betrieb.

Es wurden 399 Druckregler gereinigt, davon 109 ganz zerlegt; 204mal wurden Rostschutzeinrichtungen und 41mal Absperrorgane vom Flugrost gereinigt. Der gesamte entfernte Flugrost beträgt 5.904 kg. Von den angeführten Anlagen wurden drei Gebietsdruckregleranlagen, sieben Betriebsdruckregleranlagen neu errichtet und in Betrieb gesetzt und zwei Druckregleranlagen ausgebaut.

Bei den Reglern Hietzing, Sandleiten, Gersthofer Straße und Stöberplatz wurden die Rostfänger gegen solche neuer Bauart gewechselt.

Vier „normale" Schieber wurden gegen „AS"-Schieber ausgetauscht (Großbauerstraße, Lerchenfelder Gürtel, Stöberplatz und Winckelmannstraße).

In Kierling und Klosterneuburg wurden die Staubfilter von 150 mm Durchmesser auf 250 mm vergrößert.

In der Schlögelgasse erfolgte der vollständige Ausbau der Anlage mit nachfolgendem Einbau eines „Harnisch"-Filters.

An den Behälter- und Gebläseanlagen wurden neben den laufenden Reparaturen auch einige größere Instandsetzungsarbeiten durchgeführt:

Baumgarten: Isolierung der Warmwasserringleitung, Überholen der Gebläse I und II sowie Renovierung des Aufenthaltsraumes, des Stiegenhauses und des Rohrkellers.

Brigittenau: Hebelumschalter Notstromaggregat-Elektrizitätswerk ausgebaut und durch provisorische Schalter ersetzt. Montage einer Schutzerde für Schalttafel. Pumpenschalter I und II überholt. Montage neuer Zündleitungen für Kessel II bis V, Reinigung des gesamten Kanalnetzes, Instandsetzung der Bassinwasserleitung, Instandhaltungsarbeiten an Kessel I bis VI und Raumheizungskessel, Abscheren der Behälterwände und Tassen von verschmutztem Imunol, Ölen der Behälterwände mit Imunol, Schweißen einer Leckstelle an der Bassinwand, Demontage und Montage der Regler und Brenner der Heizung der Wassertöpfe auf der Floridsdorfer Brücke, Montage

neuer Sperrwasserablaufleitungen, Gebläse V bis VII, Wasserrohrbruch an Reservewasserleitung behoben, Demontage und Montage Gebläsemotor IV nach Reparatur, Rohrleitungen im Rohrkeller entrostet und gestrichen, Montage neuer Kabelverbindungen für Bürstenhalter an Motor IV, Montage neuer Schalter und Umschalter an Schaltwand III bis VII, Demontage und Montagearbeiten beim Bau des Gebläses IX.

Mödling: Anstrich der Behälterglocke (Mantel) mit Imunol und Reinigung des Schiebers „H" auf der Straße.

Traiskirchen: Anstrich der Behälterglocke (Mantel) mit Imunol und Farbe (Decke). Reparatur des undichten Kessels für die Behälterheizung.

Wienerberg: Beim Behälter: Anbringung von Gittern an den Entlüftungsöffnungen auf dem Behälterdach als Schutz gegen den Einflug von Tauben, Auswechslung und Nachstellung der Drahtseile des Außenaufzuges und eines Inhaltsanzeigers; Montage eines Telephons im Außenaufzug, Herstellung eines Werkzeugkastens für den Außenaufzug. In der Maschinenhalle: Auswechslung der Laufringe und Arbeitsschieber und Ausschleifen des Gehäuses der Niederdruckstufe des KSB-Verdichters I c; Ausrichten des gesamten Aggregates, Aufstellung einer Dieselöl-Einspritzvorrichtung für den Ausgang „Süd", Auswechslung des Schraubenradzählers gegen einen Balgengasmesser für die Heizung der Maschinenhalle. Anfertigung eines Regals in der Werkstatt, eines Werkzeugkastens für den Jenbach-Dieselmotor, von zwei Eisentreppen bei den beiden Rampen und einer Blechverschalung für die Schalttafel im Pumpenraum. Anbringung einer zusätzlichen Wandleuchte im Rohrkeller und Anbringung von Beschriftungstafeln bei sämtlichen Meßgeräten.

Die Zahl der in Verwendung stehenden Gaszähler hat sich gegenüber 1960 um 10.651 (1960: 9.993) erhöht und betrug Ende 1961 692.731.

Von den 692.731 Gaszählern stehen 641.896 in Wohnungen, 8.544 in Wohnungen mit Geschäften und Kanzleien, 34.378 in Geschäften, Gewerben und Industrien und 7.913 in öffentlichen Ämtern und Anstalten.

In der eigenen Werkstätte wurden 25.025 Gaszähler untersucht. Davon mußten 1.294 wegen innerer Fehler und gewaltsamer Beschädigung instandgesetzt, 3.240 mit dem Kubiziergerät vorgeprüft und amtlich geeicht, 2.277, die undichte Lötstellen, abgenützte oder fehlende Verschraubungen oder kleinere Schäden aufwiesen, instandgesetzt und bei 8.192 Einheitsfüße aufgelötet werden.

Von Firmen wurden 1.417 Gaszähler instandgesetzt, amtlich geeicht und überprüft.

In Waschküchen wurden 453 Münzgasmesser neu aufgestellt, am Ende des Jahres 1961 standen damit insgesamt 2.854 Münzgaszähler in Benützung.

Auf ihre Genauigkeit wurden bei Kunden 40.585 Trockenhochleistungsgaszähler mittels Eichkolben überprüft.

An 25.538 Leitungsanlagen wurden die vorgeschriebenen Dichtheitsprüfungen durchgeführt, wobei sich in 404 Fällen Mängel ergaben.

In 918 gewerblichen Betrieben und 267 Industriebetrieben fand die Gasverwendung Eingang. 127 gewerbliche Betriebe und 223 Industriebetriebe, in denen Gasfeuerstätten bereits bestanden, vergrößerten ihre Anlagen.

Insgesamt wurden die Gasgeräte von 34.550 Anlagen überprüft und nach Möglichkeit instandgesetzt. Wo größere Arbeiten zur Behebung von Mängeln erforderlich waren, wurden die Inhaber entsprechend aufgeklärt, die Instandsetzung gefordert und nach deren Durchführung diese Geräte neuerlich überprüft.

Die Schauräume der Beratungsstelle in Mariahilf wurden im Jahre 1961 von 44.887 Personen, die Geräteschau im Direktionsgebäude von 3.931 Personen und

unser Ausstellungsstand während der Frühjahrs- und Herbstmesse von rund 150.000 Personen besucht.

Ferner beteiligten sich die Gaswerke an der Ausstellung „Die Frau und ihre Wohnung". Im Technischen Museum wurde am 12. Dezember 1961 die Fachausstellung „Abteilung für Gastechnik" anläßlich der 125jährigen industriellen Gaserzeugung in Wien eröffnet.

Die Geräteschau im Direktionsgebäude wurde neu gestaltet und am 14. Dezember 1961 wiedereröffnet.

In der Beratungsstelle in Mariahilf wurden 109 Vorträge mit Filmvorführungen, 30 Vorträge für Schulen und Organisationen mit 30 Filmvorführungen und 90 Kochschulabende gehalten, die zusammen von 3.947 Personen besucht wurden. Hiebei wurden Druckschriften verteilt, darunter 4.000 „Mitteilungen für Gasverbraucher", 11.000 „Lauter süße Ostergrüße", 30.000 „Wir laden ein zum Tee" (Kochbücher), 26.000 „Für Feinschmecker grillt man mit Gas", 9.400 „Muttis Zauberbüchlein", 45.000 Vortragsprogramme, 9.000 Installateurverzeichnisse, 10.000 „Die Gasgemeinschaft richtet ihr Badezimmer ein" und 3.000 „Warmes Wasser, welche Wohltat".

An rund 800 Ankündigungsplätzen wurde das Plakat „Gas-Durchlauferhitzer sind ideal" drei Monate hindurch angebracht. Ebenso wurden an etwa 1.400 Ankündigungsflächen (4 Serien) die Plakate „Gasgeräte durch die Gasgemeinschaft Wien" gezeigt.

Werbeinserate erschienen in zehn Zeitschriften, drei Büchern und Kalendern und in drei Zeitungen.

Von den Hausdienstmonteuren wurden erstmalig 214.145 Gasanlagen mit insgesamt 323.633 Gasgeräten auf ihren Gebrauchszustand untersucht. 198.252 Gasgeräte wurden in Ordnung befunden, 113.656 Gasgeräte wiesen nur geringfügige, sicherheitlich unbedenkliche Mängel auf, die entweder vom Untersucher oder durch befugte Installateure behoben wurden. 8.551 Geräte wurden bis zur Behebung ihrer Mängel durch einen Installateur von der Benützung ausgeschlossen. 3.174 Geräte wurden aus Sicherheitsgründen von der weiteren Benützung ausgeschlossen. Vom Hausdienst wurden in den städtischen Neubauten in 4.736 fertiggestellten Wohnungen die Gasgeräte auf ihre Funktion überprüft.

Es liefen 43.560 Anzeigen über Störungen und Gebrechen ein, die einer Erledigung zugeführt wurden.

ELEKTRIZITÄTSWERKE

Die Elektrizitätswerke verzeichnen für das Jahr 1961 im Vergleich zum Jahre 1960 eine Zunahme des Gesamtenergiebedarfes um 3,32 Prozent von rund 1.973,9 Millionen kWh auf rund 2.039,6 Millionen kWh; davon erzeugten die eigenen Dampfkraftwerke rund 870,9 Millionen kWh, die eigenen Wasserkraftwerke rund 87,6 Millionen kWh. Die kalorische Eigenerzeugung war um 6,1 Prozent kleiner als im Jahre 1960 und um 2,6 Prozent kleiner als jene im Jahre 1959. Der Gesamtenergiebedarf hat sich im Vergleich zu 1937 um 294 Prozent erhöht. Die höchste Belastungsspitze war am 19. Dezember mit 475.000 kW zu verzeichnen; sie war um 44.000 kW höher als im Jahre 1960 und um 65.000 kW höher als im Jahre 1959 und weist gegenüber 1937 eine Zunahme von 328.200 kW auf.

Die Bedarfsdeckung teilte sich auf die einzelnen Energiequellen folgendermaßen auf:

Energieerzeugung in den eigenen Anlagen:

	MWh
Dampfkraftwerk Simmering	727.405
Dampfkraftwerk Engerthstraße	143.533
Wasserkraftwerk Opponitz	47.234
Wasserkraftwerk Gaming	36.452
Wasserkraftwerk Mitterndorf-Schranawand	458
Wasserkraftwerke der II. Wiener Hochquellenleitung	3.474
Eigenerzeugung zusammen	958.556
Energiebezug:	
Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG (VG)	1,058.350
Niederösterreichische Elektrizitätswerke AG (NEWAG)	97
Burgenländische Elektrizitätswerke AG (BEWAG)	148
Wasserkraftwerke Wildalpen	9.718
Sonstige Wasser- und Dampfkraftwerke	12.695
Energiebezug zusammen	1,081.008
Eigene Erzeugung und Bezug	2,039.564

Die werkseigenen Dampf- und Wasserkraftwerke deckten mehr als die Hälfte des gesamten Energiebedarfes.

Von der eigenen Erzeugung entfielen auf die Dampfkraftwerke 90,9 Prozent, auf die Wasserkraftwerke 9,1 Prozent. Von der aufgebrachten Energie wurden 86,2 Prozent abgegeben; der Eigenverbrauch der Werke und die Übertragungsverluste betrugen 13,8 Prozent des Energiebedarfes.

Von der abgegebenen Energie entfielen auf den Verbrauch für Licht, Kraft und Wärme 91,1 Prozent, auf die öffentliche Beleuchtung 3,2 Prozent, auf den Strombedarf der Stadt- und Straßenbahn 5,6 Prozent und auf den der übrigen Bahnen 0,1 Prozent.

Der größte Monatsstrombedarf ergab sich im Jänner 1961 mit 214.016 MWh, der kleinste im Juli mit 130.848 MWh. Der größte Tagesbedarf war am 19. Dezember mit 8.555 MWh, der kleinste an einem mittleren Wochentag, am 19. Juli 1961, mit 4.458 MWh.

Von den verbrauchten Brennstoffen waren, nach Heizwerten gerechnet, 94 Prozent inländischer und 6 Prozent ausländischer Herkunft.

Im Jahre 1961 überschritt der Strombedarf des Wiener Versorgungsgebietes zum erstenmal 2 Milliarden kWh. Ein Strombedarf von 1 Milliarde kWh wurde erstmalig im Jahre 1951 erreicht. Es hat sich also seither der Strombedarf verdoppelt.

Hervorzuheben ist ferner, daß am 18. Dezember 1961 der Tagesbedarf an elektrischer Energie im Wiener Versorgungsgebiet erstmals die Höhe von 8 Millionen kWh überschritt. Ein maximaler Tagesbedarf von 4 Millionen kWh, also der halbe Wert, wurde erstmals im Jahre 1952 erreicht.

Mit Jahresende 1961 betrug der Verrechnungsstand 995.309 Elektrizitätszähler und Pauschalanlagen.

Im *Dampfkraftwerk Simmering* wurde der neue 64 Megawatt-Block, das Werk III samt der Kabellegung, baulich fertiggestellt; die Montage des Turbosatzes der Kesselanlage ist so weit beendet, daß bald mit dem Heizen des Kessels und mit der Inbetriebsetzung des Blockes begonnen werden kann. Beim Ausbau der Energieverteilanlagen bedeutet die Inbetriebnahme des Umspannwerkes Penzing im September eine bereits dringend erforderlich gewesene Verstärkung der Energieversorgung in diesem Stadtteil. Die Umschaltung der alten Gleichstromnetze auf Drehstrom wurde fortgesetzt. Sie ergänzt und verbessert die Energieversorgung in den betreffenden Gebieten. Mit 1. September

1961 wurde der Gleichstromlichtbetrieb im Unterwerk Mariahilf eingestellt. Die letzte Station des alten 2 KV-Netzes wurde am 16. August abgeschaltet.

Mit der Dammschüttung für die Erweiterung des Schleppgleises „Ost" zu den Ölbehältern und zum neuen Kohlenlagerplatz wurde begonnen, ebenso mit der Verlegung des Schleppgleises IV. Das Gebäude zur Aufnahme der Netzwarte und von Wohlfahrtseinrichtungen (neuer Speisesaal) wurde im Rohbau fertiggestellt. Die neue Telephonzentrale konnte in Betrieb genommen werden. Das Elektrofilter des Hochdruckkessels VII wurde vollständig erneuert. Die Montage des ersten Ölbehälters für 20.000 m³ ist beendet.

Im *Dampfkraftwerk Engerthstraße* wurde mit dem Ausbau weiterer Kabelschaltfelder für spätere Umschaltung auf 10 kV Betriebsspannung und mit dem Austausch veralteter Leistungsschalter der Umbau der 5 kV-Schaltanlage im Umspannwerk beendet. Die veraltete 5 kV-Schaltanlage II wurde stillgelegt und demontiert. Die Anlagen für die Kohlen- und Aschenförderung wurden stillgelegt.

In den *Umspann- und Unterwerken* wurde der Ausbau der elektrischen Anlagen fortgesetzt. Im Umspannwerk Leopoldstadt wurde der Bau der 110 kV-Schaltanlage weitergeführt, im Umspannwerk Südost wurde mit der Errichtung einer 110 kV-Schaltanlage begonnen. In der Gleichrichterstation Floridsdorf, in den Umspannwerken Heiligenstadt, Kaunitzgasse, Michelbeuern, Nord, Schmelz, Süd und Weißgerber wurden in den 5 kV-Schaltanlagen Umbauten vorgenommen und zusätzliche Kabelabzweige ausgebaut. Im Umspannwerk Enzesfeld sowie in der Schaltstelle Fischamend wurden Arbeiten in den 20 kV-Schaltanlagen beendet, im Umspannwerk Stadlau mit der Errichtung der ersten Gruppe der neuen 20 kV-Schaltanlage begonnen. Im Umspannwerk Leopoldstadt steht die neue Gleichrichteranlage für die Straßenbahn (12.500 A) seit Februar 1961 in Betrieb; im Umspannwerk Penzing wurde die Gleichrichteranlage für die Straßenbahn (9.000 A), einschließlich der Fernsteuerung vom Umspannwerk Schmelz aus, im September 1961 in Betrieb genommen.

Verstärkungen wurden durchgeführt: Im Umspannwerk Ebenfurth ging ein 50 MVA-Umspanner im Februar in Betrieb. Im Umspannwerk Kendlerstraße kam ein dritter 63 MVA-Regelumspanner, 110/30 kV, zur Aufstellung. In der 30 kV-Schaltanlage des Umspannwerkes Nord wurden die Leistungsschalter gegen solche mit einer höheren Abschaltleistung (1.000 MVA) getauscht; ein 63 MVA-Regelumspanner wurde gegen einen solchen für 32 MVA getauscht. Im Umspannwerk Schmelz ging im Jänner ein 18 MVA-Regelumspanner, 30/5 kV, in Betrieb. Im Umspannwerk Weißgerber wurde die Aufstellung eines weiteren Regelumspanners (18 MVA, 30/5 kV) vorbereitet.

Für das 110 kV-Umspannwerk Leopoldstadt, das im Jahre 1962 seinen Betrieb eröffnen soll, wurde ein 3,21 km langes Teilstück der künftigen 110 kV-Kabeleinschleifung verlegt.

Im Frühjahr 1961 wurden in den Umspannwerken im 28 kV-Netz die notwendigen Kabelumlegungen vorgenommen, welche es ermöglichten, von dem bisherigen, in den einzelnen Umspannwerken zweigeteilten Netzbetrieb auf den nach Ost-West geteilten Betrieb überzugehen. Mit dieser Zweiteilung ist die Vorstufe der später in Aussicht genommenen Viersektorenteilung zwecks Kurzschlußstrombegrenzung bereits erreicht. Im Netz selbst wurden fünf 28 kV-Kabel aus dem Umspannwerk Kendlerstraße und vier 28 kV-Kabel aus dem neuen Umspannwerk Penzing herausgelegt. Insgesamt wurden im Netz und in den Werken 24,362 km Kabel neu verlegt.

Im 20 kV-Netz und in den Umspannwerken wurden 48,65 km Kabel neu verlegt und 21,85 km Kabel entfernt. Die Länge der neu aufgelegten Frei-

leitungen betrug 14,15 km, die der abgebauten 10,79 km. Die Zahl der Abspanneranlagen erhöhte sich um 32 auf 500 werkseigene Anlagen, während die Zahl der in fremdem Eigentum stehenden Anlagen mit 134 unverändert blieb.

Im 10/5 kV-Netz und in den Umspannwerken wurden 158,1 km Kabel neu verlegt und 55,16 km alte Kabel entfernt. Die Zahl der Abspanneranlagen erhöhte sich um 193 auf 3.436 werkseigene Anlagen, während sich die Zahl der in fremdem Eigentum stehenden Anlagen um 28 vermehrte und damit 326 erreichte. Die Umschaltung des bestehenden 5 kV-Netzes auf 10 kV wurde in den Gebieten Hietzing, Leopoldau und Stadlau fortgesetzt.

Das veraltete, einphasige 2 kV-Wechselstromnetz wurde zur Gänze umgeschaltet und ab 16. August 1961 aufgelassen.

Im Niederspannungs-Kabelnetz wurden 173,69 km Kabel neu gelegt und 38,44 km Kabel entfernt. Die Gesamtlänge beträgt damit 2.745,51 km. Im Freileitungsnetz wurden 175,01 km neu errichtet und 79,30 km Leiterseile getauscht. Die Gesamtlänge beträgt damit 3.130,85 km. Im Bahnnetz wurden neue Kabel in einer Länge von 44,683 km verlegt und 10,81 km entfernt. Die Zahl der Straßenbahnspeisepunkte erhöhte sich um einen auf 220 Punkte. Im Stadtbahnnetz wurde die Zahl der Stadtbahnspeisepunkte um 4 auf 24 erhöht. Die Zahl der Lichtspeisepunkte sank durch die Umschaltung von 61 auf 35.

Mit der fortschreitenden Umschaltung des veralteten, unwirtschaftlichen Gleichstromnetzes auf Drehstrom konnte die Gleichstromerzeugung im Unterwerk Mariahilf ab 1. September 1961 eingestellt werden. In den übrigen Gleichstromgebieten wurde die Umschaltung weiter fortgesetzt. In den Bezirken XVI bis XVIII wird sie Ende 1962 abgeschlossen werden können. Die Zahl der Gleichstromanschlüsse wurde um 1.110 auf 3.154 vermindert. 26,97 km Gleichstromkabel wurden entfernt und verschrottet. Im Drehstromnetz wurden 1.204 Anschlüsse von 3×220 V auf $3 \times 380/220$ V umgeschaltet.

Die Länge des Fernsprech- und Fernsteuernetzes beträgt im Jahre 1961 1.026,433 km; die Zunahme seit Ende 1960 beläuft sich auf 71,223 km. Im Kraftwerk Simmering wurden zusätzlich 68,27 km Steuerkabel verlegt. Die Zahl der in Betrieb befindlichen Fernsprechstellen erhöhte sich um 83 auf 1.717 Stellen. Im UKW-Sprechverkehr erhöhte sich die Zahl der in Dienstwagen eingebauten Sprechstellen auf 36, davon sind drei Wagen bei den Wasserwerken und zwei bei den Wiener Verkehrsbetrieben in Verwendung.

Die Gesamtlänge aller Starkstromkabel und Starkstromfreileitungen erhöhte sich um 357,92 km auf 10.635,13 km. Die Gesamtzahl der Netzanschlüsse in Hoch- und Niederspannungsnetzen erhöhte sich um 4.613 auf 139.801. Die Zahl der Hausanschlüsse, die in der Zahl der Netzanschlüsse enthalten ist, erhöhte sich um 4.139 auf 129.338, wobei auch Anschlüsse nicht ständig bewohnter Objekte berücksichtigt sind.

Die Gesamtleistung der zu Jahresende 1961 in allen Netzen angeschlossenen, der unmittelbaren Anspeisung der Verbraucher dienenden Netztransformatoren betrug 1,397.548 kVA, wovon Umspanner mit einer Leistung von 319.244 kVA in fremdem Eigentum stehen. Im 10/5 kV-Netz wurden 316 Anlagen, im 20 kV-Netz 44 Netzstationen neu errichtet; in beiden Netzen zusammen wurden 132 veraltete Anlagen aufgelassen. Außerdem wurden 367 Stationen umgebaut. Für die 5/10 kV- und 20 kV-Netze wurden 302 Umspanner mit einer Gesamtleistung von 115.650 kVA neu beschafft. Im Zuge der Auflassung des Wechselstromnetzes wurden 21 Stationen geräumt. Damit wurden die letzten 51 Wechselstromtransformatoren mit einer Gesamtleistung von 1.076 kVA ausgeschieden.

Die Instandhaltung der 119.117 Lampen mit einer Gesamtleistung von 15.641 kW erforderte 3.881 Störungsbehebungen und 51.720 Lampentausche. Die dazu notwendigen Rüstwagen legten eine Fahrstrecke von 173.952 km zurück.

Die Anzahl der Lampen der öffentlichen Beleuchtung betrug in Wien (I. bis XXIII. Bezirk) und in den angeschlossenen Gemeinden Niederösterreichs im Jahre 1945 4.595, im Jahre 1950 38.439, im Jahre 1955 70.112 und beträgt zu Ende 1961 119.117.

Die Anzahl der zu Ende des Jahres 1961 angeschlossenen Heißwasserspeicher belief sich auf 42.531, die der Speicheröfen auf 14.341 und die der Elektroherde auf 44.152.

Die im *Chemischen Laboratorium* im Jahre 1961 durchgeführten Analysen sind von 2.130 im Jahre 1960 auf insgesamt 2.423 angestiegen. Von diesen Analysen entfallen auf diverse Mineralöluntersuchungen 2.293. Es handelt sich nicht nur um betriebseigene Ölsorten, vorwiegend Isolieröle, sondern auch um Isolieröle, die von der Elektroindustrie (Transformatorenbau), von den Elektrizitätsversorgungsunternehmen, der Großindustrie und Ölraffinerien zur Begutachtung eingereicht wurden.

Zu den Auftraggebern gehören im steigenden Ausmaß die Verkehrsbetriebe, deren Schmiermittel und Treibstoffe im Chemischen Laboratorium untersucht werden.

Das *Physikalische Laboratorium* hat 2.500 Betriebsmittelprüfungen, 191 Betriebsmittelprüfungen für fremde Firmen und 380 Prüfungen von Verbrauchsgeräten durchgeführt, weiters 150 Prüfanträgen für Installationsmaterial entsprochen und 1.650 Prüfungen an Glühlampen, Leuchtstofflampen, Leuchten und Zubehör vorgenommen, 1.114 Prüfzeichenbescheinigungen ausgegeben; die Zahl der ausgegebenen Prüfzeichen beträgt 3.520, die der registrierten Prüfakte 609.

Die Zusammenarbeit mit dem Verband der Elektrizitätswerke Österreichs erfolgte auch im Jahre 1961, vor allem in den Ausschüssen für Verteilanlagen, für Sicherheitstechnik und für Elektrizitätsverwertung. Die traditionelle Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung österreichischer Qualitätsarbeit, der Arbeiterkammer, der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, mit der Einkaufsgenossenschaft der Elektrizitätswerke und mit den Landwirtschaftskammern wurde fortgesetzt, desgleichen wurde der Kontakt mit Prüfstellen des In- und Auslandes (vor allem mit der Schweizerischen und Deutschen Prüfanstalt) gepflegt.

Die Jahresleistung des *Kraftwagenbetriebes*, 2,577.000 km, hat sich gegenüber dem Jahre 1960 um rund 5 Prozent erhöht.

Für den Lampentausch an der öffentlichen Beleuchtung wurde als Neuerung ein VW-Pritschenwagen, auf dem eine drehbare Leiter aus Leichtmetall aufgebaut wurde, in Betrieb genommen. Mit dieser Leiter wird eine Höhe von 8 m erreicht.

Als künftiger zweiter Meßwagen wurde ein Fahrgestell „Steyr-Diesel 480 a", Frontlenker, für einen geschlossenen Kastenaufbau mit eingebauter Kabelprüfeinrichtung und Meßgeräten angeschafft.

Die im Jahre 1960 begonnene Aufstockung des Bürogebäudes in der Oberen Donaustraße wurde im Frühjahr 1961 beendet. In diesem Aufbau befinden sich jetzt die Aufenthalts- und Garderoberäume, Wasch- und Brauseanlagen sowie sanitäre Einrichtungen für die Kraftwagenlenker und das Werkstättenpersonal.

Die Besucherzahl in der Beratungsstelle Mariahilfer Straße 41 erreichte 27.897, was bei einer Gesamtzahl von 300 Besuchstagen einem Tagesmittel von 93 Personen entspricht. Es wurden neun Schulvorträge mit zusammen 230 und zwei Abendvorträge mit zusammen 18 Besuchern abgehalten. Weiters fanden vier Grill- mit zusammen 17, sieben Wasch- mit zusammen 23 und sechs Staubsauger- und Bodenbürstenvorführungen mit zusammen zwölf Besuchern

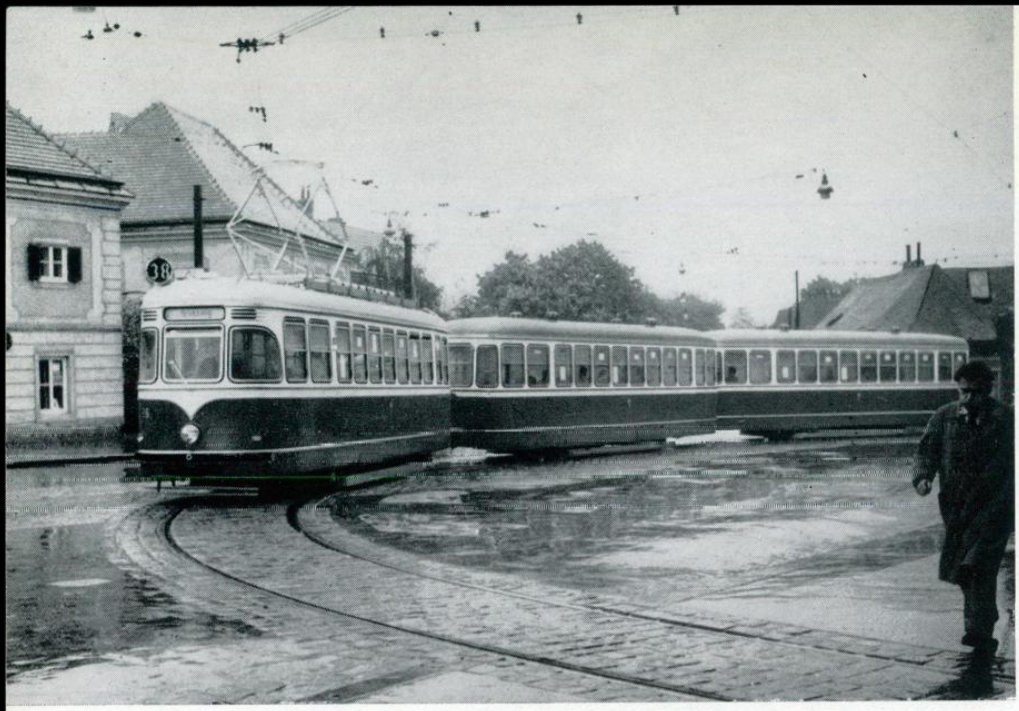


Stadtrat Schwaiger bei der Eröffnung der neuen Autobusgarage in Favoriten

Wiener Stadtwerke

Eine neue Haltestelle vor dem Stadtschulratsgebäude bei der Bellaria





Eine neue Wagengarnitur der Linie 38 kurvt um die Endstelle

Wiener Stadtwerke

Der neue Gelenkautobus der Verkehrsbetriebe ist 16,5 Meter lang



statt, außerdem noch sechs Führungen durch die Ausstellung mit zusammen 122 Teilnehmern. Zur laufenden Schulung des Beratungspersonals wurden zwölf praktische Versuche mit neuen geprüften Elektrogeräten durchgeführt. Der technische Heimdienst intervenierte in 88 Störungsfällen und nahm 4.015 periodische Nachprüfungen von elektrischen Kocheinrichtungen vor. Die Tätigkeit des Informationsdienstes (Beteiligung an Ausstellungen, Messen, Zusammenarbeit mit verschiedenen fachtechnischen Vertretungskörperschaften, Werbestellen und Ausschüssen) wurde mit befriedigenden Ergebnissen fortgesetzt.

Die seit 1. Juli 1959 laufende Finanzierungsaktion für Arbeiten an Steigleitungs-, Geschäfts-, Werkstätten- und Wohnungsinstallationen über die Elektrovereinigung, bezogen auf die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1961 ergab 63 Geschäftsfälle mit einem Finanzierungsbetrag von mehr als 835.000 Schilling.

Über die seit Juni 1954 laufende Elektrogeräteaktion wurden im Jahre 1961 folgende Geräte in einem Gesamtwert von rund 475.000 Schilling bestellt: 63 Elektroherde, 25 Kühlschränke, 72 Heißwasserspeicher und 11 Waschmaschinen.

VERKEHRSBETRIEBE

BAHNBAU UND BAHNERHALTUNG

Mit dem Bau der unteren Gleisschleife Schottentor und der Fertigstellung des Verbindungsgleises vom Ring durch die Heßgasse und Maria Theresien-Straße zur oberirdischen Schleifenanlage sowie der Abtragung der provisorischen Schleifenanlage Währinger Straße—Maria Theresien-Straße—Wasagasse—Kolingasse wurden die Gleisarbeiten beim Verkehrsbauwerk Schottentor abgeschlossen.

Anläßlich des Umbaues des äußeren und inneren Währinger und Döblinger Gürtels zu Einbahnen und des entsprechenden Umbaues der an den Gürtel anschließenden Straßenzüge waren auch entsprechende Neu- und Umbauten der Gleisanlagen erforderlich. Entsprechend den Gürteleinbahnen wurden die Gleise der Straßenbahnlinie 8 zwischen der Sternwartestraße und der Glatzgasse, die Zufahrtsgleise zum Straßenbahnbetriebsbahnhof Währinger Gürtel, das Schleifengleis Semperstraße—Anastasius Grün-Gasse, die Gleise der Straßenbahnlinien 38, 39 und G_2 im Zuge der Nußdorfer Straße—Döblinger Hauptstraße und Billrothstraße sowie die Gleise der Straßenbahnlinie D im Bereich Heiligenstädter Straße—Liechtenwerder Platz umgebaut. Um die Durchfahrt der Stadtbahnbrücke Glatzgasse für den Straßenverkehr frei zu halten, erfolgte hiebei die Einbindung des neuen Gleises vom äußeren Döblinger Gürtel zur Glatzgasse durch die Führung dieses Gleises durch die anschließende Gewölbeöffnung der Wiener Stadtbahn. In der Glatzgasse selbst wurde aus betriebstechnischen Gründen ein Umfahrungsgleis gebaut. Wegen der Einbahnregelung wurde die Linienführung der Autobuslinie 39 A abgeändert und die End- und Anfangshaltestelle in das für die Durchfahrt freigemachte Stadtbahngewölbe Nr. 179 verlegt.

Zu den vorgesehenen Straßenneubauten Prager Straße-Rußbergstraße und für den Neubau der Straßenbrücke über die Nordwestbahn wurden als erste Baustufe die Gleise in der Prager Straße von der Autokaderstraße bis zur Rußbergstraße in die Straßenfahrbahn und in der Rußbergstraße auf selbständigem Gleiskörper in Mittellage verlegt und durchgehend zweigleisig ausgestaltet. Bei der Autokaderstraße wurde ein 195 m langes Gleisprovisorium bis zum vorgesehenen weiteren Umbau im stadtseitigen Teil der Prager Straße gebaut.

Für die Führung der Großraumwagen auf der Straßenbahnlinie 48 wurde

eine Gleisschleife um die Wohnhausblöcke Güpferlingstraße—Lascygasse—Paschinggasse—Hernalser Hauptstraße gebaut. Weiters wurden ein Vorfahrgleis in der Paschinggasse und ein rechter Verbindungsbogen zum Gleis in der Hernalser Hauptstraße sowie vom Gleis in der Güpferlingstraße ein linker Verbindungsbogen zur Lascygasse gelegt.

Anläßlich der geplanten Umstellung der Straßenbahnlinie 165 auf Autobusbetrieb und wegen der Führung von Großraumwagen auf der Linie 65 wurden (erster Bauabschnitt) eine neue Gleistrasse durch die Raxstraße (an der nördlichen Straßenseite auf selbständigem Gleiskörper) sowie eine neue Schleifenanlage mit Vorfahrgleis im Bereich der Einmündung der Windtenstraße gebaut. Die Gleisanlagen sind an das Betriebsnetz noch nicht angeschlossen.

Bei der Trassenumlegung der Straßenbahnlinie Floridsdorfer Hauptstraße zum Bahnhof Floridsdorf der Wiener Schnellbahn wurden die Gleisanlagen im Bereich Schloßhofer Straße—Am Spitz—Prager Straße—Brünner Straße umgebaut. Ferner wurde der Gleisanschluß von der Floridsdorfer Hauptstraße zur Matthäus Jiszda-Straße hergestellt.

Auf der neuerbauten Stadionbrücke erfolgte der Wiedereinbau der Gleisanlagen und am Praterstern die Fertigstellung des Verbindungsgleises von der Schleife Franzensbrückenstraße zur Lasallestraße. Im Straßenumbaubereich anläßlich des Schnellbahnbaues am Plateau Rennweg-Ungargasse-Fasangasse wurde ein neuer Doppelgleisbogen vom Rennweg zur Ungargasse hergestellt und eine neue Haltestelleninsel am Rennweg errichtet. Zur Verbesserung der Betriebsverhältnisse erfolgte der Umbau der Doppelgleisabzweigung und des Bogens Josefstädter Straße-Abertgasse, die Umlegung der Gleisanlagen zwischen den Hallen II und IV im Betriebsbahnhof Favoriten, in der Simmeringer Hauptstraße vor dem Betriebsbahnhof Simmering und zwischen den Hallen I und II dieses Bahnhofes. In der Althanstraße wurden in Fortsetzung der Straßenausgestaltung die Gleise umgelegt. Kleinere Umbauten wurden an weiteren 20 Stellen im Gleisnetz vorgenommen.

Gleiserneuerungen und -regulierungen größeren Ausmaßes — teilweise im Zusammenhang mit Straßenumbauten — erfolgten am Rennweg, in der Westbahnstraße, Gudrunstraße, Speisinger Straße, Camillo Sitte-Gasse-Habichergasse, Sandleitengasse, Donaufelder Straße, Josefstädter Straße, Alser Straße, Erdbergstraße, Ullmannstraße, Thaliastraße und in der Hormayrgasse. Fertigstellungsarbeiten erfolgten im Bahnhof Kagran (Gartengleis) und in der Wexstraße-Klosterneuburger Straße. Wegen der Bauarbeiten an der Nordwestbahnbrücke über die Brünner Straße wurde der Straßenbahnbetrieb über provisorisch verlegte Gleisanlagen geführt. Ebenso wurde in der Eduard Klein-Gasse während der Umbauarbeiten am Verkehrszentrum Hietzing ein Provisorium gelegt. Weiters wurden zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse neue Haltestelleninseln in der Wiedner Hauptstraße vor der Waaggasse und in der Alserbachstraße bei der Markthalle errichtet. Im Zuge von Straßenumbauten und Erneuerungen wurden noch verschiedene Abtragungen durchgeführt.

In den Betriebsbahnhöfen wurden 25 Prellböcke repariert und 10 erneuert, in den Endstellen der Linien 78 und 80 die Einfriedungen und Gittertore instandgesetzt und gestrichen und in Floridsdorf und auf der südlichen Linie beim Felsenkeller 180 m Absperrgeländer neu aufgestellt.

Mit sechs Schienenschleifwagen wurden 102.458 km Gleis gehobelt. Dabei wurde an 102,5 km Gleis die Riffelbildung behoben. Bewährt hat sich wieder der Einsatz des Kurvenschmierwagens und des Weichenspritzwagens.

Bei sämtlichen Brücken und Eindeckungen der Stadtbahn wurden die vorgeschriebenen Untersuchungen, an den Brücken des Verbindungsbogens über die Franz Josephs-Bahn und über die Donaukanallinie die Hauptunter-

suchungen sowie die notwendigen Erhaltungsarbeiten an den Entwässerungsrinnen, Bahnkanälen, Geländern und Brückenbedielungen durchgeführt. Der Anstrich an der Brücke des Verbindungsbogens über die Spittelauer Lände mit einer Fläche von 3.080 m² wurde erneuert. In Fortsetzung der Deckenerneuerung der Galeriestrecke zwischen den Haltestellen Roßauer Lände und Friedensbrücke wurden drei Doppelfelder mit 500 m² erneuert, weiters zwei Gewölbe neu isoliert, vier Brückenwiderlager steinmetzmäßig bearbeitet und vier Brückenprovisorien bei den Gewölbeisolierungen ein- und ausgebaut.

ELEKTRISCHE ANLAGEN

Die Fahrleitungsarbeiten für den Umbau des Kreuzungsbauwerkes Schottentor wurden abgeschlossen. Im Zusammenhang mit der Errichtung der Schnellbahn wurde die Straßenbahn in die Schöpfleuthnergasse verlegt. Wegen des Umbaues des Währinger und Döblinger Gürtels, des Liechtenwerder Platzes und der Döblinger Hauptstraße war ein Umbau der Fahrleitungsanlage notwendig. Die Linie 132 wurde ab Autokaderstraße bis zur Endstelle Strebersdorf zweigleisig ausgebaut und mit einer neuen Fahrleitungsanlage versehen. Für die Linie 65 wurde mit dem Bau einer Endschleife in der Raxstraße begonnen. Die Fahrleitung für die neue Endschleife der Linie 48 in Dornbach wurde mit eigenem Personal gebaut. Die Fahrleitungsanlagen wurden viermal, die wichtigsten Kreuzungsstellen alle sechs Wochen revidiert.

Im einzelnen wurden unter anderem folgende Arbeiten durchgeführt:

Fahrdraht ausgetauscht	41.470	m
Fahrdraht für Umbauten und Neubauten montiert	13.585	m
Spanndraht wegen Verrostung getauscht	11.860	m
Spanndraht für Umbauten und Neubauten montiert	8.350	m
Maste aufgestellt	238	
Maste ausgegraben	374	
Maste gestrichen	1.536	
Maste auf Verrostung untersucht und mit Betonsockeln versehen	291	
Maste revidiert	4.075	
Wandanker montiert	419	
Wandanker abgenommen	14	
Wandanker revidiert und zum Teil gestrichen	3.225	
Schaltkasten revidiert	276	
Hörnerschalter revidiert	519	
Speisepunkte neu errichtet oder umgebaut	4	
Rückleitungspunkte mit verbessertem Schienenanschluß versehen	5	
Schienenanschlüsse für Korrosionsschutz der Gasrohre	11	
Streckenschalter montiert	22	

Am 31. Dezember 1961 belief sich die Gesamtzahl der Speisepunkte auf 224, die der Rückleitungspunkte auf 199.

Zur Behebung von Gebrechen und Beschädigungen an den Fahrleitungsanlagen der Straßenbahn und Stadtbahn mußte der Rüstwagen in 679 Fällen, zur Störungsbehebung und Überprüfung von elektrischen Weichen in 576 Fällen und zum Lampentausch bei den Verkehrslichtsignalen in 1.493 Fällen ausfahren.

Die Gesamtzahl der Rüstwagenausfahrten, einschließlich der Ausfahrten für Umschaltungen, Gleisverschiebungen usw., betrug 3.372.

Die Kabel der Bahnspeisepunkte wurden dreimal auf ihren Isolationswert untersucht. Die Kontaktierung der Schienenrückleitung wurde auf 454 km Schienenlänge mit dem Meßwagen überprüft.

An den elektrischen Weichen einschließlich der Antriebseinrichtungen wurde die Hauptrevision zweimal und an den elektrischen Einrichtungen allein je fünfmal durchgeführt. Am 31. Dezember 1961 waren 149 elektrische Weichen in Betrieb.

Neu errichtet wurden 15 elektrische Weichen, sieben elektrische Weichen wurden ausgebaut. Zwei Erdkasten wurden versetzt oder getauscht und 116 m Erdkabel wurden getauscht oder neu verlegt. Die Zahl der elektrischen Weichenheizungen hat sich um neun Stück erhöht und beträgt jetzt 31 Stück.

An den vier Telephon-Hauptzentralen und 22 kleineren Telephonzentralen, den Nebenuhrenanlagen sowie Alarmanlagen wurde eine Hauptrevision durchgeführt, während die Telephon-Hauptzentrale in der Direktion alle zwei Monate einer Revision unterzogen wurde. Es wurden 1.080 Apparate desinfiziert. Die Revision der Akkubatterien erfolgte bei sechs Anlagen wöchentlich, bei weiteren 21 Batterien monatlich.

Die Betriebstelephonanlage Groß-Enzersdorf ist mit acht Telephonapparaten (in Mastkasten) in den Ausweichen in Betrieb genommen worden (Linie 317).

Der Umbau der Stadtbahnhaltestelle Hauptzollamt (Landstraße) veranlaßte die Montage von sechs neuen Fahrleitungsstützpunkten an der Decke des Bauwerkes, die Entfernung von zwei provisorisch gesetzten Spannmasten und die Neuverlegung von 310 m Fahrdraht und 190 m Tragseil.

Anläßlich des Umbaues der Stadtbahnhaltestelle Hietzing mußte bisher ein Abspannmast entfernt und durch eine Abspannkonsole an der Stützmauer ersetzt werden.

Die Deckenerneuerung zwischen den Haltestellen Roßauer Lände und Friedensbrücke erforderte den Ausbau von zwei Fahrleitungsjochen und die Montage von zwei Fahrleitungsstützpunkten an der Decke. Arbeiten in der Nähe spannungsführender Leitungen (Gerüstarbeiten, Deckenrevisionen usw.) benötigten wiederholt den Einsatz von Schaltorganen und Beistellung von Turmwagen.

Zwecks Verbesserung der Stromversorgung wurden zwei Speisepunkte (je einer für die Gleichrichterstation Hauptzollamt und Kaunitzgasse) neu errichtet und eine schaltbare Streckentrennung gebaut.

290 m abgenützter Fahrdraht und 125 m Tragseil mußten getauscht werden. Die abgenützten Fahrdrähte der Wientallinie wurden abgenommen und statt der Doppelleitung 1.770 m Einfachfahrleitung (Rillenfahrdraht 1×100 mm²) montiert.

Die Revision der Kettenfahrleitung im Bereich der Fahrdrähte und des Tragseiles wurde viermal und die der Schutzerdungen an Masten und Jochen zweimal durchgeführt, mit der Revision der Gewichts- und Endabspannungen wurde begonnen.

HOCHBAUTEN

Im Jahre 1961 wurden folgende Bauarbeiten durchgeführt: Direktionsgebäude, IV., Favoritenstraße, Umbau der Telephonzentrale; Bahnhof Hernals, XVII., Hernalser Hauptstraße 138, Errichtung einer Räderschleifanlage und einer Hochspannungsanlage; Bahnhof Simmering, XI., Simmeringer Hauptstraße 156, Umbau des Bades und der Waschräume für die Strecke 3; Wagenabfertigung, XXI., Schöpfleuthnergasse (Fertigstellung); Wagenabfertigung, X., Raxstraße—Hautzenbergergasse (Errichtungsbeginn) und Wagenabfertigung, XII., Hofwiesengasse—Feldkellergasse (Vergrößerung der Abortanlage).

Errichtung von 24 Wartehallen, und zwar: I., Burgring—Babenbergerstraße (2 Wartehallen), Burgring—Bellariastraße, Dr. Karl Renner-Ring—Bellariastraße, Dr. Karl Lueger-Ring—Schottengasse, Dr. Karl Lueger-Ring—Universitätsstraße; III., Ungargasse—Rennweg; IX., Liechtenwerder Platz; X.,

Troststraße—Laxenburger Straße; XII., Hetzendorfer Straße—Kernstraße; XV., Neubaugürtel—Felberstraße, Mariahilfer Straße—Anschützgasse; XVII., Hernalser Hauptstraße—Güpferlingstraße (2 Wartehallen), Hernalser Hauptstraße—Paschinggasse; XVIII., Pötzleinsdorf—Endstelle Linie 41; XXI., Schöpfleuthnergasse (3 Wartehallen), Rußbergstraße—Prager Straße; XXII., Wagramer Straße—Erzherzog Karl-Straße; Aspern, Siegesplatz; Brunn am Gebirge, Felsenkeller.

An Stadtbahnobjekten wurden folgende Arbeiten geleistet: Errichtung von fünf Kabelendschalterhäuschen auf der Wientallinie und der Donaukanallinie; Stadtbahnhaltestelle Hietzing, Umbau; Stadtbahnhaltestelle Friedensbrücke, Einbau einer Kartenvorverkaufsstelle; Stadtbahnhaltestelle Landstraße, Herstellung der Bahnsteige und Einbau zweier Rolltreppen; Sportgebäude Michelbeuern, Umbau des Bades und der Abortanlage.

Im Bahnhof Hütteldorf erfolgte die Erneuerung der Wasserzuleitung, außerdem wurden Instandsetzungsarbeiten in sieben Stadtbahnhaltestellen vorgenommen.

Das Verblendmauerwerk der Gesimse und Natursteinflächen auf der Gürtellinie wurde erneuert oder ausgebessert.

Für den Autobusverkehr wurden vier Wartehallen errichtet: Alserbachstraße—Nußdorfer Straße, Autobuslinie 40; Raxstraße—Endstelle Autobuslinie 66 A; Laxenburger Straße—Wienerfeld Ost, Autobuslinie 66 A und Breitenleer Straße—Markomannenstraße, Autobuslinie 25. Die Bauarbeiten zur Errichtung einer Garage in Wien XVI., Spetterbrücke—Paltaufgasse wurden fortgesetzt.

FAHRBETRIEBSMITTEL

Im Jahre 1961 wurden für die Straßenbahn insgesamt 96 Triebwagen und 156 Beiwagen geliefert, 25 Stadtbahntriebwagen und 33 Stadtbahnbeiwagen wurden umgebaut, 153 Straßenbahntriebwagen und 261 Straßenbahnbeiwagen wurden ausgeschieden.

Der Personenfahrzeugpark des Straßenbahn- und Stadtbahnbetriebes wies zum Jahresende 1961 einen Stand von 1.336 Trieb- und 1.562 Beiwagen, zusammen 2.898 Personenwagen auf. In diesem Stand sind 115 vierachsige und 21 sechsachsige Triebwagen und 335 vierachsige Beiwagen enthalten.

Außerdem verfügen die Verkehrsbetriebe im Straßenbahn- und Stadtbahnverkehr über 75 Lasttriebwagen und 81 Lastbeiwagen sowie über 35 Hilfstriebwagen (Schneepflugwagen, Schulungswagen, Kranwagen usw.) und 109 Hilfsbeiwagen (Gerätewagen, Salzstreuwagen, Sprengwagen usw.).

HAUPTWERKSTÄTTE

Im Jahre 1961 wurden in der Hauptwerkstätte 4.374 Straßenbahn- und Stadtbahnwagen, 112 Hilfsfahrzeuge und 98 Drehgestelle repariert.

Dabei wurden unter anderem folgende Arbeiten durchgeführt:

Rädertausch	878
Motortausch	325
Anker- und Spulentausch	536
Fahrschaltertausch	338
Karambolschäden	741
Kastenreparaturen	953
Hauptuntersuchung	716
Nachuntersuchung neuer Wagen	310

Folgende weitere Arbeiten sind anzuführen:

Motorgehäuse ausgebohrt	76

Tatzlagerschalen neu angefertigt	526
Anker neu angefertigt	12
Achslagergehäuse bearbeitet	336
Scherenstromabnehmer repariert	79
verstärkte Lyrabügel repariert	110
leichte Lyrabügel repariert	4
Goldeband-Untergestelle repariert	20
Dacheindeckungen	16
Wagen-Neulackierungen	35

Für Waggonfabriken wurden Beistellteile im Arbeitsausmaß von 130.900 Arbeitsstunden angefertigt oder instandgesetzt, für Programmarbeiten wurden 23.260 Arbeitsstunden aufgewendet.

Ferner wurden an 41 Wagen 16polige Elin-Stromkupplungsdosen montiert, in drei Wagen Schienenbremsen, in 23 Wagen Leuchtstofflampen eingebaut und in 119 Wagen Scheibenwischer montiert. 722 Wagen erhielten Sicherheitsverglasung an den Fenstern quer zur Fahrtrichtung, sechs Hilfsfahrzeuge wurden neu angefertigt. Durch Privatfirmen wurden 121 Triebwagen und 189 Beiwagen neu geliefert oder umgebaut sowie 12.500 Kleinteile-Reparaturen vorgenommen.

BETRIEB UND VERKEHR

Die Fahrgastfrequenz ist bei der Straßenbahn und Stadtbahn einschließlich des Autobusumstell- und -ersatzverkehrs um 3,74 Prozent, die Wagennutzkilometerleistung um 4,32 Prozent gesunken.

Die saisonbedingten Schaffner- und Frequenzzählungen wurden auch im Jahre 1961 durchgeführt. Außerdem wurde am 24. Dezember eine Fahrgastzählung vorgenommen.

Mit Jahresbeginn mußte, entsprechend den Bestimmungen der Straßenbahnverordnung 1957, die Höchstgeschwindigkeit auf Straßenbahnlinien, die mit Wagen ohne Schienenbremsen betrieben werden, auf 25 km/h herabgesetzt werden. Von insgesamt 62 Linien wurden von dieser Maßnahme 41 Linien betroffen. Die verminderte Höchstgeschwindigkeit bedingte Fahrzeiterhöhungen je Linie und Fahrtrichtung von 1 bis 3 Minuten, was einen Mehrbedarf an Wagen und Personal bedingte. Nur die Linien, welche schon zur Gänze mit modernen Wagentypen mit Schienenbremsen ausgerüstet waren, blieben fahrzeitmäßig unverändert.

Es wurde alles darangesetzt, in dem Maße, als die bestellten neuen Wagentypen ausgeliefert wurden, die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten sowie die Fahrzeiten möglichst vieler Linien wieder zu normalisieren.

Auf der Autobuslinie 13 und auf der Linie 132 wurden zur Verbesserung der Verkehrsbedienung die Betriebszeiten verlängert.

Hingegen konnten infolge des weiteren Frequenzrückganges an Samstagen auf fast allen Linien Verkehrsreduzierungen durchgeführt werden.

Für die Schülerbeförderung wurde auf den Linien /5, 17/16, 17 E, 17 A, 24, 29, 37, 43, 45, 52, 62 E, 132, 167 E und 360 der Verkehr verstärkt.

Folgende Anlässe mit einem besonderen Verkehrsanfall erforderten einen vermehrten Wageneinsatz: Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, Wiener Festwochen, Muttertag sowie der Allerheiligen- und Silvesterverkehr. Weiters Veranstaltungen im Stadion und auf den übrigen Sportplätzen, in der Wiener Stadthalle, auf dem Renn- und Trabrennplatz sowie im Bäder- und Ausflugverkehr.

Die größte Fahrleistung bei der Straßenbahn, ohne Berücksichtigung des 1. November, wurde am Dienstag, dem 31. Oktober, mit 271.970 Wagennutz-

kilometern, bei der Stadtbahn am Sonntag, dem 25. Juni, mit 61.014 Wagennutzkilometern erzielt.

Im Rahmen der Betriebsüberwachung wurden mit Jahresbeginn 1961 „Funkstreifen" eingeführt. Ab 1. Februar machte an allen Werktagen, ausgenommen Samstage, ein solcher Funkwagen mit zweischichtiger Besetzung von 5,30 Uhr bis 21,30 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen bloß in einer Schicht, dem Erfordernis entsprechend, Dienst. Ab 1. Oktober wurde bereits ein zweiter Wagen in Verwendung genommen, und zwar so, daß an allen Werktagen, Samstage ausgenommen, während der ganzen Betriebszeit der Straßenbahn ein Wagen, über die Nachmittagsspitze jeweils zwei Wagen im Dienst standen. An Samstagen, Sonn- und Feiertagen wurde jeweils von zwei vollen Schichten Dienst geleistet. Die Einrichtung der Funkstreifen hat sich insbesondere bei Unfällen bestens bewährt und vor allem sehr wesentlich zur Abkürzung von Störungen anläßlich verschiedener Betriebsereignisse beigetragen.

Im Lastenverkehr wurde verschiedenes Material und Schutt für betriebseigene Zwecke transportiert sowie Reklamefahrten für betriebsfremde Auftraggeber durchgeführt.

TARIFE

Anläßlich der Tarifumstellung am 27. März (für Zeitkarten ab 2. April) erfolgte die Einführung des Einheitstarifes im gesamten Straßenbahn-, Stadtbahn-, innerstädtischen Schnellbahnnetz und auf den im Anschluß an die Straßenbahn betriebenen peripheren Autobuslinien. Gleichzeitig wurde ein neues Markierungssystem eingeführt, bei dem die Fahrscheinlochung durch Stempeln mittels eigener Druckzangen ersetzt wurde.

Im Zusammenhang mit der Tarifregulierung vom 27. März 1961 wurden die Autobus-Außenlinien (mit Ausnahme der Linie 64 A, sofern sie nicht innerhalb der Stadtgrenze verkehrt) und die Strecke der Österreichischen Bundesbahnen (Schnellbahn) zwischen Floridsdorf und Landstraße in den Einheitstarif der Wiener Stadtwerke—Verkehrsbetriebe einbezogen.

Ausgehend von dem als Grundlage dienenden Preis von drei Schilling für den Tagesfahrschein ergaben sich die Tarifansätze für alle übrigen Fahrscheinrelationen, soweit sie nicht aus sozialen Erwägungen unverändert belassen wurden.

Die Fahrpreise wurden im Durchschnitt um rund 36 Prozent erhöht. Neu aufgelegt wurde eine Kurzstrecken-Sammelkarte für fünf voneinander unabhängige Fahrten innerhalb einer Kurzstrecke, die auch von mehreren Personen gleichzeitig benützt werden kann.

Für Pflichtschüler und körperbehinderte Kinder (Sonderschulen, Sonderkindergärten) wurden im Schuljahr 1960/1961 2.545 Freikarten und 612 Freikarten für Begleitpersonen ausgegeben. Kriegsbeschädigte und Zivilinvalide erhielten im Jahre 1961 durchschnittlich pro Monat 2.076 Freikarten und 74 ermäßigte Netzkarten. Für verschiedene kulturelle und sportliche Zwecke wurden von den zuständigen Magistratsabteilungen insgesamt 258.392 Jugendfürsorgefahrscheine angesprochen. Mit dem Landesarbeitsamt Wien wurden 814.460 Arbeitslosenfahrscheine verrechnet.

Anläßlich der Wiener Messen und der Wiener Festwochen wurden 4-Tage-Wien- und 7-Tage-Wien-Netzkarten ausgegeben.

Im Kraftwagenbetrieb ereigneten sich 1.146 Unfälle mit 432 Verletzten. Von diesen Unfällen entfallen auf den Linienverkehr 659 Unfälle mit 237 Verletzten.

An Haftpflichtentschädigungen und -renten wurden im Jahre 1961 ausbezahlt:

	Straßenbahn	Stadtbahn	Autobus
		Schilling	
Für Körperverletzungen	2,473.816	10.224	209.530
Für Sachschäden	796.584	647	364.539

AUTOBUSVERKEHR

Am 15. Jänner 1961 wurde die provisorische Autobusgarage in Wien X., Pernerstorfergasse 83, als Betriebsgarage aufgelassen und dafür die neue Autobus-Großgarage in Wien X., Raxstraße 1, in Betrieb genommen. Ab diesem Tage wurden die Autobuslinien 30, 31, 31 A, 32, 33 und 61 zur Gänze und die Autobuslinien 6, 7 sowie die Nachtlinie A teilweise von der neuen Garage betrieben.

Am 26. Jänner 1961 wurde auf den Autobuslinien 17 und 19 bei der Wartehalle Sankt Wendelin-Platz eine neue Anfangs(Standplatz-)haltestelle errichtet und die bisherige Standplatzhaltestelle in eine Haltestelle nach Bedarf umgewandelt. Der Pausenplatz befindet sich nunmehr am Sankt Wendelin-Platz.

Am 27. März 1961 wurden bei gleichzeitiger Einführung des Straßenbahn-Autobus-Einheitstarifes die Liniensignale der peripheren Autobuslinien wie folgt umbenannt: Die frühere Autobuslinie 17 = 25 A, 18 = 30, 18 A = 30 A, 19 = 25, 22 = 39 A, 25 = 49, 28 = 64, 29 = 64 A, 30 = 66 A, 31 = 67 A, 31 A = 67 und 32 und 33 = 60 A.

Vom gleichen Tage an wurde die Autobuslinie 60 A (bisher Autobuslinie 32 und 33) von Mauer, Haymogasse—Rittlergasse über Atzgersdorf—Liesing, Rathaus—Siebenhirten nach Vösendorf, Mühlgasse und zurück geführt.

Auf der Autobuslinie 64 (bisher Autobuslinie 28) werden nunmehr Einlagefahrten von Meidling, Hauptstraße (Stadtbahn) zum Tivoli geführt. Die Schleifenfahrt erfolgt von Stranitzkygasse über Hohenfelsplatz—Weißenthurngasse—Grünbergstraße zur Krastelgasse.

Auf der Autobuslinie 66 A (bisher Autobuslinie 30) wird nicht wie bisher ab Troststraße, Laxenburger Straße, sondern ab Raxstraße, Endstelle der Straßenbahnlinie 66 (Jean Jaures-Hof) nach Liesing, Rathaus, und zurück geführt. Die Autobusse fahren in Richtung Liesing ab Raxstraße (Anfangstelle) über Neilreichgasse—Sahulkastraße zur stadtauswärts führenden Laxenburger Straße und in der Gegenrichtung ab Raxstraße, Leebgasse weiter in der Raxstraße bis zur Vereinigungsweiche der Straßenbahnlinie 66 (Endstelle).

Die Autobuslinie 66 A (bisher Autobuslinie 30) wird nicht wie bisher ab Reumannplatz, sondern von Favoritenstraße, Lehmgasse zur Siedlung Südost und zurück gekürzt geführt.

Seit 4. April 1961 fahren wegen Umbaues der Floridsdorfer Hauptstraße die Autobusse der Linie 5 und der Nachtlinie F nicht wie bisher nach Floridsdorf, Am Spitz, sondern ab Floridsdorfer Hauptstraße über An der oberen Alten Donau—Schöpfleuthnergasse zur Matthäus Jiszda-Straße und von dort zurück gekürzt zum Stephansplatz oder zur Bellariastraße.

Seit 24. April 1961 fahren aus verkehrstechnischen Gründen die Autobusse der Linie 158 in Ober-St. Veit ab Endstelle Hietzinger Hauptstraße bei der Schleifenfahrt über Glasauergasse—unbenannte Gasse—Firmiangasse—Wolfrathplatz zur neuen Standplatzhaltestelle Hietzinger Hauptstraße.

Am 1. Mai 1961 wurde der Betrieb auf den Aufzahlungsstrecken der Autobuslinie 25 von Neu-Eßling (Teufelsfeld) nach Raasdorf sowie auf der Autobuslinie 30 von Gerasdorfer Straße, Illgasse nach Gerasdorf, Ort, eingestellt. Es fahren daher die Autobusse der Linie 25 nur vom Sankt Wendelin-Platz nach Breitenlee und Neu-Eßling (Teufelsfeld) und der Linie 30 nur mehr von Groß-Jedlersdorf, Frauenstiftgasse bis Gerasdorfer Straße, Illgasse—Grenzweg.

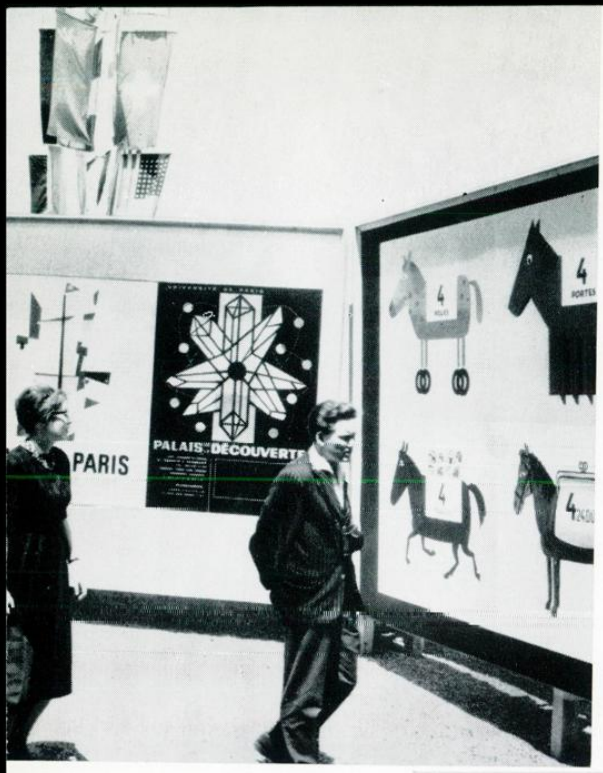


Für die Verwendung der neuen Fahrscheinmarkierungszangen muß das Personal geschult werden

Wiener Stadtwerke

Bei der Wiener Stadtbahn werden Fernseheinrichtungen für die Zugabfertigung erprobt





Die „Galerie der Straße“ vor dem Palais Schwarzenberg zeigt in- und ausländische Plakate

Städtische Unternehmungen „Gewista“

Plakate in künstlerischer Gestaltung



Am 28. Mai 1961 wurde der Betrieb auf der nur an Sonn- und Feiertagen befahrenen Verlängerungsstrecke der Autobuslinie 64 von Liesing, Rathaus über Rodaun nach Perchtoldsdorf, Marktplatz eingestellt. Die Autobusse fahren nunmehr an allen Tagen von Meidling, Hauptstraße (Stadtbahnstation) nur bis Liesing. Rathaus.

Am 17. Juni 1961 wurde die Straßenbahnlinie 72 (Zentralfriedhof III. Tor—Schwechat) eingestellt und dafür eine Autobuslinie mit dem gleichen Liniensignal vom Zentralfriedhof III. Tor nach Schwechat, Wiener Straße—Friedhofstraße, in Betrieb genommen.

Am 2. Juli 1961 wurde die Straßenbahnlinie 13 (Südbahnhof—Alser Straße) eingestellt und an ihrer Stelle die Autobuslinie 13 vom Südbahnhof zur Alser Straße in Betrieb genommen. Die Anfangstelle dieser Autobuslinie befindet sich in Wien III., Arsenalstraße vor Landstraßer Gürtel. Von dort fahren die Autobusse über die gleiche Fahrstrecke wie bisher die Züge der Straßenbahnlinie 13 zur Alser Straße—Skodagasse. In der Gegenrichtung fahren die Autobusse ab Sankt Elisabeth-Platz über eine neue Fahrstrecke auf der rechten Fahrbahnseite des Sankt Elisabeth-Platzes—Argentinierstraße—Wiedner Gürtel—Landstraßer Gürtel—Schweizer Garten-Straße zur neuen Endstelle Arsenalstraße nach Schweizer Garten-Straße.

Seit 22. Juli 1961 fahren nach erfolgter Fahrbahnverbreiterung auf dem Schmerlingplatz gegenüber dem Justizpalast die Autobusse der Linien 5 und 9 nicht wie bisher zur Bellariastraße nach dem Burgring, sondern weiter über Bellariastraße—Hansenstraße—Schmerlingplatz bis Justizpalast. Die Rückfahrt erfolgt durch Umfahrung der Verkehrsinsel vor der Reichsratsstraße über Schmerlingplatz—Hansenstraße—Bellariastraße zur Hauptfahrbahn des Burgringes und weiter auf der bisherigen Fahrstrecke.

Seit 16. September 1961 fahren die seit dem Jahre 1960 verschieden abgelenkt gewesenen Autobusse der Linie 8 und Nachtlinie C nach Eröffnung der unterirdischen Straßenbahnschleife sowie der Fußgängerpassagen beim Schottentor in der Fahrtrichtung zur Stadt wieder auf der normalen Fahrstrecke über Universitätsstraße—Maria Theresien-Straße zur Schottengasse.

Am 6. November 1961 wurde der Betrieb auf der Aufzahlungsstrecke der Autobuslinie 60 A von Siebenhirten, Ketzergasse, Anton Freunschlag-Gasse (Teufelsmühle) nach Vösendorf, Mühlgasse eingestellt. Die Autobusse fahren an allen Werktagen daher von Mauer, Haymogasse, Rittlergasse über Atzgersdorf—Liesing, Rathaus nur bis Siebenhirten, Anton Freunschlag-Gasse. An Sonn- und Feiertagen fahren die Autobusse von Mauer, Haymogasse nur bis Liesing, Rathaus. Vom gleichen Tage an wird die Autobuslinie 60 A auf einer neuen Fahrstrecke in Mauer, „Am Spiegeln" in beiden Fahrtrichtungen ab Bahnstraße über Rudolf Zeller-Gasse—Taglieberstraße—Krehangasse—Friedensstraße—Karl Schwed-Gasse—Hauptstraße—Johann Teufel-Gasse zur Maurer Lange Gasse und in umgekehrter Folge zur Bahnstraße geführt.

Seit 23. November 1961 fahren die Autobusse der Linien 64 und 64 A in der stadtauswärts führenden Richtung nicht wie bisher über Krastlgasse, sondern ab Stranitzkygasse, Krastlgasse weiter über Stranitzkygasse—Weißenthurngasse zur Altmannsdorfer Straße und in der Gegenrichtung ab Altmannsdorfer Straße über Weißenthurngasse—Hohenfelsplatz zur Stranitzkygasse.

Seit 9. Dezember 1961 fahren nach Beendigung der im Zuge des Schottentor-Umbaues durchgeführten Straßenbauarbeiten auf der stadtauswärts führenden Fahrbahnseite der Währinger Straße die Autobusse der Linie 6 und Nachtlinie G in Richtung Gersthof wieder auf der normalen Fahrstrecke ab Schottengasse durchgehend über die Währinger Straße.

Seit 16. Dezember 1961 fahren nach Beendigung des Umbaues am äußeren

Währinger Gürtel die Autobusse der Linien 39 A und /39 A auf einer geänderten Fahrstrecke ab Döblinger Hauptstraße über äußeren Währinger Gürtel zur neuen Stadtbahnunterfahrung beim Stadtbahnstationsgebäude Nußdorfer Straße, wo in der Unterfahrung zwischen dem äußeren und inneren Währinger Gürtel eine neue Endstelle und eine neue Anfangstelle errichtet wurde.

Insgesamt wurden im Jahre 1961 infolge der Linienkürzungen 63 Autobushaltestellen aufgelassen und wegen Inbetriebnahme neuer Autobuslinien (Umstellungslinien 13 und 72) 65 Autobushaltestellen neu errichtet.

Im Jahre 1961 wurden angekauft: 30 Großraum-Autobusse Saurer, 24 Doppeldecker-Autobusse und ein Schienenreinigungswagen (Kesselwagen).

Ausgeschieden wurden: 19 Autobusse, zwei Schweißwagen, zwei Lastkraftwagen, ein Spezialanhänger und ein Kesselwagen.

BESCHWERDESTELLE

Im Jahre 1961 wurden rund 5.100 Beschwerden und Anträge behandelt. Darunter waren 442 Beschwerden über das Benehmen von Bediensteten, 2.505 über Fahrscheinanstände, 1.502 über verschiedene Anstände, 45 über die Handhabung des Gepäcktarifes, 65 über das Nichtabwarten von Anschlüssen, 95 Ansuchen um Fahrpreisrückerstattung, 25 um teilweise oder gänzliche Rückzahlung von Mehrgebühren, neun Beschwerden über die Verkehrsabwicklung und 412 Anfragen, Mitteilungen und Anregungen.

Von den Beschwerdefällen waren 22,5 Prozent unberechtigt.

Die persönlichen Vorsprachen im Beschwerdebüro betrugen rund 11.500. In dieser Zahl sind auch die Rückkäufe von nur teilweise benützten Wochenkarten oder von unrichtig gelochten Fahrkarten enthalten. Außerdem wurden etwa 12.500 telephonische Auskünfte erteilt.

Wegen mißbräuchlicher Benützung von Fahrausweisen (Fahrscheinaufklauber) wurden in 13 Fällen insgesamt zehn Sonderzahlungen eingehoben.

Die Meldungen von Kontrollorganen wegen Nichtbezahlung von ausgesprochenen Mehrgebühren betrugen 1.015.

UNFÄLLE

Im Jahre 1961 ereigneten sich 3.332 Unfälle mit 454 Verletzten und acht Toten. Von diesen Unfällen entfielen auf die Stadtbahn 74 Unfälle mit 22 Verletzten und einem Toten. Die absolute Zahl der Unfälle durch Stürzen beim Auf- oder Abspringen während der Fahrt betrug 241 (davon auf der Stadtbahn null) und durch Niederstoßen von Menschen 132 (davon auf der Stadtbahn drei).

Gegenüber dem Jahre 1937 ergibt sich eine Senkung der Unfälle um rund 21 Prozent, während sich die Anzahl der Verletzten um rund 30 Prozent erhöht hat.

STÄDTISCHE BESTATTUNG

Die Sterblichkeitsziffer des Jahres 1961 lag niedriger als im Jahr 1960. Die Städtische Bestattung übernahm 26.817 Bestattungsaufträge, also etwa 900 weniger, als im Jahr 1960. Der Monat mit der größten Zahl übernommener Aufträge war der Dezember mit 2.450 Fällen, die geringste Auftragszahl brachte der Juli mit 1.975 Bestattungen.

Der Anteil der Städtischen Bestattung am gesamten Wiener Bestattungsanfall betrug rund 98 Prozent. Die restlichen Fälle entfielen auf Pächter in den an Wien angrenzenden niederösterreichischen Gemeinden. Bei 391 Begräbnissen wurden die Kosten infolge Fehlens zahlungsfähiger Hinterbliebener von der

Städtischen Bestattung getragen. Es wurden ferner 1.471 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen, 2.020 Überführungen in das In- und Ausland, sowie 3.419 Feuerbestattungen durchgeführt.

Der Fahrpark der Städtischen Bestattung umfaßte Ende 1961 18 Fourgons, 9 Glas- und 6 Blumenwagen, sowie 19 sonstige Fahrzeuge für Wirtschaftsfahrten, Mannschaftstransporte usw.

Der Sargerzeugungsbetrieb hatte weiterhin mit starker privater Konkurrenz zu rechnen. Von der Gesamterzeugung von rund 34.000 konnten trotzdem 10.000 Särge in den Bundesländern abgesetzt werden.

Die Tarife des Unternehmens lagen trotz den im Jahre 1961 durch die Gehaltserhöhungen und verschiedenen Kostensteigerungen eingetretenen Belastungen weiterhin bei den Ansätzen des Jahres 1953. Auch die Sargpreise blieben unverändert, obwohl die Paritätische Kommission über Antrag privater Sargerzeuger eine Preiserhöhung zugestanden hat. Von dieser Ermächtigung haben im Jahr 1961 nur die Sargfabriken in den Bundesländern Gebrauch gemacht.

Für das in einem Bestattungsunternehmen besonders kritisch zu betrachtende Verhalten insbesondere jenes Personals, das mit den Hinterbliebenen in Kontakt kommt, wurden in Zusammenarbeit mit einem bekannten Volksbildner eigene Richtlinien ausgearbeitet und in einer Broschüre zusammengefaßt, die allen Bediensteten zur Verfügung gestellt wird.

Das Unternehmen hat weiterhin alles unternommen, um privaten und kommunalen Bestattern Österreichs jeden Fortschritt auf dem Gebiete des Bestattungswesens, der irgendwo in der Welt festgestellt werden konnte, bekannt zu machen. Selbstverständlich wurde auch versucht, solche Erfahrungen in österreichischen Betrieben nutzbar zu machen. In diesem Zusammenhang erfolgte sowohl vor den kommunalen Bestattern Österreichs wie auch vor der Bundesinnung der Bestatter Österreichs über Vermittlung der Städtischen Bestattung Wien die Vorführung eines amerikanischen Lehrfilms, die nunmehr dazu geführt hat, daß auch die österreichische Bestatterschaft einen für hiesige Verhältnisse passenden Lehrfilm drehen will. Verschiedene Maßnahmen zur weiteren Rationalisierung wurden eingeleitet. Diese Maßnahmen betreffen unter anderem organisatorische Vereinfachungen im Filialdienst und die Beschränkung der Filialen auf jene Standorte, an denen sich Standesämter befinden, sowie auf die Abholung der Verstorbenen. Rationalisierungsmaßnahmen sind dem Unternehmen nicht nur durch die Preis- und Lohnentwicklung zwingend vorgeschrieben, sondern auch durch die Tatsache, daß die Beschaffung von Personal, besonders für den Bestattungsdienst, von Jahr zu Jahr schwieriger wird.

STÄDTISCHE ANKÜNDIGUNGUNTERNEHMUNG GEWISTA

Mit dem Jahre 1961 vollendet die GEWISTA ihre 40jährige Tätigkeit als selbständiges Unternehmen der Gemeinde Wien. Dies soll zum Anlaß genommen werden, um die Entstehung und Entwicklung des Unternehmens aufzuzeigen.

Im Jahre 1919 entschloß sich die Direktion der Wiener Straßenbahn, ihre Verkehrsmittel für Ankündigungen gegen Entgelt durch eine öffentliche Ausschreibung zu verpachten. Das Ergebnis dieser Ausschreibung befriedigte nicht, weshalb man es vorzog, die Werbemöglichkeiten in eigener Regie auszuwerten. Zu diesem Zwecke wurde bei der Straßenbahndirektion eine Reklameabteilung eingerichtet und deren Leitung einem Werbefachmann übertragen. Dies war der Beginn der Betätigung der Gemeinde Wien auf dem Gebiete der Wirtschaftswerbung. Die gute Aufnahme der Straßenbahnreklame bei der Kauf-

mannschaft und die geschäftlichen Erfolge ließen den Wunsch aufkommen, auch andere der Gemeinde gehörende Objekte für Reklame in eigener Regie auszuwerten. Dienststellen der Straßenbahn war es aber aus formalen Gründen unmöglich, ihr Arbeitsfeld über den Rahmen der Verkehrsmittel auszudehnen.

Dem Verlangen nach einer Erweiterung des Betätigungsfeldes wurde vom Gemeinderat der Stadt Wien entsprochen. Er beschloß im Jahre 1921 die Errichtung einer städtischen Ankündigungsunternehmung und sprach ihr die Eigenschaft einer Unternehmung der Gemeinde Wien zu.

Als Betriebszweck wurde festgesetzt: Das Ankündigungsgeschäft und der Betrieb aller hierzu notwendigen Einrichtungen unter Verwendung geeigneter Objekte der Gemeinde, ihrer Unternehmungen, Anstalten und Betriebe, insbesondere auch des öffentlichen Gutes; ferner die Wahrung und Auswertung der privatrechtlichen und finanziellen Interessen der Gemeinde hinsichtlich der Ankündigungsflächen auf Holzschalungen, Hausmauern usw.; weiters die Abgabe von Gutachten an die zuständigen magistratischen Dienststellen hinsichtlich platzzinspflichtiger Objekte aller Art sowie die Beteiligung an Ankündigungsgeschäften privater Firmen und die Erwerbung solcher Unternehmungen.

Damit sicherte sich die Gemeinde Wien vor allem das Einspruchsrecht hinsichtlich Aufstellung, Gestaltung und Ausstattung von Reklameobjekten und hatte so die Möglichkeit, eine störende Beeinträchtigung des Stadtbildes durch Werbemaßnahmen hintanzuhalten. Diesem Gemeinderatsbeschluß lag klar die Absicht zugrunde, sich mit dem Ankündigungswesen intensiv zu beschäftigen und es kaufmännisch auszuwerten. Die GEWISTA richtete ihr Augenmerk vor allem auf jene Firmen, die auf dem Gebiet des Plakatanschlages in Wien seit 1901 eine Art geheimes Kartell bildeten und nur nach außen hin getrennt auftraten. Sie hatten im Laufe der Jahre mit der Gemeinde zahlreiche, zum Teil langfristige Miet- und Pachtverträge über Ankündigungstafeln und Säulen abgeschlossen. Eine Überprüfung der Vereinbarungen ergab, daß sie infolge der damaligen Valutaverhältnisse für die Gemeinde Wien nur minimale Erträge brachten. Die Platzzinse hätten zwar erhöht werden können, nicht aber der Pachtschilling für die Säulen, der bis Ende des Jahres 1928 unter Vertragsschutz stand; die Säulen aber waren das Rückgrat des Plakatanschlages und gaben bei den Erträgnissen den Ausschlag. Nun war es der Gemeinde Wien nicht allein darum zu tun, ihren gerechten Anteil für die Überlassung des öffentlichen Gutes zu bekommen, sie wollte darüber hinaus besonders in städtebaulicher Hinsicht die Aufstellung, die Gestaltung und das Gesamtbild der Reklameobjekte bestimmen. Bei den Verhandlungen mit den Privatfirmen zeigte sich deren Geneigtheit, auf die Wünsche der Gemeinde einzugehen, die dahin abzielten, neben der GEWISTA zusammen mit den Privatfirmen eine Gesellschaft zu bilden, in der die Gemeinde zur Sicherung ihrer Interessen die Mehrheitsbeteiligung beanspruchte. Im Jahre 1923 wurde dann ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen unter dem Namen WIPAG, Wiener Plakatierungs- und Anzeigengesellschaft m. b. H., registriert. Die Gemeinde war mit 65 Prozent beteiligt, die in den Händen der GEWISTA waren, während die restlichen 35 Prozent auf die Privatgesellschafter entfielen. Dieser im Jahre 1923 abgeschlossene Vertrag sah eine Laufzeit von fünfzehn Jahren vor. Nach Ablauf dieses Vertrages im Jahre 1938 wurde die WIPAG liquidiert. Seither hat die GEWISTA den Plakatanschlag ihren übrigen Betriebszweigen eingeordnet. Der Krieg unterbrach die Entwicklung, und im Verlaufe der Kriegshandlungen wurden nach und nach alle Einrichtungen des Betriebes zerstört. Was von Feuer und Bomben verschont blieb, verfiel zuletzt den Plünderungen. Fast 75 Prozent der Anschlagflächen wurden auf diese Weise vernichtet, sämtliche anderen Werbemittelträger auf öffentlichem Grund, auf und in den Straßenbahnwagen

und Autobussen wurden zerstört. In den letzten Kriegstagen wurden auch die Büroräumlichkeiten auf dem Stephansplatz ein Raub der Flammen. In dieser trostlosen Situation wurde in den Apriltagen 1945 die Arbeit wieder aufgenommen und nach verhältnismäßig kurzer Zeit, ohne finanzielle Unterstützungen seitens der öffentlichen Hand, gelang es mit den selbsterarbeiteten Mitteln, den Betrieb wieder aufzubauen. Im Laufe der Jahre wurden nicht nur die früheren Anschlagtafeln wieder aufgestellt, sondern es wurden zusätzlich neue Flächen erworben, so daß schließlich fast 90.000 m² Anschlagflächen für Plakatwerbung zur Verfügung standen. In weiterer Folge wurden die Reklamemittelträger in und auf den Straßenbahnwagen, in den Stadtbahnstationen und auf den Gaskandelabern, je nach Bedarf, wieder für Werbung herangezogen.

Zur Förderung der künstlerisch-graphischen Gestaltung der Wiener Plakate wurde auf Beschluß des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Volksbildung im Jahre 1951 eine Plakatwertungsaktion ins Leben gerufen, die nun seit 10 Jahren die jeweils besten Plakate monatlich auswählt, wobei Entwerfer, Drucker und Besteller ein Diplom erhalten und das beste Vierteljahresplakat außerdem durch die GEWISTA mit einer Geldprämie ausgezeichnet wird.

Die 2. internationale Plakatausstellung in Wien im Jahre 1951 und die vom Kulturamt der Stadt Wien durchgeführte Plakatausstellung „10 Jahre Galerie der Straße" im Jahre 1961 wurden durch die tatkräftige Mithilfe der GEWISTA ein großer Erfolg.

Bedeutende Aufgaben erwuchsen der GEWISTA nach 1945, als sie tatkräftig mithalf, das zerstörte Stadtbild durch Umfriedung der Schuttflächen und Baustellen mit sauberen, neuen Plakatwänden zu verschönern. Unter Mitwirkung namhafter Architekten und Graphiker wurden Plakatwände geschaffen, die einerseits die unschönen Zeugen der Zerstörung verbargen und andererseits für die positive werbliche Aussage eine Form fanden, die sich architektonisch in den betreffenden Stadtteil einfügte. Das alles war nur möglich, weil die GEWISTA nicht auf eigensüchtige Einzelinteressen Rücksicht nehmen muß, sondern die Werbung als Dienst für die Gesamtheit der Werbungstreibenden und zugleich als öffentliche Aufgabe auffaßt. Ließ man sich bei der Gründung der GEWISTA im Jahre 1921 noch von dem Gedanken leiten, das Ankündigungswesen kaufmännisch auszuwerten und somit eine Einnahmequelle für die Gemeinde zu schaffen, trat diese Zielsetzung im Laufe der Jahre immer mehr in den Hintergrund. Die Preisbildung erfolgt nicht vorwiegend zu Gewinnzwecken, sondern es werden durch niedriggehaltene Preise einem großen Kreis von Interessenten Werbungsmöglichkeiten geboten.

Die GEWISTA besorgt außer dem bereits erwähnten Plakatanschlag im Stadtgebiet Wien die gesamte Verkehrsmittelwerbung auf und in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Für die Dauerwerbung stehen den Interessenten Bogenlampenmaste und Spannmaste der Verkehrsbetriebe zur Verfügung. Außer diesen Werbeobjekten besitzt die GEWISTA sowohl in den städtischen Sommerbädern als auch in den Volks- und Hallenbädern Flächen für den Plakatanschlag. Die Auswahl an Werbeobjekten ist so umfangreich, daß sowohl große als auch kleine Firmen jede Art von Werbung durchführen lassen können.

Zum Schluß soll noch ein kurzer Bericht über das Jahr 1961 gegeben werden. Wie schon in den Jahren vorher, konnte auch im Jahre 1961 eine fast neunprozentige Umsatzsteigerung aus dem gesamten Reklamegeschäft erzielt werden. Die Straßenbahn- und Autobusreklame hat rund 13 Prozent, der Bogenanschlag rund drei Prozent und die Großflächenwerbung (gemalte Ölaufschriften) fast 44 Prozent Umsatzsteigerung zu verzeichnen. Auch die Anzahl der angeschlagenen Plakate hat sich gegenüber dem Jahr 1960 um fast 69.000 Bogen

vermehrt. Von den im Jahre 1961 angeschlagenen 1,940.762 Plakaten (alle Formate auf 1/1 Bogen umgerechnet) waren Wirtschaft und Gewerbe mit 1,504.525 Bogen (rund 77 Prozent), Kultur und Vergnügen mit 350.293 Bogen (18 Prozent), die politischen Parteien mit 72.949 Bogen (vier Prozent) und die Behörden und Ämter mit 12.995 Bogen (ein Prozent) am Gesamtbogenanschlag beteiligt.

Obwohl im Jahre 1961 284 Objekte entfernt werden mußten und nur 239 Objekte neu aufgestellt werden konnten, hat sich die Gesamtanschlagfläche der zur Verfügung stehenden Objekte um fast 1.500 m² vermehrt.

LANDWIRTSCHAFTSBETRIEB DER STADT WIEN

Die im Jahre 1961 selbst bewirtschaftete Ackerfläche (ohne Deputatland) war mit 3.286 ha größer als im Jahre 1960, da in Stammersdorf 6 ha zugepachtet wurden und um 12 ha Deputatland weniger vergeben wurde. Diese Flächen wurden wie folgt verwendet:

für Getreide	2.143 ha
für Hülsenfrüchte	77 ha
für Ölfrüchte	261 ha
für Gemüse	16 ha
für Hackfrüchte	494 ha
für Futterbau	267 ha
für Wein	12 ha
für Sämereien	16 ha
	3.286 ha

Die mit Zuckerrüben bebauten Flächen wurden ebenso wie die mit Futtermitteln bebauten reduziert, teils wegen Arbeitermangel, teils wegen Verkleinerung des Viehstandes. Hingegen wurden die Anbauflächen für Getreide und Ölfrüchte vergrößert. Der Herbstanbau 1960 konnte dank reichlicher Niederschläge normal durchgeführt werden. Die Saaten gingen rasch auf und kamen gut durch den milden Winter, dem ein zeitliches Frühjahr folgte. Die Sommerungen und ein großer Teil der Zuckerrüben konnten im März in den Boden gebracht werden und entwickelten sich dank ausreichender Niederschläge sehr gut. Leider war der August und September sehr trocken, so daß ein großer Ausfall bei der Rübenernte befürchtet werden mußte; außerdem konnte der Herbstanbau nicht rechtzeitig durchgeführt werden. Ein wirklich in letzter Minute einsetzender Regen brachte aber dann doch einen guten Zuckerrübenertrag.

Das zeitgerecht angebaute und durch den Witterungsverlauf in seiner Entwicklung begünstigte Getreide wurde normal geerntet und brachte mengen- und qualitätsmäßig einen sehr guten Ertrag. Das mengenmäßige Ergebnis betrug gegenüber dem 10jährigen Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1960 von 26,9 q je ha einen Durchschnittsertrag von 33,3 q je ha für 1961. Dies ist die zweitgrößte Getreideernte seit Bestehen des Betriebes und wirkt sich auch finanziell durch einen Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag aus.

Der Kartoffelanbau spielt im Betrieb nur eine untergeordnete Rolle und dient hauptsächlich dem Eigenbedarf. Der Ertrag belief sich gegenüber 1951 mit dem niedrigsten Ergebnis von 67 q je ha und gegenüber 1956 mit dem größten Ergebnis von 160 q je ha, im Jahre 1961 auf 130 q je ha. Der Zuckerrübenanbau wurde, wie eingangs gesagt, von 543 ha (im Jahre 1960) auf 443 ha eingeschränkt. Die Entwicklung der Rüben war bis auf die trockenen Monate August und September sehr günstig, was einen guten Ertrag mit einem

sehr hohen Zuckergehalt zur Folge hatte. Zum Unterschied vom Jahre 1960 wurde die gesamte angefallene Rübenmenge wieder zum vollen Preis übernommen.

Das Jahr 1961 war auch ein sehr gutes Rapsjahr. Infolge des milden Winters traten keine Auswinterungsschäden auf, so daß die ganze Anbaufläche erhalten blieb. Leider wirkte sich, da es zuviel Raps gab, die Kontingentierung preislich ungünstig aus, weil etwa 40 Prozent der Ernte als sogenanntes Exkontingent mit einem um 25 Prozent niedrigeren Preis in das Ausland exportiert wurden. Die Rapsernte betrug gegenüber 1960 mit 24,4 q je ha im Jahre 1961 25,4 q je ha.

Beim Wein hatten die Reben schöne Ansätze, doch trat noch im August ein Spätoidium auf, das den Ertrag drückte. Auf den alten, noch mit Stockkultur bepflanzten Teilen wird der Ertrag von Jahr zu Jahr geringer. Qualitätsmäßig versprechen die Weine sehr gut zu werden. Der Gesamtertrag belief sich auf 313 hl.

Im Vergleich zu früheren Jahren betrug der Viehstand jeweils zum 30. Juni (Zählstichtag) der Jahre:

	1955	1960	1961
Zugpferde	90	9	2
Fohlen	9	—	—
Zugochsen	2	—	—
Kühe oder Stiere	1.063	895	954
Jungrinder	27	58	107
Schweine	109	195	341

Es wurden also die Zugpferde auf ein Paar reduziert, während die Zahl der Kühe etwas, die Zahl der Jungrinder und Schweine stärker zugenommen hat. Die Milcherzeugung des städtischen Landwirtschaftsbetriebes im Wirtschaftsjahr 1960/61 belief sich auf 2,794.000 l.

Im Rahmen des Investitionsplanes 1960/61 wurden teils als Ersatz für veraltete Maschinen, teils zur weiteren Mechanisierung des Betriebes unter anderem ein 5-t-Lastkraftwagen für die Molkerei Lobau, drei Steyr Traktoren, zwei 6-t-Kipper, zwei Mähdrescher mit Korntank, zwei Kunstdüngerstreuer für Großflächen, zwei Feldhäcksler, drei Stallmiststreuer und vier Hydraulikpflüge angeschafft.

CHRONIK 1961

1. I.:	Die neue Straßenverkehrsordnung tritt in Kraft.
31. I.:	Im Presseclub „Concordia" erfolgt die feierliche Konstituierung des Presserates.
7. II.:	Großfeuer in der Alten Universität auf dem Dr. Ignaz Seipel-Platz. Völlige Vernichtung der Decke des Festsaales mit dem Fresko von Guglielmi.
8. II.:	Der deutsche Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft, Prof. Dr. Ludwig Erhard, trifft zu einem dreitägigen Besuch in Wien ein.
15.—28. II.:	Zeichnungsfrist für die erste städtische Investitionsanleihe.
12.—19. III.:	Wiener Frühjahrsmesse.
18.—23. IV.:	Offizieller Besuch des Bürgermeisters Jonas in Kopenhagen anläßlich der dort stattfindenden Österreich-Woche.
30. IV.:	Beschädigung des Sockels des Denkmales der Republik durch einen Sprengkörper.
23. V.:	Erstmalige Beförderung österreichischer Briefpost mittels Raketen vom Flugplatz Aspern aus.
27. V.:	Österreich siegt im Fußball-Länderkampf im Wiener Stadion gegen England 3 : 1.
27. V.—25. VI.:	11. Wiener Festwochen.
29. V.—3. VI.:	14. Wiener Damenmodewoche.
29. V.—15. VI.:	Einstellung des Studienbetriebes an den Hochschulen als Protest gegen die geplante Kürzung des Kulturbudgets.
3. und 4. VI.:	Gipfeltreffen USA—UdSSR in Wien.
6. VI.:	Amtseinführung des neuen Stadtbaudirektors Dipl.-Ing. Doktor Rudolf Koller durch Bürgermeister Jonas.
11.—20. VI.:	35. Weltmusikfest der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik in Wien.
12. VI.:	Festakt im Großen Musikvereinssaal anläßlich des 100jährigen Bestandes der Gesellschaft Bildender Künstler Wiens und Eröffnung der Jubiläumsausstellung „100 Jahre Wiener Künstlerhaus".
21.—26. VI.:	Handelsarbeiterstreik in ganz Österreich.
29. VI.:	Der neugeschaffene Durchgang bei der Stiftskirche wird dem Verkehr übergeben.
13. und 14. VII.:	Abflug des II. Österreichischen Kongo-Kontingentes vom Flughafen Schwechat.
3.—10. IX.:	Wiener Herbstmesse.
7. X.:	Festsitzung anläßlich des 100jährigen Bestandes des 5. Wiener Gemeindebezirkes (Margareten).
8. X.:	Österreich schlägt Ungarn im Fußball-Länderkampf im Wiener Stadion 2 : 1.

6.—11. XI.:	15. Wiener Damenmodewoche.
22. XI.:	Landeshauptmann Jonas hebt mit diesem Tage die Sonderbestimmungen über die Sonntagsarbeit im Kleinverkauf am Silbernen und Goldenen Sonntag auf.
30. XI.:	Ankunft des Weihnachtsbaumes aus Oberösterreich für den Wiener Rathausplatz.
16. XII.:	Der 2. Wiener Gemeindebezirk, die Leopoldstadt, feiert das 100jährige Bezirksjubiläum.

TAGUNGEN

12. und 13. I.:	Manager-Meeting der Carrier Corporation, New York.
6.—8. II.:	Tagung der österreichischen Honorarkonsuln (Bundeskanzleramt).
24.—27. II.:	Kongreß des europäischen Hotelportierverbandes
2.—18. III.:	Staatenkonferenz der Vereinten Nationen (Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten).
10. und 11. III.:	Hauptversammlung der Forschungsgesellschaft für den Wohnungsbau.
20.—24. III.:	Erdölseminar, veranstaltet vom Fachverband der Erdölindustrie Österreichs.
21.—24. III.:	3. Seminar für Verkehrsfragen.
25. III.—4. IV.:	Evangelische Studententagung.
6.—19. IV.:	Tagung der Anthroposophischen Gesellschaft.
8. und 9. IV.:	Tagung des Exekutivkomitees des Internationalen Gemeindeverbandes. Bürgermeister Jonas wird zum Vorsitzenden der Europakommission des Internationalen Gemeindeverbandes gewählt.
8.—13. IV.:	Europäisches Treffen Evangelischer Theologiestudenten.
10.—12. IV.:	Internationale Tagung der Europäischen Föderation der Fördermittelerzeuger.
13.—15. IV.:	Internationale Tagung der Theaterbesucherorganisationen.
26.—29. IV.:	Kongreß der Europäischen Verpackungsföderation.
28. und 29. IV.:	Zentraleuropäische Konzessionärstagung der Coca-Cola-Gesellschaft.
3.—10. V.:	Tritium-Symposium, veranstaltet von der Internationalen Atomenergieorganisation.
5. und 6. V.:	16. Österreichischer Städtetag.
8.—11. V.:	Europäischer Werkschriftleiter-Kongreß.
8.—11. V.:	Wasserbiologische Tagung.
14.—18. V.:	8. Internationaler Brauereikongreß.
15.—18. V.:	1. Kongreß der Europäischen Union der Fliesenfachgeschäfte.
15.—28. V.:	Internationaler Musikwettbewerb.
17. und 18. V.:	34. Fachtagung des Arbeitskreises Sicherheitstechnik.
22.—26. V.:	Internationale missionswissenschaftliche Studienwoche.
22.—27. V.:	5. Kongreß der Internationalen Akademie für gerichtliche und soziale Medizin.

22.—28. V.:	Kulturtagung Freier Volksbühnen.
23.—25. V.:	5. Internationaler Kongreß der Gemeinwirtschaft.
24.—27. V.:	Internationale Konferenz der Bauzentren.
28. V.—1. VI.:	Tagung der Europäischen Verkehrsminister.
29.—31. V.:	Tagung des Europäischen Komitees der Holzbearbeitungsmaschinenhersteller.
29. V.—2. VI.:	Konferenz der Europäischen Post- und Telegraphenverwaltung.
31. V.—4. VI.:	4. Kongreß des Codex alimentarius
2. und 3. VI.:	Kolloquium der Wiener Medizinischen Akademie für ärztliche Fortbildung
5.—7. VI.:	9. Tagung der Internationalen Röntgengesellschaft.
5.—11. VI.:	9. Kongreß des Internationalen Theaterinstitutes UNESCO.
8.—10. VI.:	1. Frühjahrstagung der Österreichischen Gesellschaft für Erdölwissenschaft.
10. VI.:	1. Gesamt-Österreichische Interviewer-Tagung.
14.—17. VI.:	1. Österreichischer Juristentag.
17.—23. VI.:	5. Kongreß der Agrarjournalisten-Union
19.—24. VI.:	Internationaler Gießerei-Kongreß
21.—26. VI.:	5. Internationaler Kongreß für Psychotherapie
22.—28. VI.:	ISME-Kongreß (Internationaler Kongreß für Musikerziehung).
29. VI.—1. VII.:	Jahreshauptversammlung der Vereinigung der Großkesselbesitzer.
8.—14. VII.:	CVJM-Kongreß (Weltbund der christlichen Vereine Junger Männer).
14.—19. VIII.:	Kongreß über psychische Entwicklungsstörungen im Kindesalter.
21.—26. VIII.:	Internationaler Kongreß für Psycho-Therapie.
21. VIII.—1. IX.:	Jahrestag der Deutschen Bodenkundlichen Gesellschaft.
28. VIII.—2. IX.:	8. Kongreß der Europäischen Gesellschaft für Haematologie.
31. VIII.—2. IX.:	Internationaler Kongreß für Exfoliativ-Zytologie.
4.—8. IX.:	Generalversammlung der Weltvereinigung der Veterinäranatomen.
4.—9. IX.:	3. Weltkongreß der Internationalen Vereinigung für Gynäkologie und Geburtshilfe.
4.—9. IX.:	Internationaler Gartenbaukongreß.
8.—10. IX.:	Wiedersehensfeier der Kameradschaft der ehemaligen 44. Infanterie-Division „Hoch- und Deutschmeister“.
9.—16. IX.:	13. Kongreß des Internationalen Verbandes Forstlicher Forschungsanstalten.
10. und 11. IX.:	Briefmarkenhändler-Tagung.
18.—22. IX.:	Internationales Seminar: Biometrische Methoden in der Medizin und Genetik.
18.—22. IX.:	Kongreß des Währungsfonds der Weltbank.
18.—23. IX.:	3. Internationaler Kongreß für Speläologie.
20.—25. IX.:	Weltkongreß der Gewichtheber.

22.—24. IX.:	3. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie und Unfallheilkunde.
24.—27. IX.:	6. Kongreß der Arbeitsgemeinschaft europäischer Radio- und Fernsehgroßhändler.
26. IX.—7. X.:	5. Generalversammlung der Internationalen Atomenergie-Organisation.
27. und 28. IX.:	Generalversammlung der Union Schweizer Handelskammern im Auslande.
27. IX.—1. X.:	Tagung 1961 der Internationalen Bergsteiger-Union
28. IX.—3. X.:	Tagung der Programmkommission der Union Europäischer Rundfunkgesellschaften.
1.—4. X.:	Jahrestreffen der Verfahrensingenieure im Verein Deutscher Ingenieure.
2.—4. X.:	Kongreß der Zuckerbäcker Österreichs.
4.—8. X.:	Tagung der Kriminalbiologen.
5.—14. X.:	Internationale Tagung für Heilpädagogen.
7.—10. X.:	Tagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft von Zeitungs- und Buchgrossisten.
8.—11. X.:	Arbeitstagung des Europäischen Kältevereines.
9.—14. X.:	7. Weltkongreß der FIATA (Internationale Vereinigung der Spediteure).
9.—14. X.:	Woche des jüdischen Weltkongresses.
12. und 13. X.:	Kälte-Kongreß (Hauptversammlung des Deutschen Kältetechnischen Vereines).
12.—14. X.:	Chemiker-Kongreß.
15.—18. X.:	2. Internationale LD-Tagung.
15.—22. X.:	Gemeinsame Tagung des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften und der Österreichischen Physikalischen Gesellschaft.
18.—22. X.:	Internationale pädagogische Tagung der Internationalen Kinderdörfer.
20. und 21. X.:	4. Euromode-Kongreß.
6.—11. XI.:	15. Österreichischer Ärztekongreß — Van Swieten-Tagung.
11.—19. XI.:	Österreichische Buchwoche.
12.—22. XI.:	Europäische Studientagung Casework Supervision.
14.—18. XI.:	100 Jahre österreichische Zahnärzte.
15.—17. XI.:	8. Werbewirtschaftliche Tagung in Wien.
17. und 18. XI.:	Tagung der Kommission des Europarates.
1.—3. XII.:	Generalratstagung der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer.

TODESFÄLLE

4. I.:	Rudolf Kaftan, Gründer und Direktor des Uhrenmuseums der Stadt Wien.
4. I.:	Dr. Erwin Schrödinger, Universitätsprofessor, Physiker, Nobelpreisträger.
24. II.:	Fritz Imhoff, Schauspieler.

17. III.:	Lois Weinberger, ehemals Vizebürgermeister von Wien, Minister a. D.
18. III.:	Mizzi Günther, Schauspielerin.
29. IV.:	Marco Frank, Professor, Komponist.
12. V.:	Dr. Karl Lindner, Universitätsprofessor, Ophthalmologe.
13. V.:	Paul Zsolnay, Verleger.
22. V.:	Dipl.-Ing. Dr. techn. Aladar Pecht, Professor, Stadtbaudirektor.
28. V.:	Hans Frank, Schauspieler.
29. VI.:	Paul Pranger, Kammerschauspieler.
10. VII.:	Peter Preses, Regisseur, Schauspieler.
10. VII.:	Dagny Servaes, Burgschauspielerin.
1. VIII.:	Dr. Konrad Eberle, Gemeinderat, Obermedizinalrat.
1. VIII.:	Oskar Spiel, Oberschulrat.
2. VIII.:	Alfred Kunz, Professor, Bühnenbildner und Modeschöpfer.
22. IX.:	Albin Skoda, Kammerschauspieler.
23. IX.:	Dr. Franz Wollmann, ehemals Landesschulinspektor.
3. XI.:	Eduard Köck, Schauspieler.
25. XII.:	Hans Ziegler, Schauspieler.
31. XII.:	Paul Richter, Schauspieler.